Verfolgungssuizide –
Die Selbsttötungen im Kontext der nationalsozialistischen Deportationen und das Lebensende von Arthur Nicolaier (1862-1942)

Von der Philosophischen Fakultät der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Philosophie genehmigte Dissertation

vorgelegt von

Tim Ohnhäuser

Berichter: Univ.-Prof. Dr. med. Dr. med. dent. Dr. phil. Dominik Groß
PD Dr. Benjamin Möckel

Tag der mündlichen Prüfung: 08.11.2024

Diese Dissertation ist auf den Internetseiten der Universitätsbibliothek online verfügbar.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung 1

1. Prolog 1
2. Thema 3
3. Forschungsstand: Suizide und Nationalsozialismus 5
4. Fragen und Aufbau der Untersuchung 10
5. Verwendete Quellen und Methodik 15

I. Verfolgungssuizide und ärztliche Mitwirkung 20

1. Verfolgungssuizide zwischen 1933 und 1945 20

1.1 Der Verfolgungssuizid als spezifisches historisches Phänomen 21
1.2 Zeitliche und inhaltliche Abgrenzung 25

2. Der alltägliche Suizid ab 1941 30

2.1 Schlaglichter: Die frühen Suizide bis 1941 31
2.2 Beginn und Ablauf der Deportationen in Berlin 40
2.3 Der Suizid als Ausweg: Thematisierungen im Alltag 44
2.4 Der letzte Ausweg in Zahlen: Zusammenhänge und Unterschiede 58
2.4.1 Bestattungen auf dem Jüdischen Friedhof Weißensee 59
2.4.2 Die amtliche Polizeistatistik 62
2.4.3 Aufnahmen im Jüdischen Krankenhaus 68
2.4.4 Die Wahl des Mittels: Veronal – ein „sanfter Tod“? 72
2.5 Zusammenfassung 76

3. Die Verfolgungssuizide und die ärztliche Berufsgruppe 78

3.1 Unter dem Brennglas: Das Jüdische Krankenhaus Berlin und die Deportationen 78
3.2 Suizide im Verfolgungskontext: Die besondere Rolle der Ärztinnen und Ärzte 86
3.3 Suizide von verfolgten Ärztinnen und Ärzten 90
3.4 Zwischen Hilfe und Beihilfe: ärztliche Einbindung in das Suizidgeschehen 98
3.5 Zusammenfassung 105
3.6 Reflexionen über die Selbsttötung 108
3.6.1 Die Gegenposition – Viktor Frankl in Wien 108
3.6.2 Diskussionen über den Suizid im christlichen Hilfsnetzwerk „Büro Pfarrer Grüber“ .. 111

II. Reaktion auf Suizide und Rezeption 115

1. Verfolger: Treiben in den Suizid vs. Verhinderung der Entziehung 115

1.1 Anordnungen zur Verhinderung von Suizid 115
1.2 Den reibungslosen Ablauf behindert: Ida Freudenberg aus Zerbst 123

2. Störenfriede der Enteignung 126

2.1 Beraubung als Teil der Vernichtung: Die 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz 126
2.2 Suizid und Untertauchen als Problem für die Enteignung 129
2.3 Der Reichsanzeiger als Quelle und „Opferliste“ 132
2.3.1 Veröffentlichungen der Namen der „Entzieher“ im Reichsanzeiger 135
2.3.2 Quellenkritik: Reichsanzeiger 137
2.4 Die Kürzel „Sm“ und „Fl“ in den Akten 138
2.5 Zusammenfassung 141

3. Suizide als Widerstandshandlung? Eine Einordnung 143

3.1 Suizid in der Widerstandsforschung 145
3.2 Untertauchen vs. Suizid: Mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede 149
3.3 Ärztliche Unterstützung als Rettungswiderstand? 152

4. Zusammenfassung 154

III. Hilfsnetzwerke und Schutzräume für Verfolgte 159

1. Wolfgang Heubner (1877-1957) 161

1.1 Haltung gegenüber den neuen Machthabern und seinen Mitarbeitern 161
1.2 Vertrauensperson und Helfer für Menschen in Bedrängnis 168
1.3 Vorbild oder unangepasster Mitläufer? 172
1.4 Die Rehabilitierung des Otmar von Verschuer 175

2. Die Firma Schering im Nationalsozialismus 178

2.1 Arisierung und Zwangsarbeit 180
2.2 Personalpolitik 184
2.2.1 Die Protagonisten 185
2.2.2 Die Mitarbeiter mit „Webfehlern“ 188
2.3 Zusammenfassung 196

3. Die Gruppe „Onkel Emil“ und der Suizid Fritz Springers 199

4. Zusammenfassung 209

IV. Das Lebensende Arthur Nicolaiers 212

1. Die Zäsur 1933 und die Folgen 215

1.1 „Dem Tetanus-Entdecker“ – 70. Geburtstag und 50 Jahre Entdeckung 1932-1934 215
1.2 Entzug der Lehrbefugnis 223

2. Verlust der Wohnung 1941: erzwungener Umzug 225

2.1 Wohnungsmarktpolitik und Beratungsstelle für die Betroffenen 226
2.2 Vertreibung aus der Wohnung im Mai 1941 228

3. Kurfürstenstraße 99 234

3.1 Die Vermieter: Familie Jacobson 234
3.2 Testament und Nachlass: Anweisungen und Vorkehrungen 1941 237
3.3 Exkurs: Unterstützung der Familie Blumenthal 241
3.4 Testament und Nachlass: Anweisungen und Vorkehrungen 1942 247

4. Gehen oder Bleiben? 253

4.1 Thematisierung und Vorbereitung des Suizids 253
4.2 Exkurs: Verschärfung der Situation der Blumenthals 258
4.3 Eigene und fremde Versuche zur Rettung 263

5. Invictus – Entscheidung zum Suizid 273

5.1 Letzter Akt der Selbstbestimmung 273
5.2 Botschaft über den Tod hinaus 279
5.3 Der Kampf um das Vermögen geht weiter 283

6. Der vergessene Entdecker – Rezeption nach 1945 286

6.1 Der „zweite Tod“ Nicolaiers und die Rolle der Historiografie 286
6.2 1945 – 1975: 30 Jahre Schweigen 288
6.3 1975 – 2005: Punktuelle Erwähnungen 294
6.4 2005 – heute: Etappen des öffentlichen Erinnerns 297
6.5 Zusammenfassung 300

V. Schlussbetrachtung 303

VI. Anhang 311

1. Tabellenverzeichnis 311
2. Abbildungsverzeichnis 311
3. Quellen 312
4. Literaturverzeichnis 315

Danksagung 340

Einleitung

1. Prolog

INVICTUS (lat. unbesiegt) – dieses letzte Statement hinterließ Arthur Nicolaier auf einem Zettel, bevor er sein Leben am 29. August 1942 in Berlin beendete. Hinter ihm lagen zu diesem Zeitpunkt annähernd zehn Jahre der Entrechtung, Demütigung und Verfolgung. Der letzten Anweisung seiner Verfolger, die für ihn die Deportation nach Theresienstadt bedeutet hätte, widersetzte er sich durch den Suizid.

Noch 1932 hatte man reichsweit mit kleinen Meldungen und größeren Artikeln den 70. Geburtstag des Tetanus-Entdeckers gewürdigt. Tatsächlich hatte Arthur Nicolaier bereits 1884 als Medizinstudent zuerst das *Clostridium tetani* in Erdproben vermutet, unter dem Mikroskop beobachtet und die charakteristische Form des Erregers beschrieben. Was darauf folgte, waren unter anderem die Züchtung der Reinkultur fünf Jahre später durch den in Berlin forschenden Shibasaburo Kitasato (1853-1931) sowie dessen Entwicklung eines Antitoxins und Serums, gemeinsam mit Emil von Behring (1854-1917), das als Tetanus-Prophylaxe in der Breite erstmalig während des Ersten Weltkriegs zum Einsatz kam. Die nicht unbeträchtliche Zahl an Kriegstoten nach einer Tetanusinfektion infolge von Wundverunreinigungen konnte hierdurch schnell und massiv gesenkt werden. Im Jahr 1942 wird Arthur Nicolaier – in der Hoffnung, von den Deportationen aus Berlin verschont zu werden – sich unter anderem hierauf berufen.

Arthur Nicolaier wurde am 4. Februar 1862 im oberschlesischen Cosel (Kędzierzyn-Koźle) geboren und übersiedelte zusammen mit seiner Mutter und Schwester nach Göttingen, nachdem sein Vater Nathan Nicolaier (1820-1864) verstorben war. In Göttingen heiratete seine ältere Schwester Elfriede (1851-1927) den bekannten Internisten Wilhelm Ebstein (1836-1912). Zwei Kinder aus dieser Ehe, Mali (1876-1942) und der spätere Mediziner und Literaturhistoriker Erich Ebstein (1880-1931) sowie deren Partner und Partnerin hatten bis zum letzten Tag große Bedeutung für Arthur Nicolaier. Seine Nichte Mali Ebstein hatte den Mathematiker Otto Blumenthal (1876-1944), sein Neffe Erich Carola Weber (1891-1973) geheiratet. Mit ebendieser Carola Ebstein sowie dem Ehepaar Blumenthal stand Arthur Nicolaier bis 1942 in engstem Kontakt, und aus dieser Verbindung entstammen die Briefe, die eine Grundlage für diese Studie bilden. Der 26 Jahre ältere Schwager Wilhelm Ebstein war in Göttingen ein Ziehvater für Arthur Nicolaier geworden und hatte ihn an die Medizin herangeführt. Dort gelang ihm als 22-jähriger Student schließlich auch die Entdeckung des Tetanuserregers am Hygienischen Institut bei Carl Flügge (1847-1923). Nach der Verleihung

einer Professur 1894 folgte im Jahr 1901 der Wechsel an die Berliner Universität und es bestand darüber hinaus eine lange und fruchtbare Forschungszusammenarbeit mit der Firma Schering. Durch die Entwicklung erfolgreicher Medikamente, Urotropin (1895) und Atophan (1908), und damit verbundene Tantiemen, erreichte er eine wirtschaftliche Unabhängigkeit abseits seiner Tätigkeiten als Arzt und Hochschullehrer. Nicolaier, der 1921 aus dem Judentum ausgetreten war, gehörte mehr als 30 Jahre lang dem Lehrkörper der Berliner Universität an, bevor die Machtübernahme der Nationalsozialisten und die damit verbundene Entlassung diese Verbindung jäh beendete.

Während viele Mediziner und ihre Entdeckungen aus der Zeit rund um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert noch heute einer größeren Öffentlichkeit bekannt sind und wiederkehrend erinnert werden, trifft dies für Arthur Nicolaier und seine durchaus bahnbrechende Beschreibung des Tetanuserregers nicht zu. Der Forscher erfuhr in den Jahrzehnten nach seinem Tod nur selten Erwähnung und Würdigung. Mit seinem Suizid erlosch die Erinnerung an ihn und die Tetanus-Entdeckung nahezu vollständig.

Die vorliegende Arbeit stellt keine Biografie dar – mit dem klassischen Blick auf Nicolaiers Werdegang, seine Entdeckungen, Forschungen oder auch auf die zeitgenössische Rezeption. Vielmehr gaben die Umstände seines Lebensendes, rekonstruierbar durch erhaltene Briefe und Dokumente, den Anlass, sich hiermit ausführlich und mit dem Phänomen der Suizide im Verfolgungskontext insgesamt auseinanderzusetzen. Denn Arthur Nicolaiers Schicksal kann hier als durchaus prototypisch angesehen werden, und somit steht es stellvertretend für Tausende andere in der Zeit der nationalsozialistischen Verfolgung. Wenngleich diese Suizide nach und nach etwas mehr Beachtung in der Forschung erfahren haben, fehlt es nach wie vor an individualgeschichtlichen Zugängen zum Thema. Durch die erhaltenen Briefe und weitere Quellen aus den letzten Lebensjahren in Berlin öffnet sich diese Perspektive: den Weg zum Suizid – als eine der wenigen verbliebenen Fluchtoptionen – am Einzelfall nachzuzeichnen und so umfassend wie möglich zu rekonstruieren. So erlangt zum Beispiel der Kampf um Nicolaiers Vermögen, den er mit großer Hartnäckigkeit und Energie buchstäblich bis zum letzten Tag führte, elementare Bedeutung auch im Sinne einer Selbstbehauptung, wie später gezeigt wird.

Sein Fall wird somit vor dem Hintergrund der Verfolgungssuizide in Berlin geschildert, die in dieser Studie ausführlich betrachtet werden. Dabei wird deutlich, dass die Selbsttötungen mehr sein konnten als reine Verzweiflungstaten: Durch Planung, Vorbereitung und nicht selten bewusste Entscheidung standen sie anderen Optionen, wie zum Beispiel der Flucht in den Untergrund, in nichts nach.

2. Thema

Zu Beginn des Jahres 1945, nach dem Grenzübertritt der Roten Armee und der ersten großen Fluchtbewegung aus Ostpreußen, notiert der in Königsberg tätige Arzt Hans von Lehndorff (1920-1987) in seinem Tagebuch den Eindruck zur Lage der Daheimgebliebenen:

> *„Sie haben sich zur Flucht nicht entschließen können und tragen sich mit dem Gedanken, ihrem Leben ein Ende zu machen. […] Sie stehen nicht allein vor dieser Entscheidung. Wo man auch hinhört, überall wird heute von Zyankali gesprochen, das anscheinend in jeder Menge zu haben ist. Dabei steht die Frage, ob man überhaupt dazu greifen soll, gar nicht zur Debatte. Nur über die notwendige Menge wird verhandelt, und das in einer leichten, nachlässigen Art, wie man sonst etwa über das Essen spricht."*[1]

Dass sich im Jahr 1945 viele Deutsche aus Angst vor Gewalt oder aus anderen Motiven, vor allem im Osten des Landes, selbst das Leben nahmen, gehört heute zu den allgemeinen Wissensbeständen. Doch schon einige Jahre früher hätte Hans von Lehndorff identische Beobachtungen notieren können, wäre er in engem Kontakt mit verfolgten jüdischen Deutschen gewesen. Denn: Mit dem Einsetzen der reichsweiten Deportationen ab Oktober 1941 spielten sich ähnliche Szenen überall im Deutschen Reich ab. Wenn auch unter gänzlich anderen Vorzeichen, wurde für viele der Verfolgten der Suizid zum letzten Ausweg. Im Gegensatz zu den Selbsttötungen, die die nahende totale Niederlage 1945 ausgelöst hatte,[2] wird die Flucht in den Tod vor der nationalsozialistischen Verfolgung nach wie vor selten als distinktes Phänomen beschrieben.

Diese Studie widmet sich den Verfolgungssuiziden im „Dritten Reich", genauer: den Selbsttötungen von NS-Verfolgten, insbesondere im Zeitraum der Deportationen. Anhand des rekonstruierten Einzelfalls von Arthur Nicolaier und mithilfe von zahlreichen Lebenserinnerungen, Tagebuchaufzeichnungen und weiteren Zugängen, soll das noch immer nicht gänzlich erforschte zeitweilige Massenphänomen in möglichst großer Bandbreite betrachtet und dargestellt werden: von der Verzweiflungstat bis hin zum widerständigen Akt.

---

1 Lehndorff, Hans Graf von, Ostpreußisches Tagebuch. Aufzeichnungen eines Arztes aus den Jahren 1945 bis 1947, München 2006, S. 24.

2 Vgl. z.B. die historische Reportage von Huber, Florian: Kind, versprich mir, dass du dich erschießt. Der Untergang der kleinen Leute 1945, Berlin 2015.

„Ich scheide freiwillig aus dem Leben."[3]

Bis zum heutigen Tag lässt sich nicht genau ermitteln, wie viele der von den Nationalsozialisten verfolgten Menschen sich zwischen 1933 und 1945 das Leben nahmen und nur in den wenigsten Fällen wird man die Umstände vollständig rekonstruieren können. Arthur Nicolaier, als jüdischstämmiger Mediziner in die Mühlen der NS-Verfolgungspolitik geraten, war einer von Tausenden, die ihrem Leben selbst ein Ende setzten. Letzte Auslöser für diesen gewählten Schritt gab es nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten zahlreiche: berufliche und soziale Diffamierung, Verhaftung und Misshandlung oder die anstehende Deportation, um nur einige zu nennen. Obwohl seit den 2000er Jahren der Blick durchaus vermehrt auf diese „erzwungenen Freitode"[4] gerichtet wurde, ist das Phänomen des Suizids im Nationalsozialismus in seiner Vielschichtigkeit nach wie vor eher wenig untersucht. So ist es vor allem die Individualebene, die – ungeachtet aller Statistiken aus der Zeit und mittlerweile vieler namentlich bekannter Einzelfälle – zumeist unergründet bleibt, vornehmlich durch den Mangel an geeigneten Quellen. Die Briefe Arthur Nicolaiers an sein engstes Umfeld stellen hier eine Ausnahme dar. Sie geben uns Einblick in den Alltag und die Situation eines Menschen, der, in seinem Handlungsspielraum mehr und mehr eingeengt, seinem Lebensende entgegensah und sich bewusst entschied für diesen „letzten Akt der Selbstbestimmung"[5].

Über den Einzelfall hinaus werden die verfügbaren Zahlen und Berichte aus der Zeit zu einem Gesamtbild zusammengefügt, das eine Reihe von Gemeinsamkeiten aufweist. Dadurch erscheint es gerechtfertigt, den Suizid im Kontext der NS-Verfolgung mehr als bisher als eine bewusste, aktive Form der Entziehung wahrzunehmen. Anhand der Perspektiven von Betroffenen wie auch der „Linien" der NS-Verfolgung wird hierauf verstärkt eingegangen. Je mehr durch die hier präsentierten Zugänge über die Umstände der Selbsttötungen bekannt wird, desto mehr lässt sich, so die These, das lange Zeit bestehende diffuse Bild von der Passivität der Suizidopfer widerlegen.

Die Ausführungen stellen den Versuch einer kontextsensiblen Beschreibung der Suizide unter NS-Verfolgten dar, die zwei Ziele hat. Zum einen eröffnet sich hierdurch eine Brückenfunktion zur Individualgeschichte – durch die Möglichkeit einer kontextgenauen Einordnung der ultimativen Reaktion Arthur Nicolaiers auf die Verfolgungserfahrungen. Thomas Macho ist nicht allein mit seiner Klage, dass der „Brückenschlag zwischen Statistik

---

3 Abschiedsbrief Arthur Nicolaier, 28. August 1942, Privatbesitz Erika Wagner (nachfolgend: EW).

4 Vgl. zum Begriff und darüber hinaus die Arbeit von Fischer, Anna, Erzwungener Freitod. Spuren und Zeugnisse in den Freitod getriebener Juden der Jahre 1938-1945 in Berlin, Berlin 2007.

5 Diese Definition bezogen auf den speziellen Kontext der NS-Verfolgung geht auf Monika Richarz zurück. Jüdisches Leben in Deutschland, Band 3: Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918-1945, Stuttgart 1982.

und Fallgeschichte“[6] bis heute nicht recht gelinge. Die Betrachtung der Suizide im Kontext der NS-Verfolgung kann eine Chance für diesen Brückenschlag sein, fanden diese Taten doch innerhalb eines klar abgrenzbaren Erfahrungsrahmens statt. Zum anderen ist eine, wenn auch zurückhaltende, Ausdifferenzierung unterschiedlicher Selbsttötungsszenarien und Kontexte vonnöten, wenn der Verfolgungssuizid zwischen 1933 und 1945 als distinktes Phänomen näher beschrieben werden soll.

Neben der Einzelfall- und Allgemeinbetrachtung wird die Beschreibung des Phänomens durch die Hinzunahme einer weiteren Perspektive erweitert: die Berührungen von Ärztinnen und Ärzten mit der Thematik. Wohl kaum eine andere Berufsgruppe war stärker konfrontiert mit dem zeitweiligen Massenphänomen der Selbsttötungen. Daher sollen Hinweise auf aktives Handeln und Diskussionen von Ärztinnen und Ärzten in Verbindung mit der Suizidthematik zusammengetragen werden. Auf diese Weise sollen in der Studie auch die Blickwinkel von Medizingeschichte und Holocaust-Studien zusammengeführt werden.

Hinter all dem stehen Fragen, die über eine deskriptive Zusammenstellung hinausgehen: Wenn der Verfolgungssuizid als distinktes Forschungsfeld definiert wird, wie ließe sich dieses einordnen in die Forschungslinien zu NS-Verfolgung, Opposition, Verweigerung, Resistenz oder gar Widerstand?

3. Forschungsstand: Suizide und Nationalsozialismus

Im Gedenkbuch des Bundesarchivs zur Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft sind bis zum heutigen Tag 4.647 Menschen vermerkt, die zwischen 1933 und 1945 ihr Leben selbst beendeten.[7] Es ist davon auszugehen, dass die tatsächliche Zahl größer ist, denn nach wie vor werden Personeneinträge laufend ergänzt. Insbesondere durch lokale Gedenkinitiativen wird weiterhin überall im Land zu Verfolgungsschicksalen recherchiert und dadurch auch mehr zu einzelnen Todesumständen bekannt.

In der historiografischen Forschung stellten die Selbsttötungen unter NS-Verfolgten für lange Zeit ein vergleichsweise wenig untersuchtes Feld dar. Anders verhält es sich mit theologischen oder soziologisch-philosophischen Abhandlungen über den Suizid im 20. Jahrhundert, die nach 1945 kaum ohne die Berücksichtigung der NS-Verfolgung und

6 Macho, Thomas, Das Leben nehmen. Suizid in der Moderne, Berlin 2017, S. 9.

7 Stand: 27.06.2024, schriftliche Auskunft des Bundesarchivs, Dank an Jakob Hübner. Grundlage: Gedenkbuch – Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945; online unter: https://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/ [01.07.2024].

insbesondere den Holocaust auskommen. Hier sind noch immer Émile Durkheims „Le suicide“ (1897) und Jean Améry mit „Hand an sich legen“ (1976) zu nennen,[8] deren grundlegende Diskurse zum Thema unverzichtbar sind. Dennoch spielen deren Ansätze keine entscheidende Rolle für das Vorhaben, Selbsttötungen zu beschreiben und in den Kontext der NS-Verfolgung einzuordnen. Zu spezifisch sind hier Zeitraum und betroffene Gruppen, zu spezifisch der jeweilige Handlungsrahmen in einer Ausnahmesituation, die – noch vor allen anderen Bedingungen – determiniert ist durch einen zeitweise stärker oder schwächer ausgeprägten, jedoch immer vorhandenen, äußeren Verfolgungsdruck. Aus diesem Grund ist die hier vorgenommene Definition der Vorgänge als *historisches Phänomen* handlungsleitend für die Analysen: begrenzt zum einen auf die zwölf Jahre des „Dritten Reichs“, zum anderen auf die Gruppe der „Daheimgebliebenen“ jüdischen Deutschen, die spätestens ab 1941 kaum noch Optionen zur Flucht besaßen.

Als maßgebend in der Beschäftigung mit den Suiziden von NS-Verfolgten ist die bereits 1984 erschienene Arbeit „Selbstbehauptung und Widerstand“ von Konrad Kwiet und Helmut Eschwege zu nennen.[9] Im Zusammenhang mit der Judenverfolgung werden Typologien nonkonformen Verhaltens definiert und hierbei der Suizid als eine Form von Verweigerung beschrieben. Kwiet und Eschwege gehen darin von 3.000 bis 4.000 Suiziden jüdischer Bürgerinnen und Bürger zwischen 1933 und 1945 allein in Berlin aus.[10] Neben den ersten Versuchen einer Quantifizierung hoben sie den Zusammenhang von Eskalationsstufen der NS-Verfolgung und Suizidhäufigkeit hervor. Bereits zwei Jahre zuvor hatte Monika Richarz in einer umfangreichen Darstellung zum Alltag im Nationalsozialismus unter anderem auf Basis von Memoirenliteratur einige Thematisierungen von Suiziden präsentiert.[11] Trotz dieser Meilensteine blieb es lange Zeit danach ruhig, das Thema etablierte sich nicht in der Breite, und so lassen sich vielleicht auch manche Leerstellen in der heutigen Forschung zu Reaktionen auf die NS-Verfolgung erklären, in der Suizide nur sporadisch auftauchen. Im Jahr 2001 erschien die deutsche Fassung einer der ausführlichsten Arbeiten zum deutsch-jüdischen Alltagsleben während der NS-Verfolgung mit einem genaueren Blick auf die Selbsttötungen von Marion Kaplan. Im englischen Original fasste sie die Suizide wie auch andere Handlungen unter dem

8 Durkheim, Émile, Der Selbstmord, Berlin 1983 (Originalausgabe: Le suicide. Étude de sociologie, Paris 1897); Améry, Jean, Hand an sich legen. Diskurs über den Freitod, Stuttgart 1976.

9 Vgl. Kwiet, Konrad und Eschwege, Helmut, Selbstbehauptung und Widerstand – deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde 1933-1945, Hamburg 1984.

10 Vgl. ebd., S. 205.

11 Vgl. Richarz, Jüdisches Leben in Deutschland.

Titel „Between Dignity and Despair“ zusammen.[12] Ursula Baumanns 2001 veröffentlichte Habilitationsschrift zur Geschichte der Selbsttötung widmet ein Kapitel der Suizidalität im Nationalsozialismus und korrigiert anhand von Polizeistatistiken die von Kwiet und Eschwege genannten Zahlen nach unten.[13] Nachfolgende Arbeiten stellten wiederum Zahlen von bis zu 7.000 Suiziden verfolgter Juden bis 1945 in den Raum.[14] Schnell wird hier deutlich: Eine genaue zahlenmäßige Erfassung, allein der Suizide Berliner Juden, kann kaum gelingen – zu groß erscheint auch heute noch das Dunkelfeld.[15]

Christine Hartig konzentrierte sich in ihrer Arbeit über Suizide verfolgter Jüdinnen und Juden auf Selbstzeugnisse, in erster Linie auf Abschiedsbriefe, die wichtige – und darüber hinaus sehr persönliche und emotionale – Einblicke gewähren, jedoch weitgehend losgelöst von den jeweiligen Biografien und der individuellen Vorgeschichte des letzten Akts im Raum stehen.[16] Dennoch ist dieser methodische Zugang hervorzuheben, auch wenn Selbstzeugnisse im Zusammenhang mit Suizidhandlungen als Quellengruppe immer wieder herangezogen wurden.[17]

Seit 2009 ist Christian Goeschels Buch „Suicide in Nazi Germany“, das 2011 auf Deutsch erschien („Selbstmord im Dritten Reich“) ganz besonders hervorzuheben, handelt es sich dabei doch um die erste Monografie, die sich auf breiter Quellenbasis mit den Suiziden der NS-Zeit innerhalb der deutschen (Gesamt-)Bevölkerung beschäftigt und dabei auch den Selbsttötungen unter deutschen Juden viel Raum gibt.[18] Auch Goeschel betont in diesem Standardwerk die Elemente der Selbstbestimmung und Wahrung der Würde in Situationen größter Verzweiflung. Einen gänzlich anderen Zugang stellt ein Dokumentarstück von Theaterregisseur Michael Batz

---

[12] Vgl. Kaplan, Marion, Der Mut zum Überleben. Jüdische Frauen und ihre Familien in Nazideutschland, Berlin 2001 sowie das Original: Kaplan, Marion, Between Dignity and Despair: Jewish Life in Nazi Germany, New York 1998.

[13] Vgl. Baumann, Ursula, Vom Recht auf den eigenen Tod. Die Geschichte des Suizids vom 18. bis zum 20. Jahrhundert, Weimar 2001, hier S. 371. David Silver beruft sich auf Bruno Blau, der 1953 von 7.000 Juden ausging, die sich während der Deportationen in Berlin das Leben nahmen. Vgl. Silver, David B., Überleben in der Hölle. Das Berliner Jüdische Krankenhaus im „Dritten Reich“, Berlin 2006. Schon diese Bandbreite für Berlin zeigt das Problem der zahlenmäßigen Einordnung des Phänomens.

[14] Vgl. Diekmann, Irene, Juden in Berlin. Bilder, Dokumente, Selbstzeugnisse, Leipzig 2009, S. 231.

[15] Dieses Dunkelfeld erstreckt sich dank der insgesamt guten Aufarbeitung der Vertreibung und Ermordung im Nationalsozialismus heute vor allem noch auf Suizide, die – gewollt oder ungewollt – als natürliche Todesfälle dokumentiert wurden.

[16] Vgl. Hartig, Christine, Die letzte Zuflucht. Jüdische Selbsttötungen im „Dritten Reich“ im Spiegel von Selbstzeugnissen, unveröffentl. Magisterarbeit, Göttingen 2003 sowie Dies., “Conversations About Taking Our Own Lives – Oh, A Poor Expression For A Forced Deed In Hopeless Circumstances!” Suicide Among German Jews 1933-1943, in: The Leo Baeck Institute Year Book, 52 (2007), 1, pp. 247-265.

[17] So z.B. bei Sauer, Paul, Die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs während der national-sozialistischen Verfolgungszeit 1933-1945, Stuttgart 1969. Hier: Kapitel V („Tod im Inland“), S. 258-267; Fliedner, Hans-Joachim, Die Judenverfolgung in Mannheim 1933-1945, Stuttgart 1971.

[18] Vgl. Goeschel, Christian, Suicide in Nazi Germany, Oxford 2009, v.a. S. 96-118. Deutsche Ausgabe von 2011: Goeschel, Christian, Selbstmord im Dritten Reich, Berlin 2011.

dar, das im Januar 2008 in Hamburg erstmals aufgeführt wurde und im Rahmen einer szenischen Lesung Abschiedsbriefe und Polizeiberichte im Zusammenhang mit Suizidfällen jüdischer Bürger präsentierte.[19] Das Stück steht stellvertretend für eine gesteigerte Form der Aufmerksamkeit, die dem Thema zuteilwurde, wohl auch vor dem Hintergrund einer seit den 1990er Jahren verstärkten Präsenz der Lebens- und Erfahrungswelten von NS-Verfolgten.
Anna Fischers Arbeit „Erzwungener Freitod" aus dem Jahr 2007 mit dem Schwerpunkt auf einer Sammlung von Biografien diente die Sterbekartei des Jüdischen Friedhofs Weißensee als Quellengrundlage. Alleine auf diesem Friedhof wurden zwischen 1938 und 1945 mindestens 1.677 Menschen beerdigt, die ihr Leben selbst beendet hatten.[20] Sowohl Fischer als auch Goeschel weisen noch einmal deutlich den Zusammenhang der Selbsttötungen mit den Eskalationsstufen der nationalsozialistischen Verfolgung nach. Für viele Verfolgte, die den Suizid wählten, war neben der permanenten psychischen Belastung oftmals eine akute physische Bedrohung ausschlaggebend, so etwa anlässlich der „Judenboykotte" im April 1933 oder der Pogrome Ende 1938; ganz besonders gilt dies aber für den Zeitraum mit Beginn der reichsweiten Deportationen ab Oktober 1941.

Somit ergibt sich bis dato das Bild einer Vielzahl unterschiedlicher Herangehensweisen, der mit dieser Arbeit eine weitere hinzugefügt werden soll. Die ausführliche Beschreibung der Individualebene schließt dabei zugleich eine Lücke, die die zuvor geschilderten Zugänge (notwendigerweise) offenlassen mussten, zumindest in der Vertiefung. Der Begleitung Arthur Nicolaiers in die Zeit nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten, der Beschreibung seiner persönlichen Handlungsoptionen, seiner Abwägungen, seines Kampfes, letztlich des Weges bis zum Akt der Selbsttötung selbst wird ein eigenes Kapitel gewidmet. Zahlreiche erhaltene Briefe geben dabei Einblicke in die Praxis der Verfolgung und die Auswirkungen auf den Alltag des Gelehrten in Berlin, vor allem auch in seine Bemühungen, sich gegen das Unrecht und drohende Unheil zu stemmen, beziehungsweise zugleich entsprechende Vorkehrungen zu treffen für den „Fall der Fälle".

Neben Standardwerken zur Judenverfolgung[21] im „Dritten Reich" und zur kontinuierlichen Entrechtung im Alltagsleben fokussiert die Arbeit im Zusammenhang mit dem Lebensende Nicolaiers besonders auf die (drohenden) Deportationen und die damit einhergehenden

---

19 Vgl. Batz, Michael: „Bitte nicht wecken!" Holocaust in Hamburg. Zehn szenische Lesungen, Hamburg 2008.
20 Vgl. Fischer, Erzwungener Freitod, 2007, S. 14.
21 So z.B. Friedländer, Saul, Das Dritte Reich und die Juden, Band 1: Die Jahre der Verfolgung 1933-1939, München 1998 und Band 2: Die Jahre der Vernichtung 1939-1945, München 2006; Hilberg, Raul, Täter, Opfer, Zuschauer: Die Vernichtung der Juden 1933 – 1945, Frankfurt 1997; Benz, Wolfgang, Der Holocaust, München 1995 und etwas spezieller Kwiet, Konrad, Nach dem Pogrom. Stufen der Ausgrenzung, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.), Die Juden in Deutschland 1933-1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1988.

Geschehnisse in Berlin. In einer Auswahl wären hier zu nennen die Arbeit von Susanne Willems über die „Entsiedelung“ der jüdischen Bewohner der Reichshauptstadt,[22] Wolf Gruners Chronologie der Behördenmaßnahmen zur Berliner Verfolgungspolitik,[23] Beate Meyers Studien zur Rolle der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“,[24] die auch für die Vorbereitung der Deportation von Arthur Nicolaier zuständig war, Hermann Simons Beiträge zur Situation der Berliner Juden und der als „nicht arisch“ Verfolgten[25] oder auch im Spezielleren Helmut Ludwigs Arbeit über das „Büro Pfarrer Grüber“[26] – eine kirchliche Einrichtung, die in Selbstorganisation Hilfsangebote für Verfolgte bereitstellte. Alle genannten Arbeiten weisen Berührungspunkte mit dem Alltag Arthur Nicolaiers in den Monaten und Jahren vor seinem Suizid auf und stehen hier nur stellvertretend für das große Spektrum, das erfasst werden muss, möchte man sich dem Alltag des Forschers in seinen letzten Lebensjahren so gut wie möglich nähern.

Zu den berufsbezogenen, ärztlichen Berührungspunkten mit den Themen Verfolgung und Suizid existieren ebenso einige Forschungsarbeiten, auf die im entsprechenden Kapitel näher eingegangen wird.[27] Inhaltlich teilen sich diese auf zum einen in Studien über verfolgte Ärztinnen und Ärzte mit regionalem Fokus oder aber mit Zugang über die Fachgebiete beziehungsweise medizinischen Fachgesellschaften. Zahlreiche Initiativen haben hier vor allem seit den 2000er Jahren zu verstärkten Forschungstätigkeiten geführt und die meisten Arbeiten stammen aus dem medizinischen sowie medizinhistorischen Feld. Ein inhaltlicher Schwerpunkt dieser Studie liegt auf den ärztlichen Reaktionen und Handlungen im Angesicht der zunehmenden Suizide und Notsituationen, in denen sich die Verfolgten befanden. Hierzu existieren zwar Schilderungen aus Arbeiten über einzelne Krankenhäuser, gesondert betrachtet wurde dieses Thema jedoch noch nicht.[28]

---

22 Willems, Susanne, Der entsiedelte Jude. Albert Speers Wohnungsmarktpolitik für den Berliner Hauptstadtbau, Berlin 2002.

23 Gruner, Wolf, Judenverfolgung in Berlin 1933-1945: Eine Chronologie der Behördenmaßnahmen, Berlin 1996.

24 Vgl. Meyer, Beate, Das unausweichliche Dilemma: Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, die Deportationen und die untergetauchten Juden, in: Kosmala, Beate und Schoppmann, Claudia (Hrsg.), Überleben im Untergrund. Hilfe und Rettung für Juden in Deutschland 1941-1945, Berlin 2002, S. 273-298.

25 So z.B. Simon, Hermann, Die Berliner Juden unter dem Nationalsozialismus, in: Verein für die Geschichte Berlins (Hrsg), Der Bär von Berlin, Jahrbuch 1995 für die Geschichte Berlins, Berlin 1996, S. 137-150.

26 Ludwig, Helmut, „An der Seite der Entrechteten und Schwachen“ – Zur Geschichte des „Büro Pfarrer Grüber“ (1938 bis 1940) und der Ev. Hilfsstelle für ehemals Rasseverfolgte nach 1945, Berlin 2009.

27 Siehe Kap. I, 3.3 Suizide von verfolgten Ärztinnen und Ärzten.

28 Die hier vorgestellten Themen wurden in Teilen bereits in einem Aufsatz des Verfassers adressiert und werden in dieser Studie vertieft. An den entsprechenden Stellen wird auf den Aufsatz gesondert hingewiesen. Vgl. Ohnhäuser, Tim, Verfolgung, Suizid und jüdische Ärzte. Annäherung an ein wenig erforschtes Thema, in: Beddies, Thomas/Doetz, Susanne und Kopke Christoph (Hrsg.), Jüdische Ärztinnen und Ärzte im Nationalsozialismus. Entrechtung, Vertreibung, Ermordung, Berlin 2014, S. 265-289.

Auch die Arbeiten aus der Widerstandsforschung werden später in jenem Kapitel näher vorgestellt, das sich mit dem Versuch einer Einordnung der Selbsttötungen befasst.[29] Nach den wegweisenden Arbeiten von Konrad Kwiet und Helmut Eschwege in den 1980er Jahren ist eine vertiefende Einordnung des Themas in andere Formen des nonkonformen Verhaltens weitgehend ausgeblieben. Dieser Faden soll hier wieder aufgenommen und für eine gleichberechtigte Stellung des Suizids neben anderen Formen der Verweigerung plädiert werden.

4. Fragen und Aufbau der Untersuchung

Die vorliegende Untersuchung umfasst zwei verschiedene Forschungszugänge: Zunächst die ausführliche Darstellung des Phänomens der Verfolgungssuizide auf quantitativer und qualitativer Basis samt zeitgenössischer Rezeption sowie Fragen der ärztlichen Mitwirkung bis hin zu einer aktiven Beihilfe. Diese münden in eine Einordnung der Selbsttötungen als Entziehungsoption in die Widerstandsforschung (Kapitel I und II).

Es folgt anschließend ein Blick auf Hilfsnetzwerke in Berlin, die nicht zufällig ausgewählt wurden, sondern einen Bezug zu Arthur Nicolaiers Notsituation aufweisen und durch seine Briefe identifiziert werden konnten. Durch die Ausweitung der Betrachtung werden ganze Netzwerke sichtbar, die längst nicht alleine für Arthur Nicolaier eine wichtige Unterstützung in der Zeit der Verfolgung darstellen konnten. So erklärt sich der ausführliche Blick auf den Pharmakologen Wolfgang Heubner (1877-1957) und die Firma Schering (Kapitel III). Der zweite Forschungsansatz nimmt sodann den Einzelfall in den Fokus: die ausführliche Rekonstruktion des Lebensendes von Arthur Nicolaier, basierend auf der Analyse von Briefen, Tagebüchern und weiteren Quellen (Kapitel IV).

Beide Forschungszugänge gehören dabei zusammen: Der individualgeschichtliche Zugriff geschieht auf der großen Folie des zuvor ausführlich beschriebenen Phänomens der Verfolgungssuizide. An zahlreichen Stellen treffen dabei die Darstellungen des Einzelfalls auf die zuvor grundlegend skizzierten Aspekte, die mit der Option des Suizids als eine Form der Entziehung vor nationalsozialistischem Machtanspruch einhergehen.

Das erste Kapitel beginnt mit einer Vorstellung des bearbeiteten Themas: Wie werden die Verfolgungssuizide in dieser Arbeit definiert? Dabei soll sowohl der zeitliche als auch der inhaltliche Referenzrahmen genauer abgesteckt und die Beschreibung als *historisches*

[29] Siehe Kap. II, 3.1 Suizid in der Widerstandsforschung.

Phänomen näher ausgeführt werden. Nach einem kurzen Blick auf die Suizide ab 1933 widmet sich die Darstellung im zweiten Abschnitt ausführlich den Selbsttötungen im Kontext der Deportationen. Vor einer zahlenmäßigen Annäherung an die Suizide in Berlin werden Thematisierungen im Alltag vorgestellt – mittels zeitgenössischer Berichte ebenso wie mithilfe von Erfahrungsberichten, die nach dem Krieg entstanden sind. Die quantitativen Zugänge über die amtliche Polizeistatistik, den Jüdischen Friedhof Weißensee oder auch das Jüdische Krankenhaus verfolgen unter anderem das Ziel einer noch besseren Nachvollziehbarkeit des Zusammenhangs von Suizidhandlungen mit den genauen Daten der Deportationen aus Berlin. Ziel ist es dabei, den Suizid als eine eigene Handlungskategorie zu beschreiben, die im Rahmen der Fluchtforschung einer ebenso eigenständigen Betrachtung bedarf wie das Untertauchen in die „Illegalität". Zugleich zeigen sich hier auch die Trennlinien des Untersuchungsfeldes, denn beschrieben werden ausschließlich die Suizide unter den Daheimgebliebenen. Selbsttötungen während der Deportationen selbst, in Konzentrationslagern oder in der Emigration sollten aufgrund der sehr unterschiedlichen Kontextbedingungen eigene Forschungsdesiderate bilden.

Neben weiteren Zusammenhängen wird auch auf die Tötungsarten geblickt, die sich stark unterscheiden im Vergleich zu den Suiziden in der übrigen Berliner Bevölkerung. Der daran anschließende Abschnitt nimmt die ärztliche Berufsgruppe und deren Berührungspunkte mit dem Thema in den Fokus. Dabei werden bisherige Abhandlungen zur Verfolgung jüdischer Ärztinnen und Ärzte, mehrheitlich aus dem Bereich der Medizin(geschichte), analysiert, deren Ergebnisse zusammengeführt und speziell die darin erwähnten Suizide herausgearbeitet. Leitende Fragen lauten an dieser Stelle: Wie werden die Selbsttötungen im Kontext der Verfolgung beschrieben und welche Beachtung finden sie in den Arbeiten?

Die Fokussierung auf die ärztliche Berufsgruppe zieht aber nicht eine Beschränkung auf die Betrachtung von Suiziden ausschließlich unter Ärztinnen und Ärzten nach sich, im Gegenteil: die berufsspezifischen Berührungspunkte mit der Suizidthematik und daraus resultierende Fragen sind hier von besonderem Interesse. Diesen wird im Anschluss nachgegangen: Wie präsent war das Thema in der ärztlichen Arbeit ab dem Jahr 1933? Gibt es Hinweise darauf, wie Ärzte auf hilfesuchende Patientinnen und Patienten reagierten? Wie handelten sie konkret bei Suizidversuchen? Eine breite Quellenbasis, die zur Klärung dieser Fragen notwendig wäre, existiert nicht. Aus diesem Grund versucht die vorliegende Arbeit, Spuren aus verschiedenen Bereichen zusammenzutragen, die Hinweise geben sowohl auf grundsätzliche Reflexionen wie auch auf konkretes situatives Handeln. Vor allem Tagebücher und Memoirenliteratur, in besonderer Weise auch die Berichte über das Jüdische Krankenhaus in Berlin, bieten hier die Möglichkeit einer schlaglichtartigen Erfassung ärztlichen Handelns in

der direkten Konfrontation mit einem alltäglichen Phänomen, das phasenweise zum Massenphänomen anwuchs.

Der Suizid als der „intimste und unzugänglichste menschliche Akt“[30] kann im hier betrachteten Umfeld jahrelanger Repression und physischer Bedrohung mit den klassischen Suiziddefinitionen kaum erfasst werden.[31] Die Selbsttötungen zwischen 1933 und 1945 werden in dieser Arbeit konsequent als historisches Phänomen betrachtet und zugleich unter den Oberbegriff der Entziehung[32] gefasst. Dennoch sollen unterschiedliche Deutungen des Aktes – sowohl zeitgenössische wie auch retrospektive – vorgestellt und diskutiert werden. Das Spektrum reicht hier von der spontanen Verzweiflungstat bis zum geplanten Akt als Zeichen des Protests oder Widerstands. Zum Ende des Kapitels werden Diskussionen und auch Gegenpositionen unter denjenigen vorgestellt, die häufig mit dem Wunsch nach Selbsttötungen konfrontiert wurden – hier am Beispiel des christlichen Hilfsnetzwerks Büro Pfarrer Grüber (Berlin) sowie des Arztes Viktor Frankl (1905-1997) in Wien.

Das zweite Kapitel widmet sich anschließend den Reaktionen der Nationalsozialisten auf diese Taten wie auch der Rezeption nach 1945 und der Einordnung in die Forschungslandschaft. Zunächst aber wird die Perspektive der Verfolger beleuchtet: Wie reagierten die zuständigen Behörden auf die zunehmende Zahl an Menschen, die sich der Deportation durch Suizid verweigerten? Neben Richtlinien und Anordnungen wird an einem Einzelfall aus der Provinz exemplarisch vorgestellt, wie bei diesem Entziehungsversuch verfahren wurde. Ein ausführlicher Blick wird anschließend den Verwaltungsvorgängen im Zuge der Enteignung und Beraubung gewidmet. Am Beispiel der Verordnungen zum Reichsbürgergesetz werden die Veränderungen im Laufe der Jahre nachgezeichnet, die als Reaktion auf die zunehmende Zahl von Menschen anzusehen sind, die sich durch Untertauchen oder Selbsttötung ihrer Deportation – und damit der „ordnungsgemäßen Beraubung“ – entzogen. Oftmals geben diese adaptierten Verwaltungsakte tieferen Einblick in die politische Agenda als öffentliche Verlautbarungen, die zu einem sensiblen Thema wie den Suiziden unter Verfolgten ohnehin zumeist fehlen.

---

30 Goeschel, Selbstmord im Dritten Reich, S. 1. Goeschel zitiert hier den Historiker Richard Cobb (1978), im Original: “most private and impenetrable of human acts“.

31 So hatte z.B. Durkheim zwischen egoistischen, altruistischen, anomischen und fatalistischen Suiziden unterschieden. In der medizinisch-psychiatrisch dominierten Suizidologie des 20. Jahrhunderts wurde versucht, mit Begriffen wie „Spontantat“ oder „Bilanzsuizid“ das Phänomen zu (be)greifen.

32 Der Begriff „Entziehung“ geht auf Maria Fritsche und ihre Beschäftigung mit den Deserteuren der Wehrmacht zurück. Er wird in diesem Kontext bewusst gewählt, da er zum einen in der Lage ist, auch andere Formen wie z.B. Emigration, falsche Identität oder Leben im Untergrund zu integrieren und zum anderen das bewusst-aktive Handeln der Akteure oftmals besser erfasst als es bspw. das Wort „Flucht“ vermag. Vgl. zum Begriff Fritsche, Maria, Entziehungen. Österreichische Deserteure und Selbstverstümmler in der Deutschen Wehrmacht, Wien 2004.

Als Konsequenz, auch auf die bislang vernachlässigte Verbindung von Suiziden und Beraubungspolitik, wird die Frage des Suizids als Widerstandshandlung diskutiert. Nach einem Rekurs auf die frühen Interpretationen sowie eher weit oder eng ausgelegte Widerstandsdefinitionen wird hierbei vor allem auf Gemeinsamkeiten hingewiesen, die sich auch bei anderen Versuchen zeigten, der Deportation zu entgehen. So mussten sowohl vor einer Flucht durch Untertauchen als auch vor einem Suizid zahlreiche Dinge bedacht und vorbereitet werden, um das Ziel nicht zu gefährden. Während den einen durch ihr Untertauchen – und ebenso ihren Helferinnen und Helfern, den „stillen Helden" – meist aktive resistent-widerständige Signaturen zugeschrieben werden, gilt das noch nicht für die Beteiligten rund um die Entziehung durch Suizid. In diesem Kontext wird abschließend auch der Frage nach einer Interpretation der ärztlichen Unterstützungsleistungen bei Suizidwünschen im Verfolgungskontext nachgegangen.

Mit Helferinnen und Helfern befasst sich anschließend das *dritte Kapitel***.** Dabei werden Protagonisten und Schutzräume ausführlich behandelt, die für Verfolgte wie Arthur Nicolaier sehr wichtig werden konnten und mit der Hoffnung auf Hilfe und Unterstützung verbunden waren. Am Beispiel des Pharmakologen Wolfgang Heubner und dessen Berliner Instituts lassen sich ebenso wie bei der Firma Schering Handlungsweisen aufzeigen, die zahlreichen Menschen temporär oder dauerhaft Schutz ermöglichten. Abhängig war dies immer von den verantwortlichen Personen und ihrem Einfluss oder ihrer Standhaftigkeit gegenüber dem NS-Regime. Gleichwohl muss der Kontext ausführlich betrachtet werden, um keiner allzu einseitigen Betrachtung zu verfallen. So ist zum Beispiel Wolfgang Heubner eine durchaus widersprüchliche Figur, die sich einerseits nicht scheute, mittels Wort und Tat Gegenpositionen zum NS-Regime zu vertreten, andererseits als Teil der Wissenschaftselite auch Teil des Systems war und mit diesem auf vielfältige Weise kooperierte.

Auch Arthur Nicolaier setzte Hoffnungen in Hilfsaktionen von Wolfgang Heubner und Schering, wie sich rekonstruieren ließ. Der genauere Blick auf diese beiden Anlaufstellen kam durch die Recherchen zustande und lohnt dahingehend, dass zum einen zahlreiche Querverbindungen sichtbar werden, die auf weiter verzweigte Netzwerke hinweisen und dass zum anderen auch hier Thematisierungen und Hilfestellungen bei Suizidplänen aufgezeigt werden können.

Zuletzt befasst sich *Kapitel IV* mit dem Lebensende von Arthur Nicolaier auf Basis der überlieferten Quellen. Mit dem Vorgehen soll ein Ziel verfolgt werden, das für die Alltagsgeschichte in der Geschichtswissenschaft allgemein ausgegeben wird: die Erfassung der

subjektiven Empfindungen und Wahrnehmung, die Annäherung an die Lebenswelt von Personen oder Gruppen in ihrer Zeit.[33]

Welchen Einfluss hatten die Veränderungen ab 1933 auf den Alltag Arthur Nicolaiers? Welche Auskunft geben uns die Briefe, Notizen und Behörden-Korrespondenz über seine persönliche Situation? Deren Betrachtung liefert einerseits Hinweise auf die stetige Einengung der Bewegungsfreiheit und des Lebensbereiches – also externe Faktoren im Zeichen der NS-Verfolgungspolitik, die letztlich mit zu dem Entschluss zum Suizid führten. Andererseits spielen hierfür auch persönliche Einstellungen eine Rolle: Wie wurde die Option des Suizids von Arthur Nicolaier selbst eingeordnet und wie schätzte er seine Lage ein? Nicolaier formuliert hier durchgehend mit der rational-pragmatischen Sprache des Wissenschaftlers, größere Passagen der Reflexion oder gar inneren Diskussion sind nicht überliefert. Dennoch ergibt sich über einen längeren Zeitraum das Gesamtbild einer Auseinandersetzung mit ebendieser Option für den „Fall der Fälle". Darüber hinaus interessieren jedoch noch weitere Fragen: Unternahm Nicolaier Versuche, der Deportation zu entgehen und gab es Hilfsversuche Dritter? Wie auch zuvor in dieser Untersuchung steht hierbei mit der weiteren Zuspitzung der Situation ab 1941 das letzte Jahr bis zu Nicolaiers Suizid im August 1942 im Fokus. Nach einem erzwungenen Umzug wohnte er zur Untermiete in einem sogenannten Judenhaus bei Richard Jacobson (geb. 1876),[34] selbst verfolgter „jüdischer Krankenbehandler" evangelischer Konfession. Soweit es die Quellen zulassen, wird dieses letzte Umfeld – und damit auch die Familie Jacobson – näher beschrieben (Kap. IV, 3.). Etwa drei Monate nach Nicolaiers Tod wurden die Jacobsons deportiert und ermordet. Akten der Finanzbehörden geben Einblick in die nachträgliche Plünderung des Hausstandes.

Wie sehr fügte sich Arthur Nicolaier seinem drohenden Schicksal und worin zeigen sich Akte der Resistenz und Selbstbehauptung? Mit einer letzten Notiz am Tage der Selbsttötung (*„Ich scheide freiwillig aus dem Leben"*) hinterließ er eine Erklärung, die nicht nur aufgrund der Betonung der Freiwilligkeit und zugleich Unterzeichnung mit dem Zwangsvornamen „Israel" nach einer Diskussion verlangt (Kap. IV, 5.). Mehr noch gilt dies für das im Zuge der Recherchen entdeckte, im Notizzettel verborgene Wasserzeichen. Bei dem Wort *„Invictus"* (lat. für unbesiegt) handelt es sich um eine bewusst verfasste Botschaft über seinen Tod hinaus, wie gezeigt werden wird.

---

[33] Zum Konzept der Alltagsgeschichte in der Historiografie vgl. z.B. Berliner Geschichtswerkstatt (Hrsg.), Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte. Zur Theorie und Praxis von Alltagsgeschichte, Münster 1994.

[34] Jacobson wurde Ende 1942 nach Auschwitz deportiert und für tot erklärt, siehe Eintrag im Online-Gedenkbuch „Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945", https://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/de1080717 [20.09.2023].

Mit seinem Tod beginnt zugleich die Rezeptionsgeschichte zu Arthur Nicolaier und seiner Entdeckung. Zum einen ist hier von Interesse, weshalb dem Werk und der Person Arthur Nicolaiers nach 1945 kaum Beachtung geschenkt wurde. Gibt es Erklärungsansätze für die jahrzehntelange Stille im Zusammenhang mit seinem Namen? In Anlehnung an Ralph Giordanos Diktum der „zweiten Schuld“[35] wird gefragt: Welche ent- oder belastenden Argumente – auch hier am Einzelfall stellvertretend für zahllose weitere verfolgte Forscherinnen und Forscher diskutiert – lassen sich finden für ein Verständnis dieses „zweiten Todes“, und welche Verantwortung tragen dabei die Medizin- und Wissenschaftsgeschichte der Nachkriegszeit bis heute? In dem Maße, wie die Studie aufzeigen soll, wie paradigmatisch der Suizid Arthur Nicolaiers im Kontext seiner Zeit angesehen werden kann, muss ebenso gefragt werden, wie paradigmatisch auch das weitgehende Vergessen des Tetanus-Entdeckers in der bundesrepublikanischen Erinnerungslandschaft erscheint. Ähnliche Fragen im Feld der Erinnerungskultur stellen sich ausblickend für all die anderen Menschen, die sich während des „Dritten Reichs“ dem Zugriff der Machthaber durch Suizid entzogen haben.

5. Verwendete Quellen und Methodik

Für die Darstellung der Verfolgungssuizide werden unterschiedliche Zugänge gewählt. Zunächst beginnt die Annäherung an das (Massen-)Phänomen des Suizids mit einer Darstellung von Alltagsbeschreibungen, in denen die Selbsttötungen thematisiert wurden. Diese basieren zum einen auf Erinnerungsberichten, die in Archiven erhalten wurden oder nach dem Krieg in Buchform erschienen sind.[36] Zum anderen handelt es sich um zeitgenössische Zeugnisse wie Tagebücher oder Briefe, die ganz ähnlich, aber unmittelbarer die Reaktionen auf Suizide im Umfeld oder eine Beschäftigung mit dem Thema abbilden.[37] Alle Formen von Erfahrungsberichten zusammen sind unerlässlich, wenn man sich dem Thema qualitativ nähern und situative Aspekte vertiefen möchte. Für sich alleine stehend eignen sie sich allerdings nicht

[35] Giordano, Ralph, Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein, Hamburg 1987.

[36] So begann die Gedenkstätte Yad Vashem schon bald nach dem Krieg mit der Sammlung von Zeugenaussagen und Erfahrungsberichten Überlebender, die später auch (audio)visuell weitergeführt wurden. Vgl. in dieser Arbeit hierzu zum Beispiel den Bericht der Widerstandskämpferin Edith Wolff (1904-1997) von 1957: Wolff, Edith, Lebensbild – Untergrundarbeit in Berlin bis 1943, Eigenbericht, Yad Vashem Archives, 0.1, Ball-Kaduri Collection, No. 247, S. 7f. In Buchform veröffentlichten einige Überlebende erst im Alter ihre Erinnerungen, wie zum Beispiel Edith Dietz (1921-2015). Vgl. Dietz, Edith, Den Nazis entronnen. Die Flucht eines jüdischen Mädchens in die Schweiz, Frankfurt/M. 2002.

[37] Hier sei exemplarisch das Tagebuch des Stettiner Arztes Adolf Guttentag (1868-1942) genannt, das über das United States Holocaust Memorial Museum (USHMM) öffentlich verfügbar ist. Siehe Guttentag family papers, Accession Number: 2001.42/RG Number: RG-10.216. Die Briefe des Hermann Samter (1909-1943) aus Berlin, seinerzeit Redakteur beim „Jüdischen Nachrichtenblatt“, enthalten zahlreiche Stellen zu den Suiziden in der Stadt. Die Briefe können im Archiv des Zentrums für Antisemitismusforschung (ZfA) in Berlin eingesehen werden.

dazu, das Phänomen in Gänze zu erfassen. So bedarf es auch der Frage nach der Prävalenz, um mithilfe quantitativer Aussagen eine Einordnung zwischen Rand- und Massenphänomen vornehmen zu können. Zumindest für die Stadt Berlin, die hier im Fokus steht, wurden möglichst umfassend die erhaltenen zeitgenössischen Dokumentationen und Statistiken ausgewertet oder neu erstellt. Zentral sind hierbei die amtliche Berliner Polizeistatistik,[38] die Zahlen zu Bestattungen nach Suizid auf dem Jüdischen Friedhof Berlin-Weißensee[39] sowie das Aufnahmebuch des Jüdischen Krankenhauses Berlin (Iranische Straße)[40]. Mit jeder Dokumentation lässt sich das Phänomen zum einen insgesamt zahlenmäßig besser erfassen, und zum anderen lässt sich mithilfe der Kombination dieser unterschiedlichen Zugänge der Nachweis des direkten Zusammenhangs zwischen Deportationen und Suiziden führen, mitunter auf den Tag genau.

Mit Blick auf die ärztliche Mitwirkung, und dabei zunächst auf verfolgte Ärztinnen und Ärzte wurde eine Analyse von Studien und Biografiesammlungen zum Thema vorgenommen. Etwa die Hälfte (ca. 4.000) der Ärztinnen und Ärzte, die nach 1933 vertrieben und getötet wurden, sind auf diesem Wege bislang biografisch erfasst. Zusätzlich wurde in der Analyse auf die jeweilige Thematisierung der Selbsttötungen geblickt und mithilfe der dokumentierten Fälle eine Annäherung quantitativer Art vorgenommen.

Für die ärztliche Einbindung in die Suizidhandlungen anderer Verfolgter wurden ebenfalls Tagebücher und Memoirenliteratur, auch Zeitzeugenberichte, etwa von Angestellten des Berliner Jüdischen Krankenhauses, gesichtet. Ärztliche Berichte über ein so hochsensibles Thema sind wenig überraschend kaum überliefert und so wurde hier vor allem in den Erfahrungsberichten von Verfolgten gezielt nach Erwähnungen von ärztlicher Unterstützung gesucht.

Im Rahmen des zweiten Kapitels, das sich unter anderem den „Störenfrieden der Enteignung“ widmet, wurde mit dem „Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger“ gearbeitet. Daneben wurde auf Dokumente und Anordnungen zurückgegriffen, die größtenteils in der bestehenden Literatur zu finden sind. Der exemplarische Einzelfall aus der Provinz wiederum basiert auf einem mit Dokumenten gestützten Zeitzeugengespräch.[41]

---

38 Landesarchiv Berlin (LAB), A Pr Br Tit 198B Rep 030-03, Nr. 1624.

39 Die für die Auswertung genutzten Zahlen entstammen einer handschriftlichen Aufstellung aus der Sammlung Adam Wolffsky, Konvolut/290, Inv.-Nr. 2014/48/1-118. Es ist nicht eindeutig zu klären, woher die Zahlen stammen und ob sie von Wolffsky selbst notiert wurden. Sie wurden dennoch verwendet, weil sie sich mit den Zahlen aus Anna Fischers Studie „Erzwungener Freitod“ decken, die auf der Friedhofsdokumentation basieren.

40 Stiftung Neue Synagoge Berlin, Centrum Judaicum Archiv (CJA), Bestand 2 A 1 K, Nr. 38/1, #28, Jüdische Gemeinde zu Berlin, Jüdisches Krankenhaus.

41 Gespräch mit Walter Briedigkeit zum Suizidversuch der Großmutter Ida Freudenberg, siehe hierzu Kap. II, 1.2

Für die Hilfsnetzwerke schließlich war die vorhandene Sekundärliteratur, im Falle der Firma Schering zum Beispiel die Arbeiten des ehemaligen Archivleiters, maßgebend. Im Falle Wolfgang Heubners jedoch hat sich als besonders wertvoll die vertiefte Auseinandersetzung mit dessen Tagebüchern ergeben, die von dem Pharmakologen Erich Muscholl (1926-2019) in Mainz transkribiert und zur Verfügung gestellt wurden.[42] Über die Tagebucheinträge konnten zahlreiche Verbindungen und Unterstützungsleistungen identifiziert werden, außerdem diente die Quelle zur Bestätigung einiger Annahmen im Rahmen der Nicolaier-Recherche.

Für den einzelbiografischen Teil dieser Untersuchung (Kapitel IV) wurden in erster Linie Verwaltungs- und Egodokumente herangezogen. Ein geschlossener Bestand zu Arthur Nicolaier oder ein archivierter Nachlass existieren bislang nicht, sodass die Archivalien unterschiedlichster Provenienz entstammen. Dennoch konnten zahlreiche Quellen, die Aufschluss über Nicolaiers Stationen und den wissenschaftlichen Werdegang geben, erschlossen werden. Für die Hochschulangelegenheiten wurden vor allem Akten aus dem Universitätsarchive Berlin (HU) ausgewertet. Diese geben vor allem Auskunft über die akademischen Stationen bis hin zum Entzug der Lehrbefugnis 1933. Weitere Unterlagen befanden sich im Archiv der Firma Schering in Berlin. Da Nicolaier dort lediglich als freier Mitarbeiter tätig war, existiert allerdings keine Personalakte. Über die Bestände zu den von ihm mitentwickelten Medikamenten ließen sich jedoch einige Zusammenhänge erschließen. Ferner geben die Adressbücher und Straßenverzeichnisse der Stadt Berlin Auskunft über Umzüge oder Praxistätigkeit, hier wurden die Jahrgänge 1901 bis 1942 gesichtet. Darüber hinaus finden sich weitere Nachweise zu Nicolaiers Person in der Handschriftenabteilung der Staatsbibliothek zu Berlin, vornehmlich im Nachlass des Schwagers Wilhelm Ebstein und in den Unterlagen der Jüdischen Kultusvereinigung.

Eine Vielzahl an Zeugnissen und Urkunden aus Nicolaiers Eigentum, angefangen mit dem Abiturzeugnis von 1880, befindet sich heute im Privatbesitz von Frau Erika Wagner, ebenso zahlreiche Briefe, die Nicolaier an Carola Ebstein gerichtet hatte. Die persönlichen Unterlagen entstammen dem Besitz ebendieser Carola Ebstein, Nicolaiers angeheirateter Nichte.[43] Nach Gesprächen und einem persönlichen Treffen wurden von Erika Wagner sämtliche Materialien für die Dauer des Forschungsprojekts zur Verfügung gestellt.[44]

---

[42] Die Tagebücher sind Bestandteil des Archivs der Deutschen Gesellschaft für experimentelle und klinische Pharmakologie und Toxikologie (DGPT), das sich inzwischen im Archiv der Medizinischen Hochschule Hannover befindet (ArchMHH, Dep. 13).

[43] Arthur Nicolaier bezeichnet Carola Ebstein sowohl in der privaten als auch offiziellen Korrespondenz als seine Nichte, dies wird für vorliegende Arbeit übernommen.

[44] Die reichlich vorhandenen Materialien wurden von Carola Ebstein vorsortiert bzw. letztlich entschied sie, welche Dokumente die Zeiten überdauerten und welche nicht. Wir wissen also nichts über den ursprünglichen Umfang des Quellenbestands und müssen bei jeder Darstellung der Geschehnisse, mehr noch bei deren Interpretation, das

Für die Jahre nach 1933 konnten ungleich mehr Briefe (ca. 30) und Korrespondenz erschlossen werden, die einen wesentlich begrenzteren Zeitraum umfassen. Diese Briefe stellen die wichtigste Quellengrundlage für die Rekonstruktion des letzten Lebensabschnitts, der zunehmenden Entrechtung und Isolation und schließlich des Suizids dar. Zur Quellenkritik an dieser Stelle: Die reichlich vorhandenen Materialien wurden von Carola Ebstein über die Jahre innerhalb der Familie weitergegeben. Damit lag es in ihrer Hand, welche Dokumente die Zeiten überdauerten und welche nicht. Ob es Abweichungen zum ursprünglichen Umfang des Quellenbestands gibt ist nicht bekannt, und so muss bei jeder Darstellung der Geschehnisse, mehr noch bei deren Interpretation, die Möglichkeit der selektiven Quellenüberlieferung im Blick behalten werden.[45] Die Korrespondenz wird bereichert durch ausgewählte Briefe, auf die Volkmar Felsch während seiner Forschungen über den ebenfalls verfolgten Mathematiker Otto Blumenthal, Ehemann von Mali geb. Ebstein und Mitglied der Leopoldina seit 1923, gestoßen war.[46] Letztgenannte Briefe gaben überhaupt erst den Anstoß für die ausführliche Arbeit zu Arthur Nicolaier in Aachen, initiiert von Dominik Groß, Leiter des dortigen Instituts für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin. Die Recherche in den durch Felsch veröffentlichten Tagebüchern Otto Blumenthals dienten zusätzlich der Nachvollziehbarkeit von zeitlichen und persönlichen Verbindungen.[47]

Anders als bei Memoirenliteratur zeigen Tagebücher oder Briefe eine unmittelbare Reaktion auf Ereignisse. Diese Unmittelbarkeit birgt eine wertvolle Erkenntnisqualität, verlangt jedoch umso mehr nach einer Einbindung in den Kontext. Gerade die hier untersuchten Briefe von Arthur Nicolaier sind dabei Alltagszeugnisse – Zeugnisse eines Alltags in der Ausnahmesituation der Verfolgung. Gleichwohl können sie immer nur Fragmente bleiben, Tagesabläufe und Verhaltensweisen nicht umfassend abbilden, was in den Anspruch einer Alltagsdarstellung eingepreist werden sollte. Zudem gilt die folgende Feststellung: „Privater Briefverkehr, […] ist eine Form schriftlicher Interaktion, die auf den antizipierten

Moment der selektiven Quellenüberlieferung im Blick behalten. In welchem Umfang Carola Ebstein, die selbstverständlich bei der Weitergabe von alten Dokumenten auch eigene Interessen bedachte, hier selektiv agiert hat, lässt sich nicht abschätzen.

45 Arnold Paucker zitiert 2003 eine Stelle aus einer Buchbeschreibung von William Weaver: „But [...] letters, reports, dispatches can be misleading. There is a space between one document and the next and the historian must read that space with imagination and compassion.“, zit. nach Paucker, Arnold, Deutsche Juden im Widerstand 1933 – 1945. Tatsachen und Probleme, 2., erw. Auflage, Berlin 2003, S. 47 (FN 113). Paucker bezeichnet dies an gleicher Stelle als beste „Beschreibung der Tücken, die eine alleinige Beschränkung auf vorhandene Quellen in sich birgt, wenn es um eine Darstellung des Schicksals der deutschen Juden unter der NS-Diktatur geht.“ Hieraus gehen sowohl die Risiken als auch der Auftrag an Historikerinnen und Historiker für einen verantwortungsvollen Umgang bei der Interpretation hervor.

46 Die hier verwendeten Briefe sind überlassene Kopien. Die Originale der Briefe befinden sich ebenfalls in Privatbesitz, hier im Familienarchiv der Blumenthals in Großbritannien, und werden entsprechend zitiert.

47 Felsch, Volkmar, Otto Blumenthals Tagebücher. Ein Aachener Mathematikprofessor erleidet die NS-Diktatur in Deutschland, den Niederlanden und Theresienstadt, Konstanz 2011.

Erwartungshorizont eines dem Schreiber in der Regel gut bekannten Lesers ausgerichtet ist. Der den Schreibpartnern gemeinsame Referenz- oder Erfahrungsrahmen bildet die Grundlage der Kommunikation.“[48] Das bedeutet hier für den Zusammenhang unter anderem, dass eine oftmals fehlende Auseinandersetzung mit persönlichen Themen nicht allein auf Arthur Nicolaiers Persönlichkeit hindeuten muss, sondern vielmehr auch im Verhältnis zu seiner Nichte Carola und den Blumenthals (und deren Vorwissen durch jahrzehntelange Verbundenheit) begründet sein kann. Ihren besonderen Wert bilden die untersuchten Briefe dadurch ab, dass sie in einem gut erforschten Kontext individuelle Reaktionen auf die Repressionen des NS-Staates offenbaren.

All diese Dokumente geben gemeinsam mit weiteren Archivalien mehr Aufschluss über die Situation am Lebensende. Beispielhaft sind hier zu nennen die Akten der ehemaligen „Vermögensverwertungsstelle“ beim Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg.[49] Sie existieren noch für die letzten Vermieter Nicolaiers, die Familie Jacobson, und offenbaren einerseits en détail die Konfiszierung des gesamten Hausstandes, darüber hinaus geben sie Hinweise auf die Familie des Vermieters und nach einer Reihe weiterer Recherchen lassen sich so auf der Mikroebene Ausschnitte des Umfeldes darstellen, in dem Nicolaier das letzte Jahr seines Lebens verbrachte. Für die Tage rund um den Suizid waren wiederum maßgebend die überlieferten Briefe, Dokumente und Notizen, unter ihnen der Abschiedsbrief. Weitere Unterlagen über den Tod Nicolaiers hinaus ergaben zudem Einblicke in den weiteren Kampf um das Vermögen.

Für den letzten Teil des Kapitels, der sich mit der lange ausgebliebenen Erinnerung an Arthur Nicolaier nach 1945 befasst, wurde die zumeist medizinische und medizinhistorische Fachliteratur von 1945 bis heute auf Erwähnungen von Arthur Nicolaier hin überprüft und die Fundstellen quantitativ wie qualitativ eingeordnet in die innerfachliche und gesellschaftliche Aufarbeitungs- beziehungsweise Verdrängungskultur der Bundesrepublik.

[48] Götz, Irene/Löffler, Klara/Speckle, Birgit, Briefe als Medium der Alltagskommunikation – Eine Skizze zu ihrer kontextorientierten Auswertung, in: Schweizerisches Archiv für Volkskunde 89 (1993), 2, 165-183, hier S. 177f.

[49] Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA), Rep. 36A II, Oberfinanzpräsident Berlin-Brandenburg, Vermögensverwertungsstelle.

I. Verfolgungssuizide und ärztliche Mitwirkung

1. Verfolgungssuizide zwischen 1933 und 1945

Das Thema Suizid ist in der Forschung zur NS-Verfolgung zwar verzögert und nicht kontinuierlich, jedoch durchaus einige Male ausführlicher aufgegriffen worden, wie bereits einleitend festgestellt wurde. Es ist in solchen Fällen sodann auch als eigenständiges Forschungsfeld gewertet und beschrieben worden. Trotz der allmählichen Zunahme an Thematisierung ist es nach wie vor nicht selbstverständlich, die Suizide in die Reihe anderer Formen der Entziehung aus dem nationalsozialistischen Machtanspruch über Leib und Leben zu integrieren, namentlich: Emigration, Flucht oder Untertauchen. Noch immer kommt es zu Auslassungen oder nur beiläufigen Erwähnungen der Selbsttötungen in Arbeiten über die NS-Verfolgung. Die Gründe hierfür dürften zum einen in einer heute nachlassenden, aber über Jahrzehnte wirkmächtigen Tabuisierung des Suizids zu suchen sein. Ursula Baumann sieht einen gesunkenen Stellenwert des Suizids als Krisenphänomen nach den vielfältigen Kriegs- und Gewalterfahrungen. Diese Entpolitisierung sei jedoch schon bald nach 1945 von einem pathologisierenden Blick abgelöst worden. Damit verbunden sei eine Remoralisierung der Selbsttötung erfolgt, die durch die starke Position der beiden großen Kirchen nach 1945 befördert wurde.[50] Weitere Gründe für Auslassungen von Suiziden in der historiografischen Betrachtung sind zudem in den allgegenwärtigen Unsicherheiten einer retrospektiven Beschreibung der unterschiedlichsten – weil individuellen – Suizidhandlungen während der zwölf Jahre der nationalsozialistischen Verfolgung zu suchen.

In dieser Arbeit sollen daher die Selbsttötungen im Kontext der reichsweiten Deportationen ab dem Herbst 1941 ausführlich betrachtet, beschrieben und letztlich auch in den übergeordneten Kontext eingeordnet werden. Neben der bislang fehlenden Perspektive einer ausführlichen Einzelfallbeschreibung, die mit der Darstellung von Arthur Nicolaiers Situation und seinem Lebensende in Berlin angestrebt wird, werden weitere Beispiele angeführt und in der Folge allgemeine Muster herausgearbeitet, die neben aller Individualität des Einzelfalls maßgebend waren für einen erheblichen Teil der Verfolgten. Außerdem richtet sich ein besonderer Blick auf Ärztinnen und Ärzte als eine hier entscheidend involvierte Berufsgruppe. Neben einem kurzen Überblick über die Verfolgung jüdischer Ärztinnen und Ärzte sowie dem

[50] Vgl. Baumann, Ursula, Suizid im „Dritten Reich“ – Facetten eines Themas, in: Grüttner, Michael/Hachtmann, Rüdiger/Haupt, Heinz-Gerhard (Hrsg.), Geschichte und Emanzipation. Festschrift für Reinhard Rürup, Frankfurt/New York 1999, S. 482-516, hier S. 507f.

Versuch, auch hier die bislang bekannten Suizidfälle zu dokumentieren, werden anschließend ärztliche Mitwirkungen und Einbindungen in Suizidhandlungen herausgestellt. Den verschiedenen Formen dieser Einbindung und auch der Reflexion in einem Spannungsfeld zwischen Hilfe und Beihilfe wird anhand von Beispielen nachgegangen.

So soll insgesamt gezeigt werden, dass der Suizid im NS-Verfolgungskontext mitnichten als Randphänomen im Sinne einer einsamen, verlassenen Entscheidung in hoffnungsloser Situation zu verorten ist, sondern aus mehrfacher Perspektive eine durchaus gleichberechtigte Option der Verweigerung darstellen konnte, die phasenweise zum Alltagsphänomen avancierte. Letztlich geht es damit auch um den Platz der Suizide innerhalb der Forschung zur NS-Verfolgung und der Widerstandsforschung. Zunächst jedoch sollen einige grundsätzliche Einordnungen vorgenommen werden und zur Orientierung dienen.

1.1 Der Verfolgungssuizid als spezifisches historisches Phänomen

So sehr der Suizid über unzählige Generationen hinweg zum Menschen gehört und im Zuge dieser ersten, sehr oberflächlichen Feststellung als eine anthropologische Konstante angesehen werden könnte, so sehr hängt seine Prävalenz in Gesellschaften doch immer maßgeblich von deren kulturellen Traditionen, Wertevorstellungen und den damit verbundenen Definitions- und Bewertungsmustern ab. Folgerichtig ist daher die gängige Verortung in die jeweiligen Kulturkreise oder Milieus, in denen insbesondere religiöse Prägungen eine tragende Rolle spielten und spielen. Vor allem die Arbeiten von Ursula Baumann und Christian Goeschel beschäftigen sich in ihren Arbeiten mit dieser kulturellen Perspektive und präsentieren Suizidhäufigkeiten in unterschiedlichen Regionen oder Gruppen zu verschiedenen Zeiten.[51] So lag zum Beispiel im Kaiserreich die Suizidalität unter Juden lange Zeit deutlich niedriger als bei den christlichen Konfessionen, nahm aber über viele Jahre stark zu und übertraf die der anderen Konfessionen in der Weimarer Republik sehr deutlich. Für 1925 geben Kwiet und Eschwege in Preußen eine Suizidquote unter Juden von 53,2 auf 100.000 Einwohner an (Protestanten: 27,9, Katholiken: 13,5). Der vergleichsweise schnelle Anstieg hatte bereits zu der Zeit zu Debatten und Aufklärungsbemühungen geführt. Allgemein werden die vielschichtigen Hintergründe hierfür in der beschleunigten Assimilation und Akkulturation mit begleitender Diskriminierung und Isolation gesehen.[52]

[51] Vgl. Baumann, Vom Recht auf den eigenen Tod sowie Goeschel, Selbstmord im Dritten Reich.
[52] Vgl. Kwiet und Eschwege, Selbstbehauptung und Widerstand, S. 197.

In Zeiten massiver gesellschaftlicher Umbrüche oder plötzlicher Bedrohungen von außen stößt ein eher soziokulturell ausgerichteter Blick jedoch an Grenzen. Für die NS-Zeit ist durch die spezifische nationalsozialistische Judenverfolgung, die in ihrer Form auf keine andere Gruppe zutraf, jede Vergleichsgrundlage entzogen. Lohnender erschiene eher noch eine Einordnung der Suizide in die leidvolle jüdische Erfahrungsgeschichte existentieller Notsituationen und Pogrome: beginnend in der Antike mit dem Massensuizid von Masada im Jahr 73, über die zahlreichen christlichen Verfolgungswellen des Mittelalters mit ihren Pogromen, zum Beispiel in Zeiten der Pest. Hierauf weisen auch Kwiet und Eschwege hin, kommen jedoch vor dem Hintergrund der Forschungsfrage hinsichtlich möglicher kollektiver jüdischer Erinnerungen zu dem Schluss: „Man wird davon ausgehen dürfen, daß sie während der [nationalsozialistischen, T.O.] Verfolgungszeit wohl kaum einen Einfluß auf die Entscheidung zum Selbstmord gehabt haben."[53]

Daher sollen die Suizide verfolgter Juden in dieser Arbeit eben nicht vor dem Hintergrund kultureller oder auch religiöser Suizid-Spezifika aus Friedenszeiten gedeutet werden, sondern vielmehr der massive Einbruch in alle Lebensbereiche der Verfolgten – bis hin zur existentiellen Bedrohung – den Ausgangspunkt aller Beschreibungs- und Interpretationsversuche darstellen. Bei der Ein- und Abgrenzung hilft die Einordnung als *historisches Phänomen*. Mit dieser Kategorie lassen sich die hier relevanten Fragestellungen gezielter bearbeiten, da sie weniger die Tat an sich und den soziokulturellen Hintergrund der Suizidopfer in den Blick nimmt als primär die maßgeblich auslösenden Umstände.[54]

Die zunächst einmal wertneutrale Betrachtung als *historisches Phänomen* bietet Gefahren und Chancen zugleich. Ein Risiko besteht zum Beispiel darin, dass die deskriptive Vorgehensweise, die auf Statistiken, Selbstzeugnissen und Alltagsberichten basiert, eine tiefere Analyse auf anderen Feldern behindert. Sie muss, sowohl auf den Einzelfall bezogen wie auch auf übergeordneter Ebene, zwangsläufig Aspekte vernachlässigen – wie etwa die Stellung des Suizids im Judentum oder etwaige zeitgenössische theologische Debatten über eine Bewertung von Suiziden in Notsituationen. Kurz gesagt: mit der gewählten Herangehensweise besteht die Gefahr einer Vernachlässigung der soziokulturellen Dimension des Phänomens.

Zugleich aber bietet eine Betrachtung als historisches Phänomen, die andere Dimensionen nicht negiert, Chancen, sich dem Thema fokussierter zu widmen, als dies vor dem Hintergrund

---

53 Ebd., S. 195.

54 Darauf, dass die Suizidzahlen nicht nur bei politischer Verfolgung, sondern auch in Wirtschaftskrisen und damit verbundenen persönlichen Lebenskrisen ansteigen, deuten auch in heutiger Zeit noch viele Entwicklungen hin. So führten z.B. die Weltwirtschaftskrise 2008 oder die Staatsschuldenkrise in Griechenland ab 2010 zu einem Anstieg der Suizidzahlen in den betroffenen Ländern. Vgl. hierzu Branas, Charles et al., The impact of economic austerity and prosperity events on suicide in Greece: a 30-year interrupted time-series analysis, in: BMJ Open 5 (2015).

moralischer Prämissen und sozialer Konstruktionen möglich wäre. Das „historische Phänomen“ als analytische Kategorie stellt somit kein Zurückweichen vor der Komplexität der vielschichtigen Suizid-Thematik dar. Vielmehr lässt sich hiermit eine Ausgangsthese festlegen: weder der kulturelle, religiöse oder soziale Hintergrund determinierte die Suizidhandlungen verfolgter Menschen zwischen 1933 und 1945 in Deutschland, sondern zuallererst die repressiven Umstände der Zeit. Eine Zeit, in der staatlich gebrandmarkte Gruppen – in erster Linie Menschen jüdischer Abstammung – politischer, rassistischer und letztlich eliminatorischer Verfolgung ausgesetzt waren. Der hiermit einhergehende Repressions- und Verfolgungsdruck war ursächlich für die tausenden Fälle von Selbsttötungen, so individuell sich die jeweiligen Situationen in der Folge auch darstellen konnten.

Den situativen Kontext als oberste Prämisse bei der Beobachtung zu verwenden, verneint dabei beispielsweise nicht, dass der Suizid für die meisten orthodoxen Juden (wie auch für strenggläubige Christen) als letzte Form der Selbstbestimmung aus religiösen Gründen nicht in Frage kam. Die Prämisse erleichtert hingegen den Blick auf andere Verfolgte, denen das gleiche Schicksal drohte – und muss so nicht zwangsläufig auf Suiziden unter Jüdinnen und Juden, oder gar fälschlich: „jüdischen Suiziden“, verharren. Wenn es also von einer Suizidforschung ausgehend naheliegt, auf das Phänomen des Suizids vor dem Hintergrund der kulturellen, religiösen und sozialen Prägungen der Gruppen oder Gesellschaften einzugehen, so sprechen für die Zeit von 1933 bis 1945 viele Gründe für ein anderes Vorgehen. NS-Diktatur, Krieg, Verfolgung und Vernichtungspolitik hatten einen zu massiven Einfluss auf die verfolgten Menschen, als dass die soziokulturellen Prägungen ohne weiteres dominierend blieben. Die Repressionen bewirkten in vielen Lebensbereichen und Lebensfragen, auch in Bezug auf das Thema Selbsttötungen, eine entgrenzende Wirkung. Sie führten zu Verfolgungssituationen, die viele Menschen überhaupt erstmalig mit der Option eines Suizids konfrontierten, und in denen moralische Wertungsmuster erodieren konnten. Die (späte) Aufnahme der durch eigene Hand getöteten Menschen in das „Gedenkbuch für die Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Deutschland“ trägt diesem äußeren Druck der Zeit gewissermaßen Rechnung.[55] Ein noch weitergehender Schritt innerhalb dieser Logik ist es, wie Thomas Macho nahelegt, von Mord zu sprechen. Macho empfindet es mit Blick auf die Suizide unter NS-Verfolgten „unpassend, von diesen Toden als Selbsttötungen oder ‚anomischen Suiziden‘ (nach Durkheim) zu sprechen; auch ein provozierter Suizid ähnelt einem Mord.“[56]

[55] Erst für die 2., wesentlich erweiterte Auflage des Gedenkbuches, die 2006 erschien, hatte man sich entschieden, die Suizide aufzunehmen. Vorher überwogen hier die Bedenken – zu unklar erschienen viele dieser Todesfälle – bevor schließlich eine pauschale Aufnahme der dokumentierten Fälle beschlossen wurde.

[56] Macho, Das Leben nehmen, S. 184.

In dieser Studie wird weiter ausschließlich von Suiziden und Selbsttötungen die Rede sein – nicht zuletzt, um das selbstbestimmte Moment der Entscheidung und Handlung nicht aus den Augen zu verlieren. Bei Macho zeigt sich vor allem ein begriffliches Unbehagen darin, diese Fälle unter eine traditionelle Suiziddefinition zu fassen. In der Tat sind bis heute die zahlreichen Versuche einer universellen, nicht-medizinischen Suiziddefinition im Sinne eines Erklärungsmusters gescheitert. Aufgrund der Komplexität des Gegenstandes taugen Begriffe wie zum Beispiel der 1918 von Alfred Hoche (1865-1943) eingeführte „Bilanzsuizid" immer nur partiell.[57] Am ehesten, und weitgehend akzeptiert, bietet sich die von Emile Durkheim bereits 1897 in seiner Schrift „Le suicide" vorgenommene Einteilung in egoistische, altruistische, anomische und fatalistische Suizide an.[58] Anomische Suizide folgen nach Durkheim auf die Auflösung von sozialer Ordnung und kulturellen Normen. Auch Christian Goeschel nennt die „politische Anomie" als strukturellen Hintergrund, der in der NS-Zeit zu tausenden Suiziden geführt habe.[59] Darunter fallen bei Goeschel folgerichtig auch Suizide im Krieg, die massenhaften Selbsttötungen im Jahr 1945 aus Furcht vor der Roten Armee sowie von NS-Funktionsträgern im Angesicht der totalen Niederlage zum Kriegsende.[60] An dieser Stelle wirkt das Ordnungsmuster zu grob, um die individuellen Hintergründe abzubilden und innerhalb eines eigenen Referenzrahmens zu betrachten.

Der Referenzrahmen für die in dieser Arbeit betrachteten Fälle unter der großen Klammer 1933-1945 wird von der staatlich organisierten und gesellschaftlich unwidersprochenen *Judenverfolgung* gebildet. Erst hierdurch konnten sich für die Betroffenen über die Jahre Zustände der Anomie herausbilden. Diese wurden bewusst herbeigeführt und die zugrundeliegenden Repressionen gezielt auf die jüdische Bevölkerung gerichtet. Daher mag das Konzept vom anomischen Suizid unter den bestehenden am besten passen – der Ursprung der Auflösung aller Ordnung und Normen indes droht hierbei vernachlässigt zu werden.

Die Selbsttötungen verfolgter Juden zwischen 1933 und 1945 können demzufolge genauer bezeichnet werden, nämlich als *Repressions- oder Verfolgungssuizide. Denn* so individuell die Tatumstände und Vorbereitungen, die religiösen Vorbehalte, Einstellungen und Meinungen zum Suizid auch waren, so objektiv lassen sich die äußeren Umstände nachvollziehen, die auf

---

[57] Vgl. Hoche, Alfred, Vom Sterben. Kriegsvortrag, gehalten in der Universität am 6. November 1918, Freiburg 1919. Der Mediziner Alfred Hoche ist heute vor allem durch die gemeinsame Arbeit mit Karl Binding (1841-1920) „Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens: Ihr Maß und ihre Form" aus dem Jahr 1920 bekannt, die als wichtige ideelle Wegbereitung für die spätere NS-Euthanasie gilt.

[58] Vgl. Durkheim, Le suicide.

[59] Vgl. Goeschel, Selbstmord im Dritten Reich, S. 262. Zuvor hatte Goeschel das Konzept des anomischen Suizids noch stärker betont, als eines, das die Suizide verstehen helfe. Vgl. hierzu Goeschel, Christian, Suicides of German Jews in the Third Reich, in: German History 25, 1 (2007), 22-45, hier: p. 44.

[60] Vgl. Goeschel, Selbstmord im Dritten Reich, S. 184-255.

all diese Menschen und ihre Handlungen entscheidend einwirkten: Ausgrenzung, Verfolgung und Vernichtung.

1.2 Zeitliche und inhaltliche Abgrenzung

Um den oben genannten Unsicherheiten im historiografisch-praktischen, ja handwerklichen Umgang mit den Suiziden im NS-Kontext entgegenzuwirken, erscheint es ratsam, zumindest eine grobe chronologische wie auch quantitative und qualitative Ordnung vorzunehmen. Ebenso, wie auch in der Forschung zu den Themen Emigration, Flucht oder Untertauchen aus nachvollziehbaren Gründen Phasen unterschieden und im jeweiligen Kontext beschrieben werden, verliefen auch die Selbsttötungen im Verfolgungszusammenhang keineswegs linear. Bereits Konrad Kwiet und Helmut Eschwege sowie später auch Christian Goeschel, haben neben anderen insbesondere auf die Eskalationsstufen der nationalsozialistischen Verfolgungspolitik und den damit zunehmenden Druck auf die einzelnen Personen verwiesen. Diese Verknüpfung ist unbestritten, die einzelnen Phasen lassen sich jedoch abseits der reinen Chronologie weiter präzisieren. Dabei entscheiden die jeweiligen Betrachtungswinkel oftmals über die Auslegung der Phasen und ihrer Abgrenzungen. So definierte Peter Longerich 1998 beispielsweise vor dem Hintergrund der Vernichtungspolitik vier Eskalationsstufen.[61]

Eine Option, die sich in der Beschäftigung mit dem Gesamtphänomen Suizid 1933-1945 anbietet, ist zum Beispiel die Einteilung nach den jeweils *dominierenden* Bedrohungslagen der Verfolgungszeit. Demnach können drei Hauptphasen ausgemacht werden:

1. die einer dominant-*sozialen* Bedrohung (1933-1937),
2. der dominant-*physischen* Bedrohung (1938-1941) und
3. einer dominant-*existentiellen* Bedrohung (1941-1945).

Auch diese Phasen garantieren keine absolute Trennschärfe. Selbstverständlich setzt sich etwa die soziale Bedrohung über alle Jahre hinweg fort und der Zeitpunkt des von Marion Kaplan bezeichneten „sozialen Todes“[62] konnte individuell abweichen. Vielmehr variiert die Auswahl der jeweiligen Startpunkte von Veränderungen, die Wendepunkte der NS-Verfolgungspolitik markierten und damit die jeweiligen Bedrohungslagen bestimmten.

---

[61] Vgl. Longerich, Peter, Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München 1998.

[62] Kaplan, Between Dignity and Despair, p.5.

Phase Eins der dominant-sozialen Bedrohung (1933-1937) war demnach alleine schon durch die zahlreichen Berufsverbote charakterisiert durch eine abrupte berufliche und wirtschaftliche Ausgrenzung, die oftmals mit sozialem Abstieg und sozialer Diskriminierung einherging. Während für diese frühe Phase übrigens vereinzelt Suizide dokumentiert sind, die explizit mit politischem Protest verbunden oder als solcher gedacht waren, überwogen jedoch die Selbsttötungen, die aus tiefgehenden Verletzungen in Folge des gefühlten und erlebten sozialen Abstiegs resultierten. Der häufige Bezug auf die Ehre ist hierbei auffällig: Nicht selten mit der expliziten Betonung des eigenen Patriotismus oder dem Status als Frontkämpfer verknüpft, wurden diese frühen Suizide typischerweise von älteren Männern vollzogen, die man mit ihrem Beruf auch des Lebenswerks beraubt hatte. Die Anzahl der Selbsttötungen entwickelte sich deshalb relativ gleichmäßig über die ersten Jahre der NS-Herrschaft, weil für die erwähnten Männer mit Frontkämpferstatus noch Ausnahmen bis 1935 bei den Berufsverboten galten und sich die tiefe Zäsur somit hier und da individuell verzögerte. Trotz der stetigen Zunahme an Repressionen, beginnend mit den Aprilboykotten 1933 über den Erlass der „Nürnberger Gesetze“ stieg die Zahl der Suizide nicht weiter an, sondern war nach den jeweiligen Schocks wieder rückläufig.

Dies änderte sich mit der *zweiten Phase* der dominant-physischen Bedrohung (1938-1941). Dass zuvor schon häufig physische Gewalt gegen Juden angewendet worden war, ob bereits im Rahmen der Aprilboykotte 1933 oder durch zahllose Anfeindungen und Übergriffe im Alltag, steht außer Frage. Dennoch vollzog sich im Jahr 1938, unter anderem mit der „Juniaktion“ und vor allem den reichsweiten Novemberpogromen, eine Wende, die für die Juden in Deutschland – und ebenso für alle anderen Bürger auch – das flächendeckende Aufbrechen von physischer Gewalt offenbarte. Mit den hunderten Toten aus den Tagen rund um die Pogrome sowie den tausenden, kurz- oder langfristig in Konzentrationslagern internierten Menschen,[63] endeten fast überall die Hoffnungen auf eine Besserung oder zumindest Beruhigung der Lage, die sich viele Verfolgte bis dato noch gemacht hatten. In der Konsequenz forcierten viele Jüdinnen und Juden eine Auswanderung und verließen das Land. Für viele Menschen kam diese Option jedoch entweder aus wirtschaftlichen oder aus Gründen der heimatlichen Verwurzelung und des Alters nicht in Frage. Und auch jetzt blieb es mit Blick auf die Selbsttötungen, ausgelöst vornehmlich durch die körperlichen und psychischen Erschütterungen aufgrund der Gewaltausbrüche, bei einem zeitlich begrenzten Ausbruch.

[63] Auch hier zeigen neuere Forschungen, die z.B. regional vertiefender auf diese Phase blicken, ein genaueres Bild zu den Opferzahlen, insbesondere den „indirekten“ Opfern, die an den Spätfolgen der Gewaltereignisse dieser Tage im November 1938 starben. Vgl. hierzu beispielsweise die Forschung zu den Toten der Pogrome 1938 in Nordrhein-Westfalen im folgenden Abschnitt.

Ein sprunghafter Anstieg der Suizide folgte dann jedoch mit dem Start der reichsweiten Deportationen im Herbst des Jahres 1941. In dieser *letzten Phase* der dominant-existentiellen Bedrohung fällt nicht nur der massive Anstieg der Suizidzahlen (versuchte wie vollzogene) auf, sondern auch deren Verbleib auf sehr hohem Niveau. Der direkte Zusammenhang der meisten Selbsttötungen mit dem Erhalt der Deportationsbescheide und den Abfahrtstagen der Deportationszüge in die Konzentrationslager des Ostens ist eindeutig, wie später gezeigt wird. Die Zerschlagung der letzten Hoffnungen auf einen Ausweg oder eine Verschonung von der Deportation war der vorherrschende Auslöser für die meisten Selbsttötungen, auf die sich die Menschen oftmals längere Zeit vorbereitet hatten. Während die soziale Diskriminierung der Jahre zuvor auf die Vertreibung der Juden aus Deutschland gerichtet war, fokussierte die Verfolgung nun auf die vollständige Deportation und letztlich Ermordung der jüdischen Bevölkerung. Hierzu waren entscheidende Weichenstellungen im Herbst 1941 erfolgt: das Verbot für Auswanderungen am 23. Oktober parallel zum Start der Deportationen und bereits einen Monat zuvor der Erlass zum Tragen des sogenannten Judensterns. Innerhalb kürzester Zeit wurde somit den noch in Deutschland verbliebenen Juden verdeutlicht, dass sie in der Falle saßen. Dazu erreichte die öffentliche Stigmatisierung durch den gelben Stern ihren Höhepunkt. Der von Kaplan benannte soziale Tod vieler Juden bereits zu diesem Zeitpunkt war, so Christian Goeschel „gewiss ein entscheidender Faktor, um Verhältnisse und ein Lebensgefühl zu schaffen, in denen der Entschluss zum Selbstmord leichter fiel."[64]

Die hier vorgestellte Aufteilung in Phasen kann dabei helfen, mit der übergeordneten Definition als historisches Phänomen konkreter zu arbeiten. Sie ermöglicht einen analytischen Zugriff auf einzelne Abschnitte und untergeordnete Zeiträume, die hier und da (vor allem regional) variieren konnten. Wenn auch alle Suizide zwischen 1933 und 1945 vor dem einen Hintergrund der NS-Verfolgung stattfanden, so änderten sich doch im Laufe dieser zwölf Jahre mehrfach der situative Kontext, die Möglichkeiten an Alternativen, die zeitgenössischen Bewertungen und hier nicht zuletzt auch der Blick der Verfolgungsbehörden auf die Selbsttötungen. Dieser manifestierte sich unter anderem in einer ständigen Modifizierung der Gesetze zur Vermögensberaubung, auf die später noch genauer einzugehen sein wird.

Es ist dem Standardwerk von Christian Goeschel zu verdanken, dass eine integrierende Überblicksdarstellung über Suizide in Deutschland zwischen 1933 und 1945 existiert.[65] Goeschel spannt zur Beschreibung des Phänomens den Bogen vom Ende des Ersten Weltkriegs bis 1945 und widmet den Suiziden von verfolgten Juden darin ein eigenes Kapitel. Er blickt in

[64] Goeschel, Selbstmord im Dritten Reich, S. 165.
[65] Vgl. Goeschel, Selbstmord im Dritten Reich.

seinem Buch jedoch auch auf die Suizidraten der Weimarer Zeit, schreibt über die Selbsttötungen im Krieg, auch unter Soldaten, und ebenso wie bereits erwähnt über die Suizide in den Wochen des „Zusammenbruchs“. Dabei wird deutlich: Jedes dieser Einzelphänomene, die sich unter der großen Klammer 1933-1945 ereigneten und die Goeschel gesammelt vorstellt, bietet Ansatzpunkte zur vertiefenden eigenständigen Betrachtung für weitere Analysen, insbesondere auf individueller Ebene. Zu unterschiedlich sind die betroffenen Gruppen, zu spezifisch die jeweiligen Zusammenhänge, als dass sich unter dem Schlagwort „Suizide im Dritten Reich“ ein homogenes, distinktes Forschungsfeld beschreiben ließe. Vielmehr lassen sich darunter zahlreiche Kontextsuizide identifizieren, die sich in der Regel gut voneinander abgrenzen lassen.

So existieren auch mit Blick auf die hier vorgestellten Verfolgungs- oder Repressionssuizide noch einmal kontextuelle Unterschiede, die sich nicht allein an der Chronologie der NS-Verfolgungspolitik festmachen lassen, sondern primär von *Intention* und *situativem Kontext* geprägt waren. Zu nennen wären hier:

1) Suizide aus Protest (oder: politischer Suizid),
2) Suizide nach Schikane (z.B. Berufsverbot, Verleumdung, Haft, Folter etc.),
3) Suizide vor den Deportationen,
4) Suizide im Ghetto und Konzentrationslager und
5) Suizide in der Emigration.

Gerade die letzten beiden Punkte zeigen dabei exemplarisch, warum die chronologische Einordnung allein nicht trennscharf genug ist, um das Gesamtphänomen auf individueller Ebene erfassen zu können. Das Leben im Konzentrationslager beispielsweise stellte einen dermaßen großen Bruch zu den vorherigen Lebensverhältnissen der Menschen dar, dass dieser „Raum“ in der Forschung eigenständig betrachtet und beschrieben wird. Dieser Logik folgend, müssen auch die dort verübten Suizide separat betrachtet werden. Die Erforschung gestaltet sich hier besonders schwierig, vor allem da abseits der Berichte von Überlebenden keine schriftlichen Quellen erhalten sind, und so schwanken die Einschätzungen zu den Fallzahlen von einem Extrem zum anderen. [66] Die Gegebenheiten im jeweiligen Lager scheinen hier eine

[66] Vgl. hierzu zum Beispiel die Arbeit von 1986 „Suicides in the Nazi concentration camps“ von Zdzislaw Ryn auf der Grundlage von 69 Interviews mit Auschwitz-Überlebenden, in: Suicide and Life-Threatening Behavior 16, 4 (1986), 419-433. Neuere Studien begrenzen sich inhaltlich aufgrund der benannten Schwierigkeiten auf Zeiträume oder einzelne Lager. So berichtet zum Beispiel Christian Goeschel über Morde der SS im KZ Buchenwald, die als Suizide getarnt wurden (“suiciding”) ebenso wie über reale Suizide oder auch Bestrafungen bei gescheiterten Suizidversuchen, zum Beispiel im KZ Sachsenhausen, vgl. Goeschel, Christian, Suicide in Nazi Concentration

besonders große Rolle zu spielen. Bei den Versuchen der Beschreibung dieses Phänomens sollte daher der spezifische Kontext des Konzentrationslagers das entscheidende Kriterium darstellen – „NS-Verfolgung“ und chronologische Abläufe allein blieben zu vage.

Ebenso erfordern die Suizide in der Emigration eine eigenständige Betrachtung. Viele der vermeintlich „Geretteten“ zerbrachen anschließend im Ausland an den Folgen der erzwungenen Auswanderung – teils noch viele Jahre nach 1945, und einige dieser Biografien endeten im Suizid. Werner Felber hat hierzu eine Auszählung unternommen und unter 720 emigrierten Personen 32 Suizide ermittelt (4,4%).[67] Erfahrungen der wirtschaftlichen Not, berufliche Hemmnisse, soziale Isolation und damit einhergehende Depression finden sich in allen Berichten über das neue Leben in den Ländern außerhalb der alten Heimat.[68] Auch wenn diese Fälle das klar von 1933 bis 1945 abgesteckte historische Phänomen sprengen, sollten sie doch grundsätzlich in das Thema Suizid und NS-Verfolgung eingebunden werden. Andernfalls besteht das Risiko, diese Fälle in Arbeiten über die Emigration als vermeintliche Einzelschicksale fortzuschreiben. Dabei sprechen viele Argumente dafür, emigrierte Menschen nach einem Suizid als späte Opfer der NS-Verfolgung zu sehen und damit aufzunehmen in die Gruppe all derer, die zwar das Kriegsende erlebten, anschließend jedoch – zum Teil erst viele Jahre später – an den Spätfolgen von Schikane, Folter, Haft etc. zerbrachen. Hier bietet sich für die Exilforschung auch der interdisziplinäre Blick an, so zum Beispiel der medizinisch-sozialwissenschaftliche mit dem Fokus auf Traumatisierungen und andere psychische Nachwirkungen.[69] Das Thema bleibt dabei lange aktuell: Auch für hochbetagte Holocaustüberlebende wird vor dem Hintergrund der belegten, häufig im Alter aufbrechenden traumatischen Erfahrungen von einer im Vergleich erhöhten Suizidalität ausgegangen.[70]

Camps, 1933-9, in: Journal of Contemporary History 3 (2010), 628-648; vgl. zum KZ Sachsenhausen auch Cuerda-Galindo, Esther, López-Muñoz, Francisco, Krischel Matthis and Ley, Astrid, Study of deaths by suicide of homosexual prisoners in Nazi Sachsenhausen concentration camp, in: PLOS ONE 12 (2017).

67 Die Suizide wurden zwischen 1935 und 1978 (Jean Améry) begangen. Als Grundlage hat Werner Felber für einen Tagungsbeitrag die im Internet (Wikipedia) verfügbare „Liste bekannter deutschsprachiger Emigranten und Exilanten (1933-1945)“ genutzt und auf Suizide hin untersucht. Vgl. Felber, Werner, „Immer fand ich den Namen falsch, den man uns gab: Emigranten.“ Erinnerungen an Suizide von Flüchtlingen vor dem Nazi-Terror, in: Bundesarbeitsgruppe „Suizidprävention im Justizvollzug“ (Hrsg.), „So wollte ich eigentlich nicht sterben.“ Suizide und Suizidalität von Flüchtlingen und Gefangenen, Kongressreferate Dresden, 9.-11. November 2016, Leipzig 2019, S. 18-40.

68 Zur allgemeinen Orientierung und weiterführend vgl. Krohn, Claus-Dieter u.a. (Hrsg.), Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933-1945, 2., unveränderte Auflage, Darmstadt 2008.

69 Ein aktuelles Review in Psychiatry Research und hier der Versuch eines epidemiologischen Überblicks zu Suiziden vor, während und nach dem Holocaust muss aufgrund der unklaren Eingrenzungen scheitern. Die Autoren konstatieren darin, dass bis 2015 zwar einige Forschung zu psychiatrischen Erkrankungen von Holocaustüberlebenden betrieben wurde, ohne allerdings explizit auf die Suizide zu achten. Vgl. Levav, Itzhak und Klomek, Anat Brunstein, A review of epidemiologic studies on suicide before, during, and after the Holocaust, in: Psychiatry Research 261 (2018), 35-39.

70 Vgl. Barak, Yoram et al., Increased risk of attempted suicide among aging holocaust survivors, in: American Journal of Geriatric Psychiatry 8 (2005), 701-704.

Zusammenfassung

Die Suizide, die in dieser Arbeit thematisiert und eingeordnet werden, hätte es ohne Nationalsozialismus und Holocaust nicht gegeben. Die jeweils individuellen Situationen wurden determiniert durch ein (spezifisches) Repressions- und Verfolgungssystem an einem genau bestimmten Ort (in dieser Arbeit: in Deutschland, insbesondere in Berlin) zu einer bestimmten Zeit. Auch wenn alle Selbsttötungen unter dasselbe Terrorregime zwischen 1933 und 1945 fallen, geschahen sie jedoch in einem sich ständig verändernden Umfeld mit seinen jeweiligen Bedingungen. Somit können selbst Suizide innerhalb der spezifischen Gruppe der NS-Verfolgten zwischen 1933 und 1945 bei genauer Betrachtung mitunter nicht immer gemeinsam beschrieben werden. Der Ursprung aller hier betrachteten Selbsttötungen jedoch ist monokausal und lag in der Bedrohung. Während der jeweilige situative Kontext variieren mochte, so waren allesamt doch Verfolgungs- oder Repressionssuizide.

Mit den hier erfolgten Ein- und Abgrenzungen soll neben dem Brückenschlag zur Individualgeschichte Arthur Nicolaiers außerdem der Versuch unternommen werden, Handlungsoptionen noch eingehender in ihrem jeweiligen Kontext zu beleuchten. Hierdurch soll am Ende präziser als bisher die Frage diskutiert werden können, inwiefern Verweigerung und Protest in diesen Suizidhandlungen bisweilen lagen und liegen konnten. Der zusätzlich gewählte Blick auf die ärztliche Berufsgruppe kann dabei einer inhaltlichen Vertiefung dienen.

So werden im folgenden Teil einige Fälle und Erlebnisberichte vorgestellt, um das Alltags- und zeitweise Massenphänomen der Suizide ab dem Beginn der Deportationen besser zu beschreiben. Auf die Situation in Berlin wird hierbei näher eingegangen und Statistiken aus der Zeit sollen im Anschluss dabei helfen, neben der Vorstellung von Einzelfällen die Bedeutung des Phänomens auch quantitativ zu untermauern.

Bereits hier wird an vielen Stellen deutlich: die meisten Verfolgten wählten Gift bzw. eine Überdosis an Schlafmitteln, um aus dem Leben zu gehen. Damit unterschieden sie sich signifikant von anderen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die sich in dieser Zeit das Leben nahmen. Diesem Befund wird ein eigener Punkt gewidmet.

2. Der alltägliche Suizid ab 1941

Nach dem zeitlich und inhaltlich orientierenden Überblick über das Gesamtphänomen soll im folgenden Kapitel anhand von Einzelbeispielen, Statistiken und Berichten aus der NS-Zeit eine vertiefende Darstellung vorgenommen werden. Begleitend werden Abläufe, Vorbedingungen, Situationen und mögliche Konsequenzen beschrieben, die mit ihren individuellen wie auch

allgemeingültigen Mustern für eine nachgeordnete Diskussion und Einordnung in historiografische Deutungskategorien herangezogen werden können.

Wie zuvor dargelegt, muss beim Blick auf das Suizidgeschehen zwischen verschiedenen Phasen unterschieden werden. Der Fokus der Betrachtungen liegt in der Folge auf dem situativen Kontext ab dem Jahr 1941, und hier genauer ab Beginn der Deportationen. Vorher sollen die Selbsttötungen ab 1933 bis zu diesem Zeitpunkt schlaglichtartig beschrieben werden.

2.1 Schlaglichter: Die frühen Suizide bis 1941

Anders als nach dem Beginn der Deportationen Ende 1941, als diese den Menschen zunächst noch per Bescheid angekündigt wurde – was von da an die häufigste Ursache für die Suizide darstellte – gab es in den Jahren zuvor selbstverständlich nicht den *einen* Auslöser für einen Verfolgungssuizid. Neben Schikanen im lokalen und privaten Umfeld, die über alle Jahre der NS-Zeit stattfanden, sind zahlreiche Selbsttötungen ebenso belegt, die in direktem Zusammenhang stehen mit den Berufsverboten (ab 1933), mit den Pogromen im November 1938, der Verpflichtung zu den Zwangsvornamen Sara und Israel (ab Januar 1939) oder der öffentlichen Kennzeichnungspflicht durch den gelben Stern ab September 1941.

Bevor auf die Zeit der Deportationen – und damit auf die Zeit, in der die Suizide spätestens zu einem alltäglichen Phänomen avancierten – eingegangen wird, werden hier schlaglichtartig einige der früheren Selbsttötungen aufgeführt. Deren Zusammenhang mit den Eskalationsstufen der NS-Verfolgungspolitik ist gut belegt und somit geht es neben der Würdigung der Einzelschicksale hierbei vor allem um die Darstellung von Suiziden aus Protest oder nach Schikane (siehe 1.und 2. der Kontextsuizide), die sich ab 1933 unter einer noch anderen Bedrohungslage ereigneten.

Schlaglicht: April 1933

Die Suizide ab 1933 bis zum Beginn der reichsweiten Deportationen im Oktober 1941 erfolgten in den zuvor beschriebenen Phasen, die von sozialer und physischer Bedrohung gekennzeichnet waren. In dieser Zeit wurde der „soziale Tod“ der jüdischen Bürger seitens der Verfolger und der Mehrheitsgesellschaft vorangetrieben, der nach Marion Kaplan eine essentielle Grundbedingung für die später folgenden Deportationen in Vernichtungslager darstellte: Der „soziale Tod war die Voraussetzung für Deportation und Völkermord.“[71] Der politische Umbruch zu Beginn des Jahres 1933 rief eine Vielzahl an Umwälzungen und Reaktionen auf

[71] Kaplan, Marion, Macht Glück glücklich? Jüdische Frauen im Untergrund 1942-1945, in: L' homme. Zeitschrift für feministische Geschichtswissenschaft, Bd. 10, 214-236 (1999), 2, S. 215.

allen Ebenen des gesellschaftlichen Zusammenlebens hervor. Zu den tiefgreifenden gehörten dabei die zahllosen „Säuberungen“ von Vorständen in Vereinen, Verbänden, wissenschaftlichen Vereinigungen und anderen Organisationen über alle wirtschaftlichen und kulturellen Bereiche hinweg. Oft noch vor der gesetzlichen Anordnung, im Sinne einer vorauseilenden Selbstgleichschaltung, wurden jüdische Mitglieder per Anordnung der Vorsitzenden oder per Mehrheitsbeschluss aus den unterschiedlichsten Organisationen entfernt.

Dies betraf auch den 31-jährigen Fritz Rosenfelder, der im Turnverein Cannstatt als Übungsleiter und finanzieller Förderer aktiv war. Die Deutsche Turnerschaft hatte eine Satzungsänderung vorbereitet, der zufolge jüdische Mitglieder aus allen Turnvereinen ausgeschlossen werden sollten. Rosenfelder, der im Vorfeld darüber unterrichtet war, erschoss sich am 6. April 1933 und hinterließ einen Abschiedsbrief:

> *„Ihr lieben Freunde! Hierdurch mein letztes Lebewohl! Ein deutscher Jude konnte es nicht über sich bringen, zu leben in dem Bewußtsein, von der Bewegung, von der das nationale Deutschland die Rettung erhofft, als Vaterlandsverräter betrachtet zu werden! Ich gehe ohne Haß und Groll. Ein inniger Wunsch beseelt mich – möge in Bälde die Vernunft Einkehr halten! Da mir bis dahin überhaupt keine – meinem Empfinden entsprechende – Tätigkeit möglich ist, versuche ich durch meinen Freitod meine christlichen Freunde aufzurütteln. Wie es in uns deutschen Juden aussieht, mögt ihr aus meinem Schritt ersehen. Wieviel lieber hätte ich mein Leben für mein Vaterland gegeben! Trauert nicht, sondern versucht aufzuklären und der Wahrheit zum Siege zu verhelfen. So erweist Ihr mir die größte Ehre! Euer Fritz.“*[72]

Der Suizid Rosenfelders kann aufgrund der begleitenden Umstände als Protestsuizid eingeordnet werden. Nach der persönlichen Zurücksetzung und Verletztheit verbreitete Rosenfelder damit die Intention, aufzurütteln. Die bewusste Weiterleitung des Abschiedsbriefes an die Jüdische Rundschau zum Zwecke der Veröffentlichung – die auch erfolgte – stützt hier mit der Herstellung von Öffentlichkeit die Funktion des politischen Protests.[73]

Einen Tag nach dem Suizid Rosenfelders wurde das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ erlassen und in der Folge mehr als 5.000 Staatsdiener zumeist aufgrund

---

[72] Zit. nach Gruner, Wolf (Bearb.), Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945 (VEJ), Band 1, Deutsches Reich 1933-1937, München 2008, Dok. 36, S. 142. Im Dokument, das an die Jüdische Rundschau geschickt wurde, die den Brief abdruckte, ist der Vorname am Ende auf Wunsch der Familie ausgelassen.

[73] Eindeutige politische Protestsuizide sind relativ selten, eine Ausnahme ist die öffentliche Aktion des deutschen Regisseurs Stefan Lux, der von einem Berufsverbot betroffen war: Am 3. Juli 1936 tötete er sich in der Versammlungshalle der Vereinten Nationen in Genf in Anwesenheit von Journalisten, um auf die Judenverfolgung in Deutschland aufmerksam zu machen. Vgl. Gilbert, Martin, The Holocaust. The jewish tragedy, London 1986, p. 53.

ihrer „nichtarischen“ Abstammung entlassen. Viele, deren berufliche Existenz und damit auch gesellschaftliche Anerkennung damit auf einen Schlag oder spätestens (mit den Ausnahmen für Frontkämpfer) 1935 endete, verkrafteten diesen brutalen Einschnitt nicht. Der Leiter des Rostocker Zahnmedizinischen Instituts, Dr. Hans Moral (1885-1933), nahm sich im August 1933 das Leben, nachdem er von der Universität entlassen worden war. Schon am 14. April, kurz nach dem Gesetz, hatte er einen Abschiedsbrief an den Rektor der Universität adressiert:

> *„Magnifizenz! Das neue Beamtengesetz stößt mich in eine zweite Klasse von Menschen. Darin liegt eine Ehrabschneidung, die ich nicht ertragen kann. Ich habe durch 20 Jahre meine Pflicht an der Universität getan und habe mir nichts zu Schulden kommen lassen. Einen Dank für diese Tätigkeit verlange ich nicht, aber ich habe es auch nicht verdient, dass ich entehrt werde. Zugleich mit meinem Amt verliere ich aber auch meine Existenzmöglichkeit, sodass mir in der Tat nichts anders bleibt, als aus dem Leben zu gehen.“*[74]

Michael Grüttner und Sven Kinas haben 2007 mit eindrucksvoller Akribie die Schicksale der entlassenen Hochschullehrer in Deutschland dokumentiert – und damit auch, soweit möglich, unmittelbare Reaktionen wie zum Beispiel Suizide.[75] Im Rahmen der Dokumentation stellte sich heraus, dass sich fast genauso viele Hochschullehrer das Leben nahmen wie ermordet wurden (36 vs. 38).[76]

Nur wenige Tage vor dem eingangs erwähnten Suizid Fritz Rosenfelders waren am 1. April 1933 jüdische Geschäfte, Anwaltskanzleien und Arztpraxen reichsweit boykottiert, teilweise beschädigt oder mit Farbe beschmiert worden. Der 25-jährige Hans-Walter Bettmann arbeitete als Gerichtsassessor am Amtsgericht Heidelberg. Er erlebte den Boykott und die Hetzparolen an der väterlichen Arztpraxis, zudem wurde ihm am selben Tag mitgeteilt, dass er seine berufliche Laufbahn aus „rassischen“ Gründen nicht werde fortsetzen können. Hans-Walter Bettmann nahm sich daraufhin noch am 1. April das Leben.[77]

---

[74] Zit. nach Schwanewede, Heinrich von, Hans Moral (1885-1933) – Leben, Wirken und Schicksal eines bedeutenden Vertreters der Zahnheilkunde, in: Boeck, Gisela und Lammel, Hans-Uwe (Hrsg.), Die Universität Rostock in den Jahren 1933-1945, Referate der interdisziplinären Ringvorlesung des Arbeitskreises „Rostocker Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte“ im Sommersemester 2011, S. 25-44, hier: S. 39.

[75] Grüttner, Michael und Kinas, Sven, Die Vertreibung von Wissenschaftlern aus den deutschen Universitäten 1933-1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 55 (2007), 1, S. 123-186 und aktueller Kinas, Sven, Massenentlassungen und Emigration, in: Die Berliner Universität zwischen den Weltkriegen 1918-1945, (= Geschichte der Universität Unter den Linden, Band 2), hrsg. von v. Tenorth, Heinz-Elmar und Grüttner, Michael, Berlin 2015, S. 325-404.

[76] Vgl. Grüttner und Kinas, Die Vertreibung von Wissenschaftlern, S. 143.

[77] Seine Eltern beschlossen nach Jahren der Ausgrenzung, in die USA zu emigrieren. Der Dermatologe Siegfried Bettmann (geb. 1869) verstarb am 19. Oktober 1939 auf der „Zwischenstation“ in der Schweiz (Zürich). Vgl. zur Familie Bettmann die Dokumentation aus dem Heidelberger Stolpersteine-Projekt, http://www.stolpersteine-heidelberg.de/mediapool/63/638182/data/2014/2014_Familie_Bettmann.pdf [20.03.2023].

Bereits 1975 hatte Lucy Davidowicz eine Zahl von 350 Suiziden zwischen 1932 und 1934 genannt, begangen von Juden, „die ihre gesamte Existenz auf ihre Identität mit Deutschland aufgebaut hatten“.[78] Damit trifft sie vermutlich einen Kern bei der Frage, was viele Juden so schnell so radikal handeln ließ. Für diejenigen, die in ihrem Leben bis dahin viel für eine möglichst erfolgreiche Assimilation geopfert hatten, saß der Schlag noch tiefer, der mit den ersten entwürdigenden und entehrenden Maßnahmen einherging.

Wolf Gruner fasst diese aggressiv vorangetriebene Polarisierung kurz nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten treffend zusammen: „Binnen weniger Monate wurden aus deutschen Juden oder aus Deutschen, die sich kaum noch ihrer jüdischen Wurzeln erinnerten, wieder Juden.“[79]

Wie erwähnt, kam es auch schon 1933 zu physischen Übergriffen, die im Zusammenhang mit weiteren Schikanen zum Auslöser für einige Suizide wurden. Der Arzt Hans Haustein (1894-1933) zum Beispiel führte eine Praxis am Kurfürstendamm in Berlin. Infolge einer Verordnung aus dem April 1933 verlor er seine kassenärztliche Zulassung, im Juli wurde er zusammen mit anderen Ärzten verhaftet und misshandelt. Als er am 12. November 1933 erneut verhaftet werden sollte, nahm er sich mit Zyankali das Leben.[80]

Ein Suizid als politischer Protest, der in all seiner Symbolik herausragt, ereignete sich im Jahr 1936. Stefan Lux (1887-1936), Jurist und nach dem Weltkrieg Filmschaffender in Berlin und zuletzt Prag, erschoss sich am 3. Juli während einer Generalversammlung des Völkerbundes in Genf. Er hatte sich mittels einer Presseakkreditierung Zugang verschafft und mit der Tat ein warnendes Fanal gegen Hitlers antijüdische Politik gesetzt. Obwohl die Aktion breite zeitgenössische Rezeption fand und Lux darüber hinaus Briefe an führende Politiker vorbereitet hatte, fehlte es bis zuletzt an Dokumentationen zu seiner Geschichte und Beweggründen. [81]

In Deutschland wurde politischer Protest weniger öffentlichkeitswirksam vorgetragen und findet sich eher in schriftlich niedergelegten Motiven im Zusammenhang mit einzelnen Selbsttötungen. Der Suizid Fritz Rosenfelders sticht hier hervor – zumeist vermischt sich der artikulierte Protest in Abschiedsbriefen mit den Verweisen auf die persönliche Situation, die

---

78 Vgl. Davidowicz, Lucy S., Der Krieg gegen die Juden 1933-1945, München 1975, S. 162.

79 Gruner, VEJ, S. 41.

80 Vgl. Klimpe, Volker, Ärzte-Tode: Unnatürliches und gewaltsames Ableben in neun Kapiteln und einem biographischen Anhang, 2005, hier S. 18-20 sowie den Eintrag zu Hans Haustein bei Schwoch, Rebecca (Hrsg.), Berliner jüdische Kassenärzte und ihr Schicksal im Nationalsozialismus, Berlin, Teetz 2009.

81 Die Aktion wurde nach 1945 immer wieder einmal erwähnt, so zum Beispiel bei Gilbert, The Holocaust, p. 53. Dass die Geschichte um Stefan Lux lange im Dunkeln blieb, lag wohl zuerst an der schlechten Quellenlage. Zuletzt hat Rüdiger Strempel das erste Buch im deutschsprachigen Raum verfasst, das sich mit dem Leben und der Tat, angereichert mit fiktiven Elementen, befasst. Vgl. Strempel, Rüdiger, Lux - Gegen den Nationalsozialismus und die Lethargie der Welt, Hamburg 2020.

häufig von beruflicher und sozialer Zurücksetzung sowie Ehrverletzungen geprägt war. Ganz unabhängig davon, ob die Taten im Stillen oder eher öffentlich vollzogen wurden: mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten begann ab 1933 in Deutschland die Phase der Verfolgungssuizide. Mit dem Wissen um den Suizid als ein Alltagsphänomen ab Beginn der Deportationen 1941 mögen die in der Frühphase des Nationalsozialismus begangenen Suizide als Einzelfälle erscheinen. In der Zeit selbst wurde dies anders aufgefasst und die Motive im Zusammenhang mit den Eskalationsstufen der Repressionen durchaus registriert. So zum Beispiel in der Praxis der jüdischen Ärztin Hertha Nathorff (1895-1993).[82] In ihrem Tagebuch finden sich hierzu einige Einträge. So schreibt sie dort bereits zum Jahresbeginn 1935, dass sie schon einige Selbstmorde gesehen habe und die Patienten sie um Rezepte für Veronal bitten würden. [83] Und im September 1935 notiert sie:

„Ein Opfer der Nürnberger Gesetze! Ein armes Mädel, nichts hatte sie als die Liebe zu dem arischen Mann, und er zu ihr – und nun sollte diese Beziehung abgebrochen werden – da hat sie Veronal genommen. Und solche Fälle passieren alle Tage.“[84]

Drei Monate später schildert sie einen ähnlichen Fall und äußert dabei auch ihre Hilflosigkeit:

„Frl. G. in der Sprechstunde, völlig gebrochen, […]. Sie darf als Künstlerin nicht mehr arbeiten, sie muß ihren Freund, einen höheren Offizier, aufgeben. Sie will irgend etwas, ‚Schluß zu machen'. ‚Ich kann nicht mehr leben', das ist ihr einziges, jammervolles Stöhnen. Was soll ich nur machen? Ich kann meinen Patienten nicht mehr helfen, das ist lebendiger Tod für mich selbst.“[85]

Im Mai 1936 thematisiert sie einen grundsätzlichen Konflikt:

„Ich verstehe sehr gut, daß immer mehr Selbstmorde passieren. ‚Ehrenvoll sterben ist besser als hier zu leben'. Aber – ist es ehrenvoll, vor dem Lumpen- und Diebsgesindel hier die Waffen zu strecken?“[86]

Damit trifft Hertha Nathorff in der Frage nach der zeitgenössischen Bewertung des Suizids als Reaktion auf die NS-Repressalien einen Kern: Sie äußert Verständnis auf der einen Seite,

---

82 Zur Biografie Hertha Nathorffs siehe Schwoch, Berliner jüdische Kassenärzte, S. 643ff.

83 Vgl. Tagebucheintrag Hertha Nathorff vom 3. Januar 1935, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.), Das Tagebuch der Hertha Nathorff. Berlin – New York. Aufzeichnungen 1933 bis 1945. Frankfurt/M. 1988. S. 67.

84 Eintrag vom September 1935 (ohne Tagesangabe), in: Benz, Das Tagebuch der Hertha Nathorff.

85 Eintrag vom 4. Dezember 1935, in: ebd., S. 77.

86 Eintrag vom 13. Mai 1936, in: ebd., S. 81. Zahlreiche weitere Anmerkungen zum Aufkommen der Suizide finden sich beispielsweise auch in den Tagebüchern von Victor Klemperer und bei Jochen Klepper, der sich selbst im Dezember 1942 mit seiner Familie das Leben nahm. Vgl. Klemperer, Victor, Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933–1945, 11. Auflage, Berlin 1999; Klepper, Jochen, Unter dem Schatten Deiner Flügel. Aus den Tagebüchern der Jahre 1932–1942, hrsg. von Hildegard Klepper, Stuttgart 1956.

Zweifel auf der anderen – und beides gleichermaßen vor den Motiven eines Ehr- oder Würdebegriffs.

Die Jüdische Gemeinde Berlin, beunruhigt über die zahlreichen Selbsttötungen, ließ 1937 einen Bericht über die Situation in Berlin anfertigen. Diesem zufolge lag die Suizidrate unter den jüdischen Berlinern in den Jahren 1924-1926 bei 50,4/100.000 und für die Jahre 1932-1934 bei 70,2/100.000. Eine Veröffentlichung des Berichts wurde von der Gestapo untersagt, die Schlüsse hieraus galten als zu heikel.[87]

Schlaglicht: Ende 1938

Nach einigen Schritten der Verschärfung und Konsolidierung der NS-Repressionspolitik nach 1933, hier vor allem der Rassendefinition durch die Nürnberger Gesetze 1935, erfolgte eine weitere Eskalationsstufe im Jahr 1938. Paul Sauer hatte bereits in seiner Dokumentation für Baden-Württemberg Ende der 1960er Jahre hierauf aufmerksam gemacht. Auch wenn damals bereits 103 Suizide bis 1939 für Baden-Württemberg registriert waren, ging Sauer von wesentlich höheren Zahlen aus. Von den 103 dokumentierten Selbsttötungen hatten sich allein 61 in den Jahren 1938 und 1939 ereignet.[88] Vor allem die Novemberpogrome mit begleitenden Morden, schweren körperlichen Angriffen, Zerstörung und Brandschatzung sowie der Verhaftung und Verschleppung von Tausenden zumeist Männern in Konzentrationslager markierten einen entscheidenden Wendepunkt. Die Bedrohung von Leib und Leben und die Erfahrung der Gewaltausbrüche hatte eine andere, weitaus eruptivere, Qualität als die gesetzlichen und beruflichen Entrechtungen in den Jahren zuvor.[89] Ein Großteil der bis dahin noch Unentschlossenen setzte in der Folge auf die Emigration. Bis Mai 1939 war zum Beispiel mehr als die Hälfte der jüdischen Bevölkerung Berlins emigriert.[90]

Für viele Betroffene war diese Gewalterfahrung eine Zäsur, die in der Folge zu einer weiteren Emigrationswelle sowie unmittelbar auch zu Suiziden führte. Noch schwieriger zu rekonstruieren sind Todesfälle rund um die Pogrome, die aus heutiger Sicht schwerlich als

87 Vgl. Goeschel, Selbstmord im Dritten Reich, S. 155.

88 Vgl. Sauer, Die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs, S. 264.

89 Dies bedeutete nicht zwangsläufig höhere Suizid-Zahlen. So war zum Beispiel der Approbationsentzug für jüdische Ärzte für diese Gruppe der gravierendere Einschnitt mit mehr Suiziden als Reaktion. Mehr zum Approbationsentzug im Punkt zu verfolgten Ärzten.

90 Von 160.564 Glaubensjuden waren laut Behörden noch 78.713 jüdische Einwohnerinnen und Einwohner in Berlin, inklusive der als „Rassejuden“ bezeichneten. Vgl. Gruner, Wolf, Die Reichshauptstadt und die Verfolgung der Berliner Juden 1933-1945, in: Rürup, Reinhard (Hrsg.), Jüdische Geschichte in Berlin, Bd. 2: Essays und Studien, Berlin 1995, S. 229-266, hier S. 256.

„natürliche“ Todesfälle betrachtet werden können.[91] Wie viele Menschen in direkter Folge nervlicher Zerrüttung – zum Beispiel an hiermit einhergehenden Herzproblemen – starben, die von den gewaltsamen Ereignissen ausgelöst oder entscheidend verstärkt wurden, lässt sich kaum bestimmen. Goeschel stellt fest: „Auch wenn sie die Pogromnacht überlebt hatten – viele Juden waren danach nie wieder dieselben wie zuvor.“[92]

Das Düsseldorfer Projekt „Die Toten des Pogroms 1938“ beispielsweise hat sich diese Fragen explizit zur Aufgabe gemacht und im Zuge der Recherchen allein für das Gebiet des heutigen Nordrhein-Westfalen 131 Todesfälle dokumentiert, die im direkten Zusammenhang mit den Pogromen stehen. Durch vertiefende und klar abgegrenzte Recherchen, hier: zeitlich und regional, ist es gelungen, Biografien und Todesumstände der 131 ermittelten Opfer detailliert abzubilden. Demnach wurden

- zehn Menschen direkt getötet (erschossen, erstochen oder ertränkt),
- 47 Menschen starben an den Folgen und Spätfolgen der Misshandlungen in der Pogromnacht,
- 33 der verhafteten Männer starben in den Konzentrationslagern Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen oder an den Spätfolgen der KZ-Haft,
- 41 Männer und Frauen begingen „angesichts der offenen Gewalt und der Erfahrung ihrer Schutzlosigkeit in und nach der Pogromnacht aus Verzweiflung Suizid“.[93]

Die Ergebnisse der Düsseldorfer Forschungsarbeiten zeigen eindrücklich, wie viele Erkenntnisse – vor allem vertiefende, über eine reine Zählung hinausgehende – noch heute rund um Ereignisse gewonnen werden können, die mithin als bereits gut aufgearbeitet gelten. Andere regionale Forschungen mit ähnlichem Zuschnitt können dazu beitragen, das Gesamtbild weiter zu schärfen.

Auch für Österreich, und hier insbesondere Wien, werden abrupt steigende Suizidzahlen immer wieder berichtet. So entluden sich die Ängste vieler jüdischer Bürger vor den Maßnahmen, die man über Jahre aus dem Deutschen Reich kannte, als Wehrmacht, Polizei- und SS-Einheiten ab dem 12. März 1938 die Kontrolle übernahmen: in der Folge nahmen sich

---

[91] So kommentierte auch Paul Sauer schon 1969 in seiner Dokumentation: „Mancher natürlich erscheinende Todesfall war, auch wenn der Nachweis einer direkten Verfolgungseinwirkung nicht erbracht werden konnte und kann, verfolgungsbedingt.“ Sauer, Die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs, S. 258.

[92] Goeschel, Selbstmord im Dritten Reich, S. 158.

[93] Zahlen und zit, nach: Fleermann, Bastian u.a., Gedenkbuch für die Toten des Pogroms 1938 auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Nordrhein Westfalen, Düsseldorf 2019, S. 240f. Dank an Immo Schatzschneider für seine schriftlichen Auskünfte zum Thema.

allein in Wien bis Ende Juni 290 Juden das Leben. Nach einer zwischenzeitlichen Beruhigung der Situation sind für die Wochen nach den Pogromen am Ende des Jahres noch einmal 81 Suizide dokumentiert.[94]

Gemäß der zuvor benannten Hauptphasen handelte es sich bei den hier vorgestellten Suiziden ab 1933 um Fälle aus der dominant-sozialen (1933-1937) und dominant-physischen Bedrohungsphase (1938-1941), in denen Suizide aus Protest und nach Schikanen mehrheitlich den prägenden Kontext darstellten. Die Prävalenz des Suizids bewegte sich dabei entlang der politischen Maßnahmen (z.B. Gesetzeserlasse), der beruflichen Herabsetzung (z.B. Berufsverbote) sowie der persönlichen Bedrohungs- und Gewalterfahrungen (z.B. Verhaftungen, Novemberpogrome), die zugleich als die oftmals finalen Auslöser für die Taten identifiziert werden können. Eine allgemeine Hoffnungslosigkeit hatte sich noch nicht bei allen deutschen Jüdinnen und Juden durchgesetzt, was sich bald änderte.

Inge Deutschkron (1922-2022) erinnerte sich an ein Gespräch ihrer Mutter mit der Frau des Rechtsanwalts Hans Julius Oppenheimer, der nicht mehr arbeiten durfte: „Frau Oppenheimer sprach ganz offen und ungeniert davon, dass sie im Begriff wären, sich das Leben zu nehmen. […] Meine Mutter drückte ihr Entsetzen darüber aus und meinte, noch gäbe es keine Beweise für eine Verschlechterung der Lage der Juden. […] Später, als man schon mehr über die KZs wusste, war auch meine Mutter bereit zuzugeben, dass die Oppenheimers sich viel erspart hätten.“[95]

---

[94] Vgl. Schellenbacher, Wolfgang, From Exclusion, Deprivation and Persecution to Suicide: Analyzing Data on Suicides of Jews in Vienna, 1938-1945, in: S:I.M.O.N. – Shoah: Intervention. Methods. Documentation. 9 (2022), 1, pp. 94-108, hier p. 97, p. 101.

[95] Brief Inge Deutschkron an den Verfasser vom 26. November 2011. Der genaue Zeitpunkt des Gesprächs ist nicht benannt. Laut Deutschkron haben die Eheleute Oppenheimer den Suizid später umgesetzt. Zu Dr. Hans Julius Oppenheimer findet sich kein Eintrag im Gedenkbuch, der Vorname seiner Frau ist nicht bekannt.

Der Weg zum Massenphänomen

Stellte der Suizid in den ersten beiden Phasen der dominant-sozialen und dominant-physischen Bedrohung immer noch eine Reaktion unter mehreren auf die NS-Repressionen dar, so änderte sich dies ab dem Herbst 1941 grundlegend. Nach der öffentlichen Demütigung durch die „Kennzeichnung" in Form des verpflichtenden Sterns im September folgte im Oktober 1941 das Ausreiseverbot für Juden, mit dem sich die letzten Hoffnungen auf eine Rettung ins Ausland zerschlugen. Im selben Monat begannen reichsweit die Deportationen, die die bisher erfahrene Bedrohung nun endgültig zu einer existentiellen werden ließ.

Für die Daheimgebliebenen – im Oktober 1941 noch reichsweit etwa 164.000 [96] als Juden definierte Deutsche – existierten fortan nur noch drei äußerst entbehrungsreiche Möglichkeiten, sich dem Zugriff der Nationalsozialisten zu entziehen: 1.) der Versuch, unbeobachtet über die „grüne Grenze" in die neutrale Schweiz zu gelangen, 2.) das „Abtauchen" in die sogenannte Illegalität und 3.), in Anbetracht der Aussichtslosigkeit der Lage, seinem Leben selbst ein Ende zu bereiten. Für viele der zumeist älteren Daheimgebliebenen blieb oftmals nur diese letzte Option. Der Erhalt der Deportationsbescheide und damit das Ende aller Hoffnungen, doch noch einmal zurückgestellt oder weiterhin verschont zu bleiben, geht aus den Quellen und Berichten als der häufigste Auslöser der Selbsttötung hervor. Die Daheimgebliebenen saßen spätestens jetzt in der Falle, was vielen bewusst war. Bernward Dörner zitiert aus dem Brief eines Berliner Juden an einen befreundeten jüdischen Prediger in Essen: *„ Warum haben Sie und wir uns nicht rechtzeitig aus dieser Hölle gerettet, […]. Wir letzten Zurückgebliebenen haben sicher viele Gründe gehabt, hier zu verharren, aber es zeigt sich, daß es törichte Scheingründe waren, die wir hätten durchschauen müssen."*[97]

Anhand einer Zusammenstellung von Einzelberichten soll zunächst vertiefend darauf eingegangen werden, in welcher Weise der Suizid als „ultimate refuge" [98] unter den NS-Verfolgten kommentiert, diskutiert und gegebenenfalls auch vorbereitet wurde. Die Auswahl entstammt Briefen aus der Zeit wie auch vor allem Erinnerungsberichten und basiert somit auf einer fragmentarischen Quellenauswahl. Mit einer anschließenden Auswertung der heute rekonstruierbaren Zahlen zu den Selbsttötungen sollen die Erfahrungsberichte weitergehend kontextualisiert werden. Neben einem Blick auf den Zusammenhang von Deportationen und

[96] Zahlenangabe bezogen auf das „Altreich", vgl. die Einleitung zur Online-Ausgabe des Gedenkbuchs: Gedenkbuch für die Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945, https://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/einfuehrung. html.de?page=2 [20.05.2023].

[97] Dr. Staumel (Berlin) am 19.11.1941 an August Katzenstein (Essen), zit. nach Dörner, Bernward, Die Deutschen und der Holocaust, Was niemand wissen wollte, aber jeder wissen konnte, Berlin 2007, S. 289.

[98] Der Begriff "ultimate refuge" geht zurück auf Konrad Kwiet. Vgl. Kwiet, Konrad, The Ultimate Refuge, Suicide in the Jewish Community under the Nazis, in: Leo Baeck Institute Yearbook 29 (1984), pp. 135-167.

Suizidhäufigkeit soll die Kopplung von summarischen Einzelberichten mit einer quantitativen Einordnung insgesamt eine bessere Betrachtung und Interpretation des Gesamtphänomens ermöglichen.

Hierbei wird in der Folge der Blick fast ausschließlich auf Berlin gerichtet sein. In der Stadt lebten 1933 etwas mehr als 160.000 Juden und damit ein Drittel der jüdischen Bevölkerung des Deutschen Reichs.[99] Damit hatte Berlin, zudem mit der größten deutschen jüdischen Gemeinde, eine hervorgehobene Stellung. Diese wurde im Verlauf der NS-Zeit noch verstärkt, da mit zunehmenden Repressionen und Verfolgungsdruck auch der Zuzug nach Berlin aus kleineren Städten und ländlichen Gemeinden anstieg. Die Gründe hierfür waren maßgeblich in der Anonymität der Großstadt zu finden, die mehr Schutz versprach, sowie in der bestehenden Infrastruktur von jüdischen Vereinen, Gemeinden und Netzwerken, die in dieser Vielzahl in den meisten Gegenden des Reiches nicht (mehr) existierte. Insgesamt lebten im Juni 1941 noch etwa 74.000 Menschen in Berlin, die nach NS-Definition als Juden verfolgt wurden. [100]

Hier setzen die folgenden Abschnitte an und rücken die Phase der dominant-existentiellen Bedrohung (1941-1945) in den Fokus der Betrachtung, die untrennbar mit dem Beginn der Deportationen verknüpft ist. Auch der situative Kontext für die Entscheidung zum Suizid verengte sich entsprechend: finaler Auslöser in den meisten Fällen war nun der Erhalt des Deportationsbescheids und die damit verbundene Zerschlagung letzter Hoffnungen auf eine Verschonung.

2.2 Beginn und Ablauf der Deportationen in Berlin

Die Schilderungen im folgenden Abschnitt, die sich maßgeblich an der kommentierten Chronologie von Gottwaldt und Schulle sowie den online einsehbaren Transportdetails inklusive der Transportlisten orientieren,[101] sollen den Zusammenhang zwischen den Deportationen aus Berlin und der Zunahme an Suiziden und Suizidversuchen nachzeichnen.

---

99 Vgl. Gruner, Judenverfolgung in Berlin 1933-1945, S. 17.

100 Vgl., auch zu den Zahlenangaben, Meyhöfer, Rita, Berliner Juden und Theresienstadt, in: Theresienstädter Studien und Dokumente, 3, 1996, S. 31-51, hier S. 32. Klaus Dettmer gibt für Oktober 1941 knapp 73.000 Juden an. Vgl. Dettmer, Klaus, Die Deportationen aus Berlin, in: Scheffler, Wolfgang und Schulle, Diana (Hrsg.), Buch der Erinnerung. Die ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden, Bd. 1, München 2003, S. 191-197, hier S. 191.

101 Vgl. Gottwaldt, Alfred und Schulle, Diana, Die „Judendeportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941-1945. Eine kommentierte Chronologie, Wiesbaden 2005 sowie die öffentlich verfügbaren Transportlisten samt Details unter www.statistik-des-holocaust.de [30.06.2024].

Der erste Deportationszug verließ Berlin am 18.10.1941 mit dem Ziel Lodz (Ghetto Litzmannstadt). In den sechs Wochen bis zum 27.11. folgten noch sechs weitere Transporte, drei nach Lodz sowie je einer nach Minsk, Kowno (Kaunas) und Riga – alle mit jeweils mehr als 1.000 Menschen. Hildegard Henschel, Mitarbeiterin der Jüdischen Gemeinde Berlin, schreibt in ihrem viel zitierten Bericht über die Deportationen:

> *„Die Haltung der Opfer war bewundernswert, jeder wusste, dass es ein sich Auflehnen nicht gab, die einzige Auflehnung, die möglich war, war der Selbstmord. Misslang der Selbstmord aber, so zog er später die beschleunigte Evakuierung nach sich.“*[102]

Gerade auf den letzten Satz wird weiter unten noch näher eingegangen.

Deportationen nach Theresienstadt ab Juni 1942

Sieben Monate nach Beginn der ersten Deportationen aus Berlin, Anfang Juni 1942, starteten zusätzlich die Züge nach Theresienstadt. Laut Susanne Willems waren Ende Juli 1942 noch 46.000 bis 47.500 Juden in der Stadt, die auf nur noch 7.275 Wohnungen verteilt waren.[103] Der Dokumentation von Rita Meyhöfer zufolge wurden etwa 30 Prozent der Deportierten aus Berlin nach Theresienstadt verbracht, in 121 Transporten.[104] Die Deportationen liefen unter der Bezeichnung „Alterstransporte“ in Abgrenzung zu den „Osttransporten“. Die Kriterien für den ursprünglich für Theresienstadt vorgesehenen Personenkreis – über 65-jährige, Kriegsversehrte mit hohen Auszeichnungen, Personen mit sonstigen Verdiensten, Partner aus Mischehen – wurden nicht immer eingehalten und oft willkürlich angewendet. Für viele, denen die Deportation drohte, galt Theresienstadt – auch aufgrund der propagandistischen Verbreitung, es handele sich um einen „Alterswohnsitz“ – als das geringere Übel.[105] Entsprechend versuchten viele Menschen, den stärker gefürchteten „Osttransporten“ zu entkommen und ihrerseits Gründe für Theresienstadt geltend zu machen. Auch wenn die dortigen Lebensumstände sich tatsächlich von den Vernichtungslagern unterschieden, kann dies nicht über die Zustände in Theresienstadt hinwegtäuschen: viele Menschen wurden von dort aus weiter deportiert und nur etwa 12 Prozent aller nach Theresienstadt deportierten Menschen überlebten. In der Altersgruppe, der Arthur Nicolaier angehörte, bedeutete gar für 98 Prozent

---

[102] Henschel, Hildegard, Aus der Arbeit der Jüdischen Gemeinde Berlin während der Jahre 1941-1943: Gemeindearbeit und Evakuierung von Berlin, 16. Oktober 1941-16. Juni 1943, in: Zeitschrift für die Geschichte der Juden 9 (1972), S. 33-52, hier S. 37.

[103] Willems, Der entsiedelte Jude, S. 363.

[104] Ebd., S. 36.

[105] Hildegard Henschel bezeichnete es in ihrem Bericht über die Zeit wörtlich als „[…] Traum jedes Menschen, dem die Evakuierung drohte, nach Theresienstadt zu kommen.“ Henschel, Aus der Arbeit der Jüdischen Gemeinde Berlin, S. 41.

der Transport nach Theresienstadt das Todesurteil.[106] Dennoch waren die Befürchtungen der Menschen in der Regel weniger ausgeprägt als im Vorfeld der „Osttransporte“ mit unbekanntem Ziel. Hier wie da konnten das Wissen, die Gerüchte und die Hoffnungen der Betroffenen extrem variieren. Beate Kosmala hat sich diesen Fragen unter dem Titel „Zwischen Ahnen und Wissen“ gewidmet. Sie nennt ebenfalls die Gewissheit über die bevorstehende Deportation, etwa nach Erhalt eines Bescheids, als den häufigsten Auslöser für diese finale Entscheidung und bezeichnet den Suizid als die „extremste Art, sich der Deportation zu entziehen“.[107] Kosmala merkt zurecht an, dass daraus jedoch nicht abzuleiten sei, dass die Deportation mit einem Todesurteil gleichgesetzt wurde. Denn schon im Zusammenhang mit den ersten sporadischen Deportationen im Jahre 1940 aus Stettin und Südwestdeutschland hatten sich viele Betroffene das Leben genommen.[108] Mit der Dauer der systematischen Deportationen – und den ausbleibenden Nachrichten der Deportierten – stieg auch die Zahl derer, die untertauchen und sich dadurch dem Zugriff der Verfolger entziehen wollten. Zwischen Oktober 1941 und Frühjahr 1943 entschlossen sich mehr als neun Prozent der in Berlin Verfolgten dazu, in den Untergrund zu gehen, um sich der Deportation zu entziehen.[109]

Da die meisten erst ab Oktober 1942 abtauchten, folgert Kosmala, „daß im Laufe des Jahres 1942 die dunklen Ahnungen über die Bedeutung der Deportationen immer mehr zur Gewißheit wurden.“[110] Es spreche weiterhin vieles dafür, „daß Anfang des Jahres 1943 die Auffassung weit verbreitet war, Deportation führe in den Tod.“[111] Diese Einschätzung wird auch durch die Recherchen für diese Arbeit gestützt, lässt sie doch zudem noch Raum für individuelle Abweichungen. Die Versuche, das Wissen der Menschen auf dem Weg in die Katastrophe zu interpretieren, bezeichnet Harald Welzer als ein „äußerst vertracktes Unterfangen – auch deswegen, weil wir unsere Frage nach der zeitgenössischen Wahrnehmung mit dem Wissen darum stellen, wie die Sache ausgegangen ist.“[112]

---

[106] Zahlen nach Meyhöfer, Berliner Juden und Theresienstadt, S. 44. Für viele war Theresienstadt Zwischenstation für den weiteren Transport in Vernichtungslager. So wurden ca. 36 Prozent der nach Theresienstadt Deportierten in Auschwitz und Maly Trostinez ermordet.

[107] Kosmala, Beate, Zwischen Ahnen und Wissen. Flucht vor der Deportation (1941-1943), in: Kundrus, Birte und Meyer, Beate (Hrsg.), Die Deportation der Juden aus Deutschland: Pläne – Praxis – Reaktionen 1938-1945, Göttingen 2004, S. 135-159, S. 141.

[108] Vgl. ebd.

[109] Kosmala geht dabei von ca. 7.000 Untergetauchten bezogen auf zu dem Zeitpunkt 73.000 in Berlin verbliebene Jüdinnen und Juden in Berlin aus. Vgl. Kosmala, Beate, Die Deportationen aus Berlin 1941 bis 1945. Flucht in den Untergrund und Hilfe beim Überleben, in: Hamann, Christoph und Kosmala, Beate, flitzen – verstecken – überleben? Hilfe für jüdische Verfolgte 1941–1945, Geschichten, Quellen, Kontroverse, 2. überarbeitete Auflage, Berlin/Ludwigsfelde 2018, S. 13-17, hier S. 15.

[110] Kosmala, Zwischen Ahnen und Wissen, S. 158.

[111] Ebd., S. 157.

[112] Welzer, Harald, Die Deutschen und ihr „Drittes Reich“, in: APuZ 14-15 (2007), S. 21-28, hier S. 22f.

Ilse Rewald (1918-2005), die ab Januar 1943 in Berlin untergetaucht war, um zu überleben, sprach nach dem Krieg über die Gewissheit der Bedrohung, die sich im Laufe des Jahres 1942 durchgesetzt habe:

> *„Allmählich sickern Nachrichten aus den Konzentrationslagern Auschwitz, Birkenau, Riga, Theresienstadt durch. Man hört von Massenhinrichtungen, Erschießungen, Soldaten erzählen von den Ermordungen in Minsk, und es wird klar, daß jeder ‚Evakuierte' seinem Tod entgegengeht."*[113]

Neben dem Wissen oder Nichtwissen lassen sich auch die individuellen und persönlichen Einstellungen gegenüber dem möglichen Schicksal nach der „Evakuierung" nur über Einzelfälle rekonstruieren. Überliefert sind alle Extreme: von positiver Grundstimmung und Hoffnung auf einen Neuanfang im Osten, im Falle von Theresienstadt dem festen Glauben an ein Altersheim, bis hin zu mehr oder weniger konkretem Wissen über das zu erwartende Schicksal. Diese Unterschiede sind selbstverständlich von hoher Relevanz für eine Betrachtung des Suizids als mögliche Auswegsoption. Allein diese Bandbreite – und sie müsste noch erweitert werden um individuelle Faktoren wie das Alter, die familiäre Situation, die körperliche und seelische Verfassung sowie weitere Persönlichkeitsmerkmale – zeigt sehr deutlich, dass sich Pauschalurteile über die Bewertung des individuellen Verhaltens der Betroffenen, etwa nach Erhalt des Deportationsbescheids, verbieten. Schon 1964 wurde in einer Untersuchung zur „Psychiatrie der Verfolgten" formuliert: „Der extreme Lastcharakter einer katastrophenhaft gewandelten Welt ist nicht ablösbar von der Person, ihren Erlebnis-möglichkeiten und Freiheitsgraden."[114] Arthur Nicolaier beispielsweise war vorab an Informationen über die unzureichende Ernährungssituation in Theresienstadt gelangt.[115] Ob er ohne diese Informationen seinen Entschluss im Moment der Entscheidung vielleicht anders gefasst hätte, bleibt spekulativ und verdeutlicht dennoch die Relevanz der Einzelfall-betrachtung.

Ab November 1942 wurde das Erfassungssystem für die Deportationen umgestellt. Alois Brunner (1912-?) und seine SS-Mannschaft, die kurz zuvor Wien als „judenfrei" gemeldet hatten, übernahmen und änderten die Abholungspraxis in Berlin. Ganze Straßen wurden abgeriegelt und die Betroffenen ohne Vorwarnung aus ihren Wohnungen geholt, auf postalische

[113] Rewald, Ilse, Berliner, die uns halfen, die Hitlerdiktatur zu überleben, Berlin 1985, S. 6.
[114] Baeyer, Walter Ritter/Häfner, Heinz/Kisker, Karl Peter, Psychiatrie der Verfolgten. Psychopathologische und gutachtliche Erfahrungen an Opfern der nationalsozialistischen Verfolgung und vergleichbarer Extrembelastungen, Berlin 1964, S. 61.
[115] Hierzu mehr in Kapitel V, 4.1 Vorbereitung und Thematisierung des Suizids.

Ankündigungen wurde nunmehr komplett verzichtet.[116] Diese Brutalisierung in der Abholung der Menschen hatte offenkundig zwei Ziele: die Beschleunigung der Deportation aller Berliner Juden und zum anderen die Verhinderung der bis dahin allein in Berlin hundertfachen Entziehungen durch Flucht oder Suizid nach Erhalt des Deportationsbescheids. Bereits ab Juni 1942 holten aus diesem Grund sogenannte Abholer die Menschen aus ihren Wohnungen, das überfallartige Moment hielt mit Ankunft der Brunner-Leute Einzug.[117] Ab Oktober 1942 wurde die Vorankündigung per „Evakuierungsbefehl" komplett eingestellt.[118] Sammellager wie in der Großen Hamburger Straße wurden ausgeräumt und nur noch Matratzen ohne Decken auf dem Boden gestattet, auf diese Art zum Gefängnis umgebaut.[119] Henschel schreibt hierzu:

> *„Im November 1942 stieg die Selbstmordkurve erschreckend an, es gab längst eine besondere Abteilung im jüdischen Krankenhaus, Betten hatte man für die meistens schon sterbend eingelieferten nicht mehr in genügender Zahl, viele lagen auf Holzpritschen, Massagebänken und ähnlichen Behelfsmitteln."*[120]

2.3 Der Suizid als Ausweg: Thematisierungen im Alltag

Unabhängig von der individuellen und jeweils situativen Entscheidung gilt das Interesse auch der Frage, wie präsent das Thema Suizid in der Zeit der Deportationen unter den Verfolgten war. Wie verbreitet war das Phänomen und wurde darüber diskutiert? Hierzu sollen einige Erfahrungsberichte aus der Zeit der Deportationen angeführt werden, um das Bild der zeitgenössischen Präsenz und Wahrnehmung des Phänomens zu schärfen. Bereits Konrad Kwiet und Helmut Eschwege (1984), Christian Goeschel (2009) und andere, die sich mit den Suiziden auseinandersetzten, haben hierbei auch Erfahrungsberichte und Selbstzeugnisse angeführt.[121]

Bei der Auswahl von Thematisierungen der Verfolgungssuizide liegt der Blick verstärkt auf den Vorbereitungen und Kooperationen, die im Vorfeld notwendig waren – sei es zur initialen Beschaffung geeigneter Suizidmittel oder auch zur konkreten Vorbereitung der Selbsttötung.

---

116 Vgl. Willems, Der entsiedelte Jude, S. 353f.
117 Ebd. S. 354.
118 Vgl. ebd., S. 330.
119 Vgl. zur Verschärfung ab Spätherbst 1942 auch Meyer, Das unausweichliche Dilemma, S. 273-296, hier S. 283.
120 Henschel, Aus der Arbeit der Jüdischen Gemeinde Berlin, S. 44.
121 Vgl. Kwiet und Eschwege, Goeschel. Sehr zu empfehlen ist hierzu auch die Magisterarbeit von Christine Hartig, Die letzte Zuflucht. Jüdische Selbsttötungen im „Dritten Reich" im Spiegel von Selbstzeugnissen, Unveröff. Magisterarbeit, Göttingen 2003.

Die erwähnte Ilse Rewald – im Jahr 1941 hatten sich Bekannte das Leben genommen – erinnerte diese Suizide 1975 folgendermaßen:

„Er hat sich alle Orden und Ehrenzeichen, die er sich im Ersten Weltkrieg erworben hat, angesteckt, gab sich und seiner Frau den Tod durch Schlaftabletten, weil er der bevorstehenden Deportation nur auf diese Weise entgehen konnte.“[122]

Vom Suizid einer Kollegin Anfang 1942 berichtete sie:

„*Als sie die Listen [zur Vermögenserklärung, T.O.] bekommt, ist sie ruhig und gefaßt. Am nächsten Tag hören wir, daß sie sich vergiftet hat. Die Selbstmorde erschüttern uns fast nicht mehr, wir beneiden jeden, der den Mut aufbringt und sich nicht mehr quälen muß.“*[123]

Die Briefe von **Hermann Samter** (1909-1943) gelten als besonders aufschlussreiche Berichte aus der Zeit. Deren besondere Relevanz als Quelle äußert sich nicht zuletzt darin, dass die Briefe über private Boten übermittelt wurden und daher eine – oftmals auch selbst auferlegte – Zensur umgingen. Hinzu kommt, dass Hermann Samter durch seine Arbeit als Redakteur des „Jüdischen Nachrichtenblatts“ eine große Nähe zu aktuellen Entwicklungen hatte und zudem in Tiergarten lebte, einem zentralen Bezirk der Reichshauptstadt. Ende 1942 wurde das „Jüdische Nachrichtenblatt“ abgewickelt und Samter durch eine Anstellung bei der „Reichsvereinigung der Juden“ vorerst vor der Deportation bewahrt. Dort musste er mehrmals wöchentlich als „Abholer“ die Gestapo begleiten und erlebte hier das brutale Vorgehen der „Brunner-Leute“ sowie das Schicksal vieler Menschen mit eigenen Augen.[124] Die hier wiedergegebenen Informationen und Aussagen über die Suizide der Zeit beruhen auf den im Zentrum für Antisemitismusforschung archivierten Briefkopien[125] sowie der erwähnten Arbeit von Daniel Fraenkel über Samter und dessen Briefe. Trotz der erschütternden Erfahrungen durchzieht ein auf die Zukunft gerichteter Grundoptimismus die Briefe, der auch mit einem erhofften baldigen Kriegsende verknüpft war. Vielleicht ließ diese Hoffnung Samter im entscheidenden Moment nicht untertauchen. David Fraenkel bezeichnet es als „deprimierende Schlussfolgerung, dass selbst er, eine der bestinformierten Personen in der jüdischen Gemeinde,

[122] Rewald, Berliner, die uns halfen, S. 3.
[123] Ebd., S. 4.
[124] Samter, Hermann, „Worte können das ja kaum verständlich machen“, Briefe 1939-1943, hrsg. von Daniel Fraenkel im Auftrag der Gedenkstätte Yad Vashem, Jerusalem, Göttingen 2009, S. 14ff. Es handelt sich um insgesamt 19 Briefe, die Samter an die frühere Haushaltshilfe der Familie sowie deren Tochter richtete. Vgl. ebd., S. 25.
[125] ZfA, Lebensgeschichtliche Sammlung: Blumfeld, Charlotte, hierin: Briefe des Bruders Hermann Samter. Die Briefe wurden vor Ort eingesehen, für die Zitation wird in der Folge aber das Buch angegeben.

bis zum letzten Augenblick nicht daran glaubte, dass die Deportation in den Osten das sichere Todesurteil darstellte."[126]

Zu den Suiziden äußert sich Samter erstmals kurz nach Beginn der ersten Deportationen und setzt ihnen eine positive Nachricht entgegen: *„Wir warten eben in Geduld, bereiten uns aber natürlich langsam vor. Viele denken allerdings anders – daher die vielen Selbstmorde. Auf der anderen Seite nehmen aber auch die Verlobungen aus dem gleichen Grunde zu."*[127] Hier knüpft er auch im Brief von Ende November 1941 wieder an: *„Charakteristisch für die jetzige Zeit ist (bei uns) nicht nur die hohe Zahl der Selbstmorde, sondern mehr noch die Flut von Eheschliessungen. Fast jede Freundschaft führt jetzt kurz vor unserm Ende in Deutschland noch zur Ehe."*[128] Zum Jahreswechsel beendet Samter einen Brief mit den Worten: *„Lassen Sie nicht den Kopf hängen – wir tun's auch nicht! – einmal scheint die Sonne wieder, man muss nur Geduld haben! Herzliche Grüße! Hermann, der Optimist."*[129] Hier tritt der erwähnte Optimismus besonders offen zutage und sei erwähnt, weil Samter an anderer Stelle die Menschen, die sich das Leben nahmen, als Pessimisten bezeichnet. An dieser Sichtweise mag es liegen, warum für Hermann Samter ein Suizid offensichtlich überhaupt keine ernsthafte Option darstellte. Ende Januar 1942 fügt Samter seinem Bericht von neuen Transporten in bitterer Kälte sowie von Gerüchten über Erschießungen hinzu: *„All' diese Dinge steigern natürlich nicht den Mut der von der Evakuierung Betroffenen. So nehmen denn die Selbstmorde in ungeheurer Weise zu."*[130] Auch im nächsten Brief greift Samter das Thema, das ihn offenbar sehr beschäftigt, wieder auf. Dieses Mal vor dem Hintergrund der Frage nach den Optionen, die die Menschen hatten, denen die Deportation drohte. Der Abschnitt soll hier komplett wiedergegeben werden:

> *„Im Februar hatten wir bisher Ruhe mit Transporten. Man nimmt an, dass es Anfang März weitergeht, aber sicher ist es wohl noch nicht. Wenn es soweit ist, werden wieder die Selbstmorde zunehmen. Es ist erschreckend, mit welcher Selbstverständlichkeit über dieses Thema heute diskutiert wird. Wenn man auf dem Standpunkt steht, dass man dort auf jeden Fall zu Grunde geht, hat man ja nur die beiden Möglichkeiten! Selbstmord zu verüben oder über die grüne Grenze zu gehen. Das letztere soll 5 000,- kosten. Aber wer hat das schon in bar! (…) So bleibt den Pessimisten nur der Selbstmord übrig, solange sie es auf schmerzlose Weise haben können durch Veronal. Wie es allerdings möglich war, dass so viele Leute sich*

[126] Samter, „Worte können das ja kaum verständlich machen", S. 54.
[127] Brief an Lisa Stadermann-Godehardt vom 29. Oktober 1941, zit. nach ebd., S. 69.
[128] Brief an Lisa Stadermann-Godehardt vom 30. November 1941, zit. nach ebd., S. 75.
[129] Brief an Lisa Stadermann-Godehardt vom 28. Dezember 1941, zit. nach ebd., S. 77.
[130] Brief an Karolina Stadermann und Lisa Stadermann-Godehardt vom 26. Januar 1942, zit. nach ebd., S. 80.

Veronal verschaffen konnten, ist mir noch immer rätselhaft. Auch 2 Cousinen von Tante Nelly haben sich auf diese Weise vor dem Abtransport das Leben genommen. Die eine stand immer mit beiden Beinen auf dem Boden, so dass ich dies eigentlich nicht vermutet hätte. (…) Die Leute sind eben vollständig fertig. Und dann die Angst, was einem im Osten noch bevorsteht. Man kann da gar nicht abreden, wenn jemand so mit Überlegung Schluss macht. Aber genug davon!"[131]

Das massenhafte Untertauchen in Berlin beginnt erst ein knappes Jahr später, sodass Samter hier noch die Option der „grünen Grenze" ausführt. Aufgrund der immensen Kosten und auch der Risiken, die er im Brief diskutiert, war dies für die Mehrzahl der Menschen keine realistische Option. Samter thematisiert hier auch das Schlafmittel *Veronal,* das für die Verfolgten der Zeit einen besonderen Stellenwert erlangte und das in dieser Phase schwarz gehandelt wurde.[132] Im Mai 1942 berichtet Samter von dem Verbot für Juden, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen und den damit verbundenen Härten vor allem für ältere Menschen. Verschärft wurde die Situation dadurch, dass sowohl der Tiergarten als auch eine Reihe wichtiger Straßen von Juden nicht mehr betreten werden durften. Auch Arthur Nicolaier hat davon in seinen Briefen berichtet und anschließend wohl die meisten seiner noch verbliebenen Ausgänge eingestellt. Dieses Verbot hatte auch im nächsten Fall eines erwähnten Suizids tragische Konsequenzen. Im September 1942 berichtet Samter vom gemeinsamen, angekündigten Suizidversuch einer Arbeitskollegin und deren Mutter vor der Deportation: *„Das wurde so ganz einfach gesagt, und ich hatte nicht den geringsten Zweifel daran, dass sie es wahrmachen würde. Wenige Tage später war die Tochter tot, die Mutter wurde gerettet, der Magen hatte das Gift nicht angenommen."* Nur Hermann Samter und ein weiterer Bekannter der Verstorbenen waren bei der Beerdigung anwesend – der Mutter hatte man eine Sondererlaubnis für die Fahrt verwehrt. Für August nennt Hermann Samter hier 25 Geburten jüdischer Kinder, denen 611 Sterbefälle gegenüberstünden.[133] Der letzte Brief Hermann Samters datiert vom 7. Februar 1943. In diesem berichtet er über seine neue Funktion als „Abholer" und schildert einzelne erschütternde Szenen. Am 12. März wurde Hermann Samter, zusammen mit seiner Frau Lili und der Tante Nelly Neisser, nach Auschwitz deportiert.[134]

[131] Brief an Lisa Stadermann-Godehardt vom 13. Februar 1942, zit. nach ebd., S. 82.
[132] Auf die Wahl des Suizidmittels wird noch ausführlicher eingegangen, siehe hierzu Punkt 2.4.4.
[133] Brief an Karolina Stadermann und Lisa Stadermann-Godehardt vom 20. September 1942, zit. nach ebd., S. 94f.
[134] Vgl. ebd., S. 21.

Hedwig Ems (1869-1958) hatte Theresienstadt überlebt und 1947 ihre Erlebnisse niedergeschrieben.[135] Auch sie erwähnt aus der Zeit der Deportationen sowohl eigene Gedanken an Suizid als auch dessen Alltäglichkeit unter den Betroffenen. Anfang 1942 hatte sich ein erzwungener Umzug in ein neues Zimmer in letzter Sekunde zerschlagen und Hedwig Ems stark zugesetzt:

„Es war furchtbar. Es schreibt sich alles so einfach, aber es war es nicht. Aus unserem Zimmer mussten wir hinaus; weshalb, weiß ich selber nicht mehr, und wir wussten nicht wohin. Ein jeder, an den wir uns wandten, hatte Angst, uns aufzunehmen, und wir gingen ernsthaft mit dem Gedanken um, uns das Leben zu nehmen, (…).“[136]

Ein weiteres Mal berichtet sie von Gedanken, sich das Leben zu nehmen, als sie im September 1942 eine Zeit lang alleine in einer versiegelten Wohnung lebt, sich aber letztlich dagegen entscheidet:

„Hätte ich geahnt, wie alles kommen würde, so hätte ich es getan, […]. In diesen Jahren war es kein Problem und auch dann kein schwerer Entschluss, sich das Leben zu nehmen bei der namenlosen Angst vor der ungewissen Zukunft, die fast ein jeder hatte. Viele taten es. Begegnete man einem Bekannten, so konnte man sicher sein, dass die erste Frage lautete: ‚Wollen Sie sich das Leben nehmen oder mit evakuieren lassen?‘ “[137]

Hedwig Ems benennt in einer Aufzählung zwölf engste Familienmitglieder *(„Freunde und Bekannte nenne ich nicht“),* die sich im Jahr 1942 das Leben genommen hatten.[138]

Die Widerstandskämpferin **Edith Wolff** (1904-1997) schildert in ihrem Bericht für Yad Vashem von 1957 eine Begebenheit mit ihren jüdischen Nachbarn:

„Eines Tages, Ende Febr.1943, erschienen nun Herr und Frau Kleinberger[139] *bei uns des Abends zu einem kurzen Besuch, elegant gekleidet und ziemlich animiert. Sie kamen, um sich zu verabschieden – wie zu einer Reise… Sie teilten mit, daß sie noch ein sehr gutes Abendessen zu sich nehmen wollten – bei Musik und mit Wein. Sie hatten „die Liste“ bekommen und sich schon längst mit einem Gegenmittel versorgt. Wir verstanden sofort, daß dieses ‚Medikament‘ ein Gift sei und daß es die Reise in den Freitod war, die sie antreten wollten. Wir aber konnten nichts dagegen tun und nichts mehr dagegen noch*

[135] Die Abschrift dieser Erinnerungen befindet sich ebenfalls im Zentrum für Antisemitismusforschung, Lebensgeschichtliche Sammlung: Ems, Hedwig.
[136] Ebd., S. 2.
[137] Ebd., S. 3.
[138] Ebd., S. 4.
[139] Es handelte sich um die Suizide am 4.3.1943 von Johanna (1893-1943) und Albert Kleinberger (1884-1943), siehe Gedenkbuch online.

einwenden… Wir konnten den beiden Menschen nur stumm noch die Hand drücken – und ihnen im Herzen nur noch eine gute Reise ins Jenseits wünschen. Erst nach drei Tagen fand man in der Wohnung die Leichen.“[140]

Viele der Suizide wurden wie in diesem Fall gemeinschaftlich begangen. Zumeist wählten ältere Eheleute diesen Weg. Auch **Karl Wieninger** (1905-1999) aus München berichtet von einem angekündigten Gemeinschaftssuizid. Wieninger hatte das Künstlerehepaar Alexander (1871-1942) und Johanna Liebmann (1874-1942) ab dem Sommer 1941 in seiner Werkstatt beschäftigt. Die beiden lebten ab Dezember in einem der sogenannten Judenhäuser und erhielten am 27. März 1942 den „Umsiedlungsbefehl“ in das Sammellager Berg am Laim. Ein anderes Ehepaar aus diesem Haus ging daraufhin zusammen in den Tod. Alexander Liebmann erklärte Karl Wieninger daraufhin

„[…] ruhig und ohne Pathos, dass er und seine Frau denselben Weg gehen werden. Aus einer zuverlässigen Quelle habe er erfahren, dass Frauen und Männer bei der Deportation voneinander getrennt würden. Er wisse, dass seine Frau nach Polen verschickt werde, während er nach Riga kommen sollte. Der Tag des Abschieds aus ihrem Leben würde der nächste Donnerstag sein.“

Karl Wieninger versuchte noch, Liebmann umzustimmen, doch dieser antwortete ihm: *„Nein, nein, der Weg, den wir gehen müssen, ist der einzige, saubere Ausweg. […] Sterben ist viel leichter, als in der ewigen Bedrohung zu leben.“* [141]

Im Lager Berg am Laim, das von 1941 bis 1943 als Sammel- und Durchgangslager in München existierte, arbeitete die Mitarbeiterin der Jüdischen Gemeinde **Else Rosenfeld** (1891-1970). In Tagebüchern berichtet sie aus dem Alltag, in dem sie mit den Suiziden der anderen Verfolgten konfrontiert wird. Das erste Gespräch hierüber hält sie im Tagebuch am 5. Juli 1942 fest:

„Frau Schulmann ist unter denen, die uns am Dienstag verlassen sollen, um nach Theresienstadt zu gehen. Sie steht ganz allein, sie hat keine nahen Angehörigen mehr, und oft hatte ich das Gefühl, daß sie nur noch mit großer Mühe und Anstrengung das Leben ertrug. Sie sagte mir nun, daß sie schon, als sie zu uns eingewiesen wurde, aus dem Leben gehen wollte, damals sei sie von einer Freundin bestimmt worden, es nicht zu tun. Sie hätte sich dann auch im Heim wohlgefühlt, (…) Nun solle sie fort; ja, sie wisse, ich wolle sagen,

[140] Yad Vashem Archives (YVA), O.1, Ball-Kaduri Collection, No. 247, Wolff, Edith, Lebensbild – Untergrundarbeit in Berlin bis 1943, Eigenbericht, S. 7f.
[141] Wieninger, Karl, In München erlebte Geschichte, München 1985, S. 73.

Theresienstadt sei nicht das Schlimmste, aber sie fühle einfach keine Kraft mehr, noch einmal neu anzufangen, noch einmal eine solche Umwälzung zu überstehen. Und ihre gute Freundin, die sie einmal zurückgehalten habe, sei Ostern deportiert worden. Aber sie habe den Schritt aus dem Leben nicht gehen wollen, ohne es mir zu sagen. Sie bitte mich herzlich, nicht den Versuch zu machen, ihr diesen Entschluß auszureden, er sei unumstößlich, ich solle versuchen, sie zu verstehen. Sie sei zu schwach, körperlich und seelisch, um neuen Anstrengungen gewachsen zu sein, sie würde für ihre Gefährten nur eine Belastung werden. Das wollte sie nicht, und sie sei so unaussprechlich müde, daß sie sich schon jetzt auf den Schlaf freue, aus dem es kein Erwachen mehr gebe."[142]

In den drei Wochen darauf folgten laut Else Rosenfeld acht weitere Suizide im Lager Berg am Laim.[143] Sie selbst tauchte einen Monat später unter und lebte versteckt, bis ihr im April 1944 die Flucht in die Schweiz gelang. Im Vorfeld einer der Deportationen aus Berg am Laim im April 1942 berichtet Else Rosenfeld von den Vorkehrungen für den Fall der Fälle:

„Aber wir hatten noch etwas zu tun. Ich besaß eine ziemliche Menge Veronal, nach Aussage des Arztes genügend, um drei Personen ruhig zum Tode einschlafen zu lassen. Ein Drittel nähte ich in die untere Naht meines graumelierten Mantels, zwei Drittel bakam Frau Altschüler, um es in zwei ihrer Kleidungsstücke einzunähen. Ihr Mann wußte nichts davon, aber ich begriff, daß es eine große Beruhigung für sie bedeuten mußte, wenn sie im Augenblick, wo die Sachlage für sie beide unerträglich würde, diese Möglichkeit hatten. Allein das Bewußtsein, selbst über sein Schicksal entscheiden zu können, gab Trost und Kraft."[144]

An vielen anderen Stellen berichten Zeitzeugen ebenfalls über das „Beruhigungspotential" der Suizidmittel, sobald man diese bei sich führen konnte. Petra Bonavita beschreibt die Flucht Tuschi Müllers, die dazu von dem Arzt **Fritz Kahl** (1895-1974) mit Zyankali ausgestattet worden war und das sie für den Fall der Fälle monatelang in ihrem Haarknoten bei sich trug.[145]

Edith Dietz (1921-2015) berichtet über ihre Berliner Zeit von einem Tablettenkauf in der Apotheke und einem Bekannten, der sie danach aufsuchte und um Tabletten bat. Offenbar hatte sich im Kreis der Verfolgten schnell herumgesprochen, dass sie im Besitz größerer Mengen Schlaftabletten war: *„Ich gab ihm die Tabletten und hatte nicht einmal Gewissensbisse. Auch*

---

142 Behrend-Rosenfeld, Else und Rosenfeld, Siegfried, Leben in zwei Welten, Tagebücher eines jüdischen Paares in Deutschland und im Exil, hrsg. und kommentiert von Erich Kasberger und Marita Krauss, München 2011, S. 186.
143 Vgl. ebd., S. 188.
144 Ebd. S. 161.
145 Vgl. Bonavita, Petra, Mit falschem Pass und Zyankali. Retter und Gerettete aus Frankfurt am Main in der NS-Zeit, Stuttgart 2009, S. 24ff.

heute tut es mir nicht leid. Es beruhigte ihn, für den Notfall ein Mittel zu haben. Er versprach, die Tabletten nur dann zu nehmen, wenn er keinen Ausweg mehr sähe. Nie wieder erhielt ich ein Lebenszeichen von ihm.“[146] Edith Dietz gelang die Flucht in die Schweiz. In ihren Erinnerungen bezeichnet sie den Hass auf die NS-Verfolger als den entscheidenden Antrieb, sich einem Zugriff unter allen Umständen zu entziehen, bis zur letzten Konsequenz: *„Doch lieber nehme ich mir das Leben, als daß ich mich deportieren lasse!“*[147]

Neben diesen Berichten von Zeugen der Zeitumstände und ihren Berührungspunkten mit Suiziden im unmittelbaren Umfeld, existieren auch Berichte von Menschen, die sehr eingehend einzelne Suizidfälle thematisieren, weil sie in die Planungen oder gar die Durchführung eingebunden waren. So auch im Falle des Stettiner Internisten Professor **Ernst Neisser** (1863-1942),[148] der zuletzt in Berlin lebte. Im März 1947 schilderte die Tochter Ernst Neissers, Susanne Vogel, ihrer Cousine in einem Brief ausführlich die Umstände seines Lebensendes.[149] Demnach hatte sie über Monate mit zahlreichen Eingaben und ärztlichen Attesten versucht, „Zurückstellungen“ von der Deportation zu erreichen. Letztlich aber erfolgte dennoch der Deportationsbescheid für Neisser und seine Cousine für den 1. Oktober 1942, mit einem Vorlauf von lediglich 24 Stunden, was dazu führte, dass sich am Vorabend mehrere Menschen in Neissers Wohnung versammelten. Susanne Vogel schildert diese Situation ausführlich:

> *„Mein Vater kommt uns entgegen, ernst und irgendwie entrückt, aber gelassen und freundlich wie immer. Das Zimmer ist voller Menschen. Mein Mann, blaß, verstört, mein geliebtes Herz, ich wage ihn nicht anzurühren, nur jetzt nicht die Fassung verlieren! Hildegard v. W. ist da, die junge Ärztin, Kind im Hause meiner Eltern, sie wollte meinen Vater besuchen, sie weint still vor sich hin. Noch eine andere Freundin des Hauses ist da, nicht zufällig, sie empfand solche Unruhe, um nach ihm zu sehen: es ist die Frau des weltberühmten Atomforschers Otto Hahn. Sie und ihr Mann gehörten auch zu den guten Engeln – furchtlos, treu, liebevoll.“*[150]

Weiter berichtet Vogel, dass ihr Vater das Wort ergriffen habe:

> *„ ‚Liebe Kinder, wir wollen jetzt nicht Trübsal blasen. Ich freue mich, daß gerade so viele liebe Freunde hier sind. Wir wollen eine schöne Flasche Wein zum Abschied trinken.‘ Wir sind alle in einem Zustand von Betäubung und Lähmung, aber mein Vater ist stärker als*

[146] Dietz, Den Nazis entronnen, S. 43.
[147] Ebd., S. 106.
[148] Zur Biografie Neissers siehe auch Jenss, Harro, In Erinnerung an Prof. Dr. med. Ernst Neisser, in: Zeitschrift für Gastroenterologie 60, 2, (2022), S. 162-164 sowie Schwoch, Berliner jüdische Kassenärzte, S. 646f.
[149] YVA, O. 33, No. 2321, Vogel, Susanne, Die letzten Lebensjahre meines Vaters Prof. Ernst Neisser.
[150] Ebd., S. 18.

wir. Er dankt vor allem dem Professor für das mitgebrachte Gift: ‚das war eine Freundestat lieber Kollege, sie nehmen mir eine große Sorge ab' ".[151]

Auch im Falle Ernst Neissers also war es zu einer ärztlichen Mithilfe bei den Vorbereitungen des Suizids gekommen. Susanne Vogel selbst war es erst kurz zuvor gelungen, für den eigenen Bedarf Gift zu beschaffen. Darauf geht sie vorher in ihrem Brief ein:

„Gift trugen die Verfolgten ja eigentlich alle mit sich herum, es war fast wie eine heimliche Waffe, erweckte ein Gefühl der Selbstbestimmung, des Nicht-nur-ausgeliefert-seins wie ein armes Stück Vieh. Die Versuchung, es an der unrechten Stelle vorzeitig zu nehmen, war nicht allzugroß; wer angesichts der Unwiderruflichkeit des Sterben-müssens lebt, besinnt sich wohl, ehe er den letzten Schritt von sich aus tut."[152]

In der Folge berichtet sie davon, wie ihr Vater sich innerlich darauf vorbereitete, selbst aus dem Leben zu gehen, sollte die Deportation unausweichlich werden. Auch seine Cousine hatte sich dazu entschlossen: *„ ‚Ich gehe mit Ernstel', sagte sie im bestimmten, abschließenden Ton und fuhr freundlich, fast leichthin fort: ‚Ich möchte gern in deutscher Erde begraben liegen, – Berlin ist meine Heimat.' "*[153]

Vogel beschreibt die zunehmende Alltäglichkeit des Themas und auch ihr Unbehagen dabei: *„Gespräche über den Freitod – ach, ein schlechtes Wort für die erzwungene Tat auswegloser Not! – waren ja damals an der Tagesordnung."*[154] Denn sie selbst empfand, etwas daran gehe *„gegen die Natur, gegen Gottes Ordnung"*.[155] Am Vortag der Deportation dann rief sie den Chef des Sanatoriums an, in dem sich ein Jahr zuvor Neissers Ehefrau, die unter Depressionen litt, das Leben genommen hatte, und bat ihn um Mittel für die bevorstehenden Suizide, da die vorhandene Dosis offenbar nicht für zwei Personen ausreichte. Trotz der ärztlichen Hilfe in Form der Beschaffung von Veronal und Morphium lag Ernst Neisser bis zu seinem Tod noch vier Tage bewusstlos im Jüdischen Krankenhaus.[156] Dort wurde der Tochter versichert, dass keine Maßnahmen eingeleitet würden, um das Sterben möglicherweise zu unterbinden. Anschließend schildert Susanne Vogel noch das Verhör durch einen Kommissar der Kriminalpolizei, das zu ihrer Erleichterung nicht zu weiteren Ermittlungen führte:

---

151 Ebd., S. 18f.
152 Ebd., S. 5.
153 Ebd., S. 11.
154 Ebd., S. 10.
155 Ebd.
156 Sein Anzug war Ernst Neisser von den Abholern zur Deportation am Morgen des 1. Oktober vom Leib gestohlen worden. Vgl. ebd. S. 32.

„Die Mitwissenschaft [sic] am ‚verbotenen' Selbstmord wäre bereits strafbar gewesen; um die Herkunft des Giftes wären – womöglich verbunden mit den berüchtigten Untersuchungsmethoden, falls unsere Aussagen nur im geringsten Punkte voneinander abgewichen wären, – Verhöre angestellt worden; […]."[157]

Neben den Vorkehrungen für eine „erfolgreiche" Durchführung des Suizids spielte somit auch Geheimhaltung eine Rolle, da jeder Suizid polizeiliche Ermittlungen nach sich zog. Susanne Vogels weitere Schilderungen zur Planung der Bestattung zeigen zudem die gleichen Beschränkungen und Schwierigkeiten wie sie auch im Falle Arthur Nicolaiers dokumentiert sind: Eine Erdbestattung war nur noch auf dem Jüdischen Friedhof erlaubt, ausschließlich eine Urne konnte im besten Falle noch in ein Familiengrab überführt werden. Von den zahlreichen Anwesenden auf der Trauerfeier berichtet Vogel mit großer Rührung, hatten diese sich doch durch die offensichtlichen Beobachter von „Judenbestattungen" nicht abschrecken lassen.

Den Suizid von Ernst Neisser kommentierte auch der Stettiner Arzt **Adolf Guttentag** (1868-1942) in seinem Tagebuch, und hier existiert eine familiäre Beziehung: Guttentags Frau Helene (1873-1942) und Neissers Frau Margarethe (1876-1941) waren Schwestern. Etwa zwei Wochen nach Ernst Neisser und dessen Cousine nahm sich auch das Ehepaar Guttentag in Berlin das Leben. Das letzte Tagebuch ab dem 22. August 1942 ist erhalten geblieben, und vielmehr handelt es sich dabei um Tagesberichte angesichts der Bedrohungslage, die Adolf Guttentag an seine Kinder in den USA adressierte, um die existentiellen Nöte schriftlich festzuhalten.[158] An vielen Stellen in den wenigen dokumentierten Wochen spielt die Beschäftigung mit einem möglichen Suizid eine Rolle. Einige Abschnitte aus dem Guttentag-Tagebuch sollen daher hier wiedergegeben werden. Denn durch die Intention Adolf Guttentags, die Erlebnisse und Gedanken in dieser Zeit für die Kinder zu dokumentieren – und damit auch das eigene Handeln nachvollziehbar zu machen – kommt dieser Quelle im Kontext der Fragestellung zusätzlich ein besonderer Wert zu.[159]

Offenbar waren die Guttentags bereits im Besitz von Gift und auch darüber hinaus vorbereitet, davon gibt der Eintrag zu einem Fliegeralarm am 27. August 1942 einen Eindruck: *„In der Nacht wurden wir durch die Sirene gegen 1 Uhr alarmiert. Wir zogen uns an, legten alle Dokumente (Testamentsabschrift, Begräbnisplatz mit Quittung, Einäscherungswille u.s.w.)*

[157] Ebd., S. 29.
[158] United States Holocaust Memorial Museum (USHMM), 2001.42, RG-10.216, Guttentag family papers. Das Tagebuch ist digital zugänglich: https://collections.ushmm.org/search/catalog/irn502548 [13-04.2023].
[159] Während bei vielen Quellen die Adressaten und noch seltener die dahinterliegende Motivation bestimmt werden können, benennt Adolf Guttentag diese (Dokumentation für die Kinder in der Emigration) explizit.

und Kleidungsstücke zum Abwandern, auch alle Medikamente mit Eukodal-Scopolamin-Spritze[160] *und genügend Veronal zurecht und warteten ab.“*[161]

Ausführlich wird das Thema Suizid zum ersten Mal am 31. August 1942 thematisiert:

> *„Ich erzählte euch 23. August von dem Neurologen, der damit rechnete, evacuiert zu werden. Er konnte sich nicht entschließen, in ein Altersheim oder etwas andres in Polen deportiert zu werden und hat sich gestern sein Leben genommen. Gleich vielen, vielen andern hat er sich nicht entschließen können weiter zu leben, weil er den Rest von Freiheit, den wir alle noch haben, aufgeben mußte und nicht mehr die Möglichkeit hatte, etwas zu leisten und sich unterzuordnen. Vor dieser Frage stehen auch jetzt viele, besonders ältere Leute, zu denen auch wir – ich bald mit 74 Jhr., Mutti entsprechend jünger zählen.“*

Weiter zählt Guttentag die möglichen Zukunftsaussichten auf, die alle wenig Hoffnung versprachen. Im besten Falle ging er von einem Altersheim als letzter Bleibe aus, doch stehe bei einem für Deutschland siegreichen Krieg fest, dass man ausschließlich in Ghettos würde leben dürfen, im Falle einer Niederlage *„wird niemand, der für nichtarisch gilt, hierbleiben, sofern er noch am Leben ist.“* Bereits zwei Tage später nimmt Adolf Guttentag diesen Faden wieder auf uns berichtet weiter:

> *„Immer wieder stehe ich vor der Frage: soll ich an dem Tage, an dem mir die Ankündigung der Evacuation mitgeteilt wird, Veronal und Scopolamin-Eukodal nehmen und meinem Leben ein Ende machen, oder nicht? Auf Mutti nehme ich in erster Linie Rücksicht, denn würde sie es wollen, täte ich es sofort; hoffte sie aber noch einmal zu Euch zu kommen, wäre es natürlich traurig, daß es mir nicht auch geglückt sei. So verengert [sic] sich allmählich die Frage: Glaubt man, daß der Krieg in Bälde so ausgehe, daß wir heil zu Euch kommen können, so soll man aushalten, andernfalls soll ich wenigstens aus dem Leben scheiden.“*[162]

Deutlich wird hier, dass im Falle der Eheleute Guttentag allein die Aussicht und Hoffnung auf ein Wiedersehen mit ihren Kindern dem Entschluss zum Suizid noch wesentlich entgegenstehen. Anschließend zählt Adolf Guttentag seine gesundheitlichen Beschwerden auf, die nach seiner Ansicht einem Transport nach Theresienstadt entgegenstehen. Über Theresienstadt selbst war den Eheleuten im September 1942 nur wenig bekannt, die spärlichen Informationen, die durchsickern, deutet Adolf Guttentag zudem weniger pessimistisch als zum Beispiel Arthur Nicolaier: *„Daß Post verboten ist, schrieb ich bereits; es sind aber*

[160] Beruhigungs- und Betäubungsmittel.
[161] USHMM, Tagebuch Adolf Guttentag, Abschrift S. 5.
[162] Ebd., Eintrag vom 2.9.1942, S. 53.

gelegentliche Nachrichten durchgesickert, daß das Leben im Ghetto dort den Umständen entsprechend erträglich sein soll.“[163]

Auch am 6. September äußert Adolf Guttentag offen seine Gedanken*:*

> *„Früher oder später muß man die Wohnung verlassen und wird evacuiert; man weiß nie, ob man nach der erwähnten kleinen, abgegrenzten Stadt Theresienstadt oder in ein Altersheim oder gar nach Polen kommt. Auch von da erfährt man meist nichts; ob Angehörige noch am Leben sind oder verstorben. So kommt man immer wieder auf die Frage zurück, die ich oben (s. 53) angeschnitten habe: Soll man zum Veronal greifen oder nicht? Die Zahl derjenigen, die nichts mehr vom Leben zu erwarten haben, wächst.“*[164]

Am 19. September erhalten die Eheleute die Aufforderung zur Auflistung ihrer Vermögenswerte und eine Transportnummer. An diesem Tag selbst treffen die Guttentags den weiteren Tagebucheinträgen zufolge aber noch keine finale Entscheidung, im Gegenteil: Guttentag wird noch einmal aktiv:

> *„Meine Ödeme sind geringer geworden – Ich habe eine Nachuntersuchung beantragt, ob ich im Stande sei, nach Theresienstadt transportiert zu werden. Die Untersuchung ist sehr scharf: nur schwere Fälle werden ausgenommen. Ich zweifle daher daran nicht, daß ich fort muß. Wenn ich mein Veronal mitnehmen dürfte, wäre der Entschluß leicht. Es gibt aber so strenge Vorschriften über das was man mitnehmen darf, daß mir die Entscheidung sehr schwer wird.“*[165]

Tags darauf schildert er ausführlich die Bestimmungen im Zusammenhang mit der Deportation, welche Gegenstände mitgenommen werden dürfen, dass der Rest an das Reich verfällt sowie einiges mehr und schließt: *„Wenn man das niedergeschrieben hat, wird jeder vernünftige Mensch fragen, lohnt es sich denn noch lebenzubleiben, wenn man ein schmerzloses Schlafmittel zum Einschlafen besitzt?“*[166] Und weiter schildert er die Meinungen anderer Personen aus dem direkten Umfeld und wie diese nun handeln würden. Dabei reichen die gewählten Optionen von Suizid über ein Aushalten der Situation bis hin zum Untertauchen. Letzteres schließt Guttentag aus und legt auch die Gründe hierfür dar: zuerst das Alter – angesichts vieler bevorstehender Umzüge im Geheimen – sowie fehlende Geldmittel, die er für diesen Schritt als notwendig erachtet. Noch am 27. September äußert Adolf Guttentag offen seine Zerrissenheit angesichts der bevorstehenden Entscheidungen: *„Gleichwohl schwanke ich*

[163] Ebd., Eintrag vom 21.9.1942, S. 75.
[164] Ebd., Eintrag vom 6.9.1942, S. 61f.
[165] Ebd., Eintrag vom 21.9.1942, S. 71.
[166] Ebd., Eintrag vom 22.9.1942, S. 81.

hin und her, ob ich mich doch entschließen sollte, mit nach Th[eresienstadt] zu gehen.“[167] Kurz darauf folgt der bereits erwähnte Eintrag, in dem sich Adolf Guttentag ausführlich mit dem Suizid von Ernst Neisser und dessen Cousine auseinandersetzt. Den Einträgen zufolge ist Ernst Neisser am 3. Oktober im Jüdischen Krankenhaus verstorben. Am 10. Oktober berichtet er dann von der Trauerfeier, die er ebenso wie später Susanne Vogel, als sehr würdig bezeichnet. In dem Zusammenhang folgt ein Satz, der am ehesten als definitiver Entschluss zum Suizid gedeutet werden könnte: *„Da ich nichts mehr zu erwarten habe, wäre ich zufrieden, wenn ich nicht mehr aufwachen würde.“*[168]

Der Eintrag vom 10. Oktober ist zugleich der letzte „reguläre“ Eintrag Guttentags unter Angabe eines Datums. Anschließend folgt nur ein wenig zusammenfassender Text, der mit den Worten *„Am 12. Oktober kam die geheime Staatspolizei“* beginnt und von der Verhaftung der Wirts-Eheleute sowie einem Verhör der Guttentags berichtet. Im selben Absatz merkt Guttentag an, dass es einen geplanten Abschiedsbrief seiner Frau nicht mehr geben wird und formuliert selbst endgültig: *„Vergeßt nicht, daß wir immer an euer Bestes gedacht haben, daß aber unser Leben abgeschlossen ist. Wir hatten alles anders gedacht, aber es hat nicht sollen sein.“* [169]
Es schließen letzte Notizen an, es sind Formulierungen der eigenen Todesmitteilung, aus der der Tag der geplanten Selbsttötung hervorgeht: *„Am 16. Oktober verstarb der Arzt Dr. Adolf Guttentag. Er hatte ein glückliches und schönes Leben.“*[170]

Der folgende Fall der **Ursula Simson** (1905-1996) ist in mehrfacher Hinsicht außergewöhnlich, da die Zeitzeugin selbst ihren Suizidversuch überlebt hat und Jahrzehnte später bereit war, davon Bericht zu geben. Damit bieten sich Einblicke in die Vorbereitungen einer in dieser Situation fest zum Suizid Entschlossenen – vermutlich die einzige Überlieferung dieser Art überhaupt.[171] Vera Bendt, der sich Simson in vielen Gesprächen anvertraut hatte, hat diese Erinnerungen in einem Aufsatz zusammengefasst.[172] Für Ursula Simson und andere war, wie sie Vera Bendt berichtete, in dieser Zeit die Aussicht auf einen möglichen Suizid „*[...] auch wenn wir natürlich nicht sterben wollten, ein Trost. Es war der letzte Hoffnungsanker, der vor dem Gedanken an einen qualvollen Tod stand. Wer das Gift nicht hatte, war arm dran.“* [173]

---

[167] Ebd., Eintrag vom 27.9.1942, S. 89.
[168] Ebd., Eintrag vom 10.10.1942, S. 107.
[169] Ebd., S. 111.
[170] Ebd., S. 113.
[171] Ursula Simson hatte ihre Geschichte Vera Bendt erzählt, die sie verschriftlicht hat. Simsons Fall wurde bereits im erwähnten Aufsatz vorgestellt. Vgl. Ohnhäuser, Verfolgung, Suizid und jüdische Ärzte.
[172] Bendt, Vera, „Ich war eine Geltungsjüdin im Dritten Reich“. Der Lebensweg von Ursula Simson (1905-1996) im Nationalsozialismus, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart, Jahrbuch des Landesarchivs Berlin, Berlin 2009, S. 311-348.
[173] Ursula Simson, zit. nach ebd. S. 327.

Nachdem es Ursula Simson gelungen war, eine ausreichende Menge Veronal zu beschaffen, habe es im nächsten Schritt gegolten, Vorbereitungen zu treffen für den möglichen Tag X und die Umstände so zu planen, dass sichergestellt war, nach der Tat nicht zu früh aufgefunden zu werden. Laut Simson hatte sich mit der Zeit herumgesprochen, dass man im Jüdischen Krankenhaus bei den Eingelieferten nach Suizidversuch vielfach auf „Rettungsversuche" verzichtete.[174] Dafür gab es jedoch keine Garantie und dass den Überlebenden als Strafe die sofortige Deportation drohte, war Simson zufolge ebenso bekannt. Außerdem sei eine weitere Sorge verbreitet gewesen: nämlich die, als „Selbstmörder" in der Pathologie zu landen. Aus all diesen Gründen sei es wichtig gewesen, Vertrauenspersonen zu finden, die Sorge dafür trugen, dass die Menschen nach dem suizidalen Akt nicht zu früh aufgefunden wurden. Auch der jüdische „Krankenbehandler" konnte diese Vertrauensperson sein. Anlässlich eines fiktiven Hausbesuchs habe dieser nach vollendetem Suizid eine andere Todesursache eintragen können, um polizeiliche Ermittlungen zu verhindern.[175] Noch gefragter als Veronal war Ursula Simson zufolge „die Morphiumspritze", die nur über Beziehungen beschafft und mit medizinischer Expertise benutzt werden konnte. Hiermit konnten Suizide verdeckt verübt und anschließend eine natürliche Todesursache angegeben werden. Beide Punkte – nicht entdeckte beziehungsweise verschleierte Selbsttötungen – lassen weitere Dunkelziffern jenseits der Statistiken vermuten.[176]

Im Falle von Ursula Simson und ihrem Vater hatten alle Vorbereitungen nichts genutzt. Von einer plötzlichen Verhaftungswelle am 5. März 1943 überrascht, waren sie zu einer ungeplanten und hastigen Einnahme der Tabletten – Berthold Simson noch in der Wohnung, Ursula Simson auf dem Weg in die Sammelstelle Levetzowstraße – gezwungen. Beide erwachten mit ausgepumptem Magen auf der „Gefangenenstation" des Jüdischen Krankenhauses, wurden anschließend aber nicht in die Sammelstelle verbracht, sondern aus ungeklärten Gründen entlassen. Ursula Simson wurde in das St. Hedwig-Krankenhaus verlegt und dort über viele Monate, bis in den November 1943, zu ihrem Schutz auf der Krankenstation behalten. Wer genau hierfür aus Pflege und Ärzteschaft verantwortlich war, ist nicht bekannt, doch Vera Bendt zufolge sprach Simson oft hierüber im Allgemeinen, weil sie wollte, dass diese Rettung nicht in Vergessenheit geraten solle.[177] Berthold Simson hingegen konnte sich zuhause von den Strapazen nach seinem Suizidversuch nicht mehr erholen, er blieb bettlägerig

[174] Mehr zu den Vorgängen im Jüdischen Krankenhaus in den folgenden Abschnitten.
[175] Vgl. Bendt, Der Lebensweg von Ursula Simson, S. 329.
[176] In der Zeit des massenhaften Abtauchens wurden wiederum oftmals fingierte Abschiedsbriefe hinterlassen, um hier den eigenen Tod vorzutäuschen in der Hoffnung auf eine ausbleibende Personenfahndung.
[177] Vgl. Bendt, Der Lebensweg von Ursula Simson, S. 332.

und starb am 18. Juli 1943, wenige Tage nach seinem 82. Geburtstag. An seinem Beispiel zeigt sich einmal mehr die Schwierigkeit einer eindeutigen Bestimmung und Abgrenzung verfolgungsbedingter Todesursachen. Die auf dem Papier „natürliche Todesursache“ lässt sich nach Kenntnis des Schicksals von Berthold Simson jedenfalls nur schwerlich als eine solche qualifizieren.

Für einen umfassenden Blick auf das Gesamtphänomen bedarf es neben der Rekonstruktion solcher Einzelschicksale sowohl einer Vertiefung von einzelnen Biografien – und damit den Wegen der handelnden Menschen zur Suizidentscheidung – wie auch dem Versuch einer Quantifizierung. Im nächsten Kapitel werden daher verfügbare Zahlen zu den Suiziden für Berlin vorgestellt, mit den Deportationen in Bezug gesetzt und letztlich auch darüber hinausgehend interpretiert.

2.4 Der letzte Ausweg in Zahlen: Zusammenhänge und Unterschiede

Erfahrungsberichte und Erinnerungen wie die hier vorgestellten bilden eine wichtige Grundlage für die qualitative, vertiefende Annäherung an die Suizidthematik. Sie liefern Einblicke in damalige Entscheidungen Einzelner sowie in die Bandbreite des Themas insgesamt. Der Aufzählung solcher Einzelerfahrungen muss die Frage folgen, welches Maß an Generalisierung für die beschriebene Gruppe hieraus abgeleitet werden kann. Denn allein durch die Auswahl und Präsentation können letztlich viele Aspekte so dargestellt werden, dass der Eindruck von großer zeitgenössischer Präsenz entstehen kann. Nicht zuletzt deswegen ist es erforderlich, sich auch vonseiten einer quantitativen Betrachtung der Thematik anzunähern. Keine der Perspektiven ist für sich alleine stehend in der Lage, komplexe Phänomene wie in diesem Fall die Selbsttötungen im Verfolgungskontext ausreichend zu beleuchten. Auch nach Betrachtung beider Perspektiven bleiben Interpretationsspielräume bestehen. Doch im besten Fall kann es gelingen, mit der Zusammenführung von Individual- und statistischer Zahlenebene einen nachvollziehbaren Überblick zu erreichen.

Die Quellen, die über Einzelberichte und Abschiedsbriefe hinaus einen Überblick bieten können über die Suizide zur Zeit der NS-Verfolgung, insbesondere für Berlin, wurden in den letzten Jahren bereits verschiedentlich genutzt und vorgestellt. So verband Anna Fischer ihre biografische Sammlung „Erzwungener Freitod“ mit einer Auswertung der Bücher des Jüdischen Friedhofs Weißensee.[178] Christian Goeschel zeigte 2009 in „Suicide in Nazi Germany“ die amtliche Polizeistatistik zu Suiziden für Berlin, und 2014 wurde zusätzlich eine

[178] Vgl. Fischer, Erzwungener Freitod.

Auswertung der Aufnahmebücher des Jüdischen Krankenhauses im Aufsatz des Verfassers präsentiert.[179] Gerade die beiden letztgenannten Quellen beinhalten Informationen, die über reine Fallzahlen hinausgehen – wie etwa zur Altersstruktur, Geschlechterverteilung und Tötungsarten – und bieten damit Ansatzpunkte für eine vertiefende Analyse.

Im Folgenden sollen zunächst die verfügbaren Zahlen zu den Selbsttötungen von Juden in Berlin zur Zeit der Deportationen noch einmal vorgestellt und anschließend miteinander in Beziehung gesetzt werden. Überlieferte Zahlen des Jüdischen Krankenhauses, des Jüdischen Friedhofs Weißensee sowie aus der Jüdischen Gemeinde decken dabei drei zentrale Institutionen jüdischen Lebens in Berlin ab – zentral somit insbesondere auch mit Blick auf den Verfolgungskontext. Ergänzt werden die hierin liegenden Informationen um die amtliche Polizeistatistik für Berlin sowie reichsweite Zahlen. Ein Ziel ist es hierbei, den Zusammenhang zwischen den einzelnen Deportationen in den Osten und der Prävalenz von Selbsttötungen genauer nachzuzeichnen.

2.4.1 Bestattungen auf dem Jüdischen Friedhof Weißensee

Bereits im Zuge seines eindringlichen Erinnerungsberichts hatte der auch auf dem Friedhof tätige Rabbiner Martin Riesenburger auch Zahlen zu den nach Suizid bestatteten Toten genannt. Die Zahl von 1.907 im Zeitraum 1933 bis 1945 wurde von Anna Fischers Recherchen weitgehend bestätigt (1.974).[180]

Adolf Wolffsky (1898-1975) war zur Zeit der Deportationen Mitarbeiter bei der Berliner Jüdischen Gemeinde. In der „Sammlung Adolf Wolffsky“ im Jüdischen Museum befindet sich ein Notizzettel, auf den die Bestattungszahlen des Jüdischen Friedhofs Weißensee für jeden Monat notiert und dabei die Suizide separat aufgeführt wurden.[181] Da sich die Gesamtzahlen weitestgehend sowohl mit den von Anna Fischer wie auch zuvor von Martin Riesenburger präsentierten decken, werden sie hier verwendet. Auch deshalb, weil dem Dokument eine Aufstellung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zur Gesamtzahl der aus Berlin „Abgewanderten“ beiliegt, zu der es in Bezug gesetzt wird. Nach dieser Auflistung (Stand: 1. Juni 1944) wurden innerhalb von 18 Monaten ab dem Beginn der Deportationen insgesamt 44.321 Menschen aus Berlin deportiert.[182] In den darauffolgenden 14 Monaten bis Mai 1944,

[179] Vgl. Ohnhäuser, Verfolgung, Suizid und jüdische Ärzte.
[180] Vgl. Riesenburger, Das Licht verlöschte nicht, S. 76 sowie Fischer, Erzwungener Freitod, S. 14f.
[181] Jüdisches Museum Berlin, Sammlung Adolf Wolffsky, Konvolut/290; 2014/48/32.
[182] Jüdisches Museum Berlin, Sammlung Adolf Wolffsky, Konvolut/290; 2014/48/31-002. Die Zahlen decken sich hierbei bis auf minimale Abweichungen mit den Zahlen der Reichsvereinigung, die auch auf der Seite www.statistik-des-holocaust.de [30.06.2024] einsehbar sind.

hier endet die Aufstellung, waren es demnach noch einmal 4.206 Personen. Von diesem Zeitpunkt an wurden bis Ende März 1945 noch 507 Menschen deportiert.[183]

Die handschriftliche Aufstellung der Bestattungen aus Weißensee beginnt ab Januar 1939 und endet mit den Zahlen aus dem Februar 1945. Unmittelbare Zusammenhänge mit den Novemberpogromen 1938 lassen sich somit hieraus nicht mehr erschließen, wobei im Januar 1939 die meisten Suizide des Jahres begangen wurden und es sich damit noch um Nachwirkungen der gewaltsamen Ereignisse handeln könnte. Ab 1939 liegt die Anzahl der offiziellen Bestattungen nach Suizid fast drei Jahre lang (33 Monate) ohne größere Schwankungen bei durchschnittlich sechs pro Monat.

Mit dem Beginn der Deportationen im Oktober 1941 steigt diese Zahl rapide an (September: 6, Oktober: 51, November: 108 Suizide). Kwiet und Eschwege bezeichnen die anschließende Phase als „Selbstmordepidemie".[184] In der Folge werden daher vor allem die 18 Monate der massenhaften Verschleppungen (Oktober 1941 – März 1943) betrachtet, einzelne Zeiträume darin noch einmal genauer.

In diesen 18 Monaten lag die Zahl der in Weißensee registrierten Bestattungen nach einem Suizid nun im Durchschnitt bei 66 pro Monat und hatte sich damit verelffacht. Von August bis Dezember 1942 entfielen konstant zwischen 30% und 40% aller Bestattungen auf solche nach einem Suizid. Allein in den anderthalb Jahren ab dem Beginn der Deportationen mussten somit auf dem Friedhof Weißensee 1.183 Menschen bestattet werden, die ihr Leben selbst beendet hatten. Martin Riesenburger berichtete später: „Tag für Tag wurden zahlreiche Menschen auf dem Friedhof eingeliefert, die, innerlich zermürbt, den Freitod den entsetzlichen Qualen, Folterungen und Misshandlungen vorzogen. Alle Giftmittel standen hoch im Kurs. […] Es hat Wochen gegeben, in denen die Anzahl dieser Freitode so groß war, daß wir oft bis in die Abendstunden hinein Beerdigungen vollzogen."[185]

Im März 1943 ging der letzte der vier großen „Alterstransporte" mit 1.120 Menschen von Berlin nach Theresienstadt ab.[186] Der größte Teil der insgesamt aus Berlin verschleppten Juden, etwa 90 %, war nun deportiert worden. Entsprechend sanken auch die Suizidzahlen nach dem März 1943 abrupt (s. Tab. 1).[187]

---

[183] Zeitraum Juni 1944 bis März 1945: summierte Transportzahlen aus statistik-des-holocaust.de.
[184] Vgl. Kwiet und Eschwege, Selbstbehauptung und Widerstand, S. 205.
[185] Riesenburger, Das Licht verlöschte nicht, S. 74.
[186] Vgl. www.statistik-des-holocaust.de [20.05.2023]. Alle hier angegebenen Zahlen der Transporte ab Berlin beziehen sich auf die Deportationen aus dem Bereich der Berliner Bezirksstelle.
[187] Eigene Darstellung, Grundlage: Jüdisches Museum Berlin, Sammlung Adolf Wolffsky, Konvolut/290; 2014/48/31-001b (handschriftliche Aufstellung).

Tabelle 1: Bestattungen insgesamt und Bestattungen nach Suizid auf dem Jüdischen Friedhof Weißensee

Monat	**1941**		**1942**		**1943**	
	Bestattungen	davon nach Suizid	Bestattungen	davon nach Suizid	Bestattungen	davon nach Suizid
Januar	232	4	207	41	181	43
Februar	242	6	278	54	179	30
März	242	7	276	27	239	105
April	222	2	341	83	119	21
Mai	198	11	225	12	61	9
Juni	167	8	280	52	38	5
Juli	171	-	268	63	19	5
August	159	10	310	103	17	2
September	172	6	347	133	20	3
Oktober	205	51	276	100	23	3
November	286	108	238	74	23	2
Dezember	280	41	184	63	28	3
gesamt	**2.556**	**254**	**3.230**	**805**	**937**	**230**

Da auf dem Jüdischen Friedhof nur Personen jüdischen Glaubens bestattet wurden, fehlen Zahlen für Suizide von Verfolgten, die zuvor konvertiert oder Atheisten waren und aufgrund ihrer Abstammung oder auch aus politischen Gründen verfolgt wurden.[188] So verfuhren die Kommunen aufgrund fehlender zentraler Vorgaben unterschiedlich bei Bestattungen von „Nichtariern". Die Stadt München zum Beispiel verbot ihren christlichen Friedhöfen bereits Ende 1933 die Bestattung der Asche „christlicher Juden". Im oberpfälzischen Weiden hingegen wurde der örtliche Friedhof um ein Grundstück erweitert, um dort „nichtarische" Personen zu beerdigen.[189] Arthur Nicolaier musste sich auch mit diesem Thema beschäftigen, war doch eine Beisetzung im Leipziger Familiengrab nicht mehr möglich. Die Entscheidung fiel auf den Friedhof in Berlin-Wilmersdorf, dort existierte ein abgetrennter Bereich für Urnen von „Nichtariern".[190]

Für den Jüdischen Friedhof Weißensee als Ort der Bestattung können die Zahlen hingegen als verlässlich angesehen werden. Die massenhaften Selbsttötungen im zeitlichen Verlauf des Deportationszeitraums gehen hieraus deutlich hervor (Abb. 1).[191]

[188] Eine genaue Abgrenzung ist hier jedoch weder zielführend noch möglich. Ab einem gewissen Zeitpunkt waren Erdbestattungen von „Nichtariern" nur noch auf dem Jüdischen Friedhof erlaubt. Zu wie vielen dieser Bestattungen es letztlich gekommen ist, bleibt unklar.

[189] Vgl. Wirsching Andreas, Jüdische Friedhöfe in Deutschland 1933-1957, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 50, 1, (2002), S. 1-40, hier S. 14.

[190] Diese Information entstammt den Briefen von Carola Ebstein, Arthur Nicolaiers Nichte, die sich um die Vorbereitung und Durchführung der gewünschten Urnenbestattung kümmerte.

[191] Eigene Darstellung, Grundlage: Jüdisches Museum Berlin, Sammlung Adolf Wolffsky, Konvolut/290; 2014/48/31-001b (handschriftliche Aufstellung).

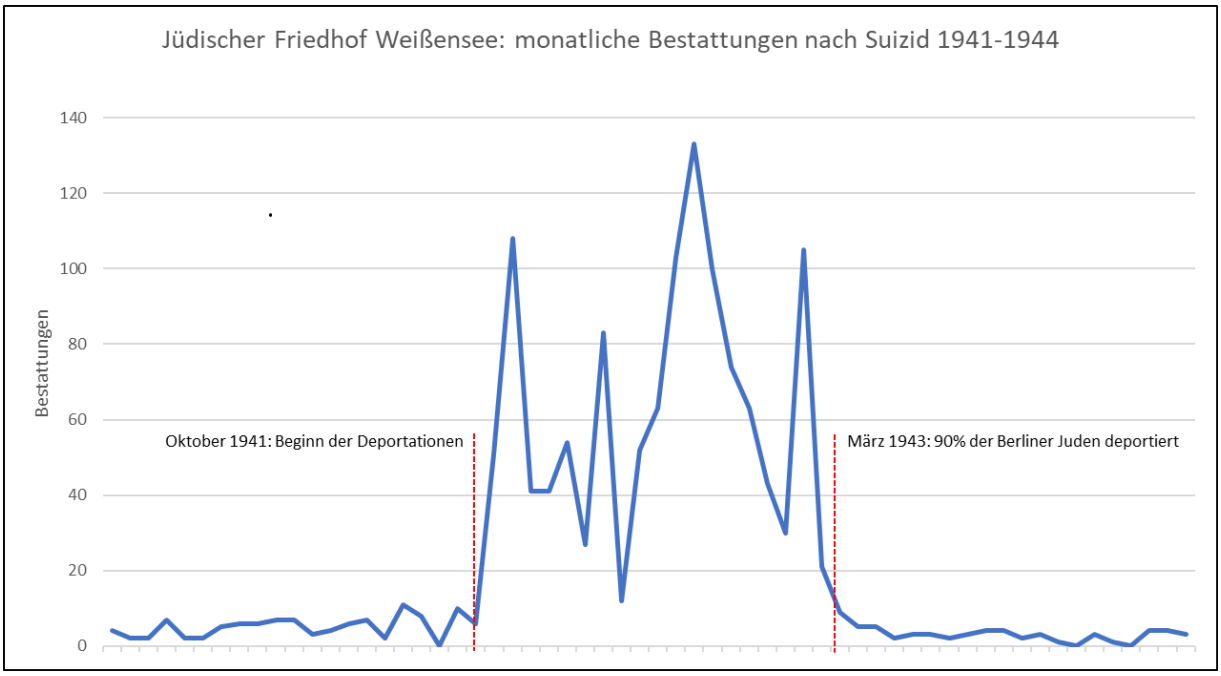


Abbildung 1: Der Suizid als Massenphänomen im Zeitraum der Deportationen

Für eine Betrachtung des Zusammenhangs mit den jeweiligen Abfahrtstagen der Deportationszüge aus Berlin sind sie allein jedoch nur bedingt geeignet. Ein Grund hierfür liegt in den zum Teil erheblichen Verzögerungen zwischen Todeszeitpunkt und Bestattung. [192]
Zur weiteren Annäherung sollen daher zusätzlich die amtliche Polizeistatistik sowie das Aufnahmebuch des Jüdischen Krankenhauses hinzugezogen werden.

2.4.2 Die amtliche Polizeistatistik

Bereits Christian Goeschel hat in seiner Arbeit Zahlen und Diagramme auf Basis der amtlichen Polizeistatistik präsentiert.[193] Für diese Untersuchung sollen die Statistiken weitergehend ausgewertet und vertiefend kontextualisiert werden.

Die Zahlen der Polizeistatistik belegen den Verlauf der Suizidhäufigkeit, wie er aus den Weißensee-Zahlen hervorgeht. Durch die entstandenen Verzögerungen vom Tag des Todes bis zur Bestattung auf dem Friedhof, weichen beide Quellen zwar monatsweise teils erheblich voneinander ab, bestätigen aber den Verlauf im Ganzen.

[192] So weist die Polizeistatistik bspw. 91 Suizide für Januar 1942 und 17 für den Februar aus, in dem kein Transport von Berlin abging (Januar: drei „Osttransporte“). In der Weißensee-Aufstellung lauten die Zahlen 41 und 54 für die beiden Monate, was damit zu erklären sein dürfte, dass viele Bestattungen der Januar-Toten erst im Februar stattfanden. Da jeder Suizid kriminalpolizeilich erfasst wurde, konnte es dauern, bis die Toten vonseiten der Pathologie freigegeben wurden.

[193] Vgl. Goeschel, Selbstmord im Dritten Reich, S. 309ff.

Während die Aufstellung für den Friedhof Weißensee im Jahr 1942 insgesamt 805 Beerdigungen von Menschen vermerkt, die zuvor Suizid begangen hatten, weist die Polizeistatistik 888 Suizide von Juden nach NS-Definition für diesen Zeitraum aus.[194] Setzt man diese ins Verhältnis zur Gesamtzahl der im Jahr 1942 aus dem Bereich der Bezirksstelle Berlin deportierten Menschen (23.084), würde dies einer Suizidrate von 3,8 % unter den zur Deportation vorgesehenen Menschen entsprechen.[195] Von einer Dunkelziffer muss weiterhin ausgegangen werden – zum Beispiel mit Blick auf nicht entdeckte oder bewusst verschleierte Suizide. [196] Und: allein auf die vollendeten Suizide zu schauen, würde zu kurz greifen. Die Polizeistatistik weist ebenso Suizidversuche mit aus, die von allen suizidalen Handlungen der Verfolgten etwa 15-20 % ausmachen. Die Dunkelziffer dürfte hierbei wiederum noch höher liegen als bei den vollendeten Suiziden, da gescheiterte Versuche überhaupt nur nach Krankenhauseinlieferungen dokumentiert werden konnten.[197] Nimmt man allein die für das Jahr 1942 polizeilich registrierten Suizidversuche (168) hinzu, beträgt die Rate 4,6 %.

Zu ähnlichem Ergebnis führt eine Stichprobe mit den Zahlen für August 1942. Den 4.563 Deportierten in diesem Monat stehen 182 Suizide und 38 Suizidversuche laut Polizeistatistik gegenüber (Suizidquote 4 %, Entziehungsquote 4,8 %).[198] Der Anteil der vollendeten Suizide liegt in diesen beiden Stichproben somit jeweils bei etwa 4 Prozent, was sich mit vorherigen Untersuchungen und Schätzungen deckt. Für den oben erwähnten Gesamtzeitraum der massenhaften Verschleppung liegt die Rate der vollendeten Suizide etwas niedriger bei 3 %.[199]

---

[194] LAB, A Pr Br Tit 198B Rep 030-03, Nr. 1624.

[195] Zur Berechnung: Auf den ersten Blick mag es nicht korrekt erscheinen, die Rate als Verhältnis der Suizide zur Anzahl der tatsächlich deportierten Menschen darzustellen. Da den jeweiligen Transporten jedoch Sollzahlen vorgegeben waren, die zumeist akribisch eingehalten wurden, wäre die Gesamtzahl pro Monat oder Jahr auch ganz ohne Suizide unverändert geblieben. Die „Lücken" in den Transportlisten, die durch Suizide, Suizidversuche oder Flucht entstanden, wurden indes in der Regel wieder „aufgefüllt", um die Sollzahlen zu erreichen.

[196] Im weiteren Verlauf kam es vice versa auch zu einer gewissen Anzahl fingierter Suizide bzw. zu Abschiedsbriefen, die Menschen vor dem Untertauchen hinterließen, um die Verfolger in die Irre zu führen. Diese Fälle finden aber keinen Niederschlag in den vorgestellten Statistiken und somit muss hier weiterhin von der absoluten Untergrenze ausgegangen werden.

[197] Gleichwohl zeigt sich ein deutlicher Unterschied zu den dokumentierten Suizidversuchen der „arischen" Berliner. Demnach scheiterten in dieser Gruppe 39,5 % aller Versuche, gegenüber nur 15,9 % unter den Verfolgten. Bei aller gebotenen Vorsicht hinsichtlich der Erfassungsgenauigkeit, dürfte dennoch unter den Verfolgten ein stärkerer Wille und Druck zur erfolgreichen Umsetzung der Tat bestanden haben, als es bei suizidalen Handlungen aus einem ganzen Bündel an verschiedenen Motivationen heraus der Fall ist – wie in Normalzeiten oder hier in Bezug auf die restliche Berliner Bevölkerung.

[198] Zahl der Deportierten aus öffentlich verfügbaren Transportlisten unter www.statistik-des-holocaust.de (zwei „Osttransporte", 19 Transporte nach Theresienstadt, ein „großer Alterstransport") [14.03.2022].

[199] Dies liegt an deutlich weniger Suiziden im Verhältnis zur Zahl der Deportierten im ersten Quartal 1943 (IV/1941: 3,5%, I-IV 1942: 3,8%, I/1943: 1,4 %). Die geringere Rate ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass mit den letzten großen „Osttransporten" die bis dahin arbeitsfähigen und u.a. in Rüstungsbetrieben zwangsbeschäftigten Juden abtransportiert wurden, die im Durchschnitt wesentlich jünger waren als die Deportierten zuvor. Es mag zudem eine Rolle gespielt haben, dass die Abholungen immer überraschender durchgeführt wurden und die Menschen somit einer Entscheidungs- und Vorbereitungszeit beraubt waren; so etwa im Zuge der „Fabrikaktion", in deren Rahmen weniger Tage tausende Juden teils aus den Betrieben heraus verhaftet worden waren.

Nimmt man die (weniger) dokumentierten Suizidversuche hinzu und spricht allgemein von einer Entziehungsquote, so haben sich in Berlin mindestens 4 % der als Jüdinnen und Juden Verfolgten im Zeitraum der Deportationen ebendiesen aktiv durch Suizid entziehen wollen.

Der Begriff der Entziehungsquote eignet sich insbesondere für den integrierenden Blick auf die Gruppe der Untergetauchten. Eine Zusammenführung der Gruppen unter der thematischen Klammer einer bewussten und aktiven Entziehung vor dem Zugriff durch die Verfolger lässt den Anteil dieses Personenkreises auf etwa 12-15 Prozent anwachsen. [200]

Bei aller gebotenen Vorsicht hinsichtlich der Erfassungsgenauigkeit und der Dunkelziffer ist davon auszugehen, dass die amtliche Polizeistatistik dennoch die vollständigste Basis der heute noch verfügbaren Zahlen bildet. Wegen der gesetzlich vorgeschriebenen kriminalpolizeilichen Untersuchung bei Suizidfällen, inklusive einer Überführung in die Pathologie zur ärztlichen Ermittlung des Todeszeitpunkts, eignet sich diese Statistik auch am ehesten für einen chronologischen Abgleich mit den Deportationen aus Berlin. Zudem weist die Statistik für den betreffenden Zeitraum alle Jüdinnen und Juden nach NS-Definition separat aus, was letztlich einen vergleichenden Blick auf die Suizidzahlen von „Nichtjuden" in Berlin ermöglicht.

Blick über Berlin hinaus – reichsweite Zahlen

Analog zur Berliner Polizeistatistik existiert auch eine Selbstmordstatistik für das Reichsgebiet.[201] Aus dieser gehen 3.879 dokumentierte Suizide von Jüdinnen und Juden hervor, alleine von Januar 1940 bis Mitte 1944. Wenn auch hier mit Unvollständigkeit und kumulierten Dunkelziffern gerechnet werden muss, sodass auch hieraus keine verlässliche Gesamtzahl abgeleitet werden kann, geht durch den Vergleich mit den Berliner Zahlen auch hieraus die Dynamik des Suizidgeschehens deutlich hervor.

So nahmen sich den reichsweiten Zahlen zufolge allein in den ersten drei Monaten der Deportationen (Oktober-Dezember 1941) 677 verfolgte Juden das Leben – und damit so viele wie in den 21 Monaten zuvor (679) seit Januar 1940. In Berlin liegt die Zahl der Suizide in den betrachteten drei Monaten sogar noch deutlich höher als in diesem Vergleichszeitraum (177 Suizide 01/40-09/41 vs. 243 Suizide 10/41-12/41). Hier nahmen sich alleine im August 1942, dem erwähnten Monat mit den meisten Deportierten aus Berlin, mit 182 Menschen mehr Verfolgte das Leben als in den besagten 21 Monaten.

[200] Siehe Kapitel II. 3.2.

[201] Die „Selbstmordstatistik auf dem deutschen Reichsgebiet" wurde der Website „Statistik und Deportation der jüdischen Bevölkerung aus dem Deutschen Reich" entnommen und ist dort mit einer Bundesarchiv-Signatur hinterlegt (BA R 55/21315), vgl. https://www.statistik-des-holocaust.de/stat_ger_ber.html [13.02.2023].

Die nachfolgende Abbildung bietet einen Überblick über den Verlauf der Verfolgungssuizide im Zeitraum von zwei Jahren (Sommer 1941 - Sommer 1943), die Zahlen für Berlin und das Reichsgebiet je Quartal sind hierbei vergleichend übereinandergelegt (Abb. 2).[202] So kam es zum Beispiel beiden Quellen zufolge zu einer Verfünffachung der Suizide zwischen dem 3. und 4. Quartal 1941, welches ab Oktober den Beginn der reichsweiten forcierten Deportationen markiert.[203]

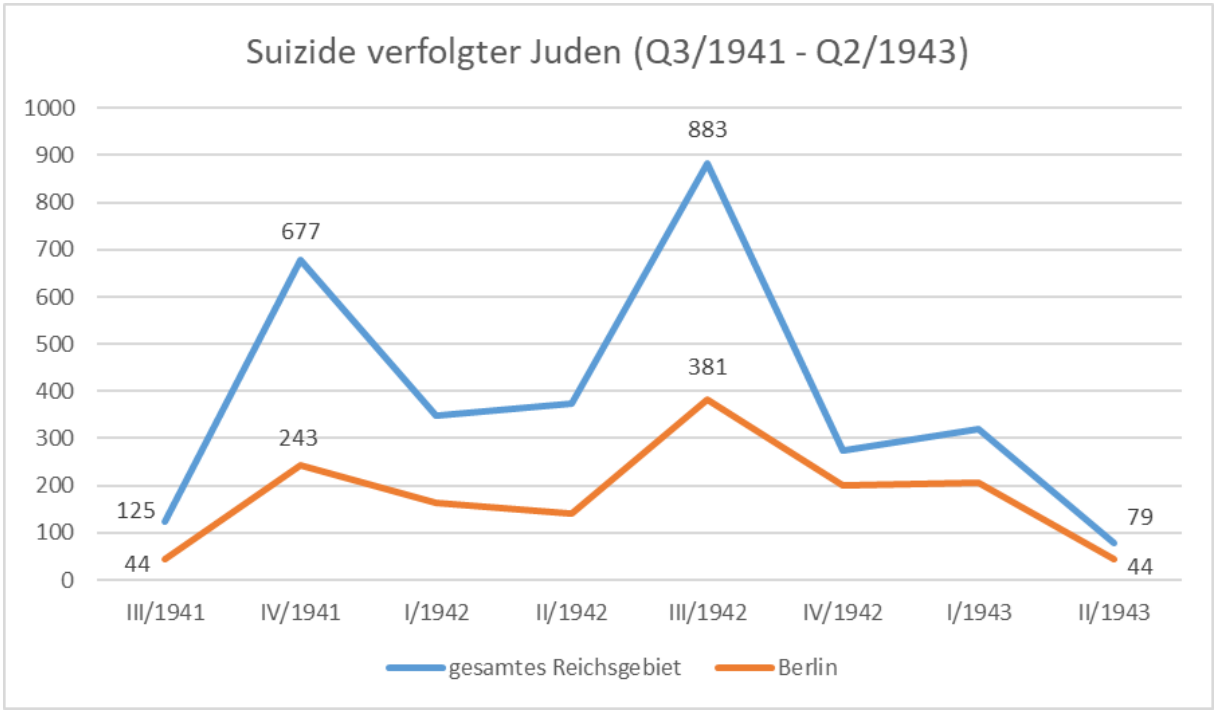


Abbildung 2: Suizide verfolgter Juden in Berlin und im Reichsgebiet im 2-Jahresverlauf

Auch der Blick auf einzelne Städte lohnt für eine weitere Annäherung. Für Hamburg beispielsweise sind mindestens 319 Suizide von verfolgten Juden dokumentiert, davon 190 ab dem Beginn der Deportationen. Aufgrund der wesentlich geringeren Zahl von jüdischen Einwohnern in Hamburg liegen die Suizide prozentual ähnlich hoch oder höher als in Berlin.[204] Jedem Fall wurde hier polizeilich nachgegangen und daher aktenmäßig erfasst, unter anderem auch die hinterlassenen Abschiedsbriefe. Aus diesen geht laut Beate Meyer hervor, dass einige

[202] Quellen: Polizeistatistik (LAB, A Pr Br Tit 198B Rep 030-03, Nr. 1624) und „Selbstmordstatistik auf dem deutschen Reichsgebiet“ (BA R 55/21315), siehe https://www.statistik-des-holocaust.de/stat_ger_ber.html [23.04.2023].

[203] Frühere Deportationen aus anderen Gebieten des Deutschen Reichs vor Oktober 1941 wurden in dieser Darstellung nicht berücksichtigt.

[204] Vgl. Meyer, Beate, Die Deportationen der Hamburger Juden 1941-1945, in: Dies. (Hrsg.), Die Verfolgung und Ermordung der Hamburger Juden 1933-1945. Geschichte, Zeugnis, Erinnerung, Göttingen 2006, S. 42-78, hier S. 54.

die Entscheidung lange im Voraus getroffen hatten und vollzogen, sobald der Deportationsbescheid eingetroffen war.[205] In Frankfurt am Main, seinerzeit die zweitgrößte jüdische Gemeinde in Deutschland, wählten mindestens 900 Menschen den Suizid als letzten Ausweg.[206] Für München hat zuletzt Maximilian Strnad 274 nachgewiesene Suizide genannt.[207] Eine Auswertung des NS-Dokumentationszentrums in Köln erbrachte 101 dokumentierte Selbsttötungen ab Juli 1938.[208]

Auch für Wien hat Wolfgang Schellenbacher, auf der Grundlage einer Datenbank, den Zusammenhang zwischen Deportationsgeschehen und Suizidhäufungen jüngst mit Zahlen belegt. Insgesamt ist es hier allein zwischen 1938 und 1945 zu mindestens 1.100 Verfolgungssuiziden gekommen.[209] Wien wurde in die folgende Übersicht integriert, in der die Berliner 2.000 Verfolgungssuizide nur die unterste Grenze darstellen können, basierend auf annähernd dieser Anzahl an Bestattungen nach einem Suizid alleine auf dem Jüdischen Friedhof Weißensee (Tab. 2).[210]

Tabelle 2: Dokumentierte Verfolgungssuizide in ausgewählten Großstädten

Großstadt	**Verfolgungssuizide**
Berlin	2.000
Frankfurt	900
Hamburg	319
München	274
Köln	101
Wien	1.100
gesamt	**4.694**

[205] Vgl. ebd., S. 55.

[206] Vgl. zu den letzten Zahlen Drummer, Heike und Zwilling, Jutta, Freitod als letzter Ausweg: Juden vor der Deportation, Website des Frankfurter Instituts für Stadtgeschichte, Beiträge zu „Frankfurt am Main 193-1945“, 2011, https://www.frankfurt1933-1945.de/beitraege/deportationen/beitrag/freitod-als-letzter-ausweg-juden-vor-der-deportation [21.04.2023].

[207] Vgl. Strnad, Maximilian, Privileg Mischehe? Handlungsräume „jüdisch versippter“ Familien 1933-1949, Göttingen 2021, S. 322. Der Münchner Historiker hatte schon in vorhergehenden Arbeiten den Suiziden im Verfolgungskontext besondere Aufmerksamkeit gewidmet, vgl. zum Beispiel Ders., Zwischenstation „Judensiedlung“. Verfolgung und Deportation der jüdischen Münchner 1941-1945, München 2009, S. 150-152.

[208] Die Zahl basiert auf einer mehrjährigen Auswertung der Sterbeurkunden von 16 Kölner Standesämtern, Dank für die Übermittlung (am 9.12.2020) an Nina Matuszewski, NS-DOK Köln.

[209] Vgl. Schellenbacher, From Exclusion, Deprivation and Persecution to Suicide, p. 94.

[210] Eigene Darstellung auf Grundlage der erwähnten Dokumentationen.

Wie lassen sich all diese Zahlen und Aufstellungen nun einordnen in das allgemeine „Suizidgeschehen“ Berlins zu dieser Zeit? Zur Beantwortung der Frage ist unter anderem die auf Basis der Nürnberger Gesetze ausgewiesene Polizeistatistik hilfreich.

Im Vergleich der beiden Gruppen – durch die NS-Behörden als „Juden“ und „Nicht-Juden“ differenziert – stechen zum einen bei den Verfolgungssuiziden die starken Schwankungen im Verlauf hervor (Abb. 3).[211] Außerdem wird hier deren extrem hoher Anteil an den Gesamtzahlen deutlich: Im Jahr 1942 wurden (gemittelt) 38,5 % aller Suizide in Berlin von verfolgten Juden verübt.

In den beiden Monaten des Jahres 1942, in denen keine Deportationen durchgeführt worden waren, wurden zugleich auch die wenigsten Suizide unter den Verfolgten dokumentiert (Februar: 17, Mai: 25). Konträr zeigt sich das Bild hingegen im August 1942, dem Monat mit den meisten abgehenden Deportationen von Berlin: allein für diesen Monat wurden 182 Suizide von Juden registriert. Im August 1942 nahmen sich damit deutlich mehr Verfolgte als „nichtjüdische“ Berliner das Leben – und das bei einem Anteil von nur noch unter 1,5 % an der Gesamtbevölkerung Berlins im Jahr 1942.[212] Reichsweit betrachtet nahmen sich im Jahr 1942 durchschnittlich zwischen fünf und sechs Jüdinnen oder Juden das Leben – pro Tag.[213] Hierbei sind die tagesabhängigen Dynamiken selbstverständlich nicht abgebildet.

All diese Relationen lassen nur erahnen, welche Dimension die Option der Selbsttötung im Verfolgungskontext zu diesem Zeitpunkt unter den Betroffenen angenommen hatte. Die zahlreichen Berichte aus der Zeit über die teils dramatische Zunahme von Suiziden und Suizidversuchen finden somit in diesen Zahlen ihren deutlichen Niederschlag.

---

[211] Eigene Darstellung auf Grundlage der Berliner Polizeistatistik: LAB, A Pr Br Tit 198B Rep 030-03, Nr. 1624.

[212] Die Zahl beruht auf den Angaben, dass in Berlin Ende 1941 unter 4,38 Mio. Einwohnern noch höchstens 60.000 Juden lebten. Ende 1942 waren es nur noch 33.000. Vgl. Loose, Ingo, Von der Entrechtung zur Deportation: Die Berliner Juden 1933-1941, in: Stiftung Topographie des Terrors (Hrsg.), Berliner Juden im Getto Litzmannstadt 1941-1944. Ein Gedenkbuch, Berlin 2009, S. 20-31. Hier: S. 31.

[213] Bei 2.016 Selbsttötungen, die in der reichsweiten Statistik für 1942 aufgeführt sind (BA R 55/21315), vgl. https://www.statistik-des-holocaust.de/stat_ger_ber.html [13.02.2023].

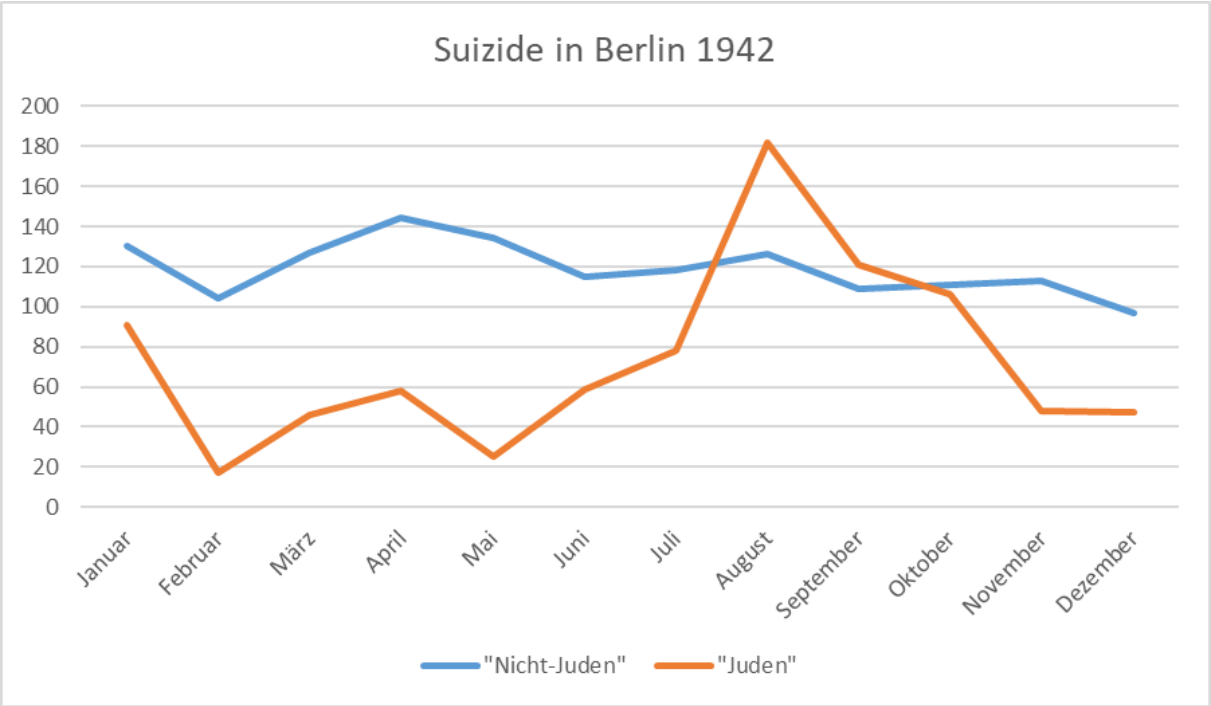


Abbildung 3: Suizide in Berlin 1942 laut Polizeistatistik

2.4.3 Aufnahmen im Jüdischen Krankenhaus

Für Berlin liefert mit dem Aufnahmebuch des Jüdischen Krankenhauses von 1942 noch ein anderer Quellenbestand zusätzliche Informationen zur Rekonstruktion der Ereignisse.[214] Neben dem Aufnahmegrund finden sich hierin auch Angaben zum Alter und Geschlecht sowie zum Behandlungserfolg. Mithilfe dieser Quelle kann die unmittelbare Verbindung zwischen Deportationen und Suiziden (und Suizidversuchen) genauer als bislang nachgezeichnet werden. Norfried Opitz hatte bereits 1997 in seiner unveröffentlichten Dissertationsschrift die Sterbebücher des Krankenhauses (1935-1945) deskriptiv ausgewertet und berichtet für das Jahr 1942 von 1.321 Sterbefällen insgesamt im Jüdischen Krankenhaus, davon 416 infolge einer Vergiftung.[215] Im nun ausgewerteten Aufnahmebuch sind 467 Einlieferungen nach Suizidversuch bei 1.208 Einlieferungen insgesamt vermerkt. [216] Es ist nicht eindeutig geklärt, ob diese Suizidversuche sämtliche Vergiftungsfälle einschließen oder ob neben dem ausgewerteten Haupt-Aufnahmebuch noch weitere Bücher verschiedener Fachabteilungen existieren, in denen weitere Aufnahmen nach Suizidversuch registriert wurden, die die

[214] Centrum Judaicum Archiv (CJA), Bestand 2 A 1 K, Nr. 38/1, #28, Jüdische Gemeinde zu Berlin, Jüdisches Krankenhaus.
[215] Opitz, Norfried, Untersuchung über die Todesursachen der Verstorbenen aus dem Jüdischen Krankenhaus zu Berlin für die Jahre von 1935 bis 1945, Diss., Berlin 1997. Hier: S. 95.
[216] Grundlage ist eine Auswertung des Haupt-Aufnahmebuchs des Jüdischen Krankenhauses.

Differenz erklären.[217] Wenn man die Überlebenden nach Suizidversuch (24,9 % oder 117) abzieht, kommt man auf 350 dokumentierte Sterbefälle anhand der Aufnahmebücher und damit auf 84 % aller Vergiftungstode wie von Opitz angegeben.
Sicher lässt sich jedenfalls sagen, dass in dem Haupt-Aufnahmebuch das Gros aller Fälle aus dem Jahr 1942 erfasst wurde. In beiden Rekonstruktionen (Sterbefälle und Aufnahmen) machen im Jahr 1942 die Suizide und Suizidversuche 30-40 % aller Fälle im Krankenhaus aus.

Aus der folgenden Aufstellung (Tab. 3) geht der ab 1941 rapide Anstieg der Suizidfälle im Laufe der Jahre der NS-Herrschaft hervor – sowohl die absoluten Zahlen als auch den Anteil an den Gesamtsterbefällen im Jüdischen Krankenhaus betreffend.[218]

Tabelle 3: Gestorbene im Jüdischen Krankenhaus Berlin insgesamt und nach Suizid, 1935-1945

Jahr	**Gestorbene absolut**	**Gestorbene nach Suizid**	**Anteil der Suizide an allen Fällen in %**
1935	443	3	0,7
1936	502	2	0,4
1937	499	3	0,6
1938	695	15	2,2
1939	790	23	2,9
1940	844	19	2,2
1941	1.005	115	11,4
1942	1.321	416	31,5
1943	425	106	24,9
1944	124	15	12,1
1945	567	6	1,1

Opitz‘ Auswertungen zufolge waren 300 der 416 nach Vergiftung im Krankenhaus verstorbenen Personen weiblich (72%).[219] Fast alle der Fälle (293) gingen dabei auf Schlafmittelvergiftungen zurück.[220] Außerdem waren 247 dieser Frauen (82%) zu dem Zeitpunkt über 60 Jahre alt.[221] Bei den Männern lag der Anteil noch etwas höher bei 89% (103 von 116).[222]

[217] Klarheit könnte z.B. ein Abgleich der noch vorhandenen Sterbe- und Aufnahmebücher im Rahmen einer Vor-Ort-Recherche im Archiv des Berliner Centrum Judaicum bringen, die dem Verfasser wie auch Rebecca Schwoch Jahre später für die Recherchen zu ihrer Habilitationsschrift mit dem Verweis auf vertrauliche Inhalte leider verwehrt wurde. Vgl. Schwoch, Rebecca, Jüdische Ärzte als Krankenbehandler in Berlin zwischen 1938 und 1945, Frankfurt a.M. 2018, S. 15f.
[218] Zahlen aus: Opitz, Untersuchung über die Todesursachen, S. 168; Quelle: Sterbebücher des Jüdischen Krankenhauses 1935-1945, eigene Darstellung und Berechnung der Anteile pro Jahr.
[219] Vgl. ebd., S. 99.
[220] Vgl. ebd., S. 123.
[221] Vgl. ebd., S. 132. Die Altersgruppen wurden bis 70 in 10-Jahresschritten erfasst, danach in 5-Jahresschritten.
[222] Vgl. ebd., S. 163.

Mit Blick auf das Aufnahmebuch zeigt sich, dass die Zahl der Einlieferungen von Menschen nach einem Suizidversuch im Verlauf des Jahres 1942 ebenso wellenförmig verlief wie in der erwähnten Polizeistatistik. Auch hier zeigen sich für die beiden Monate ohne Deportationen (Februar und Mai) die wenigsten Aufnahmen (12 bzw. 10), wohingegen der August mit 87 Aufnahmen nach Suizidversuch hervorsticht (Tab. 4).

Tabelle 4: Suizide von Juden laut Polizeistatistik und Einlieferungen nach Suizidversuch im Jüdischen Krankenhaus Berlin im Jahresverlauf 1942

1942	Jan	Feb	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	**ges.**
Polizeistatistik	91	**17**	46	58	**25**	59	78	**182**	121	106	48	47	**888**
Jüdisches Krankenhaus	70	**12**	46	27	**10**	24	33	**87**	57	51	23	27	**467**

Wegen der unterschiedlichen Fallzahlen je Statistik lohnt eine Darstellung der prozentualen Verteilung aller Suizide bzw. Suizidversuche auf die Monate des Jahres 1942. Hierdurch zeigt sich der nahezu identische Verlauf der „Suizidkurve“ noch deutlicher. Auch die reichsweite Entwicklung ist hier vergleichend mit abgebildet (Abb. 4).[223]

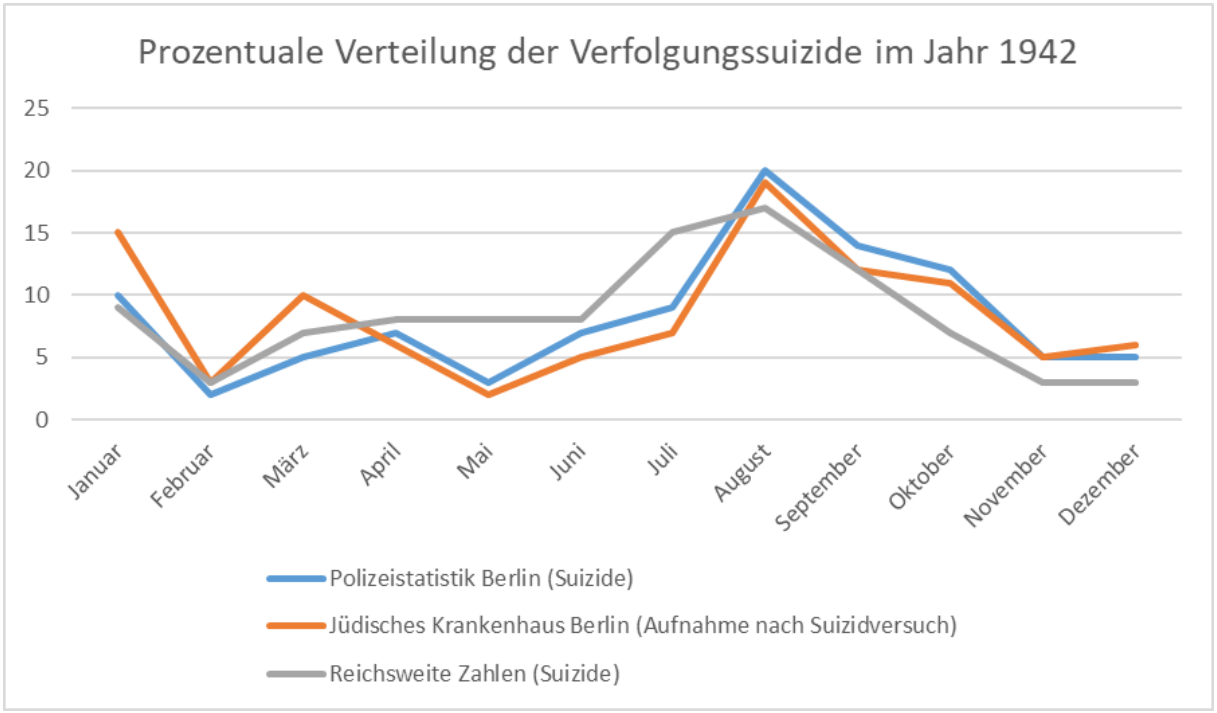


Abbildung 4: Prozentuale Verteilung der Verfolgungssuizide im Jahr 1942

[223] Eigene Darstellung, Quellen: Polizeistatistik (LAB, A Pr Br Tit 198B Rep 030-03, Nr. 1624); Centrum Judaicum Archiv (CJA), Bestand 2 A 1 K, Nr. 38/1, #28, Jüdische Gemeinde zu Berlin, Jüdisches Krankenhaus; „Selbstmordstatistik auf dem deutschen Reichsgebiet“ (BA R 55/21315), siehe https://www.statistik-des-holocaust.de/stat_ger_ber.html [23.04.2023].

Weiterhin geht aus dem Aufnahmebuch des Jüdischen Krankenhauses ein hoher Frauenanteil hervor. Drei Viertel (74 %) der 1942 nach einem Suizidversuch eingelieferten Personen waren weiblich. In der Polizeistatistik zeigt sich dies ebenfalls, wenn auch etwas geringer ausgeprägt:

Zwei Drittel (68 %) der Selbsttötungen wurden von Frauen begangen. Hingegen zeigt sich das Geschlechterverhältnis bei den als „arisch“ deklarierten Berlinerinnen und Berlinern ausgeglichen. Die deutlichen Unterschiede sind wohl größtenteils auf die spezielle Sozialstruktur der Verfolgtengruppe zurückzuführen, die sich im Jahr 1942 noch in Berlin aufhielt.

Während der Frauenanteil über das Jahr hinweg wenig variiert, verändert sich die Altersverteilung der Eingelieferten deutlich. Dies dürfte maßgeblich mit den einsetzenden Deportationen nach Theresienstadt zusammenhängen, die ab Juni 1942 kontinuierlich durchgeführt wurden. Auch wenn mit den sogenannten Alterstransporten immer wieder auch junge Menschen nach Theresienstadt deportiert wurden, lag das Alter insgesamt höher. Im Aufnahmebuch schlägt sich dies nieder: das Durchschnittsalter der eingelieferten Personen nach Suizidversuch stieg ab Juni 1942 um sieben Jahre an, von zuvor 55 auf dann 62 Jahre. Das höhere Durchschnittsalter hatte vermutlich auch Auswirkungen auf die Überlebenschancen nach der Einlieferung. Dieser Aspekt soll in Kapitel III ausführlicher beleuchtet werden.

Dass die Suizidzahlen im Jahr mit den meisten Deportationen ihren Höhepunkt erreichen und dabei innerhalb des Jahres 1942 stark schwanken, geht wie gezeigt aus allen offiziellen Statistiken und Bestattungszahlen hervor. Da die Aufnahmebücher des Krankenhauses tagesgenau geführt wurden, lassen sich im Vergleich mit den anderen herangezogenen Quellen jedoch nur hier die Reaktionen auf die Ankündigung der Deportation noch konkreter nachzeichnen. Bricht man die Zahlen der einzelnen Jahre, Quartale und Monate weiter herunter, offenbaren sich die Schockwellen, die jede Deportation auslöste, umso deutlicher.

So wurden im Januar 1942 beispielsweise 70 Personen nach einem Suizidversuch im Jüdischen Krankenhaus aufgenommen. Die Hälfte dieser Aufnahmen (34) entfiel dabei jedoch auf lediglich zwei Tage, nämlich den 17. und 23. Januar. Diese wiederum lagen jeweils zwei Tage vor großen „Osttransporten“ nach Riga am 19. und 25. Januar. Hier zeigt sich der unmittelbare Zusammenhang zwischen der Ankündigung der Deportation und dem damit verbundenen Ende der letzten Hoffnungen, das die Menschen zur Tat veranlasste. Ähnliches lässt sich zum Beispiel im März 1942 beobachten, als in nur zwei Tagen 28 Personen nach Suizidversuchen aufgenommen werden mussten, genauer: am 27. und 28. März – letzterer war der Abfahrtstag des „Osttransports Nr. XI“ nach Piaski.

2.4.4 Die Wahl des Mittels: Veronal – ein „sanfter Tod“?

Neben den Zusammenhängen zwischen Deportationen und Suizidhäufungen sollte auch die Frage, auf welche Weise die Verfolgten ihr Leben beendeten, nicht vernachlässigt werden. Norfried Opitz hatte in den 1990er Jahren, wie bereits erwähnt, die Sterbebücher des Jüdischen Krankenhauses ausgewertet – auch mit Blick auf die Todesursachen. Demnach kam es ab 1941 zu einem steilen Anstieg bei den Vergiftungen. Gab es im Jahr 1940 noch 19 Vergiftungen mit Todesfolge, so stiegen diese 1941 auf 115 und 1942 auf 416 Fälle an.[224] Auch die Berliner Polizeistatistik liefert hierzu Erkenntnisse, da sie bei den Suiziden die einzelnen Tötungsarten mit berichtet. Drei Kategorien der Polizei deckten dabei den Großteil aller Fälle ab: 1. Erhängen und Erdrosseln, 2. Leuchtgasvergiftung und 3. Andere Arten der Vergiftung. Im Vergleich zur „nichtjüdischen“ Bevölkerung Berlins zeigen sich einmal mehr große Unterschiede: Bei den Verfolgten entfielen ca. 90 % der Suizide auf Vergiftungen. Andere Methoden, insbesondere Gewaltanwendungen gegen den eigenen Körper, nahmen hingegen nur eine marginale Rolle ein (Abb. 5).[225]

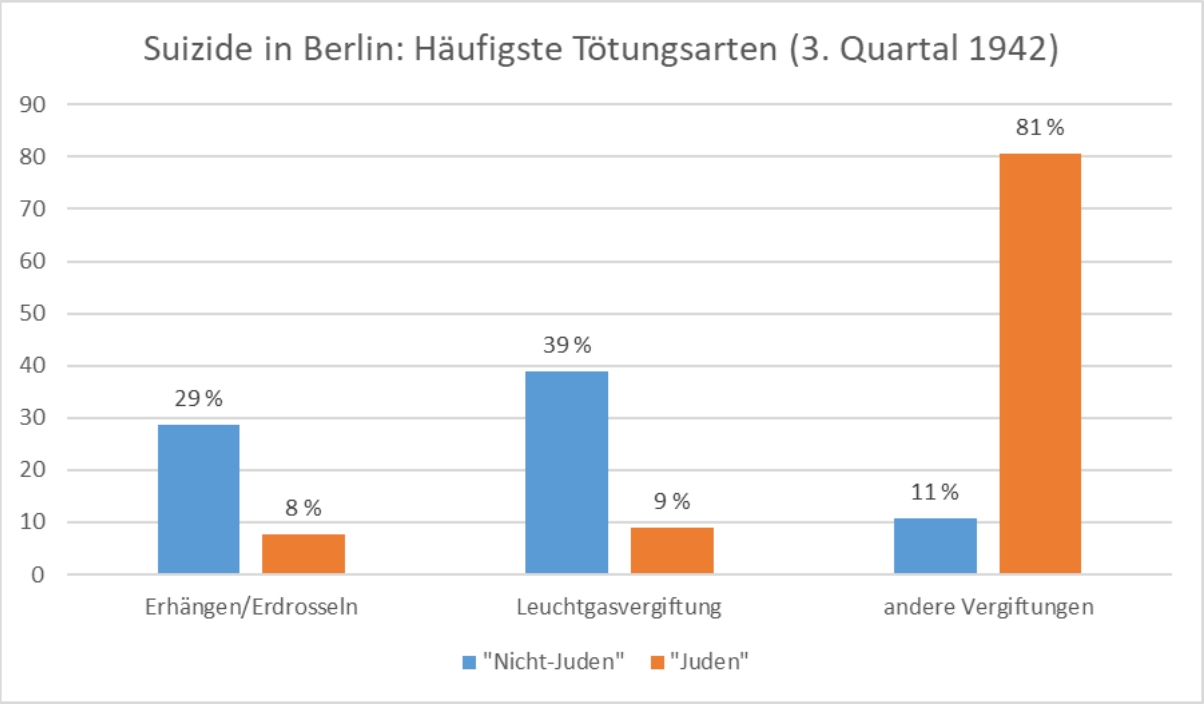


Abbildung 5: Verteilung der häufigsten Selbsttötungsarten, 3. Quartal 1942

[224] Vgl. Opitz, Untersuchung über die Todesursachen, S. 95.

[225] Eigene Darstellung auf Grundlage der Berliner Polizeistatistik: LAB, A Pr Br Tit 198B Rep 030-03, Nr. 1624. Die Inhalte dieses Abschnitts zu den Zahlen von Opitz und der Polizeistatistik wurden bereits in Ohnhäuser, Verfolgung, Suizid und jüdische Ärzte auf S. 288 präsentiert.

Es zeigt sich hier, dass die spezifische Verfolgungssituation, die zu den erzwungenen Suiziden führte, auch spezifische Tötungsarten mit sich brachte. Die Verfolgten waren zum Zeitpunkt der Tat mehrheitlich vorbereitet und verfügten über die entsprechenden Mittel. Wie aber waren sie an diese gelangt?

Aus den Erfahrungsberichten gehen wie zuvor gezeigt häufig Vergiftungsabsichten hervor, das Schlafmittel Veronal wird mit Abstand am häufigsten erwähnt. Wie kam es dazu? Und welche Implikationen bringt die Wahl des Mittels mit sich – für die Verfolgten in der Notsituation wie auch für den heutigen Blick auf das Geschehen?

Der vielfach geäußerte Wunsch nach einem „Einschlafen" – und somit einer möglichst gewaltfreien Durchführung der Tat – konnte oftmals durch die Überdosierung von Schlafmitteln erreicht werden. Martin Riesenburger wählte nach dem Krieg die Bezeichnung „Schlafmittel für die Ewigkeit".[226] Über die Zeit der Verfolgung bildete sich ein Präparat heraus, das zum Mittel der Wahl wurde: das Barbiturat Veronal. Veronal war von der Firma Merck als das erste Schlafmittel 1903 auf den Markt gebracht worden. Aufgrund seiner Gefährlichkeit bei Überdosierung wurde es ab 1908 rezeptpflichtig, blieb aber dennoch über die Jahre für Merck und Bayer ein Verkaufsschlager. Die Produktion wurde in den 1960er Jahren eingestellt, weil in der Zwischenzeit neuartige und „ungefährlicherer" Schlafmittel entwickelt worden waren.[227] Neben der verhältnismäßig sanften Methode für die Option der Selbsttötung, war es die beruhigende Wirkung, die alleine von dem Besitz eines Mittels ausging, über dessen Einsatz man sodann selbstbestimmt entscheiden konnte. Ursula Simson meinte hierzu: *„Der Gedanke war furchtbar, dass man im Falle des Falles allem ausgeliefert war. Fast jeder, den wir kannten, setzte alles daran, sich Veronal zu verschaffen."*[228]

So hatte die Beschaffung von Veronal oder vergleichbaren Substanzen oberste Priorität. Sie ist folglich von Ursula Simson als „der erste Akt des Selbstmords" bezeichnet worden.[229] Im Zusammenspiel mit dem für Juden mit der Zeit erschwerten Zugang zu Medikamenten war hierfür ein eigener Schwarzmarkt entstanden.[230]

---

[226] Riesenburger, Martin, Das Licht verlöschte nicht. Ein Zeugnis aus der Nacht des Faschismus, herausgegeben und mit Beiträgen zur Erinnerung an ein Berliner Rabbinerleben von Andreas Nachama und Hermann Simon, Teetz 2003, S. 75.

[227] Vgl. Anders, Ruth, Veronal. Geschichte eines Schlafmittels, in: Pharmazeutische Zeitung 47 (2003).

[228] Ursula Simson, zit. nach Bendt, Der Lebensweg von Ursula Simson, S. 327.

[229] Ursula Simson, zit. nach ebd.

[230] Vera Bendt zufolge durften auch „Krankenbehandler" Veronal weder zuteilen noch verschreiben. Dies wird so nicht bei Rebecca Schwoch bestätigt, wohl aber wurden die Verordnungen reglementiert und kontrolliert. Siehe dazu auch Kapitel II 3.2 und Schwoch, Krankenbehandler, S. 150.

Edith Dietz schildert hierzu in ihren Erinnerungen einen Apothekenbesuch in Berlin. Sie hatte Schlafmittel für ihre Tante auf Rezept besorgen sollen und mit dem Stern gekennzeichnet die Apotheke betreten:

> „*Der Apotheker fragte, ob mir 10 Tabletten genügten, ich könnte auch mehr haben. Ich wunderte mich über dieses Angebot, denn ich wußte, daß alle pharmazeutischen Produkte sehr knapp waren. ‚Sie können eine Packung von 100 oder 250 Stück bekommen', sagte er. Vielleicht wußte er von den Judenverfolgungen und glaubte, ich wollte mich vergiften. Ich entschied mich für die 250er-Packung. Geld spielte schon damals keine große Rolle mehr.*[231]

Weiter schildert sie, dass Sie die Tabletten an Interessenten verteilte und in diesem Zusammenhang auch von einem ihr unbekannten Mann aufgesucht wurde, der um Hilfe bat. Offensichtlich hatte sich schnell herumgesprochen, dass sie über eine größere Menge an Tabletten verfügte.

Auch Ilse Rewald erwähnte indirekt das große Interesse an Veronal: *„Eine Kollegin in der Fabrik erzählt mir, daß sie ihren echten Teppich für 1000 Mark verkaufen konnte. Sie ist darüber so froh, weil sie sich für den Erlös Veronal beschafft hat."*[232] Wie viel der 1000 Reichsmark die erwähnte Kollegin tatsächlich für die Dosis Veronal aufwenden musste, geht hieraus zwar nicht hervor. Doch auch an anderen Stellen ist von solchen Summen die Rede, so zum Beispiel in einem Erfahrungsbericht aus dem Jahr 1942. Der Artikel zitiert aus einem Brief eines jüdischen Ehepaares, dem im Frühjahr 1942 die Flucht aus Berlin in die Schweiz gelungen war: *„Zahllose Juden haben diesem entsetzlichen Leben ein Ende gemacht. Die Schrecklichkeit der Situation wird euch klar, wenn ihr erfahrt, dass man für eine Rolle Veronal tausend Mark bezahlt."*[233] Das durchschnittliche Jahreseinkommen lag 1942 bei etwa 2.300 Reichsmark.[234] Veronal-Tabletten wurden zudem oft einzeln verkauft und viele Menschen sahen sich gezwungen, über die Zeit einen gewissen Vorrat anzulegen, um eine letale Dosis sicherstellen zu können. Kwiet und Eschwege zitieren die Überlebende Camilla Neumann, die von ihren Vorbereitungen berichtete: „16 Tabletten hatte ich schon, damit konnte man aber noch nichts

---

[231] Dietz, Den Nazis entronnen, S. 42.

[232] Rewald, Berliner, die uns halfen, S. 4.

[233] Anonym, Geglückte Flucht aus dem Reich: 200 Mark für einen Judenstern. 1000 Mark für eine Dosis Veronal, in: Aufbau 8 (1942), 31 vom 31.7.1942, S. 1 und S. 5-6. Den Recherchen Winfried Meyers zufolge handelte es sich bei dem Ehepaar um Curt und Hilda Schueler. Vgl. Meyer, Winfried, Sechs Minuten, in: Der Freitag, Nr. 29 vom 19. Juli 2012, S. 1.

[234] Vgl. SGB IV, Anlage 1, Durchschnittsentgelt in Euro/DM/RM (fortlaufend ab 1891), https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_6/anlage_1.html [21.04.2023].

beginnen, […]. Veronal war damals ein begehrter Artikel, die Juden gaben 1000 RM für 30 Tabletten."[235]

Wie Ursula Simson berichtet, sei Juden das Mittel teils offen auf der Straße von Fremden angeboten worden, die die Situation der mit dem Stern gezeichneten Verfolgten unter der Chiffre, ob sie „Medikamente" benötigten, „*schamlos ausgenutzt haben. Es wurden Wucherpreise verlangt. Und man musste genau wissen, ob derjenige, von dem man es bekam, zuverlässig war. Denunziert zu werden, war an der Tagesordnung*."[236] Simson hingegen hatte eine Bezugsquelle, der sie vertraute und von der sie das Veronal ohne Aufschlag erhielt. Dort habe sie sich drei Mal die notwendige Dosis beschaffen und davon zwei weitergeben können.[237] Daher ist zu vermuten, dass weniger die absolute Knappheit des gewöhnlichen und bis dahin weit verbreiteten Schlafmittels die aufgerufenen Preise bestimmte, sondern vielmehr erst die existentiellen Nöte und nackte Angst der Verfolgten solche Summen ermöglichten.

Trotz einzelner Berichte wie dieser ist über den Komplex der Beschaffung und Verteilung des Veronals bis heute wenig bekannt. Es ist jedoch auch bei diesem Thema von einer großen Bandbreite der externen Unterstützungsleistungen auszugehen – von selbstlosen Hilfestellungen, die mit großen Risiken verbunden waren, bis zur Bereicherung an der Notlage der Verfolgten als Motivation.

Zudem ist es einmal mehr die Situation in Berlin, aus der das Thema wie unter einem Brennglas hervorgeht. In welchem Ausmaß sich die Beschaffung von Veronal und der Schwarzmarkt auch auf andere deutsche Städte oder gar die Provinz übertragen lassen, bleibt unsicher. Aber: sowohl der Wunsch, an Veronal oder ähnliche Mittel zu gelangen wie auch das damit verbundene Beruhigungspotential, gehen aus vielen Erfahrungsberichten von Betroffenen auch außerhalb Berlins hervor. Ganz anders stellte sich die Lage für die Verfolgten in anderen Ländern dar, zum Beispiel in den besetzten Gebieten im Osten, wie unter anderem Raul Hilberg beschrieb:

„Unter den polnischen Juden gab es keine derartige Selbstmordwelle. […] Außerdem kamen sie kaum an Barbiturate und andere geeignete Gifte heran. Daher mußten ihre Selbstmordmethoden gewaltsamer sein. Sie sprangen aus dem vierten oder auch nur zweiten Stock. Sie liefen zur Mauer oder zum Zaun eines Gettos in der Hoffnung, von einem Wächter erschossen zu werden; manchmal blieb der Schuß aus."[238] Hier zeigt sich einmal mehr die

[235] Zit. nach Kwiet und Eschwege, Selbstbehauptung und Widerstand, S. 214.
[236] Ursula Simson, zit. nach Bendt, Der Lebensweg von Ursula Simson, S. 328.
[237] Es handelte sich um einen Buchladen, den Namen des Besitzers wollte Ursula Simson auch Jahrzehnte später nicht preisgeben. Nach Recherchen von Vera Bendt und Jochem-Dieter Oesterreich handelte es sich wahrscheinlich um den Buchhändler Hugo Schildberger in Moabit. Vgl. ebd., S. 328.
[238] Hilberg, Raul, Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933-1945, Frankfurt/M. 1992, S. 191.

Bedeutung des situativen Kontexts, wie zuvor in Kapitel II mit den „Kontext-Suiziden“ dargelegt – und warum Vergleiche über diesen Kontext hinaus an Grenzen stoßen müssen. So oder so: die Verfügbarkeit geeigneter Suizidmittel – im hier beschriebenen Fall der Barbiturate – sollte bei der Gesamtbetrachtung nicht vernachlässigt werden. Auch in Berlin hat es gewaltsame Suizide von Verfolgten wie verzweifelte Fensterstürze gegeben, zum Beispiel im Rahmen der überraschenden Abholungen durch die Brunner-Leute oder in den Sammelstellen. Für all diejenigen aber, denen es gelungen war, sich im Zeitraum der Deportationen eine ausreichende Dosis an Veronal zu verschaffen, eröffnete sich damit die Option eines weniger gewaltsamen und vermeintlich „sanften“ Auswegs.

2.5 Zusammenfassung

Nach einem schlaglichtartigen Blick auf Verfolgungssuizide aus der dominant-sozialen (1933-1937) und dominant-physischen Bedrohung (1938-1941), die oftmals in Verbindung mit neuen Repressalien, beruflicher wie sozialer Ausgrenzung sowie Gewalterfahrungen standen, wurde die Phase der existentiellen Bedrohung für die Jahre 1941 und 1942 eingehender analysiert.

Die vertiefende Betrachtung der über verschiedene Quellenzugänge überlieferten Zahlen zu den Selbsttötungen ermöglicht die Gewissheit und genauere Rekonstruktion des direkten Zusammenhangs zwischen Deportation und Suizid. Mit dem Beginn der Deportationen schoss die Zahl der Suizidversuche in die Höhe – damit wurde diese Option der Verweigerung zum beinahe alltäglichen Massenphänomen, zu einer „Selbstmordepidemie“ nach Kwiet und Eschwege. Der Fokus auf das „Höllenjahr“ 1942 (Ursula Simson) legt die Schwankungen der Suizidzahlen je nach Monat und Durchführung der Deportationen offen. Sowohl aus der amtlichen Polizeistatistik für Berlin als auch aus dem Aufnahmebuch des Jüdischen Krankenhauses gehen die einzigen beiden Monate ohne Deportationen im Jahr 1942 (Februar und Mai) zugleich als die Monate mit den wenigsten Verfolgungssuiziden hervor. Die in diesen beiden Monaten registrierten Suizide beziehungsweise Krankenhausaufnahmen nach Suizidversuch umfassen zusammengefasst lediglich 5 % der Gesamtfälle des Jahres 1942. Der Monat August, in dem die meisten Menschen deportiert wurden, zeigt hingegen in beiden Aufstellungen zugleich auch den Höchstwert an Suiziden. Etwa 20 % aller Verfolgungssuizide des Jahres 1942 entfallen allein auf diese vier Wochen. Das Aufnahmebuch des Jüdischen Krankenhauses ermöglicht durch die Besonderheit der tagesgenauen Dokumentation der Einlieferungen zusätzlich einen unmittelbaren Blick auf das Phänomen der Selbsttötungen. Hierdurch lassen sich die Häufungen der Suizidfälle rund um die Deportationstage klar belegen.

Und nicht zuletzt zeigt sich das ganze Ausmaß dieser Reaktionen auf die drohende Deportation im enormen Anteil der Verfolgungssuizide an den Gesamt-Suizidzahlen für Berlin. So wurden im August 1942 weit mehr als die Hälfte aller in Berlin registrierten Suizide (59 %) von Jüdinnen und Juden verübt – die zu diesem Zeitpunkt nur noch einen marginalen Anteil an der Gesamtbevölkerung (um 1 %) ausmachten.

Aus den Schilderungen der Zeitzeugen geht neben der Alltäglichkeit des Themas rund um die Deportationen noch etwas anderes immer wieder hervor: die Notwendigkeit einer guten Vorbereitung aller Schritte vor einer potentiellen Selbsttötung. Nach den Worten der Überlebenden Ursula Simson bestand „der erste Akt des Selbstmords" darin, sich die erforderlichen Substanzen zu beschaffen, um im Moment der Entscheidung handeln zu können. Die Beschaffung zu exorbitanten Preisen in dieser Phase der Verfolgung hat Raul Hilberg als die „letzte Investition" bezeichnet.[239] Auch hierin zeigt sich ein besonderes Charakteristikum der Verfolgungssuizide: Sie wurden zum weit überwiegenden Teil mit Schlafmitteln durchgeführt und stehen damit sinnbildlich sowohl für den Wunsch „einfach einzuschlafen" als auch für das Widerstreben, Gewalt gegen den eigenen Körper anzuwenden. Dem Barbiturat Veronal kam hierbei eine besondere Bedeutung zu, für das ein eigener Schwarzmarkt existierte. Viele der Verfolgten berichteten zudem von der beruhigenden Wirkung, die alleine der Besitz eines potentiell tödlichen Mittels wie Veronal mit sich brachte. Das eigene Verfügen über die Mittel war somit kein rein technischer Aspekt im Hinblick auf die spätere Durchführung – es ist vielmehr eng verknüpft mit der Frage nach den letzten Räumen selbstbestimmten Handelns in der existentiellen Verfolgungssituation. Es zeigt sich, dass eine frühzeitige oder gar unumstößliche Entscheidung für den Suizid nicht getroffen werden musste, sondern unabhängig davon die Beschaffung tödlicher Präparate im Vordergrund stand – im Sinne einer Aufrechterhaltung individueller Handlungsoptionen.

Hierfür und für weitere Schritte waren Helferinnen und Helfer notwendig. Zu solchen avancierten alleine schon berufsbedingt viele Ärztinnen und Ärzte, wie im Folgekapitel gezeigt werden soll. Sie waren oftmals auf mehreren Ebenen involviert: als betroffene Verfolgte, als vertrauliche Ansprechpartner im Vorfeld sowie als behandelnde Ärzte nach gescheiterten Suizidversuchen.

[239] Hilberg, Täter, Opfer, Zuschauer, S. 191.

3. Die Verfolgungssuizide und die ärztliche Berufsgruppe

3.1 Unter dem Brennglas: Das Jüdische Krankenhaus Berlin und die Deportationen

Bei der Betrachtung der ärztlichen Einbindung in die Verfolgungssuizide richtet sich im Anschluss an das vorangegangene Kapitel der Blick zunächst auf das Jüdische Krankenhaus in Berlin, das wie kaum eine andere Institution im Zeitraum der Deportationen mit dem Thema der Selbsttötungen – genauer: den gescheiterten Suizidversuchen – konfrontiert wurde.[240] Die im Kapitel zuvor vorgenommenen Auswertungen des Aufnahmebuchs aus dem Jahr 1942 zeigen dies bereits eindrücklich, doch was bedeuteten die enorm ansteigenden Fallzahlen und „Suizidkurven" konkret für die handelnden Personen vor Ort? Die Ärztinnen und Ärzte im Berliner Jüdischen Krankenhaus jedenfalls waren dem Phänomen mit zunehmendem Verfolgungsdruck nicht mehr nur punktuell, sondern permanent ausgesetzt. Einige der zeitgenössischen Berichte zu Suiziden stammen von Personen, die in unterschiedlicher Funktion mit dem Jüdischen Krankenhaus verbunden waren, von Ärztinnen und Ärzten, Pflegekräften, Angestellten oder auch Patienten.

Es existieren ausführliche Arbeiten zum Krankenhaus zwischen 1933 und 1945,[241] daher soll hier vorzugsweise auf die Zeit der Deportationen und die Reaktionen des Personals eingegangen werden. Zwischen Oktober 1938 und Kriegsende arbeiteten zu unterschiedlichen Zeiten mindestens 57 jüdische Ärzte im Krankenhaus in der Iranischen Straße.[242] Diese Ärzte und das Pflegepersonal am Krankenhaus befanden sich ab dem Oktober 1941 in einem verschärften Spannungsfeld. Es war davon bestimmt, dass man als Institution gezwungenermaßen in die Deportations-Organisation eingebunden war – so zum Beispiel über die Betreuung der Sammellager, einer eingerichteten Transportreklamationsstelle, einer Gefangenenstation für Überlebende von Suizidversuchen –, andererseits aber auch das Weiterbestehen des Hauses gewährleisten musste und parallel über Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Abläufe verfügte. Zahlreiche Berichte deuten darauf hin, dass das Personal Versuche unternahm, im Rahmen ihrer Arbeit zur Rückstellung von Transporten

[240] Teile des Kapitels wurden ähnlich bereits im Aufsatz von 2014 vorgestellt, vgl. Ohnhäuser, Verfolgung, Suizid und jüdische Ärzte.

[241] Hier vor allem Hartung-von Doetinchem, Dagmar und Winau, Rolf (Hrsg.), Zerstörte Fortschritte. Das Jüdische Krankenhaus in Berlin. 1756 – 1861 – 1914 – 1989, Berlin 1989. Darüber hinaus noch Elkin, Rivka, „Das Jüdische Krankenhaus muß erhalten bleiben!". Das Jüdische Krankenhaus in Berlin zwischen 1938 und 1945, Berlin 1993; sowie Silver, Überleben in der Hölle.

[242] Vgl. Schwoch, Krankenbehandler, S. 133.

beizutragen. Rebecca Schwoch zitiert einen Bericht aus der Entschädigungsakte von Dr. Werner Jaffé:

> *„Es wurden Patienten in Gips gelegt, mit Pyripher zu hohen Temperaturen gebracht, um bei der Abholung eine, wenn auch nur kurze Hinausschiebung zu erreichen. Urine, die ins Jüdische Krankenhaus geschickt werden mußten, wurden mit Blut versetzt, um beim Patienten eine Nierenkolik vorzutäuschen usw. usw.“*[243]

So kam es offenbar nach Beginn der Deportationen auch zu Scheinoperationen, wie Berichte des Personals nahelegen. Allerdings lassen sich über das offizielle Operationsbuch dazu verständlicherweise keine Hinweise finden. Für auffällig hielten Rolf Winau und Dagmar Hartung-von Doetinchem es hier aber zum Beispiel, dass der Augenarzt Fritz Hirschfeld (1894-1965)[244] kurz nach den ersten Transporten im Dezember 1941 doppelt so viele Augenoperationen durchführte wie im Jahresschnitt.[245] Da das Haus unter Überwachung durch die Gestapo und andere Amtsärzte stand, waren Aktionen dieser Art nicht ungefährlich. Hirschfeld unterstützte darüber hinaus im Rahmen seiner ärztlichen Tätigkeit Verfolgte, wie zum Beispiel aus dem Bericht der Überlebenden Ida Gassenheimer (1881-1963) hervorgeht. Neben der Vermittlung von Kontakten für ein Versteck im Untergrund, gab Hirschfeld ihr 1943 die Personalien einer im Sterben liegenden arischen Patientin weiter mit dem Rat, deren Identität anzunehmen. Unter diesem falschen Namen überlebte Gassenheimer in der Folge bis zum Kriegsende in Berlin.[246]

Eine Folge der zahlreichen Versuche von Verfolgten, sich mit ärztlicher Hilfe „transportunfähig“ schreiben zu lassen, war die seitens der Gestapo angeordnete Errichtung einer Untersuchungsabteilung für die Beurteilung der Transportfähigkeit am Jüdischen Krankenhaus ab Dezember 1941. Hier arbeiteten acht Ärzte und weiteres Personal im Akkord – wurde eine Person für nicht transportfähig erachtet, empfahl Walter Lustig als Leiter eine Zurückstellung um drei Monate, die wiederum von der Gestapo entschieden wurde.[247] Der Einfluss auf das Deportationsgeschehen war marginal, da die Plätze umgehend mit anderen Verfolgten besetzt wurden, dennoch mussten die Ärzte entscheiden, so Schwoch, welchen Patienten „Lebenszeit gegeben wurde“,[248] und so brachte diese ärztliche Tätigkeit einige Dilemmata mit sich. Die Möglichkeiten der übrigen „Krankenbehandler“ außerhalb des

[243] Zit. nach ebd., S. 134f.
[244] Siehe zu Fritz Hirschfeld die Biografie bei Schwoch, Berliner jüdische Kassenärzte, S. 362f.
[245] Hartung-von Doetinchem und Winau, Zerstörte Fortschritte, S. 175 f.
[246] Vgl. Gassenheimer, Ida, Mein Untergrund Leben in Berlin 1938-1945. Bearbeitet und mit einem Nachwort versehen von König, York-Egbert, in: Eschweger Geschichtsblätter 30 (2019), S. 142-163, hier S. 149.
[247] Vgl. Schwoch, Krankenbehandler, S. 142
[248] Ebd., S. 156.

Krankenhauses waren ebenfalls begrenzt, wie das Beispiel von Dr. Arthur Samuel zeigt, dem selbst eine Rückstellung seines Vaters aus medizinischen Gründen nicht gelang.[249] Insgesamt konnte in den meisten Fällen höchstens eine Aufschiebung der Deportation erreicht werden, Schwoch konstatiert hierzu: „Krank sein und damit arbeitsunfähig war in dieser Zeit lebensgefährlich."[250]

Was die Einlieferungen nach Suizidversuchen angeht, so werden diese Fälle in den Erinnerungen von ehemaligen Mitarbeitern als besonders belastend geschildert – zum einen aufgrund der zahlenmäßigen Ausmaße, zum anderen durch das individuelle Elend der Situation dieser Patienten und ihrer Angehörigen.[251] Hildegard Kahan war Mitarbeiterin der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und ab Ende 1941 in der Iranischen Straße tätig, zuletzt als Chefsekretärin des Leiters Dr. Lustig, und berichtete später hierüber:

> *„Es verging eigentlich kein einziger Tag im Krankenhaus an dem nicht irgendetwas ‚passierte'. Man konnte sich schon nicht mehr aufregen, wenn die Krankenwagen bewusstlose Menschen einlieferten, die Gift genommen hatten, um nicht in das Konzentrationslager gehen zu müssen. Aber das Grauen vor unserem Schicksal packte uns, wenn es Menschen waren, die man gekannt, mit denen man zusammen gearbeitet hatte, und die einfach stumm von der Bühne des Lebens abgetreten waren*."[252]

Rolf Winau und andere hatten für Ihre Arbeit noch einige Interviews mit ehemaligen Miarbeiterinnen führen können. Hier zitieren sie aus einem Gespräch 1988 mit der ehemaligen Pflegekraft Margot Brenner:

> *„Es kamen viele, viele Patienten zu uns, die aus den Wohnungen geholt worden waren (...). Sie hatten Tabletten oder Zyankali genommen. Es waren so viele, wir legten sie ins Badehaus, weil wir gar keinen Platz mehr hatten. Wir wußten nicht: ‚Sind sie tot, sind sie noch lebendig?' Und dann machten wir Magenspülungen, doch ein großer Teil war schon tot."*[253]

Wie im Kapitel zuvor gezeigt, hat es alleine im Jahr 1942 mindestens 467 Einlieferungen nach Suizidversuch in das Krankenhaus gegeben, die sich allerdings höchst ungleichmäßig über das Jahr verteilten und es rund um die Abfahrtstage der Deportationszüge zu teils extremen

---

249 Vgl. ebd., S. 162.
250 Ebd., S. 163.
251 Vgl. hierzu zahlreiche gesammelte Aussagen von Zeitzeugen in den Arbeiten zum Krankenhaus, z.B. bei Hartung-von Doetinchem und Winau, Zerstörte Fortschritte.
252 Kahan, Hilda, Chronik deutscher Juden 1939-1945 (im juedischen Krankenhaus, Berlin), Manuskript 1980, Leo Baeck Institute (LBI) Archives, LBI Jerusalem Collection 207, S. 15f.
253 Hartung-von Doetinchem und Winau, Zerstörte Fortschritte, S. 178.

Häufungen kam. Das Ehepaar Pineas schrieb kurz nach Kriegsende seine Erlebnisse nieder, nachdem beide 1943 abgetaucht waren und unter falscher Identität überlebt hatten.[254] Sie hatten zuvor die mit den Deportationen verbundenen Selbsttötungsversuche aus nächster Nähe erlebt. Hermann Pineas (1892-1988)[255] war am Jüdischen Krankenhaus Chefarzt der Neurologie und seine Frau Herta Mitarbeiterin im Jüdischen Wohlfahrtsamt. Hier half sie unter anderem bei der Versorgung der Menschen, die vor der Deportation in der Sammelstelle Synagoge Levetzowstraße festgehalten wurden. Siegmund Weltlinger, bis zum eigenen Untertauchen Mitarbeiter der Jüdischen Gemeinde, hatte bereits 1954 an die Suizide im Sammellager Synagoge Levetzowstraße öffentlich erinnert:

„Nie werde ich die Nächte vergessen, die ich dort verbringen mußte. Herzzerreißende Szenen spielten sich ab. Manche Frauen stürzten sich von der Empore auf den Marmorfußboden herab; (...). In jeder dieser Nächte waren Ärzte des jüdischen Krankenhauses anwesend, welche bei Vergiftungsversuchen sofort den Magen auspumpten oder bei aufgeschnittenen Pulsadern Verbände anlegen mußten.“[256]

Herta Pineas berichtete hierüber Folgendes:

Die Prozedur in der Synagoge, das koerperliche und Gepaeckdurchsuchen auf Wertsachen, dauerte jedes Mal 2 bis 4 Tage. Schon dort kamen viele Selbstmorde vor. Wenn nicht erfolgreich war Selbstmord strafbar! Die im Krankenhaus – in polizeilich bewachter Sonderabteilung – Geheilten kamen beim naechsten Transport in der Strafabteilung mit; sie war extra gekennzeichnet und besonders stark bewacht; ihnen durften wir auch kein Essen verabreichen.[257]

Vorrangige Deportation, Strafabteilung, Nahrungsentzug – nach Herta Pineas' Schilderungen werteten die NS-Verfolger die Suizide als widerständiges Verhalten, zumindest aber als eine zu ahndende „Störung“ der Abläufe der Deportation und ließen dies die Überlebenden von Suizidversuchen spüren. Die Erzählung deckt sich mit Ursula Simsons Schilderungen über die Angst vor einer Krankenhauseinlieferung, sollte die Selbsttötung nicht gelingen. Mit der Einrichtung einer eigenen Station untermauerten die Verfolger ihren Anspruch auf die Entscheidungsgewalt über Leben oder Tod der von ihnen Verfolgten. Von einer

[254] Vgl. hierzu Benz, Wolfgang, Die Rettung des Ehepaares Pineas, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.), Die Juden in Deutschland 1933-1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1993, S. 675-684.
[255] Zu Hermann Pineas' Biografie siehe Schwoch, Berliner jüdische Kassenärzte, S. 687f.
[256] Weltlinger, Siegmund, Hast Du es schon vergessen? Erlebnisbericht aus der Zeit der Verfolgung, Vortrag anläßlich des Tages der nationalsozialistischen Machtergreifung in der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit am 28. Januar 1954 im Amerikahaus, Berlin, Frankfurt/M. 1954, S. 24f.
[257] Schilderung von Pineas, Herta, in: Pineas, Hermann O., Unsere Schicksale seit dem 30.1.1933, Manuskript, S. 13. Leo Baeck Institute Archives, Leo Baeck Institute New York, LBI Memoir Collection ME 502.

Einschüchterung aller Besucher und Patienten, die von den Maßnahmen erfuhren, konnte ausgegangen werden. So erfüllte diese Art der Bestrafung bei missglückten Suizidversuchen eine Abschreckungsfunktion. Eine solche ist auch aus Theresienstadt überliefert. Wer dort einen Suizidversuch überlebte, wurde nach den Berichten der Berliner Ärztin Edith Kramer, die bis zu ihrer Deportation im Juni 1942 als „Krankenbehandlerin" arbeitete, in der sogenannten Kleinen Festung inhaftiert und Angehörige teils in Sippenhaft genommen. Dazu wurden andere Personen, die Suizidversuche verschwiegen und damit einer Meldepflicht nicht nachkamen, ebenfalls bestraft. Die hieraus resultierende Angst der Lagerärzte rund um das Thema Suizid führte teilweise zu Vertuschungen der Taten – Todesursache: Herzversagen.[258]

Diskussionen unter Ärzten und Pflegepersonal

Das Wissen um die Konsequenzen für die Überlebenden von Suizidversuchen wirkte sich auch auf das Handeln der Ärzte im Jüdischen Krankenhaus nach solchen Einlieferungen aus. Hermann Pineas schreibt dazu:

> *Auf die innere [Abteilung] ins Parterre in bestimmte Zimmer kamen die Suizidfaelle, die sich in der Aera der Abholungen zum Sammellager ungeheuer vermehrten. Das ‚Mittel der Wahl' war Veronal bezw. Phanodorm, jedenfalls Barbitursaeure, das sich in riesigen Mengen im Besitz der Ungluecklichen befand. Die Kollegen der inneren Abteilung waren geteilter Meinung, ob es besser sei, die Kranken dieser Art zu retten oder sie ruhig einschlafen zu lassen.*[259]

Offenbar hatte es somit unter den Ärzten Diskussionen darüber gegeben, wie in solchen Situationen zu verfahren sei. Die Ärztin Edith Kramer berichtete nach dem Krieg, es habe eine Versammlung jüdischer Ärzte gegeben, um die Frage der Suizide zu diskutieren. Als sich die Tendenz zum Sterbenlassen zeigte, habe es dazu keine Gegenstimme gegeben.[260] Ebenso hat es in anderen Städten diese Diskussionen gegeben, wie der Rabbiner Zvi Asaria für Köln berichtet: „Jede neue Deportation hatte neue Selbstmorde zur Folge. Die Ärzte berieten flüsternd unter sich, ob es noch einen Sinn habe, das Leben der Patienten zu retten, oder ob man ihnen nicht die letzte Gnade gewähren sollte, leicht zu sterben."[261]

---

[258] Vgl. Kwiet/Eschwege, S. 209.
[259] Pineas, Hermann, Unsere Schicksale seit dem 30.1.1933, S. 25.
[260] Vgl. Kwiet und Eschwege, Selbstbehauptung und Widerstand, S. 207. Über diesen mündlichen Bericht hinaus existieren keine weiteren Hinweise zu einer solchen Versammlung, auch nicht zur Größe der Runde und zum Zeitpunkt. Edith Kramer war jedoch ab März 1942 in Posen tätig.
[261] Asaria, Zvi, Die Juden in Köln. Von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart, S. 389, zit. nach Kwiet und Eschwege, Selbstbehauptung und Widerstand, S. 207.

Die sich mit der Zeit verbreitende Erkenntnis darüber, dass im Osten der Tod auf die Deportierten wartete, dürfte dabei einen entscheidenden Einfluss gehabt haben. Die hier aufgeworfenen Fragen reichen dabei über das rein medizinische Dilemma weit hinaus: Welcher Sinn ließ sich noch mit der – ärztlich gebotenen – Lebensrettung verbinden, wenn diese geradewegs, unter zusätzlichen Qualen, in die Deportation führte?

Details über die Diskussionen und unterschiedlichen Standpunkte sind nicht überliefert, doch ein Blick auf die erwähnten Krankenhausbücher gibt weitere Aufschlüsse. Denn hier wurde auch der Behandlungserfolg dokumentiert und in der Auswertung sind gewisse Auffälligkeiten zu erkennen: Demnach überlebte in den ersten fünf Monaten des Jahres 1942 etwa jede dritte Person den Suizidversuch nach der Einlieferung in das Jüdische Krankenhaus. Diese „Überlebensquote" fiel im Juni 1942 – nachdem sie im Mai noch bei 40 Prozent gelegen hatte – steil ab, auf unter 10 Prozent. Auf diesem niedrigen Niveau verblieb sie von diesem Zeitpunkt an bis zum Jahresende (Abb. 6).[262] Im November wurde von 23 eingelieferten Personen nach Suizidversuch nur noch eine Patientin „gerettet".

Winau und Hartung-von Doetinchem schreiben, dass sich auch die von ihnen befragten Pflegekräfte an diese Konflikte erinnerten und geben diese wieder: „Sollten sie tatsächlich alles unternehmen, die Eingelieferten zu retten? Retten wofür? Manchmal, vor allem alten Menschen, haben sie eher eine Spritze gegeben, damit es schnell vorbei war."[263] Für den letzten Punkt, eine de facto aktive Sterbehilfe, führen sie jedoch weder Belege noch Zeitzeugen an und es ist davon auszugehen, dass dies aus Vorsicht in Anbetracht der Tragweite geschah.

[262] Eigene Darstellung auf Grundlage der Auswertung des Krankenhaus-Aufnahmebuchs, Centrum Judaicum Archiv (CJA), Bestand 2 A 1 K, Nr. 38/1, #28, Jüdische Gemeinde zu Berlin, Jüdisches Krankenhaus.

[263] Hartung-von Doetinchem und Winau, Zerstörte Fortschritte, S. 180.

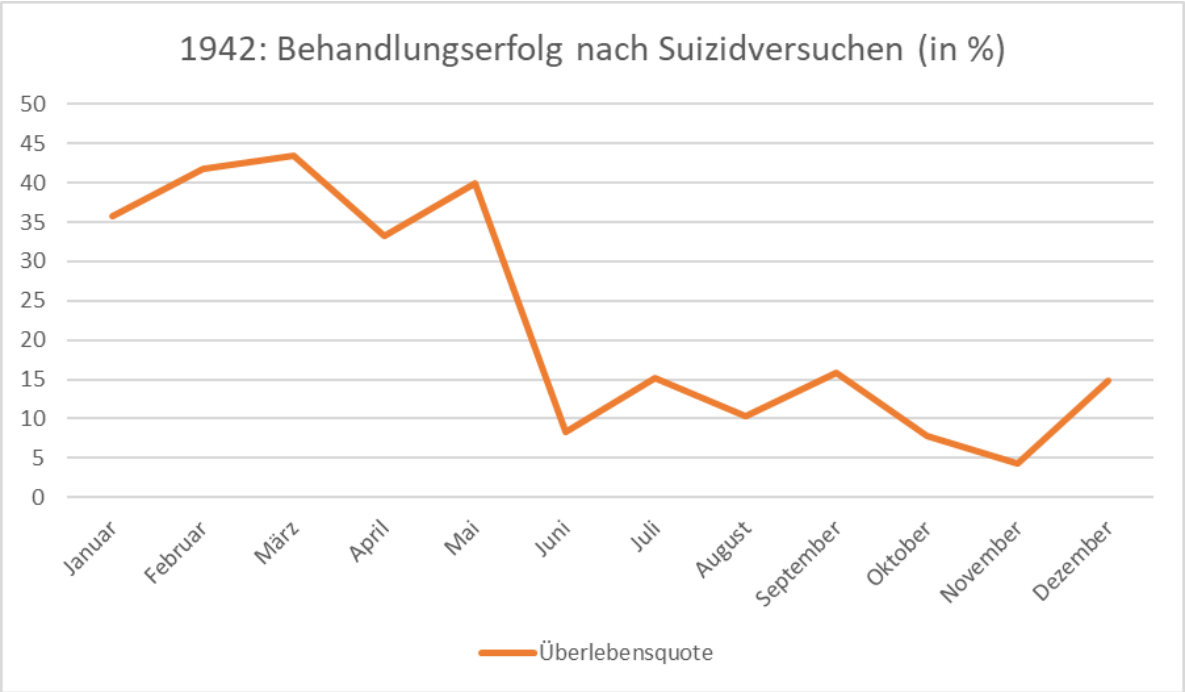


Abbildung 6: Überlebende von Suizidversuchen (in Prozent) nach Aufnahme im Jüdischen Krankenhaus Berlin im Jahresverlauf 1942

Waren die Diskussionen über die steigenden Zahlen von Suizidversuchen innerhalb des ärztlichen und gegebenenfalls weiteren medizinischen Personals also in eine gemeinsame Linie zur (Nicht-)Behandlung gemündet? Die Frage steht nach diesem Befund im Raum, und ist doch nicht ohne Weiteres zu bejahen. Denn zum Zeitpunkt der stark abfallenden Überlebensquote im Juni 1942 begannen auch die sogenannten Alterstransporte nach Theresienstadt. Das Durchschnittsalter der eingelieferten Patienten stieg dadurch um fast sieben Jahre an,[264] was sich auf den Behandlungserfolg ausgewirkt haben dürfte. Zudem war es möglicherweise vielen Juden im Laufe der Monate, in denen sich nach und nach sowohl Gewissheiten über das Schicksal „im Osten“ als auch über mögliche Folgen des Scheiterns von Suizidversuchen durchsetzten, gelungen, ihre Veronal-Vorräte zu erhöhen – um damit den Erfolg ihres Vorhabens sicherzustellen. Doch auch aufseiten des ärztlichen Personals darf die seelische Belastung, die diese Fälle im Zeitverlauf mit sich brachten, nicht außer Acht gelassen werden: *„Tägliche Selbstmordversuche, durch Gas und Schlafmittel, behandeln zu müssen, oftmals vergeblich, ist auch für den Stärksten zu viel“*, hatte Dr. Hermann Strauß (1868-1944) bereits 1938 notiert.[265] Und Rebecca Schwoch gibt aus der Entschädigungsakte von Dr. Werner Jaffé die von ihm geäußerte *„fast unerträgliche seelische Belastung“* der damals tätigen jüdischen

[264] Und zwar von 54,8 Jahren (Januar-Mai) auf 61,6 Jahre (Juni-Dezember). Quelle: Aufnahmebuch.
[265] Zit. nach Ostrowski, Siegfried, Vom Schicksal jüdischer Ärzte im Dritten Reich. Ein Augenzeugenbericht aus den Jahren 1933-1939, in: Leo Baeck Institute Bulletin (1963), S. 331-351, S. 347. Prof. Dr. Hermann Strauß war bis zu seiner Deportation am 31.7.1942 als Internist am Jüdischen Krankenhaus tätig.

Ärzte wieder, deren Arbeitstag mit *„angemeldeten Selbstmorden begann und spät in der Nacht mit Selbstmorden meist endete.“*[266]

So scheint es bei entsprechender Berücksichtigung dieser Faktoren plausibel, dass sich bei dem behandelnden Personal im Laufe der Zeit eine Ansicht durchsetzte, die letztlich auch das ärztliche Handeln bestimmte: eine, die es für die humanere Behandlung hielt, die betroffenen Menschen in Anbetracht der furchtbaren Umstände „einschlafen“ zu lassen. Auch für Hamburg hat Beate Meyer diesen Zwiespalt erwähnt und zitiert hierzu eine ehemalige Krankenschwester mit den Worten: „Wir haben sie sterben lassen.“[267] Dass es diese Diskussionen auch an anderen Orten mit zum Teil anderen Ergebnissen gegeben hat, wird an späterer Stelle noch gezeigt.[268]

Daneben mussten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ärztlichen und pflegerischen Personals sowie aus der Verwaltung in permanenter Angst leben, selbst deportiert zu werden. Dies konnte zuerst durch „Transportbegleitungen“ in die Lager ohne Rückkehr geschehen, ab 1943 wurde auch aktiv das Personal der Jüdischen Gemeinde verstärkt zur Deportation vorgesehen. Ein Ausweg war zu diesem Zeitpunkt, zum Beispiel rund um die sogenannte Fabrikaktion im Februar 1943, nicht in Sicht. Hildegard Kahan berichtet, dass alle zur Deportation vorgesehenen Kolleginnen und Kollegen Anweisungen übermittelt bekamen,

> *„wann sie sich einige Tage später zum Transport nach dem Osten zur Verfügung zu stellen hätten. Vor einer Flucht wurde gewarnt und mit Verhaftung von Geiseln gedroht. Diese Drohung wurde wahr gemacht. Für 18 Personen, die sich durch Flucht der Deportation entzogen, wurde die gleich Anzahl anderer Angestellter verhaftet und deportiert.“*[269]

Hier setzten die Verfolger ihre perfide Strategie fort, die nichts anderes als eine Bestrafungsaktion für widerständiges Verhalten darstellte. So wie sie auch zuvor dafür gesorgt hatten, dass alle Transporte möglichst wieder „aufgefüllt“ wurden, wenn die vorgesehene Zahl durch Entziehungen wie Flucht und Selbsttötungen nicht erreicht wurde. Im März 1943 erging dann die Order seitens der Gestapo, 50 % des verbliebenen Personalstabs der Gesundheitsverwaltung (Krankenhaus, Siechenheime, Verwaltung) zu deportieren bzw. die Transportlisten selbst zu erstellen. Hildegard Kahan selbst schrieb nach Entscheidung durch Walter Lustig diese Listen von 300 Personen inklusive der Angehörigen, die sämtlich eine Woche später deportiert wurden.[270]

---

[266] Zit. nach Schwoch, Krankenbehandler, S. 141.
[267] Zit.nach Meyer, Die Deportationen der Hamburger Juden, S. 54.
[268] Siehe Kapitel 3.6, Reflexionen über die Selbsttötung.
[269] Kahan, Chronik deutscher Juden, hier zit. nach Hartung-von Doetinchem und Winau, Zerstörte Fortschritte, S. 189.
[270] Vgl. Hartung-von Doetinchem und Winau, Zerstörte Fortschritte, S. 191f.

3.2 Suizide im Verfolgungskontext: Die besondere Rolle der Ärztinnen und Ärzte

Ärztinnen und Ärzte nahmen in gleich mehrfacher Hinsicht eine besondere Stellung ein, wenn es für die Verfolgten um die konkrete Planung und letztlich erfolgreiche Umsetzung der Selbsttötung ging. An erster Stelle sind hierbei der Zugang zu Medikamenten und das Wissen um deren Einsatz und Wirkweisen zu nennen. Wie zuvor gezeigt, wurde die große Mehrheit der Verfolgungssuizide so gewaltlos wie möglich begangen. Schlafmittel, allen voran Veronal, standen hoch im Kurs. Neben dem Zugang zu diesen Barbituraten spielte das besondere Vertrauensverhältnis eine Rolle – sei es durch jahrelang gewachsene Beziehungen, oder selbst bei Erstkontakten durch das besondere Vertrauensverhältnis einer Arzt-Patienten-Beziehung. Gerade in Zeiten der weitreichenden sozialen Isolation wuchs die Bedeutung solcher seltenen sozialen Schutzräume, hier mit der ärztlichen Schweigepflicht als ein zusätzlich vertrauensbildendes Merkmal.

Generalisierende Aussagen über das Wissen der Ärzteschaft in Berlin und deren Einbindung in das alltägliche Suizidgeschehen lassen sich indes kaum treffen. Es ist allerdings davon auszugehen, dass – spätestens als für die Verfolgten das Thema zu einem alltäglichen avanciert war – zumindest die Ärzte mit Kontakten zu Verfolgten über die kritische Situation und die noch zur Verfügung stehenden Optionen der Daheimgebliebenen im Bilde waren. Dies ist durch Berichte hinlänglich dokumentiert, zum Beispiel aus dem Jüdischen Krankenhaus wie zuvor gezeigt. Allein: Hinweise auf eine aktive Unterstützung im Vorfeld von Suiziden finden sich nur äußerst selten. Das mag kaum verwundern: Was aus heutiger Sicht vermeintlich eindeutig als Hilfeleistung für die Betroffenen erscheint, berührte damals wie heute zentrale Fragen der ärztlichen Ethik. Das ärztliche Handeln zwischen Hilfe und Beihilfe betrat hier Graubereiche, die neben der Standesethik und der besonderen Sensibilität der Arzt-Patienten-Beziehung nicht zuletzt auch juristische, insbesondere strafbewehrte, Aspekte umfassten. Neben der ohnehin hohen Sensibilität des Themas dürften diese ihren Anteil daran gehabt haben, dass ärztliche Hilfen im Rahmen von Suizidhandlungen nach 1945 nicht in die Öffentlichkeit getragen wurden und somit auch Jahrzehnte später wenig bekannt waren und sind. In der Folge sollen einige Fälle der Mitwirkung vorgestellt werden, um die Art und Weise sowie das Maß der Einbindung darzulegen.

Dabei gilt es immer zu beachten, dass die ärztliche Unterstützung bei geplanten Suiziden nur einen kleinen Teil der ärztlichen Hilfsleistungen für Verfolgte darstellt, hier: gewissermaßen die Begleitung des letzten Schrittes. Das Feld der ärztlichen Hilfen für Verfolgte ist indes ungleich größer, aber noch nicht umfassend erforscht, insbesondere auch das Ausmaß der Hilfen durch „arische“ Ärzte für verfolgte Juden. Das Spektrum reicht hierbei

von ärztlichen Attesten für alle möglichen Zwecke – nicht zuletzt der Rückstellung von der Deportation – über bewusst falsche Diagnosestellungen, fingierte Behandlungen und Operationen oder Verschreibung von Medikamenten und deren Abgabe unter der Hand.[271] Dass sich die Ärzte in der NS-Zeit, als Berufsgruppe mit dem höchsten Anteil an NSDAP-Mitgliedschaften, hier auffallend hervortaten oder in der Breite anders handelten als andere Berufsgruppen, ist gleichwohl nicht zu erwarten. Vielmehr dürften auch hier persönliche Motive ausschlaggebend gewesen sein, wie sie auch durch die Forschungen zu Helfern und „stillen Helden" herausgearbeitet wurden. Demnach hat es verallgemeinerbare Charakterzüge der Helferinnen und Helfer nie gegeben, wie Wolfgang Benz schlussfolgert: „Die altruistische Persönlichkeit als Idealtypus, durch Erziehung, Bildung, religiöse Überzeugung oder besondere Humanitätsideale geformt, nach der die Forscher gesucht haben, um Retter auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, gibt es nicht."[272]

Jüdische oder als „nichtarisch" geltende Ärztinnen und Ärzte standen den Verfolgten in ihrer Berufsausübung sehr viel näher, bedingt durch die NS-Repressionspolitik und dadurch zunehmend im Laufe der Jahre, bis jüdische Patienten nur noch von ebendiesen jüdischen Ärzten behandelt werden durften. Rebecca Schwoch hat mit ihrer Habilitationsschrift einige Handlungsfelder im Detail dargestellt, die zuvor im Dunkeln lagen und nur mühsam rekonstruiert werden konnten, vor allem aber hat sie die Geschichte der sogenannten Krankenbehandler zwischen 1938 und 1945 geschrieben.[273] Über diese Gruppe von jüdischen Ärzten, ihr Wirken und die Nöte in den Zeiten der Verfolgung, war zuvor nur sehr wenig bekannt. Die Zahl der jüdischen Ärzte in Deutschland ging nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten kontinuierlich zurück. So hatte es 1933 noch etwa 6.500 jüdische und 1934 nach NS-Definition bis zu 9.000 „nichtarische" Ärzte im Deutschen Reich gegeben, davon lebte annähernd die Hälfte in Berlin. Ende 1936 gab es in Berlin noch 2.143 jüdische Ärzte und Mitte 1938 noch 1.561.[274] Nur einem Bruchteil wurde nach dem allgemeinen Approbationsentzug zum 30. September 1938 noch die Arbeit gestattet. Diese Ärzte mussten sich „Krankenbehandler" nennen und ausschließlich jüdische Patienten versorgen. Neben der kollektivbiografischen Arbeit mit einer persönlichen Vorstellung von 369 sogenannten Krankenbehandlern beschreibt Schwoch „alltägliche Situationen eines Überlebenskampfes, den beide, Helfende und Hilfesuchende, zu bestehen, zu gewinnen versuchten."[275]

---

[271] Siehe hierzu auch Kapitel III, 3.2.3.
[272] Benz, Wolfgang, Juden im Untergrund und ihre Helfer, in: Ders. (Hrsg.), Überleben im Dritten Reich. Juden im Untergrund und ihre Helfer, München 2003, S. 11-50, hier S. 43.
[273] Vgl. Schwoch, Krankenbehandler.
[274] Vgl. ebd., S. 33.
[275] Schwoch, Krankenbehandler, S. 12.

Schwoch arbeitet heraus, dass die Krankenbehandler einerseits ungewollt zum Teil des NS-Verfolgungsapparates wurden, indem sie beispielsweise Untersuchungen zur Transportfähigkeit durchführten und Menschen von der Deportation zurückstellten, für die wiederum als direkte Folge andere Personen deportiert wurden. Ihr positives Wirken lag natürlich in der medizinischen Behandlung, aber ebenso in der medizinischen und sozialen Fürsorge gegenüber den Menschen, denen zuletzt alle übrigen Sozialkontakte untersagt waren.[276] Die jüdischen „Krankenbehandler" durften einen bestimmten Umfang an Verordnungen nicht überschreiten und waren dadurch grundsätzlich limitiert in ihren Hilfsmöglichkeiten über das Ausstellen von Rezepten. Kontrollen wurden durch die Krankenkassen und Apotheker ausgeübt.[277]

Für Wien werden ganz ähnliche Zustände berichtet, insbesondere was das Spannungsverhältnis des jüdischen Gesundheitswesens zur Zeit der Deportationen betrifft.[278] Der Wiener Krankenbehandler Ernst Pick (1896-1971) behandelte auch Untergetauchte, wovon diese nach dem Krieg berichteten. Während diese illegale Tätigkeit unentdeckt blieb, verlor er seine Zulassung wegen ausgestellter Atteste auf der Basis von Scheindiagnosen.[279] Allgemein wurden in Wien ebenso wie in Berlin und anderen Großstädten zahlreiche Juden im Krankenhaus aufgenommen oder deren Behandlungen so gesteuert, dass sie (zunächst) von Transportlisten verschwanden. Doch auch hier gab es Razzien des Verfolgungsapparats, um die Notwendigkeit der Krankenhausaufenthalte zu „überprüfen" und es wurden Menschen trotz ärztlicher Intervention deportiert; auch hier nutzten viele Ärztinnen und Ärzte die wenigen verbliebenen Spielräume, um Menschen vor der Deportation zu bewahren. Der am Wiener Rothschild-Spital tätige Arzt Heinrich Schur (1871-1953) berichtete darüber 1946:

> *„Während der Behandlung war natürlich, solange die Patientin in unserer Beobachtung stand, immer die Frage in Schwebe, ob wir sie nicht operieren lassen sollten. [...] Und als ich schließlich zu dem Entschluß kam, die Operation zu empfehlen, wurde uns die Patientin trotz unseres Einspruches durch Abtransport nach Theresienstadt entzogen. Es tut mir sehr leid, daß wir der Patientin die Chance einer operativen Behandlung nicht zuteil werden lassen konnten, denn der Weg ins Lager, den wir nicht verhindern konnten, war der sichere Weg in den Tod [...]."*[280]

[276] Vgl. ebd., S. 571ff.
[277] Vgl. ebd., S. 150.
[278] Vgl. Angetter, Daniela und Kanzler, Christine, „… sofort alles zu veranlassen, damit der Jude als Arzt verschwindet". Jüdische Ärztinnen und Ärzte in Wien 1938-1945, in: Czech, Herwig und Weindling, Paul (Hrsg.), Österreichische Ärzte und Ärztinnen im Nationalsozialismus, Wien 2017, S. 47-66.
[279] Vgl. ebd., S. 60.
[280] Zit. nach ebd., S. 59.

Daniela Angetter und Christine Kanzler resümieren, „dass die wenigen in der Praxis verbliebenen jüdischen Ärzte in die Rolle von Erfüllungsgehilfen der nationalsozialistischen Ausgrenzungs-, Vertreibungs- und Vernichtungspolitik gezwungen wurden, die wohl gerade Ärzte in Hinblick auf traditionelle Normen ärztlicher Ethik in kaum vorstellbare moralische Grenzsituationen brachte."[281]

Während die Hilfen für Verfolgte im Krankenhaus gut belegt sind, fällt dies ungleich schwerer bei Arzt-Patienten-Kontakten im ambulanten und oft noch geschützten privaten Bereich. Rebecca Schwoch berichtet von einem Schreiben Walter Lustigs an die Berliner „Krankenbehandler", indem diese zu sparsamen Verordnungen aufgefordert wurden. Insbesondere Schlafmittel wurden hierbei erwähnt und weiter gemahnt, dass häufig genaue Mengenangaben auf den Rezepten gefehlt hätten, weshalb es wiederholt zur Abgabe großer Packungen in den Apotheken gekommen war.[282]

Wenn auch die Begleitungen des letzten Schrittes durch ärztliches Personal zahlenmäßig nicht zu erfassen sind, so zeigt sich doch auf qualitativer Ebene der große Vorteil einer medizinischen Expertise im Umfeld der Betroffenen. Dies schildert Vera Bendt nach ihren Gesprächen mit der Zeitzeugin und Überlebenden eines Suizidversuchs Ursula Simson folgendermaßen:

> „Wer einen guten Kontakt zu einer Person mit medizinischer Ausbildung und die Möglichkeit hatte, sich das geeignete Mittel zu verschaffen, konnte dafür sorgen, dass insbesondere alte und sehr alte oder von Krankheit gezeichnete Angehörige zu Hause in ihrem eigenen Bett sterben konnten, statt deportiert zu werden. Ursula Simson gab an, dass die ‚Morphiumspritze' noch viel höher im Kurs stand als das Veronal. […] Wenn ein Arzt oder eine Person mit ausreichenden medizinisch-praktischen Erfahrungen die Spritze verabreichte und als ‚natürliche' Todesursache Atemstillstand, Herzstillstand u. Ä. angegeben werden konnte, blieb diese Form des ‚erzwungenen Freitods' unentdeckt."[283]

Es ist davon auszugehen, dass diese spezielle Expertise den Ärztinnen und Ärzten dabei half, auch die eigene Selbsttötung so zu planen, dass das Risiko eines Scheiterns minimiert wurde. In den folgenden Abschnitten werden sowohl die ärztliche Mitwirkung als auch Suizide unter Ärztinnen und Ärzten etwas genauer dargestellt.

---

[281] Zit. nach ebd., S. 53.

[282] Vgl. Schwoch, Krankenbehandler, S. 12. Dies stützt die Erzählung der Zeitzeugin Edith Dietz (s. Abschnitt 2.3), die selbst in der Apotheke eine Großpackung angeboten bekommen hatte. Offenbar fehlten auch hier, beabsichtigt oder nicht, Mengenangaben auf dem Rezept.

[283] Bendt, Der Lebensweg von Ursula Simson, S. 329.

3.3 Suizide von verfolgten Ärztinnen und Ärzten

Von den oben erwähnten bis zu 9.000 jüdischen Ärztinnen und Ärzten nach NS-Definition 1934 waren 1938 noch etwa 3.000 im „Altreich" tätig. Und in der Folge des Approbationsentzuges vom 30. September 1938 durften nur noch 709 von ihnen als „Krankenbehandler" arbeiten und dabei ausschließlich Juden behandeln. Innerhalb von weniger als sechs Jahren sind damit etwa 90 Prozent aller jüdischen Ärzte „ausgeschaltet" worden. Mindestens 4.500-5.000 Ärzte emigrierten nach 1933, etwa 1.500 wurden deportiert.[284]

Spätestens zum Zeitpunkt der Massendeportationen waren die verbliebenen Ärzte mit dem Thema Suizid konfrontiert wie nie zuvor. Und selbstverständlich stellte sich für sie ebenso wie für alle anderen Verfolgten die Frage, wie auf die Ankündigung der Deportation zu reagieren sei: Sollte man mitgehen? Die Flucht in die „Illegalität" wagen? Oder aber die Flucht in den Tod den anderen Optionen vorziehen?

Bereits im Oktober 1940, im Zusammenhang mit der Deportation badischer Juden, wurden die ersten Menschen in eine solche Situation gebracht. Der Pforzheimer Arzt Rudolf Kuppenheim (1865-1940) und seine Frau Lily vergifteten sich, als sie am 22. Oktober von ihrer geplanten Deportation noch am selben Tag erfuhren. Der Protestant Kuppenheim, der auch Parteimitglied der DNVP war, hatte zuvor seine Auszeichnungen aus dem Ersten Weltkrieg ostentativ auf ein Kissen gelegt. Beide verstarben am darauffolgenden Tag im Krankenhaus.[285]

In der Folge soll ein Blick auf die Wege der verfolgten Ärzte gerichtet und dabei auch die Frage beantwortet werden, ob und inwieweit sich die Entziehungsmuster unterschieden im Vergleich zu anderen Verfolgten.

Schon in der ersten Phase der dominant-sozialen Bedrohung ab 1933 ist es zu Suiziden unter Ärzten gekommen – hier noch vor dem Hintergrund gänzlich anderer Motivlagen. Diese Suizide waren oftmals mit Ereignissen im Rahmen der sozialen und wirtschaftlichen Ausgrenzung verbunden. Zu nennen sind hier die Erfahrungen der vorauseilenden Selbstgleichschaltung der ärztlichen Standesorganisationen, die ersten „Judenboykotte", die

---

[284] Die Zahlen gehen v. a. auf die Arbeiten von Leibfried und Kümmel aus den 1980er Jahren zurück und haben seitdem Bestand. Vgl. Leibfried, Stephan, Stationen der Abwehr. Berufsverbote für Ärzte im Deutschen Reich 1933-1938 und die Zerstörung des sozialen Asyls durch die organisierten Ärzteschaften des Auslands, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts (62) 1982, S. 3-39; Kümmel, Werner F., Die Ausschaltung rassisch und politisch missliebiger Ärzte, in: Kudlien, Fridolf (Hrsg.), Ärzte im Nationalsozialismus, Köln 1985, S. 56-81; Kümmel, Werner Friedrich, Jüdische Ärzte in Deutschland zwischen Emanzipation und „Ausschaltung", in: Preiser, Gert (Hrsg.), Richard Koch und die ärztliche Diagnose, Hildesheim 1988, S. 15-47. Kümmel vermutete „nach vorsichtiger Schätzung vielleicht fünf Prozent" Suizide unter den ausgegrenzten Ärzten: Kümmel, Ausschaltung, S. 78.

[285] Vgl. Dross, Fritz u.a., „Ausführer und Vollstrecker des Gesetzeswillens" – die Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie im Nationalsozialismus: Supplement, in: Geburtshilfe und Frauenheilkunde 76 (2016), S. 1-158, hier: S. 89f.

auch zahlreiche Arztpraxen betrafen,[286] der Verlust der beruflichen Existenzen im Rahmen der Massenentlassungen ab 1933, das endgültige Arbeitsverbot nach dem Approbationsentzug im September 1938 und schließlich die reichsweiten Pogrome nur Wochen später. Gerade männliche Ärzte sahen sich ihrer bürgerlichen, oftmals national-konservativen Ehre und Identität beraubt – eine Vielzahl von ihnen hatte am Krieg 1914-1918 teilgenommen. Zur Zeit des Approbationsentzugs prognostizierte der Düsseldorfer Künstler Albert Herzfeld:

> *Heute ist nämlich die Zeit abgelaufen, in der die jüdischen Ärzte ihren Beruf ausüben durften. Von heute ab sitzen sie erwerbslos u. unmöglich ihren Beruf [sic], an dem sie hängen, u. den sie zum Wohl der Allgemeinheit ausgefüllt haben, u. ich bin fest davon überzeugt, daß mancher von ihnen zum Selbstmord schreiten wird.*[287]

Der in Worms angesehene Kinderarzt Dr. Fritz Gernsheim (1872-1938) und seine Frau Rosa (1879-1938) waren da bereits tot. Ende Juli 1938 hatten sich beide das Leben genommen, Grund hierfür waren andere, namenlose Schikanen. „*Wir beiden haben mit dem Leben abgeschlossen. Die Quälereien des letzten Monats haben uns zermürbt, u. die Steuerfahndungskommission haben [sic] das Faß zum Überlaufen gebracht.“*[288]

Eine erste quantitative Annäherung an die dokumentierten Fälle von verfolgten Ärztinnen und Ärzten, die sich nach 1933 das Leben nahmen, wurde 2014 vorgenommen.[289] Hierfür wurden die biografischen Angaben aus verschiedenen Studien zu einzelnen Städten, Regionen sowie Fachdisziplinen ausgewertet, die sich jedoch disparat zeigen mit Blick auf Quellenlage und Forschungsstand.[290] Sie reichen von exemplarischen Beispielen in medizinischen Dissertationen über teils umfassende Regionalstudien – erwähnt sei hier das beeindruckende Beispiel aus Hamburg[291] – bis hin zu noch größer angelegten Forschungsarbeiten wie das

---

[286] So beendete zum Beispiel Arthur Schlesinger (1875-1933), der gemeinsam mit Bruno Wolff eine Chirurgisch–Gynäkologische Privatklinik in Berlin führte, sein Leben am 1. April 1933, dem “Boykott-Tag”. Vgl. hierzu Schwoch, Berliner jüdische Kassenärzte, S. 782.

[287] Zit. nach Woelk, Wolfgang, Jüdische Ärzte in der Stadt und an der Medizinischen Akademie Düsseldorf im Nationalsozialismus (1933-1938), in: Esch, Michael G. u.a. (Hrsg.), Die Medizinische Akademie Düsseldorf im Nationalsozialismus, Essen 1997, S. 55-85. Hier: S. 57.

[288] Der Vorgang samt Abschrift des Abschiedsbriefes befindet sich im Wormser Stadtarchiv (013-Polizeidirektion, 10, 0924). Dank an das Stadtarchiv für die digitale Zusendung der Dokumente.

[289] Die folgenden Abschnitte zur Verfolgung jüdischer Ärzte und zu den dokumentierten Suiziden wurden vorab teilweise in einem Aufsatz publiziert. Vgl. Ohnhäuser, Verfolgung, Suizid und jüdische Ärzte.

[290] Nicht berücksichtigt, vor allem aufgrund der vielfältigen Überschneidungsbereiche, sind hierbei andere maßgebliche Beiträge aus dem Bereich der Aufarbeitung, die (teils universitäre) Kliniken oder auch jüdische (medizinische) Hochschullehrer zum Gegenstand haben. Für letzteren Bereich sei hier auf Sven Kinas hingewiesen, der in seinen Studien über die entlassenen Hochschullehrer immer auch die Selbsttötungen als Reaktion auf die Verfolgung im Blick hat. Vgl. Kinas, Sven, Massenentlassungen und Emigration.

[291] Vgl. Villiez, Anna von, Mit aller Kraft verdrängt. Entrechtung und Verfolgung „nicht arischer“ Ärzte in Hamburg 1933 bis 1945, Hamburg 2009; zuvor: Dies., Die Vertreibung der jüdischen Ärzte Hamburgs aus dem Berufsleben 1933-1945, in: HÄB 3 (2004), S. 110-113.

Gedenkbuch über Berliner jüdische Kassenärzte von Rebecca Schwoch, das mit mehr als 2.000 Kurzbiografien annähernd ein Viertel der in Deutschland damals verfolgten Mediziner umfasst.[292]

Im Vergleich zu den frühen Versuchen von Dokumentationen über verfolgte Ärzte fallen die beiden letztgenannten Arbeiten aus dem Jahr 2009 in eine Zeit der verstärkten institutionellen Förderung solcher Vorhaben, auch seitens der Krankenkassen und der Ärzteschaft selbst. So vergeben beispielsweise Bundesgesundheitsministerium, Bundesärztekammer und Kassenärztliche Bundesvereinigung gemeinsam seit 2006 einen Forschungspreis für Arbeiten zu Ärzten und zur Medizin in der NS-Zeit. Diesem Aufarbeitungsimpuls folgend, haben in den vergangenen Jahren zahlreiche medizinische Fachgesellschaften Forschungsprojekte gefördert und ausgeschrieben, die die Aufarbeitung der Rolle der Fachdisziplin in der Zeit des Nationalsozialismus zum Gegenstand hatten. Dabei wurde meist der Blick auf die Verantwortung des Fachs gerichtet – auch über 1945 hinaus – und ein Versuch des Überblicks über die Verfolgungs- und Vertreibungsverluste vorgenommen.

Trotz der mittlerweile zahlreichen Arbeiten über verfolgte Ärztinnen und Ärzte im Nationalsozialismus fehlt hierin oft noch eine eigenständige Betrachtung der Suizide. Dies gilt auch für einige Biografien über verfolgte Ärzte, die zumeist als medizinische Dissertationen entstanden sind.[293] Peter Voswinckels diesbezügliche Argumentation um die Jahrtausendwende führte in der Sache zu keinem Paradigmenwechsel.[294] Selbstverständlich bleiben in den Überblicksdarstellungen und (Sammel-)Biografien die Selbsttötungen nicht unerwähnt, doch wurden sie in diesem Rahmen bis zu dem erwähnten Schub durch zahlreiche Aufarbeitungsinitiativen selten als eigenständige Handlungskategorie identifiziert oder weitergehend thematisiert.[295] Dadurch wurde über lange Zeit, wenn auch unbeabsichtigt, das

---

[292] Vgl. Schwoch, Berliner jüdische Kassenärzte. Hier wurde auch Arthur Nicolaier mit aufgenommen, vgl. S. 655. Für Berlin sei auf weitere Arbeiten Schwochs hingewiesen, zum Beispiel: Die Rolle der Berliner KV bei der Ausschaltung der jüdischen Kollegen. Aufklärung über Ärzteverfolgung in der NS-Zeit soll mit Forschungsprojekt unterstützt werden, in: KV-Blatt Berlin 05 (2004), S. 25; Jüdische Kassenärzte rund um die Neue Synagoge, Berlin, 2006; „Bestallung erloschen.“, in: Deutsches Ärzteblatt Jg. 105, 39/2008, A2043-A2045.

[293] Vgl. hierzu bspw. Meier, Annerose, Lebensschicksal und wissenschaftliches Werk des Gynäkologen Felix Skutsch (1861-1951), Diss. med., Leipzig 1995 oder Oechsle, Susanne, Leben und Werk des jüdischen Kinderarztes und Wissenschaftlers Erich Benjamin, Diss. med., München 2004.

[294] Vgl. zum Beispiel Voswinckel, Peter, Das Vermächtnis Isidor Fischers. Chancen und Dilemma der aktuellen Medizin-Biographik, in: Bröer, Ralf (Hrsg.), Eine Wissenschaft emanzipiert sich. Die Medizinhistoriographie von der Aufklärung bis zur Postmoderne, Pfaffenweiler 1999, S. 121-137; Voswinckel, Peter, Damnatio memoriae. Kanonisierung, Willkür und Fälschung in der ärztlichen Biographik, in: Bayer, Karen u.a. (Hrsg.), Universitäten und Hochschulen im Nationalsozialismus und in der frühen Nachkriegszeit, Stuttgart 2004, S. 249-270.

[295] Eine Ausnahme stellt hier der kurze Aufsatz von Albrecht Scholz aus dem Jahre 1997 dar. Vgl. Scholz, Albrecht, Der Suizid von Dermatologen in Abhängigkeit von politischen Veränderungen, in: Der Hautarzt 12/97, 48, S. 929-935 (9 dokumentierte Suizide jüdischer Dermatologen). Außerhalb des biografischen Bezugs hatten sich schon 1992 Susanne Hahn und Christina Schröder dem Thema mit einem Aufsatz genähert. Vgl. Hahn, Susanne und

Bild des hilflosen, „passiven Opfers“ tradiert. Duckwitz und Groß haben sich zuletzt gezielt den Suiziden unter Ärztinnen und Ärzten, inkl. der Zahnmedizin, gewidmet und 275 Suizide zwischen 1933 und 1949 betrachtet. In den von ihnen zusammengetragenen Fällen gehen sie sowohl auf Verfolgungssuizide ein als auch auf Suizide von Ärztinnen und Ärzten, die dem NS-System nahestanden oder als NS-Verfolger gelten können.[296]

Dokumentierte Suizide

Bleibt man bei den meist zitierten Zahlen von 8.000 bis 9.000 entrechteten, darunter 4.500 bis 5.000 emigrierten und 1.500 in Vernichtungslagern ermordeten Ärzten als grobe Näherungswerte, sind etwa 1.500 bis 3.000 Schicksale ungeklärt. Damit fällt der genaueren Betrachtung der Selbsttötungen durchaus eine Bedeutung zu. Sie stellen eine aktive Entziehungshandlung dar, die in der Forschung lange Zeit nicht als eigene Kategorie – wie etwa Emigration, Deportation, Ermordung – wahrgenommen wurde, obwohl sie eine durchaus relevante Anzahl unter den verfolgten Ärzten betraf.

Für die Analyse wurden die durchgesehenen Studien getrennt ausgewertet: auf der einen Seite die Arbeiten über Verfolgung in ausgewählten Großstädten und Regionen, auf der anderen die Dokumentationen aus den einzelnen Fachdisziplinen heraus. Insgesamt lässt sich feststellen, dass durch die verstärkten Initiativen in den letzten 20 Jahren, vor allem der ärztlichen Fachgesellschaften, die Schickale von Verfolgten aus der ärztlichen Berufsgruppe mittlerweile als vergleichsweise gut dokumentiert gesehen werden können, wenn auch die herangezogenen Quellen und die Auswertungsmethoden stark variieren. Eva-Bettina Bröcker und Wolfgang Schmitt-Buxbaum haben zuletzt die Arbeiten ab dem Jahr 2000 zusammengetragen und die dokumentierten Biografien dabei jeweils mit dem Reichsmedizinalkalender von 1937 abgeglichen.[297]

Über den *regionalen Zugang* zeigte sich folgendes Bild: Unter 4.132 verfolgten Ärzten, die in den Arbeiten namentlich genannt sind, sind 153 Suizide verzeichnet. [298] In der folgenden

Schröder, Christina, Suizidalität im Nationalsozialismus, in: Psychologie und Gesellschaftskritik 16 (1992), 62, S. 81-102.

[296] Vgl. Duckwitz, Theresa Marie and Groß, Dominik, Searching for motives: Suicides of doctors and dentists in the Third Reich and the postwar period, 1933-1949, in: Endeavour 45 (2021), 4.

[297] Einzelne Zahlen, die noch nicht selbst recherchiert waren, wurden hieraus übernommen, um den Überblick möglichst vollständig zu gestalten. Vgl. Schmitt-Buxbaum, Wolfgang und Bröcker, Eva-Bettina, Von Dr. Abel bis Dr. Zwirn. Das schwierige Gedenken an jüdische Ärzte und Ärztinnen im Nationalsozialismus, Berlin 2022.

[298] Während die Übersicht zu den Fachrichtungen aktualisiert wurde, gibt diese Tabelle noch den Stand von 2014 wieder. Für die hier angegebenen Städte und Regionen lagen zugrunde für Berlin: Schwoch, Berliner jüdische Kassenärzte, Stand vom März 2013, Dank an Rebecca Schwoch für detaillierte Auskünfte; Hamburg: Villiez, Mit aller Kraft verdrängt; Frankfurt/Main: Drexler-Gormann, Birgit, Jüdische Ärzte in Frankfurt am Main 1933-1945: Isolation, Vertreibung, Ermordung, Frankfurt/M. 2008; München: Jäckle, Renate, Schicksale jüdischer und „staatsfeindlicher“ Ärztinnen und Ärzte nach 1933 in München, München 1988; Köln: Hier existiert noch kein

Tabelle ist bei drei Studien der Anteil der Emigrationen mit angegeben (Tab. 5). Bei den anderen Studien nehmen die „ungeklärten Fälle“ teils großen Raum ein, weshalb hier prozentuale Angaben über das Ausmaß der Emigration leicht in die Irre führen. Die jeweils vollständigen Dokumentationen zu Hamburg, Stuttgart und Thüringen zeigen hingegen noch einmal, dass die Emigrationsquote mit 60-75 % vergleichsweise hoch ist. Der Anteil der Suizide liegt hier etwa bei 5 %.

Tabelle 5: Auswertung von Regionalstudien zur Verfolgung jüdischer Ärztinnen und Ärzte

Großstädte/Regionen	Verfolgte	Emigrationen	Suizide
Berlin	2.062		69
Hamburg	432	324 (75 %)	23
Frankfurt/M.	276		5
München	270		15
Köln	176		5
Nürnberg	133		5
Stuttgart	88	66 (75 %)	4
Hannover	70		3
Sachsen	298		15
Baden	240		5
Thüringen	87	52 (60 %)	4
gesamt	**4.132**		**153**

Zugang über die Fachrichtungen

Die Dokumentationen von Schicksalen verfolgter Ärzte, die den *Zugang über die Fachrichtungen* wählen, zeigen in der Gesamtschau ein ähnliches Bild.[299]

derartiger Überblick. Allerdings lassen sich einige Informationen über Ärzte (Stand: 1995) aus der umfangreichen Datenbank zu NS-Verfolgten in Köln erschließen. Dank gilt hier Frau Becker-Jákli für die Informationen; Nürnberg: Höffken, Bernd, Schicksale jüdischer Ärzte aus Nürnberg nach 1933, Berlin 2013, Dank an Dr. Bernd Höffken für die Informationen; Stuttgart: Rueß, Susanne, Stuttgarter jüdische Ärzte während des Nationalsozialismus, Würzburg 2009; Hannover: Arbeitskreis „Schicksale jüdischer Ärzte in Hannover“ (Hrsg.), Jüdische Ärzte in Hannover. Erinnerung und Gedenken, Hannover 2008; Sachsen: Heidel, Caris-Petra, Ärzte und Zahnärzte in Sachsen 1933-1945. Eine Dokumentation von Verfolgung, Vertreibung, Ermordung, Frankfurt/M. 2005; Baden: Mack, Cécile, Die badische Ärzteschaft im Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 2001; Thüringen: Grieser, Thomas, Jüdische Ärzte in Thüringen während des Nationalsozialismus 1933 – 1945, Diss. med., Jena 2003.

[299] Auch diese Aufstellung zeigt die Haupt-Arbeiten und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Nicht mit aufgenommen, da etwas weniger systematisch angelegt, aber dennoch erwähnenswert ist zum Beispiel ein Aufsatz über die Neuropathologen. Vgl. Peiffer, Jürgen, Die Vertreibung deutscher Neuropathologen 1933–1939, in: Der Nervenarzt 2 (1998), S. 99-109.

Hier war die Studie Eduard Seidlers über die jüdischen *Kinderärzte* wegweisend,[300] die ab dem Jahr 2000 und dann mit der Neuauflage 2007 einen Standard für diesbezügliche Aufarbeitungen setzte und die meisten Wege der betroffenen Ärzte nachzeichnen konnte. Heute gelten noch etwa 15 % der Schicksale von 799 ermittelten verfolgten Kinderärzten als ungeklärt.[301] Unter den geklärten Fällen befinden sich 471 Emigrationen, was einer Quote von 70 % entspricht. 33 Suizide sind nachgewiesen und dazu vier vermutete Fälle dokumentiert.
Bei den *Urologen* sind ebenfalls bis auf etwa 13 % alle Schicksale ermittelt.[302]

Die Autoren um Fritz Dross richteten in ihrer Arbeit zur *Gynäkologie* den Blick auf die Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie (DGG) und konnten dabei das Schicksal von 90 % der 150 betrachteten Personen ermitteln. Demnach emigrierten mindestens 95 Gynäkologen, neun nahmen sich das Leben.[303]

Bei den Verfolgten aus der *Augenheilkunde* konnten dank jahrelanger Arbeiten, die maßgeblich von Jens Martin Rohrbach verantwortet wurden, der Anteil der ungeklärten Schicksale von 29 % im Jahr 2011 kontinuierlich reduziert werden. 2014 galten 96 % der Schicksale aller bekannten 193 Biografien als geklärt.[304]

Im Zuge des Aufarbeitungsprojekts der Deutschen Gesellschaft für *Neurologie* haben Axel Karenberg, Heiner Fangerau und Michael Martin 61 Biografien nachgezeichnet, von denen drei mit einem Suizid endeten.[305]

Für die *Dermatologie* war die Arbeit von Sven Eppinger wegweisend, der 2001 die Gesamtzahl von 569 Verfolgten ermittelt hatte und davon 432 weitere Schicksale klären konnte.[306] Da demzufolge noch etwa ein Viertel (24 %) der Schicksale als ungeklärt anzusehen ist, soll auf die Angabe prozentualer Anteile verzichtet werden. In der tabellarischen Übersicht

---

[300] Vgl. Seidler, Eduard, Kinderärzte 1933–1945. Entrechtet – geflohen – ermordet. Erw. Neuauflage, Basel 2007.

[301] Die Dokumentation Seidlers wurde kontinuierlich weitergeführt und ist aktuell in Form einer öffentlichen Datenbank abrufbar, die gemeinsam von der Fachgesellschaft (DGKJ) und dem Berliner Institut für Medizingeschichte (Redaktion: Vera Seehausen) erstellt wurde. Demnach sind von 799 ermittelten Verfolgten die Schicksale von 123 Personen noch ungeklärt [Stand: Dezember 2022]. Siehe hierzu die Datenbank: https://www.dgkj.de/die-gesellschaft/geschichte/juedische-kinderaerztinnen-und-aerzte-1933-1945 [02.12.2022]. Dank an Vera Seehausen für die Beantwortung einiger Fragen.

[302] Vgl. Bellmann, Julia, Lebenswege der jüdischen Urologen während der Zeit des Nationalsozialismus, in: Krischel, Matthis u.a. (Hrsg.), Urologen im Nationalsozialismus, Band 1: Zwischen Anpassung und Vertreibung, Berlin 2011, S. 41-48.

[303] Vgl. Dross u.a., Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie, S. 89f.

[304] Vgl. Rohrbach, Jens Martin, 70 Jahre nach dem Ende des 2.Weltkriegs und der NS-Diktatur – die letzten Namen der „Gedenkliste jüdische Augenärzte“, in: Klinische Monatsblätter Augenheilkunde 232 (2015), S. 691-696; Ders. Jüdische Augenärzte im Nationalsozialismus – eine Gedenkliste, in: Klinische Monatsblätter für Augenheilkunde 228 (2011), S. 70-83.

[305] Vgl. Karenberg, Axel/Martin, Michael/Fangerau, Heiner, Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung deutschsprachiger Neurologinnen und Neurologen während der NS-Zeit: Versuch einer Bewertung, in: Nervenarzt 93 (2022), S. 138-159.

[306] Vgl. Eppinger, Sven, Das Schicksal der jüdischen Dermatologen Deutschlands in der Zeit des Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 2001, S. 276ff.

(Tab. 6) wurden noch sieben Personen hinzugezählt, die Bröcker und Schmitt-Buxbaum ergänzt haben.[307] Eppinger hatte seinerzeit bereits 13 Suizide dokumentieren können.

Gabriele Moser hat sich ab 2010 für die Deutsche *Röntgengesellschaft* und Deutsche Gesellschaft für Radioonkologie mit der Rolle des Fachs im Nationalsozialismus auseinandergesetzt und 159 Biografien recherchiert.[308]

Mit Blick auf die *Pathologie* sind durch Julia Sziranyi, Hendrik Uhlendahl, Nico Biermanns, Dominik Groß und andere mittlerweile 118 Namen von Verfolgten des Nationalsozialismus zusammengetragen worden.[309] Durch den Schwerpunkt der Recherchen auf Quellen zur Emigration zeigt sich hier dieser Anteil entsprechend hoch (77 %). Das zugrundeliegende Projekt „Die Rolle der Pathologie und ihrer Fachvertreter im ‚Dritten Reich'" wurde von der Deutschen Gesellschaft für Pathologie gefördert.

Auch für die *Chirurgie* als eines der größten Fächer hat die Fachgesellschaft die Aufarbeitung substantiell unterstützt. Bei diesen Arbeiten wurden von Rebecca Schwoch und anderen 312 Verfolgte und darunter 15 Suizide ermittelt.[310]

Die maßgeblich von Ralf Forsbach verantwortete Aufarbeitung der Deutschen Gesellschaft für *Innere Medizin* liefert in einem Anhang 220 Biografien, unter denen acht Suizide verzeichnet sind.[311] Aus Teilbereichen der Inneren Medizin, und daher nicht in der Übersicht mit abgebildet, sind noch weitere Aufarbeitungen zu nennen: die von Timo Baumann zur Kreislaufforschung,[312] zur Lungenheilkunde[313] sowie zu den „Magen-Darm-Ärzten".[314]

---

[307] Vgl. Schmitt-Buxbaum und Bröcker, Von Dr. Abel bis Dr. Zwirn, S. 32.

[308] Vgl. Moser, Gabriele, Vor 75 Jahren entzog der NS-Gesetzgeber Ärztinnen und Ärzten die staatliche Berufszulassung, in: Fortschr Röntgenstr 185 (2013), S. 930-935.

[309] Vgl. Sziranyi et al., Disfranchisement, expulsion and persecution of pathologists in the Third Reich – A sociodemographic study, in: Pathology - Research and Practice 215 (2019), 152514; Uhlendahl et al. Success or failure? Pathologists persecuted under National Socialism and their careers after emigrating to the United States, in: Pathology - Research and Practice 218 (2021), 153315; in einem lexikalischen Band sind zuletzt 100 Portraits erschienen, vgl. Biermanns, Nico und Groß, Dominik, Pathologen als Verfolgte des Nationalsozialismus. 100 Portraits, Stuttgart 2022.

[310] Vgl. Schwoch, Rebecca, Deutsche Gesellschaft für Chirurgie 1933-1945, Band 2: Die Verfolgten, hrsg. von Bauer, Hartwig/Kraas, Ernst/Steinau, Hans-Ulrich im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie, Heidelberg 2017, S. 14.

[311] Die Biografiensammlung ist als „work in progress" gekennzeichnet und betrachtet den Zeitraum 1932-1940. Vgl. Forsbach, Ralf und Hofer, Hans-Georg, Internisten in Diktatur und junger Demokratie. Die Deutsche Gesellschaft für Innere Medizin 1933-1970, hrsg. von Sieber, Cornel/Fölsch, Ulrich R. und Broglie, Maximilian G., Berlin 2018.

[312] Vgl. Baumann, Timo, Die Deutsche Gesellschaft für Kreislaufforschung im Nationalsozialismus 1933-1945, Berlin 2017.

[313] Vgl. Loddenkemper, Robert/Konietzko, Nikolaus/Seehausen, Vera (Hrsg., unter Mitarbeit von Florian Bruns und Astrid Ley), Die Lungenheilkunde im Nationalsozialismus, Berlin 2018.

[314] Harro Jenss hat sich für die Deutsche Gesellschaft für Gastroenterologie, Verdauungs- und Stoffwechselkrankheiten mit den „Magen-Darm-Ärzten" befasst und führt 41 Personen auf, darunter vier Suizide. Diese Angaben basieren wiederum auf einer Auszählung aus dem erwähnten Gedenkbuch von Rebecca Schwoch. Vgl. Jenss, Harro, Die Deutsche Gesellschaft für Gastroenterologie, Verdauungs- und Stoffwechselkrankheiten 1933-1945, in: Krischel, Matthis/Schmidt, Mathias/Groß, Dominik (Hrsg.), Medizinische Fachgesellschaften im

Die folgende Übersicht über Verfolgte der verschiedenen Fachrichtungen soll und kann daher nur eine grobe Orientierung geben (Tab. 6). Zu disparat erscheinen die jeweils gewählten Quellenzugänge und Einschlusskriterien, die in manchen Fächern an eine Mitgliedschaft in der Fachgesellschaft gebunden war. Zudem geben die ermittelten Verfolgten jeweils nur den aktuellen Stand der Forschung an und es kann darüber hinaus fachübergreifend zu Doppelnennungen kommen. Wie viele Personen der Fachrichtung dadurch tatsächlich dokumentiert worden sind, im Sinne einer erschöpfenden Aufarbeitung, bleibt offen. Während bei der Kinderheilkunde von einer nahezu vollständigen Erfassung der Fachärztinnen und Fachärzte ausgegangen werden kann, stellen andere Fächer nur die exemplarische Studienlage dar oder umfassen, wie am Beispiel der Gynäkologie, lediglich Mitglieder der Fachgesellschaft. Dies muss kein Nachteil sein, ermöglicht eine Begrenzung doch oftmals einen vertiefenden Blick. Die Übersicht soll daher weniger den Versuch darstellen, eine Gesamtzahl an Verfolgten zu präsentieren als einen Eindruck davon vermitteln, welche Vertreibungsverluste bislang wie dokumentiert wurden – die hier leitende Fragestellung war, wie viele Selbsttötungen bei den jeweiligen Recherchen ermittelt wurden.

Tabelle 6: Auswertung fachbezogener Studien zur Verfolgung jüdischer Ärztinnen und Ärzte

Fachdisziplinen	Ermittelte Verfolgte	Verfolgte mit geklärtem Schicksal	Emigrationen	Suizide
Kinderheilkunde	799	676	471 (70 %)	37 (5 %)
Dermatologie	576	439	259	14
Chirurgie	312	-	171	15
Urologie	240	208	127 (61 %)	10 (5 %)
Innere Medizin (nur DGIM)	220	-	-	8
Gynäkologie (nur DGG)	150	135	95 (70 %)	9 (7 %)
Augenheilkunde	193	185	119 (64 %)	5 (3 %)
Röntgenologie	159	-	77	3
Pathologie	118	118	91 (77 %)	3 (3 %)
Neurologie	61	61	48 (79 %)	3 (5 %)
gesamt	**2.828**			**107**

Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven, Berlin 2016, S. 209-218. Mittlerweile hat die Fachgesellschaft eine Seite mit Datenbank eingerichtet, in der sich aktuell 93 Namen finden: https://www.dgvs-gegen-das-vergessen.de/biografien/ [10.02.23].

Bei den wenigen (nahezu) vollständigen Dokumentationen liegt der Anteil der Suizide zwischen 3 % und 7 %. Bezieht man den Anteil jedoch nicht auf die Gesamtzahl aller Ärztinnen und Ärzte mit dem Stand von 1933, sondern blickt allein auf die Gruppe der nicht emigrierten Ärzte,[315] zeigt sich ein anderes Bild. Für die „Daheimgebliebenen" waren die Suizide spätestens ab 1941 allgegenwärtig – durch Erfahrungen in der ärztlichen Berufsausübung sowie als eigene potentielle Handlungsoption. Von den 69 Suiziden beispielsweise, die Rebecca Schwoch bereits 2009 unter den jüdischen Kassenärzten Berlins dokumentiert hat, wurden 47, und damit mehr als zwei Drittel der Fälle, zwischen 1941 und 1943 verübt.

Nach wie vor ist nur etwa die Hälfte der „Ärzte-Schicksale" zwischen 1933 und 1945 dokumentiert und dies zum Teil recht lückenhaft. Trotz einer schwer abzuschätzenden Dunkelziffer scheint es vertretbar, von mindestens 300 Selbsttötungen unter den verfolgten Ärztinnen und Ärzten auszugehen.

Von den 369 identifizierten „Krankenbehandlern" gelang 83 die Emigration. Unter den übrigen 286 hat Rebecca Schwoch 14 Suizide dokumentiert.[316] Das sind mit 4,9 % nicht wesentlich mehr als bei anderen Verfolgtengruppen und es spricht für die Annahme, dass damit Suizide unter Ärztinnen und Ärzten im Vergleich nicht häufiger vorkamen, obwohl sie den (besseren) Zugang zu entsprechenden Medikamenten und Substanzen hatten. Für alle anderen Verfolgten, die auf eine solche Hilfe angewiesen waren, fiel ihnen aus diesen Gründen dennoch eine besondere Rolle zu. In Verbindung mit der ärztlichen Schweigepflicht sowie der Möglichkeit, Atteste auszustellen – und dadurch, zumindest theoretisch, Rückstellungen von Deportation oder auch Zwangsarbeit erwirken zu können – wurden vertrauenswürdige Ärztinnen und Ärzten zu idealen Helferfiguren für Verfolgte in höchster Bedrängnis. Und einige halfen aktiv, wie in der Folge etwas näher beschrieben werden soll.

3.4 Zwischen Hilfe und Beihilfe: ärztliche Einbindung in das Suizidgeschehen

Bevor der Blick noch einmal gezielt auf die Rolle im Zusammenhang mit den Verfolgungssuiziden gerichtet wird, müssen die zahlreichen Hilfsleistungen durch Ärzte auch auf anderen Ebenen, etwa der Durchführung von Operationen, erwähnt werden. Unzählige Menschen machten spätestens nach Erhalt des Deportationsbescheids Eingaben bei der

[315] Allerdings sind in der Gesamtzahl auch einzelne Fälle enthalten, die in der Emigration und/oder nach Kriegsende begangen wurden. Durch den Bruch in allen Biografien ab 1933 gehören diese mit in die Aufstellung. Suizide in der Emigration, während der Deportationen oder auch im Konzentrationslager sollten jedoch aufgrund der gänzlich veränderten Rahmenbedingungen eigenständig betrachtet werden. Siehe hierzu auch Kap- I.

[316] Vgl. Schwoch, Krankenbehandler, S. 183ff.

Jüdischen Gemeinde und hofften auf eine Verschonung oder zumindest Aufschub. Die Chancen hierfür waren minimal, wenn überhaupt konnten medizinische Gründe eine – zumindest temporäre – Rückstellung von der Deportation bewirken. Entsprechend hoch war der Ansturm auf die Ärzte, was zum Beispiel Atteste anbelangte.[317] Und da auch diese aus genannten Gründen nicht wahllos ausgestellt werden konnten, mussten die Ärzte zwangsläufig eine Auswahl vornehmen. Ein zusätzliches Dilemma bestand darin, dass alle Transporte in den Osten „aufgefüllt" wurden, wenn Personen auf der vorgesehenen Liste „ausfielen", wie es im NS-Jargon lautete. Und so hatte die Rückstellung für die einen zwangsläufig den vorgezogenen Abtransport für andere zur Folge, was vielen Ärzten vermutlich bewusst war. Zudem standen die Rückstellungen unter Beobachtung, was zusätzlichen Druck auf die betreffenden Ärzte bedeutete. So schildert **Lucie Adelsberger** (1895-1971) in ihren Erinnerungen eine Begebenheit, bei der ein langjähriger Patient trotz Magenblutungen deportiert werden sollte.[318] Sie habe den jüdischen Arzt kommen lassen, der über die Transportfähigkeit zu entscheiden hatte und diese bejahte, woraufhin Adelsberger ihn ungläubig zur Rede stellte:

> *„Er schaute mich bedrückt an, (...) und nach einer Weile stieß er heraus: ‚Er oder ich. Einer muß dran glauben.' Er hatte schon viel zu viele zurückgestellt und war gemaßregelt worden. Arzt sein war eine Farce, sobald man zum Handlanger der Gestapo wurde."*[319]

Dennoch: zahlreiche Verfolgte erlebten das Kriegsende nur deshalb, weil genuin ärztliche Interventionen dafür sorgten, dass sie in entscheidenden Momenten dem Zugriff der NS-Verfolger entzogen wurden. So auch **Ruth Winkelmann** (geb. 1928), die sich als 16-Jährige im Jüdischen Krankenhaus gesund einer Blinddarm-OP unterzog.[320] Vorangegangen war die wiederholte Sorge vor neuerlichen Deportationen und Razzien durch die Gestapo in den Arbeitsstätten. Mit der Idee einer längeren Krankschreibung hatte Winkelmann von Arbeitskollegen einen Dr. Simon empfohlen bekommen, auf den man sich dem Vernehmen nach verlassen konnte. In der Praxis von Dr. Simon, der eine jüdische Frau hatte, schlug dieser eine Blinddarm-OP vor. Winkelmann beschreibt, dass sie von ihm genau instruiert wurde: wie sie für einen harten Bauch zunächst große Stücke roher Kartoffeln zu schlucken hatte und bei welcher der anstehenden manuellen Untersuchungen sie Schmerzen simulieren sollte. Hier

---

317 Auf welche Weise Ärzte in der NS-Zeit insgesamt Ihre Befugnis zum Ausstellen von Attesten einsetzten und zugunsten Dritter nutzten oder auch solche verweigerten, wäre ein eigenes Forschungsthema. Dabei wäre neben den hier beschriebenen Situationen in erster Linie an Atteste in Lazaretten hinter der Front zu denken, die oftmals zumindest einen Heimaturlaub nach sich zogen, oder auch an Atteste im Kontext von Zwangsarbeit.

318 Vgl. Adelsberger, Lucie, Auschwitz. Ein Tatsachenbericht, Berlin 1956, S. 22f.

319 Ebd., S. 23.

320 Für die folgende Darstellung vgl. Winkelmann, Ruth, Plötzlich hieß ich Sara. Erinnerungen einer jüdischen Berlinerin 1933-1945, Berlin 2011, S. 123ff.

zeigt sich, dass es ratsam war auch Scheineingriffe so vorzubereiten, dass sie nicht ohne Weiteres entweder entdeckt wurden, oder aber gegebenenfalls ahnungslose ärztliche Kollegen in Gefahr brachten. Winkelmann jedenfalls wurde der Blinddarm entfernt, sie wurde danach im Jüdischen Krankenhaus von Dr. Simon weiterbehandelt. Dieser bemängelte ihre schnelle Wundheilung und manipulierte insgesamt drei Mal die OP-Wunde so, dass Ruth Winkelmann länger im Krankenhaus verbleiben musste. Ruth Winkelmann beschreibt, dass durch diese Prozedur eine sehr auffällige Narbe an ihrem Bauch zurückblieb: „Aber damit konnte ich leben. Weil ich dadurch am Leben blieb."[321]

Am Leben blieb auch **Margot Friedländer** (geb. 1921), nicht zuletzt durch eine aktive ärztliche Hilfeleistung.[322] Friedländer lebte bereits als Untergetauchte in Berlin, als ein Helfer ihr die Möglichkeit zu einer Nasen-Operation vermittelte: *„Ich muss nicht lange nachdenken. Ich bin sofort bereit dazu. Eine Operation: das ist etwas anderes als gefärbte Haare und ein abgetrennter Judenstern. Ein paar Schnitte, und ich bin nicht mehr die Margot, die ich früher war."*[323] Friedländer berichtet weiter, dass ein ehemaliger Assistent des bekannten plastischen Chirurgen Jaques Joseph[324] (1865-1934) sie in seinem Sprechzimmer in einer Praxis im Berliner Westen operierte. Die Nase wurde verkleinert und Friedländer anschließend in eine ihr unbekannte Wohnung gebracht, in der sie eine Woche lang von einer Krankenschwester und einer Helferin versorgt wurde. Bezahlen musste sie für diese Leistungen nichts. Ihr Bericht zeugt von einer funktionierenden Hilfslogistik im Verborgenen, die dazu beitrug, dass Friedländer in der Folge nicht als Untergetauchte entdeckt wurde.

Die Ärztin **Charlotte Pommer** (1914-2004) berichtet in ihren Erinnerungen aus der Zeit im Staatskrankenhaus der Polizei in Berlin-Mitte über Versuche, Suizidmittel für inhaftierte Angehörige des Widerstands im betreuten Gefängnis Lehrter Straße zu beschaffen. Hierfür besucht sie wiederum den Pharmakologen Wolfgang Heubner – ihre Erinnerungen hierzu werden im Kapitel III („Helfernetzwerke") noch ausführlicher wiedergegeben.

---

321 Ebd., S. 127.

322 Vgl. in der Folge Friedländer, Margot, „Versuche, Dein Leben zu machen". Als Jüdin versteckt in Berlin, Berlin 2008, S. 132-136.

323 Ebd., S. 133.

324 Joseph gilt als einer der Begründer der plastischen Chirurgie und erlangte insbesondere durch seine Nasenwiederherstellungen bei Versehrten des Ersten Weltkriegs Berühmtheit. Auch Jaques Joseph litt unter der NS-Verfolgung und Entrechtung und erlag 1934 einem Herzinfarkt. Zu Jaques Joseph siehe Gerste, Ronald D., Jacques Joseph. Das Schicksal des großen plastischen Chirurgen und die Geschichte der Rhinoplastik, Kaden, Heidelberg 2015 sowie Behrbohm, Hans und Briedigkeit, Walter, Jacques Joseph (1865-1934). Ein Pionier der plastischen Gesichtschirurgie, Berlin 2007.

Suizidale Handlungen

Der im Kapitel zuvor ausführlich beschriebene Doppelsuizid des Arztes Ernst Neisser und seiner Cousine im Herbst 1942 war durch einen befreundeten Arzt unterstützt worden, der zusätzliche Mengen an Veronal und Morphium zur Verfügung gestellt hatte. Bei aller Selbstverständlichkeit, die diese Hilfsleistung und auch die Schilderung des Hergangs auf den ersten Blick suggerieren mag, darf nicht vergessen werden, dass vor diesem Endpunkt von allen beteiligten Akteuren ein fast zehn Jahre langer Weg beschritten worden war. Und das gilt selbstverständlich für alle Entscheidungen dieser Art im Kontext der Deportationen.

Aus zahlreichen Berichten von Ärztinnen und Ärzten geht gleichwohl hervor, dass das Thema Suizid schon ab dem Jahr 1933, angesichts der politischen Veränderungen, Einzug in die Gespräche mit Patienten gehalten hatte. So berichtete zum Beispiel die Berliner Ärztin **Hertha Nathorff** (1895-1993) einige Male in ihren Tagebüchern darüber, wie schon gezeigt. Doch über die ärztlichen Reaktionen hierauf, den Umgang mit dieser plötzlich auftretenden, realistischen Handlungsoption für viele der Bedrängten, ist weitaus weniger bekannt. Hertha Nathorff schreibt dazu einmal im Januar 1935 – und damit in einer noch frühen Phase der organisierten Verfolgung – dass sie nicht bereit sei, einen Suizid ärztlich zu unterstützen: *„Die Patienten bitten um Rezepte für Veronal und ähnliche Medikamente. Ich verweigere sie, ich habe genug Selbstmorde gesehen, ich will wenigstens nicht dazu verhelfen."*[325] Vier Jahre später, im April 1939, schildert sie die Bitte eines ehemaligen Dachau-Inhaftierten um Gift: *„Als er mich sieht, klammert er sich an mich und bittet flehentlich um Gift: ‚Lieber tot als weiterleben in diesem Lande!'"*[326]

Allein, eine anschließende Information, wie sie darauf reagierte, fehlt. Somit schildert Nathorff solche Begegnungen zwar einerseits sporadisch und recht offen, zu der heikelsten Frage aber – ob sie letztlich mit Rezepten, Medikamenten oder anderweitig „geholfen" hat oder nicht – schweigt das Tagebuch. Zudem emigrierte Hertha Nathorff noch im Jahr 1939 und erlebte damit die immense Verschärfung des Verfolgungsdrucks und die rapide steigenden Suizidzahlen im Land ab 1941 nicht mehr direkt in ihrer ärztlichen Praxis.

Worin bestand das Dilemma aus ärztlicher Sicht? Zunächst einmal muss die individuelle Einstellung zum Suizid und zu dessen Legitimität berücksichtigt werden. Dass sich gefestigte Wertevorstellungen und moralische Beurteilungen unter dem Eindruck der politischen Ereignisse, der Alltagserfahrungen und nicht zuletzt der Not der Menschen ändern konnten, muss sodann mit bedacht werden. Somit waren diejenigen Ärzte, die häufig mit Suiziden

[325] Tagebucheintrag Hertha Nathorff vom 3. Januar 1935, in: Benz, Das Tagebuch der Hertha Nathorff, S. 67.
[326] Eintrag vom 12. April 1939, in: ebd., S. 158.

konfrontiert wurden, geradezu gezwungen, sich dem Phänomen gegenüber (neu) zu positionieren. Das Alltagsgeschehen konnte auch konkret mit dem ärztlichen Berufsethos kollidieren: Menschen nach Suizidversuchen *nicht* zu retten, stand in den Jahren zuvor nicht zur Debatte. Doch das Primat der „Lebensrettung" verlor in Zeiten von Deportationen, höchster Not der Menschen und Gerüchten aus den besetzten Gebieten im Osten einiges an seiner Klarheit.

Daneben handelte es sich nicht allein um eine Frage des persönlichen und ärztlichen Gewissens: Beihilfe zum Suizid stand im „Dritten Reich" allgemein unter Strafe und das Risiko wurde dadurch erhöht, dass das ärztliche Handeln, zum Beispiel im Jüdischen Krankenhaus, genau beobachtet wurde. Die ambulant als „Krankenbehandlerin" tätige Edith Kramer erwähnt sowohl die zahlreichen Anfragen zu Verschreibungen und zur letalen Dosis von Schlafmitteln als auch Besuche der Gestapo in den Behandlungsräumen, um die Rezepte zu überprüfen.[327] Auch aus Hamburg wurde berichtet, dass Ärzte von der Gestapo aufgesucht wurden, die auf der Suche nach der Quelle der Schlafmittel angesichts der zahlreichen Suizidfälle waren.[328]

Daher verwundert es nicht, dass die Mehrzahl der Berichte, die von ärztlichen Unterstützungsleistungen im Rahmen von Suiziden handeln, indirekter Natur sind. So berichtet beispielsweise Beate Abrahamov-Davidson Jahrzehnte später von ihrem Vater, der jüdischer Arzt war:

> *„Meine Eltern sind geblieben – es nahm kein gutes Ende. Sie wurden von Frankfurt aus deportiert. Ich hatte gedacht, sie würden sich vorher das Leben nehmen, mein Vater war ja Arzt und hatte immer Veronal im Haus – zum Schluss bestand seine Haupttätigkeit darin, all seinen Freunden Veronal zu geben. Vermutlich hatte er schließlich keines mehr für sich selber."*[329]

Aus dem Sammellager Berg am Laim berichtet der Zeitzeuge **Walter Geismar** (1923-2015), folgendes Ereignis: Im März 1943, kurz vor einem der letzten Transporte nach Auschwitz, wurde ihm im Lager aufgetragen, vor der Nacht für die Verdunkelung aller Räume zu sorgen. In einem Raum sah er den Arzt Rudolf P. über einem Bett gebeugt stehen, vor ihm in zwei Betten ein frisch verheiratetes Paar, das in Suizidabsicht Schlaftabletten eingenommen hatte. Geismar habe den Arzt angesprochen, dass er die beiden doch hoffentlich nicht retten würde. Der Arzt habe darauf folgendermaßen reagiert: *„Er schüttelte nur seinen Kopf und legte seinen*

[327] Vgl. Kwiet, The Ultimate Refuge, pp. 135-167, here p. 159.
[328] Vgl. ebd.
[329] Bericht Beate Abrahamov-Davidson, in: Glaser, Marlis, Neue Arbeiten 2008-2012, Bilder über Menschen und Bücher, Bäume und Früchte, Biberach 2012, S. 86.

Finger auf den Mund, um dann mit lauter Stimme fortzufahren: ‚Natürlich muss ich sie retten, denn sie müssen doch mit dem nächsten Transport nach dem Osten!' "[330] Hier wurde Walter Geismar Zeuge einer Szene, die sich so oder ähnlich vielfach zugetragen haben dürfte: Ärztinnen und Ärzte, die sich – als einzige befugt, den Tod amtlich festzustellen – vor die Entscheidung gestellt sahen, Menschen nach Suizidversuchen zu „retten", oder aber dies zu unterlassen und sie damit vor dem vermutet schweren Schicksal zu bewahren, mithin auch dadurch den letzten Willen zu respektieren. Auch hier dürften der situative Kontext und die jeweilige Intensität der Verfolgung einen entscheidenden Einfluss auf die ärztliche Entscheidung gehabt haben. Orte wie das genannte Sammellager gab es in dieser oder ähnlicher Form, oftmals als sogenannte Judenhäuser, zahlreiche im ganzen Land. Hier wurden viele der letzten Entscheidungen getroffen und auch für das genannte Lager galt: „Der Freitod gehörte zum Alltag in Berg-am-Laim und Milbertshofen."[331]

Wie an anderer Stelle erwähnt, hatte sich ab Mitte des Jahres 1942 die Erkenntnis durchgesetzt, dass „im Osten" nur großes Leid und der Tod zu erwarten waren. Zwei Jahre zuvor, im Oktober 1940 beging die Wormser Kinderärztin Elisabeth Spies einen Suizidversuch gemeinsam mit ihrer Mutter. Während die Mutter verstarb, war Elisabeth Spies durch einen ärztlichen Kollegen „zurückgeholt" worden. Sie wurde nach Theresienstadt deportiert und später in Auschwitz ermordet. Der Arzt, der ihr zuvor das „Leben gerettet" hatte, haderte nach Aussagen seiner Ehefrau bis zu seinem Lebensende schwer mit dieser Entscheidung. [332]

Die Heidelberger Ärztin **Marie Clauss** (1882-1963)[333] war mit zahlreichen Menschen jüdischer Herkunft befreundet und in der Zeit der NS-Verfolgung bekannt dafür, dass man sich vertrauensvoll an sie wenden konnte. Sie hatte bereits 1940 die Menschen zur Deportation nach Gurs begleitet. Für 1944 ist ihre Hilfe für versteckte Verfolgte bezeugt, hier organisierte sie medizinische Hilfe, ohne dass die versteckten Personen in der Folge entdeckt wurden.[334] Renate Marzolff berichtet in ihrem Beitrag über Marie Clauss von fünf Patientinnen und Patienten der Ärztin, mit denen sie zugleich freundschaftlich verbunden war und denen sie dabei geholfen hatte, aus dem Leben zu scheiden.[335] Dabei handelte es sich um folgende Personen, mit Tag des

---

[330] Brief Walter Geismar an den Verfasser vom 16.10.2011. An dieser Stelle sei dem Leiter des Münchner Stadtarchivs, Herrn Dr. Andreas Heusler, für die Vermittlung des Kontakts gedankt.

[331] Schrafstetter, Susanna, Flucht und Versteck. Untergetauchte Juden in München – Verfolgungserfahrung und Nachkriegsalltag, Göttingen 2015, S. 55f.

[332] Vgl. hierzu den Bericht samt Quellenangaben unter http://www.wormserjuden.de/Biographien/Spies-III.html [30.09.2023].

[333] Marzolff, Renate, Die Enkelin des Philosophen. Zur Familien- und Lebensgeschichte der Heidelberger Ärztin Marie Clauss (1882–1963), in: Heidelberger Geschichtsverein e. V (Hrsg.), Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt 14 (2010), S. 47-73.

[334] Vgl. ebd., S. 66.

[335] Vgl. ebd., S. 67.

Suizids laut Gedenkbuch: Mina Jordan (30. Juni 1939) und Paul Jordan (15. Juli 1940), Violetta Freifrau von Waldberg (10. April 1942), Anna Traumann (21. August 1942) sowie Leontine Goldschmidt (25. August 1942). Die genaueren Umstände sind nicht überliefert, es wird lediglich die Bereitstellung von Mitteln sowie explizit Veronal erwähnt. Wie vielen Menschen Marie Clauss darüber hinaus in den schwersten Stunden beistand und gegebenenfalls mit Mitteln die (sichere) Durchführung der Selbsttötung ermöglichte, ist nicht bekannt. Marzolff zitiert noch aus den Lebenserinnerungen der im Versteck überlebenden Katharina von Künssberg, die im August 1942 zum Suizid entschlossen war und ein letztes Gesuch zur Rückstellung von der Deportation an den Gauleiter gerichtet hatte: „Nach bangen zehn Tagen – Frl. Clauss, die gute, hatte mir das nötige Medikament gegeben und Pfarrer Maas einen letzten Segen – kam doch die Erlösung."[336] Marie Clauss hat sich selbst zeitlebens nie zu diesen konkreten Hilfen geäußert.

Auch Berichte von anderen Ärztinnen und Ärzten über ihre eigene Rolle bei suizidalen Handlungen sowie die Reaktionen auf die zunehmenden Anfragen und Hilfegesuche der Verfolgten gibt es aus den bereits genannten Gründen kaum. Eine seltene Ausnahme ist die damals in Berlin tätige Ärztin **Hermine Heusler-Edenhuizen** (1872-1955), die in ihren Lebenserinnerungen offen über das Thema berichtete. So schildert sie dort den Hausbesuch bei einer 84-jährigen jüdischen Patientin im September 1942:

„Weil sie nicht mehr zu mir kommen durfte, ging ich zur Behandlung zu ihr. […] Da erfuhr ich, daß jetzt auch die alten Juden abtransportiert werden sollten und sie nun jeden Tag abgeholt werden könne. Ich kenne sie ja genug, meinte sie, um zu wissen, daß sie solchem Erleben nicht mehr gewachsen sei. – Da habe ich ihr – und das würde ich in einem ähnlichen Fall genau so wieder tun – Mittel aufgeschrieben und Anweisungen gegeben, um vor dem ‚Ermordetwerden unter Qualen' sich selbst zu töten […]. Am nächsten Tage kam die Nachricht, daß man sie tot im Bett gefunden hätte."

An gleicher Stelle des Buches geht sie diesbezüglich auch auf die Pogrome 1938 ein und schildert das ärztliche Dilemma, das sich schon zu diesem Zeitpunkt auftat:

„An dem unglückseligen 9. November haben viele, viele Juden das gleiche tun wollen, sind aber nicht damit zurecht gekommen und dann bewußtlos, benommen und mit schweren Verletzungen in die Krankenhäuser gebracht worden, wo die Ärzte ihnen pflichtgemäß zum Leben zurückverhelfen mußten. Eine junge Kollegin erzählte mir von dieser schlimmen

[336] Zit. nach ebd.

Nacht. Sie hätte lieber überall Morphium geben mögen zur Beendigung des gequälten Lebens.“[337]

Die Offenheit, mit der Heusler-Edenhuizen sowohl über die Bereitstellung der Mittel als auch über ihre Anweisungen zur „erfolgreichen“ Durchführung des Suizids berichtet, mag mit ihrer starken Persönlichkeit – als Frauenrechtlerin und erste niedergelassene Frauenärztin in Deutschland – zusammenhängen. Außerdem hatte sie zum Zeitpunkt der Niederschrift dieser Erinnerungen schon aus Altersgründen, zumindest berufsrechtlich, keine Konsequenzen mehr zu befürchten. Wie aus den Schilderungen hervorgeht, hatte sie als „arische“ Ärztin die jüdische Patientin zuhause aufgesucht, und sich damit über das bestehende Behandlungsverbot hinweggesetzt. Wie viele ihrer Kollegen es ihr gleichtaten und vereinzelt oder regelmäßig trotz des Verbots Juden behandelten, lässt sich kaum mehr bestimmen. Ein Grund hierfür dürfte auch das gesellschaftliche Klima der Nachkriegsjahrzehnte darstellen, das bis in die 1980er Jahre hinein schlichtweg keinen öffentlichen Raum und Resonanzboden für Berichte über Hilfen für verfolgte Juden bot – und noch weniger für Hilfen, die im Zusammenhang mit den weitestgehend tabuisierten Selbsttötungen standen.

3.5 Zusammenfassung

Auf Ärztinnen und Ärzte trafen die Rahmenbedingungen der Ausgrenzung und Verfolgung ab 1933, unter anderem durch schrittweise Berufsverbote, ebenso zu wie auf andere Berufsgruppen, weshalb sich für sie vergleichbare Fragen nach der Reaktion auf den zunehmenden Verfolgungsdruck stellten. Der hier vorgestellte Blick auf die dokumentierten Schicksale zeigt, dass auch viele Ärztinnen und Ärzte das selbstbestimmte Lebensende wählten – sowohl als Reaktion auf die Zerstörung der beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Basis als auch vor dem Hintergrund des zunehmenden Verfolgungsdrucks, gipfelnd in den Deportationen. Die Verfügbarkeit von Medikamenten und die medizinische Expertise zur sicheren Durchführung einer Selbsttötung führten jedoch nicht zu einer nachweisbar höheren Suizidalität im Vergleich mit anderen Verfolgten. Wohl aber zeigen sich bekanntermaßen höhere Emigrationsquoten, die sich mit der zuvor vergleichsweise besseren wirtschaftlichen Situation der Ärztinnen und Ärzte erklären lassen, was wiederum zu einer insgesamt geringeren Zahl an Daheimgebliebenen nach 1941 führte.

[337] Prahm, Heyo (Hrsg.), Hermine Heusler-Edenhuizen: Die erste deutsche Frauenärztin. Lebenserinnerungen im Kampf um den ärztlichen Beruf der Frau, Opladen 1997, S. 154.

Ärztinnen und Ärzte – jüdische wie nicht-jüdische – haben in zahlreichen Fällen nach 1933 aktive und spezifisch ärztliche Hilfe für andere Verfolgte geleistet. Insbesondere im Zusammenhang mit Suiziden nahmen sie eine exponierte Stellung ein. Anders formuliert: Als Verfolgte waren sie Gleiche unter Gleichen, als Ärzte wurden sie zu gefragten Experten für den letzten Ausweg.

Für die tausenden Menschen, die sich dem Zugriff der NS-Verfolger durch Suizid entzogen oder diese Option erwogen, fiel ihnen qua Profession eine Schlüsselrolle zu: Zum einen existierten noch immer gewachsene Arzt-Patienten-Beziehungen und ein damit verbundenes Vertrauensverhältnis, das Raum auch für solch sensible Themen geben konnte. Zum anderen waren es Ärzte, die nach Suizidversuchen gerufen wurden, um Hilfe zu leisten oder um den Tod festzustellen. Die Recherchen zeigen: Viele Menschen, die nach Auswegen suchten, nutzten (auch) die ärztliche Expertise, wenn es ihnen möglich war. Dies geschah auf breiterer Basis mit dem Beginn der Deportationen aus Berlin. Auf ärztlicher Seite wiederum finden sich einige Zeugnisse dafür, dass sie nicht nur zunehmend in vorbereitete oder spontane Suizide involviert waren sondern auch, dass sie ihre Handlungsspielräume oftmals im Sinne der Verfolgten nutzten. Dabei bewegten sich alle Ärztinnen und Ärzte, die ab 1941 noch Verfolgte als ihre Patienten behandelten – entweder offiziell als jüdische „Krankenbehandler“ oder illegalerweise „arische“ Kolleginnen und Kollegen – in einem besonderen Spannungsfeld. Spätestens mit den Deportationen und damit auch den alltäglichen Häufungen von Suiziden und Suizidversuchen stand das medizinische Personal permanent vor der Entscheidung zwischen Lebensrettung auf der einen Seite und Verkürzung des Leidens auf der anderen. Viele Ärzte, die von Verfolgten aufgesucht wurden, bewegten sich spätestens dann in einem Spannungsfeld zwischen Hilfe und Beihilfe. Wie viel Hilfe welcher Art war ärztlich und menschlich-moralisch in dieser Ausnahmesituation geboten? Wie veränderte sich der Blick auf das übergeordnete Prinzip der Lebensrettung mit dem zunehmenden Ahnen und Wissen um die Folgen für deportierte Menschen? Und wo begann eine, nicht zuletzt strafbewehrte, Beihilfe im Sinne der aktiven Unterstützung bei Selbsttötungen?

Nach Sichtung der überlieferten Quellen und Erfahrungsberichte lässt sich zumindest für Berlin resümieren, dass die ärztlichen Einstellungen zum Suizid von Verfolgten in ihrer Notsituation eine graduelle Wandlung erfuhren: hin zu mehr Unterstützung. Die Gründe hierfür lagen in einer über Jahre zunehmenden repressiven Politik, die mit sozialer Ausgrenzung und Isolation einherging, in wirtschaftliche Notlagen der Betroffenen und den Verlust der angestammten Wohnungen mündete und – am Ende entscheidend – in der geplanten Deportation aller als jüdisch definierten Bürgerinnen und Bürger gipfelte. Der Blick auf die

ärztlichen Motivlagen sollte also nicht allein auf die Frage verengt werden, über wieviel Wissen zu den Tötungen „im Osten“ die Ärzte verfügten. Schon allein die vage Kenntnis von allgemein miserablen Zuständen der Unterbringung und Versorgung an den Deportationszielen konnte aus ärztlicher Perspektive – je nach Alter, Grunderkrankung und Gesundheitszustand – ein Todesurteil für ihre Patientinnen und Patienten bedeuten und folglich auch das ärztliche Handeln beeinflussen.

Das medizinische Personal des Jüdischen Krankenhauses befand sich hierbei ab 1941 gewissermaßen im Auge des Sturms. An diesem Ort in der Iranischen Straße kulminierten, argwöhnisch überwacht durch die Gestapo, zentrale Aspekte der ärztlichen Einbindung in das Deportationsgeschehen: die Begutachtung zur Transportfähigkeit („Transportreklamations-stelle“) und letzte Handlungsspielräume für eine Rückstellung von der Deportation durch offene Aktionen (Atteste) wie auch verdeckte (z.B. durch Scheinoperationen und andere fingierte Behandlungen). Hinzu kam die Versorgung der Verfolgten nach Suizidversuchen. Nach den ersten Schocks, die die massenhaften Einlieferungen rund um die Deportationstage ausgelöst hatten, trat auch hier ein gewisser Gewöhnungseffekt seitens des medizinischen Personals ein. Der im Laufe des Jahres 1942 rapide absinkende Anteil an Patienten, der nach einem Suizidversuch im Krankenhaus ins Leben „zurückgeholt“ wurde, deutet darauf hin, dass sich unter dem dort tätigen medizinischen Personal eine Tendenz zum Sterbenlassen mit dem Ziel der Verhinderung weiteren Leids durchgesetzt hatte. Sanktionen der Verfolger wie zum Beispiel die beschleunigte Deportation der Überlebenden nach einem Suizidversuch noch aus dem Krankenhaus heraus, dürften an dieser Handlungsmaxime einen entscheidenden Anteil gehabt haben.

Nicht überall lag die Erkenntnis, welche Folgen eine „Lebensrettung“ mit sich bringen konnte in dieser brutalen Deutlichkeit offen. Und nicht immer waren die Einstellungen zum Suizid – als Handlungsoption für sich selbst oder für andere – grundsätzlich liberal oder situativ bedingt eindeutig positiv. Es gab durchaus auch diskutierte Gegenpositionen, ob aus religiösen oder anderen Beweggründen, von denen zwei Beispiele in der Folge exemplarisch dargestellt werden.

.

3.6 Reflexionen über die Selbsttötung

3.6.1 Die Gegenposition – Viktor Frankl in Wien

Der Wiener Neurologe und Psychiater Viktor Frankl (1905-1997) gilt als Begründer der Logotherapie und Existenzanalyse, in deren Mittelpunkt das existentielle Streben des Menschen nach Sinn im Leben steht. Bereits 1928 organisierte er nach ersten Erfahrungen in der psychotherapeutischen Arbeit Beratungsstellen für Jugendliche in Wien, an die sich Heranwachsende in seelischen Notlagen unentgeltlich wenden konnten.[338] Auf eine Zunahme von Suiziden unter Schülerinnen und Schülern rund um die Zeugnisvergaben in Wien reagierte Frankl 1930 mit einem gezielten Programm zur Schülerberatung, und bereits ein Jahr später gab es seinen eigenen Angaben zufolge erstmals keinen Suizid im Zusammenhang mit den Zeugnisterminen. Von 1933 bis 1937 leitete Frankl den sogenannten Selbstmörderinnen-pavillon im Psychiatrischen Klinikum „Am Steinhof" und vertiefte damit über viele Jahre seine Erfahrungen auf dem Feld der Suizidprävention und -therapie.[339] Als jüdischer Arzt durfte er ab 1938 nur noch eingeschränkt als „Krankenbehandler" tätig sein und auch seine kurz zuvor gegründete Privatpraxis musste er wieder aufgeben. Frankl publizierte weiter und 1940 wurde ihm die Leitung der Neurologischen Station im Spital der israelitischen Kultusgemeinde („Rothschildspital") angetragen. Hier schützte er unter anderem mit dem Ausstellen von falschen psychiatrischen Diagnosen zahlreiche Patientinnen und Patienten vor dem Euthanasieprogramm.[340]

Ähnlich wie das Jüdische Krankenhaus in Berlin war das Rothschildspital die letzte Institution, die Wiener Juden eine Krankenversorgung ermöglichte. Und analog zu den Geschehnissen in Berlin wurde auch das Wiener Krankenhaus in der Zeit der Deportationen, hier bereits ab Februar 1941, von den zeitweise massenhaften Einlieferungen nach Suizidversuchen herausgefordert. Anders als in Berlin trafen die eingelieferten Patienten hier jedoch in der Person Viktor Frankls auf einen Arzt, der jahrelange spezialisierte Erfahrungen mit Patienten nach Suizidversuchen vorzuweisen hatte. Und anders als in Berlin rückte Frankl nicht die bevorstehende Deportation und die Verhinderung zukünftigen potentiellen Leidens in

[338] Für die folgenden Angaben zur Biografie Frankls vgl. Batthyany, Alexander, Viktor E. Frankl. Leben und Werk, in: Frankl, Viktor E. und Lapide, Pinchas (Hrsg.), Gottsuche und Sinnfrage. Ein Gespräch, Gütersloh 2007, S. 9-22.

[339] Vgl. zur Geschichte der Suizidprophylaxe in Wien und ausführlicher zu Frankls Rolle auch Sonneck, Gernot/Hirnsperger, Hans/Mundschütz, Rainer, Suizid und Suizidprävention 1938-1945 in Wien, in: Neuropsychiatr 26 (2012), S. 111-120.

[340] Vgl. Batthyany, Viktor E. Frankl, S. 14.

den Mittelpunkt seines Handelns, sondern hielt an seinem eigenen Konzept fest – das den Suizid als legitime Handlungsoption entschieden verneint. Dieser Logik folgend, schöpfte Frankl alle Möglichkeiten aus, Patienten nach zumeist Schlafmittelvergiftungen „zurückzuholen" und ging dabei weit über den üblichen Behandlungsrahmen hinaus. Fest steht, dass Frankl in seiner Zeit am Rothschildspital zu diesem Zwecke experimentelle hirnchirurgische Eingriffe – ohne die nötige chirurgische Qualifikation – durchführte, so etwa die Injektion von Pervitin in den Hinliquor, worüber er 1942 publizierte.[341] Am Ende des Artikels findet sich seine Positionierung, dass im Falle von Suiziden alles getan werden solle, was therapeutisch möglich sei. Diese zum Teil unerprobten Behandlungsmaßnahmen wurden vom medizinischen Personal der Station abgelehnt, berichtet Michaela Hintermayr.[342] Auch seine Assistentin Dr. Martha Rappaport übte Kritik an seiner Maxime der unbedingten Suizidverhinderung. Frankl selbst bestätigte dies Jahrzehnte später und schrieb hierzu Folgendes: „Dann kam der Tag, an dem Frau Dr. Rappaport selbst den Befehl erhielt, sich zur Deportation einzufinden. Sie unternahm daraufhin einen Selbstmordversuch, wurde auf meine Abteilung eingeliefert und von mir ins Leben zurückgerufen – und später deportiert." [343]

Die zunehmend existentielle Bedrohung, auch für ihn selbst, änderte indes nichts an Frankls Haltung zum Suizid. Kurz nach seiner Deportation nach Theresienstadt kümmerte er sich dort mit einer neu gegründeten Arbeitsgruppe, dem Referat „Krankenbetreuung", um Menschen nach den ersten Schocks, ausgelöst durch Deportation und Ankunft in Theresienstadt. Auch hier blieb der Wille zur Suizidvereitelung ein treibendes Motiv, durchaus mit Auswirkungen auf das gesamte Umfeld. So war es Wolfgang Schellenbacher zufolge für ein präventives Handeln und Aufsuchen durchaus notwendig, über suizidgefährdete Personen informiert zu sein. Als Konsequenz erwuchs jedoch ein eigener „Nachrichtendienst", mit der Aufgabe der Meldung solcher gefährdeter Personen. Durch die Meldung gerieten die betreffenden Menschen in den Fokus der Lagerverwaltung, die wiederum Suizide unter Strafe gestellt hatte und Menschen mit bekannten Suizidabsichten bevorzugt in die nächsten Weitertransporte in die Vernichtungslager einreihte.[344]

Bei der hier in aller Kürze vorgestellten Gegenposition zum Umgang mit den nach Suizidversuch eingelieferten Patienten, vertreten durch Viktor Frankl in Wien, handelt es sich

[341] Vgl. Frankl, Viktor E., Pervitin Intrazisternal, in: Ars medici 1 (1942) S. 58-60.
[342] Vgl. Hintermayr, Michaela Maria, Suizid und Geschlecht in der Moderne. Wissenschaft, Medien und Individuum (Österreich 1870-1970), Oldenburg 2022, S. 318.
[343] Frankl, Viktor E., Was nicht in meinen Büchern steht: Lebenserinnerungen, München 1995, S. 58, zit. nach Hintermayr, Suizid und Geschlecht, S. 318.
[344] Vgl. Schellenbacher, Wolfgang, Das Gesundheitswesen im Ghetto Theresienstadt 1941-1945, Diplomarbeit, Wien 2010, S. 87.

um eine extreme Positionierung, die nur vor dem Hintergrund von Frankls eigenen Theorien und Konzepten zu Logotherapie und Existenzanalyse verstanden werden kann. Sie ohne Diskussion lediglich als abweichende Sichtweise zu erwähnen, würde den Konsequenzen jedoch nicht gerecht, insbesondere den Auswirkungen auf die von Frankl behandelten Patienten.

Mit den Arbeiten des amerikanischen Historikers Timothy Pytell, der mit mehreren Publikationen eine Dekonstruktion des „Mythos" Frankl verfolgt,[345] hat sich eine zum Teil hitzige Kontroverse entsponnen. Pytells Tendenz, Frankl in die Nähe der Kollaboration mit dem Nationalsozialismus zu rücken, hat zu entschiedenen Reaktionen und Gegendarstellungen aus Österreich geführt. Auch das neueste Buch hat eine Entgegnung des Leiters des Wiener Viktor Frankl-Instituts erfahren.[346] Kurz zusammengefasst, versucht sich Pytell an einer aus seiner Sicht gebotenen Entmythifizierung der Person Frankls, während die Gegenseite ihm unbelegte Behauptungen und zahlreiche handwerkliche wie inhaltliche Fehler vorwirft. Die Kontroverse scheint nicht ohne Weiteres aufzulösen und es soll hier bei ihrer bloßen Erwähnung bleiben. Die für diese Arbeit relevante Betrachtung des rein ärztlichen Handelns wirft mit Blick auf Viktor Frankl dennoch Fragen auf, die noch nicht angemessen beantwortet wurden.

Seine Handlungen nach Suizidversuchen jedenfalls lassen Viktor Frankl im Lichte eines ärztlich-missionarischen Eiferers erscheinen, bei dessen „Rettungstaten" für die Dimension des Respekts vor dem letzten Willen der Patienten kein Platz blieb. Michaela Hintermayr bescheinigt Frankls weiter oben zitierter Aussage zu seiner „geretteten" Assistentin einen „patriarchal-göttliche[n] Gestus."[347]

Dass Pytell das Handeln Viktor Frankls als Sabotage am jüdischen Widerstand deutet – einer vermeintlichen Logik seiner (zu) engen Auslegung der These von Konrad Kwiet folgend – ist in mehrerer Hinsicht ein inkonsistenter und kaum haltbarer Vorwurf.[348] Die entschiedenen Gegenreden pro Frankl von Wiener Seite sind daher zum Teil durchaus nachvollziehbar. Diese verkürzen andererseits die diskussionswürdigen Rettungspraktiken Frankls auf die allgemeine ärztliche Verpflichtung zur Lebensrettung und den hippokratischen Eid – was unzweifelhaft zu kurz greift und der Tragweite dieses Handelns nicht gerecht wird.[349]

---

[345] Vgl. Pytell, Timothy, Viktor Frankl – Ende eines Mythos? Innsbruck 2005 oder zuletzt Pytell, Timothy, Viktor Frankl's Search for Meaning. An Emblematic 20th-Century Life, New York 2015.

[346] Vgl. Batthyány, Alexander, Viktor Frankl and the Shoah. Advancing the debate. Hier: Chapter 1940-1942: At the Rothschild Hospital, Cham 2021, S. 54-77.

[347] Vgl. Hintermayr, Suizid und Geschlecht, S. 318.

[348] Pytell formulierte 2005: "breaking the Jewish resistance in the form of suicide.", zit. nach Batthyány, Viktor Frankl and the Shoah, S. 64.

[349] Vgl. ebd., S. 54-77; vgl. auch Neugebauer, Wolfgang, Viktor Frankl – eine Kontroverse. Anmerkungen zu Timothy Pytells und Alexander Batthyánys Publikationen, in: DÖW Mitteilungen 249 (2021), S. 7-9.

Um noch einmal auf die Erinnerung der Zeitzeugin und Berliner Ärztin Edith Kramer zurückzukommen,[350] nach deren Bericht es eine Zusammenkunft jüdischer Ärzte zum Thema der Suizidwellen gegeben hatte ohne eine Gegenstimme zu dem Vorschlag, den letzten Willen der Patienten zu respektieren und sie sterben zu lassen: es erscheint naheliegend, dass Viktor Frankl in dieser Runde seine Stimme erhoben und einen anderen Standpunkt vertreten hätte. Bei der Beurteilung seines Handelns darf nicht außer Acht gelassen werden, dass Frankl für eine radikale Änderung seiner Position in Richtung einer ärztlichen Beihilfe zum Suizid mit sämtlichen persönlichen Überzeugungen und Handlungsmaxime seiner jahrelangen theoretischen und praktischen Arbeit hätte brechen müssen. Der Schritt zum ärztlich akzeptierten „Sterbenlassen" war ein kleinerer etwa für Berliner Internisten, die von heute auf Morgen mit dem Thema Suizid konfrontiert und von den Verfolgungssuiziden überrollt wurden.

3.6.2 Diskussionen über den Suizid im christlichen Hilfsnetzwerk „Büro Pfarrer Grüber"

Ein zweites Beispiel zur Reflexion und Positionierung gegenüber der zunehmenden Zahl an Verfolgungssuiziden richtet den Blick wieder nach Berlin, und hier auf ein nicht-ärztliches Umfeld. In den christlichen Kreisen des „Büro Pfarrer Grüber" und der Dahlemer Gemeinde erlangte die Frage nach dem Suizid als Option für Verfolgte akute praktische Relevanz und wurde offen diskutiert.

Der Zugang hierzu erfolgte über die Recherchen zu Arthur Nicolaier. Dieser lebte nach einem erzwungenen Umzug zuletzt in der Kurfürstenstraße 99, dort war ihm ein Zimmer bei der Familie Jacobson zugewiesen worden.[351] Eine der beiden Töchter der Familie, Ingeborg Jacobson, engagierte sich spätestens seit 1934 in der evangelischen Kirchengemeinde und nahm am Hausbibelkreis der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche teil. Ihre Aktivitäten gingen jedoch deutlich darüber hinaus: Von 1938 bis zur Schließung durch die Gestapo im Dezember 1940 war sie Chefsekretärin der Organisation „Büro Pfarrer Grüber". Diese auf den späteren Propst Heinrich Grüber zurückgehende Institution war Teil der Bekennenden Kirche und leistete aktiv Hilfe zur Auswanderung für rassisch verfolgte (zumeist) evangelische Christen. Das „Büro" war nicht auf Berlin begrenzt, sondern hatte verschiedene Abteilungen und Außenstellen im Reichsgebiet, dabei 1939 etwa 35 Mitarbeiter.[352] Wie vielen Menschen insgesamt durch das

[350] Vgl. Kwiet, The Ultimate Refuge, pp. 135-167, here p. 159f.
[351] Mehr hierzu in Kapitel IV.
[352] Grüber, Heinrich, Erinnerungen aus sieben Jahrzehnten. Köln, Berlin 1968.

„Büro“ Unterstützung widerfuhr, kann nicht mehr ermittelt werden. Grüber gibt in seinen Erinnerungen etwa 50 Personen pro Tag an. Für den Zeitraum 8. Bis 26. Mai 1939 sind 1.257 Personen in den Sprechstunden der Abteilungen dokumentiert. In den zwei Jahren von Dezember 1938 bis Dezember 1940 wurde 1.700 bis 2.000 Menschen zur Emigration verholfen.[353] Anfangs wurde die Einrichtung analog zu anderen „Auswanderungsbüros“ noch geduldet, doch der Druck der NS-Behörden, die Hilfen für Verfolgte einzustellen, wurde immer stärker. Ende 1940 resultierte die weitere Arbeit, darunter auch illegale Hilfsleistungen für Verfolgte, in der Schließung und der Verhaftung von Heinrich Grüber. Die Hilfen wurden anschließend noch weiter von Pfarrer Werner Sylten (1893-1942) koordiniert, bis auch dieser im Februar 1941 verhaftet und später ermordet wurde.[354] Inge Jacobson führte davon unbeirrt die seelsorgerische Arbeit in der Gemeinde und darüber hinaus fort. Helene Jacobs, die gemeinsam mit dem Juristen Franz Kaufmann ein verdecktes Helfernetzwerk zur Rettung von Juden und „nichtarischen“ Christen aufgebaut hatte und führte,[355] schreibt in ihren Erinnerungen, dass es Inge Jacobson war, die nach der Auflösung des Büro Grüber einen Kreis Gleichgesinnter zusammenführte und Angebote für Betreute aufrechterhielt: „Eine Gruppe junger Theologen richtete Bibelabende ein. Wegen der Verkehrsbeschränkungen teilte sich der Kreis in kleinere Gruppen, die wöchentlich in Privatwohnungen zusammenkamen.“[356] Laut Hartmut Ludwig stand Inge Jacobson auch in enger Verbindung zur Dahlemer Gemeinde um Helmut Gollwitzer (1908-1993). Hier kam es zu gezielten Laien-Ordinationen, die dafür gedacht waren, Glaubensgenossen in Ghettos und Konzentrationslagern seelsorgerisch zu unterstützen sowie dort zum Beispiel Taufen und Beerdigungen durchführen zu können.[357] Kathrin Rudolph erwähnt in ihrer Arbeit einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Treffen zur Laienordination, darunter auch Franz Kaufmann selbst. Die Kurse waren offenbar nicht auf eine Gemeinde beschränkt und fanden in privatem Umfeld statt. Laut Kathrin Rudolph ist bislang nur eine Privatwohnung bekannt, in der solche Kurse abgehalten wurden – die von Inge

[353] Zu den Zahlen und weiteren Angaben vgl. Beer, Susanne, Die Banalität des Guten. Hilfeleistungen für jüdische Verfolgte 1941-1945, Berlin 2018, S. 96.

[354] Sylten wurde in der NS-Tötungsanstalt Hartheim ermordet. Den Angaben Grübers zufolge trafen sich beide zuvor im KZ Dachau wieder, vgl. Grüber, Erinnerungen, S. 143.

[355] Die Gruppe um Franz Kaufmann arbeitete in der Illegalität z.B, mit dem Passfälscher Cioma Schönhaus zusammen und wurde nach einer Denunziation aufgedeckt. Fast 50 Personen wurden festgenommen und Franz Kaufmann am 17. Februar 1944 im KZ Sachsenhausen erschossen. Vgl. den Kurzeintrag zu Kaufmann bei der Gedenkstätte Deutscher Widerstand: https://www.gdw-berlin.de/vertiefung/biografien/personenverzeichnis/biografie/view-bio/franz-kaufmann/ [20.09.2023]. Mehr zum Helfernetzwerk um Franz Kaufmann und dessen Verbindungen findet sich zum Beispiel auch bei Düring, Marten, Verdeckte soziale Netzwerke im Nationalsozialismus. Die Entstehung und Arbeitsweise von Berliner Hilfsnetzwerken für verfolgte Juden, Berlin 2015.

[356] Jacobs, Helene, „…als wenn nichts geschehen wäre“, in: Weckerling, Rudolf (Hrsg.), Durchkreuzter Hass. Vom Abenteuer des Friedens. Berichte und Selbstdarstellungen, Berlin 1961, S. 61-68, hier S. 66.

[357] Vgl. Ludwig, „An der Seite der Entrechteten und Schwachen“, S. 157ff.

Jacobson.[358] Eine der ersten, die aus der Dahlemer Gemeinde deportiert wurde, war im April 1942 Else Kayser, die eine ehemalige Mitarbeiterin im „Büro Grüber“ war. Sie wurde mit einem Abendmahl verabschiedet und für den seelsorgerlichen Dienst ordiniert.[359] Die Nachricht von ihrem Tod im Warschauer Ghetto nur etwa sechs Wochen später schockte die Gemeinde und trug vermutlich zur Verschärfung einer Diskussion bei, die schon längere Zeit schwelte: immer offener wurde in der Gemeinde über den Umgang mit Selbsttötungen diskutiert.

Diskussion über Selbsttötungen in der Dahlemer Gemeinde

Im November 1941 hatte Pfarrer Helmut Gollwitzer einen Abschiedsbrief an die „nichtarischen“ Gemeindemitglieder verfasst, um angesichts der beginnenden Deportationen Trost und Kraft zu spenden, schreibt Gerhard Schäberle-Königs in seiner Arbeit über die Dahlemer Gemeinde. In dem Brief betet Gollwitzer für diejenigen, die allein einen Suizid als Ausweg sehen. Er nennt die Gedanken daran „schlecht und unwahr“ und postuliert stattdessen die Aufgabe, bis zum Ende das Evangelium zu verkünden, um damit wiederum anderen zu helfen.[360] In den folgenden Wochen und Monaten wendeten sich daraufhin immer häufiger Mitglieder der Gemeinde an Gollwitzer, um ihre Sichtweisen auf den Suizid oder Probleme mit seiner strikten Auslegung zu formulieren oder auch nur, um von der ständig steigenden Relevanz der Frage nach dem Suizid zu berichten. Im April 1942 schrieb die Gemeindemitarbeiterin Hildegard Schaeder:

> *„Neulich zeigte sie mir den Inhalt ihrer Handtasche. Neben allem nur möglichen Krimskrams […] hatte sie eine Rolle Tabletten (für den Fall, daß sie ‚den Mut dazu fände‘) und […] einen kleinen fingerlangen, elfenbeinernen Kruzifix, […]. Es war bei ihr noch nicht entschieden und wird es wohl auch nicht bis zum letzten Augenblick sein, auf welche dieser beiden Karten sie setzen sollte, auf den Kruzifix oder auf die Tabletten.“*[361]

Gertrud Staewen berichtete aus ihrer alltäglichen Arbeit an Gollwitzer: *„Du verstehst, wir raten es gewißlich nie, es zu tun. […] Wenn aber einer – vielleicht nicht einmal Christ – es nicht anders kann, haben wir nicht den Mut, es auszureden, wo wir selbst mit so leeren Händen dastehen und ja gar nichts zur Erleichterung tun können.“*[362] Auch der Rechtsanwalt Georg

[358] Vgl. Rudolph, Kathrin, Hilfe beim Sprung ins Nichts. Franz Kaufmann und die Rettung von Juden und „nichtarischen“ Christen, 2005, S. 48.
[359] Vgl. ebd., S. 43.
[360] Zit. nach Schäberle-Koenigs, Gerhard: Und sie waren täglich einmütig beieinander. Der Weg der Bekennenden Gemeinde Berlin/Dahlem 1937-1943 mit Helmut Gollwitzer, Gütersloh 1998, S. 290.
[361] Zit. nach ebd., S. 297.
[362] Zit. nach ebd., S. 298.

Hamburger wendet sich persönlich im Juni 1942 ratsuchend an Gollwitzer und berichtet in einem langen Brief von immer mehr Menschen, die zu ihm kämen und ihren Abtransport ausschlössen und stattdessen Suizide ankündigten. Bei jungen Menschen fände er noch immer Argumente, davon abzuraten, doch teilt auch er seine Hilflosigkeit mit: *„Vielfach handelt es sich aber um alte, kränkliche Leute, wo menschlich gesprochen gar keine Gegengründe vorhanden sind, ja, wo ich mit dem Verstande zugeben muß, daß der Selbstmord die vernünftigste Lösung ist. Wie soll ich mich nun in solchen Fällen verhalten? […] Sie glauben nicht, wie dringlich das alles ist.“*[363] Einige Wochen später, am 19. Juli 1942, reagierte Gollwitzer mit einem ausführlichen Gemeindebrief zum Thema des Suizids, um den geäußerten Sorgen und Nöten zu begegnen. Formell war es eine Antwort an Georg Hamburger, doch Schäberle-Königs zufolge fand der Brief Verbreitung wie ein offizieller Gemeindebrief. Der „Selbstmordbrief“ wird vollständig von ihr wiedergegeben.[364] Gollwitzer relativiert darin seine entschiedene Ablehnung aus dem November 1941 und auch die Betonung von Aufgaben, die er stattdessen den Menschen zuschreibt, dahingehend, dass er die Verschlechterung und Zuspitzung der Situation bis zum Sommer 1942 anerkennt. So schreibt er, dass *„der Tod, der uns vor allen Menschen rettet, die einzige tröstende Aussicht für die meisten geworden ist. Was das bedeutet, wird keiner ermessen können, der nicht unmittelbar davon betroffen ist.“*[365] Weiterhin argumentiert er theologisch gegen den Suizid an sich, doch verbirgt er eine eigene Zerissenheit nicht: *„Von mir selbst kann ich nur gestehen, daß ich in diesen Monaten keinen lieberen Trost gehabt hätte als den Rat: Ja, du darfst Schluß machen, wenn es gar zu schwer wird. Aber das ist doch nichts als unsere furchtbare menschliche Torheit.“*[366] Für diesen Brief erhielt Gollwitzer viel Dank aus der Gemeinde – die Diskussionen konnte er damit freilich nicht beenden. Wo allgemeiner Trost längst versagte, blieb die Hilfe und das Engagement für Einzelne, um sie vor der Deportation zu bewahren.

Viele der dafür notwendigen und damals zumeist illegalen Aktionen bleiben ohne Primärquellen im Dunkeln, bemängelt auch Schäberle-Königs. Dieses Grundproblem stellt sich zwangsläufig bei Recherchen über Hilfen im Verborgenen, somit auch grundsätzlich bei den Unterstützungen zum Suizid. Umso bedeutender zeigt sich auch aus heutiger Sicht die grundsätzliche und offene Diskussion innerhalb der Dahlemer Gemeinde über die mögliche Flucht in den Tod und die gemeinsame Suche nach einer Antwort, wie man der existentiellen Not der Menschen als Helfer, Seelsorger und gläubige Christen begegnen sollte.

[363] Zit. nach ebd., S. 298f.
[364] Vgl. ebd., S. 299ff.
[365] Zit. nach ebd., S. 300.
[366] Zit, nach ebd., S. 301f.

II. Reaktion auf Suizide und Rezeption

1. Verfolger: Treiben in den Suizid vs. Verhinderung der Entziehung

Nach den zuletzt vorgestellten inhaltlichen Diskussionen und teils konträren Standpunkten zur Selbsttötung als letztem Ausweg angesichts der Verfolgung stehen in diesem Kapitel weitere Reaktionen und vor allem die Rezeption rund um die Suizide der Zeit im Mittelpunkt. Wie blickten die NS-Verfolger auf die Selbsttötungen von Jüdinnen und Juden? Spätestens mit dem Beginn der Deportationen setzte sich die Agenda durch, solche Entziehungen möglichst zu verhindern. Dies zeigen zahlreiche Anordnungen rund um die Deportationen, wie gezeigt wird. Auch ein Einzelfall aus der Provinz verdeutlicht zum einen das Vorgehen der Verfolgungsbehörden, zum anderen die Tragweite und Konsequenzen einer versuchten Verweigerung mittels Suizid. Anschließend wird am Beispiel des staatlich organisierten Raubes, der mit hohem Aufwand an das wachsende Phänomen der Selbsttötungen angepasst wurde, ein bislang vernachlässigter Aspekt des Umgangs der Verfolger mit Suiziden beleuchtet.

Die Frage nach der Rezeption des Themas nach 1945 widmet sich abschließend vor allem der Frage, inwiefern sich die Suizide im Verfolgungskontext als Widerstandshandlungen einordnen lassen. Hierbei wird für eine Integration der Suizide in das Forschungsfeld von Selbstbehauptung und widerständigem Verhalten plädiert, nicht zuletzt in vergleichender Weise am Beispiel der untergetauchten Verfolgten.

1.1 Anordnungen zur Verhinderung von Suizid

Nachdem im Jahr 1933 der Abschiedsbrief von Fritz Rosenfelder nach dessen Suizid im April die Jüdische Rundschau erreicht hatte und auch abgedruckt worden war,[367] wurde die Selbsttötung des Cannstätters von nationalsozialistischer Seite übel ausgeschlachtet. „Der Stürmer“ titelte Ende Juli: „Der tote Jude. Deutsche und jüdische Turnvereine. Fritz Rosenfelder ist vernünftig und hängt sich auf.“[368] Der „NSDAP Nachrichtendienst“ in Duisburg veröffentlichte den Brief ebenfalls und kommentierte: „… wir haben nichts dagegen, wenn seine Rassegenossen sich in der gleichen Weise empfehlen. Dann hat nämlich tatsächlich ‚die

[367] Der Suizid Fritz Rosenfelders und sein Abschiedsbrief wurden im Kapitel II_1 vorgestellt.

[368] Schlagzeile auf dem Titelblatt des „Stürmer“, abgedruckt bei Hartig, Christine, Selbsttötungen deutscher Juden – Pressestimmen des Jahres 1933, in: Nagel, Michael und Zimmermann, Moshe (Hrsg.), Judenfeindschaft und Antisemitismus in der deutschen Presse über fünf Jahrhunderte, Bremen 2013, S. 691-714, hier S. 713.

Vernunft in Deutschland Einkehr gehalten' und die Judenfrage ist auf einfache und friedliche Weise gelöst."[369]

Christine Hartig kommt in ihrer Studie über die Thematisierung von Selbsttötungen in der deutschen Presse 1933 zu dem Schluss, dass in der völkischen und NS-Presse solche Thematisierungen eher die Ausnahme waren und am ehesten als „antisemitischer Reflex" einzuordnen seien.[370] Dieser Reflex sei auf die durchaus präsente Berichterstattung über Suizide in der bürgerlichen und deutsch-jüdischen Presse erfolgt. Gerade zu Beginn des Jahres 1933 wurde noch über die Selbsttötungen in Zusammenhang mit dem politischen Kontext berichtet.[371] Das Berliner Tageblatt berichtete über den Gemeinschaftssuizid des leitenden (jüdischen) Ingenieurs der Rundfunk-Gesellschaft Walter Schaeffer und dessen Frau und brachte diesen in Verbindung mit der Entlassung Schaeffers 14 Tage zuvor.[372] Die Nennung dieses kausalen Zusammenhangs und Bezeichnung als „tragische Tat" blieben in ihrer Deutlichkeit jedoch eine Ausnahme, in der bürgerlichen Presse wurde zunehmend verklausuliert berichtet und auch die Religionszugehörigkeiten wurden nicht mehr erwähnt.[373] In der deutsch-jüdischen Presse wurden noch länger Fälle von Selbsttötungen unter einer eigenen Rubrik („Persönliche Tragödien") berichtet, sodass auch ohne Nennung der konkreten Auslöser der Gesamtzusammenhang erkennbar blieb. Hartig arbeitet dabei unterschiedliche Bewertungsmuster heraus, so am Beispiel der Berichterstattung nach dem Suizid Fritz Rosenfelders. Während die NS-Presse den Fall instrumentalisierte, galten diese und weitere Taten der bürgerlichen Presse als ehrenhaft, wohingegen die Jüdische Rundschau wiederum vom „weggeworfenen Leben" schrieb und sich damit in der innerjüdischen Debatte positionierte.[374]

Ähnliche Geschehnisse lassen sich noch Jahre später – während der Pogrome 1938 sowie einige Monate zuvor in Wien rund um den „Anschluss" – beobachten. Nach dem Suizid eines Kaufmanns mit seiner Familie plakatierten SA-Männer am Schaufenster des Ladens: „Bitte nachmachen".[375] Joseph Goebbels erwähnt die gehäuften Suizidfälle in seinem Tagebuch am 23.3.1938 mit lakonischer Gleichgültigkeit. „Viele jüdische Selbstmorde in Wien. Früher haben sich die Deutschen selbst gemordet. Jetzt ist es eben mal umgekehrt."[376]

[369] Zit. nach Kwiet und Eschwege, Selbstbehauptung und Widerstand, S. 200.
[370] Hartig, Selbsttötungen deutscher Juden, S. 711.
[371] Vgl. ebd., S. 692.
[372] Vgl. ebd., S. 695.
[373] Vgl. ebd., S. 698.
[374] Vgl. ebd., S. 702ff.
[375] Vgl. Goeschel, Selbstmord im Dritten Reich, S. 157.
[376] Zit. nach ebd., S. 156.

Christian Goeschel berichtet weiter, dass Suizide während der Novemberpogrome 1938 oftmals ausdrückliche Zustimmung der NS-Behörden fanden. In diesem Zusammenhang meldete ein örtlicher SD-Mann aus Hofgeismar: „Zu Selbstmorden oder Todesfällen unter den Juden ist es in dieser Zeit leider nicht gekommen."[377]

Der Blick auf Suizide unter „arischen Volksgenossen" hingegen unterlag bereits ab 1933 einer strengen Wandlung. In der Logik des Nationalsozialismus mit seiner Durchdringung aller Lebensbereiche war individuelle Autonomie nicht vorgesehen. Vor diesem Hintergrund findet es auch Ursula Baumann in ihren Arbeiten zum Thema „nicht verwunderlich, daß Vorschläge zur Wiedereinführung der Strafbarkeit des Suizidversuchs laut wurden."[378] Noch schärfer freilich wurde im Militär auf den Suizid als eine Entziehungsmethode geblickt. So kritisierte der wissenschaftliche Leiter der Wehrmachtspsychologie bereits 1936 vermeintlich dahinterstehende egoistische Zwecke und brandmarkte diese als „eine schwere Sünde wider den heiligen Geist der Einsatzbereitschaft für ein Volk."[379] Im Krieg regelte sechs Jahre später ein OKW-Erlass vom 5.6.1942, dass Suizide wie Fahnenflucht zu werten waren. Damit einhergehend wurden Bestattungen ohne militärische Ehren und abseits der anderen Gräber angeordnet, Versorgungsansprüche für Hinterbliebene wurden gestrichen.[380]

Diese Sicht auf den Suizid war nach Ursula Baumann dominiert von rassenhygienischen Argumentationen. Suizide wurden in das Konstrukt der natürlichen Auslese eingeordnet und fanden Einzug in die NS-Erblehre.[381] Vor einer geplanten Heirat von Angehörigen der SS etwa wurde die Familiengeschichte auf Suizide hin überprüft.[382]

Vor diesem Hintergrund erscheint der zunächst gleichgültige Blick der NS-Machthaber auf Suizide unter Juden dahingehend nachvollziehbar, da diese ganz der NS-Logik von Auslese und Schwäche entsprachen. Reichsweit wurden die städtischen Ämter und Polizeibehörden per Runderlass Himmlers ab 28.2.1939 zur Aufstellung von Suizidstatistiken verpflichtet.[383] Konfessionen wurden hierbei nicht mehr dokumentiert, sondern allein zwischen Juden im Sinne der Nürnberger Gesetze und Nicht-Juden unterschieden. Der Zeitpunkt des Erlasses könnte mit den offenkundigen Suizidhäufungen im Zuge der Pogrome und Repressalien zum Jahresende

377 Zit. nach ebd., S. 160.
378 Baumann, Suizid im „Dritten Reich", S. 484.
379 Zit. nach ebd., S. 490.
380 Vgl. ebd.
381 Vgl. zur damit einhergehenden Kriminalisierung auch Ohnhäuser, Tim, „Brutstätten des Verbrechens" und „Nester von Asozialen". Zur Symbiose von rassenhygienischer Forschung und Kriminalpolizei im Nationalsozialismus, in: Westermann, Stefanie/Kühl, Richard/Groß, Dominik (Hrsg.), Medizin im Dienst der „Erbgesundheit". Beiträge zur Geschichte der Eugenik und „Rassenhygiene", Münster 2009, S. 141-163.
382 Vgl. Baumann, Suizid im „Dritten Reich", S. 487.
383 Vgl. Baumann, Suizid im „Dritten Reich", S. 500.

1938 zusammenhängen, hätte sich mit einer solchen Statistik doch die oben erwähnte vermeintliche Schwäche der Juden mit Verweis auf die Suizidquote untermauern lassen.

Der Wandel, den diese Bewertungsmuster der NS-Verfolger im Jahr 1941 erfuhren, ist offensichtlich. Er ist untrennbar verbunden mit den Deportationen und dem dahinterstehenden Massenmord an den europäischen Juden. Der jahrelange von Zurücksetzung, Schikanen, wirtschaftlicher Ausbeutung und sozialer Ausgrenzung geprägte Charakter der NS-Judenverfolgung wurde nun abgelöst vom Primat des Verfügungsanspruchs über Leib und Leben. Ab diesem Zeitpunkt – aus Sicht der Verfolgten der beginnenden dominant-existentiellen Bedrohung – wurde jeder Versuch einer Entziehung automatisch zu einer Zuwiderhandlung gegenüber der neu ausgelebten Verfügungsgewalt. Nirgends manifestierte sich diese deutlicher als an den Orten der Vernichtung selbst, wie es aus zahlreichen Konzentrationslagern überliefert ist. So wurde Folgendes zum Beispiel im Sobiborprozess thematisiert: „Häftlinge(n), die Selbsttötungsversuche unternahmen und zum Morgenappell noch fehlten, (…) wurden zur ‚Abschreckung' (…) erschossen", und dabei proklamiert, „dass nur den Deutschen das Recht zu töten zustehe, Juden aber nicht einmal das Recht hätten, sich selbst zu töten."[384]

Auch Christian Goeschel konstatiert diesen grundsätzlichen Wandel im Blick der NS-Verfolger auf den Suizid mit dem Beginn der Deportationen,[385] wie dies auch zuvor schon Kwiet und Eschwege getan hatten. Hier wurden bereits einige Hinweise auf die „Störungen" durch Suizide dokumentiert. So sollten nicht nur eine Reihe von Anordnungen dafür sorgen, diese Fälle im Sinne des reibungslosen Ablaufs zu vermeiden, sondern es wurde auch innerhalb des Verfolgungsapparats kritisch nachgehakt, wenn es bei einzelnen Deportationen zu vielen Suizidfällen gekommen war.[386] In einem zitierten Monatsbericht des Regierungspräsidenten von Ober- und Mittelfranken hieß es zu den Deportationen: „Außer einigen Selbstmorden und Selbstmordversuchen sind keinerlei Störungen eingetreten."[387] Dabei war zuvor einiges unternommen worden, ebendiese Störungen zu verhindern, wie in der Folge gezeigt werden soll.

[384] Zit. nach Felber, Werner, Erinnerungen an Suizide von Flüchtlingen vor dem Nazi-Terror, in: Suizidprophylaxe 47 (2020), 1, S. 5-8, hier S. 8. Originalstelle bei Rückerl, Adalbert (Hrsg.), NS-Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse, München 1978, S. 191.
[385] Vgl. Goeschel, Selbstmord im Dritten Reich, S. 166.
[386] Vgl. Kwiet und Eschwege, Selbstbehauptung und Widerstand, S. 205.
[387] Zit. nach ebd.

„Um Selbstmorde oder Flüchtiggehen der betreffenden Juden zu verhindern, darf der genaue Zeitpunkt der Evakuierung in keinem Falle vorher bekanntgegeben werden."[388]

Bereits Wochen vor der Deportation fand in den zahlreichen lokalen Anordnungen zur Durchführung der Transporte die gesonderte Behandlung möglicher Suizidfälle ihren Niederschlag. So heißt es in den Durchführungsbestimmungen der Staatspolizeileitstelle Potsdam aus dem März 1942:

> *„Soweit Juden nach Bekanntgabe ihrer bevorstehenden Evakuierung versterben bzw. flüchtiggehen, ist hiervon sofort der hiesigen Dienststelle Meldung zu erstatten. In diesen Fällen unterliegt das Vermögen der betreffenden Juden der Beschlagnahme und Einziehung. Das Vermögen dieser Juden ist dann von der zuständigen Ortspolizeibehörde zu sichern."*[389]

In der Logik einer unter dem Oberbegriff „Evakuierung" verklausulierten Brutalität wurden hier auch Suizid und Flucht im dienstlichen Schriftverkehr nüchtern-bürokratisch als zufällige Ereignisse oder Zwischenfälle abgetan. Gleichwohl wurde mehr oder weniger subtil auf deren Verhinderung gedrängt. Am 4. April 1942 wurde der Bürgermeister von Strausberg (in Funktion als Chef der örtlichen Polizei) darum ersucht, die bereits zuvor erfassten sieben Strausberger Jüdinnen und Juden in das Berliner Sammellager Levetzowstraße bringen zu lassen: *„Der Tag des Abtransports ist den Juden nicht vorzeitig bekanntzugeben."*[390] Dass dieser Aspekt im persönlichen Schreiben noch einmal hervorgehoben wurde, spricht für den Stellenwert des erwünschten Überrumpelungseffekts. Der Hintergrund wurde in den Durchführungsbestimmungen noch offener erläutert, wie das Eingangszitat belegt. Der vielzitierte „reibungslose Ablauf" der Deportation war somit oberstes Gebot des behördlichen Vorgehens. Jeder einzelne Zwischenfall verursachte hier aus Sicht der Verfolger einigen Mehraufwand: so zum Beispiel die notwendige „Verlustmeldung" an die übergeordneten Stellen, nachfolgende Maßnahmen zur „Auffüllung" der örtlichen Transport-Sollzahl, den vorgeschriebenen kriminalpolizeilichen Ermittlungsvorgang, eine teils monatelange Versiegelung der Wohnung vor Ort, bis hin zu einer gesonderten Bearbeitung der Vermögensbeschlagnahme, auf die später noch näher eingegangen wird. Somit existierten alleine aus der Logik der bürokratischen und Verwaltungsprozesse heraus gewichtige

[388] „Richtlinien zur technischen Durchführung der aus dem Bezirk der Staatspolizeileitstelle Potsdam zur Evakuierung vorgesehenen Juden", März 1942, S. 4. BLHA, Rep. 8 Strausberg Nr. 917, Bl. 8 (Hervorh. im Orig.)
[389] Ebd.
[390] Ebd., Bl. 4.

Argumente für die jeweiligen Verfolger, Suizid und Flucht möglichst zu unterbinden. Konkret: Einen Mehraufwand, und dazu möglichen Gesichtsverlust vor den anderen Behörden und NS-Dienststellen im Wetteifern um den reibungslosen Ablauf der Transporte, galt es zu vermeiden. In Strausberg indes hatte sich niemand von den sieben zur Deportation abgeholten Personen durch Flucht oder Suizid entzogen. Keine zwei Wochen nach dem Ersuchen der Gestapo stellte der Bürgermeister eine Rechnung über 5,10 RM an die Stapoleitstelle Berlin – Reisekosten für drei Beamte, die die Strausberger Juden in der Berliner Levetzowstraße ohne Zwischenfälle abgeliefert hatten.[391]

Kam es aber zu solchen Zwischenfällen in Form einer versuchten Selbsttötung, so blieb dies nicht ohne Folgen. Die bereits zitierte Hildegard Henschel, Mitarbeiterin der Jüdischen Gemeinde Berlin, spricht von einer Sanktionierung der Suizidversuche:

> *„Die Haltung der Opfer war bewundernswert, jeder wusste, dass es ein sich Auflehnen nicht gab, die einzige Auflehnung, die möglich war, war der Selbstmord. Misslang der Selbstmord aber, so zog er später die beschleunigte Evakuierung nach sich.“*[392]

Spätestens hier also wurde der Suizidversuch seitens der Verfolger als widerständiger Akt bewertet und dahingehend sanktioniert, dass die Menschen nach einem gescheiterten Versuch umgehend auf die nächsten Transporte verteilt wurden. Die Gesundheitsverwaltung der Jüdischen Kultusvereinigung im Jüdischen Krankenhaus wurde im November 1941 mit der ärztlichen Begutachtung der Transportfähigkeit beauftragt. Letztere war im Jahr 1942 einziges Kriterium für eine vorübergehende Rückstellung von der Deportation.[393] Hildegard Henschel arbeitete hier zeitweise als Sekretärin. Je sechs Ärzte, Schwestern und Sekretärinnen, dazu noch zwei Ärzte im Außeneinsatz, erstellten Gutachten zur Transportfähigkeit. Grundlage hierfür waren eingereichte Atteste, die die „Krankenbehandler“ ausgestellt hatten.[394]

Zu Beginn der reichsweiten Deportationen existierte aufseiten der NS-Behörden noch kein einheitliches Vorgehen für die „Abwicklung“ der Transporte. Nach ersten Anweisungen örtlicher Staatspolizeileitstellen wie die erwähnte aus Potsdam, wurde eine allgemeinverbindliche Richtlinie, die gewissermaßen zu einer Standardisierung der Massenverschleppung führte, am 4. Juni 1942 durch das sogenannte Eichmann-Referat im Reichssicherheitshauptamt (RSHA, Referat IV B 4) erlassen und blieb gültig im Zeitraum der massierten Deportationen, bis zum 20. Februar 1943. Die „Richtlinien zur technischen

391 Ebd., Bl. 1.
392 Henschel, Aus der Arbeit der Jüdischen Gemeinde Berlin, S. 37.
393 Willems, Der entsiedelte Jude, S. 337.
394 Vgl. Henschel, Aus der Arbeit der Jüdischen Gemeinde Berlin, S. 39. Mehr hierzu in Kapitel II_3.

Durchführung der Evakuierung von Juden nach dem Osten“ legten den Personenkreis sowie die Ausnahmen fest, bestimmten, was die Menschen mitnehmen durften und was nicht. So mussten vorher alle Personen durchsucht werden, u.a. auf Gift – wohl auch, um Selbsttötungen während des Transports vorzubeugen. Für die Transporte nach Theresienstadt galten ähnliche, teils gleichlautende Richtlinien, die kurz vorher, am 15. Mai 1942, von Eichmanns Behörde erlassen worden waren.[395] Der wesentliche Unterschied bestand darin, dass die Deportationen mit Regelzügen der Bahn in das Protektorat durchgeführt wurden. Es wurde eine Höchstzahl von 50 Personen (ein Bahnabteil) je Transport festgelegt. Regelmäßig, oft täglich, wurden nun 50 oder 100 Menschen im regulären Bahnbetrieb deportiert. Der Grund hierfür waren Engpässe bei der Reichsbahn, die Züge für bevorstehende Offensiven der Wehrmacht zurückhielt.[396] Ausnahmen bildeten vier „große Alterstransporte“, die ebenfalls je mehr als 1.000 Menschen umfassten.[397] Die Sollzahl für einen „Osttransport“ wiederum lag regelmäßig bei 1.000 Personen. Akim Jah konnte in seiner Arbeit über die Deportationen und das Sammellager Große Hamburger Straße zeigen, dass Anweisungen für den Aufbau eines „Puffers“ an Personen bei jedem Transport existierten. Am 29. Juni 1942 wurde zum Beispiel die Jüdische Gemeinde von den Gestapo-Beamten Prüfer, Dobberke und Stark angewiesen, die Theresienstadt-Deportationen zu intensivieren: Künftig sollten jeweils 100 statt 50 Personen an fünf Tagen die Woche abtransportiert werden. In diesem Zusammenhang erfolgte die Anweisung, für jeden Transport jedoch 120 Personen abzuholen, um 20 Personen mehr wegen voraussichtlicher „Ausfälle“ zur Verfügung zu haben.[398] Damit erkläre sich, so Jah, die uneinheitliche und zumeist höhere Zahl auf den Transportlisten inklusive kurzfristiger Streichungen.[399] Einen Monat später erfolgte von gleicher Seite eine ähnliche Anweisung: Für die Vorbereitung der „großen Alterstransporte“ und weiterer „Osttransporte“ waren Sammelunterkünfte mit einer Gesamtkapazität von 1.317 Personen ausgewählt worden. Diese sollten voll belegt werden, damit „unter Berücksichtigung der Ausfälle“ die Sollzahl von 1.000 Personen pro Transport erreicht werden konnte.[400] Auch diese Maßnahme stellt eine Reaktion auf die nun regelmäßig auftretenden „Ausfälle“ dar, namentlich: Rückstellung aus medizinischen Gründen, Suizid oder Flucht bzw. Untertauchen. Die angeordnete Überbelegung diente daher dem Ziel, den festgelegten Ablauf der Deportationsmaschinerie nicht in Gefahr zu bringen.

---

395 Abgedruckt bei Vgl. Gottwaldt und Schulle, Die „Judendeportationen“, S. 268ff.
396 Vgl. ebd., S. 266.
397 Am 17.8.1942, 14.9.1942, 3.10.1942 sowie am 17.3.1943. Vgl. statistik-des-holocaust.de.
398 Vgl. Jah, Akim, Die Deportation der Juden aus Berlin. Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik und das Sammellager Große Hamburger Straße, Berlin 2013, S. 312f.
399 Vgl. ebd., S. 313, FN 225.
400 Zit. nach ebd., S. 315.

Zu Beginn der Deportationen in den Osten erhielten die Betroffenen vorab die auszufüllende „Vermögenserklärung“ per Post zugestellt, in der sämtliches Hab und Gut aufzulisten war. Dieser Schritt erwies sich für die Empfänger schnell als sicheres Zeichen einer Deportation. Dass im Jahr 1942 dazu übergegangen wurde, die Formulare erst im Sammellager ausfüllen zu lassen, wird allgemein als Reaktion darauf angesehen, dass viele Menschen nach Erhalt der Unterlagen versuchten, sich der nahenden Bedrohung zu entziehen.[401]

Deutlicher zeigten sich die Bemühungen der NS-Behörden, ohne Vorankündigung zu agieren, in der Provinz und in Städten, in denen die Zahl der Abzuholenden überschaubar war und es sich oftmals um einmalige Ereignisse handelte. Die in Potsdam zur Deportation vorgesehenen Menschen wurden zuhause überrumpelt und mussten sogar Nächte in Polizeigewahrsam verbringen, bis der Transport in Berlin zusammengestellt war. Anschließend wurden sie in verdeckten Wagen nach Berlin ins Sammellager gebracht und der dortigen Gestapo übergeben. Das gesamte Vorgehen war darauf angelegt, Panikreaktionen, Suizide sowie allgemein Unruhe oder gar Aufruhr unbedingt zu vermeiden.[402] Die Vermeidung von unnötigem Aufsehen galt dabei freilich auch in Richtung der restlichen Bevölkerung.

Noch im Juni 1943 findet sich eine solche Anweisung im Schreiben der Gestapo Düsseldorf an die Leitstelle in Essen, obwohl die Anzahl der Menschen je Transport zumeist längst überschaubar geworden war. Zu dem befohlenen Transport von lediglich neun Jüdinnen und Juden aus Essen nach Düsseldorf lautete die Handlungsanweisung:

> *„Zur Verhinderung eines Flucht- oder Selbstmordversuches sind diese Juden am 24.6.1943, nachdem sie die Vermoegenserklaerung im Beisein eines Beamten der dortigen Dienststelle ausgefüllt haben, festzunehmen und am gleichen Tage (...) zu ueberfuehren. Es wird ausdruecklich darauf hingewiesen, dass in keinem Falle, auch nicht bei bettlaegerigen Kranken, eine Zurueckstellung erfolgen kann.“*[403]

Nach fast zwei Jahren der massenhaften Deportationen handelte es sich hierbei um die letzten Transporte. Es existierten keine Ausnahmen mehr für eine Zurückstellung, einzig und allein „unerwünschte Zwischenfälle“ sollten unbedingt verhindert werden.

Der folgende Fall der Ida Freudenberg aus dem Jahr 1942 zeigt am Einzelbeispiel, welche Konsequenzen ein solcher „Zwischenfall“ für die überlebenden Verfolgten haben konnte.

---

401 So auch Nakath, Monika (Hrsg.), Aktenkundig: „Jude!“ Nationalsozialistische Judenverfolgung in Brandenburg 1933-1945. Vertreibung – Ermordung – Erinnerung, Berlin 2010, hier S. 41.

402 Vgl. Weiß, Edda, Die nationalsozialistische Judenverfolgung in der Provinz Brandenburg 1933-1945, Berlin 2003, S. 342f.

403 Schnellbrief der Stapoleitstelle Düsseldorf vom 11.6.1943. YVA, Wiener Library Collection, O.2, No. 1148.

1.2 Den reibungslosen Ablauf behindert: Ida Freudenberg aus Zerbst

Ida Freudenberg (1878-1942) wohnte im Kreise ihrer Familie in der Kleinstadt Zerbst. Schon länger drohte eine der seit Monaten laufenden Deportationen auch die Zerbster Juden zu erfassen. Schriftstücke aus dem März 1942 zeugen von dem Versuch Ida Freudenbergs, Geld abzuheben für die Zeit „im Osten“ sowie von einer Spende an die Jüdische Gemeinde. Daher, so erinnert sich ihr Enkel Walter Briedigkeit,[404] herrschte eine trübe Stimmung an ihrem 64. Geburtstag, dem 12. April 1942. Nur wenige Tage später wurde der Abtransport von etwa 20 Bürgerinnen und Bürgern aus Zerbst nach Magdeburg organisiert. Um 5 Uhr morgens hatten sich die Betroffenen bei der Jüdischen Gemeinde, einzufinden – so früh sollte vermieden werden, dass der Abtransport vor aller Augen stattfindet und womöglich Unruhe stiftet. Mehr noch als in einer Großstadt wie Berlin waren es doch hier für alle Augenzeugen aus Zerbst altbekannte Gesichter, Nachbarn eben, die „evakuiert“ wurden. Am Vorabend des betreffenden Tages unternahm Ida Freudenberg einen Suizidversuch, der jedoch misslang. Nachdem sie am frühen Morgen nicht wie befohlen an der Sammelstelle erschienen war, betrat ein Arzt das Haus, der Ida Freudenberg in der Erinnerung des Enkels mit verächtlichem Blick und ohne ein Wort der Zuwendung begutachtete, gleichwohl in amtlicher Korrektheit attestierte, dass sie nicht transportfähig war. Allein durch diesen einen Versuch Ida Freudenbergs, sich der Deportation zu entziehen, kam es zu Verzögerungen im Ablauf des geplanten Abtransports aus Zerbst, die den Verfolgern nicht gefallen konnten: Der Tag brach an, vereinzelte Menschen waren auf den Straßen – dieser Abtransport konnte nicht so geräuschlos über die Bühne gehen, wie es vorgesehen war.

Ida Freudenberg und ihre Familie indes wussten sehr genau, dass all das nicht Verschonung, sondern nur einen Aufschub bedeutete. Zwei Monate später, Ende Juni 1942, erschienen tagsüber überraschend zwei Gestapo-Beamte und nahmen Ida Freudenberg umgehend mit auf das örtlich Polizeirevier. Dort wurde sie in eine feucht-kalte Zelle gesperrt, eine mitgebrachte Decke war ihr abgenommen worden. Über Verbindungen der Jüdischen Gemeinde gelang es der Familie, ihr einen Kuchen zukommen zu lassen und auf diese Weise eine Karte mit Bleistift in die Zelle zu schmuggeln. Der Zettel fand den Weg nach draußen und ist noch heute erhalten („…vergeßt mich nicht.“). Nach etwa zwei Wochen in der Zelle wurde die 64-jährige Ida Freudenberg, als Gefangene bewacht von zwei Polizisten, mit dem Zug nach Magdeburg gebracht und von dort aus am 13. Juli 1942 nach Treblinka deportiert. Walter

[404] Ein Dank für die Überlieferung dieses Einzelfalls gebührt Walter Briedigkeit (1932-2014). Er war Kinderarzt und Kinderkardiologe, als apl. Professor von 1957 bis 1997 an der Charité tätig. Er ist unter anderem Autor mehrerer Werke über bedeutende und später verfolgte Arztpersönlichkeiten. Ein Treffen mit Walter Briedigkeit samt Einsicht in die hier erwähnten Dokumente fand am 15.10.2013 in Berlin statt.

Briedigkeit hat seine Großmutter zum letzten Mal in der Haft in Zerbst gesehen. Ob seine Mutter sie noch einmal in Magdeburg besuchen konnte, hatte er zeitlebens nicht zu fragen gewagt.

Das einzelne Schicksal der Ida Freudenberg zeigt deutlicher als die allgemeinen Interpretationsversuche ein spezifisches NS-Schema von Aktion und Reaktion auf Selbsttötungsversuche im Zuge der Deportationsvorbereitungen. Wenn auch nicht primär intendiert, so sabotierte Ida Freudenberg mit ihrem Suizidversuch den reibungslosen Ablauf der Verschleppung aus Zerbst. Das ärgerte die Verfolger: Ihr Plan wurde gestört und sie konnten dadurch ihr Vorhaben des heimlichen Abtransports in aller Frühe nicht umsetzen. In der anschließenden „vorbeugenden Schutzhaft" nach überraschender Festnahme manifestiert sich eine Kriminalisierung des Versuchs, den amtlichen Anordnungen nicht zu folgen, sich ihnen gar entziehen zu wollen. Zusätzlich wollte man mit der Inhaftierung offenbar sichergehen, dass sich ein solch widersetzendes Verhalten beim nächsten Abtransport nicht wiederholen konnte. Das Verwehren einer Decke in der Gefängniszelle ist hier nicht allein als Boshaftigkeit zu sehen, es wirkt vielmehr wie ein Akt der doppelten Bestrafung.

Hier zeigt sich auch ein Unterschied zwischen Stadt und Land, in diesem Fall zwischen Berlin und Zerbst. In Großstädten konnten die zahlreichen Suizide und Suizidversuche den Prozess der Deportation nicht nachhaltig stören, wie schon gezeigt wurde. In Berlin bereitete es keine großen Schwierigkeiten, die „Sollzahlen" des jeweiligen Transports dennoch zu erreichen, indem man die fehlenden Personen einfach „auffüllte" aus dem großen Reservoir von verfolgten Jüdinnen und Juden. Ausfälle waren sogar im Vorhinein einkalkuliert, wie die erwähnte Weisung vom 29. Juni 1942 zeigt, [405] nach der mehr Menschen als nötig in die Sammellager zu verbringen waren, um somit ein „Puffer" zu haben für die zu erwartenden „Störfälle" durch Entziehungen.[406] Dies war in Kleinstädten wie Zerbst und generell Städten mit weniger jüdischen Mitbürgern unmöglich: das Missfallen der Vollstreckungsbeamten in der Provinz, wenn es ihnen verwehrt blieb, an die übergeordneten Stellen der Verfolgungsbehörden reibungslose Prozesse und Vollzug zu melden – in dem Fall, Zerbst als „judenrein" verkünden zu können –, war vorprogrammiert. Die Sorge vor Ärger durch übergeordnete Stellen sowie der verbreitete Erfüllungsgehorsam sollten gerade im ländlichen Raum als treibende Motive jedenfalls nicht außer Acht gelassen werden.

[405] Vgl. Jah, Die Deportation der Juden aus Berlin, S. 313.
[406] In diesem Fall sollten für die fast täglichen Transporte von 100 Personen nach Theresienstadt jeweils 120 Personen abgeholt werden. Vgl. ebd.

Von einer Gleichgültigkeit gegenüber den Suiziden von Juden bis hin zur offenen Freude und Ermunterung zur Nachahmung, wie sie ab 1933 vorgeherrscht und auch noch während der Novemberpogrome 1938 Bestand hatten, kann ab dem Jahr 1941 mit dem Beginn der Deportationen keine Rede mehr sein. Unabhängig davon, wie verbreitet auf Verfolgerseite der Begriff der „Endlösung" gewesen sein mag – das proklamierte und oberste Ziel der Verfolgungs- und Vernichtungspolitik fand seinen Niederschlag auch im Umgang mit den Suiziden von Verfolgten. Gleichgültigkeit gegenüber dieser Thematik war nicht mehr vorgesehen in einem Prozess, bei dem die absolute Verfügungsgewalt über das Leben solche Akte der Selbstbehauptung als Provokation ansehen musste. Auch ohne diesen Aspekt ist davon auszugehen, dass die reine „Zuwiderhandlung" und Gefährdung des geräuschlosen Ablaufs der Deportationen für die vorschriftshörigen Verfolger nicht hinnehmbar waren. Dazu konstatierte Siegfried Ostrowski bereits 1963: „Selbst in der Phase der ‚Endlösung' bemühten sie sich, das Leben eines Selbstmörders zu retten, um es auf dem vorgeschriebenen Wege vernichten zu können."[407]

Offenkundig waren also auch die NS-Verfolger von den zahlreichen Fällen des Untertauchens und von den Suiziden rund um die ersten Deportationen im Oktober 1941 überrascht worden, sodass in der Folge gezielte Anweisungen per Richtlinien ausgegeben wurden, um solche Handlungen unbedingt zu vermeiden. Aus der Zusammenschau vieler solcher Zeugnisse zeigt sich, dass die Suizide im Kontext der Deportationen, auch wenn sie nicht offen bewertet wurden, durch behördliche Anordnungen im Vorfeld wie auch Berichte im Nachgang als „unerwünschte Störfälle" definiert wurden. Es ist davon auszugehen, dass allein solch faktisch-normative Erwähnungen im behördlichen Schriftverkehr dazu führten, Suizide als ungehöriges Verhalten im Sinne einer Zuwiderhandlung anzusehen, die es unter allen Umständen zu verhindern oder – bei einem gescheiterten Suizidversuch – zu bestrafen galt.
Parallel dazu erfolgte eine staatlich-bürokratische Reaktion im Rahmen der Konfiszierung der Vermögen, die im folgenden Kapitel näher betrachtet wird.

[407] Ostrowski, Schicksal, 1963, S. 347.

2. Störenfriede der Enteignung

2.1 Beraubung als Teil der Vernichtung: Die 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz

Die allumfassende Ausplünderung, die Einziehung und Verwertung der Vermögen der verfolgten Menschen ist von ihrer systematischen Erfassung, Verschleppung und Ermordung, und somit auch von den zahllosen Selbsttötungen, nicht zu trennen. Götz Aly hat die Parallelität der beiden Stränge in dem Begriff „Massenraubmord" zusammengeführt, wenngleich er diesen global auf den Holocaust bezog und damit wiederum in der Debatte um ein Ursprungsmotiv des Völkermords materielle Interessen überbetonte.[408] Die deutschen Juden jedenfalls, denen es durch ein Verlassen des Landes zumindest gelungen war, sich dem physischen Zugriff des NS-Staates zu entziehen, wurden neben ihrer Vertreibung auch Opfer des staatlich organisierten Massenraubes. Bei allen anderen ging die Enteignung der Vernichtung voraus beziehungsweise mit ihr einher – und anders als beim Massenmord, von dessen Kenntnis sich nach dem Krieg vordergründig so leicht distanzieren ließ, geschah die Enteignung der deutschen Juden und die Verteilung ihres Besitzes unter aller Augen. Zahlreiche offizielle Stellen wie das Rote Kreuz oder die NS-Volkswohlfahrt, ebenso wie Privatpersonen waren hier – ob über direkte Zuweisungen, Spenden oder öffentliche Versteigerungen – unmittelbare Nutznießer, wie zahlreiche Studien nachgewiesen haben und damit nachträglich eine Vielzahl an Exkulpationsmechanismen der deutschen Nachkriegsgesellschaft ad absurdum führen konnten. Eigene Gesetze waren geschaffen, durch Verordnungen präzisiert oder so weit gedehnt worden, dass über allem ein dichter Nebel der Scheinlegitimität ausgebreitet wurde. Darunter jedoch offenbarte sich in brutaler Klarheit die Enteignung der „Evakuierten", deren Hab und Gut akribisch registriert und bis auf das letzte Buch, den letzten Löffel, ja buchstäblich das letzte Hemd in arbeitsteiligen Prozessen „verwertet" wurde.[409] Dieser „fiskalischen Ausplünderung" (Martin Friedenberger) oder auch dem „Finanztod" (H.G. Adler) waren schon in den Jahren ab 1933 zahlreiche Enteignungen und Strafzahlungen vorausgegangen, so zum Beispiel die „Reichsfluchtsteuer" oder auch die „Sühneleistungen" genannten Zwangsabgaben nach den Pogromen 1938, auf die im Einzelnen nicht weiter eingegangen werden soll. Wie umfassend der Raubzug mit dem Ziel der vollständigen Enteignung war, zeigt nicht zuletzt der Stellenwert,

[408] Vgl. Aly, Götz, Hitlers Volksstaat, Frankfurt/M. 2005, S. 318.

[409] Vgl. zum Beispiel die wegweisenden Studien aus Bayern zur Beraubung der Juden und der Rolle der Finanzverwaltungen: Drecoll, Axel, Der Fiskus als Verfolger. Die steuerliche Diskriminierung der Juden in Bayern, München 2008 sowie Kuller, Christiane, Finanzverwaltung und Judenverfolgung: die Entziehung jüdischen Vermögens in Bayern während der NS-Zeit, München 2009

den Arthur Nicolaier den Versuchen zum Schutz seines Vermögens im Alltag einräumt, wie noch gezeigt werden wird.

Einige der hierfür maßgeblichen Gesetze und Verordnungen, die insbesondere im Zusammenhang mit den Deportationen stehen, sollen daher genauer vorgestellt werden. So bestimmte beispielweise der „geplante" Ort des Todes die von Verwaltungsseite zu wählende, formal legitimierende Konstruktion zum Vermögenseinzug. Umgekehrt lassen sich aus diesen formalen Entzugskriterien mithilfe der Quellenrecherche wiederum Rückschlüsse auf die unterschiedlichen Schicksale von Verfolgten ziehen.

Die 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941

Eine zentrale Stellung bei der Umsetzung der massenhaften Ausplünderung nahm das „Reichsbürgergesetz" vom 15. September 1935 ein. Gemeinsam mit dem zeitgleich erlassenen „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" ermöglichten diese als Nürnberger Gesetze bekannten Grundlagen unter anderem die Definition von Staatsbürgern zweiter Klasse und den Entzug deren elementarer Rechte.[410] Vor allem die zahlreichen Verordnungen des Reichsbürgergesetzes dienten in der Folgezeit als juridisches Feigenblatt für direkte Repressions- und Zugriffsmaßnahmen des NS-Staates. In der 1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 wurde zum Beispiel ausgeführt, wer fortan rechtlich als Jüdin oder Jude angesehen wurde, zusätzlich mussten auch die letzten jüdischen Beamten, die sich noch aufgrund der Ausnahme für Frontkämpfer im Staatsdienst befanden, Ende 1935 in den Ruhestand versetzt werden;[411] die 4. Verordnung vom 25. Juli 1938 beinhaltete den Approbationsentzug zum 30. September 1938 für alle jüdischen Ärzte, von denen anschließend nur noch einige wenige als „Krankenbehandler" weiterarbeiten durften;[412] die 10. Verordnung vom 4. Juli 1939 machte die Mitgliedschaft in der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland" zur Pflicht – was zwei Jahre später die Erfassung und generelle Organisation der Deportationen (maßgeblich hierfür: die erzwungene Zusammenarbeit mit dem RSHA) erleichtern sollte.[413]

Die 11. Verordnung vom 25. November 1941 war schließlich zentral, um den Raub des Vermögens der nunmehr Deportierten oder zur Verschleppung Bestimmten abwickeln zu

[410] Die Gesetze wie auch die folgenden Verordnungen finden sich im Wortlaut bei Walk, Joseph (Hrsg.), Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung, Heidelberg 2013, hier Nr. I 636-637, S. 127.
[411] Ebd., Nr. II 46.
[412] Ebd., Nr. II 510.
[413] Ebd., Nr. III 211.

können.[414] Rechtlich bedeutete auch diese Verordnung einen massiven Eingriff, wurde doch mit ihrer Hilfe allen Juden die Staatsangehörigkeit entzogen – eine notwendige Bedingung für die Vermögenseinziehung – und zwar bei einer „Verlegung des gewöhnlichen Aufenthalts ins Ausland".[415] Letztere ist nur eine der unzähligen zynisch-perfiden Formulierungen, die Verlautbarungen, Anordnungen und Gesetze der Zeit durchziehen und die der Brutalität der direkten Folgen nur eine schwache Fassade boten. Denn die einen Monat zuvor gestarteten reichsweiten Deportationen und damit die Verschleppung in die Konzentrations- und Vernichtungslager des Ostens stellten zu der Zeit (parallel war für alle Juden ein Ausreiseverbot erlassen worden) die einzig mögliche „Verlegung des gewöhnlichen Aufenthalts ins Ausland" dar. Um Missverständnissen vorzubeugen, wurden die besetzten Gebiete, insbesondere das Generalgouvernement und die Reichskommissariate Ukraine und Ostland, in denen sich die meisten Konzentrationslager befanden, am 3. Dezember per Runderlass des RMI zum Ausland im Sinne ebendieser Verordnung erklärt.[416] Die 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 stellte somit eine reine Deportationsverordnung dar.

Ein spezifisches „Ausbürgerungsgesetz" existierte ohnehin schon lange: Beginnend mit der Machtübername der Nationalsozialisten waren im Laufe der Jahre bekanntermaßen zehntausende Menschen aus NS-Deutschland geflohen. Den Emigranten wurde nach und nach rückwirkend die Staatsbürgerschaft aberkannt, was als Grundlage für die Beschlagnahme und anschließende Einziehung des Vermögens herangezogen wurde. Darüber hinaus hatte das NS-Regime einer Vielzahl an missliebigen Personen, Oppositionellen und politischen Gegnern per Ausbürgerungsverfügung zusätzlich die Staatsbürgerschaft gezielt entzogen. Grundlage hier wie dort war das „Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit" vom 14. Juli 1933,[417] das allerdings noch mit einem recht aufwändigen Prozedere für die Verwaltung verbunden war. Mit der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz aber hatten die NS-Verfolger nun ein Werkzeug zur Hand, mit dem pauschal und ohne jede Einzelfallprüfung sämtliche deportierten Juden, auch rückwirkend, zugunsten des Deutschen Reichs enteignet werden konnten. Martin Friedenberger fasst am Ende seiner Arbeit zusammen: „Gerade die 11. Verordnung war […] die Kulmination aller Expropriationsbestrebungen im NS-Staat, die sich konsequent aus einer Radikalisierung der

[414] Vgl. zum Entstehungsprozess und der praktischen Ausführung auch Kuller, Christiane, Bürokratie und Verbrechen. Antisemitische Finanzpolitik und Verwaltungspraxis im nationalsozialistischen Deutschland, München 2013.
[415] Walk, Das Sonderrecht, Nr. IV 272.
[416] Ebd., Nr. IV 279.
[417] Ebd., Nr. I 172.

vom Reichssicherheitshauptamt und dem Finanzamt Moabit-West forcierten Ausbürgerungsenteignungen ergab."[418]

2.2 Suizid und Untertauchen als Problem für die Enteignung

Größere Probleme bei der Enteignung und Beraubung gingen von nun an nur von einer Gruppe aus, und zwar von denjenigen Menschen, die sich der Deportation kurzfristig entzogen hatten – sei es durch spontanes Untertauchen oder durch Suizid. Weder griff hier die „Wohnsitzverlegung" ins Ausland, noch ließ sich ein Dokument zur finalen Enteignung persönlich aushändigen und damit der Verwaltungsakt vollziehen. Lösungen waren daher gefragt, die diese Störfaktoren im Prozess der Enteignung aus Sicht der Finanzverwaltung wieder in Ordnung brachten und eine gesetzeskonforme Vermögenseinziehung ermöglichten.

Ein weiteres Beispiel: Bekanntlich hatte es schon vor dem Jahr 1941 und der 11. Verordnung einzelne Deportationen gegeben, zum Beispiel aus Pommern und Baden im Februar beziehungsweise Oktober 1940. Nachdem man ab Herbst 1941 mit der 11. Verordnung die vermeintliche Allzweckwaffe für die Enteignungen zur Hand hatte, sollten nun auch die Opfer der frühen Deportationen auf dieser Grundlage rückwirkend beraubt werden. In Baden zum Beispiel hatte Gauleiter Robert Wagner (1895-1946) zwar schon am Tag nach der Deportation in das französische Gurs das Vermögen der Juden für verfallen erklärt, allerdings zugunsten des Landes Baden, was nach einigem Kompetenzgerangel zugunsten des Reichs geändert werden sollte. Die dafür nun vorgesehene 11. Verordnung wiederum rief die Korrektheit einiger badischer Finanzbeamten auf den Plan, die Probleme in diesem Zusammenhang monierten: So könne man die Fälle derjenigen, die sich durch Suizid der Deportation entzogen hatten, nicht mit der Verordnung erfassen und bearbeiten. Gleiches gelte für die – nebenbei kaum zu ermittelnden – in Frankreich vor Inkrafttreten der 11. Verordnung Verstorbenen, und nicht zuletzt könnten in beiden Fällen Erbansprüche Dritter bestehen. Problem hierbei: Die Vermögen waren längst dem Verwertungsprozess zugeführt worden, was aber auch 18 Monate später einige Beamte nicht davon abhielt, ihr schlechtes Gewissen zu artikulieren, das freilich nur die unkorrekte Ausführung der scheinlegalen Prozesse betraf, nicht die tausendfache Beraubung an sich. Schnell wurde eine findige Lösung konstruiert, die die Behördenmitarbeiter beruhigte: Man bog die neue Verordnung dahingehend, dass rückwirkend nicht die Wohnsitzverlegung entscheidendes Kriterium war, sondern im Falle der Badener

[418] Friedenberger, Martin, Fiskalische Ausplünderung. Die Berliner Steuer- und Finanzverwaltung und die jüdische Bevölkerung 1933-1945, Berlin 2008, S. 389.

Juden der Verfall des Vermögens auf den Zustellungstag des Ausweisungsbescheides zurückdatiert wurde. So verfuhr man anschließend auch mit der Stettiner Deportation.[419] Damit war einmal mehr seitens der Verwaltung die effizienteste Lösung zur Enteignung gefunden, ohne dass „Störfälle" wie natürliche Tode oder Suizide im Angesicht der Deportation weiteren Aufwand wie Erbansprüche nach sich zogen. Gerade dieser Erbanspruch spielte eine gewichtige Rolle in Arthur Nicolaiers Bemühungen zur Rettung seines Vermögens – die Entscheidung zum Suizid sollte jedenfalls nicht losgelöst davon betrachtet werden.

Ein alternatives juristisches Instrument für die somit nicht immer „wasserdichte" 11. Verordnung war das „Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens" vom 14. Juli 1933.[420] Es beruhte auf dem kurz zuvor erlassenen „Gesetz über die Einziehung kommunistischen Vermögens"[421] und beinhaltete eine Ausweitung auf sozialdemokratische und marxistische Handlungen, die sich vermeintlich gegen die neue Regierung richteten oder auch die Förderung „anderer, nach Feststellung des Reichsministers des Innern volks- und staatsfeindlicher Bestrebungen" zum Ziel hatten.[422] Somit war es von da an de facto der Exekutive überlassen, was als volks- und staatsfeindlich bewertet wurde, und in den Folgejahren kam das Gesetz mehr und mehr im Zusammenhang mit der Judenverfolgung zur Anwendung. Ende Mai 1941 kam bei den Verkündigungen des Vermögenseinzugs der Begriff der „Reichsfeinde" hinzu. Nach Friedenberger erfüllte der ideologisch geprägte Terminus mehrere Funktionen: zum einen erfolgte eine Ausrichtung der Vermögens-Einziehungsgesetze von 1933 „auf die Bedürfnisse der aktuellen Judenpolitik hin",[423] zum anderen wurde durch den Begriff auch verdeutlicht, dass das Vermögen zentral an das Reich verfallen sollte, nicht an die einzelnen Länder. Zudem war der Begriff globaler und konnte auf alle Juden ausgedehnt werden, egal, wo sie sich aufhielten. Außerdem, so Friedenberger, half diese Aktualisierung über einige logische Diskrepanzen hinweg, schließlich waren Socken und sonstige nun massenhaft anfallende Habseligkeiten schwerlich mit „staatsfeindlichem Vermögen" in Deckung zu bringen. Hier wie bei allen anderen „Anpassungen" der Gesetze und Verordnungen galt: „Dass auf diesen Pseudo- oder Scheinlegalismus im Moment der höchsten Entfaltung des NS-Maßnahmenstaates gleichwohl Wert gelegt wurde, lag an der Kooperation der Gestapo mit den Finanzbehörden des Reichs, die auf einem gewissen Formalismus bestanden und für die

[419] Originalpassage der von der Oberfinanzdirektion Karlsruhe gegenüber dem Reichsfinanzministerium geäußerten Sorgen vom 2. Februar 1942 abgedruckt bei Adler, Hans G., Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland. Mohr, Tübingen 1974, S. 166. Siehe auch die ganz ähnlichen Vorgänge nach der Deportation aus Stettin ebd. S. 146f.

[420] Ebd., Nr. I 177.

[421] Gesetz vom 26. Mai 1933, Reichsgesetzblatt (RGBL) I, S. 293.

[422] zit. nach RGBl. I, S. 479.

[423] Friedenberger, Fiskalische Ausplünderung, S. 270, FN 11.

Durchführung der Enteignungsmaßnahmen einen formgültigen Rechtsakt zu Grunde legen wollten – sei er auch noch so konstruiert und inhaltsleer.“[424]

Unter Zuhilfenahme dieser alternativen Konstruktion von Volks-, Staats- und Reichsfeinden wurden später zum Beispiel auch die Menschen „de jure“ beraubt, die nach Theresienstadt deportiert wurden. Der Grund lag in diesem Fall darin, dass Theresienstadt, beziehungsweise das Protektorat Böhmen und Mähren, nicht als Ausland galt und somit auch hier die 11. Verordnung keine Gültigkeit entfalten konnte. Der betreffende Verwaltungsakt war in dem Moment formal vollzogen, in dem man den Betroffenen in den Sammellagern vor dem Transport das betreffende Dokument aushändigte, und die Beraubung war damit amtlich besiegelt.

Da ein formal-korrekter Vermögenseinzug von Personen, die abgetaucht waren oder sich das Leben genommen hatten, über die 11. Verordnung nicht möglich war, erfolgte also der kreative Umweg über die Deklarierung als Volks- und Staatsfeinde. Erst die 13. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 1.7.1943 reagierte auf die Probleme der Verwaltung bezüglich der vielen Suizide: von diesem Zeitpunkt an verfiel das Vermögen automatisch an das Reich, sobald ein Jude starb (Tab.7).[425]

Tabelle 7: Übersicht der gesetzlichen Grundlagen zur Beraubung von Verfolgten

Gesetz	11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz (25.11.1941)	Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens (14.7.1933)	13. Verordnung zum Reichsbürgergesetz (1.7.1943)
Grundlage der Vermögensein-ziehung	„Verlegung des gewöhnlichen Aufenthalts ins Ausland“	„volks- und staats-feindliche Bestrebungen“ nach Feststellung des RMI	„Nach dem Tode eines Juden verfällt sein Vermögen dem Reich.“
Deportation	X		
Untertauchen		X	
Suizid vor der Deportation		X →	X

[424] Ebd., S. 274f.
[425] Eigene Darstellung auf Grundlage der erwähnten Gesetze und Verordnungen.

Doch die meiste Zeit über musste man sich in der Verwaltung also mit den kreativen Lösungen begnügen, die einigen Mehraufwand bedeuteten. Wenn sich die Verfügung zum Vermögenseinzug zum Beispiel nicht aushändigen ließ, war eine mit dem Gesetz verbundene öffentliche Bekanntmachung in staatlichen Anzeigeorganen vorgesehen. Vor diesem Hintergrund erschien es lohnenswert, in die Recherchen den „Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger“ mit einzubeziehen. [426]

2.3 Der Reichsanzeiger als Quelle und „Opferliste“

Die Besonderheit einiger Gesetze, die vor dem Wirksamwerden ihrer Maßnahmen eine öffentliche Bekanntmachung verlangten, machen staatliche Anzeigeorgane wie den Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger zu Quellen in der Forschung zur NS-Verfolgung, die durchaus noch Potentiale bergen könnten. Einige davon, ebenso wie natürliche Limitationen, sollen hier am Beispiel der Prozesse der Vermögenseinziehung dargestellt werden. Die obligatorische Veröffentlichung der Namen im Zusammenhang mit dem bereits erwähnten Ausbürgerungsgesetz nutzte in den 1980er Jahren Michael Hepp und erstellte auf der Basis des Reichsanzeigers drei umfangreiche Bände mit mehr als 39.000 Personen, denen die Staatsangehörigkeit (und im Nachgang fast immer auch das Vermögen) entzogen worden war.[427] Schon hier war festgestellt worden, dass die Beschlagnahme und Konfiskation der Vermögen „ein wesentliches Motiv für die Ausbürgerung“ darstellten.[428] Dabei wandelte sich die Praxis im Laufe der Jahre: kam es bis 1936 vonseiten des NS-Regimes nur zu einigen Hundert Ausbürgerungen politisch unerwünschter Personen, radikalisierte sich die Praxis ab 1937 durch die Etablierung von Begriffen wie „volksschädliches Verhalten“ oder „Reichsfeinden“ hin zu einer massenhaften „rassischen Strafexpatriation“.[429]

Auch die Einziehung von Vermögenswerten der „Volks- und Staatsfeinde“ sah eine Veröffentlichung der Namen vor, was initial für die genauere Einsichtnahme einiger Ausgaben des „Reichsanzeigers“ war. Tatsächlich offenbart die Durchsicht fast für jeden Tag Listen oder einzelne Namen von Personen, deren Aufenthaltsort im Ausland bekannt war und dort angegeben wurde sowie Listen von Personen, die sich das Leben genommen hatten oder

[426] Durchgesehen wurden hier die folgenden Zeiträume (komplett): RA vom 15. Oktober 1941, Nr. 241 – 30. Mai 1942, Nr. 124; ebenso August und September 1942 (Nr. 178 – Nr. 229).

[427] Vgl. hier Hepp, Michael (Hrsg.), Die Ausbürgerung deutscher Staatsangehöriger 1933-1945 nach den im Reichsanzeiger veröffentlichten Listen, Band 1: Listen in chronologischer Reihenfolge, München 1985.

[428] Ebd., darin: Lehmann, Hans Georg, Acht und Ächtung politischer Gegner im Dritten Reich. Die Ausbürgerung deutscher Emigranten 1933-1945, S. IX-XXIII, hier zit. S. XV.

[429] Vgl. Paul, Gerhard, „Betr. Evakuierung von Juden“. Die Gestapo als regionale Zentralinstitution der Judenverfolgung, in: ders. und Gillis-Carlebach, Miriam (Hrsg,), Menora und Hakenkreuz. Zur Geschichte der Juden in und aus Schleswig-Holstein, Lübeck und Altona 1918-1998, Neumünster 1998, S. 491-520, hier: S. 499.

untergetaucht waren (selbstverständlich, ohne beides zu benennen). Da die Personenangaben inklusive der Geburtsdaten, Geburtsnamen und der letzten Wohnadressen angezeigt wurden, ist heute relativ problemlos ein schneller Abgleich zur Klärung der weiteren Schicksale möglich, zum Beispiel mithilfe des erwähnten Online-Gedenkbuchs des Bundesarchivs.

Grundlage für die Veröffentlichungen im Reichsanzeiger waren die Listen der entsprechenden Staatspolizeileitstellen, die im Umfeld jeder Deportation angefertigt und an die Finanzverwaltungen beziehungsweise die dortigen Vermögensverwertungsstellen übermittelt wurden. Die Arbeitsteilung zwischen Gestapo und Finanzverwaltung erfolgte dahingehend, dass die Gestapo für die Organisation der Deportationen und die ersten Sicherstellungen der Vermögenswerte zuständig war, die Finanzverwaltung anschließend tätig wurde und sich um den konkreten Einzug der Vermögenswerte kümmerte.[430] Neben den Transportlisten der Gestapo wurden häufig separate Listen erstellt mit den Namen der Menschen, die sich entzogen hatten und die nun wie erwähnt auf andere Weise enteignet werden mussten. Oftmals sind diese noch erhalten, so zum Beispiel für Berlin im Brandenburgischen Landeshauptarchiv (BLHA), wo sich auch die Liste findet, auf der Arthur Nicolaier aufgeführt ist.[431]

Eine vollständige Überlieferung gilt jedoch längst nicht für alle ehemaligen Leitstellen der Gestapo, sodass die jeweiligen Auflistungen nach Regionen im Reichsanzeiger eine wertvolle Quellenbasis darstellen könnten, um etwaige Lücken zu schließen. Auffallend umfangreich sind hier zum Beispiel die Auflistungen aus Breslau, Troppau und vor allem aus Prag, wo auf der Grundlage von regionalen Bekanntmachungen – darunter der von Reinhard Heydrich Ende September 1941 verfügte Ausnahmezustand sowie ein zweiter Ausnahmezustand im Mai 1942 nach dem Attentat auf Heydrich – viele Verfolgte ermordet und ihres Vermögens beraubt wurden.

Für die regionale Forschung zu „Judenhäusern“ beziehungsweise Wohnungen und Adressen, unter denen viele Juden ab 1941 „konzentriert“ wurden, könnte ein Blick in den betreffenden Anzeiger ebenso lohnenswert sein. Zumindest für Berlin sind durchgehend die letzten Wohnadressen, also auch der erzwungenen Wohn- und Mietverhältnisse, in den Listen ausgewiesen, so auch bei Arthur Nicolaier: *„Nikoleier [sic], Arthur Israel, geb. am 4.2.1862 in Cosel, zuletzt wohnhaft in Berlin W 35, Kurfürstenstraße 99, bei Jakobsohn [sic]“*.[432]

---

[430] Vgl. Schmid, Hans-Dieter, „Finanztod“ – Die Zusammenarbeit von Gestapo und Finanzverwaltung bei der Ausplünderung der Juden in Deutschland, in: Paul, Gerhard und Mallmann, Klaus-Michael (Hrsg.), Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg, Darmstadt 2000, S. 141-154, hier S. 148ff.

[431] Mehr hierzu unter Kapitel II, 2.

[432] RA Nr. 222 vom 22. September 1942, S. 3.

Die Durchsicht der Reichsanzeiger-Listen offenbart weitere interessante Details: Am 27. August 1942 finden sich beispielsweise drei verschiedene Listen aus Berlin im Reichsanzeiger. Beim Abgleich der ersten Liste (87 Namen) mit dem Gedenkbuch des Bundesarchivs fällt auf, dass es sich hier offensichtlich um die Opfer des ersten Transports von Berlin nach Auschwitz handelte. Ob dieser aus mehreren Städten zusammengestellte Transport Auschwitz oder Warschau zum Ziel hatte, war längere Zeit umstritten.[433] Ein Argument für Warschau waren die Listen der Gestapo an den Oberfinanzpräsidenten (OFP) Berlin-Brandenburg mit Personen, deren Vermögen verfallen war, was wie zuvor erläutert für eine Deportation ins Ausland – und damit nicht nach Auschwitz, das formal unter „Inland" firmierte – sprach.[434] Die Auflistung im Reichsanzeiger zeigt wiederum die Einziehung der „volks- und staatsfeindlichen Vermögen" nach dem entsprechenden Gesetz von 1933 und hätte damit vermutlich schnell das Ziel Warschau (Ausland) widerlegen können.

Ein weiteres Beispiel: Beim Abgleich von zwei Listen Ende August 1942 – 104 Namen aus Berlin und noch einmal 50 Namen einen Tag später – sind für fast alle Personen im Gedenkbuch das KZ Sachsenhausen als Ort des Todes und der 28. Mai 1942 als Todestag angegeben. Es handelt sich hierbei um die Auflistung der Opfer einer Mordaktion, die Ende Mai 1942 für Schrecken unter den Berliner Verfolgten und darüber hinaus sorgte. In Reaktion zum einen auf den Brandanschlag der Widerstandsgruppe um Herbert Baum (1912-1942) am 18. Mai auf die NS-Propagandaausstellung „Das Sowjetparadies" und zum anderen auf das Attentat in Prag auf den Chef der Sicherheitspolizei und des SD Reinhard Heydrich am 27. Mai, waren 500 Juden als „Geiseln" verhaftet worden, von denen 250 umgehend (am 28. und 29. Mai) als Vergeltungsmaßnahme im KZ Sachsenhausen exekutiert wurden.[435] Die Nachricht von

---

[433] Siehe hierzu die Seite www.statistik-des-holocaust.de [30.06.2024]. Hier finden sich Informationen zu jeder einzelnen Deportation aus Deutschland, zudem sind die meisten Transportlisten dort online abrufbar.

[434] Die Frage, ob Auschwitz im Dritten Reich als im Inland oder Ausland liegend behandelt wurde, was eine Bedeutung für die Aberkennung von Staatsangehörigkeiten und den Raub des Vermögens hatte, hat auch in der Forschung öfter zu Verwirrung geführt. Empfehlenswert hierzu ist ein Beitrag, der das Dickicht des Begriffes „deutscher Staatsangehöriger" zwischen 1933 und 1945 mit all seinen Widersprüchlichkeiten durchdringt. Demnach war Auschwitz offiziell immer „Inland", dennoch wurde bei späteren Deportationen auch die 11. Verordnung angewendet, vermutlich, um sich den höheren Verwaltungsaufwand zu sparen. Siehe hierzu Neander, Joachim, Das Staatsangehörigkeitsrecht des „Dritten Reiches" und seine Auswirkungen auf das Verfolgungsschicksal deutscher Staatsangehöriger, Theologie.Geschichte – Zeitschrift für Theologie und Kulturgeschichte 3 (2008), S. 11-47.

[435] Lange wurde diskutiert, ob der Brandanschlag oder das Attentat auf Heydrich der Grund für diese „Vergeltungsaktion" war. Nach Ansicht der verschiedenen Argumentationen sowie der Goebbelschen Tagebuchaufzeichnungen aus diesen Tagen liegt der Schluss nahe, dass beide Aktionen zu der brutalen Maßnahme führten. Demnach hatte Hitler Goebbels nach dem Brandanschlag erlaubt „500 jüdische Geiseln zu verhaften und auf neue Attentate rücksichtslos mit Erschießungen zu antworten. [...] Ich beauftrage die Berliner Polizeibehörden, eine Geiselliste zusammenzustellen; ich werde dann, um einen solchen Druck auszuüben, im Laufe der nächsten Woche die Verhaftungen anbefehlen." Tagebuch Joseph Goebbels, Eintrag vom 24. Mai 1942 zit. nach https://www.holocaust-chronologie.de/chronologie/1942/mai.html [12.06.2023]. Nur wenige Tage später erfolgte das Attentat auf Heydrich; mit den umgehenden Erschießungen wurde schneller als geplant diese Drohung

der Massenerschießung sollte gezielt der Abschreckung dienen und aktiv unter den verbliebenen Juden verbreitet werden.[436] Arthur Nicolaier nahm wohl auf diese Morde Bezug, als er etwas später in einem Brief an Carola Ebstein schrieb: *„Inzwischen wirst Du wohl erfahren haben, was hier Ende Mai mit J. [Juden, T.O.] passiert ist und ich muß bei der heutigen Lage täglich auf alles gefaßt und vorbereitet sein.“*[437] Von den 250 Getöteten waren 96 bereits im Lager interniert, sodass in Berlin 154 Personen verhaftet und sofort nach Sachsenhausen gebracht worden waren.[438] Der Reichsanzeiger weist diese 154 Personen samt letzter Adresse aus. Während in der Gedenkstätte bereits alle Namen der Opfer aufgrund eigener Listen bekannt waren, galt dies nicht für die Auflistungen im Reichsanzeiger. [439] An diesem Beispiel zeigt sich ebenso das Potential für punktuelle Recherchen, als alternative Quelle für Fälle mit einer weniger guten Gesamt-Quellenlage.

2.3.1 Veröffentlichungen der Namen der „Entzieher“ im Reichsanzeiger

Für das Jahresende 1941, genauer: ab Mitte Oktober mit dem Einsetzen der reichsweiten Deportationen, finden sich noch keine Einträge über Personen, die sich den Verschleppungen entzogen hatten, wohl aber diverse Vermögensbeschlagnahmen nach Aberkennung der Staatsbürgerschaft und nach Emigrationen.[440] Die ersten im Reichsanzeiger aufgeführten Suizid-Fälle stammen aus dem März 1942. Im Frühjahr 1942 setzte parallel die Phase ein, in der die Selbsttötungen zum Massenphänomen avancierten. Allein in den Tagesausgaben des Reichsanzeigers von August und September 1942 wurden 345 Personen, davon 308 aus Berlin, aufgelistet, die in den Wochen und Monaten zuvor selbst aus dem Leben geschieden waren.[441] Die hohen Zahlen unterstützen einmal mehr das mittlerweile – durch die offizielle Polizeistatistik, die Bestattungen auf dem Jüdischen Friedhof sowie die Bücher des Jüdischen

wahrgemacht und die Hälfte der 500 „Geiseln“, allesamt Männer, sofort getötet. Vgl. für eine gute Zusammenfassung der Ereignisse die Rede von Günter Morsch, dem Leiter der Gedenkstätte Sachsenhausen vom 27. Januar 2012, abrufbar unter: http://guenter-morsch.de/rede-die-ermordung-der-juedischen-geiseln-im-mai-1942-im-kz-sachsenhausen-27-januar-2012/ [12.06.2023].

436 Bei einem Treffen leitender Funktionäre der Reichsvereinigung in Eichmanns RSHA-Referat ist „der Auftrag erteilt worden, diesen Sachverhalt in geeigneter Weise unter den Juden bekanntzugeben, um ihnen die Folgen derartiger Handlungen klarzumachen.“ Zit. nach Adler, Der verwaltete Mensch, S. 180.

437 Brief Arthur Nicolaier (AN) an Carola Ebstein vom 13. Juli 1942, Privatbesitz EW.

438 Vgl. den o.g. Redetext von Günther Morsch.

439 Schriftliche Auskunft von Astrid Ley vom 16.11.2016. Zweifelsfrei bestätigt wurde der Zusammenhang durch einen späteren Aktenfund im BLHA. Dort heißt es im Schriftverkehr innerhalb der Vermögensverwertungsstelle erläuternd zu den Listen in den Reichsanzeigern Nr. 199 und Nr. 200 (26. und 27. August 1942): „Es handelt sich um die Sonderaktion gegen Juden vom 27.5.42.“ BLHA Rep. 36 A II, 56004, Bl. 42.

440 So z.B. 150 Aberkennungen der Staatsbürgerschaft mit Beschlagnahme des Vermögens von Berlin aus (RA vom 16.10.1941, Nr. 242; acht Einziehungen „volks- und staatsfeindlichen Vermögens“ in Nürnberg von vermutlich emigrierten Personen (RA vom 5.11.1941, Nr. 259); neun Einziehungen in Düsseldorf, hier jeweils mit Angabe der Aufenthalte im Ausland (RA vom 12.11.1941, Nr. 265).

441 Die entsprechenden Listen wurden mit dem Online-Gedenkbuch des Bundesarchivs abgeglichen.

Krankenhauses – recht konkrete Bild vom Massenphänomen der Selbsttötungen im Jahre 1942, zudem zeigen sie aber auch das Bestreben der Verfolger, den Raub nach einer Entziehung ähnlich schnell abzuwickeln wie bei den Deportierten. Ebenso bestätigt sich beim Blick auf die Listen der Befund, dass es sich zumeist um ältere Menschen und vor allem vornehmlich um Frauen handelte, die diesen Weg für sich wählten.[442] Die Schicksale der Menschen, ob sie nun untergetaucht waren oder sich das Leben genommen hatten, gehen selbstverständlich nicht aus den offiziellen amtlichen Ankündigungen hervor, die ausschließlich die Grundlage des Vermögensentzugs anführen und in der Folge die Namen auflisten. Vorausgeschickt hieß es immer nahezu gleichlautend:

> *„Auf Grund des § 1 des Gesetzes über die Einziehung kommunistischen Vermögens vom 26. Mai 1933 […] in Verbindung mit dem Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14. Juli 1933 […] und dem Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Verwertung des eingezogenen Vermögens von Reichsfeinden vom 29. Mai 1941 […] wird das inländische Vermögen der nachstehenden Personen zugunsten des Deutschen Reichs eingezogen:".*[443]

Zur Abklärung der Einzelschicksale wurde in erster Linie das bereits erwähnte Online-Gedenkbuch des Bundesarchivs zu Rate gezogen.[444] Hier und da offenbarten die Ankündigungen im Reichsanzeiger dennoch ihren verbrecherischen Hintergrund durch laxe Formulierungen, wie etwa in der Mitteilung der Staatspolizeistelle Darmstadt, die vor der Auflistung der Namen den Vermögenseinzug „der inzwischen verstorbenen Juden" verkündete,[445] oder auch eine veröffentlichte Liste aus Schleswig, die als einzige Ausnahme Todesdaten mit aufführte.[446]

Spätestens im Jahr 1942 bereiteten diese Abweichler den Behörden einen erheblichen Mehraufwand bei den Bestrebungen, einem formal korrekten Vermögenseinzug zügig den Weg zu ebnen. Neben dem „ästhetischen" Problem, dass im Sommer 1942 das öffentliche Anzeigeorgan des Reichs gleich spaltenweise mit Namen und Adressen von Personen gefüllt

---

[442] Dies gilt erst recht für die Zeit nach Beginn der Theresienstadt-Transporte im Juni 1942. So finden sich in zwei großen Listen vom 24.8. und 24.9. unter 107 Personen 88 Frauen (82%) beziehungsweise unter 93 Personen 66 Frauen (71%). Eine Auflistung aus Schleswig (12 Suizide) vom 10.8. weist Jahrgänge zwischen 1858 und 1880 aus, die Menschen waren somit über 60 und bis 83 Jahre alt. Einzige Ausnahme ist hier eine 40-jährige Frau, die sich ihren Eltern angeschlossen hatte und mit ihnen aus dem Leben gegangen war. RA vom 10.8., Nr. 185, S. 1.

[443] So zum Beispiel auch im RA vom 22. September 1942, Nr. 222.

[444] Gedenkbuch – Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945; online unter: https://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/ [04.11.2023].

[445] RA vom 29.5.1942, Nr. 123, S. 1.

[446] RA vom 10.8.1942, Nr. 185, S. 1. Elf der zwölf aufgeführten Personen hatten sich zudem innerhalb weniger Tage umgebracht.

war, die man von Staats wegen beraubte, wurde wohl vor allem der zunehmende Verwaltungsaufwand dieser Praxis als störend empfunden. Dies führte zu einem Runderlass Ende September 1942, nach dem ein „öffentlicher Aushang“ für die Bekanntmachung ausreichte.[447] Die Pflicht zur Publikation in den Anzeigeorganen entfiel damit ab diesem Zeitpunkt.

2.3.2 Quellenkritik: Reichsanzeiger

Selten liegt der Fall so klar wie im eingangs erwähnten Ausbürgerungsgesetz von 1933, wo es unter §5 heißt: „Die Aberkennung der Staatsangehörigkeit wird mit der Verkündung der Entscheidung im Reichsanzeiger wirksam.“[448] Diese genaue Vorgabe per Gesetz macht den Reichsanzeiger hier zu einer kohärenten und damit sehr zuverlässigen Quelle. Auf dieser Basis konnte Hepp seinerzeit die Ausbürgerungslisten veröffentlichen und sich der Vollständigkeit recht sicher sein. Anders liegt der Fall jedoch bei der gesetzlichen Grundlage zur Einziehung von „volks- und staatsfeindlichen“ Vermögen. Hier war zwar auch eine öffentliche Bekanntmachung vorgesehen, der Reichsanzeiger aber nicht explizit erwähnt. Da zu der Zeit mehrere amtliche Verkündigungsblätter existierten, unter anderem für Bayern, Sachsen, Baden und Württemberg, würden sich hier nur mit hohem Aufwand Aussagen für das gesamte Reichsgebiet treffen lassen. Zudem erscheint die Veröffentlichungspraxis unterschiedlich gehandhabt worden zu sein: Während manche Staatspolizei(leit)stellen nur selten oder überhaupt keine Bekanntmachungen im Reichsanzeiger veröffentlichten, machten andere hiervon rege Gebrauch. Hinzu kommen die Spielräume der Behörden bei der Vermögenseinziehung und damit ein gewisses Maß an Beliebigkeit, zudem sind die veröffentlichten Listen keineswegs in sich kohärent. Die Überprüfung zeigte zwar einige reine „Suizidlisten“, viele andere Auflistungen sind jedoch uneinheitlich, versammeln also Personen, die sich das Leben nahmen, die untergetaucht oder emigriert waren; einige auch Menschen, die deportiert worden waren, ohne dass aus verschiedenen Gründen die 11. Verordnung zum Einsatz gekommen wäre. Somit sprechen eine Vielzahl struktureller wie auch inhaltlicher Argumente dagegen, dass der Reichsanzeiger letztlich Genauigkeit liefern könnte bei der Ermittlung von Gesamtzahlen zu den beschriebenen Themen.

[447] Grundlage war ein Runderlass des Reichsministers des Innern vom 21.9.1942, angegeben bei Schmid, Hans-Dieter, „... wie Judensachen zu behandeln“. Die Behandlung der Sinti und Roma durch die Finanzverwaltung, in: zeitenblicke 3 (2004), 2, http://www.zeitenblicke.historicum.net/2004/02/schmid/index.html [20.09.2023].

[448] „Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit“ vom 14. Juli 1933, §5, Abs. 2.

Dennoch eröffnen die Verkündigungsblätter, wie erwähnt, noch verschiedene Potentiale für die Forschung zur NS-Verfolgung. Insbesondere da, wo Überlieferungen fehlen oder Bestände vernichtet wurden, könnte es durchaus hilfreich sein, den Reichanzeiger und seine regionalen Pendants als alternative Quelle in Betracht zu ziehen. Ob in der regionalgeschichtlichen Forschung, beispielsweise zur Praxis der jeweiligen Gestapo-(Leit)stellen oder zur Ermittlung von Opfern in anderen Zusammenhängen wie Erschießungs- und Mordaktionen: zumindest als Ergänzung zu bereits schon bekannten Listen (wie im Falle der Mordaktion im KZ Sachsenhausen) scheint ein Blick in die jeweiligen Verkündigungsblätter lohnenswert. Der Eifer der Finanzämter mit dem Ziel der vollständigen Vermögenseinziehung, der häufig mehr Spuren als die physischen Gewaltaktionen hinterließ, sollte nicht unterschätzt werden und tritt aus Blättern wie dem Reichsanzeiger deutlich hervor.

Die Veröffentlichung der Namen und Adressen ist indes nur ein Mosaikstein im Gesamtbild, das die Vernichtung und Beraubung im Verwaltungsapparat, und damit letztlich in Akten, hinterließ: „Hier wurde der ‚Finanztod' nach allen Regeln deutscher Bürokratie und Gründlichkeit verwaltet – ein ‚Präzisionsirrsinn' [nach H.G. Adler], der sich in Tausenden von Einzelfallakten niederschlug, die einen heute noch das Schaudern lehren."[449]

2.4 Die Kürzel „Sm" und „Fl" in den Akten

Dass die unterschiedlichen Vorgehensweisen bei der Vermögenseinziehung einen entsprechenden behördlichen Mehraufwand nach sich zogen, wird auch aus den Akten der entsprechenden Vermögensverwertungsstelle ersichtlich.[450] Eigene bürokratische Vorgänge wurden angelegt, um die Flucht- und Suizidfälle von der Masse der Deportierten abzutrennen und das Vermögen auf andere Weise, auf Basis der oben dargestellten Grundlagen, separat einziehen zu können.

Im Bereich der für Berlin zuständigen Oberfinanzdirektion spielt für die Identifikation solcher Fälle ein internes Aktenkürzel („Sm") eine nicht unwesentliche Rolle. Schon Heinz Knobloch war bei seiner Recherche zu Arthur Nicolaier hierauf aufmerksam geworden. Er gab das Nicolaier zugewiesene Aktenzeichen (SmXXIX/15860) aus den „Gestapoakten" komplett an und fügte hinzu, dass „Sm" für Selbstmord stehe.[451] Dieser Schluss lag nahe und wurde auch in anderen Zusammenhängen gezogen. So gibt Peuckert, im Zusammenhang mit den Suiziden

[449] Schmid, Finanztod, S. 151.
[450] Hier am Beispiel des Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg, Aktenbestand im Brandenburgischen Landeshauptarchiv (BLHA).
[451] Vgl. Knobloch, Heinz, Berliner Grabstein: Arthur Nicolaier, Wochenpost Nr. 48, Berlin (Ost) 1982.

von Hedwig Fechheimer und ihrer Schwester, 2014 ebenfalls die Nummern aus den Akten an und erläutert dazu: „[…] lauten sie SM (also: Selbstmord) XXIX 15866 und 15867 […]“.[452] Die zeitgenössische Verwendung von „Sm“ als Kürzel für Selbstmord wurde eindeutig jedoch nie bestätigt und das Kürzel selbst entbehrte bislang einer genaueren Betrachtung.[453]

Nach einer gezielten Durchsicht zahlreicher Vorgänge zeigt sich ein differenzierteres Bild. Zunächst ist festzustellen, dass sich eine Vielzahl separater Aufstellungen der hier untersuchten Fälle von Suizid und Flucht seitens der Gestapo in den Akten finden, die der Chronologie der Deportationen folgen und dabei nicht-standardisiert unter verschiedenen Überschriften laufen, zum Beispiel: „Liste derjenigen Juden, die sich der bevorstehenden Evakuierung durch die Flucht entzogen haben“,[454] „Einziehungsverfügung über Juden, die vor ihrer Evakuierung Selbstmord begangen haben“,[455] „Liste der Juden, die vor der Evakuierung Selbstmord begangen haben bezw. geflüchtet sind“.[456] Es handelt sich dabei um die behördlichen Einziehungsverfügungen für das Vermögen der aufgelisteten Personen unter ihren letzten Wohnadressen – die Grundlage der späteren Veröffentlichungen im Reichsanzeiger. Zumeist ist die bereits beschriebene, notwendige Veröffentlichung im Reichsanzeiger dem Vorgang mit beigelegt. Zwischen Suiziden und Flucht vor der Deportation wurde in der Regel nur willkürlich unterschieden. Wozu auch: Da all diese Personen ohnehin unter „Volks- und Staatsfeinde“ gefasst und auf gleicher Grundlage beraubt wurden, erübrigte sich die Notwendigkeit separater Aufstellungen zu Art und Weise ihrer Entziehung.

Mit zunehmender Anzahl der Deportationen aus Berlin ist eine einkehrende Routine in die Verwaltungsvorgänge zu beobachten. Ab Ende August 1942 wurde allen betreffenden Personen aus dieser Gruppe das Kürzel „Sm.“ vorangestellt. Es folgte in römischen Ziffern die Deportations-„Welle“ und anschließend die Vorgangsnummer der Vermögensverwertung, Eheleute wurden in einem Vorgang zusammengefasst. So erklärt sich auch die Nummer, die in Verbindung mit Arthur Nicolaier steht.[457] Anfangs waren die „Sm-Fälle“ teils ungeordnet nach Welle oder Nummer aufgelistet worden, mit der Zeit wurden diese Listen geordneter und fortlaufend geführt. Die 13. Verordnung zum Reichbürgergesetz, mit der pauschal das Vermögen aller verstorbenen Juden – ob im Ausland oder Inland – an das Reich verfiel,

[452] Peuckert, Sylvia, Hedwig Fechheimer und die ägyptische Kunst. Leben und Werk einer jüdischen Kunstwissenschaftlerin in Deutschland, Berlin 2014, S. 248.
[453] Auf eigene Anfrage und Bitte um Bestätigung hin, teilte das BLHA schriftlich wie auch im persönlichen Gespräch mit, diesen Schluss nicht bestätigen zu können, zu uneindeutig seien die Fälle gelagert.
[454] Schreiben Stapo-Leitstelle Berlin an Oberfinanzpräsident (OFP), Vermögensverwertungs-Außenstelle (VVA) vom 19. Juni 1942 (Herv. i. O.), BLHA Rep. 36 A II, Nr. 56004, Bl. 4-5, Hervorh. im Original.
[455] Schreiben Stapo-Leitstelle Berlin an OFP/VVA vom 1. August 1942, BLHA Rep. 36 A II, Nr. 56004, Bl. 7.
[456] Schreiben Stapo-Leitstelle Berlin an OFP/VVA vom 22. Mai 1942, BLHA Rep. 36 A II, Nr. 56004, Bl. 30.
[457] SmXXIX/15860 (Sm = Selbstmord/Flucht, XXIX = 29. „Welle“, 15860 = laufende Nr.)

erleichterte erst ab Juli 1943 auch diesen konkreten Verwaltungsvorgang sichtbar. Die Listen wurden nach wie vor übermittelt, dabei jedoch mit nur noch einem, immer identischen Standardsatz versehen: „Folgende Juden sind nach dem 8. Juli 1943 verstorben: (…) ".[458]

Aus der Betrachtung der OFP-Akten lässt sich somit ableiten, dass als eine Reaktion auf die große Anzahl von Suiziden und Fluchten intern offenbar das Kürzel „Sm" gewählt wurde, um die, aus Behördensicht, „Sonderfälle" in separate Vorgänge einordnen zu können. Über viele Monate hinweg fungierte das Kürzel „Sm" also als eine Kategorie für all diejenigen, die sich den Deportationen entzogen hatten. Im weiteren Verlauf, mit steigender Anzahl der untertauchenden Menschen,[459] schien der Selbstmord-Oberbegriff offenbar nicht mehr „exakt" genug, sodass ein neues Kürzel hinzukam: „Fl.". Die Nebeneinanderstellung beider Kürzel im identischen Beraubungskontext belegt die Plausibiliät für Selbstmord und Flucht als die dahinterstehenden Begriffe. Noch eindeutiger zeigt dies die Beschriftung der Aktendeckel, wo die nach „Wellen" und Wochen geordneten Vorgänge zunächst jeweils separat unter „Sm." Beziehungsweise „Fl.", später auch gemeinsam unter „Sm.+Fl." gefasst wurden. Es ist vermutlich mit der 13. Verordnung zu erklären, dass in der Folge verstärkt das Kürzel „Fl." in den Akten erscheint, dass es die vielen Untergetauchten bezeichnet und das Kürzel „Sm." in den Hintergrund tritt. Zudem lag der Höhepunkt der Verfolgungssuizide im Jahr 1942, der des Untertauchens im Jahr 1943. Dennoch wird deutlich, dass eine klare Trennschärfe im Gesamtblick auf alle Fälle nicht existierte und somit auch heute diese Aktengrundlage (allein) für eine eindeutige Rekonstruktion von Suizid- und Fluchtgeschichten nicht ausreicht. Zudem existieren Mehrfachnennungen von Personen, nicht zuletzt aus dem Grund, da diese zunächst als untergetaucht registriert worden waren, sich viele Monate später aber vielleicht einer Festnahme oder erneut drohenden Deportation durch Suizid entzogen hatten und somit wiederholt aufgelistet wurden. Trotz solcher Unschärfen stellen die den Transportlisten zugehörigen Fälle unter „Sm." und „Fl." eine lohnende Quelle dar, etwa zur Recherche ungeklärter Fälle oder für Rekonstruktionen von Flucht und Suiziden mit einem prosopographischen Ansatz.

Die im Bereich des OFP Berlin-Brandenburg zeitweilig separat erfolgte Aufstellung von Suizid-Opfern und geflüchteten Verfolgten ermöglicht hier und da auch einen vergleichenden Blick auf beide Gruppen. Ende 1942 erfolgte eine solche Auflistung von 39 „jüdischen

[458] So durchgängig in dem eigenständigen Aktenbestand der „T"-Liste, nach dem 1.7.1943 Verstorbenen (483 Personen). BLHA Rep. 092 Landesfinanzamt/Oberfinanzpräsidium Berlin, Nr. 55265.

[459] So gehen aus den Akten für die zweite Jahreshälfte 1944 fast nur noch Fälle von Flucht hervor, BLHA Rep. 36 A II, 56001.

Selbstmördern“ und 26 „jüdischen Flüchtlingen“.[460] Diese Fallzahlen können zwar kaum mehr als eine Stichprobe darstellen, doch umfasst diese immerhin einen einheitlichen Zeitraum, innerhalb dessen sich die einen für die Flucht in den Tod, die anderen für die Flucht in den Untergrund entschieden hatten. Vier Paare beziehungsweise Familienmitglieder waren gemeinsam in den Tod gegangen, acht der 26 Geflohenen waren miteinander verwandt. In dieser Gruppe lag der gemittelte Geburtsjahrgang bei 1902, was einem Durchschnittsalter von etwa 40 Jahren entsprach. Bei denjenigen, die Suizid verübt hatten, lag der Geburtsjahrgang bei 1882, das Durchschnittsalter somit bei 60 Jahren. Bei aller Unzulänglichkeit der kleinen Stichprobe bestätigt dieser Ausschnitt von Ende 1942 doch klar die bisherigen Erkenntnisse zur unterschiedlichen Altersstruktur der beiden Gruppen sowie den Zusammenhang zwischen Alter und gewählter Fluchtoption.

2.5 Zusammenfassung

Während die arbeitsteiligen Prozesse von Gestapo und Finanzverwaltung als die Hauptakteure der ökonomischen Verwertung des jüdischen Besitzes grundsätzlich als gut aufgearbeitet bezeichnet werden können und auch die verschiedenen Gesetzesgrundlagen für den Vermögensentzug hinreichend dargestellt wurden, gilt das weniger für die Folgen, die Entziehungen von zur Deportation vorgesehenen Menschen für die Arbeit der Verfolgungsbehörden hatten.[461] Dies mag einerseits aufgrund der teils sehr akribischen Beschreibungen der Vorgänge verwundern, andererseits auch nicht, da die Anzahl der Fälle nach Suiziden weit hinter den Vermögenseinziehungen der Deportierten zurücksteht und auf den ersten Blick vernachlässigenswert erscheint. Nicht so aus dem Blickwinkel dieser Arbeit: Im gesamten Komplex der Deportation und Enteignung, der einzig und allein von den ausführenden Behörden bestimmt wird, stellten die erwähnten Menschen bedeutende „Störfaktoren“ dar, die den Verfolgungs- und Beraubungsapparat zu Anpassungen, Gesetzesänderungen, kurz: zu einem erheblichen Mehraufwand zwangen.

Die hier ausführlicher behandelte Thematik der rechtlichen Grundlagen zur Einziehung jüdischer Vermögen soll zwei Dinge hervorheben: zum einen die immensen Anstrengungen zum Zwecke einer möglichst umfassenden und vollständigen Ausplünderung, zum anderen den

[460] BLHA Rep. 36 A II, Nr. 56004, Bl.Bl. 41-45.

[461] Friedenberger konstatiert, dass die Praxis der Enteignung dort nicht funktionierte, wo sich Menschen durch Suizid entzogen hatten, erwähnt über diesen Satz hinaus nicht weitergehend das Thema der Selbsttötungen. Vgl. Friedenberger, Fiskalische Ausplünderung, S. 284f. Bei Christiane Kullers Arbeit über das Verwaltungshandeln innerhalb der Beraubungsprozesse werden die Suizide überhaupt nicht erwähnt. Vgl. Kuller, Bürokratie und Verbrechen.

tatsächlichen Störfaktor Suizid, der die planmäßige und wohldurchdachte Scheinlegitimität der Enteignung immer wieder behinderte, durchkreuzte, verzögerte – ja, in gewissem Maße sabotierte.

Erst im Juli 1943 wurde mit der 13. Verordnung zum Reichsbürgergesetz hier aus Sicht der Behörden Abhilfe auf ähnlich pauschalem Wege geschaffen, wie es zuvor mit der 11. Verordnung hinsichtlich der Einziehung der Vermögen der Deportierten gelungen war. Sie muss auch als eine Reaktion auf die vielen Selbsttötungen gesehen werden. Der Verwaltungsärger jedenfalls war nach Inkrafttreten dieser Verordnung vorbei, in der es hieß: „Nach dem Tode eines Juden verfällt sein Vermögen dem Reich".[462]

Vor dem Hintergrund einer „gesetzeskonformen" Enteignung wurden seitens der Gestapo für die Finanzämter verschiedene Listen erstellt und Menschen unterschiedlich erfasst. Neben der Auflistung aller Deportierten, die auf Grundlage der 11. Verordnung enteignet wurden, existierten separate Listen mit denjenigen Menschen, die sich der Verschleppung entzogen hatten. Bei den in den Untergrund und in den Tod geflohenen Menschen mussten andere Konstruktionen erfunden und ein anderes Gesetz zur Anwendung kommen, um nach Ansicht der Finanzverwaltung rechtskonform zu arbeiten. Die Entziehungen wurde nachträglich als volks- und staatsfeindlich deklariert, die Personen selbst zu „Reichsfeinden" erklärt und aufgrund der entsprechenden Gesetze aus dem Jahr 1933 das Vermögen letztlich ebenso entzogen wie allen anderen. Von Seiten der Verfolger wurde somit der Akt der Verweigerung – sei es durch Untertauchen oder durch das Sterben von eigener Hand, und damit das Unterlaufen einer behördlichen Anordnung – als staatsfeindliche Handlungen klassifiziert.
Durch die Abweichungen vom vorgesehenen Verhalten wurde die Verwaltung zu scheinlegitimen Umwegen gezwungen, was zweifellos mehr Aufwand bedeutete. Da die schriftliche Benachrichtigung über den Vermögensentzug vor der Deportation nicht mehr durchgeführt werden konnte, war eine öffentliche Bekanntmachung im Reichsanzeiger erforderlich.

So fielen aus Verwaltungssicht die Opfer der Verfolgungspolitik in zwei Kategorien, entsprechend der auf sie anzuwendenden Verordnungen für die Beraubung: 1. Alle „regulär" Deportierten (11. Verordnung) und 2. diejenigen Menschen, die sich entzogen hatten. Diese wurden unter die Kürzel Sm/Fl gefasst und als „Volks- und Staatsfeinde" beraubt. Die Suizidopfer fielen ab Mitte 1943 dann sämtlich unter die neue, 13. Verordnung.

[462] Auch Friedenberger kommt zu diesem Schluss („Weil die Selbstmorde eine hohe Zahl erreichten, erging am 1. Juli 1943 die 13. Verordnung zum Reichsbürgergesetz, …"), ebd., S. 285.

Die Suche nach den Untergetauchten, die Aufnahme der Selbsttötungen durch die Kriminalpolizei, die angeordneten Obduktionen, die Bewachung der nach Suizidversuchen ins Krankenhaus Eingelieferten, Testamentseröffnungen und Klärung von Erbansprüchen wie auch im Falle Arthur Nicolaiers – die Liste ließe sich weiter fortsetzen: All diese zusätzlich notwendigen Maßnahmen bedeuteten für die Finanzbehörden und Gestapo mehr Aufwand, Mühen und letztlich auch Öffentlichkeit, als je für die zum Tode Bestimmten vorgesehen war. Dies machte die Menschen, die sich der Deportation auf die ein oder andere Weise entzogen hatten, posthum oder im Untergrund zu Störenfrieden der NS-Enteignung.

3. Suizide als Widerstandshandlung? Eine Einordnung

Die Verfolgungssuizide tragen als dominierende Signaturen die Verweigerung und die Entziehung aus dem nationalsozialistischen Machtanspruch in sich. Damit reihen sie sich in die Handlungen nonkonformen Verhaltens ein, die nicht immer proaktiv, sondern durchaus auch in verzweifelter Lage gewählt wurden. Dabei ist die Selbsttötung keine Handlung, die sich allzu selbstverständlich neben anderen einreihen ließe. Als der ultimative Akt der Verweigerung, der gleichsam auch das Ende aller Hoffnung bedeutet, bedarf er einer ausführlicheren Diskussion und Einordnung, die hier aufgegriffen und fortgeführt werden soll. Denn: Versuche der Einordnung und auch der retrospektiven Bewertung des Suizids als Akt des Widerstands hat es bereits gegeben. Die Debatte wurde gleichwohl, zumindest in Deutschland, nicht nachhaltig weitergeführt.

Die Arbeit „Selbstbehauptung und Widerstand“ von Konrad Kwiet und Helmut Eschwege als ein Standardwerk über den jüdischen Widerstand ist, wie bereits erwähnt, auch der erste und zugleich wichtigste Meilenstein in der Forschung zum Suizid der Verfolgten und auch nach 40 Jahren noch maßgebend.[463] Die vorliegende Arbeit orientiert sich ebenfalls grundsätzlich an der Interpretation, derzufolge die Einordnung in ein erweitertes Widerstandsfeld zentrale Bedeutung zukommt. So benennen die beiden Autoren Typologien nonkonfomen Verhaltens, die sie einem in Gruppen organisierten Widerstand entgegenstellen. Das nonkonforme Verhalten unterteilen sie in Abwehr – darunter zum Beispiel Attentate, Widerstand in den Ghettos und Lagern – und Verweigerung. Unter Verweigerung folgt die „Beschreibung von Versuchen, sich den Anforderungen des Systems zu verweigern und so die von außen gesetzten

[463] Vgl. Kwiet und Eschwege, Selbstbehauptung und Widerstand.

Normen nicht anzuerkennen, der Flucht vor dem Zugriff der Nationalsozialisten bis hin zu der extremsten Form des Sich-Entziehens: dem Selbstmord."[464]

Kwiet und Eschweges Fluchtbegriff ist somit allerdings auf „illegale" Fluchtaktionen begrenzt und schließt „legale" Emigrationen explizit aus. Aus der Logik eines leitenden Oppositionsgedankens heraus mag dies folgerichtig sein, greift aus der Betroffenenperspektive jedoch zu kurz. Denn mit der Einordnung der Emigration als einer „Verhaltensnorm, die der jüdischen Bevölkerungsgruppe vorgeschrieben war" und – ihr gegenüber stehend – die Flucht, verbunden „mit Illegalität und der Bedrohung von Leib und Seele",[465] wird eine Dichotomie eröffnet, die den individuellen Entscheidungssituationen nur schwer gerecht werden kann. Abgesehen davon, dass auch die meisten Emigrantinnen und Emigranten ohne Zweifel zumindest wirtschaftlich und seelisch im Ausland bedroht waren, ist hieran eine implizite Wertung problematisch, die fast zwangsläufig zwischen gehorsamen Emigranten und widerständigen Flüchtlingen unterscheidet. Die vermeintliche Folgsamkeit auf der einen und aktive Verweigerung auf der anderen als leitende Motive werden dadurch überbetont.
Auch hier bietet der Rückgriff auf die vorgestellten Phasen des historischen Phänomens, denen zufolge primär die Chronologie und Verschärfung der Verfolgungspolitik die individuelle Situation, die möglichen Optionen und damit auch die Wahl der Entziehung bestimmten, einen Ausweg an. Spätestens ab dem Herbst 1941 war Juden die Ausreise nicht mehr erlaubt, alle dahingehenden Versuche wurden somit ab diesem Zeitpunkt im Namen des NS-Staats illegal.

Problem einer „Abwertung" der Nicht-Geflohenen:

Die Interpretation von Kwiet und Eschwege mit den damit verbundenen Fallstricken in den (Be-)Wertungen der Handlungen seien erwähnt, um auf ein weiteres Problem hinzuweisen. Hier besteht mit Blick auf die Suizide die Gefahr einer kaum angemessenen Heroisierung der Menschen, die von eigener Hand aus dem Leben schieden. Es erscheint zwar offensichtlich, dass die positiven Signaturen dieser Handlungen benannt werden müssen, um den Suizid stärker als aktive Tat ins Blickfeld zu rücken und gleichberechtigt einzuordnen in die Formen der Entziehung. Klar ist aber auch: eine einseitig positive Interpretation liefe Gefahr, all diejenigen Verfolgten, die sich aus den unterschiedlichsten Gründen nicht dem Zugriff der Verfolger entzogen hatten, in ein zweifelhaftes Licht zu rücken. Analog zu der oben zugespitzt formulierten Dichotomie von 1984 zwischen folgsamen Emigranten und mutigen Flüchtlingen

[464] Ebd., S. 141.
[465] Ebd., S. 142.

würden hier die heroischen Verweigerer den sich ihrem Schicksal ergebenden Deportierten entgegengesetzt.

So erscheint zum Beispiel eine Aussage über die Reaktionen österreichischer Juden 1938 in ihrer Absolutheit zu verkürzt, in der es heißt: „Die einzigen Personen, die sogleich nach dem ‚Anschluss' gegen das Terrorsystem der Nazis opponierten, [waren] die Selbstmörder. Sie waren entschlossen, über ihr Schicksal selbst zu entscheiden und sich den nationalsozialistischen Verfolgern nicht auszuliefern. Mit ihrem Freitod protestierten sie gegen die pogromartige Judenhatz auf den Straßen Wiens und gegen den brutalen Terror der Geheimen Staatspolizei (Gestapo)."[466] Hier zeigt sich, dass auch eine Heroisierung kaum dazu geeignet ist, sich dem Phänomen in seiner Vielschichtigkeit zu nähern und, schlimmer noch, alle anderen im Umkehrschluss als passive Opfer erscheinen lässt.

Diese Passivitätsthese, paradigmatisch schon bei Hannah Arendts Bild von Lämmern auf dem Weg zur Schlachtbank und auch später Gegenstand einiger Kontroversen,[467] soll hier nicht weiter diskutiert werden. Denn immer war dabei auch das Anliegen zentral, allgemeingültige Aussagen über die Existenz und das Wesen eines jüdischen Widerstands – und vor allem dessen Wirkungskonsequenzen bezogen auf den gesamten Holocaust – zu treffen. Der Blick bleibt also hier auf die Optionen nonkonformen Verhaltens und somit zumeist auf die Individualebene gerichtet. Und bei allen positiven Zuschreibungen ist dabei niemals eine Abwertung der Andershandelnden intendiert. Es gilt: Der Mut der Einen bedeutet nicht die Feigheit der Anderen.

3.1 Suizid in der Widerstandsforschung

In den nach 1945 erschienenen Arbeiten zum Widerstand, oder genauer: seit den 1980er Jahren, als sich neben einem enggefassten Widerstandsbegriff auch alltagsgeschichtliche Formen wie das nonkonforme Verhalten etabliert hatten, werden die Suizide nur selten prominent verhandelt. Die Selbstverständlichkeit der Einordnung in Kategorien von Selbstbehauptung und Widerstand, wie sie zuerst von Konrad Kwiet und Helmut Eschwege 1984 vorgenommen wurde, blieb auch in der Folge exzeptionell.

---

[466] Moser, Jonny, Österreichische Juden und Jüdinnen im Widerstand gegen das NS-Regime, in: Karner, Stefan und Duffek, Karl (Hrsg.), Widerstand in Österreich 1938-1945. Die Beiträge der Parlaments-Enquete 2005, Graz, Wien 2007, S. 125-132, hier S. 127.

[467] So wendete sich zum Beispiel Arno Lustiger gegen die Schlussfolgerungen Raul Hilbergs, der den verfolgten Juden eine grundsätzliche Passivität zuschrieb. Lustiger plädierte zudem auch für eine Erweiterung des Widerstandsbegriffs. Vgl. Lustiger, Arno, Zum Kampf auf Leben und Tod! Das Buch vom Widerstand der Juden 1933-1945, Köln 2003.

Im deutschsprachigen Raum blieb eine Debatte über den Suizid als mögliche Widerstandshandlung nahezu komplett aus, und damit in der Folge auch eine Aufnahme der Selbsttötungen in den Forschungskanon zu nonkonformen Handlungen im Angesicht der NS-Verfolgung. Dabei hatte nach der Arbeit von Kwiet und Eschwege auch Raul Hilberg bereits 1992 in „Täter, Opfer, Zuschauer" den Suizid explizit mit berücksichtigt. Hilberg nennt die Menschen, die sich auf verschiedenste Arten verweigert hatten, „die Unangepassten" und zeichnet folgendes Bild: „Auch wenn sie auf sehr unterschiedliche Weise aus der Norm ausbrachen, hatten sie eines gemeinsam: Sie spielten nicht mehr mit. Ein solches nonkonformistisches Verhalten äußerte sich vor allem in Selbstmord, Untertauchen, Flucht oder Widerstand."[468] Hierbei ist zu beachten, dass Hilberg wiederum den Suizid eindeutig nicht unter Widerstand gefasst hätte, da er letzteren noch sehr eng als aufständische Handlungen ausgelegt hatte.

Kern der Unschärfen ist also zum einen die große Bandbreite an Widerstandsdefinitionen und Auslegungen in den Nachkriegsjahrzehnten. Es ist darüber hinaus wohl zumindest teilweise der speziellen Sensibilität des Themas geschuldet, dass in der Forschung eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Suiziden weitgehend gemieden wurde und noch heute oftmals gemieden wird. Dies zeigt sich auffallend oft in der Form von Leerstellen, und damit letztlich Nichtbeachtung, selbst bei naheliegenden inhaltlichen Kontexten. Arnold Paucker schrieb 2003 in seiner Abhandlung zum jüdischen Widerstand: „Die Flucht vor den Deportationen darf nicht unerwähnt bleiben, kann sie doch gewiss im weitesten Sinne als Widerstand gewertet werden, obwohl sie außerhalb des Bereichs politischer Aktivität liegt. Schließlich handelt es sich hier um die Weigerung, den Befehlen einer allmächtigen Diktatur Folge zu leisten."[469] Damit plädierte Paucker für die Aufnahme der Flucht in die Reihe der Widerstandshandlungen, die von ihm vornehmlich politisch verstandenen wurden, erwähnte die Suizide jedoch an keiner Stelle – trotz des inhaltlichen Bezugs auf Kwiet und Eschwege. Gerade zur Flucht in den Untergrund hatte sich zu dieser Zeit die Interpretation als widerständiges Verhalten etabliert. Zuvor hatte sich in Deutschland ein eigenständiger Forschungsstrang zum Thema Flucht und Untertauchen entwickelt, maßgeblich wirkte hier das Projekt „Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland 1933-1945", das von 1997 bis 2002 am Zentrum für Antisemitismusforschung angesiedelt war.[470]

[468] Hilberg, Täter, Opfer, Zuschauer, S. 190.
[469] Paucker, Deutsche Juden im Widerstand 1933 – 1945, Berlin 2003, S. 63.
[470] Siehe hierzu den folgenden Abschnitt, in dem das Untertauchen mit den Suiziden in Beziehung gesetzt wird.

Eine vertiefende, eigenständige Thematisierung des Suizids wurde jedoch auch hier nicht vorgenommen. Einige Jahre zuvor hatte Konrad Kwiet bereits festgestellt: „Für die [Daheimgebliebenen, T.O.] gab es nur noch zwei Möglichkeiten, sich dem Zugriff der Verfolger zu entziehen. Der eine Weg führte in den Freitod, der andere in den Untergrund.“[471] Wolfgang Benz hingegen bezeichnete 2003 in seinem Beitrag über „Juden im Untergrund und ihre Helfer“ die Flucht in den Untergrund nach dem Auswanderungsverbot und Deportationsbeginn als die „einzige Option und zugleich als letzte Form des Widerstands“.[472]

Beate Kosmala erwähnte in ihren Arbeiten durchaus auch die Suizide,[473] doch die weitgehende Ausblendung der Suizide im Zusammenhang mit nonkonformen Handlungen im Nationalsozialismus setzte sich weiter fort. So formulierte Wolf Gruner im Jahr 2013: „Aus ‚Furcht vor Evakuierung‘ nahmen sich allein 1942 bis zu 1000 der bedrängten Menschen das Leben. Doch es gab andere, die sich zur Wehr setzten.“[474] Hiermit negiert Gruner, wenn auch vermutlich ohne Absicht, jede positive Signatur und schreibt damit nicht nur die vermeintliche Passivität des Suizids fort, sondern ebenso die bereits erwähnte Dichotomie zwischen den „Mutigen“, die sich wehrten und anderen, die sich aufgaben. Dieser Logik folgend, stellt daraufhin auch das Untertauchen von etwa 4.000 Menschen im Rahmen der „Fabrikaktion“ am 27. Februar 1943 für Gruner „die größte jüdische Widerstandsaktion im ‚Dritten Reich‘ dar.“[475] Dabei richtet Wolf Gruner in seinen Arbeiten einen gezielten Blick auf die widerständigen Handlungen Einzelner und hatte seine Auslegung bereits 2011 grundsätzlich formuliert, 2019 wiederholt und dabei „ […] Widerstand als jede individuelle und kollektive Aktion gegen vorhandene Gesetze, Handlungen und Pläne der Nationalsozialisten und ihrer Helfer definiert.“[476] Nach dieser Lesart fiele auch der Suizid recht eindeutig unter Widerstand – als individuelle Aktion, gerichtet gegen die Pläne der NS-Verfolger zur Deportation. Doch so sehr Gruner mit seinen Arbeiten dazu beiträgt, dass verfolgte Jüdinnen und Juden „endlich als historische Akteure“ anerkannt werden,[477] umso mehr verwundern die Leerstellen beim Blick auf den Suizid.

---

471 Kwiet, Konrad, Gehen oder bleiben? Die deutschen Juden am Wendepunkt, in: Pehle, Walter H. (Hrsg.), Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord, Frankfurt/M. 1988, S. 133-145, S. 141.

472 Benz, Juden im Untergrund, hier S. 13.

473 So zum Beispiel in Kosmala, Zwischen Ahnen und Wissen. Doch auch hier geht die Erwähnung und zahlenmäßige Annäherung nicht darüber hinaus.

474 Gruner, Wolf, Die Verfolgung der Juden und die Reaktionen der Berliner, in: Wildt, Michael und Kreutzmüller, Christoph (Hrsg.), Berlin 1933-1945, München 2013, S. 311-324, S. 319.

475 Ebd., S. 320.

476 Gruner, Wolf, Verweigerung, Opposition und Protest. Vergessene jüdische Reaktionen auf die NS-Verfolgung in Deutschland, in: Bothe, Alina und Schüler-Springorum, Stefanie (Hrsg.), Shoah: Ereignis und Erinnerung, 3. Jahrbuch Selma Stern Zentrum für Jüdische Studien Berlin-Brandenburg, Leipzig 2019, S. 11-30, S. 13.

477 Ebd., S. 24.

In einer ausführlichen Überblicksdarstellung der Bundeszentrale für Politische Bildung zu Widerstand im Nationalsozialismus von 2016 erwähnen Johannes Tuchel und Julia Albert die Suizide nicht. Ab Herbst 1941 blieb ihrer Interpretation zufolge ausschließlich die Flucht in den Untergrund als Verweigerungsoption. In der Konsequenz zeigen sich auch die Signaturen des Widerstands, die mit der Entziehung einhergingen, allein in dieser Gruppe: „Wer ‚untertauchte', widersetzte sich der Diktatur."[478] Christian Goeschel wiederum setzte zuvor die Diskussion zum Widerstand bewusst nicht fort, begründete dies aber in seiner Arbeit. Für ihn sind Würde und Selbstbestimmung die zentralen Kategorien seiner Betrachtung: „Diese Selbstmorde können als letzte individuelle Versuche gelten, unter den verheerenden Bedingungen des Holocaust Würde und Handlungsfreiheit zu bewahren."[479] Entscheidender sei, dass die Nationalsozialisten den Juden – außer dem Suizid – keine Freiheit ließen. Dies sei „sehr viel bedeutsamer als die Frage, ob die Selbstmorde deutscher Juden während des Dritten Reichs bewusste Akte der Herausforderung oder der politischen Opposition gegen die mörderische Politik der Nationalsozialisten gewesen sind."[480]

Susanna Schrafstetter geht in ihrer 2015 erschienenen Studie „Flucht und Versteck" über untergetauchte Juden in München zwar an einigen Stellen auf die Suizide ein („Der Freitod gehörte zum Alltag in Berg-am-Laim und Milbertshofen."),[481] nimmt aber eine darüber hinausgehende Einordnung dieser Freitode in den Gesamtkontext nicht vor, was vor dem erwähnten Forschungshintergrund auch kaum verwundern mag. Dabei konstatiert sie selbst an anderer Stelle, dass Suizid- und Fluchtgedanken nah beieinander lagen.[482] Ähnliches gilt für Susanne Beers Arbeit von 2018 über die Hilfeleistungen für jüdische Verfolgte, die die Motivlagen der Helfenden in den Fokus nimmt.[483] Im Abschnitt „Suizide und Fluchtversuche" wird nach einleitenden Zeilen zum Suizid als Reaktion auf die Verfolgung der Blick in der Folge allein auf die Untergetauchten gerichtet.[484] In beiden Arbeiten wird also der Suizid als eigenständige Handlungskategorie sehr wohl anerkannt. Es fehlt jedoch nach wie vor ein integrierender Ansatz oder ein Brückenschlag, der die Gemeinsamkeiten aller Entziehungsformen vor dem Zugriff der NS-Verfolgter berücksichtigt. Dabei kann auch ohne inhaltliche Vertiefungen erreicht werden, dass Suizide angemessener repräsentiert sind. So gelingt dies zum Beispiel Rebecca Schwoch mit der bloßen Benennung als eigenständiger Kategorie, indem

[478] Vgl. Tuchel, Johannes und Albert, Julia, Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Informationen zur politischen Bildung, Nr. 330, 2, 2016, S. 66.
[479] Goeschel, Selbstmord im Dritten Reich, S. 22.
[480] Ebd., S. 183.
[481] Schrafstetter, Flucht und Versteck, S. 55f.
[482] Vgl. ebd., S. 76.
[483] Vgl. Beer, Die Banalität des Guten.
[484] Vgl. ebd., S. 109f.

sie einen Aufsatz inhaltlich aufteilt in: Flucht ins Exil, Flucht in den Untergrund, Flucht in den Tod.[485]

Susanne Beer sieht ihre Arbeit als Beitrag zur Widerstandsforschung und fasst nach einem kurzem Überblick über die Debatte die von ihr beschriebenen Hilfeleistungen als Widerstand.[486] Auch Schrafstetter geht in ihrer Einleitung auf die Widerstandsdebatte ein und wendet den Begriff in der Folge auf die Helferinnen und Helfer an. Sie orientiert sich dabei an Kwiets und Eschweges Ausdifferenzierung, deren Unterteilungen wiederum auf Ian Kershaw und auch Detlev Peukert aufgebaut hatten: Widerstand, Opposition und Resistenz beziehungsweise Nonkonformität. Schrafstetter benennt die Flucht in ihrem Buch konsequent und überzeugend als Akt der Verweigerung. Doch für die Suizide und deren Einordnung in diese Diskussion erscheint noch immer der eingangs erwähnte Titel des Buchs von Kwiet und Eschwege am Treffendsten: „Selbstbehauptung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde 1933-1945."

Aus den hier dargelegten Beispielen geht hervor, dass die Bewertungen und Interpretationen des Suizids im erwähnten Kontext kaum voneinander abweichen, gleichwohl jedoch eine konsequente Aufnahme in die Reihe der Verweigerungshandlungen ausgeblieben ist. In der Folge sollen Argumente dafür dargelegt werden, den Suizid als Handlungsoption in die Forschungen zu nonkonformen und widerständigen Handlungen einzuordnen. Hierfür bietet sich unter anderem ein Vergleich mit der Flucht oder dem Untertauchen in die „Illegalität" an.

3.2 Untertauchen vs. Suizid: Mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede

Es existieren zahlreiche Untersuchungen zu den Untergetauchten,[487] und in deren Folge wird von bis zu 12.000 sogenannten U-Booten ausgegangen, davon 5.000-7.000 allein in Berlin, von denen wiederum 1.700 das Kriegsende erlebten.[488] Die Studien erschöpfen sich längst nicht mehr im Zusammentragen der Berichte und Einzelfälle, sondern blicken analytisch auf einzelne Fragestellungen, wie zum Beispiel die Entscheidungsfindung vor dem Abtauchen, die

[485] Vgl. Schwoch, Rebecca, Jüdische Ärzte aus Hamburg auf der Flucht ins Exil, in den Untergrund oder in den Tod, 1933-1945, in: Fahnenbruck, Nele Maya und Meyer-Lenz, Johanna (Hrsg.), Fluchtpunkt Hamburg. Zur Geschichte von Flucht und Migration in Hamburg von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart, Bielefeld 2018, S. 215-227.

[486] Vgl. Beer, Die Banalität des Guten, S. 19.

[487] Vgl. hierzu zum Beispiel die Reihe Solidarität und Hilfe für Juden während der NS-Zeit aus dem Zentrum für Antisemitismusforschung, hier insbesondere Band 5: Kosmala, Beate und Schoppmann, Claudia (Hrsg.), Überleben im Untergrund: Hilfe und Rettung für Juden in Deutschland 1941-1945, Berlin 2002 oder auch Benz, Wolfgang (Hrsg.), Überleben im Dritten Reich. Juden im Untergrund und ihre Helfer, München 2003.

[488] Vgl. Kosmala, Beate, Stille Helden, in: Lustiger, Arno (Hrsg.), Rettungswiderstand. Das Buch von den Judenrettern im Nationalsozialismus, Berlin 2011, S. 34-48, hier S. 34. Kosmale geht noch von 1.500 Überlebenden in Berlin aus, die Informationen in der Gedenkstätte „Stille Helden" (2017) von 1.700.

Altersstruktur der untergetauchten Menschen, die logistischen Vorbereitungen, die benötigten Hilfsmittel (und vor allem Helfer) sowie auf die Motive der Unterstützer.

Bei der Sichtung dieser Studien wird deutlich, dass sich vergleichbare Fragen ebenso für diejenigen stellten, die ihr Leben selbst beendeten. So bestehen erhebliche Gemeinsamkeiten zum Beispiel bei den notwendigen Planungs- und Handlungsstufen: Angefangen bei der Entscheidungsfindung noch vor dem Erhalt des finalen Deportationsbescheids, über die Geheimhaltung der getroffenen Vorkehrungen – für die wiederum Helfer und Mitwisser, hier oftmals Ärzte, unerlässlich waren – bis hin zur Sicherstellung einer erfolgreichen Durchführung der gewählten (Flucht-)Option.

Die Tatsache, dass die einen (vorerst) überlebten und ihre Erinnerungen für einen reichen Fundus mit Blick auf die historische Forschung sorgten, erklärt das Ungleichgewicht, sollte gleichwohl keine Begründung für einen vernachlässigenden Blick auf die anderen sein: Die anderen Verfolgten, die den äußersten Schritt wählten und weniger Spuren hinterließen – die sich mit ihrer individuellen Verweigerung der Deportation jedoch lediglich in der Wahl des Mittels unterschieden.

Für die ungleiche Betrachtung mag zudem die Tendenz eine Rolle spielen, unterbewusst zwischen geglückter Flucht (zum Beispiel in den Untergrund) und dem Suizid als einer missglückten Rettung zu unterscheiden. Jedoch: Auch ein erfolgreich vollzogener Suizid konnte eine geglückte Flucht darstellen – so verstörend es klingen mag. Letztlich mussten diejenigen, deren Versuch einer Flucht in den Tod scheiterte, ganz ähnliche Konsequenzen tragen wie die Verfolgten, die in ihrem Versteck aufflogen. Die Menschen nach Suizidversuch standen wie erwähnt beispielsweise im Jüdischen Krankenhaus unter Bewachung und wurden von dort aus bevorzugt deportiert. Bei dem Blick auf Aktionen wie der Flucht über die Grenze oder das Verstecken im Untergrund liegt das selbstbestimmte und vor allem proaktive Moment im Handeln auf der Hand und erscheint unstrittig. Die ultimative Wahl der Selbsttötung indes, um der drohenden Deportation zu entgehen, entzieht sich auf den ersten Blick positiven Bewertungsmustern. Dabei ist festzuhalten: so, wie auch eine aktive Flucht einer Situation höchsten seelischen Leids und Verzweiflung entspringen konnte, hat es im Gegenzug Entscheidungen zum Suizid gegeben, die lange vorbereitet waren und bis zum Schluss starke Züge eines aktiven Selbstbehauptungswillens trugen.

Zu lange jedenfalls wurden die aktiven Signaturen der Verfolgungssuizide ignoriert oder zumindest nicht herausgestellt. Durch das so entstandene Bild von der aktiven Flucht in den Untergrund zum einen und der überwiegend mit Passivität konnotierten Selbsttötung zum anderen, manifestierte sich das Gefälle in der Forschung und so ließe sich auch erklären, warum

heute viele gute Arbeiten über die Untergetauchten vorliegen, jedoch kaum eine, die Suizide thematisiert.

Zu Recht werden der Mut und die kaum nachvollziehbaren Kraftanstrengungen derjenigen herausgestellt, die abtauchten und sich als isolierte und von der Gesellschaft abgesonderte Einzelkämpferinnen und Einzelkämpfer von Versteck zu Versteck durchschlugen. Zu oft wird daneben übersehen: auch die bewusste Entscheidung, seinem Leben angesichts der existentiellen Bedrohung selbst ein Ende zu setzen, setzte Mut und Tatkraft voraus. Beate Kosmala hebt am Ende eines Beitrags 2013 hervor, dass auch für diejenigen, die sich für eine Flucht in den Untergrund entschieden hatten, der Suizid als Ausweg durchaus eine Rolle spielte – vor dem Schritt in die „Illegalität" und auch weiter danach.[489]

Das Problem der Unterrepräsentation von Arbeiten über Suizidhandlungen ist darüber hinaus ein der Quellen- und Forschungslage immanentes: Die Menschen, die sich das Leben nahmen, verschwanden in den meisten Fällen plötzlich und bewusst ohne Ankündigung von der Bildfläche. So kursorisch die Zeitgenossen davon berichteten, so verkürzt halten sich die meisten der Darstellungen über Selbsttötungen bis zum heutigen Tag. Während beispielsweise in den Jahrzehnten nach 1945 einige Überlebende Bericht über ihre Zeit im Untergrund gaben, diese Berichte dazu nach und nach verifiziert und mithilfe der Unterstützer und Mitglieder von Helfernetzwerken vervollständigt werden konnten, blieben im Gegenzug bei den Menschen, die sich das Leben genommen hatten nur Leerstellen, die aufgrund einer nachhaltigen Tabuisierung selten gefüllt wurden. Der ausführliche und in dieser Arbeit dargestellte Bericht der Ursula Simson – als Überlebende eines geplanten Familiensuizids – steht als Quelle einer Vielzahl an Berichten von Untergetauchten solitär gegenüber. Überlieferte Abschiedsbriefe an die zumeist nächsten Angehörigen hingegen sind zahlreich erhalten, nicht zuletzt durch die Polizeiakten. Diese Quellengattung allein könnte, auf der verdienstvollen Arbeit von Christine Hartig aufbauend,[490] ein eigenes Forschungsprojekt begründen.

Beate Kosmala geht von 73.000 Jüdinnen und Juden aus, die vor den Deportationen noch in Berlin lebten.[491] Zählt man die Untergetauchten und die Menschen, die den Suizid wählten zusammen, so erfährt das Phänomen der Entziehung allein hierdurch eine noch stärkere Relevanz: Demnach hätten sich 12-15 % der verfolgten Berliner Juden aktiv dem Zugriff der

[489] Vgl. Kosmala, Beate, Überlebensstrategien jüdischer Frauen in Berlin, in: Löw, Andrea/Bergen, Doris L./Hájková, Anna (Hrsg.), Alltag im Holocaust. Jüdisches Leben im Großdeutschen Reich 1941-1945, München 2013, S. 29-47, hier S. 47.

[490] Vgl. Hartig, Die letzte Zuflucht.

[491] Vgl. zum Beispiel Kosmala, Beate, Stille Helden, in: APuZ 14-15 (2007), S. 29-34, hier S. 31.

Behörden entzogen.[492] Anders als im Zuge der herkömmlichen Binnenbetrachtung wird damit das tatsächliche Ausmaß von Entziehungsversuchen und widerständigem Verhalten in seiner ganzen Breite offenbar.

Da die individuelle Verweigerung der Deportation die übergeordnete Ordnungskategorie darstellt, sollte sie dem Blick auf die Personengruppe vorangestellt und erst in der Folge die Wahl des jeweiligen Mittels dargelegt werden. Denn: Zu begrenzt waren die Handlungsspielräume für all jene, die eine Deportation nicht antreten wollten, zu nahe lagen die Gedanken und Vorbereitungen zur Flucht in den Untergrund und zur Flucht in den Tod, als dass eine Trennung dieser beiden Gruppen sinnvoll erscheint. Im Gegenteil: ein verstärkter Blick auf die Lebenswege und konkreten Umstände im Vorfeld der Selbsttötungen erscheint für eine integrierende Gesamtdarstellung der Verweigerungshandlungen unabdingbar.

3.3 Ärztliche Unterstützung als Rettungswiderstand?

Dass Susanna Schrafstetter in ihrer Münchner Studie den Widerstandsbegriff wie oben erwähnt auf die Helferinnen und Helfer bezieht, ist kein Zufall: Die Forschung zu Widerstand und nonkonformen Handlungen ist gekennzeichnet durch eine symbiotische Beschreibung der jeweiligen Helferinnen und Unterstützer. Der von Arno Lustiger geprägte Begriff des „Rettungswiderstands“ sticht hier markant hervor und plädierte für eine Aufnahme der Unterstützung von Verfolgten in die gängigen Widerstandsdefinitionen. Auch die Begriffe „Judenretter“ und „Judenhelfer“ wurden lange verwendet, zudem die Helferinnen und Helfer im Hintergrund oft als „stille Helden“ bezeichnet, eine gleichnamige Gedenkstätte in Berlin wurde 2008 gegründet. Die Helferinnen und ihre Netzwerke zur Unterstützung waren fast immer unerlässlich, um Verfolgte erfolgreich außer Landes zu bringen, im Untergrund zu verstecken oder auf anderem Wege vor den Verfolgern zu schützen. In den oftmals arbeitsteilig organisierten Netzwerken nahmen „spezialisierte Helfer“,[493] wie Marten Düring Aktive in Helfernetzwerken mit spezieller Expertise nennt, durch ihren beruflichen Hintergrund oder Fähigkeiten auf bestimmten Gebieten eine Schlüsselstellung ein.

[492] Kosmala nimmt einen Mittelwert von 7.000 Untergetauchten für den identischen Zeitraum wie hier betrachtet (Oktober 1941-März 1943) an. Vgl. Kosmala, Zwischen Ahnen und Wissen, S. 158. Später nimmt sie einen Anteil (ohne Endmonat) von 9 % an, vgl. Kosmala, flitzen – verstecken – überleben?, S. 15. Zusammen mit den Suiziden und Suizidversuchen ist von mindestens 9.000 Entziehungen auszugehen. Zwölf Prozent bildet demnach die untere Grenze ab (ohne Dunkelziffer).

[493] Marten Düring verwendet den Begriff der spezialisierten Helfer in seiner Arbeit über Berliner Hilfsnetzwerke. Vgl. Düring, Marten, Verdeckte soziale Netzwerke, S. 186.

Die genuin ärztliche Unterstützung für Verfolgte fand oftmals auch im Rahmen weit verzweigter Helfernetzwerke statt. Der Frankfurter Arzt Fritz Kahl (1895-1974) war zum Beispiel als Helfer im „Bockenheimer Netzwerk“ engagiert. Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, hatte er eine Verfolgte für ihre Flucht mit Zyankali ausgestattet.[494] Dass dies jedoch keine selbstverständliche ärztliche Hilfestellung war, geht aus dem Beitrag von Petra Bonavita hervor: *„Ernste Diskussionen führte Dr. Kahl mit den Pfarrern seines Vertrauens, ob und wie weit er gehen durfte, bedrohten Menschen mit einer Kapsel Zyankali – wenn es denn zu einer lebensbedrohlichen Verfolgung käme – vor dem Schlimmsten zu bewahren.“*[495] Dies erinnert an die weiter oben beschriebenen Diskussionen in der Dahlemer Gemeinde.
In der Darstellung von Bonavita findet sich zudem eine treffende Charakterisierung der Verbindungen zwischen Hilfesuchenden und Helfenden:

> *„Zahlreiche Verfolgte wandten sich an ein unsichtbares Netzwerk von Helfern. Ein Arzt, ein Pfarrer, ein Fälscher und ein Kriminalassistent und viele unbekannte Helfer fanden sich im ‚Bockenheimer Netzwerk‘ zusammen. […] Das Netzwerk durfte kein sichtbares Zentrum, kein Profil haben. Es lebte von der Vertrauensbeziehung zwischen Arzt und Patient, Pfarrer und Gemeinde. Hier galten noch die alten Loyalitäten, die sich von Glauben und Heilung herleiteten und sich bei einer Minderheit der Standesvertreter als stärker erwiesen als die Ideologien des zwanzigsten Jahrhunderts. Für sie galt die Schweigepflicht, Verfolgte konnten sich anvertrauen, ohne Denunziationen befürchten zu müssen.“*[496]

Als eine logische Fortführung der hier vertretenen Argumentation zur gleichberechtigten Einordnung der Suizide in die Formen nonkonformen Verhaltens, sollten auch die Unterstützer der Verfolgten, die die Flucht in den Tod wählten, mit in die Betrachtung einbezogen werden. Oft handelte es sich hierbei um Ärzte, die mit ihrer Expertise, mit ihrem Zugang zu Medikamenten und durch die Behandlung von Überlebenden nach Suizidversuchen eine herausragende Stellung einnahmen. Schon in der bisherigen Forschung zu Helfernetzwerken nehmen Ärzte eine gewichtige Rolle ein: Ohne ärztlich ausgestellte Atteste oder die medizinische Versorgung versteckter Personen, um nur zwei Beispiele zu nennen, wären viele Fluchtversuche und Versteckaktionen zum Scheitern verurteilt gewesen. Somit erscheint eine Ausweitung der bereits bekannten ärztlichen Unterstützungshandlungen auf die Suizide folgerichtig. Inwiefern medizinische Hilfe zum Sterben in solchen und anderen Not- und Leidenslagen noch als genuin ärztliches Handeln im Sinne von Hilfe und Fürsorge betrachtet

494 Vgl. Bonavita, Mit falschem Pass und Zyankali, S. 24ff. Siehe auch Kapitel I. 2.
495 Ebd., S. 25.
496 Ebd., S. 9.

wird, unterliegt einem immerwährenden Diskurs. Und während viele Berichte über gefälschte Atteste zur Rettung von Verfolgten aus der Zeit nach 1945 zu finden sind – Fridolf Kudlien zählte bereits in seinem Werk von 1985 einige punktuelle ärztliche Hilfsleitungen und widerständiges Verhalten auf –[497] gilt dies aus naheliegenden Gründen nicht für die Suizidbeihilfen. Berührungsängste sind vermutlich eher der Grund dafür, dass auch 30 Jahre später in einem Buch zum jüdischen medizinischen Widerstand das Thema Suizid nicht einmal erwähnt wird.[498] Während also ärztliche Hilfeleistungen – ob von jüdischen oder nicht-jüdischen Ärztinnen und Ärzten – durchaus immer Gegenstand der Forschung waren, breitete sich über die ärztliche Unterstützung bei der massenhaften Flucht in den Tod ein Mantel des Schweigens aus, der alle Aufarbeitungsphasen überdauerte.[499]

Auch Arthur Nicolaier war von einem Netzwerk umgeben, das Versuche zu seiner Rettung unternahm und daneben den Schutz seines Vermögens vor dem Zugriff der Nationalsozialisten vorantrieb. Als Arzt war er vermutlich nicht auf eine Unterstützung im Zusammenhang mit seinem Suizid angewiesen – die meisten anderen Menschen in der gleichen Situation sehr wohl. Auf Nicolaiers Helfer wird näher eingegangen in Kapitel III. Hier sticht zum Beispiel der Berliner Professor Wolfgang Heubner als ärztlicher (medizinisch-pharmakologischer) Unterstützer bei Suiziden hervor und so wird auch aus diesen Gründen seine Person einer ausführlichen Betrachtung unterzogen.

4. Zusammenfassung

Beim Versuch einer gleichberechtigten Einordnung der Suizide in die Widerstandsforschung, genauer: in nonkonformes Handeln und die Verweigerungsaktionen, ist es nahezu unvermeidlich, sogleich in die immerwährende Debatte über die Bewertung von Selbsttötungen zu geraten. Zu ein und derselben Zeit gilt sie den einen als Tat der Resignation und Schwäche, der Feigheit gar oder als ein im religiösen Sinne verbotener Akt, den anderen hingegen als heroische Tat der Verweigerung oder sogar des Widerstands, als Akt der Würde und Selbstbehauptung. Diese gegensätzlichen Bewertungsmuster, die auch vor einer völligen Umkehrung durch veränderte zeitliche und soziokulturelle Kontexte nicht sicher sind, existierten zum Zeitpunkt der Deportationen ab 1941 ebenso wie heute und markieren den Referenzrahmen eines sensiblen Forschungsthemas.

[497] Vgl. Kudlien, Fridolf, Ärzte im Nationalsozialismus, Köln 1985, S. 209-246.
[498] Vgl. Grodin, Michael A., Jewish Medical Resistance in the Holocaust, New York 2014.
[499] Zu Beispielen der ärztlichen Mitwirkung bei Suiziden siehe Kapitel II. 3.2.

Die relativ häufig aufgegriffene These, dass die zahlreichen Suizide im Zuge der NS-Verfolgung den „reibungslosen Ablauf der Deportationen“ gestört hätten, lässt sich in ihrer Pauschalität nicht halten. Sie müsste vielmehr modifiziert und präziser gefasst werden. So störten die Selbsttötungen den Ablauf der Deportationen nicht nachhaltig in solcher Weise, dass diese nicht hätten stattfinden können – nicht zuletzt deshalb, weil die Transporte konsequent „aufgefüllt“ wurden. Sehr wohl aber störten sie auf lokaler Ebene den Ablauf der vorbereitenden Maßnahmen, wie zum Beispiel das möglichst unauffällige Zusammentreiben der Menschen oder die Transporte zu den vorgesehenen Sammelstellen. Und bei der Vermögenseinziehung entfalteten die Selbsttötungen eine nachhaltig störende Wirkung, die bei Betrachtung der Verordnungen zum Reichsbürgergesetz am Ende sogar in Gesetzesänderungen mündete. Wie am Beispiel der Ida Freudenberg geschildert, wurden im Gegenzug gescheiterte Versuche der Verfolgten, sich mit einem Suizid zu entziehen, rigoros (und mit großem Aufwand) bestraft. Diese Verweigerungen bereiteten den Verfolgern durchaus Ärger und bedeuteten insgesamt einen sehr viel aufwendigeren, sich in die Länge ziehenden Prozess der materiellen Beraubung. In einer Stadt wie Berlin summierten sich so die notwendigen Untersuchungen, Ermittlungen, Prüfungen von Erbansprüchen und entsprechende Verfahren auf mehrere tausend Fälle – ein Mehraufwand, der zweifellos Auswirkungen auf die Gesamtdauer der Enteignungsprozesse und Überführungen in das Reichsvermögen haben musste. Wenn also, wie schon Adler 1974 festgestellt hatte, die Überführung der jüdischen Vermögen in das Reichsvermögen seitens der Finanzverwaltung 1945 „bei weitem noch nicht abgewickelt“[500] war, hatten daran die Menschen, die sich durch Untertauchen oder Suizid der Deportation entzogen und verweigerten, einen erheblichen Anteil.

Auf beiden Ebenen, der technischen Vorbereitung und Durchführung der Deportationen wie auch der staatlich organisierten Beraubung, wurde explizit versucht, Suizide möglichst zu verhindern und die dennoch vorkommenden Fälle verwaltungstechnisch im national-sozialistischen Sinne abzufedern. Der Hauptgrund dürfte, neben dem zuvor skizzierten Mehraufwand für die Verfolger und die Verwaltung rund um den Vermögensentzug, im Verfügungsanspruch über Leib und Leben der Verfolgten zu finden sein.

Neben diesen konkreten Auswirkungen, die sich gut belegen lassen, gestaltet sich die Einordnung der Suizide in einen übergeordneten – letztlich immer auch wertenden – Rahmen schwieriger. Bei konsequenter Betrachtung der Charakteristika und Signaturen der hier thematisierten Handlungen scheint jedoch kein Weg an einer weitergehenden Integration in die

[500] Adler, Der verwaltete Mensch, S. 628.

Forschungen zum Widerstand vorbeizuführen. Den punktuell immer wieder vorgenommenen Interpretationen des Suizids in Richtung einer Widerstandshandlung fehlte es bislang zumeist an Analysen und damit auch an substantieller Begründung.

Der Aussage, Suizide seien Akte des Widerstands gewesen, ist in einer pauschalen Form nicht zuzustimmen. Selten waren sie weder aktiv gegen das NS-System gerichtet noch konnten sie den Ablauf der Deportationen sabotieren. Während es in der ersten Hälfte der NS-Herrschaft durchaus einige Suizide gab, die – zumeist durch Abschiedsbriefe – eindeutig als politischer Protest und somit auch als Widerstand gegen das herrschende NS-Regime proklamiert wurden, gilt dies für die massenhaften Suizide ab 1941 nicht mehr. Die hier dominierende Signatur war eine Selbstbestimmung in der erlebten Ausweglosigkeit, die Entziehung vor dem physischen Verfügungsanspruch der NS-Verfolger.

Das Bild eines widerständigen Aktes schärft sich wie so oft mit dem differenzierten Blick. Wer sich das Leben genommen hatte, bevor sie oder er deportiert wurde, hatte sich verweigert, hatte sich der behördlichen Anordnungen sowie ihrer Durchführung entzogen. Eine Tat, die jahrelang, für viele ein Leben lang, unvorstellbar gewesen war – auch ohne die rigorosen Strafandrohungen speziell gegenüber Jüdinnen und Juden bei Nichtbefolgung von Anordnungen. Diese Menschen hatten sich auch dem selbstverliehenen Bestimmungsrecht der Nazis über ihre „physische Zukunft“ entzogen. Die Bestimmung darüber, wo Juden zu leben und letztlich auch zu sterben hatten, war zum Selbstverständnis der NS-Verfolger, letztlich auch zu einem wesentlichen Element von Holocaust und Vernichtungskrieg geworden. Verweigerung und Entziehung zeigen sich vor diesem Hintergrund als die entscheidenden Momente der Selbstbehauptung – ob das Weiterleben im Versteck oder der selbstgewählte Tod die unmittelbare Folge dieser Haltung war, ist dahinter als zweitrangig anzusehen.
Letztlich bestanden und bestehen noch heute die größten Hürden einer unbefangenen Analyse und Einordnung vermutlich darin, dass aus vielerlei Gründen große Hemmungen darin bestehen, Suizidhandlungen mit positiven Zuschreibungen in Verbindung zu setzen. Diese Befangenheit hat dazu geführt, dass sowohl die systematische Aufarbeitung wie auch die historiografische Einordnung des Phänomens bis heute von Nachholbedarf gekennzeichnet sind.

Susanna Schrafstetter resümiert am Ende ihrer Arbeit über untergetauchte Juden in München: „Flucht und Untertauchen sind wesentliche Teile der Deportationsgeschichte der deutschen Juden.“[501] Diese Aussage ist in der Forschung heute unbestritten, verantwortlich hierfür sind unter anderem die zahlreichen Arbeiten von Beate Kosmala, Wolfgang Benz und

[501] Schrafstetter, Flucht und Versteck, S. 288.

einigen anderen, die sich etwa seit dem Jahr 2000 ausführlich mit diesen Aspekten der Verfolgungsgeschichte befasst haben und damit gleichermaßen Verfolgte wie auch deren Helfer in den Blick rückten. Für die tausenden Menschen, die sich durch Suizid der Verfolgung entzogen, fehlen bis heute ähnlich engagierte, verbindende Forschungsprojekte. In der vielfältigen und neueren Forschungsliteratur zu Verweigerung, Flucht und Untertauchen gehen die Bemerkungen über die Suizide zwar mittlerweile öfter über Nebensätze hinaus, insgesamt aber verharren sie im Status eines Randphänomens.

Symbolisch hierfür steht auch die Leerstelle im öffentlichen Erinnern. In der Gedenkstätte Stille Helden hieß es mindestens noch 2017 in einem einleitenden Text der Dauerausstellung: „Seit Oktober 1941 werden über 165.000 deutsche Juden in die Vernichtungslager und Ghettos in den deutsch besetzen Gebieten Polens und der Sowjetunion deportiert. 10.000 bis 12.000 von ihnen versuchen, sich der tödlichen Bedrohung durch die Flucht in die Illegalität zu entziehen und widersetzen sich so der Diktatur. In Deutschland überleben etwa 5.000 Untergetauchte, davon über 1.700 in Berlin."[502] Die Suizide im Verfolgungskontext hingegen werden in der Ausstellung nicht erwähnt.

In der Gegenüberstellung mit den im Nationalsozialismus Untergetauchten wurde versucht, die Suizidhandlungen mit den bereits bestehenden Analysekategorien zu erfassen und somit letztendlich gleichberechtigt einzuordnen in das Feld von Protest und widerständigem Verhalten. Folgt man dieser Argumentation, sollte es das Ziel sein, die Gruppe der durch Suizid aus dem Leben geschiedenen Verfolgten auch mit aufzunehmen in das Gedenken und die Erinnerung. Denn die hier beschriebenen Gruppen einen zwei Prinzipien: Nonkonformität und Verweigerung. Im Fall der selbstbestimmt aus dem Leben gegangenen Menschen bedeutete dies, der behördlichen Anordnung zur Deportation nicht nachzukommen. Sich selbst das Leben zu nehmen und sich damit allen weiteren Plänen der NS-Verfolger zu entziehen, stellte die von Konrad Kwiet schon 1984 benannte ultimative Verweigerung dar.[503]

Fasst man die in diesem Kapitel näher betrachteten Formen der Verweigerung zusammen, muss von 12-15 % der zur Deportation bestimmten Menschen ausgegangen werden, die sich den Anordnungen zur Deportation aktiv versagten – sei es durch Untertauchen, Suizidversuche oder vollendete Suizide. Eine integrierende Betrachtung der unterschiedlichen Verweigerungshandlungen führt somit zu einer Abkehr von einem Blick auf vermeintliche Einzel- und Randphänomene und verdeutlicht die ganze Dimension der Entziehungen im Kontext der Deportationen. Die Voraussetzung für eine solch integrierende Betrachtung ist gleichwohl die

[502] Informationstafel, Raum 17 (Widerstand von Juden), Stand: Dezember 2017.
[503] Vgl. Kwiet, The Ultimate Refuge.

Bereitschaft – analog zu der als mutig interpretierten Entscheidung zur Flucht in die Illegalität – auch einen Entschluss zum Suizid mit positiven Attributen in Verbindung bringen zu können.

Im Falle einer Aufnahme der Suizide als gleichgestellte Form der Entziehung, sollten konsequenterweise auch die Beschaffung der Mittel, das aktive Sterbenlassen oder das Ausstellen von Veronal-Rezepten durch Ärztinnen und Ärzte als zentrale Hilfeleistungen im Sinne der Hilfsnetzwerke anerkannt werden. Damit wäre zugleich die Perspektive eröffnet, diesen besonderen ärztlichen Handlungen in der akuten und historischen Ausnahmesituation eine andere Konnotation im Sinne einer Enttabuisierung zu ermöglichen, als dies je mit dem juristischen und letztlich strafbewehrten Begriff einer „Beihilfe zum Suizid“ möglich wäre. Für die Vorbereitung auf einen Suizid und die letztlich erfolgreiche Durchführung brauchte es idealerweise Helfer und Vertraute. So wie auch die Untergetauchten spezialisierte Hilfen benötigten, waren es hier Helferinnen und Helfer mit medizinischer Expertise. Zu groß waren das Risiko und die Angst, dass im Falle einer Umsetzung der Tat das Mittel versagen oder man zu früh aufgefunden werden würde. Wie viele Ärztinnen und Ärzte Verfolgten auf diese Weise geholfen haben, sie vor dem Schlimmeren zu bewahren und den letzten Willen umzusetzen, wird sich nicht bestimmen lassen. Fest steht allerdings, dass viele Ärztinnen und Ärzte auch in Hilfsnetzwerken aktiv waren, die immer auch auf medizinische Fachkenntnisse angewiesen waren.

Auf Helfende, Netzwerke und deren Unterstützungshandlungen, deren Auswahl nicht zufällig, sondern mit dem Blick auf das Lebensende von Arthur Nicolaier erfolgte, soll daher im nächsten Kapitel eingegangen werden.

III. Hilfsnetzwerke und Schutzräume für Verfolgte

Nach den Kapiteln zu Verfolgungssuiziden und zur Einordnung des Suizids in die Formen der Verweigerung und des Widerstands, soll im Folgenden der Blick auf Helferinnen und Helfer sowie Schutzräume für Menschen in Bedrängnis gerichtet werden. Leitend für die Auswahl waren hierbei die in Arthur Nicolaiers Briefen erwähnten Personen und Institutionen.

Daher wird im Folgenden näher auf zwei Hilfsnetzwerke eingegangen, die bei den Recherchen ins Blickfeld gerückt sind. Aus zum Teil chiffrierten Erwähnungen in Nicolaiers Briefen geht hervor, dass er Hoffnungen auf eine Rettung vor der Deportation einerseits in die Firma Schering, seinen langjährigen Arbeitgeber, setzte als auch in den Professor für Pharmakologie Wolfgang Heubner (1877-1957). Sowohl bei Schering als auch um den Pharmakologen herum existierten Netzwerke für Hilfesuchende, wie in der Folge näher dargestellt wird. Hilfsnetzwerke leisteten eine große Bandbreite an Unterstützung für Verfolgte. Dass auch Suizide hiervon nicht ausgenommen waren, erscheint nur logisch und festigt die Argumentation für die Einbindung von Suiziden in die Forschungen zu Widerstand und Helfernetzwerken.

Auch wenn Arthur Nicolaier selbst vermutlich nur am Rand mit diesen Verbindungen in Kontakt stand, sollen die dahinterliegenden Strukturen, die zahlreichen Personen Hilfe und Schutz geboten hatten, genauer vorgestellt werden. Aus seinen Briefen geht hervor, dass er neben diversen eigenen sowie Hilfsversuchen aus seinem engsten Umfeld, einige Hoffnung in den Einfluss seines früheren Arbeitgebers, der Firma Schering, sowie des als Wolfgang Heubner identifizierten „H“ legte. Die genannte Person „H“ taucht allerdings ausschließlich in einem der erhaltenen Briefe auf und wäre wohl unentdeckt geblieben, wäre Volkmar Felsch beim Studium der Tagebücher Otto Blumenthals nicht auf den Namen Heubner gestoßen. Der Pharmakologe war seit 1932 Ordinarius in Berlin, mithilfe weiterer Querverweise konnte er als Kontaktpersonen für eine erhoffte Unterstützung bestätigt werden. Über die Familien Ebstein und Blumenthal bestand seit der Göttinger Zeit zumindest ein loser Kontakt zu Wolfgang Heubner, auf den man nun in Berlin über Nicolaiers Anwalt Walther Döhring zurückgriff. Dieser engagierte sich in der Sache mehrfach persönlich und füllte eine wichtige Koordinationsfunktion aus. [504] Im Gegensatz zu der in Leipzig lebenden Nichte Nicolaiers, Carola Ebstein, und zu Nicolaier selbst, der sich längst nicht mehr frei in Berlin bewegen, geschweige denn Leute offiziell kontaktieren konnte, war Walther Döhring Teil der gehobenen

[504] Eine ausführliche Betrachtung der Briefe sowie weitere Einzelheiten zu den rekonstruierten Verbindungen folgen in Kap. IV.

Berliner Gesellschaft, wohnte in guter Gegend und verfügte als Notar über vielfältige Kontakte. Sein abendlicher Besuch bei Heubner, auf den gemeinsame Ausritte im Tiergarten folgten, fand ohne vorherige nähere Bekanntschaft statt, davon zeugen Heubners Tagebücher.

Schon kurz nach Beginn der Deportationen, im November 1941, hatte sich Heubner während eines Aufenthalts im Elsass anlässlich des Festaktes zur Eröffnung der „Reichsuniversität Straßburg“ für Arthur Nicolaier eingesetzt. Hierfür hatte er Max de Crinis (1889-1945), einen der ranghöchsten NS-Ärzte und dazu Ministerialreferent im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, direkt angesprochen: *„De Crinis hatte ich schon am Hoteleingang bei der Ankunft getroffen und nach seiner Unterstützung für den alten, fast 80jährigen Nicolaier gefragt; er hatte kurz und bündig abgelehnt.“*[505]

Ein vorangegangener Brief von Mali Blumenthal an Wolfgang Heubner von Ende Oktober 1941 kann hierfür als Auslöser angenommen werden.[506]

Warum aber fiel die Wahl auf Wolfgang Heubner? Was brachte Walther Döhring und viele andere Menschen dazu, sich direkt an den Professor für Pharmakologie zu wenden und von ihm Hilfe zu erwarten? Und weist die nicht zu rekonstruierende „Aktion der Firma Sch“ aus Nicolaiers Briefen auf mehr hin als die Unterstützung eines altgedienten Mitarbeiters? Unter anderem diese Fragen gaben Anlass, sich im Zuge der Recherchen näher sowohl mit der Person Wolfgang Heubner als auch mit der Rolle der Firma Schering im Nationalsozialismus auseinanderzusetzen. Anhand beider Fälle soll paradigmatisch skizziert werden, wie persönliche Verbindungen zu – unter den Verfolgten bekannten – Helfern sowie Schutzräume zustande kamen und funktionierten. Zahlreiche Querverbindungen zeugen zudem davon, dass solche Helfenden und Schutzräume von Verfolgten aufgesucht wurden, nachdem ihnen im Vertrauen dazu geraten wurde. Als weitere Querverbindung wird abschließend noch der Arzt Walter Seitz (1905-1997) und das ihn umgebende Netzwerk „Onkel Emil“ näher betrachtet.

[505] TB Heubner, 22.11.1941

[506] TB Blumenthal, Eintrag vom 23. Oktober 1941. Felsch, Otto Blumenthals Tagebücher, S. 320. Für den 3.11.41 wurde ein „freundlicher Brief von Heubner“ vermerkt, Mail Blumenthal schickte dem Tagebuch zufolge zwei weitere Briefe an Heubner (16.11.41 und 1.2.42), vgl. ebd., S. 324 und 343. Antworten Heubners hierauf sind nicht dokumentiert.

1. Wolfgang Heubner (1877-1957)

Wolfgang Heubner tritt als eine Ausnahme unter den Professoren seiner Zeit allein dadurch in Erscheinung, regelmäßig und zu verschiedensten Anlässen keinen Hehl aus seiner ablehnenden Haltung den Nationalsozialisten gegenüber gemacht zu haben. Diese Ablehnung, und hiermit erfolgt zugleich die Einschränkung, bestand größtenteils in einer Opposition gegenüber der unter anderem auch auf Ausgrenzung beruhenden Hochschulpolitik der Nationalsozialisten. Udo Schagen hat die Rolle Heubners in einem Beitrag von 2008 dahingehend ausführlich beleuchtet.[507] Einige Aspekte werden hier noch einmal behandelt und teilweise vertieft, neue dem Bild hinzugefügt. Dies nicht zuletzt auch, um der Frage nachzugehen, warum Nicolaiers Rechtsanwalt und Notar Walter Döhring sich bei den Hilfsversuchen für Arthur Nicolaier ausgerechnet an den Professor für Pharmakologie gewendet hatte. Als maßgebliche Quellengrundlage, zum Abgleich und zum Knüpfen neuer Querverbindungen, waren hierfür die Tagebücher Wolfgang Heubners von großem Wert.[508]

1.1 Haltung gegenüber den neuen Machthabern und seinen Mitarbeitern

Es sind vor allem die offenen Worte Heubners im Oktober 1933 gegenüber dem Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Bernhard Rust (1883-1945), die durch ihren Inhalt und Seltenheitswert hervorstechen. Heubner übte deutliche Kritik und rechnete in diesem Zusammenhang als Konsequenz mit seiner Absetzung. Rust hatte wenige Tage zuvor in einem Zeitungsartikel geschrieben: *„Mit marxistischen, liberalistischen, demokratischen und pazifistischen Lehrern und Hochschullehrern können völkische Erziehungsprogramme nicht verwirklicht werden.“* Dies verleitete Heubner zu einer schriftlichen Eingabe an den Minister, in der er die Frage aufwarf, ob er weiter als Hochschullehrer tätig sein dürfe, da er *„von liberaler Gesinnung durch und durch erfüllt“* sei.[509] Zusätzlich hob Heubner auch seine pazifistische Einstellung deutlich hervor. Udo Schagen hat zurecht darauf hingewiesen, dass es

[507] Schagen, Udo, Von der Freiheit – und den Spielräumen – der Wissenschaft(ler) im Nationalsozialismus: Wolfgang Heubner und die Pharmakologen der Charité 1933 bis 1945, in: Schleiermacher, Sabine und Schagen, Udo (Hrsg.), Die Charité im Dritten Reich. Zur Dienstbarkeit medizinischer Wissenschaft im Nationalsozialismus, Paderborn 2008, S. 207-227.

[508] Großer Dank gilt dem Mainzer Pharmakologen Erich Muscholl (1926-2019), der die Tagebücher 1917-1956 in jahrelanger Arbeit transkribiert hat, für die Überlassung der Dateien. Heubners Tochter hatte 1989 der Deutschen Pharmakologischen Gesellschaft 26 Tagebücher übergeben. Sie sind in vielerlei Hinsicht von großem Wert, unter anderem dienen sie der Rekonstruktion persönlicher Verbindungen und Netzwerke über mehrere Systembrüche hinweg. Die Tagebücher befinden sich im Archiv der Medizinischen Hochschule Hannover, ArchMHH, Dep. 13.

[509] Zitate ebd., S. 218.

nicht dem Zufall geschuldet sein dürfte, dass Heubner auf die von Rust verachteten Liberalismus und Pazifismus einging, während er über die Thematisierung des Marxismus und demokratischer Einstellungen in seiner Gegenschrift hinwegsah. Gleichwohl ging Heubner in seinem Schreiben noch weiter und bat um Prüfung, ob er unter den folgenden Umständen im Amt bleiben könne: *„Es wird mir auch niemals möglich sein, den Nationalsozialismus innerlich (und natürlich auch äußerlich) zu bejahen, soweit er mit den aus meiner angeborenen Veranlagung und meiner Lebenserfahrung erwachsenen Überzeugungen im Widerspruch steht."*[510]

Eine derart offen formulierte Position der Ablehnung ließ die Chancen gering erscheinen, dass Heubner seinen Posten behalten würde.[511] Überraschenderweise wurde seitens des Ministeriums jedoch nichts weiter in dieser Richtung unternommen, ein interner Vermerk bewertete es als „untunlich", auf Heubners Brief inhaltlich einzugehen. Nach mehreren Wochen erhielt Heubner eine Antwort von Rust, in der dieser ihm lediglich mitteilte, dass es nach dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" keine Grundlage zu seiner Entlassung gebe. Im März 1934 fand sich Heubner im Ministerium ein, um mit Rust über seine *„Nöte und mein Gesuch um Entbindung von meinen amtlichen Verpflichtungen"* zu sprechen.[512] Wohl ging es Heubner hierbei in erster Linie um Ehrverletzungen, etwa durch den rüden Ton der NS-Studentenschaft ihm gegenüber, wobei es laut seiner Aufzeichnungen auch zu Diskussionen allgemeiner Natur kam*: „Ich betonte meine Ablehnung der politischen Universität, meine Überzeugung von der Notwendigkeit einer <u>übernationalen</u> Wissenschaft – worauf die Diskussion ins kulturhistorisch-philosophische Gebiet glitt, […]."*[513] Heubner blieb in seiner Stellung, und wenn auch noch einige Diskussionen im Ministerium und mit anderen Funktionsträgern folgten, so hatte er sich letztlich doch mit der neuen Situation arrangiert. Jahre später, im Juli 1940, traf er anlässlich der Feier zu Ferdinand Sauerbruchs 65. Geburtstag auf Rust und notierte: *„Schliesslich geriet ich an einen Tisch mit Sauerbruch, Rust und Blome. Rust erinnerte sich auch an unsere einstige Aussprache und fragte, ob es nicht richtig gewesen sei, dass er mich gehalten hätte; ich musste zugeben: ja ! - Rust sprach sich weiterhin sehr anerkennend über die Pharmakologie aus und dass sie nach dem Krieg viel mehr gefördert werden müsste […]."*[514] Dieser versöhnte Tonfall fällt in die Zeit nach dem aus deutscher Sicht

[510] Ebd., S. 219.
[511] Offenbar hatte Heubner auch mit einer Entlassung gerechnet. So berichtet Schagen, dass er zu dieser Zeit über einen Posten in Basel verhandelte. Vgl. ebd. S. 219, Information übernommen von Kneer, Johanna, Wolfgang Heubner (1877-1957), Leben und Werk, Diss. med., Tübingen 1989.
[512] TB Heubner, 24.3.1934.
[513] Ebd., Hervorhebung im Original.
[514] TB Heubner, 18.7.1940.

erfolgreichen Frankreichfeldzug – Heubners Tagebucheinträge zeugen seit dem 1.9.1939 von einer unkritischen Kriegsbegeisterung.

Am Beispiel Wolfgang Heubners lassen sich Möglichkeiten renitenten Verhaltens aufzeigen, die allerdings zugleich untrennbar verbunden waren mit seiner gesellschaftlichen Stellung. Als fachliche Instanz und Ordinarius, der nicht erst nach 1933 „installiert" worden war und weniger auf das Wohlwollen der NS-Oberen bedacht sein musste, konnte er sich Aktionen und Wortmeldungen erlauben, die keine unmittelbaren negativen Folgen für ihn hatten. Solche Spielräume – erst recht politische Diskussionen im Büro des Ministers – waren allerdings für Personen anderer akademischer Stufen schlichtweg undenkbar. Dies zeigt sich auch darin, dass 1936 seine Auslandsreise in die USA trotz schlechter Beurteilungen (*„ …unverbesserlicher Liberalist und Individualist, der dem heutigen Staat ganz bestimmt nicht freundlich […] gegenübersteht."*) letztlich genehmigt wurde aus der Abwägung heraus, dass eine Verweigerung international zu hohe Wellen schlagen würde.[515] Es kann angenommen werden, dass Heubner sich mit dem offenen Brief an Minister Rust 1933 seine Spielräume für die Folgezeit selbst geschaffen, zumindest aber diese austariert und ihnen eine Basis gegeben hatte. Vieles spricht dafür, dass Heubner sich vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Machtübernahme bewusst positionierte, um die Möglichkeit der Fortführung der universitären Arbeit in seinem Geiste zu prüfen – unter Inkaufnahme seiner Entlassung.[516] Von diesem Zeitpunkt an musste Wolfgang Heubner sich weniger als andere um sein Bild in den Augen der Machthaber bemühen – seine ablehnende Haltung war schließlich bekannt, und er konnte jederzeit darauf verweisen, seinen Lehrstuhl bereits von sich aus zur Disposition gestellt zu haben. Auch ein Streitgespräch im Ministerium Anfang Oktober 1935 ließ sich auf dieser Basis führen. Heubner beschreibt die Szene in seinem Tagebuch:

> „*Danach fragte er [Medizinalreferent Werner Jansen, T.O.], ob ich mit Absicht auf seinen Gruss „Heil Hitler" mit „Guten Morgen" geantwortet hätte. Ich erwiderte, dass ich mich zu diesem Gruss nicht entschliessen könnte. Er fing dann wieder davon an, dass dies mit meinem Eid im Widerspruch stünde. Ich bestritt das mit dem Bemerken, dass es sich da um eine Auslegung handle, über die wir uns ja schon früher unterhalten hätten und wo ich anderer Meinung sei und bliebe wie er. Er wisse, dass ich mir nur unter schweren inneren Kämpfen abgerungen habe, in meinem Amte weiter zu arbeiten, dass ich aber nicht dauernd weitere Konzessionen machen könne, es habe eine gewisse Grenze. Den Hitlergruss*

[515] Vgl. Schagen, Von der Freiheit, S. 221, dort auch zitiert aus der Beurteilung der NS-Dozentenschaft.
[516] Vgl. Schagen, Von der Freiheit, S. 219. Hierfür spricht auch, dass Heubner zur gleichen Zeit mit der Firma Ciba in Basel verhandelte und ihm ein diesbezügliches Angebot vorlag.

betrachtete und empfände ich als einen Gesslerhut; ich aber sei kein Mann, den man biegen könne. Er möge ruhig jede Konsequenz ziehen."[517]

Im April 1938 hielt Heubner zur Eröffnung der Tagung der Deutschen Pharmakologischen Gesellschaft einen Vortrag, in dem er nicht nur – deutlich unzeitgemäß – die weltumspannende Forschung hochhielt und den Wunsch äußerte, sich im Idealfall als „Intellektualist" bezeichnen zu können, sondern auch Kritik an der Verhaftung eines prominenten Forscherkollegen äußerte. Otto Loewi (1873-1961) hatte 1936 den Nobelpreis für die Entdeckung der Nervenimpuls-Übertragung erhalten und war nun, nach dem „Anschluss" Österreichs inhaftiert worden. Heubner notierte später im Tagebuch: *„Der Rektor ging nach Flurys Ansprache, Grunwald [Oberregierungsrat im Innenministerium, T.O.] hielt eine kurze Ansprache nach mir. Ich sprach ziemlich ernst, erwähnte auch O. Loewis Schicksal (Inhaftierung) verblümt. Viele Leute, darunter Henze (Innsbruck), Kirschner (Heidelberg) sprachen mir ihre Anerkennung aus."*[518] In seinem Vortrag hatte Heubner zuvor folgendermaßen formuliert:

„Dankbarkeit ist wohl der eigentliche Grund der weltumspannenden Verbundenheit der Gelehrten, in der die Frage nach Herkunft oder Abkunft gleichgültig ist gegenüber der Frage nach dem Beitrag des Einzelnen zu der Beglückung des Geistes. Und mit zwingender Notwendigkeit fügt es ein psychologisches Gesetz, daß jenes Dankgefühl bis zu persönlicher Anteilnahme geht. So werden viele Seelen davon berührt, wenn Unglück hereinbricht über einen hervorragenden Entdecker weitreichender Zusammenhänge."[519]

So „verblümt" Heubner diese Passage auch sah: Die Masse seiner kritischen Denkanstöße lassen diese Rede im Licht eines sehr deutlichen Statements erscheinen. Dass sie auch noch abgedruckt wurde, gibt einmal mehr Beispiel dafür, was an Positionierung auch 1938 noch möglich war – zumindest für Personen, die sich wie Heubner einen gewissen Raum für politische Mündigkeit erarbeitet oder erstritten hatten.

Neben seinem Verbleiben innerhalb des Systems trotz inhaltlicher Differenzen ist es auch die Art der wissenschaftlichen und persönlichen Leitung des Lehrstuhls für Pharmakologie, die eine Betrachtung Wolfgang Heubners lohnend erscheinen lässt. An seinem Institut beschäftigte er neben überzeugten Nationalsozialisten wie Hermann Druckrey (1904-1994) – Mitglied der NSDAP und SA seit 1931, nach seiner Habilitation 1937 Vertreter des NS-Dozentenbundes an der Medizinischen Fakultät – auch die (späteren) Widerständler Robert Havemann (1910-1982)

[517] TB Heubner, 3.10.1935.
[518] TB Heubner, 25.4.1938.
[519] Heubner, Wolfgang, Eröffnungsansprache, in: Naunyn-Schmiedebergs Archiv für experimentelle Pathologie und Pharmakologie 190 (1938), S. 25-29.

und Fritz von Bergmann (1907-1982) sowie Otto Krayer (1899-1982), auf dessen Fall kurz eingegangen werden soll. Dabei pflegte er mit allen Mitarbeitern zahlreiche private Kontakte, wie Schagen schreibt und sich seinem Tagebuch entnehmen lässt. Zum Bruch mit Druckrey, der später zu dessen Ausscheiden führte, kam es indes nicht wegen Druckreys politischer Einstellung, sondern aus Gründen, die Heubners Autorität als Institutsleiter infrage gestellt hatten.[520] **Otto Krayers** Fall ist das einzige bekannte Beispiel eines Hochschullehrers, der es ablehnte, die Nachfolge eines entlassenen jüdischen Professors anzutreten.[521] Philipp Ellinger (1887-1952) war 1933 an der Medizinischen Akademie Düsseldorf als „Nichtarier" entlassen worden und sollte durch Krayer ersetzt werden. Heubner, den Krayer mit seinen Bedenken aufgesucht und der ihm geraten hatte, die Stelle anzunehmen, zeigte sich nach dessen Weigerung dennoch aufrichtig begeistert:

„Krayer [kam] mittags in persona zu mir, um mir zu berichten, dass er soeben bei Ministerialrat Achelis[522] seine inneren Bedenken vorgetragen habe, als Ersatz für einen nach seiner Ansicht ohne rechten Grund aus dem Amt entlassenen Mann anzutreten, […]. Grossartig!"[523]

Krayer adressierte seine Ablehnung der ihm angetragenen Nachfolge auch noch schriftlich an das Kultusministerium. Das mehrfach zitierte Schriftstück ist seltenes Zeugnis einer deutlichen Ablehnung eines nationalsozialistischen „Stellenangebots" aus humanistischen Gründen. Krayer schrieb als Begründung,

„[…] dass ich die Ausschaltung der jüdischen Wissenschaftler als ein Unrecht empfinde, dessen Notwendigkeit ich nicht einsehen kann, da sie, wie mir scheint, mit ausserhalb der Sphäre der Wissenschaft liegenden Gründen gestützt wird. […] Unter diesen Umständen würde die Übernahme einer solchen Vertretung wie der in Düsseldorf für mich eine seelische Belastung bedeuten, welche es mir erschweren würde, meine Tätigkeit als Lehrer mit jener Freude und Hingabe aufzunehmen, ohne die ich nicht recht lehren kann. […] Ich will lieber darauf verzichten, eine Stellung zu erlangen, die meinen Neigungen und

[520] Vgl. Schagen, Von der Freiheit, S. 214.
[521] Vgl. ausführlich hierzu: Schagen, Udo, Widerständiges Verhalten im Meer von Begeisterung, Opportunismus und Antisemitismus. Der Pharmakologe Otto Krayer (1899-1982), Professor der Berliner Universität 1933, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte, 10 (2007), Stuttgart 2007, S. 223-247.
[522] Johann Daniel Achelis (1898-1963), Ministerialrat und Personalreferent in der Hochschulabteilung des Preußischen Kultusministeriums; Johannes Vossen schreibt: „Über seinen Schreibtisch gingen alle Berufungsangelegenheiten in der Medizin und er war auch hauptverantwortlich für die rigide Durchführung des ‚Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums', […]. " Vossen, Johannes, Willfährige Wissenschaft, in: Schleiermacher, Sabine und Schagen, Udo (Hrsg.), Die Charité im Dritten Reich. Zur Dienstbarkeit medizinischer Wissenschaft im Nationalsozialismus, Paderborn 2008, S. 23-36, hier: S. 25.
[523] TB Heubner, 14.6.1933.

Fähigkeiten entspricht, als dass ich gegen meine Überzeugung entscheide; oder dass ich durch Stillschweigen an unrichtiger Stelle dem Zustandekommen einer Meinung über mich Vorschub leiste, die mit den Tatsachen nicht übereinstimmt."[524]

Die Reaktion aus dem Ministerium, wo man es vermutlich nicht gewohnt war, derart vor den Kopf gestoßen zu werden, folgte prompt: Staatssekretär Wilhelm Stuckart (1902-1953) untersagte Krayer das Betreten deutscher Universitäten und die Benutzung öffentlicher Bibliotheken, was de facto einem Arbeitsverbot gleichkam. Wolfgang Heubner engagierte sich für seinen Mitarbeiter, erwirkte schließlich die Aufhebung des Verbots und auch Krayers Urlaubsgesuch für ein Jahr wurde stattgegeben. Für Otto Krayer jedoch war diese Zäsur Anlass, sich außerhalb seiner Heimat wissenschaftlich zu orientieren. Am 4. Juli notierte Heubner bei einem Besuch in London in sein Tagebuch: *„Unterwegs Gespräch mit Krayer, der mir seine Ablehnung der Rückkehr nach Deutschland mit der Unmöglichkeit zur Leistung des Hitler-Eides begründete."*[525] Nach Stationen unter anderem in London, Beirut und Peking, wurde Otto Krayer schließlich 1939 Professor in Harvard und leitete das dortige Department of Pharmacology bis 1966.[526]

Robert Havemann war als Assistent an Heubners Institut von 1936 bis 1945 angestellt und wurde von diesem sogar zum militärischen (1942) und politischen (1943) Abwehrbeauftragten ernannt. Nach dem Krieg begründete Friedrich Jung (1915-1997), ehemaliger Doktorand Heubners und später Professor für Pharmakologie, dies damit, dass Heubner auf diese Positionen keinen Nationalsozialisten setzen wollte.[527] Havemann wiederum profitierte von den Ernennungen dahingehend, dass er dadurch den Nationalsozialisten als unverdächtig galt, wie es auch seine Überprüfung vor der Ernennung zum Ergebnis hatte.[528] Im September 1943 wurde Havemann als Mitglied der Widerstandsgruppe „Europäische Union" verhaftet und vor dem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt. Zur gleichen Zeit waren unter anderem der Architekt Herbert Richter sowie der Arzt Georg Groscurth als Mitglieder der Widerstandsgruppe verhaftet worden. Groscurth und Havemann arbeiteten und forschten bereits seit 1932, als sie sich kennenlernten. Nachdem beide 1933 das Kaiser-Wilhelm-Institut in Dahlem hatten verlassen müssen, wurde der neue gemeinsame Arbeitsplatz im Labor des

[524] Zit, nach Schagen, Widerständiges Verhalten, S. 223-247. Hier: Kopie des Schreibens vom 15. Juni 1933 an Ministerialrat Achelis, S. 243-245.
[525] TB Heubner, 4.7.1935.
[526] Alle Angaben nach Schagen, Widerständiges Verhalten.
[527] Vgl. Hannemann, Simone, Robert Havemann und die Widerstandsgruppe „Europäische Union". Eine Darstellung der Ereignisse und deren Interpretation nach 1945, Berlin 2001, S. 48. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) versuchte laut Hannemann aufgrund dieser von Havemann bekleideten Positionen eine Zusammenarbeit Havemanns mit der Gestapo belegen zu können.
[528] Vgl. ebd.

Krankenhauses in Moabit nach Christian Pross „zum Treffpunkt der Nazigegner am Krankenhaus“.[529] Es fand sich dort ein Kreis an Mitarbeiterinnen aller Hierarchieebenen ein, die sich in regelmäßigen „Kaffeekränzchen“ über die politische Lage austauschten. Zugang erhielten nur Kolleginnen und Kollegen, die vertrauenswürdig waren und über deren Haltung keine Zweifel bestanden.[530] Groscurth, Havemann und andere starteten ihre Hilfen zunächst im humanitären Rahmen: mit der Unterbringung von Menschen, die versteckt werden mussten, deren Versorgung mit Nahrungsmitteln und falschen Papieren. Im Laufe der Zeit wurden die Tätigkeiten ausgeweitet, die Ärzte Groscurth und Heinz Schlag schrieben zum Beispiel Soldaten verwendungsunfähig und es wurden Flugblätter verteilt.[531] Im Juli 1943 gab sich die mittlerweile gewachsene Gruppe von NS-Gegnern aller Berufsgruppen eine festere Struktur mittels eines Manifests. Zur gleichen Zeit hatte nach Vermittlung von Robert Havemann Groscurth dafür gesorgt, dass Wolfgang Heubner einen Teil seiner persönlichen Habe, die er aus Sorge vor Bombenschäden aus der Berliner Innenstadt auslagerte, bei besagtem Architekten Herbert Richter unterbringen konnte.[532] Wenn auch hieraus keine Nähe zur Widerstandsgruppe – oder auch nur das Wissen um ihre Existenz – abgeleitet werden kann, steht die aktive Unterstützung für Heubner doch zumindest für ein gewisses Vertrauensverhältnis. Die Todesurteile gegen Groscurth, Richter und Paul Rentsch wurden acht Monate nach deren Verhaftung, am 8. Mai 1944, vollstreckt.

Dass das Todesurteil gegen den vierten Hauptangeklagten Robert Havemann nicht vollstreckt wurde, ist den Bemühungen von Heubner und Wolfgang Wirth (1898-1996) zu verdanken, die Havemanns Forschungen als unentbehrlich deklariert hatten.[533] Laut Udo Schagen hatte Heubner im Vorfeld mit Havemann verabredet, dass bei den Untersuchungen keine Ergebnisse herauskommen sollten, die im Krieg Verwendung finden könnten.[534] Der Toxikologe Wirth leitete zu der Zeit als Oberstarzt beim Heereswaffenamt die Forschungsinstitute der Militärärztlichen Akademie. Mit Heubner und Wirth, die mit der Kriegswichtigkeit der Havemannschen Forschung argumentierten, hatte dieser nun zwei einflussreiche Fürsprecher. Das Todesurteil wurde aufgeschoben und für Havemann im

[529] Pross, Christian, Das Krankenhaus Moabit, 1920, 1933, 1945, in: Ders. und Winau, Rolf (Hrsg.), Nicht misshandeln – Das Krankenhaus Moabit 1920-1933. Ein Zentrum jüdischer Ärzte in Berlin, 1933-1945: Verfolgung Widerstand Zerstörung, Berlin 1984, S. 109-261, Zitat S. 227.

[530] Vgl. ebd., S. 227.

[531] Mehr zur Gruppe „Europäische Union“, ihrer Struktur und Tätigkeiten, z.B. bei Hannemann, Robert Havemann und die Widerstandsgruppe „Europäische Union“.

[532] Vgl. die Tagebucheinträge Heubners zu den zusammengefassten Ereignissen im Juli 1943.

[533] Vgl. zuletzt Barthel, Hans-Georg, „Geheim! – Reflexionsmessgerät zur Messung der Lichtreflexion der menschlichen Haut“, in: Florath, Bernd (Hrsg.), Annäherungen an Robert Havemann, Biographische Studien und Dokumente, Göttingen 2016, S. 57-71.

[534] Schagen, Von der Freiheit, S. 216.

Gefängnis Brandenburg-Görden gar ein Forschungslabor eingerichtet. Der eingangs erwähnte Fritz von Bergmann – seit 1937 Privatassistent an Heubners Institut und wie weiter oben beschrieben Mitglied der Widerstandsgruppe „Onkel Emil" – war während des Krieges beim Heereswaffenamt eingesetzt. Dies machte ihn im Sinne der Helfernetzwerke zum idealen Verbindungsmann: Havemann zufolge betreute von Bergmann in seiner Funktion beim Heereswaffenamt die vermeintlich kriegswichtige Forschung im Gefängnis. Von Bergmann habe ihn regelmäßig mit allerlei Sachen versorgt, die Havemann für illegale Aktivitäten im Gefängnis benötigte, was für Fritz von Bergmann wiederum von erheblichem Risiko war.[535]

Heubner jedenfalls achtete darauf, dass das an seinem Institut etablierte Wertesystem nicht nationalsozialistisch durchdrungen wurde, wie ein Tagebucheintrag aus dem Juni 1942 nahelegt. Nach dem Erscheinen eines Kriminalinspektors im Institut – Anlass war der Brief einer technischen Assistentin des Instituts an die Behörden, in dem sie einen anderen Mitarbeiter der Unterschlagung bezichtigt hatte – notierte Heubner tags darauf knapp: *„Frl. B. aus dem Institut verwiesen."*[536]

1.2 Vertrauensperson und Helfer für Menschen in Bedrängnis

Wolfgang Heubners Unterstützung war nicht auf seine Mitarbeiter begrenzt, wie unter anderem das Beispiel Arthur Nicolaiers zeigt. Hier sind letztlich nur die Vermittlungsversuche bei de Crinis, vermutlich auf Initiative von Mali Blumenthal, belegt. Was Walter Döhring mit Heubner während der gemeinsamen Ausritte im Tiergarten besprochen hat, bleibt im Dunkeln, ebenso Details der Versuche, in Kooperation mit Schering die mutmaßlich angestrebte Rückstellung zu erreichen. Fest steht allerdings: Wolfgang Heubner hat sich hier, wie in zuvor beschriebenen Fällen, zu Hilfszwecken engagiert und dabei sowohl eigene Ressourcen und Zeit wie auch seine Verbindungen eingesetzt. Und dies, wie im Falle Nicolaiers, auch für Personen, die nicht zu seinem näheren Umfeld gehörten. Die Zusammenschau verschiedener Hinweisstellen legt nahe, dass Wolfgang Heubner in der Zeit der Verfolgung einem größeren Personenkreis als vertrauenswürdiger und verlässlicher Ansprechpartner gegolten haben muss.

Auch er war im Laufe der Zeit mit der Häufung von Selbsttötungen konfrontiert, und mehr noch: Als Experte auf dem Gebiet der Pharmakologie, insbesondere der Vergiftungen, wurde er um Rat gefragt bezüglich verschiedentlicher Gifte oder gar um die Bereitstellung solcher

[535] Dies geht aus späteren Schilderungen Robert Havemanns hervor. Vgl. Havemann, Robert, „Sie sind entlassen, Genosse", in: Der Spiegel 40 (1970), online abrufbar: http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-44418142.html [08.07.2023].

[536] TB Heubner, 20.6.1942.

Mittel gebeten. In seinen Tagebüchern finden sich diverse Andeutungen, so heißt es am 18. September 1941: *„Gegen Mittag Besuch von Richard Freund, suicidii eventualis causa.“*[537] Im Jahr darauf notierte er: *„Besuch von Schoeller*[538] *wegen Selbstmordgift für einen jüdischen Freund.“* Und weiter: „*Erfuhr durch ihn, dass sich schon vor Jahren der Anatom Poll und Frau in Schweden umgebracht hatten;*[539] *sowie über neuen sehr scharfen Wind in der Judenfrage aus der Reichskanzlei.“*[540]

Dass Heubner zu diesen Fragen aufgesucht wurde, lässt auf eine hohe Nachfrage nach „Selbstmordgiften“ schließen, vor allem nach sicher wirksamen Mitteln, da die handelsüblichen Schlafmittel für viele zu unzuverlässig erschienen. So wurde die Option der Selbsttötung im vertrauenswürdigen Kreis offen besprochen und nach Hilfen bei der Umsetzung gesucht, wie der erwähnte Eintrag – der Schering-Vorstand Schoeller wird gefragt und wendet sich wiederum im Vertrauen an Heubner – belegt. Nicht nur hier zeigt sich eine Querverbindung zur Firma Schering. Am Tag des Besuchs von Walter Schoeller berichtet Heubner außerdem in seinem Tagebuch von vielen Telefonaten und Korrespondenz wegen „verfolgter jüdischer Kollegen“,[541] namentlich werden neben Nicolaier noch Emil Starkenstein und Ernst Laqueur genannt.[542]

Der nächste Eintrag zu einem Suizid in Heubners Tagebuch stammt aus dem Oktober 1942:

> *„[…] Versuch, den früheren Stettiner Internisten Neisser zu besuchen, erfuhr aber, dass er sich in der Nacht vom 7. zum 8.10. umgebracht habe und am 10.10. bestattet worden war, weil er am 8.10. hätte abtransportiert werden sollen.“*[543]

---

[537] TB Heubner, 18.9.1941. Bei Richard Freund handelt es sich vermutlich um den langjährigen Oberarzt der Charité-Frauenklinik, der sich ein Jahr später das Leben nahm (21.9.1942). Vgl. Tenorth und Grüttner (Hrsg.), Geschichte der Universität Unter den Linden, Band 2, S. 560.

[538] Walter Schoeller, Schering-Vorstand, mehr zu ihm und Schering unter III. 2.

[539] Heinrich Poll (1877-1939) war bis 1933 Professor für Anatomie in Hamburg, seine Frau Clara Poll-Cords (1884-1939) Frauenärztin. 1939 wollten beide nach Schweden emigrieren, Poll reiste vor und erlag dort am 12. Juni einem Herzschlag. Seine Frau reiste nach und beendete ihr Leben selbst am 5. August, dem Geburtstag ihres Ehemannes. Vgl hierzu: Braund, James and Sutton, Douglas G., The Case of Heinrich Wilhelm Poll (1877-1939): A German-Jewish Geneticist, Eugenicist, Twin Researcher, and Victim of the Nazis, in: Journal of the History of Biology 41 (2008), 1-35.

[540] TB Heubner, 21.8.1942.

[541] TB Heubner, 21.8.1942.

[542] Beide Pharmakologen waren Mitglied der Leopoldina und hatten wissenschaftliche Verbindungen zur Firma Schering. Emil Starkenstein (1884-1942) wurde im KZ Mauthausen ermordet, Ernst Laqueur (1880-1947) überlebte die Verfolgung in den besetzten Niederlanden. Vgl. zum Beispiel Präsidium der Deutschen Akademie der Naturforscher (Hrsg.), Gedenken an die Leopoldina-Mitglieder, die in Konzentrationslagern des national-sozialistischen Regimes zu Tode kamen, Halle (Saale) 2010.

[543] TB Heubner, 12. Oktober 1942. Der Suizid Ernst Neissers wird ausführlicher beschrieben in Kapitel I. 2.

Und ein paar Tage später: *„Lisa war bei Lasers gewesen, haben Nachricht über ihren ‚Abtransport' in den nächsten Wochen. Wollen sich beide Sonntag umbringen. Veronalrezepte geschrieben."*[544]

Wie auch immer man den Tonfall dieser Notiz interpretieren mag – dokumentarisch, emotionsfrei, professionell, fatalistisch, ... – es zeigt sich auch hier, dass es eine Phase gab, in der Selbsttötungen aus Angst vor der Deportation zur Alltagsrealität geworden waren und mit einem gewissen Grad an Gewöhnung einhergingen. Der Zeitpunkt dieser geschäftsmäßigen Notiz deckt sich mit dem Höhepunkt der Deportations- und Suizidzahlen. Heubner, qua Profession und Position häufig Ansprechpartner, hatte also während der Deportationen nicht nur von zahlreichen Selbsttötungen aus diesem Grund Kenntnis, sondern verschrieb auch selbst Veronal zu diesem Zweck. Wie zuvor angedeutet, stellte er jedoch auch andere Mittel zur Verfügung beziehungsweise selbst her, so heißt es im August 1943: *„Vormittags Domarus wegen Gift bei mir."*[545] Alexander von Domarus (1881-1945) war zu der Zeit Direktor der Inneren Medizin im Horst-Wessel-Krankenhaus. Er beging Suizid am 4. Mai 1945, kurz vor der Ankunft der Roten Armee.[546] Von Domarus war Heubners behandelnder Arzt, in den Tagebüchern wird er immer in Verbindung mit dem Franziskus-Krankenhaus genannt. Ob Domarus bei Heubner Gift für Bekannte, Patienten oder sich selbst besorgte, geht aus dem Eintrag nicht hervor. Und auch Heubner selbst trug über Jahre immer eine tödliche Dosis bei sich, wie sich dem Tagebucheintrag vom 5. Mai 1945 entnehmen lässt: *„Bisher seit Jahren bei mir getragene Gifte beiseite gelegt!"* Noch am selben Tag aber revidierte er die Entscheidung, als sich herausstellte, dass die Waffenruhe noch nicht für alle Frontabschnitte galt: *„Gift wieder an mich genommen!"*.[547] Fürchtete er sich im Laufe der Jahre vor einer Verhaftung, oder galt diese Maßnahme den höchst unsicheren Umständen der Zeit generell? Dass er zumindest einmal, 1938, darauf hingewiesen wurde, dass die Gestapo ihn überwache, darf im Gesamtblick, weder auf sein Handeln noch auf seine Tagebucheinträge, nicht fehlen.[548]

Einen Fall, in dem er das Mittel selbst herstellte, hat Charlotte Pommer (1914-2004) ausführlicher beschrieben.[549] Charlotte Pommer arbeitete als Assistenzärztin des Berliner Anatomie-Professors Hermann Stieve und quittierte nach eigenen Angaben ihren Dienst,

[544] TB Heubner, 23. Oktober 1942. Nähere Informationen zu „Lasers" konnten nicht ermittelt werden.
[545] TB Heubner, 4. August 1943.
[546] Vgl. Klimpe, Ärzte-Tode, S. 109.
[547] TB Heubner, 5. Mai 1945.
[548] Heubner wurde bei einem Essen mit Gustav von Bergmann, seinem Sohn Fritz und dessen Ehefrau gewarnt: „Hinterher teilte mir der Vater Bergmann vertraulich mit, dass die Gestapo meine Briefe usw. überwache." TB Heubner, 21. September 1938.
[549] Pommer, Charlotte, Aerogramm an Lexi im Elysium, bearbeitet von und abgedruckt in: Orth, Barbara (Hrsg.), Gestapo im OP. Bericht der Krankenhausärztin Charlotte Pommer, Berlin 2013, S. 22-119.

nachdem Ende 1942 die Leichname der ermordeten Widerstandskämpfer aus dem Kreis der „Roten Kapelle“ an Stieves Institut zu „Forschungszwecken“ gebracht worden waren.[550] Ab April 1943 arbeitete Pommer im Staatskrankenhaus der Polizei in Berlin-Mitte und bekam in der Folge Kontakt mit zahlreichen inhaftierten Personen, die aus politischen Gründen im Gefängnis Lehrter Straße einsaßen und in besagtes Krankenhaus zu Behandlungen kamen, insbesondere nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944. Eine tiefe Freundschaft entstand zu Alexandra Roloff, deren Vater Werner von Alvensleben und Ehemann Wilhelm Roloff beide ab Sommer 1944 inhaftiert waren. Aus dem von Barbara Orth dokumentierten Bericht von Charlotte Pommer an Alexandra Roloff gehen eine Vielzahl an verdeckten Hilfs- und Unterstützungsleistungen der Ärztin und anderer Helferinnen und Helfer hervor.[551]

In ihren Erinnerungen beschreibt die Ärztin unter anderem die Versorgung von Angehörigen des Widerstands. In Vorbereitung auf das zu erwartende Todesurteil gegen Werner von Alvensleben (1875-1947) war Pommer an Überlegungen beteiligt, wie er einem möglichen Tod durch Erhängen entgehen könnte. Anfang 1945 suchte Pommer aus diesem Grund ihren Doktorvater Wolfgang Heubner auf, die erinnerte Begegnung soll hier wiedergegeben werden:

„Am späten Vormittag ging ich ohne Voranmeldung zu meinem Doktorvater, Professor Wolfgang Heubner, dem chrakterfestesten akademischen Lehrer, den ich je gehabt habe, der nie seine Hand zum ‚deutschen Gruß‘ erhoben hat. […] Sofort konnte ich ihn sprechen, er war nicht einmal verwundert über meine so ohne Einführung vorgebrachte Bitte, und er war mit den Gegebenheiten der Lehrter Straße durchaus vertraut. Es fielen keine Namen, er fragte, ob es sich um einen Offizier handele. Ich bestätigte. Auch wies ich darauf hin, dass vor dem Erhängen manchmal noch ein Kleiderwechsel vorgenommen wurde. Man müsse das Mittel deshalb im äußeren Gehörgang verstecken können, falls man vorher noch ‚gefilzt‘ werde. Er war gegen HCN [Blausäure, T.O.], das bereits an hohe SS-Führer verteilt worden war, weil dazu noch eine sauere Reaktion des Magens notwendig, diese aber wegen der bei Deinem Vater lange Zeit zurückliegenden Gastroresektion nicht mehr sicher vorhanden sei. Er wog ein anderes Mittel ab, das nicht ganz so schnell wirkt, auch noch etwas Schmerzen bereitet. Er wog es zweimal auf einer Spezialwaage in seinem Privatlabor und sagte ganz ernst: ‚Ja, das reicht, das reicht.‘ Er verarbeitete es in eine kleine Gelatinekapsel und händigte es mir aus. Eine Sorge weniger für mich! […] Dann kam er noch einmal zurück, sagte, wenn er gefragt werde, wisse er von nichts und meinte, ich solle

[550] Vgl. ebd., S. 24ff.

[551] Es bleibt unklar, wann der Text Charlotte Pommers entstanden ist. Sie selbst hatte ihn 1981 dem Institut für Zeitgeschichte übergeben, Barbara Orth vermutet jedoch aufgrund der Detailtiefe des Berichts eine sehr viel frühere Entstehungszeit.

besser durch eine Verbindungstür in das benachbarte Hygienische Institut gehen und aus dieser auf die Straße gelangen."[552]

Auch wenn es sich in diesem Beispiel um einen besonders diffizilen Fall – den Versuch, einen politischen Gefangenen mit Gift zu versorgen – handelte: Neben Vertrauen, Integrität und Diskretion bei der Beschaffung der Mittel war eine fachliche Expertise unbedingt vonnöten, um für eine letale Dosis garantieren zu können. All diese Punkte prädestinierten Wolfgang Heubner dafür, von vielen Hilfesuchenden kontaktiert zu werden. Heubners hier dargestellter Umgang mit dem Thema Suizid sowie die Bereitstellung von Giften für Verfolgte symbolisieren durchaus eigene Einstellungen und sein Handeln während der NS-Zeit.

1.3 Vorbild oder unangepasster Mitläufer?

Wolfgang Heubners Rolle und sein Handeln in der Zeit des Nationalsozialismus eröffnen aus heutiger Sicht ein Feld, auf dem sich viele Fragen – von Opportunismus und Haltung, Eifer und Resistenz, Forschungsethik und Indienststellung sowie anderen mehr – ausgezeichnet verhandeln lassen, wie bereits Udo Schagen gezeigt hat. Charaktereigenschaften wie eine liberale Haltung, Unangepasstheit und ein „eigener Kopf" beschreiben die Basis seiner Haltung vielleicht am besten. Einige Facetten des Heubnerschen Handelns heben sich deutlich vom gesellschaftlichen Mainstream der Zeit ab. Heubner deswegen als ausgewiesenen Gegner des Nationalsozialismus zu bezeichnen, würde allerdings zu weit führen. Während er immer wieder die Ausschaltung jüdischer Hochschullehrer aus wissenschaftlichen Gründen heraus bedauert, findet sich zum Beispiel über die massenhafte Verfolgung der jüdischen Bevölkerung kaum ein Wort in seinen Tagebüchern. Ein für seinen Tonfall typischer Tagebucheintrag stammt vom 10. Januar 1944, Heubner besuchte die Beerdigung des wegen seiner jüdischen Abstammung verfolgten Ökonomen und Mitbegründers der deutschen Soziologie, Franz Eulenburg (1867-1943) und notierte: *„[…] Beisetzung des alten Prof. [Franz] Eulenburg, der 77-jährig im Polizeigefängnis - die letzten Tage im Krankenhaus - gestorben war, nach 4-monatlicher Haft, vielleicht verhungert. Bei dem Akt keine Musik, wohl wegen seiner jüdischen Abstammung, was sehr peinlich wirkte."* Typisch hieran ist zum einen, dass Heubner die Beerdigung besuchte und nicht, wie viele andere, aus Angst oder opportunistischen Gründen fernblieb,[553] gleichzeitig aber auch die gewisse Beiläufigkeit in der Erwähnung des mutmaßlichen Hungertods eines

[552] Pommer, Aerogramm an Lexi im Elysium, S. 78f.

[553] Auch die Gedächtnisfeier für den ein Jahr zuvor verstorbenen Fritz Haber (1868-1934) hatte Heubner Anfang 1935 trotz Verbotes (der Grund: Habers jüdische Abstammung) besucht: „Der Reichskultus- und Reichswehrminister hatten die Beteiligung an der Feier verboten (ich kehrte mich nicht daran)." TB Heubner, 29. Januar 1935.

alten Professors in Gestapohaft. Für den selben Tag ist ein persönliches Hilfegesuch von Julius Springer im Tagebuch vermerkt, um *„[…] wegen des endgültigen Todes seines mit ‚Abholung' bedrohten 93-jährigen Vaters um Rat zu fragen!"*[554] Formulierungen wie die Frage nach dem „endgültigen Tod" zeugen hier von einer gewissen Gewohnheitsmäßigkeit, zumindest aber Abstumpfung im beginnenden Jahr 1944. Auch benutzt Heubner nicht die übliche NS-Chiffre „Evakuierung" sondern spricht von Abholung in Anführungszeichen, was als sprachliche Hilflosigkeit in Bezug auf die Deportationen interpretiert werden könnte. Der alte Fritz Springer jedenfalls beendete noch am selben Tag sein Leben.[555] Am darauffolgenden Nachmittag fuhren die Eheleute Heubner, die seit den schweren Novemberangriffen 1943 auch zu den ausgebombten Berlinern zählten, nach Wannsee: *„…zu den Kindern Ergang, …, um die durch ‚Abholung' ihrer Mutter freigewordene Wohngelegenheit anzusehen."*[556] Über die Art der Verbindung zu der Familie Ergang kann hier keine Aussage getroffen werden, die Mutter Hilda Ergang jedoch erreichte zur selben Zeit Theresienstadt – ihr Abtransport war erst am Vortag erfolgt.[557] Sechs Tage später wurden die möblierten Zimmer bezogen, was Heubner im Tagebuch als „Besitzergreifung" bezeichnete.[558] Noch am selben Tag wurde er von Eva Degkwitz, der Ehefrau des seit September 1943 inhaftierten Prof. Rudolf Degkwitz besucht, offenbar ging es auch hier um Möglichkeiten zur Hilfe, die von Heubner erhofft wurden, denn zu Degkwitz hatte es laut Tagebuch keinerlei Kontakt gegeben.[559] Dies sind nur schlaglichtartige Einblicke in wenige Tage Anfang des Jahres 1944.

Dass Wolfgang Heubner wohl auch, trotz unklarer Detailtiefe, im Bilde über einige medizinische Versuche in Konzentrationslagern war, ohne sich dagegen zu erheben, wurde ihm bereits 1947 öffentlich von Alexander Mitscherlich vorgeworfen.[560] Gemeinsam mit Ferdinand Sauerbruch ging er gegen einige Aussagen Mitscherlichs juristisch vor und bis heute wird lebhaft über die Art und Weise der individuellen Schuld, vor allem aber des noch stärker in der Öffentlichkeit stehenden Sauerbruch, diskutiert.[561] Ohne Zweifel waren Heubner und

554 TB Heubner, 10. Januar 1944.
555 Hierauf wird in Kapitel III. 3. noch einmal eingegangen.
556 TB Heubner, 11. Januar 1944.
557 Angaben zur Deportation nach: USHMM Holocaust Survivors and Victims Database; siehe auch digitalisierte Transportlisten des 99. Alterstransports „Betr.: Wohnsitzverlegung von nicht mehr bestehenden privilegierten Mischehen" unter www.statistik-des-holocaust.de [27.04.2023].
558 TB Heubner, 17. Januar 1944.
559 Vgl. ebd. Fünf Tage später fand in Heubners Institut eine diesbezügliche Zusammenkunft statt, an der Eva Degkwitz, Dr. Kirmeyer (Hamburg) sowie Georg Bessau teilnahmen. Weitere Einträge hierzu existieren nicht.
560 Die erste Abhandlung „Das Diktat der Menschenverachtung" von 1947 von Alexander Mitscherlich und Fred Mielke wurde weiter überarbeitet zu „Wissenschaft ohne Menschlichkeit" (1949) und erschien ab 1960 unter dem bekanntesten Titel „Medizin ohne Menschlichkeit".
561 Eine Darstellung der Kontroverse findet sich bei Peter, Jürgen, Der Nürnberger Ärzteprozess im Spiegel seiner Aufarbeitung anhand der drei Dokumentensammlungen von Alexander Mitscherlich und Fred Mielke, Münster 1998, 3., überarb. Aufl. 2013.

Sauerbruch bereits im März 1933 bei einer außerordentlichen Sitzung zugegen, als die umfassenden Kündigungen an der Medizinischen Fakultät eingeleitet wurden. Ein Protest oder nur Widerworte sind nicht bekannt, im Gegenteil: das Protokoll hielt laut Udo Schagen fest, „dass sie sich ‚loyal' zu den Maßnahmen der Reichsregierung und der NSDAP verhalten und die meisten Kündigungen noch am selben Tage zustellen wollten."[562] In der Folge sind jedoch ebenso zahlreiche Versuche Heubners dokumentiert, unter anderem von Johanna Kneer, gegen die Entlassung von Kollegen vorzugehen.[563]

Kneer, die als erste die Tagebücher Heubners wissenschaftlich genutzt hatte, widmet in ihrer medizinischen Dissertation von 1989 den Vorwürfen Mitscherlichs einen eigenen Punkt und kommt zu einem ausgewogenen Urteil. Während sie die Forderung nach offenem Protest in den zwei von Mitscherlich erwähnten Mediziner-Besprechungen relativiert,[564] sieht sie ein Versagen Heubners vielmehr in fehlender Einsicht, zum Beispiel während der Mitscherlich-Diskussion – namentlich die Einsicht, als Mann in seiner Stellung letztlich doch ein Teil des Unrechtssystems gewesen zu sein. Paul Weindling interpretiert die starke Kritik Heubners gegenüber Mitscherlich als die Folge seines schlechten Gewissens, denn Heubner habe in seiner Verteidigung rund um die zumindest fachliche Beratung im Rahmen der sogenannten Meerwasserversuche im Konzentrationslager Dachau immer auf dem Prinzip der freiwilligen Teilnahme bestanden, unter „völliger Verleugnung der Zwangslage, in der sich KZ-Häftlinge befanden, […]."[565]

Auf der Suche nach Schuldigen ausgerechnet Wolfgang Heubner hervorzuheben, lehnte Kneer 1989, in einer Zeit der gerade erst beginnenden Aufarbeitung, jedoch ab: *„Ihm ist aber, wie allen Deutschen in dieser Zeit, das Schweigen vorzuwerfen, die Duldung ohne Widerspruch, das Fehlen eines Verantwortungsgefühls. Hier ist seine Schuld so groß wie die aller Deutschen, die geschwiegen und dem Unrecht nicht Einhalt geboten haben."*[566]

---

[562] Schagen, Udo, Wer wurde vertrieben? Wie wenig wissen wir? Die Vertreibungen aus der Berliner Medizinischen Fakultät 1933, in: Schleiermacher, Sabine und Schagen, Udo (Hrsg.), Die Charité im Dritten Reich. Die Indienstnahme medizinischer Wissenschaft im Nationalsozialismus, Paderborn 2008, S. 51-66, hier S. 53.

[563] Vgl. Kneer, Wolfgang Heubner, S. 42ff.

[564] In den Besprechungen anlässlich der „3. Arbeitstagung Ost" in der Militärärztlichen Akademie Berlin vom 24.-26. Mai 1943 wurden Versuche zur Trinkbarmachung von Meerwasser (KZ Dachau) beziehungsweise die Sulfonamidversuche (KZ Ravensbrück) medizinisch diskutiert. Etwa 200 beratende Ärzte waren anwesend und spätestens seitdem über diese Versuche informiert. Vgl. hierzu und zu der Replik Heubners und Sauerbruchs ebd., S. 78ff.

[565] Weindling, Paul, „Unser eigener ‚österreichischer Weg'": Die Meerwasser-Trinkversuche in Dachau 1944, in: Czech, Herwig und Weindling, Paul (Hrsg.), Österreichische Ärzte und Ärztinnen im Nationalsozialismus, Wien 2017, S. 133-177, hier S. 147.

[566] Vgl. Kneer, Wolfgang Heubner, S. 85. Auch Kneer war in einem Absatz bereits auf Hilfen Heubners für Verfolgte eingegangen und hatte dabei auch das Ausstellen von Veronal-Rezepten erwähnt.

1952 schreibt Heubner einen Beitrag über den Arzt und Forscher Albert Fraenkel (1864-1938), der als Jude verfolgt und ab 1933 zunächst mit Berufsverbot und 1938 mit dem Approbationsentzug belegt wurde. Fraenkel hatte sich unter anderem als Tubekulosearzt und Forscher einen Namen gemacht. Heubner bezeichnet an einer Stelle den Fakt, dass all diese Leistungen „1933 ausgelöscht" wurden als eine der „kaum verwindbaren Schandtaten unseres politischen Lebens."[567]

1.4 Die Rehabilitierung des Otmar von Verschuer

Drei Jahre zuvor hatte Heubner noch mit drei Kollegen, darunter federführend Adolf Butenandt (1903-1995), ein Gutachten zugunsten der Rehabilitierung von Otmar von Verschuer (1896-1969) verfasst. Robert Proctor hat diese „Denkschrift" aus dem Jahr 1949 als „wohl eines der erstaunlichsten Beispiele der Persilscheinliteratur der Nachkriegszeit" bezeichnet. [568] Nachdem die Karriere Verschuers 1945 aufgrund zahlreicher Vorwürfe, vor allem aber nach dem Urteil einer Kommission 1946 ins Stocken geraten war, stellte die vielzitierte Schrift einen Wendepunkt dar und ermöglichte ihm, beginnend mit dem Ordinariat in Münster 1951, die Fortsetzung einer steilen Karriere in der Bundesrepublik. Eine enge oder gar freundschaftliche Verbundenheit Heubners mit Verschuer ist zumindest nach Sichtung der Tagebücher nicht anzunehmen, sein Name taucht zum ersten Mal Ende 1942 auf,[569] dann erst im Jahr 1946 wieder. Abseits der Frage nach dem persönlichen Verhältnis der beiden schien es vielmehr das Ziel der „Verschuer-Denkschrift" zu sein, vermeintlichen Schaden von der Forschung und insbesondere der Max-Planck-Gesellschaft abzuwenden.[570] Carola Sachse interpretiert die Teilnahme Heubners als eine Art Wiedergutmachung dafür, dass dieser drei Jahre zuvor verhindert war, am Treffen der erwähnten Kommission unter dem Vorsitz von Robert Havemann – zu der Zeit Leiter der Berliner Kaiser-Wilhelm-Institute – teilzunehmen, deren Ergebnisse Verschuers Fortkommen blockierten.[571] Havemann hatte zuvor gegen Verschuer interveniert und einen Presseartikel über dessen Verbindungen zu Josef Mengele veröffentlicht. Verschuer habe in der Folge Heubner, als Havemanns früheren Chef, um Hilfe gebeten und

[567] Heubner, Wolfgang, Albert Fraenkel, in: Maas, Hermann/Radbruch, Gustav und Schneider, Lambert (Hrsg.), Den Unvergessenen. Opfern des Wahns 1933 bis 1945, 1952, S. 48-60, S. 60.

[568] Proctor, Robert N., Adolf Butenandt (1903-1995). Nobelpreisträger, Nationalsozialist und MPG-Präsident. Ein erster Blick in den Nachlass, Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus", S. 28.

[569] TB Heubner, 12.1942, Verschuer wird mit dem Zusatz „Erbforscher" vorgestellt.

[570] Vgl. Sachse, Carola, Adolf Butenandt und Otmar von Verschuer. Eine Freundschaft unter Wissenschaftlern (1942-1969), in: Schieder, Wolfgang und Trunk, Achim (Hrsg.), Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Politik und Industrie im „Dritten Reich", Göttingen 2004, S. 286-319, hier: S. 307.

[571] Vgl. ebd.

dieser Havemann sodann zur Einrichtung einer Untersuchungskommission gebracht.[572] Den hierfür anberaumten Termin konnte Heubner allerdings nicht wahrnehmen, da er aufgrund seines verschlechterten Diabetes einige Wochen in einem Sanatorium auf Rügen verbringen musste.[573] Angenommen, dass Heubner tatsächlich nicht näher über das Ausmaß der menschenverachtenden Forschungen Otmar von Verschuers informiert war, so kann seine aktive Beteiligung an dessen Reinwaschung aus heutiger Sicht dennoch als eine allzu schnelle Indienststellung in die Bekämpfung vermeintlicher „Nestbeschmutzer-Tendenzen" gewertet werden.

Ein wichtiger Nebenbefund rund um die Vorgänge im Jahr 1949: Im Zusammenhang mit dem Treffen der neuerlichen „Reinwaschungskommission" am 19. September in Stuttgart ist bis heute in der Literatur von vier Teilnehmern die Rede – namentlich die späteren Unterzeichner der Schrift Butenandt, Hartmann, Rajewski und Heubner.[574] Laut Heubners Tagebucheintragungen nahm jedoch bei der etwa dreistündigen strategischen Besprechung über die Ausrichtung der Denkschrift, für die man sich eigens in Stuttgart eingefunden hatte, eine weitere Person teil: Otmar von Verschuer.[575] An den grundlegenden Erkenntnissen über den Prozess der Rehabilitierung von Verschuers, dessen Beteiligung und Einflussnahme an seiner eigenen Reinwaschung hinlänglich bekannt sind, ändert dieser neue Aspekt freilich nichts. Dass er mit am Tisch saß, als „seine" Untersuchungskommission über seinen Fall und die strategische Ausrichtung der Denkschrift beriet, war vor diesem Hintergrund sicher nicht völlig undenkbar, fügt den Auswüchsen der damaligen „Persilscheinkultur" gleichwohl einen weiteren Aspekt an Schamlosigkeit hinzu.

Für die Zeit nach 1945 hat Nils Kessel in einer Studie aus dem Jahr 2008 am Beispiel Heubners die hagiographische Tradition der Medizin mit Blick auf die Nachkriegsgesellschaft beschrieben und dabei auch die Tagebücher als Quelle genutzt.[576] Er kommt unter anderem zu dem Schluss, dass Heubner „dank seiner zunehmend heroisierten Rolle als Opponent"[577] des Nationalsozialismus zu einem gefragten Ansprechpartner für das Ausstellen von

---

[572] Vgl. Sachse, Adolf Butenandt und Otmar von Verschuer, S. 299. Diese Angaben sind leider nicht mit Quellen belegt.

[573] Vgl. Herken, Hans, Die Berliner Pharmakologie in der Nachkriegszeit. Erinnerungen an ein Stück bewegter Universitätsgeschichte der Jahre 1945-1960, Berlin 1999, S. 50 sowie TB Heubner.

[574] Vgl. Proctor, Adolf Butenandt; Weiss, Sheila Faith, After the Fall. Political Whitewashing, Professional Posturing, and Personal Refashioning in the Postwar Career of Otmar Freiherr von Verschuer, in: Isis 101 (2010), 4, pp. 722-758; Heim, Susanne/Sachse, Carola/Walker, Mark, „Whitewash-Culture": How the Kaiser Wilhelm/Max Planck Society dealt with the Nazi Past, in: The Kaiser Wilhelm Society under National Socialism, Cambridge 2009, pp. 373-399.

[575] TB Heubner, 19.9.1949.

[576] Kessel, Nils, Biographie als Disziplinentradition. Von der Idealisierung des Pharmakologen Wolfgang Heubner (1877-1957), in: Medizin, Gesellschaft, Geschichte 27 (2008), S. 133-160.

[577] Ebd., S. 140.

„Persilscheinen“ wurde. Kessel stützt das Bild von Heubners kritischer Haltung im Nationalsozialismus, doch zeigt zugleich, wie er nach 1945 von seinen Kollegen aus dem Wissenschaftsbetrieb heroisiert und bis hin zum Widerständler („Fels des Widerstandes“, Ludwig Lendle 1947) verklärt wurde. Dies sage viel über die einsetzende Vergangenheitspolitik der Alt- und Neueliten aus, die sich das Verschweigen und Verdrängen der NS-Zeit dadurch erleichterten, indem sie einzelne Personen des eigenen Standes zu idealisierten Vorbildern verklärten. So wurde Heubner bis zu seinem Tod 1957 und darüber hinaus zu einer Lichtgestalt im Fach wie im allgemeinen Wissenschaftsbetrieb stilisiert, was jedoch weniger von ihm selbst als von den zahlreichen Kollegen ausging, die auf einen unbelasteten Neuanfang hofften.

Zusammenfassung der Betrachtung Wolfgang Heubners

Im hier genauer betrachteten Zeitraum sprechen zahlreiche Hinweise und Belege für eine aufrechte und loyale Haltung Heubners gegenüber seinen Mitarbeitern und den Menschen, die ihn um Rat baten ebenso wie den Machthabern gegenüber. Als ein Protagonist im Berliner Wissenschaftsbetrieb der NS-Zeit war er Teil verschiedenster Gremien und Arbeitskreise, die sowohl administrativ wie auch wissenschaftlich von einer Hochschul- und Forschungspolitik im nationalsozialistischen Sinne dominiert waren und blieb ein Teil dieses Systems bis zum Ende des Krieges, trotz seines Wissens um Versuche an Menschen insbesondere im Rahmen der wehrmedizinischen Forschung. Im Gegensatz zu den meisten Kollegen seiner Zeit hatte Heubner jedoch von Beginn an im zuständigen NS-Ministerium seine in vielerlei Hinsicht der nationalsozialistischen Hochschulpolitik entgegenstehenden Überzeugungen verdeutlicht und auch in der Folge immer wieder – auch öffentlich – Kritik geäußert. Auch wenn die Kritik zumeist eher renitent als opponierend motiviert gewesen sein mag: Heubner hob sich hiermit ab und, davon muss ausgegangen werden, sendete damit bewusst oder unbewusst Signale nach außen, dass es sich bei ihm um einen Mann handelte, an den man sich im Vertrauen wenden konnte. So lassen sich viele der beschriebenen Kontakte und Hilfestellungen erklären, auch die plötzlichen Ausritte, die Arthur Nicolaiers Rechtsanwalt Walther Döhring im August 1942 mit Heubner unternahm, um Möglichkeiten für die Rettung seines Klienten vor der nahenden Deportation zu besprechen. Im Gegensatz zu seinem zuvor erwähnten Kollegen Ferdinand Sauerbruch mag Wolfgang Heubner aus heutiger Sicht als weniger schillernde Persönlichkeit erscheinen und stand zur damaligen Zeit weniger im Licht der Öffentlichkeit, was gewisse Hilfsleistungen im Verborgenen erleichtert haben dürfte. Gleichwohl wusste Heubner, dass er in seiner Position, anders als Sauerbruch, nicht „systemrelevant“ war und wurde nach Quellenlage spätestens 1938 vor der Überwachung durch die Gestapo gewarnt. Dennoch blieb

er bei seiner Linie und war bis Kriegsende Anlaufstelle für zahlreiche Menschen, die ihn für eine Bitte um Einflussnahme, einen Rat oder auch ganz konkret für die Bereitstellung eines wirksamen Giftes zu Selbsttötungszwecken aufsuchten. Für Letzteres war er als Pharmakologe, der Verfolgte unterstützte, geradezu prädestiniert.

2. Die Firma Schering im Nationalsozialismus

„Heute, […] nach dem furchtbaren Niederbruch eines vierjährigen Krieges, nach schwersten inneren Erschütterungen, unter dem Druck unmöglicher Friedensbedingungen, liegt die Zukunft dunkel vor unseren Augen.“[578]

Das Zitat entstammt der Festschrift anlässlich des 50-jährigen Firmenjubiläums von Schering, die Bernhard Lepsius im Jahr 1921 erstellt hatte. Die prophezeite dunkle Zukunft war wenige Jahre später mit der Weltwirtschaftskrise zur wirtschaftlichen, 1933 dann auch zur politischen Realität geworden. Wenn man jedoch, so Lepsius weiter, festhalte an den Werten, die Schering groß gemacht hätten, *„dann wird die Fabrik Schering auch durch eine dunkle Zukunft hindurch erhobenen Hauptes und sicheren Schrittes ihren Weg gehen.“*

Für diese Arbeit erfolgte ein ausführlicher Blick auf das Unternehmen Schering vor dem Hintergrund der Relevanz für Arthur Nicolaiers Leben, die sich hier vor allem in drei Bereichen manifestiert: 1. Schering als Arbeitgeber: Über viele Jahre arbeitete Nicolaier direkt für Schering und fand hier die Voraussetzungen für seine experimentelle Forschung, 2. als Versorger: Mit dem gut dotierten Tantiemen-Vertrag aus dem Jahr 1926 war Nicolaier durch Schering für den Rest seines Lebens finanziell abgesichert und 3. als „Rettungsanker“: Am Ende setzte Nicolaier seine Hoffnung auf eine Verschonung von der Deportation unter anderem auf den Einfluss der Firma. Vor allem der letzte Punkt war Anlass für eine genauere Betrachtung von Aktivitäten der Firma Schering im Nationalsozialismus. Neben noch zahlreichen Forschungslücken und einigen Ambivalenzen wird deutlich, dass Schering zumindest in Teilen bewusst kritische Geister versammelte und auch dadurch ein Anlaufpunkt für weitere Hilfsanliegen wurde.

[578] Lepsius, Bernhard, 50 Jahre Chemische Fabrik auf Actien (vorm. E. Schering), Berlin 1921.

Ende 1937 umfasste die „neue“ Schering AG mit allen Konzernfirmen, inklusive dem oberschlesischen Bergbau, 4.900 Angestellte und 31.700 Arbeiter.[579] Allein aus diesem Grund ist es unmöglich, generalisierte Aussagen zur Haltung „der Firma“ gegenüber dem Nationalsozialismus zu formulieren. Dennoch lohnt ein Blick auf die beiden maßgeblichen Studien, die sich mit Schering in der NS-Zeit befasst haben.[580] Interessant im Kontext dieser Arbeit sind dabei einmal mehr belegte Handlungen, die nach damaligem wie heutigem Wissen nicht auf Linie der NS-Führung lagen, die Vorgaben unterliefen oder gar Strafen hätten nach sich ziehen können. Die vielzitierten Handlungsspielräume jedenfalls wurden bei Schering des Öfteren entgegen der politischen Linie ausgereizt. Auch in diesem Fall ist die vorgegebene Geisteshaltung an der Spitze des Unternehmens beziehungsweise der jeweiligen Abteilung maßgebend für die Atmosphäre auch auf untergeordneten Ebenen und damit für die Definition und Ausgestaltung der Handlungsspielräume. Bevor auf in diesem Kontext relevante Personalentscheidungen geblickt wird, werden einige Grundzüge der politischen Ausrichtung und Anpassung vorgestellt.

Was die innerbetrieblichen antijüdischen Maßnahmen angeht, konstatierte Christopher Kobrak in seiner Arbeit von 2002 dem Unternehmen, die gesetzlichen Vorgaben zumindest nicht willentlich und nur sehr zögerlich umgesetzt zu haben. Zur Einordnung zitiert er eine Untersuchung von Martin Fiedler über 106 deutsche Aktiengesellschaften im Jahr 1932, unter denen 76 Unternehmen waren, die Juden auf Positionen im Vorstand oder Aufsichtsrat hatten. Ende 1937 war dies nur noch bei 13 der 76 Unternehmen der Fall und ein Jahr später galten sämtliche Unternehmen als „judenrein“. Für Schering galt das ab Mitte 1938, es war damit eines der letzten Unternehmen, das jüdische Mitglieder in der Konzernführung hatte, bevor alle Lücken gesetzlich geschlossen wurden.[581] In einer noch breiter angelegten Untersuchung zeigt Martin Münzel, dass in den Aufsichtsräten von 249 Großunternehmen im Frühjahr 1938 nur noch acht Personen jüdischer Herkunft zu finden waren, eine davon, Hans Bie, bei Schering.[582] Allein deswegen auf ein von anti-nationalsozialistischem Geist durchdrungenes Unternehmen

[579] Vgl. Wlasich, Gert, Die Schering AG in der Zeit des Nationalsozialismus. Beiträge zur Unternehmenskultur in einem Berliner Konzern, Berlin 2011, S. 85.

[580] Neben Gert Wlasichs Arbeit ist dies: Kobrak, Christopher, National Cultures and International Competition. The Experience of Schering AG, 1851-1950, Cambridge 2002. Der zusammenführende Blick lohnt unter anderem insofern, da beide Arbeiten sehr unterschiedlich aufgebaut sind, Wlasich seine über Jahre zusammengetragenen Informationen mehr als private Dokumentation denn als wissenschaftlich Arbeit sieht und sich auch deshalb nur eingangs auf Kobraks Vorarbeiten bezieht.

[581] Vgl. Kobrak, National Cultures, p. 267f.

[582] 1931 und 1932 hatte die Quote der Aufsichtsräte jüdischer Herkunft noch knapp unter 30% gelegen. Hans Bie war bis 1938 Aufsichtsrat bei der Niederschlesischen Bergbau AG, die zum Schering-Konzern gehörte. Vgl. Münzel, Martin, Die jüdischen Mitglieder der deutschen Wirtschaftselite 1927-1955. Verdrängung – Emigration – Rückkehr, Paderborn 2004, S. 182f.

zu schließen, muss jedoch in die Irre führen. Schering sei insgesamt nicht „immun“ gewesen gegenüber rassistischem Denken und diesbezüglichen Maßnahmen. So habe die Personalabteilung im März 1939 beispielsweise einen Hochzeitsbonus ausgelobt mit dem Zusatz, dass dieser nur für rein „arische“ Hochzeiten gezahlt würde.[583]

Schering habe, so Kobrak, bei allen Maßnahmen, die sich um die Beendigung des „jüdischen Einflusses“ drehten, immer versucht eine Balance zu finden zwischen einem Mindestmaß an Folgsamkeit gegenüber dem Regime, der Loyalität und Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern und Freunden sowie der langfristigen Geschäftsinteressen.[584] Dies galt, so mag man hinzufügen, für viele Unternehmen zu der Zeit. Demnach stellt sich die Frage eher nach der Gewichtung der verschiedenen Aspekte sowie nicht zuletzt auch danach, welche Unternehmen sich aufgrund ihrer Stellung, der Situation im Markt und anderen Faktoren mehr „herausnehmen“ konnten als andere. Gleichermaßen gilt dies für die anderen großen Bereiche unternehmerischer Teilnahme an Verbrechenskomplexen: die Übernahme jüdischer Unternehmen im Zuge der „Arisierung“ sowie den Umgang mit Zwangsarbeitern nach Beginn des Krieges.

2.1 Arisierung und Zwangsarbeit

Als ein Beispiel für Scherings Umgang mit den Betroffenen der NS-Repressionen werden sowohl von Kobrak als auch von Wlasich die Vorgänge im Zuge der sogenannten Arisierung angeführt. Schering übernahm beispielsweise im Juni 1938 die Berliner Kosmetikfirma Scherk von dem zum Verkauf gezwungenen Inhaber Ludwig Scherk und habe sich dabei, so gehe aus Akten der Entschädigungsverhandlung 1945 hervor „vergleichsweise anständig verhalten.“ Ludwig Scherk wurde danach in einem von Schering und Ciba neu gegründeten Kosmetikunternehmen in England als Direktor eingesetzt. [585] Kobrak ergänzt, der Fall sei gut dokumentiert. Demnach habe sich die Familie Scherk auf Anraten des Bankhauses Warburg – Otto Warburg (1883-1970), der aus der Bankiersfamilie stammte, wurde nach 1945 Schering-Aufsichtsrat – vor dem sich abzeichnenden Zwangsverkauf an Schering gewandt. Die Firma zahlte die legal höchstmögliche Summe und darüber hinaus, entgegen der NS-Vorgaben, noch eine Summe als Beratungshonorar für Ludwig Scherk, der kurz darauf nach Großbritannien

[583] Vgl. ebd., S. 309. Ebenso wie vermeintlich antinazistisches Verhalten hinterfragt werden muss, taugt jedoch auch dieses Beispiel nur sehr bedingt für den Nachweis einer „Regimetreue“: so lässt sich der Hinweis auf „arische“ Hochzeiten auch schlicht als juristische Absicherung deuten, nachdem ohnehin seit 1935 Hochzeiten zwischen Juden und Nichtjuden unter Strafe verboten waren.
[584] Vgl. ebd., S. 298.
[585] Vgl. Wlasich, Die Schering AG, S. 88. Zitat ebd.

floh, dabei jedoch große Teile des Geldes wegen der diversen antijüdischen Sondersteuern und -abgaben wieder verlor.[586] Laut Kobrak war dies neben zwei Übernahmen im besetzten Ausland die einzige Übernahme Scherings in Deutschland. In allen drei Fällen habe Schering keine aktive oder gar enthusiastische Teilnahme an den Enteignungsprozessen gezeigt. Wlasich berichtet 2011 jedoch von einem weiteren Fall in Deutschland: hier ging es um einen Aufkauf jüdischer Apotheken. Schering habe dem Eigentümer Bruno Salomon den von ihm selbst aufgerufenen Kaufpreis gezahlt. Um keinen Verdacht aufkommen zu lassen, seien offiziell nur zwei Drittel der Summe geflossen, ein Drittel habe Salomon verdeckt erhalten für die geplante Emigration nach Nizza.[587] Da Kobrak davon offensichtlich keine Kenntnis hatte und Wlasich keine weitergehenden Zahlen zu Firmen-Übernahmen nennt, stellt sich die Frage nach der Vollständigkeit der Aufarbeitung von Scherings Aktivitäten bezüglich der „Arisierung".[588]

Davon ganz abgesehen zeigt sich spätestens hier die Schwierigkeit einer Bewertung des Scheringschen Handelns: Zumindest in diesen beiden Fällen mag sich Schering „anständig" verhalten haben – anständig nach den Maßstäben der Zeit und mutmaßlich im Vergleich zu manch anderen Profiteuren der sogenannten Arisierung. Inwieweit jedoch die aus unternehmerischer Sicht gewinnbringende Partizipation an Enteignungsprozessen per se mit einer Bewertung als „anständiges Verhalten" kongruent geht, ist eine der Fragen, die wohl immer kontrovers diskutiert werden wird.

Zwangsarbeit

Ausführliche Arbeiten über die Lage der Zwangsarbeiter bei Schering stehen ebenfalls noch aus. Damit steht Schering aber keineswegs allein – die Forschungslage zu einzelnen Wirtschaftsunternehmen der NS-Zeit kann insgesamt weiterhin nicht als befriedigend gelten.[589] Zu Zahlen bei Schering macht Wlasich nur einige wenige Angaben, so habe es im Stammwerk kaum Zwangsarbeiter gegeben und diese seien ordentlich behandelt und vergütet worden.[590] Im Werk Berlin-Spindlersfeld stieg zumindest der prozentuale Anteil an „Fremdarbeitern",

[586] Vgl. Kobrak, National Cultures, p. 345ff. Der Nobelpreisträger Warburg konnte trotz seiner Einstufung als „Halbjude" bis 1945 weiter an seinem Kaiser-Wilhelm-Institut arbeiten. Dies hatte er wohl u.a., einmal mehr, Walter Schoeller zu verdanken. Vgl. ebd., S. 335.

[587] Vgl. Kobrak, National Cultures, p. 89.

[588] Von weiteren Übernahmen zeugen die Unterlagen im Schering-Archiv, eine systematische Auswertung ist bislang jedoch nicht erfolgt. Dank in dieser und vielen weiteren Fragen an Thore Grimm, Schering-Archiv, Bayer AG.

[589] Im Zuge der Gründung eines Entschädigungsfonds für Zwangsarbeiter 1998 war hierzu vielleicht auch ein Forschungsschub erwartet worden, der sich in der Breite jedoch nicht einstellte. Ein Grund hierfür liegt bis heute u.a. in Auftrags-Aufarbeitungen, die je nach Ergebnis und Konzernkultur von den Unternehmen uneinheitlich öffentlich gemacht werden.

[590] Vgl. ebd., S. 203ff. Was die Vergütung angeht, seien bereits 1942 sogenannten Ostarbeiterinnen die gleichen Prämien gezahlt worden wie ihren deutschen Kolleginnen (vgl. S. 209), was unüblich war.

besonders ab 1943, stark an. So fielen dort Mitte 1944 von noch 598 Beschäftigten 238 unter die Kategorie „Ostarbeiter“, Juden, zivile Ausländer oder Häftlinge; Kriegsgefangene waren zu dem Zeitpunkt nicht eingesetzt.[591] Die Arbeit Kobraks hält dazu etwas mehr Kontext-Informationen bereit. Nachdem Juden zuvor jahrelang aus dem Arbeitsleben verdrängt worden waren, machte sich mit Kriegsbeginn der Mangel an Arbeitern bemerkbar. Ab Mai 1940 konnten Firmen im Deutschen Reich auf eigene Anfrage jüdische Arbeitskräfte einstellen – freilich nur für einfache Arbeiten mit schlechter Bezahlung. Hiervon machten viele Unternehmen Gebrauch: nach einem Jahr arbeiteten 53.000 Juden unter diesen Bedingungen, 30.000 davon in Berlin. Schering gehörte somit zu den ersten Unternehmen, die 1940 einige Juden einstellten, als im Mai 20 Männer zwischen 20 und 50 Jahren für Hof- und Gartenarbeiten benötigt wurden. Laut Kobrak waren auch gut Ausgebildete und ältere Weltkriegsteilnehmer darunter, weitere Angaben fehlen jedoch.[592] Jüdische Zwangsarbeiter waren bis 1943 bei Schering, machten jedoch immer nur einen kleinen Anteil aus. Der zwischenzeitlich bei Schering angestellte Arzt Walter Seitz erinnerte sich später, Schering habe akzeptiert, dass jüdische Zwangsarbeiter manipulierte Atteste ständig bei sich trugen, um im Falle einer Deportation eine Transportunfähigkeit zu reklamieren.[593] Kobrak hält fest, dass in den Firmenunterlagen keinerlei kritische Statements gegenüber der Zwangsarbeit zu finden seien, auch nicht nach der Nachricht im Oktober 1941, dass zehn Arbeiter „evakuiert“ worden waren.[594] Mit dem Krieg arbeiteten im Laufe der Zeit Millionen Zwangsarbeiter – Zivilisten und Kriegsgefangene – im Deutschen Reich. Kobrak schätzt, dass zu keiner Zeit mehr als 500 Zwangsarbeiter in den Berliner Schering-Fabriken arbeiteten, somit weniger als 20% der Vorkriegsbelegschaft von 2.700.[595] Wlasich schreibt dazu, von insgesamt 3.500 bis 4.100 Beschäftigten in den chemisch-pharmazeutischen Betrieben im Inland hätten in der Folgezeit nie mehr als 850 „nicht-inländische“ Personen gleichzeitig gearbeitet.[596]

Kobrak, der insgesamt durchaus kritisch abwägt und argumentiert, kommt zu einem positiven Fazit: Die Firma habe sich nicht komplett ferngehalten von den verbrecherischen

---

591 Vgl. ebd., S. 206, Beschäftigtenmeldung vom 30.6.1944.

592 Vgl. Kobrak, National Cultures, p. 308.

593 Vgl. Wlasich, Die Schering AG, S. 210. Die Angaben beruhen auf einer Gesprächsdokumentation aus dem Jahr 1988, die sich im Schering-Archiv befindet. Seitz selbst habe demnach vor allem für Angehörige anderer Berliner Betriebe manipulierte medizinische Atteste ausgestellt. Ausführlichere Informationen zu Walter Seitz folgen unter III. 3.

594 Vgl. Kobrak, National Cultures, p. 309f.

595 Vgl. ebd., S. 312.

596 Vgl. Wlasich, Die Schering AG, S. 203. Wlasich gibt ergänzend dazu an, dass in den Zechen der Unternehmensabteilung Bergbau („Kokswerke“) Kriegsgefangene eingesetzt wurden, die am Ende etwa ein Fünftel der Belegschaft ausgemacht hätten. Auf Häftlinge aus Konzentrationslagern gebe es bislang keine Hinweise. Aufstellung der Arbeiter im Bergbau ebd., S. 217.

Aktionen deutscher Unternehmen im NS-Staat wie der Zwangsarbeit und „Arisierungen". Schering habe sich allerdings im Gesamtblick besser verhalten als die meisten anderen Unternehmen. Selbst auf dem Höhepunkt des Nationalsozialismus habe man sich zurückgehalten, was das Streben nach Profit auf Kosten anderer anging.[597] Dass der Ruf Scherings auch im Ausland während der NS-Zeit unversehrt geblieben sei, begründet Wlasich auch mit den jüdischen Mitarbeitern im Unternehmen, die eine Kontinuitätslinie zu den Firmenerfolgen jüdischer Forscher zuvor suggerierten. An dieser Stelle findet auch Arthur Nicolaier wieder Erwähnung: „Maßgebliche Produkterfolge von Schering sind, seit Gründung des Unternehmens, mit Namen wie Otto Liebreich (Chloralhydrat, Pepsin), Hans Aronson (Diphterie- und andere Sera), Arthur Nicolaier (Pharmakologie), Eugen Steinach (Hormone) und weiteren jüdischen Forschern und Ärzten verbunden."[598]

Um 1938 herum verortet Kobrak einen Bruch, der das Unternehmen wehrloser gemacht habe, zum Beispiel durch die immer schärferen gesetzlichen Vorgaben der NS-Politik gegenüber Juden.[599] Der Krieg und die Zerstörungen durch Luftangriffe sowie Ressourcenknappheit hätten zudem die politische Abhängigkeit von staatlichen Stellen kontinuierlich verschärft.[600] Letztlich bemerkt Kobrak zurecht, dass die Handlungsspielräume des Unternehmens erst dann abschließend beurteilt und eingeordnet werden können, wenn mehr Studien zu anderen Unternehmen existierten und somit bessere Vergleiche ermöglicht würden.[601] Dies gilt noch heute und kann freilich nur gelingen, wenn noch mehr Unternehmen als bisher sich zu einer – unabhängigen – Aufarbeitung ihres Handelns im Nationalsozialismus entschließen.

Der zwischenzeitlich aufgeworfene Verdacht, Schering habe von den Menschenversuchen zweier vormaliger Mitarbeiter – darunter der Arzt Carl Clauberg (1898-1957) in Auschwitz (Zwangssterilisationen) – gewusst oder diese gar gefördert, konnte vorerst widerlegt werden.[602] Eine andere Verbindung ist indes belegt, wird aber weder von Kobrak noch Wlasich aufgegriffen: Der dänische SS-Arzt Carl Vernaet war von der Möglichkeit überzeugt, Homosexualität mithilfe von Hormonen „heilen" zu können. Nach der persönlichen Unterstützung durch Himmler wurden 1944 seine Versuche an mindestens 13 KZ-Häftlingen

[597] Vgl. Kobrak, National Cultures, p. 345.
[598] Wlasich, Die Schering AG, S. 161.
[599] Vgl. Kobrak, National Cultures, p. 348.
[600] Vgl. ebd., S. 300.
[601] Vgl. ebd., S. 299f.
[602] Vgl. Kobrak, National Cultures, p. 347. Gerhard Baader hatte im Zuge seiner Pionierarbeiten zu den Verbrechen der Ärzteschaft im NS diese Verbindungslinie gezogen, sie jedoch selbst einige Monate später widerrufen. Vgl. Baader, Gerhard, Menschenversuche im Konzentrationslager, in: Deutsches Ärzteblatt 86 (1989), 13, S. 861-865, hier S. 864 und ders., Medizin im Nationalsozialismus: Richtigstellung, in: Deutsches Ärzteblatt 86 (1989), 40, S. 2816.

in Buchenwald finanziert, denen Vernaet eine Kapsel mit Testosteron in der Leistengegend einpflanzte. Die Präparate (Testosteron und Desoxycorticosteron) hatte nachweislich Schering geliefert, und zwar an die SS-Scheinfirma „Deutsche Heilmittel GmbH“ in Prag. Dieser Firma teilte Schering am 31. August 1944 mit, dass man schon vor Wochen persönlich mit Carl Vernaet gesprochen hatte.[603] Ob Schering damit zugleich auch über den Ort und Charakter der Versuche im Bilde war, ist unklar.

2.2 Personalpolitik

Bis ins Jahr 1937 hinein gab es im Schering-Vorstand, mit einer Ausnahme, keine NSDAP-Mitglieder. Die Ausnahme war allerdings eine äußerst prominente: **Gregor Strasser** (1892-1934), frühes und lange Zeit führendes Mitglied der nationalsozialistischen „Bewegung“, war im Juni 1933 zum Vorstandsmitglied ernannt worden. Erst ein halbes Jahr zuvor war er von allen Parteiämtern zurückgetreten, nachdem er einen Machtkampf mit Hitler über die Ausrichtung der Partei und Form der neuen Regierung verloren hatte. Mit dem Vorstandssitz bei Schering war ihm eine bürgerliche Ersatzlaufbahn ermöglicht worden.[604] Dies geschah wohl erst nach einer Erlaubnis Hitlers. Strasser, der sowohl der Parteileitung als auch der Firmenleitung schriftlich versichern musste, sich nicht mehr politisch zu betätigen, wurde noch am 1. Februar 1934 das Goldene Parteiabzeichen verliehen.[605] Laut Kobrak ist jedoch kein einziges Dokument erhalten, das über die Hintergründe dieser Personalie aus Schering-Sicht Aufschluss geben könnte, was sich auch in den aktuellen Recherchen bestätigte.[606] Zumindest eine fachliche Überschneidung existierte: Strasser war Pharmazeut und Apotheker. Für Schering bedeutete der Einstieg Strassers in erster Linie eine negative Reputation nach außen. Einige ausländische Zeitungen kolportierten, Hitler habe den Pharmazeuten Strasser bei Schering installiert, um ein Giftgas-Programm aufzulegen. Schering reagierte darauf mit einer „Medienoffensive“, in dem das Unternehmen im Oktober 1933 zahlreiche Pressevertreter internationaler Zeitungen in das Berliner Werk einlud, um die Vorwürfe zu entkräften.[607]

Strassers Zeit im Vorstand war letztlich von kurzer Dauer: Im Zuge des Röhm-Putsches wurde Strasser am 30. Juni 1934 verhaftet und noch am selben Tag ermordet. Weder dazu noch neutral zu Strassers Tod erschien in der Folge eine schriftliche Notiz in Scherings

[603] Vgl. den Eintrag „Hormonversuche“ bei Grau, Günter, Lexikon zur Homosexuellenverfolgung 1933-1945. Institutionen – Kompetenzen – Betätigungsfelder, Berlin 2011, S. 157f.
[604] Vgl. Wlasich, Die Schering AG, S. 33.
[605] Vgl. Kissenkötter, Udo, Gregor Straßer und die NSDAP, Stuttgart 1978, S. 192.
[606] Vgl. Kobrak, National Cultures, p. 235.
[607] Vgl. ebd. S. 237.

Veröffentlichungen. Strasser war bei Schering „einfach verschwunden“.[608] Was auch immer die Hintergründe für Strassers Vorstandsposten bei Schering gewesen sein mögen: diese einzige direkte Verbindung zur Partei verdeutliche laut Kobrak neben vermeintlichen Vorteilen und Risiken von politischen Verbindungen auch „Schering’s own ambivalence or naiveté about the politicization of business.“[609] Die Personalie Strasser ist dennoch relevant, da die Ermordung eines Vorstandskollegen – selbst wenn keine zwischenmenschlichen Bindungen bestanden hätten – im zweiten Jahr der nationalsozialistischen Herrschaft unweigerlich Auswirkungen haben musste auf das weitere Verhältnis zwischen Konzernleitung und NS-Machthabern. Das Regime hatte früh und im unmittelbaren Firmenumfeld sein brutales Gesicht gezeigt, was aber offenbar nicht dazu führte, dass Schering sich in der Folge sämtlichen Maßnahmen fügte oder sie gar vorauseilend erfüllte, sondern im Gegenteil: das weitere Verhältnis war von Distanz und der Verwahrung gegen zu großen Parteieinfluss geprägt, was für viele Mitarbeiter Scherings noch eine wichtige Rolle spielen sollte.

2.2.1 Die Protagonisten

In dieser Hinsicht nahm **Hans Berckemeyer** (1873-1957), der seit 1922 im Aufsichtsrat saß, von 1937 bis 1945 den Vorsitz innehatte und damit als Gesamtkonzern-Chef galt, eine starke Rolle ein. Seine NSDAP-Mitgliedschaft ab 1937 im Zuge der Ernennung zu einem der „Wehrwirtschaftsführer“ habe nichts daran geändert, dass Berckemeyer weitgehend resistent gegenüber Forderungen von außen blieb.[610] Bereits im Mai 1933 wies er im Aufsichtsrat der zum Unternehmen gehörenden Kokswerke den Vorschlag, Parteizugehörigkeit als ein Beschäftigungskriterium zu sehen, unmissverständlich zurück.[611] Ebenfalls dort gingen im Oktober 1933 Fragebogen zur Erfassung aller Mitarbeiter, ihrer „rassischen“ Zugehörigkeit und zu weiteren Plänen der Gleichschaltung ein. Sie wurden im Konzern nicht ausgefüllt, Berckemeyer versandte stattdessen den aktuellsten Jahresbericht, versehen mit einem Begleitbrief.[612] Eine Anordnung Berckemeyers an alle Konzernfirmen aus dem August 1935 sah zudem vor, jegliche Grußformeln unter internen Briefen zu unterlassen, da diese angeblich

608 Ebd., S. 239.
609 Ebd., S. 233.
610 Vgl. Wlasich, Die Schering AG, S. 42f. Kobrak nennt diesen Zusammenhang nicht und stellt fest, dass kein einziges Dokument, auch nicht die Entnazifizierungsakten, eine Motivation für Berckemeyers Parteieintritt erkennen lassen. Vgl. Kobrak, National Cultures, p. 272. Laut Wlasich (S. 126) waren 1944 von 28 Direktoren und Prokuristen lediglich zwei in der Partei. Ein Überblick über NSDAP-Mitgliedschaften in Schering-Mitgliedschaften fehlt gleichwohl noch.
611 Vgl. Kobrak, National Cultures, p. 241.
612 Vgl. Wlasich, Die Schering AG, S. 28f. Die Aufforderung war durch das „Zentralkomitee zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze“ unter Julius Streicher erfolgt.

unnötige Arbeit verursachten.[613] Dieser kaum verborgene Schachzug sorgte dafür, dass der Hitler-Gruß aus dem internen Schriftverkehr verbannt wurde. Trotz allem war im Unternehmen indes schnell ein hoher Grad an Mitgliedschaft in den nationalsozialistischen Betriebsorganisationen NSBO und DAF erreicht, aus dem keine nach außen sichtbare Distanz hervorgeht. Schon im Juni 1934 führte eine KdF-Reise annähernd 1.000 Schering-Arbeiter mit ihren Familien nach Norwegen.[614]

Walter Schoeller (1880-1965) war Chemiker und Schüler von Emil Fischer, bei dem er 1906 promovierte und sich 1915 habilitierte. Nach dem Krieg und dortigen Einsätzen, unter anderem als Gasschutzoffizier, übernahm Schoeller 1919 den Lehrstuhl für Chemie in Freiburg, der als eine Ausnahme zur Medizinischen Fakultät gehörte. Schoellers Einstieg bei Schering, als Leiter des Hauptlaboratoriums und mit sofortigem Posten im Vorstand, leitete 1923 eine neue und erfolgreiche Ära in der Unternehmensgeschichte ein. Das Einzellabor von Max Dohrn (1874-1943), früherer Kollege von Arthur Nicolaier bei der Atophan-Entwicklung,[615] wurde zur Keimzelle der Hormonforschung nach Beginn der Kooperation mit dem Physiologen Eugen Steinach (1861-1944). Neben dem Einstieg in Erforschung der Sexualhormone waren die Gründe für den zunehmenden Erfolg auch in der „Verwissenschaftlichung“[616] der pharmakologischen Forschung zu sehen. Diese sei bis dahin noch althergebracht und für die Zeit „primitiv“ gewesen, urteilt auch Kobrak.[617] Selbstversuche der, zumeist externen, Forscher gehörten bis dahin noch zum Schering-Alltag, mit Schoeller zogen internationale Standards ein. Zu Walter Schoellers Haltung nach 1933 ist auf breiter Basis kaum etwas bekannt. Auffallend häufig taucht er allerdings im Zusammenhang mit Einstellungen von Personen auf, die aus den unterschiedlichsten Gründen teils akute Probleme unter den neuen Machthabern bekommen hatten. Einige Fälle sind nachfolgend aufgeführt.

Schoeller versuchte in jener Zeit auch, gemeinsam mit Otto Hahn (1879-1968), den Chemiker Wilhelm Traube (1866-1942) vor der Deportation zu bewahren, beziehungsweise aus der Gestapo-Haft freizubekommen. Hahn hatte Traube kurz vor dessen drohender Deportation besucht und ihn davon abgehalten, in der kommenden Nacht Suizid zu begehen. Schon Traubes Schwester hatte sich das Leben genommen und er selbst hielt für diesen Fall Blausäure bereit. Bereits am nächsten Morgen sprachen Hahn und Schoeller bei der Sicherheitspolizei wegen

613 Vgl. ebd., S. 181.
614 Vgl. Kobrak, National Cultures, p. 242ff.
615 Auch Dohrn war in der Grundlagenforschung zu Hormonen aktiv und entwickelte noch 1939 ein Röntgenkontrastmittel. Vgl. Wlasich, Die Schering AG, S. 156. Bis zu seinem Tod im Jahr 1943 war Max Dohrn mit Schering über 40 Jahre forschend verbunden.
616 Ebd., S. 149.
617 Vgl. Kobrak, National Cultures, p. 117. Zit. ebd.

einer Rückstellung Wilhelm Traubes vor, doch sie waren zu spät – am selben Morgen hatten Gestapo-Leute Traube brutal zusammengeschlagen, nachdem dieser sich geweigert hatte, die Tür zu öffnen. Hahn und Schoeller starteten noch mehrere Initiativen bei Gestapo, Polizei und Oberkommando des Heeres. Otto Hahn erfuhr erst am 10. Oktober, dass Wilhelm Traube tot war – offenbar war er gut zwei Wochen nach der Verhaftung im Polizeigefängnis seinen Verletzungen erlegen.[618] Traube hatte bereits am Tag nach der ersten Deportation aus Berlin gut informiert an Hahn geschrieben, dass die Leute wohl ins Ghetto Litzmannstadt kämen, „wo ihnen ein elendes aber gewiss nicht lang bemessenes Dasein beschieden sein dürfte."[619] Diese Aussicht steht einmal mehr dafür, wie unterschiedlich zum einen der Grad an Information unter den Verfolgten war, mehr noch aber: wie sehr die Hoffnungen und angenommenen Perspektiven über den Aufenthalt „im Osten" – zwischen Traubes Einschätzung, der Erwartung von Arbeitslagern, einer Umsiedlung mit Neuanfang oder später auch dem Umzug in ein Altersheim (Theresienstadt) – variierten. Diese angenommenen Perspektiven für die Zeit nach der „Evakuierung", ganz gleich, ob sie bestimmten Kenntnissen, einer dunklen Vorahnung, Gutgläubigkeit, Ausblendung oder Optimismus entsprangen, waren (neben dem Alter und den familiären Bindungen) maßgeblich entscheidend/die entscheidenden Faktoren für den Entschluss, mitzugehen oder zu bleiben.

Durch Briefe ist ebenso die aktive Unterstützung seines Freundes Otto Warburg belegt.[620] Der Nobelpreisträger von 1931 hatte jüdische Vorfahren und war als „Mischling 1. Grades" vor allem aufgrund seiner prominenten Stellung als Direktor eines Kaiser-Wilhelm-Instituts (für Zellphysiologie) ständigen Anfeindungen ausgesetzt.[621] Zum 30. Juni 1941 wurde Warburg entlassen, doch hatte er eine Reihe von Unterstützern, unter ihnen Walter Schoeller, die zu seinen Gunsten unter anderem in der Reichskanzlei intervenierten.[622] Schoeller hatte durch den Umstand, dass seine Frau eine Schwägerin des „Reichsleiters" Philipp Bouhler gewesen war, hier vermutlich einen besonderen Zugang. Wie eng diese Bekanntschaft war und ob sie gegebenenfalls auch eine Rolle bei den zahlreichen Schering-Mitarbeitern spielte, für die sich Schoeller einsetzte, ist noch nicht geklärt. Der im Abschnitt zuvor erwähnte Tagebucheintrag

---

618 Mehr zu Wilhelm Traube und den Rettungsversuchen von Otto Hahn und Walter Schoeller bei Lewin Sime, Ruth, Otto Hahn und die Max-Planck-Gesellschaft. Zwischen Vergangenheit und Erinnerung. Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus", Berlin 2004, S. 23ff.

619 Zit. nach ebd., S. 23.

620 Vgl. Wlasich, Die Schering AG, S. 153.

621 Bereits im März 1937 war er als Mitglied der Leopoldina gelöscht worden. Vgl. Frewer, Andreas, Medizin und Moral in Weimarer Republik und Nationalsozialismus. Die Zeitschrift „Ethik" unter Emil Abderhalden, Frankfurt/M. 2000, S. 179.

622 Vgl. hierzu Kohl, Ulrike, Die Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Max Planck, Carl Bosch und Albert Vögler zwischen Wissenschaft und Macht, Stuttgart 2002, S. 167.

von Wolfgang Heubner, in dem er von Schoellers Besuch und Neuigkeiten bezüglich der „Judenfrage“ aus der Reichskanzlei berichtet,[623] lässt jedoch eine wie auch immer geartete Verbindung, zumindest aber den Fluss von Informationen vermuten. Die genauen Hintergründe der Kündigung Walter Schoellers im Jahr 1944 sind nicht geklärt, ein Zerwürfnis mit Berckemeyer gilt als wahrscheinlich.[624] In den Jahren zuvor verhalf Walter Schoeller zahlreichen Personen zu Schering-Anstellungen und nahm diese damit aus der „Schusslinie“ beziehungsweise bewahrte sie vor weitergehenden Repressionen und Verfolgung. Einer von ihnen war, von 1939 an über die Dauer von mehr als zwei Jahren, der Arzt **Walter Seitz** (1905-1997), auf den noch eingegangen wird.[625] Als späterer Protagonist der Widerstandsgruppe „Onkel Emil“ nutzte er den „Schutzraum Schering“ nicht allein zur Arbeit unter Gleichgesinnten, sondern fertigte nach eigenen Angaben mit den Kapazitäten der hauseigenen Druckerei Blanko-Krankenscheine für seine ärztlichen Unterstützungsaktivitäten.[626] Seitz sagte in einem Interview Ende der 1970er Jahre über das Klima bei Schering:

> *„Ich arbeitete bei Schering, in einer medizinisch-wissenschaftlichen Abteilung, wo nur Anti-Nazis saßen. Sie waren alle irgendwo rausgeflogen, mußten sich schützen, einer war früher bei der KPD, einer hatte eine jüdische Großmutter, alle hatten sie einen ‚Webfehler‘. Es war eine Insel! Dafür sorgte der betreffende Abteilungsleiter. Ja, das war möglich.“*[627]

Im Folgenden sollen einige der Personen mit solchen „Webfehlern“ [628] bei Schering, auch über die genannte Abteilung hinaus, vorgestellt werden.

2.2.2 Die Mitarbeiter mit „Webfehlern“

Julius Weltzien (1889-1950) war eine der prägenden Persönlichkeiten für die Firma Schering seit 1921.[629] Der Jurist und Sohn einer jüdischen Mutter verbrachte mehrere Monate pro Jahr im Ausland und stand durch seine Kontakte und Internationalität für die weltweite Ausrichtung

---

623 TB Heubner, 21.8.1942.
624 Vgl. Kobrak, National Cultures, p. 331 sowie Wlasich, Die Schering AG, S. 84.
625 Siehe III. 3.
626 Vgl. Wlasich, Die Schering AG, S. 210 sowie die telefonische Auskunft von Gert Wlasich am 17.02.2017, der Walter Seitz Ende der 1980er Jahre besucht und davon erfahren hatte. Demnach wurden zwei Druckmaschinen aus der ausgelagerten Druckerei (Gerichtsstraße) in den Keller des Hauptlabors geschafft und ein Setzer (Hitlergegner, Name unbekannt) habe bei der Erstellung der Formulare geholfen. Diese Information kann allerdings nicht weiter verifiziert werden.
627 Köhler, Jochen, Klettern in der Großstadt. Volkstümliche Geschichten vom Überleben in Berlin 1933-1945, Berlin 1979, S. 123.
628 Diese Bezeichnung stammt von Walter Seitz und wurde bereits von Gert Wlasich in seinem Buch verwendet.
629 Siehe ausführlich zur Biografie Weltziens und seinem Wirken Kobrak, Christopher, Julius Weltzien and the Interwar Transatlantic Business Dilemma: Nationalism and Internationalism Corrupted, in: Immigrant Entrepreneurship [online], 2012, http://www.immigrantentrepreneurship.org/entry.php?rec=131 [30.10.2023].

von Schering in dieser Zeit, 1933 wurde er zum Vorstandsvorsitzenden ernannt.[630] Im Jahr des Machtwechsels dürfte dies auch ein Statement für den Stellenwert der internationalen Ausrichtung gewesen sein. Auch nach dem Konzernumbau 1937 blieb Weltzien weiter an der Spitze, äußerte aber offen seine Auswanderungsabsichten und leitete schließlich ab Mai 1938 die Schering Corporation in Bloomfield/USA.[631]

Einige Aktionen zugunsten von Mitarbeitern auf Vorstandsebene sind durch Akten überliefert. Der Pharmazeut **Paul Neumann** leitete zum Beispiel die Kahlbaum-Geschäfte, als Jude emigrierte er nach der Machtübernahme Hitlers nach Frankreich. Dort blieb er in leitender Stellung in einem Tochterunternehmen weiter für Schering-Interessen tätig. In einer Vorstands-Meldung aus dem Mai 1933 wurden die „Zeitverhältnisse" für Neumanns Wechsel angegeben.[632] Ähnlich verfuhr man mit dem Juristen **Martin Bernhardt** für den in derselben Vorstands-Erörterung im April 1933 folgender Weg gefunden wurde: Bernhardt trug nach außen kein Vorstandsmandat mehr, intern aber wurde ihm ohne Verlust von Kompetenzen sein Vorstandsgehalt weiter gezahlt. Er emigrierte um 1938 in die USA und fand dort ebenfalls eine Weiterbeschäftigung im Management der wenig später von Julius Weltzien geleiteten Schering Corporation.[633] Für Bernhardt und Weltzien zerschlug sich diese Arbeitsoption jedoch vier Jahre später: Nach dem Kriegseintritt der USA wurde die Tochterfirma beschlagnahmt und auf Geheiß des US-Finanzminsteriums alle deutschstämmigen Mitarbeiter entlassen.[634]
Neben diesen innerbetrieblichen Rochaden aufgrund der neuen Machtverhältnisse und der Verweigerung eines schnellen Konzernumbaus im Sinne der Nationalsozialisten, pries man sehr wohl auch die Politik des Regimes hinsichtlich der für Schering vorteilhaften Stärkung des Binnenmarktes sowie die Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.[635]

Der bereits erwähnte **Hans Bie** (1874-1956) war aus Sicht Berckemeyers in der Direktion der Geschäftsleitung der Kokswerke unverzichtbar. Auch bei ihm war bereits 1933 abzusehen, dass es in dieser Position zu Problemen kommen würde. Berckemeyer ersann den Plan, mit Bie zu tauschen: Bie wurde offiziell Aufsichtsrat und Berckemeyer wechselte in die Direktion der Kokswerke. Dieser „Tausch", der Bie erst einmal Luft verschaffen sollte, funktionierte bis 1938.[636] Der Aufsichtsrat wurde generell als weniger sichtbar und damit auch eher im

[630] Vgl. Münzel, Die jüdischen Mitglieder, S. 381.
[631] Vgl. ebd., S. 382.
[632] Vgl. Wlasich, Die Schering AG, S. 32.
[633] Vgl. ebd. S. 39 f. Laut Münzel leitete er die dortige Rechtsabteilung bereits ab Dezember 1937, vgl. ders., Die jüdischen Mitglieder, S. 382.
[634] Vgl. ebd., S. 384.
[635] Vgl. Kobrak, National Cultures, p. 226.
[636] Vgl. Wlasich, Die Schering AG, S. 38f., der hier allerdings im Gegensatz zu Münzel (s.o.) das Jahr 1937 nennt.

Hintergrund angesehen bezüglich möglicher Proteste von Seiten des Regimes.[637] Die Causa Bie führte später zu Konflikten im Vorstand, da Berckemeyer eine Weiterbeschäftigung Bies forcierte. Nach der 3. Verordnung zum Reichsbürgergesetz ab Juni 1938, der zufolge Unternehmen schon als „jüdischer Betrieb" galten, wenn auch nur eine Person im Vorstand oder Aufsichtsrat Jude war, wurde dieser Wunsch von der Mehrheit des Vorstands abgelehnt. Hans Bie emigrierte noch 1938 in die USA, war aber zuvor von Schering mit einem Privatvertrag ausgestattet worden.[638] An dieser Stelle resümiert Wlasich: „Vor allem leitende Mitarbeiter, die den Rassegesetzen des Deutschen Reiches nicht entsprachen, fanden insbesondere in Lateinamerika und an anderen Übersee-Standorten Schutz vor Verfolgung."[639] Diese Praxis blieb nicht unbemerkt und wurde angemahnt, wie aus einem Aufsichtsratsprotokoll vom 3. März 1938 hervorgeht: „*Die Frage der Beschäftigung jüdischer Vertreter im Ausland gab Anlaß zu unliebsamen Erörterungen mit der Auslandsorganisation der NSDAP. Es wurde mit ihr eine Vereinbarung getroffen, wonach ein Abbau der jüdischen Vertreter [erst] zum normalen Ablauf der Verträge erfolgen wird*."[640] Auch Kobrak spricht von zahlreichen Mitarbeitern, die Schering auf Posten im Ausland weiter versorgt habe. Zumindest in den USA sei dies größtenteils bis zum Jahr 1942 gelungen, bevor dann wiederum die amerikanische Regierung nach dem Kriegseintritt viele dieser Schering-Mitarbeiter entließ.[641]

Hans von Behring (1903-1982), einer von sechs Söhnen des Nobelpreisträgers und maßgeblichen Wegbereiters der Impfstoffe gegen Tetanus und Diphterie Emil von Behring (1854-1917), arbeitete nach seinem Medizinstudium zunächst bei Ernst von Bergmann und Ferdinand Sauerbruch an der Charité. 1933 habilitierte er sich in der Frauenheilkunde an der Universität Freiburg, wurde aber kurz darauf entlassen – er wurde vom „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" erfasst, da eine Großmutter Jüdin gewesen war.[642]

---

637 Vgl. Kobrak, National Cultures, p. 268.

638 Vgl. Wlasich, Die Schering AG, S. 90ff. Ob Hans Bie auch in den USA über diesen Privatvertrag abgesichert werden konnte, lässt Wlasich hier offen.

639 Ebd., S. 96.

640 Zit. nach ebd., S. 94. Ob und wie konsequent Schering dies in der Folge umsetzte, wird hier nicht erörtert. Dass die Auslandsorganisation weiter Druck machte und Schering noch im Juli 1940 und März 1944 aufforderte, im Ausland anders zu agieren, geht bei Kobrak, National Cultures, p. 320 und 328 hervor. Die Arbeit von Wlasich, der als Angestellter selbst ein Teil von Schering war, ist etwas zu einseitig geraten dahingehend, dass mögliche Schattenseiten des Konzerns entweder gar nicht erörtert oder allzu leicht abgetan werden. Dies schmälert jedoch nicht den Wert der hier vorgestellten Aktivitäten zugunsten verfolgter Mitarbeiter, zumal sie durch Archivquellen wie Vorstandsakten belegt sind. Für die weitere Annäherung an Scherings Handeln im NS ist Kobraks Arbeit unerlässlich.

641 Vgl. Kobrak, National Cultures, p. 269.

642 Vgl. Biografische Angaben zu Hans von Behring aus dem Marburger Behring-Archiv, Dank an Dr. Ulrike Enke. Vgl. hierzu auch Martin, Bernd, Die Entlassung der jüdischen Lehrkräfte an der Freiburger Universität und die Bemühungen um ihre Wiedereingliederung nach 1945, in: Schicksale: jüdische Gelehrte an der Universität Freiburg in der NS-Zeit (= Freiburger Universitätsblätter, 129, 1995), S. 7-46, hier Namensliste S. 43. Der Eintrag „Durch Kündigung ausgeschieden" lässt die genauen Hintergründe jedoch offen.

Einer schriftlichen Eingabe wurde vom Reichsministerium des Innern im August „bei aller Anerkennung der hohen Verdienste Ihres verstorbenen Vaters“ nicht entsprochen und auch weitere Verwendungen einflussreicher Forscher aus dem Behring-Umfeld blieben erfolglos. [643] Behring konnte ab 1934 als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Schering in der Hormonforschung weiterarbeiten und wurde dort 1940 zum Leiter der medizinisch-wissenschaftlichen Abteilung ernannt.[644] Der Mutter Else von Behring (1876-1936), die als sogenannte Halbjüdin galt, war es im Jahr 1935 zudem gelungen, eine Ausnahmeregelung für ihre Söhne zu erreichen. Nach der Hilfe einiger Unterstützung und einem persönlichen Brief an Hitler, in dem sie sich auf die großen Verdienste ihres Mannes berief, erhielt sie im Sommer aus dem Innenministerium die Mitteilung, „dass Ihren Kindern auf Grund ihrer nichtarischen Abstammung keinerlei Nachteile erwachsen sollen.“[645] Nach zwei Jahren konnten also auch die Brüder von Hans die Arbeit beziehungsweise das Studium wieder aufnehmen. Während die Freiburger Universität sich 1933 vorauseilend schnell von Hans von Behring getrennt hatte, bot Schering ihm die Gelegenheit einer wissenschaftlichen Weiterbeschäftigung. Die Familie von Behring litt weiter unter den Diskriminierungen und Repressalien, die Mutter starb 1936 mit 59 Jahren an einem Herzinfarkt.[646] Hans von Behring war es möglich, dauerhaft bei Schering zu bleiben, Karriere zu machen und mit seinem Hintergrund die Abteilung zu repräsentieren und zu prägen. Walter Seitz wurde später einer der Mitarbeiter in Hans von Behrings Abteilung.

Im Juli 1937 gewann Schering, kurz nach der Neustrukturierung des Konzerns, den Juristen **Hans Hartenstein** (1897-1944) als neues Vorstandsmitglied. Hartenstein war Experte im Reichswirtschaftsministerium für Devisengesetze und grenzüberschreitende Transaktionen und kurz vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten noch der SPD beigetreten. Weiter habe er sich mit Rückendeckung des Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht (1877-1970), von 1934 bis 1937 auch Reichswirtschaftsminister, beim Transfer jüdischer Vermögen regelmäßig für eine Lösung im Sinne der Juden im Ausland eingesetzt. Interne und politische Schwierigkeiten führten 1935 zu einem Parteibeitritt Hartensteins.[647] Nach Meinung vieler Zeitgenossen hatte Schering einen absoluten Experten gewonnen, Schacht ihn gegenüber Berckemeyer in den höchsten Tönen gelobt. Laut Kobrak habe Schacht zudem angedeutet, dass

[643] Antwort aus dem Reichsinnenministerium auf „die an den Herrn Reichskanzler gerichtete, an mich abgegebene Eingabe vom 8. Juli 1933“, Schreiben vom 17. August 1933. Behring-Archiv-Marburg, Nachlass Else von Behring und Familie, Philipps-Universität Marburg. Dort befinden sich auch weitere Schriftwechsel in diesem Zusammenhang.

[644] Vgl. Wlasich, Die Schering AG, S. 89.

[645] Brief des Preußischen Minister des Inneren an Else v. Behring, 11. Juli 1935 (Behring Archiv), zit. nach Rasch, Anne, Else von Behring (1876-1936), in: Magistrat der Universitätsstadt Marburg (Hrsg.): Berühmte und vergessene Frauen in Marburg, Marburg 2013, S. 21-23, hier S. 22.

[646] Vgl. ebd. S. 23.

[647] Vgl. Kobrak, National Cultures, p. 291f.

Hartensteins Zukunft im Ministerium unsicher sein könnte und er gut zu Schering passen würde.[648] Welche Hintergründe es auch gegeben haben mag: Nur Monate nach seinem Start bei Schering trat Hartenstein aus der NSDAP aus. Diese Aktion wertet Kobrak als „most anti-Nazi gesture of any Schering executive."[649] Daneben deutet sie vor allem darauf hin, dass Hartenstein nur widerwillig Parteimitglied geworden war und nun Schering als den richtigen Ort ansah, um diesen Schritt zu revidieren. Dies wäre ihm in vielen anderen Unternehmen, unzweifelhaft aber im Ministerium, unmöglich gewesen ohne zumindest eine berufliche Zurücksetzung in Kauf zu nehmen.[650] So gesehen brachte die neue Verbindung beiden Seiten Vorteile: Hartenstein hatte einen lukrativen Arbeitsplatz, der ihn von wesentlichen politischen Zwängen befreite und Schering in Hartenstein einen Fachmann und Finanzvorstand gefunden, der das Unternehmen mithilfe seiner Expertise neu aufstellte, nicht zuletzt mit Blick auf den nahenden Krieg. Im August 1940 wurde Hartenstein dann von der Regierung als Oberverwaltungsrat im besetzten Belgien eingesetzt, wo er an einer Lungentuberkulose erkrankte, an der er jahrelang litt.[651] Hans Hartenstein hatte zudem engen Kontakt zu Greta Kuckhoff (1902-1981), einer Freundin aus Studienzeiten, die mit ihrem Mann und anderen Personen in verschiedenen Widerstandskreisen aktiv war. Kobrak zufolge nutzte Hartenstein seine einflussreiche Stellung im Ministerium, um kommunistische Freunde der Eheleute Kuckhoff in Positionen gelangen zu lassen, aus denen heraus sie für den Widerstand aktiv werden konnten.[652] Greta Kuckhoff erwähnt in ihrem „Lebensbericht" diesbezüglich allerdings nur eine Person: Arvid Harnack (1901-1942), der bereits, als NSDAP-Mitglied „getarnt", seit 1933 als wissenschaftliche Hilfskraft und Referent im Reichswissenschaftsministerium beschäftigt war, habe sich 1938 erfolgreich um eine Stelle als Regierungsrat beworben. Arvid und Mildred Harnack (1902-1943) waren politisch eng verbunden mit den Eheleuten Kuckhoff, über Harro Schulze-Boysen (1909-1942) erhielten sie alle Anschluss an das Netzwerk, das später seitens der Gestapo unter dem Namen „Rote Kapelle" gefasst wurde. Für die erforderliche Beurteilung und um die Chancen Harnacks zu erhöhen, sei die Wahl auf Hartenstein – kurz zuvor Trauzeuge der Kuckhoffs – gefallen, der zu

[648] Vgl. ebd., p. 293.

[649] Ebd. Wlasich gibt an (S. 83), dass Hartenstein noch im Ministerium das Parteibuch zurückgegeben habe, was in der Gesamtschau, auch vor dem erwähnten Rat Hjalmar Schachts, weniger plausibel scheint.

[650] Über Austritte aus der NSDAP nach 1933 ist wenig bekannt. Eine aktuelle, quantitative Schätzung mit einigen Zusammenhängen und Erklärungsversuchen findet sich bei Meßner, Jonas, Austritte aus der NSDAP 1925 bis 1945, in: Falter, Jürgen W. (Hrsg.), Junge Kämpfer, Alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919-1945, Frankfurt/M. 2016, S. 271-296. Demzufolge sind nur 0,5 Prozent derjenigen Parteimitglieder, die ab 1934 in die NSDAP eintraten bis 1945 wieder ausgetreten.

[651] Vgl. Wlasich, Die Schering AG, S. 83. Kobrak datiert den Belgien-Einsatz einmal auf 1942, an anderer Stelle ebenfalls auf 1940. Vgl. Kobrak, National Cultures, p. 299 und p. 333.

[652] Um wen und auch um welche Aktionen es sich dabei handelte, geht hieraus nicht weiter hervor. Vgl. Kobrak, National Cultures, p. 333.

dem Zeitpunkt schon für Schering arbeitete.[653] Als Adam und Greta Kuckhoff im Rahmen der Aktion gegen Mitglieder der „Roten Kapelle“ im September 1942 verhaftet wurden – Greta Kuckhoffs Todesurteil wurde später in eine Haftstrafe umgewandelt, Adam Kuckhoff wurde Anfang August 1943 hingerichtet – waren es Hans Hartenstein und seine Frau, die sich um den jungen Sohn der beiden kümmerten. Hartenstein übernahm die Vormundschaft und hielt Kontakt zu den Inhaftierten und deren Angehörigen.[654] Wegen seiner Tuberkulose und trotz der Aufenthalte in Sanatorien über den Winter, verschlechterte sich sein Gesundheitszustand nach und nach. Er verstarb am 17. Mai 1944 im Anschluss an eine Operation.[655] Greta Kuckhoff schrieb dazu später: „Der treue Freund, der unsere Sorgen um das Kind, um Adams Mutter und meine Eltern auf sich genommen hatte – er starb […] an einer Magenoperation, die wegen der Bombenangriffe in einem Bunker durchgeführt werden mußte.“[656] Hartenstein hatte noch 1943 einen Antrag auf „Ausgang“ für Greta Kuckhoff gestellt, der erst nach Monaten gewährt wurde. Kurz nach Weihnachten 1943 durfte sie die Haftanstalt erstmals für einen Tag verlassen, an dem sie die Hartensteins und ihren Sohn in deren Obhut besuchte.[657]

Der Psychologe **Heinrich Düker** (1898-1986), aktives Mitglied im Sozialistischen Kampfbund, war 1935 an der Universität Göttingen entlassen worden, 1936 wurde ihm die Venia legendi wegen „Unwürdigkeit“ entzogen. Noch im selben Jahr wurde er wegen „Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“ zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.[658] Nach Verbüßung der Haftstrafe versuchte Düker erfolglos, in Berlin eine Anstellung als Arbeitspsychologe zu erlangen, die Gestapo habe hierbei mehrfach interveniert. Schering schließlich gelang es, ihn mit der Leitung einer eigens eingerichteten „psychopharmakologischen Forschungsstelle“ zu betrauen.[659] Der Dokumentation des Göttinger Stadtarchivs zufolge habe eine fehlende Unbedenklichkeitsbescheinigung vonseiten der Polizei eine anschließende Anstellung verhindert – diese war geplant am Berliner Pharmakologischen

---

653 Vgl. Kuckhoff, Greta, Vom Rosenkranz zur Roten Kapelle. Ein Lebensbericht, Frankfurt/M. 1974, S. 172f. Inwieweit Hartenstein zu diesem Zeitpunkt Kenntnis von der Verbindung Harnack-Kuckhoff hatte, bleibt offen.

654 Vgl. ebd., S. 388f.

655 Vgl. Kobrak, National Cultures, p. 333.

656 Kuckhoff, Vom Rosenkranz zur Roten Kapelle, S. 394.

657 Vgl. ebd., S. 401f.

658 Vgl. hierzu und im Folgenden die ausführliche Dokumentation von Driever, Rainer (Redaktion), Beitrag zu Heinrich Düker, in: Projekt „Widerstand in Göttingen“ des Göttinger Stadtarchivs, http://www.stadtarchiv.goettingen.de/widerstand/texte/isk-personal-dueker-heinrich.html#sdfootnote15sym [2.11.2023]; vgl. daneben auch den Eintrag in einem Personenlexikon (Verurteilung und Haftantritt sind hier fälschlicherweise für 1937 angeführt): Krampen, Günther, Heinrich Düker, in: Wolfradt, Uwe/Billmann-Mahecha, Elfriede und Stock, Armin (Hrsg.), Deutschsprachige Psychologinnen und Psychologen 1933-1945, Wiesbaden 2015, S. 89-91, sowie Wlasich, Die Schering AG, S. 165.

659 Zu seiner Arbeit zitieren die Dokumentation und Wlasich (S. 165) aus einem 1983 geführten Interview mit Düker: „Ich prüfte die psychologischen Auswirkungen von Präparaten. Ich bekam sogar eine recht gute Bezahlung. Aber die brauchte ich auch, da wir unsere Leute, die politisch straffällig geworden waren und sich versteckt hielten, mit den teuren Lebensmitteln vom schwarzen Markt ernähren mußten“.

Institut, bei Wolfgang Heubner.[660] Wieder zeigt sich eine Querverbindung zu Heubner, diesmal über Schering, und nach dieser Lesart ist es durchaus denkbar, dass es eine Absprache gegeben haben könnte, Düker so lange bei Schering zu beschäftigen, bis ein Wechsel zu Heubner möglich erschien. Die Hintergründe bleiben unklar, Düker wurde mit Frau und Kind Ende 1943 ausgebombt, die Familie ging wieder zurück nach Göttingen. Für den 19. Februar und 27. April 1944 sind Besuche von Düker in Heubners Institut über dessen Tagebuch dokumentiert.[661] Im Dezember 1944 wurde Düker wegen illegaler Untergrundtätigkeiten erneut verhaftet und im KZ Sachsenhausen interniert, seine Frau Erna in der Prinz-Albrecht-Straße inhaftiert, das Kind in Pflege gegeben. Laut dem Bericht von Erna Düker könnte ein Grund der Verhaftung ein Kontakt zur Gruppe „Europäische Union" um Robert Havemann gewesen sein, wie sie aus der Perspektive der Verhaftung Ende 1944 schilderte:

> *„Vor etwa einem Jahre hatten wir, damals in Berlin wohnend, illegale Beziehungen zu der Zentraleuropäischen [sic] Union in Berlin. Von diesem Kreis waren inzwischen 5 Genossen hingerichtet worden. Die Todesstrafe des 4. Genossen war hinausgeschoben worden, weil er für eine spezielle Rüstungsarbeit (wissenschaftliche Untersuchungen über die Anwendung von Gas) eingesetzt wurde. Die Frau des letzteren Genossen stand noch mit uns in Verbindung."*[662]

Ob somit der Kontakt Düker-Heubner über den gemeinsamen Bekannten Havemann initiiert wurde oder aber Düker über eine Vermittlung von Schering beziehungsweise Walter Schoeller zu Heubner erst in Kontakt mit Havemann kam, ist eine offene Frage, spricht aber letztlich für die Intensität der Vernetzung der hier genannten Protagonisten.

Erna und Heinrich Düker überlebten den Krieg und kehrten nach Göttingen zurück, Heinrich Düker wurde dort erster frei gewählter Oberbürgermeister. Von 1946 bis 1967 war er ordentlicher Professor für Psychologie an der Universität Marburg.[663]

Auch der Nervenarzt **Rudolf Klimmer** (1905-1977) fand nach zwei Haftstrafen Ende des Jahres 1941 Beschäftigung bei Schering und erstellte dort fortan Fachinformationen für

---

[660] Vgl. Driever, Heinrich Düker. Wie es Schering gelungen war, Düker trotz der (geheim)polizeilichen Interventionen einzustellen, bleibt unklar. Hier, wie auch bezüglich einiger anderer Personalentscheidungen, scheinen weitere Nachforschungen lohnenswert.

[661] TB Heubner, entsprechende Tageseinträge. Es folgt zu Düker nur noch ein Eintrag am 19.1.45, als Heubner von dessen Verhaftung erfährt.

[662] Bericht von Erna Düker über die Verhaftung und Inhaftierung Ende 1944, zit. nach Driever, Erna Düker, http://www.stadtarchiv.goettingen.de/widerstand/texte/isk-personal-dueker-erna.html [02.11.2023].

[663] Vgl. Krampen, Heinrich Düker, S. 90. Sowohl Krampen als auch Wlasich geben den Beschäftigungszeitraum Dükers bei Schering von 1940-1944 an. Ob Düker auch nach dem Gang nach Göttingen im Jahr 1944 weiterhin Lohn von Schering erhielt, müsste geklärt werden.

Ärzte.[664] Nach dem Medizinstudium in Leipzig sowie Approbation und Promotion im Jahr 1930 arbeitete er weiter in der Ausbildung als Nervenarzt an der Universitätsklinik, bis er diese im April 1933 aufgrund seiner KPD-Mitgliedschaft verlassen musste. Er arbeitete weiter als Schiffsarzt und konnte seine Facharztausbildung abschließen. Ab 1.6.1936 war er als Oberarzt in der Heilanstalt Bethel tätig, ab Anfang 1938 bis Mitte August im Sanatorium Tannenfeld (Thüringen). Noch 1938 erfolgte eine erste Verhaftung des homosexuellen Klimmer auf der Grundlage des §175, es folgten mehr als fünf Monate Haft. Im Frühjahr 1940 kam es zu einer weiteren Verurteilung wegen „widernatürlicher Unzucht", die ihm ein Jahr Gefängnis einbrachte. Am 26.11.1941 wurde Rudolf Klimmer Mitarbeiter bei Schering, diesmal nach Vermittlung von Max Dohrn. Wegen der Vorstrafen galt Klimmer zunächst nicht als „wehrwürdig", wurde aber 1943 einberufen, allerdings – vermutlich auf Antrag von Schering hin – „uk" gestellt, also für unabkömmlich erklärt. Ungeachtet aller Wirren der letzten Kriegsmonate stand Rudolf Klimmer auf der Gehaltsliste der Firma Schering bis 31. Oktober 1945.[665]

Noch im April 1945 kehrte Klimmer in seine Heimatstadt Dresden zurück und eröffnete eine Praxis für Nerven- und Gemütskranke. Ende 1949 etablierte er dort eine der ersten Ehe- und Sexualberatungsstellen der DDR und widmete sich in der Folge dem Kampf gegen den Paragraphen 175 sowie einer Reform des Homosexuellenstrafrechts.[666]

Heinz Gibian (1916-1995) wurde noch 1942 als „Halbjude" auf Veranlassung Walter Schoellers im Hauptlaboratorium angestellt. Ende 1944 erfolgte die Einberufung zur „Organisation Todt". Helmut Krüll aus der Klinischen Forschung habe sich bei der Gestapo daraufhin mit Erfolg um die Rücknahme des Einberufungsbefehls bemüht. Gibian konstatierte später, er habe „seither das feste Gefühl, daß ich Schering mein Leben verdanke."[667] Heinz Gibian blieb bei Schering und wurde später Leiter der Klinischen Forschung bis 1976.

Wie Gibian kam auch **Lothar Jaenicke** (1923-2015) im Jahr 1942 ins Hauptlabor. Sein Chemiestudium bei Professor Hans Meerwein in Marburg hatte er abbrechen müssen und Schoeller war von Meerwein gebeten worden, „seine schützende Hand über ihn zu halten."[668]

---

664 Vgl. Wlasich, Die Schering AG, S. 166.

665 Vgl. ebd.

666 Die Angaben von Wlasich finden sich ausführlicher im Beitrag von Grau, Günter, Rudolf Klimmer, in: Sigusch, Volkmar und Grau, Günter (Hrsg.), Personenlexikon der Sexualforschung, Frankfurt/New York 2009, S. 360-366.

667 Vgl. Wlasich, Die Schering AG, S. 163 (dort auch Zitat). Laut Wlasich nannte Gibian noch vier weitere gefährdete Mitarbeiter im Hauptlabor. 1937 arbeiteten in den Teilbereichen von Schoellers Hauptlaboratorium: im Chemischen Labor 19 Chemiker und 21 Laboranten, im Pharmakologischen und Hormonlabor drei Wissenschaftler und 10 Laboranten sowie drei Laboranten im Chemotherapeutischen Labor. Zahlen für die Folgejahre fehlen. Vgl. ebd., S. 150.

668 Vgl. ebd., S. 164. Nach anderen Berichten musste Jaenicke nicht das Studium abbrechen, sondern war ebenfalls von der Einberufung zur „Organisation Todt" bedroht, vor der Meerwein ihn durch Vermittlung an ein

Jaenicke wurde daraufhin als Laborant angestellt und bilanzierte Ende der 1980er Jahre, Schering habe keinen aktiven Widerstand geleistet, sei aber „aufrecht gewesen" und habe Hilfe gewährt, wenn die Firma um Hilfe gebeten worden sei. Zudem habe diese Hilfe nicht nur Personen gegolten, die für das Unternehmen Schering wichtig waren.[669]

Dank der Kriegswichtigkeit der Scheringschen Impfstoffe war es sogar 1942 noch möglich, dass der „halbjüdische" Chemiker **Georg Henneberg** (1908-1996) Leiter des Zweigwerkes Berlin-Charlottenburg wurde.[670] Henneberg war zuvor an mehreren Stellen abgelehnt worden, nach dem Krieg leitete er über viele Jahre das Robert-Koch-Institut und das Bundesgesundheitsamt.

Der Blick auf die erwähnten Beispiele von Personalentscheidungen zeigt ein breites Spektrum von Anstellungsverhältnissen, die von einer strategischen Zusammenarbeit aus Unternehmenssicht (Hartenstein) über Schutzanstellungen für Gefährdete (Gibian, Jaenicke) bis hin zu Rückzugsorten als Zwischenstation für (vor)verurteilte, politisch unangepasste Wissenschaftler ohne Perspektive (Düker, Klimmer) reichten. Alle zusammen können als unternehmerische Hilfsleistungen für Verfolgte und Gefährdete angesehen werden. Dabei sollte jedoch nicht übersehen werden, dass in vielen Fällen auch Schering aus unternehmerischer Sicht von der Hilfsbedürftigkeit und beruflichen Perspektivlosigkeit profitierte.

2.3 Zusammenfassung

Die Arbeiten von Christoper Kobrak und Gert Wlasich aus den Jahren 2002 und 2011 enthalten die bislang ausführlichsten Informationen zur Firma Schering im Nationalsozialismus. Während der Wert von Wlasichs Arbeit – als langjähriger Leiter des Archivs der Firma eng verbunden – in der Auswertung von Vorstandsakten, Erfahrungsberichten sowie Gesprächen mit Zeitzeugen zur Kultur im Unternehmen liegt,[671] liefert Kobrak eine wirtschaftshistorische Einordnung von 100 Jahren Unternehmensgeschichte, von denen die NS-Zeit nur einen Teil einnimmt, aber besondere Aufmerksamkeit erfährt. Abgesehen vom Fall Hans Hartenstein nimmt Kobrak jedoch keine vertiefende Analyse der Personalpolitik der Zeit vor. Einige Male weichen Angaben der beiden Autoren voneinander ab und am Ende der hier vorgenommenen

„kriegswichtiges Unternehmen" bewahren wollte. Vgl. Marner, Franz-Josef und Waffenschmidt, Sabine, Nachruf auf Lothar Jaenicke (1923-2015), in: Biospektrum 22 (2016), S. 220-221.

669 Vgl. ebd., S. 164. Warum Jaenicke sein Studium abbrechen musste, wird nicht erläutert.

670 Vgl. ebd., S. 115, ohne Belege.

671 Wlasich selbst sieht seine Arbeit weder als eine Firmenschrift (eines ohnehin nicht mehr existenten Unternehmens), noch sei sie mit dem Anspruch einer wissenschaftlichen Arbeit verfasst worden (vgl. ebd., S.1). Dennoch hat sie einen hohen Wert für die Überlieferung vieler Aktionen während der NS-Zeit und stellt somit für etwaige vertiefende Forschungen einen unerlässlichen Fundus dar.

Zusammenführung bleibt der Eindruck zurück, dass aufgrund der sehr unterschiedlich gewählten Ansätze eine umfassende Aufarbeitung der Handlungen Scherings im NS nach wie vor lohnenswert erscheinen würde. Die Menge und Qualität vieler Zeugnisse, bei denen es sich längst nicht allein um Anekdoten oder tradierte Gerüchte handelt, sprechen jedoch für eine besondere, sich von anderen abhebende Unternehmenskultur im Nationalsozialismus. Gleichwohl ist ein gewisses Maß an Skepsis angebracht, denn: sämtliche, auch kleinere Arbeiten nach 1945 über Schering sind, mit Ausnahme von Kobrak, von ehemaligen Schering-Mitarbeitern verfasst worden. Ob die Weste tatsächlich so weiß strahlt, wie bislang beschrieben, ist nicht abschließend geklärt. Zumindest muss eine gewisse Verzerrung in der Bewertung eingepreist werden, die daraus resultiert, dass sowohl Kobrak als auch Wlasich vornehmlich Dokumente aus den Leitungsebenen sowie Berichte altgedienter Mitarbeiter auswerteten. Wie so oft fehlt es an Überlieferung aus dem Arbeitsalltag der „einfachen Arbeiter", die zumindest das gezeichnete Bild vom besonderen Klima bei Schering relativieren oder bestätigen könnten. Auch ist zu fragen, wie erschöpfend bisher möglichen Aktivitäten von Schering bezogen auf die großen NS-Verbrechenskomplexe nachgegangen wurde.

Eine integrierende Untersuchung der Scheringschen Personalpolitik, vom Schutz der eigenen Mitarbeiter über die Einstellung teils gefährdeter und dem Widerstand nahestehender Personen, würde zudem weitere Erkenntnisse zu Scherings Handlungsspielräumen erwarten lassen. Waren Walter Schoeller und Hans Berckemeyer hier im Unternehmen die treibenden Kräfte, wie vermutet? Was war in der Firma bekannt über die zahlreichen neuen Mitarbeiter und deren „Webfehler"? Wurde bei Schering jüdischen oder anderen Zwangsarbeitern mit dem Ausstellen von Attesten geholfen? Wurden einzelne Juden gezielt als Arbeitskräfte angefordert, um sie zumindest zeitweise vor der Deportation zu bewahren? Lassen sich die bei Wlasich gelieferten Hinweise auf „dramatische Versteckaktionen zum Schutz gefährdeter jüdischer Personen"[672] in den Werken Adlershof, Spindlersfeld, Wedding und Eberswalde stichhaltig belegen? Wie viele Personen, ob in Leitungspositionen oder in Zwangsarbeit, konnten insgesamt durch Schering „reklamiert" und damit eventuell vor dem Tod in Lagern oder an der Front gerettet werden?

Auch stellt sich die Frage, woher Schering selbst die Freiräume hatte, die man wiederum den eigenen Mitarbeitern gewährte und somit eine relativ große Distanz zu nationalsozialistischer Einflussnahme ermöglichte. Ob allein die Internationalität des

[672] Wlasich, Die Schering AG, S. 184f. So seien beispielsweise LKW eingesetzt und mehrfach im Keller des Weddinger Werks Verfolgte versteckt worden, wofür sogar neue Mauern eingezogen worden seien. Wlasich erwähnt hier allerdings nur einen Zeitzeugen – diese und ähnliche Angaben müssten also eingehender geprüft werden. Vgl. ebd., S. 212.

Unternehmens und daher Angst der Nationalsozialisten um die Außenwirkung oder die Exportorientierung (und damit die Rolle als Devisenbeschaffer) das teils selbstbewusste Auftreten der Schering-Leitung gegenüber den Machthabern erklären können, oder zum Beispiel auch Walter Schoellers private Verbindungen zu Bouhler in die Reichskanzlei für mehr Freiraum hatte sorgen können, ist fraglich.

Wenn also auch noch viele Aspekte nicht abschließend erforscht sind, lässt sich doch ein Zwischenresümee ziehen: Schering war zwischen 1933 und 1945 ein besonderer Arbeitgeber, der – zumindest in einzelnen Abteilungen – „Inseln" und Nischen bereit hielt für eine Vielzahl von Menschen mit einer anti-nationalsozialistischen Gesinnung. Und ebenso wie bei der Masse entgegengesetzter Fälle unter dem Primat des politischen Opportunismus, sollte auch hier die Frage nach dem „Warum?" gestellt werden. Ein fruchtbarer Ansatz läge dabei sicher in der tiefergehenden Analyse der persönlichen Netzwerke vor 1933 als Determinanten einer Unternehmenskultur, mit Blick etwa auf die jeweiligen politischen Milieus und Zugehörigkeit zu Studentenverbindungen. So unterschiedlich wie diese ausgerichtet waren – von liberal bis offen antisemitisch – wären bei stark netzwerkgeprägten Unternehmensführungen die Unterschiede im Handeln ab 1933, und hier zum Beispiel im Umgang mit jüdischen Mitarbeitern, besser zu erklären.

In den hier hervorgehobenen Schering-Abteilungen wurden nachgewiesen viele Mitarbeiter geschützt, soweit und solange es möglich war; man unterstützte Juden auch nach ihrer Flucht im Ausland und „Halbjuden" im Inland. Das Unternehmen stellte Leute ein wie Hans Hartenstein oder Walter Seitz, mit Wissen um deren anti-nazistische Einstellungen und schaffte so wiederum Spielräume für deren weitergehendes Handeln.[673] Junge Mitarbeiter wurden bei Schering eingestellt, um sie gegen Kriegsende vor später Einberufung zu schützen, Personen mit Verfolgungs- und Hafterfahrungen, teils mit Berufsverbot und somit für viele Arbeitgeber untragbar, fanden bei Schering Aufnahme. Vieles deutet darauf hin, dass Walter Schoeller bei diesen „Schutzanstellungen" eine zentrale Figur war. Wenn es in der Deutschen Biographischen Enzyklopädie von 2008 im Eintrag zu Schoeller über die Jahre 1933 bis 1945 lediglich heißt, er habe der NSDAP angehört und sei mit Reichsleiter Philipp Bouhler verschwägert gewesen,[674] so ist dieser Ausschnitt ohne Zweifel zu einseitig eng gefasst. Der Konzernleitung um Berckemeyer dürften zumindest Grundzüge der liberalen und protektiven Personalpolitik unter Schoeller bekannt gewesen sein. Berckemeyer hatte schließlich schon

673 Vgl. Kobrak, National Cultures, S. 348.
674 Vgl. Vierhaus, Rudolf (Hrsg.), Deutsche Biographische Enzyklopädie (DBE), Band 9, Eintrag zu Walter Schoeller, München 2008, S. 134.

1935 mit der Abschaffung von Grußformeln im internen Schriftverkehr ein insgesamt distanzierteres Klima gegenüber den Machthabern befördert. Dass nach Berichten von Zeitzeugen der Hitlergruß auch im Werksalltag verpönt war und sich nie habe durchsetzen können, ist in den Jahren der von Denunziationen geprägten Diktatur nicht als Bagatelle zu betrachten.

Bei all den geschilderten Fällen sollte nicht ausschließlich von altruistischen oder humanistischen Motiven ausgegangen werden. Neben der Überzeugung vieler Protagonisten bei Schering und darüber hinaus, zum Beispiel Wolfgang Heubner, die sich aus Prinzip eine zu starke politische Einflussnahme auf die Wissenschaft verbaten, konnte es ein begrüßenswerter Nebeneffekt sein, exzellente Wissenschaftler an das Unternehmen (Schering) oder Institut (Pharmakologie) zu binden, die unter diesen Bedingungen der Diktatur kaum noch Chancen hatten auf einem zunehmend regimetreuen Arbeitsmarkt oder an den gleichgeschalteten Universitäten. Diese Art der Rekrutierung von Fachkräften könnte als strategisch und ökonomisch positiver Nebeneffekt eines auf sozialen und humanistischen Grundwerten basierenden Unternehmertums gesehen werden. Wie sehr sich das Handeln Scherings im Nationalsozialismus auf den genannten Feldern tatsächlich abhob, ließe sich freilich erst in der Gesamtschau einer nennenswerten Anzahl von Vergleichsbeispielen beantworten.[675] Ob es je noch zu einer umfassenden Arbeit über Schering kommen wird, ist indes mehr als fraglich: mit der Übernahme durch den Bayer-Konzern im Jahr 2006 und der anschließenden Tilgung des Namens endete die eigenständige Unternehmensgeschichte.

3. Die Gruppe „Onkel Emil“ und der Suizid Fritz Springers

Fritz Springer, Sohn des Verlagsgründers Julius Springer (1817-1877), übernahm nach dessen Tod mit seinem Bruder Ferdinand (1846-1906) die Leitung des gleichnamigen Wissenschaftsverlags. Nachdem anschließend die dritte Generation, Julius (Sohn von Fritz) und Ferdinand jr, ab 1907 den Verlag leiteten, übernahm Fritz Springer nochmals die Geschäfte während des Ersten Weltkriegs und des Fronteinsatzes der beiden. Trotz der Taufe von Julius Springer mehr als 100 Jahre zuvor, im Jahr 1830, galten Fritz und sein Sohn Julius in der NS-Zeit als „Volljuden“, Ferdinand als „Halbjude“.[676] Als Verlagsort für naturwissenschaftliche,

[675] Zumindest nach den bisherigen Erkenntnissen hebt sich Schering deutlich ab gegenüber einem radikal-opportunistischen Unternehmenskurs im Nationalsozialismus, wie zum Beispiel bei der Firma Hoechst. Vgl. hierzu Lindner, Stefan H., Hoechst. Ein I.G. Farben Werk im Dritten Reich, 2005.

[676] Angaben aus dem Begleittext zur Sonderausstellung der Gedenkstätte Haus der Wannseekonferenz (Hrsg.), Villenkolonien in Wannsee 1870-1945. Großbürgerliche Lebenswelt und Ort der Wannsee-Konferenz; https://www.ghwk.de/fileadmin/Redaktion/PDF/Ausstellung/villencolonien/springer-1.pdf [30.11.2023].

medizinische und pharmazeutische Arbeiten sowie Veröffentlichungen aus weiteren Bereichen, nahm der Verlag über viele Jahre die führende Position im deutschsprachigen Raum ein, orientierte sich aber auch international. So verwundert es nicht, dass die Verleger Springer zu den bekanntesten Berliner Familien zählten und dass viele der publizierenden Forscher und Wissenschaftler irgendwann einmal mit dem Verlag in Kontakt standen. So verhielt es sich zum Beispiel auch mit Wolfgang Heubner: er traf Springers im Laufe der Zeit mehrfach, sowohl in der „Berliner Gesellschaft" als auch privat, bei Abendessen und zu gesellschaftlichen Anlässen, wie aus seinen Tagebüchern hervorgeht. Julius Springer musste 1935 aufgrund der antijüdischen NS-Gesetzgebung aus seinem eigenen Verlag ausscheiden, sein Bruder Ferdinand konnte diesen als „Halbjude" vorerst weiter führen.[677]

Im selben Jahr kam es zur Vermählung von Julius' Tochter Eva Springer und Walter Seitz, die sich seit dem Medizinstudium kannten. Viele Jahrzehnte später gab Seitz zu Protokoll, dass ihm in diesem Moment völlig klar gewesen sei, dass *„diese Entscheidung mein weiteres Leben tief politisch beeinflussen würde. Wer unter den Nazis in eine jüdische Familie hineinheiratet, weiß das. Bei mir war es deshalb auch nicht nur die Romantik der Liebe, sondern auch der Trotz gegen Hitler."*[678] Aus den Überlieferungen geht Walter Seitz durchweg als mutiger und zupackender Akteur hervor. Seine anti-nationalsozialistische Haltung mündete schließlich in aktiver Mitarbeit in Widerstandskreisen. Nicht nur aus diesem Grund soll er in der Folge näher dargestellt werden.

Jochen Köhler hatte für sein Buch Ende der 1970er Jahre mehrere Zeitzeugen befragt,[679] darunter auch Walter Seitz.[680] Bei aller Vorsicht gegenüber Selbstbeschreibungen, zumal nach Jahrzehnten, lassen sich hier einige interessante Details zu individuellen Denkweisen und vor allem Handlungen während der NS-Zeit erfahren.

Walter Seitz hatte Medizin studiert und erwähnt offen, dass er nach seinem Examen in München einer derjenigen Jungärzte war, die von den Massenentlassungen jüdischer Kollegen im Jahr 1933 profitierten. Am 1. April 1933 trat er eine Stelle an der Berliner Charité bei Gustav von Bergmann (1878-1955) an. Die Übernahme dieser „freigemachten" Stelle habe in seinem Freundeskreis zu schweren Vorwürfen geführt, Seitz verteidigt sich rückwirkend nur leidlich:

---

677 Siehe hierzu auch TB Heubner, 5.12.42: „Von Herrmann Degener erfuhr ich, dass Ferdinand Springer zwangsweise – als Halbjude – aus seinem Verlage ausscheide. Kurzes Telephongespräch mit ihm".

678 Köhler, Klettern in der Großstadt, S. 121.

679 Köhler gibt an, immer von Hand mitgeschrieben und beim nächsten Treffen das abgetippte Protokoll vorgelegt zu haben, ebenso nochmals vor Drucklegung. So wurden die Aussagen autorisiert und vor diesem Hintergrund sind die in der Folge angegebenen Zitate zu sehen.

680 Die folgenden Angaben zur Biografie gehen maßgeblich zurück auf eigene Aussagen von Walter Seitz in Köhler, Klettern in der Großstadt, sowie auf schriftliche Mitteilungen der Tochter Verena Correll vom 28.3.2013 an den Verfasser, der an dieser Stelle dafür gedankt sei.

Es habe noch die Zeit der Arbeitslosigkeit geherrscht, die Entscheidung habe unter Zeitdruck fallen müssen. Der Wunsch, nach Berlin zu gehen, wo er schon zeitweise studiert hatte sowie die Strahlkraft der Charité dürften Seitz zusätzlich beeinflusst haben. So klar er hierdurch zum frühen Nutznießer antijüdischer Maßnahmen wurde, so deutlich habe er sich von Beginn an dem NS-Regime gegenüber abgegrenzt. Schnell habe er zu der Zeit Gleichgesinnte ausmachen können und dadurch in den entsprechenden Kreisen verkehrt: „Ich befreundete mich nur mit Leuten, die gleich dachten. Ich wurde aus Wut Antinazi. Ich war nicht allein damit."[681] Und weiter: „Ich war gegen die Nazis, wollte aber meine Meinung immer noch frei äußern. So durfte ich nicht mehr mit Nazis verkehren, so gebot es die reine Selbsterhaltung, mit Antinazis zu reden."[682] Nur zwei Jahre später heiratete er, wie erwähnt, in die nun als jüdisch deklarierte Familie Springer ein. Aus der Ehe gingen zwischen 1936 und 1944 vier Kinder hervor. Anfang der 1940er Jahre, als Juden aus ihren Wohnungen getrieben oder gezwungen wurden, in ihrem Haus Fremde einzuquartieren, zog Walter Seitz mit seiner Frau Eva und den damals drei Kindern zu den Schwiegereltern Julius und Else Springer in Berlin-Zehlendorf, um damit erzwungenen Untervermietungen zu begegnen.

Bereits im Frühjahr 1939 hatte Walter Seitz die Charité verlassen, nach eigenen Angaben, weil es sein oberstes Ziel gewesen sei, nicht eingezogen zu werden. Seine Tochter ergänzt, dass es an der Klinik unter Gustav von Bergmann zunehmend Probleme wegen seiner Nicht-Parteimitgliedschaft und „nicht-arischen" Ehefrau gegeben habe. Beides mag eine Rolle gespielt haben, als er wenige Monate vor Kriegsbeginn bei einem vermutlich bald schon „kriegswichtigen Betrieb" Aufnahme fand: der Firma Schering. Hierfür, ebenso wie für Seitz' Wechsel ausgerechnet dorthin, liefert seine bereits zitierte rückwirkende Betrachtung einen wichtigen Hinweis: *„Ich arbeitete bei Schering, in einer medizinisch-wissenschaftlichen Abteilung, wo nur Anti-Nazis saßen. (...) Es war eine Insel! Dafür sorgte der betreffende Abteilungsleiter. Ja, das war möglich."*[683]

In diesem Umfeld war es Walter Seitz vermutlich nicht nur möglich, seine Haltung verhältnismäßig offen leben zu können, sondern auch zunehmend in der Unterstützung für Verfolgte aktiv zu werden. Ende 1940 war er zu einem Helfernetzwerk um Ruth Andreas-Friedrich gestoßen.[684] In der später nach seinem dortigen Decknamen „Onkel Emil" benannten

[681] Köhler, Klettern in der Großstadt, S. 117.
[682] Ebd., S. 118.
[683] Ebd., S. 123.
[684] Vgl. den Eintrag bei Ruth Andreas-Friedrich vom 16.12.1940, die ihre Tagebuchaufzeichnungen 1938-1945 schon 1947 erstmalig publiziert hatte: „Frank Matthis ist wieder aufgetaucht, den wir seit Jahren aus den Augen verloren hatten.", aus: Andreas-Friedrich, Ruth, Der Schattenmann. Tagebuchaufzeichnungen 1938-1945, Frankfurt/M. 1983, S. 74. In ihrem Buch verwendet Friedrich größtenteils noch die Decknamen der Mitglieder. „Frank Matthis"

Gruppe nahm er schnell eine treibende Rolle ein.[685] Mehr als zwei Jahre lang konnte Seitz bei Schering bleiben, bis ihm gegen Ende 1941 doch die Einberufung drohte. Schnell wechselte er wieder an ein Berliner Krankenhaus, das Auguste-Hospital, um zumindest als Arzt eingezogen zu werden. In der anschließenden Grundausbildung habe er dem ansässigen Revierarzt fachlich geholfen und mit fingierten Diagnosen ebenfalls den dortigen Soldaten: „Es war tatsächlich der erklärte Hauptwunsch der meisten Soldaten: nicht an die Front zu müssen! Ich tat, was ich konnte."[686] Die nur angedeutete Hilfe war hier wie andernorts nicht ohne Risiko, hätte ein zu leichtsinniges Ausstellen von Attesten sich doch unter den Soldaten schnell herumgesprochen und die Aufmerksamkeit übergeordneter Stellen geweckt – in solchen Fällen drohte eine Anklage wegen Wehrkraftzersetzung. Während im Zusammenhang mit den Forschungen zur NS-Militärjustiz und soldatischer Verweigerung einiges über die vielfältigen Versuche bekannt ist, ärztliche Atteste zu erlangen oder die eigene Wehrfähigkeit zu beenden – Stichwort: Selbstverstümmelung – fehlen übergeordnete Arbeiten über das Verhalten der Ärzte und deren Vergabepraxis von Attesten. Dass eine großzügige Handhabe bei Krankschreibungen nicht nur als individuelle Hilfe gesehen wurde, sondern durchaus auch im großen Kontext gesehen werden konnte, beschreibt der Arzt Dietfried Müller-Hegemann (1910-1989) aus der Rückschau:

> *„In meinem Lazarett konnte ich dann doch noch etwas machen. Ich konnte jeden, der nur ein bißchen vegetative Störungen hatte, für nicht mehr kriegsverwendungsfähig erklären. Immerhin konnte man sich ja vorstellen […], daß mit jedem [Fall] […] der Krieg vielleicht um 15 Sekunden verkürzt wird. Wenn man das jeden Tag so betrieb, vielleicht würde dadurch der Krieg um soundso viele Minuten verkürzt."*[687]

Dank seines Chefs wurde Seitz umgehend nach der Grundausbildung wieder für das Auguste-Hospital reklamiert, was ihn einmal mehr vor dem Fronteinsatz bewahrte. Seine Frau verließ Berlin im Sommer 1943 mit den drei Kindern in Richtung Bayern, um den zunehmenden Luftangriffen zu entgehen, Seitz wohnte weiter bei den Schwiegereltern Springer.[688] Erst Anfang 1944 wurde er einmal nach Schlesien abkommandiert und betreute in einem dortigen Lazarett Zwangsarbeiter, die zum Ausheben von Panzergräben herangezogen wurden. Unter

war Walter Seitz; ob er Jahre zuvor schon einmal in der Gruppe aktiv war, oder sich viele nur aus Studienzeiten kannten, ist unklar.

685 Seit dem Jahr 2020 existiert eine Gesamtdarstellung von Wolfgang Benz über die Gruppe, in der er insbesondere auf deren Mitglieder und Lebenswege eingeht. Vgl. Benz, Wolfgang, Protest und Menschlichkeit. Die Widerstandsgruppe „Onkel Emil" im Nationalsozialismus, Stuttgart 2020.

686 Köhler, Klettern in der Großstadt, S. 155.

687 Zit. nach ebd., S. 48.

688 Angaben der Tochter Dr. Verena Correll.

der Beobachtung von Dolmetschern und Parteiangehörigen sei Hilfe nur begrenzt möglich gewesen: „Mehr war nicht zu machen, als viele Leute zwei, drei Tage krankzuschreiben, oder ihnen zwei Tage Diät zu verschreiben, wenn sie Durchfall hatten."[689] Die Häufigkeit seiner Atteste sei aufgefallen und habe dazu geführt, dass er angezeigt wurde. An einem Tag Ende August 1944 tauchte Walter Seitz unter – mit einem gefälschten Binnenschifferausweis mit Reisekarte, gefälschtem Pass, Lebensmittelkarten und seinen schon längst abgehobenen Geldmitteln, hatte er zuvor Vorbereitungen getroffen. Er machte sich auf den Rückweg nach Berlin und blieb bis zum Kriegsende im Untergrund.[690]

Aktionen mit der Gruppe „Onkel Emil"

Ab diesem Zeitpunkt konnte er alle Zeit und Energie dem Helfernetzwerk widmen: „Wer schon illegal ist, für den ist es gleichgültig, ob er weitere illegale Taten macht. […] Ich bin aus der bürgerlichen Welt ausgestiegen."[691] **Fritz von Bergmann** (1907-1982), Studienfreund von Walter Seitz und mit seiner Frau Christine ebenso in der Gruppe aktiv, besorgte Seitz nach dem Untertauchen die Wohnung der Witwe eines SS-Generals, die Berlin verlassen hatte.[692]

Fritz von Bergmann war während des Krieges beim Heereswaffenamt eingesetzt, bereits seit 1937 zugleich auch Privatassistent am Pharmakologischen Institut Wolfgang Heubners. Hier zeigt sich einmal mehr eine Verbindungslinie. Nach Auskunft Havemanns betreute von Bergmann seitens des Heereswaffenamtes die vermeintlich kriegswichtige Forschung des nach dem Todesurteil inhaftierten Robert Havemann, bis dahin ebenfalls Mitarbeiter an Heubners Institut. In dieser Funktion habe von Bergmann Kontakt gehalten und Havemann regelmäßig mit Dingen versorgt, die dieser für verbotene Aktivitäten im Gefängnis benötigte, was für Fritz von Bergmann von erheblichem Risiko war.[693]

Ruth Andreas-Friedrich lebte zu der Zeit mit dem Dirigenten Leo Borchard (1899-1945) zusammen, um die beiden herum entwickelte sich das Netzwerk, das nach und nach zur Widerstandsgruppe wurde. Walter Seitz, der ab Ende 1940 aktiv war, organisierte zahlreiche Aktionen mit oder war daran beteiligt. Je näher das erhoffte Kriegsende rückte, desto stärker gingen die Aktionen von vielfältigen Hilfeleistungen über in politische Aktionen und Aufrufe

689 Köhler, Klettern in der Großstadt, S. 156.

690 Wärend Seitz' Berichte über markante Ereignisse der Zeit und Aktionen der Gruppe „Onkel Emil" sich mit den Tagebuchaufzeichnungen von Ruth Andreas-Friedrich decken, weichen die Angaben zu seinem Untertauchen hiervon ab: Seitz habe sich in Berlin befunden, Anlass für den Gang in die „Illegalität" sei ein Einberufungsbefehl für den 1. September 1944 gewesen. An der Ostfront hätte Seitz Schanzarbeiten als Arzt begleiten sollen. Diesem Befehl habe er sich verweigert, sei Ende August 1944 untergetaucht und seitdem zur Fahndung ausgeschrieben gewesen. Vgl. Andreas-Friedrich, Der Schattenmann, S. 167f.

691 Köhler, Klettern in der Großstadt, S. 179.

692 Vgl. ebd.

693 Vgl. Kap. III. 1.

zum Widerstand. Kontakte zu anderen Gruppen wurden im Laufe der Zeit geknüpft, Andreas-Friedrich bezeichnete die Gruppe auch passend als „Ringverein“. Denn zu den Hilfsleistungen für Verfolgte gehörten die Versorgung mit Lebensmittelmarken, das Bereitstellen von Quartieren für Untergetauchte, deren ärztliche Versorgung, die Versuche, durch Atteste Zwangsarbeit oder Fronteinsatz zu verhindern oder zumindest aufzuschieben und vieles mehr, was einer Vielzahl von Helfern bedurfte. Walter Seitz organisierte später unter anderem den Einbruch in eine Lebensmittelmarkenstelle, er half bei der Vervielfältigung des Flugblattes der „Weißen Rose“ und dessen Verteilung in Berlin sowie der Überlieferung desselben, versehen mit einem Lagebericht in die Schweiz und nach England. Noch kurz vor der Kapitulation riskierten er und andere Mitglieder der Gruppe ihr Leben, als sie in der Nacht vom 18. auf den 19. April zahlreiche öffentliche Wände und Propagandaflächen der NSDAP mit einem weit sichtbaren „Nein“ in Großbuchstaben und grellen Farben versahen. Auf die Vielzahl der Aktionen näher einzugehen, würde hier zu weit führen. Um bei Walter Seitz und nahe am Thema dieser Arbeit zu bleiben, interessieren jedoch besonders die Aktionen, die man als ärztliche Widerstandshandlungen bezeichnen könnte. Zu oft blieben diese vermutlich im Verborgenen und undokumentiert, in diesem Fall führen übereinstimmende Berichte über die Aktivitäten der Gruppe oder wie im folgenden Fall Berichte von Überlebenden weiter.[694]

Ralph Neuman war im März 1945 zusammen mit seiner Schwester Rita die Flucht aus dem Sammellager in der Iranischen Straße am Jüdischen Krankenhaus gelungen. Während eines Fliegeralarms hatten sie sich im Obergeschoss des Gebäudes versteckt und mit einer Wäscheleine bis auf die Straße abgeseilt. Im Anschluss suchten sie den Pfarrer Harald Poelchau (1903-1972) auf, der sie versteckte.[695] Bei beiden hatte die Schnur tief ins Fleisch der Hände eingeschnitten. Ralph Neuman berichtet weiter, Poelchau habe am nächsten Tag Seitz informiert, der vorbeikam, um die Hände zu verbinden und Sulfonamide zu verabreichen. Alle paar Tage sei er gekommen, um die Verbände zu erneuern und habe den beiden schließlich ein Versteck in Steglitz angeboten. So kamen Ralph und Rita Neuman vom Netzwerk um Pfarrer Harald Poelchau zur Gruppe „Onkel Emil“: „Wir wurden durch Dr. Seitz mit einer anderen Untergrundgruppe bekannt gemacht. […] Während unseres Aufenthalts plante die Gruppe eine politische Aktion, an der wir teilnehmen sollten.“[696] An dieser Schilderung zeigt sich nicht

[694] Vgl. zu den Angaben Andreas-Friedrich, Der Schattenmann.

[695] Harald Poelchau war Gefängnispfarrer in Berlin, wohnte Hunderten Hinrichtungen bei und war Mitglied im Kreisauer Kreis, vgl. Kurzbiografie auf der Website der Gedenkstätte Deutscher Widerstand https://www.gdw-berlin.de/vertiefung/biografien/personenverzeichnis/biografie/view-bio/harald-poelchau/?no_cache=1 [20.11.2023].

[696] Gemeint war hier die bereits erwähnte „Nein-Aktion“. Zit. nach Neuman, Ralph, Erinnerungen an meine Jugendjahre in Deutschland 1926-1946, Berlin 2005, S. 40.

zuletzt die Vernetzung unterschiedlicher Helfer und Gruppen im Laufe der Zeit, die sich gegenseitig unterstützten mit den jeweilig zu Verfügung stehenden Expertisen. Die Fähigkeiten von Medizinerinnen und Medizinern sowie deren Monopolstellung bei Gesundheitsgutachten und Attesten mit teils erheblicher Wirkung, sind noch heute unverzichtbar für im Untergrund operierende Gruppen. In der NS-Zeit waren darüber hinaus juristische Kenntnisse, Verbindungen „nach oben" oder das (hochwertige) Fälschen von Dokumenten Fähigkeiten, die für die Helfernetzwerke zentral waren.

Auch Fritz von Bergmann war Arzt, durch seine Position aber wohl zwangsläufig medizinisch nicht so stark involviert im „Helferalltag" der Gruppe. Seine Frau Christine von Bergmann half mit ihrer ärztlichen Expertise, überliefert ist zum Beispiel, dass sie sich wochenlang um eine an Scharlach erkrankte versteckte Jüdin kümmerte, als Walter Seitz nach Schlesien abkommandiert war.[697] Solch ein Fall muss als besonders herausfordernd und hoch riskant für die Helfer angesehen werden: eine Untergetauchte, die durch die Erkrankung nun auch gesundheitlich in Lebensgefahr geriet, noch eingeschränkter in ihrer Bewegungsmöglichkeit als ohnehin war und dazu einer engmaschigen Pflege und medizinischer Betreuung bedurfte. Das Ehepaar von Bergmann besorgte auch unter medizinischem Vorwand Milch für eine versteckte Jüdin, die ein Kind zur Welt gebracht hatte.[698] Der Bedarf an Attesten und ähnlichen „medizinischen Hilfsleistungen" wuchs stetig, Berichte über den genauen Ablauf sind jedoch selten. Ruth Andreas-Friedrich schreibt in ihrem Tagebuch Ende des Jahres 1944 über die Arbeit von Walter Seitz, alias Frank Matthis: „Täglich mehren sich die Einberufungen zum Volkssturm. Täglich warten neue Männer darauf, durch Atteste, Medikamente und kurpfuscherische Manipulationen aus Wehrdiensttauglichen zu Invaliden gemacht zu werden. Frank schreibt sich die Finger wund. ‚Es besteht bei Herrn X eine deutliche Kreislaufinsuffizienz (Arbeitsdyspnoe, langdauernde Frequenzsteigerung bei Kniebeugenversuch). Dementsprechend sind im EKG eindeutige Zeichen von Herzmuskelschaden festzustellen.' Ein befreundeter Oberarzt fälscht die Elektrokardiogramme, deutet sie um, biegt sie zurecht. Alles sieht ungeheuer fachmännisch aus. […] Frank, der Untergetauchte, und unsere fünf ärztlichen Bundesgenossen haben eine Praxis wie in besten Friedenszeiten."[699]

---

[697] Die Jüdin wurde von Dr. Günther Brandt versteckt, Landgerichtsrat und Mitglied der Gruppe. So berichtet es Karin Friedrich, die Tochter von Ruth Andreas-Friedrich, die als junge Frau ebenfalls Teil der Gruppe war. Vgl. Friedrich, Karin, „Er ist gemein zu unseren Freunden…". Das Retternetz der Gruppe „Onkel Emil", in: Benz, (Hrsg.), Überleben im Dritten Reich, S. 97-109, hier S. 107. Der 1925 geborenen Karin Friedrich half ein falsches Attest.

[698] Vgl. Sandvoß, Hans-Rainer, Widerstand in Steglitz und Zehlendorf, Berlin 1986, S. 195.

[699] Andreas-Friedrich, Der Schattenmann, S. 180. Welche Ärzte sich genau hinter den hier erwähnten fünf Bundesgenossen verbergen, ob die (bekannten) Eheleute von Bergmann sowie Wolfgang Kühn und Josef Schunk dazu zählen, konnte nicht eruiert werden.

Der 1925 geborenen Tochter von Ruth Andreas-Friedrich, Karin Friedrich, half ein falsches Attest dabei, vom Arbeitseinsatz in der Rüstungsfabrik befreit zu werden und sich stärker im Helfernetzwerk zu engagieren. Sie habe „Theater gespielt", sei immer bleicher zur Arbeit erschienen und befreundete Ärzte hätten ein EKG erstellt, „bei dem man für merkwürdige Zacken gesorgt hatte. Im Zusammenhang mit einer Rauchvergiftung konnte ich da raus."[700] Am Beispiel von Leo Borchard, dem wie vielen die Einberufung zum sogenannten Volkssturm drohte, beschreibt Ruth Andreas-Friedrich Anfang Februar 1945 noch etwas detaillierter, was sich hinter einer „kurpfuscherischen Manipulation" verbergen konnte. Im diesem Fall habe Walter Seitz lange überlegt, welche Art von Erkrankung beziehungsweise Krankschreibung „nachhaltig" genug sein würde und Leo Borchard zugleich der Gruppe erhalten könnte. Die Wahl fiel auf ein Nierenleiden, in Kombination mit einer Herzschwäche und Bluthochdruck, die sich Leo Borchard schon Wochen zuvor mit rückdatiertem Attest hatte „diagnostizieren" lassen. Seitz besorgte vor der entscheidenden Eignungsuntersuchung Chemikalien sowie Reagenzgläser und bereitete ein Gemisch zu, das als fingierte Urinprobe auf bedrohliche Nierenwerte hinweisen sollte. Der Volkssturmarzt verordnete Leo Borchard letztlich einen sechswöchigen Sanatoriumsaufenthalt – das ältere, von Seitz' Kollegen „missinterpretierte" EKG, die zusammengemischte Urinprobe sowie Pillen zur künstlichen Erhöhung des Blutdrucks hatten zum erwünschten Ergebnis geführt.[701]

Marten Düring und Susanne Beer, die sich mit dem Helfernetzwerk der Gruppe „Onkel Emil", insbesondere mit dessen Sozialstruktur, auseinandergesetzt haben und dabei die persönlichen Verbindungen der Gruppe mithilfe der historischen Netzwerkanalyse darlegen, bestätigen das Bild von Seitz: „Walter Seitz übernahm zunehmend die Rolle eines Impulsgebers, der neue Handlungsspielräume aufzeigte, Kontakte zu neuen Helfer/innen herstellte und konkrete Hilfsleistungen vorschlug. Nicht zuletzt durch sein Engagement wurde aus dem Bekanntenkreis eine arbeitsteilig operierende illegale Widerstandsgruppe. Der Austausch von zunehmend raren Ressourcen innerhalb der Gruppe machte nach 1944 eine effektive Hilfe erst möglich. Diese Befunde legen nahe, dass Hilfeverhalten nicht nur auf eine abstrakte Willensentscheidung eines Individuums zurückzuführen, sondern auch Ergebnis sozialer Prozesse ist."[702]

[700] Friedrich, Karin zit. nach Köhler, Klettern in der Großstadt, S. 176.
[701] Vgl. Andreas-Friedrich, Der Schattenmann, S. 198f.
[702] Beer, Susanne und Düring, Marten, Hilfe für jüdische Verfolgte im Nationalsozialismus. Biographische und sozialstrukturelle Zugänge am Beispiel der Berliner Helferin Ruth Andreas-Friedrich, in: Medaon – Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung 5 (2011), 9, S. 1-17.

Abschließend soll auf den Ausgangspunkt dieses Abschnitts zurückgekommen werden, die Familie Springer. Wolfgang Heubner notiert im Januar 1944 in sein Tagebuch: *„Dann ins Institut, wo schon Dr. h.c. Julius Springer auf mich wartete, um mich wegen des endgültigen Todes seines mit ‚Abholung' bedrohten 93-jährigen Vaters um Rat zu fragen!"*[703]

Was war geschehen? Anfang 1944 war bereits der überwiegende Teil auch der Berliner Juden in die Vernichtungslager oder nach Theresienstadt deportiert worden. Offenbar waren die Deportationen bis zu diesem Zeitpunkt an Fritz Springer vorbeigegangen; ob es vorher erfolgreiche Bemühungen von Fürsprechern und Rückstellungen gegeben hat, ist nicht bekannt. Walter Seitz, als Ehemann der Enkelin Eva, hatte Fritz Springer schon einige Zeit zuvor vorgeschlagen, ihn unter falscher Identität bis zum Ende des Krieges im Allgäu zu verstecken, was dieser ablehnte. Walter Seitz habe ihm daraufhin Zyankali-Kapseln besorgt.[704] Den Vorschlag der Tarnidentität hatte Seitz unterbreiten können, weil er zu dem Zeitpunkt längst eine tragende Säule des Helfernetzwerkes „Onkel Emil" darstellte und dort unter anderem über die Ressourcen verfügte, gefälschte Dokumente herzustellen. Der 10. Januar 1944, für den Heubner den Besuch Julius Springers in seinem Tagebuch vermerkt, ist derselbe Tag, an dem Fritz Springer abgeholt werden sollte und sich das Leben nahm. Die Rolle Heubners hierbei bleibt unklar, sein Eintrag lässt mehrere Deutungen zu. Die naheliegende Lesart ist, dass Julius Springer hochalarmiert beziehungsweise vorgewarnt war und um die unmittelbare Gefahr der Abholung seines Vaters wusste.[705] Welchen Rat er aber bezüglich des „endgültigen Todes" bei Heubner suchte – ob er vielleicht nach (anderem) Gift oder aber nach dem Einsatz und der Wirkungsweise von Zyankali fragte – bleibt im Dunkeln.

Für Walter Seitz und die Gruppe Onkel Emil war das tatsächliche Kriegsende, auf das sie so lange gehofft hatten, nach eigenen Angaben eine euphorisierende Zeit. Eine Zeit, die sich freilich nicht lange halten sollte, wie Seitz nüchtern festhielt: „Der Wiederaufbau war schon erregend, denn für kurze Zeit hatten die Anti-Nazis die Führung. […] Leute wie ich, die plötzlich Oberarzt in der Charité wurden. Es war ein Schichtwechsel. Aber als dann die alten Nazis nach kurzer Zeit wieder aus ihren Verstecken herauskamen, war es damit zu Ende."[706]

Walter Seitz ging nach dem Krieg nach München, wo er von 1947 bis 1973 Direktor der Medizinischen Poliklinik der Universität war. Ruth Andreas-Friedrich und Walter Seitz

---

[703] TB Heubner, 10. Januar 1944.

[704] Laut Mitteilung Dr. Verena Correll.

[705] Julius Springer, der nach den Novemberpogromen für einige Zeit im KZ Oranienburg interniert war, gelang es auf gerichtlichem Weg zum „Halbjuden" „herabgestuft" zu werden. Hierfür hatte er einen unehelichen Urgroßvater und weitere Indizien recherchiert, die die Behörden überzeugten. 1943 bekam er nach einem Prozess sogar die sogenannte Judenvermögensabgabe zurückerstattet, die er somit ja „zu Unrecht" gezahlt hatte. Vgl. die Informationen der Tochter Verena Correll und auch Köhler, Klettern in der Großstadt, S. 122.

[706] Köhler, Klettern in der Großstadt, S. 217.

heirateten 1955. Seitz gilt fachlich als einer der Wegbereiter der psychosomatischen Medizin in die Innere Medizin. Gemeinsam mit dem Psychoanalytiker Johannes Cremerius hatte er dazu bereits 1950 eine Beratungsstelle für KZ-Opfer gegründet.[707]

Zusammenfassung

Der Suizid von Fritz Springer, verklausuliert in Wolfgang Heubners Tagebuch notiert, markierte hier den Ausgangspunkt für weitergehende Betrachtungen, die mehrere Stränge zusammenbringen: Der Arzt Walter Seitz, familiär verbunden mit Fritz Springer, stellte das Gift bereit. Sein Schwiegervater Julius Springer war mit Wolfgang Heubner bekannt und suchte diesen kurz zuvor auf, um nach Rat zu fragen in dieser Angelegenheit, die zu der Zeit viele Menschen umtrieb: wie man sein Leben beenden konnte, aus Sicht des pharmakologischen Experten. Auch die Selbsttötung Fritz Springers fand somit nicht völlig im Verborgenen statt, auch sein Schicksal zog gewisse Kreise und produzierte damit Eingeweihte.

Walter Seitz wiederum wurde zwei Jahre lang bei Schering beschäftigt, arbeitete dort in einem Umfeld von Gleichgesinnten und wurde aktiv im Helfernetzwerk „Onkel Emil". Mitglied dort war auch Fritz von Bergmann, Mitarbeiter bei Heubner ebenso wie Robert Havemann, der ab Herbst 1943 als Widerständler inhaftiert war. Josef Schunk, ein weiterer Arzt aus der Gruppe „Onkel Emil" wurde nach dem Krieg Assistent bei Heubner. All diese Querverbindungen zeugen von den zentralen Rollen Wolfgang Heubners auf der einen sowie der erwähnten medizinisch-wissenschaftlichen Abteilung der Firma Schering auf der anderen Seite.

Während die anderen Fälle eine echte „Beihilfe" zeigen, also ärztliche Hilfestellungen für diejenigen, die sich entziehen wollten, ist im Falle von Walter Seitz über die Beschaffung des Gifts hinaus nichts bekannt. Hingegen sind es andere, genuin ärztliche Hilfstätigkeiten, die mit seiner Person verbunden werden können: Das Beschaffen von Medikamenten, die ärztliche Versorgung vieler „Illegaler", das Ausstellen von Attesten für Zwangsarbeiter und Soldaten, gefälschte Werte (EKG) und Diagnosen sowie künstlich herbeigeführte Erkrankungen. Damit sind einige ärztliche Tätigkeiten genannt, die wie im Kapitel II diskutiert unter den Begriff des Rettungswiderstands gefasst werden könnten. Walter Seitz in die hier ausgewählten Fälle mit aufzunehmen hat mehrere Gründe: seine Aktivität im Widerstand, die zweijährige Arbeit bei Schering in der „subversiven" medizinischen Abteilung unter Hans von Behring und Walter Schoeller sowie seine Verbindung, zumindest indirekt über Fritz von Bergmann, zum Institut

[707] Kumnig, Martin, Cremerius, Johannes in: Stumm, Gerhard u.a. (Hrsg.), Personenlexikon der Psychotherapie, Wien/New York 2005, S. 96.

von Wolfgang Heubner. Walter Seitz taucht in vielen Kontexten dieser Arbeit auf und mit ihm, über seine Kontakte und Hilfsleistungen, werden Querverbindungen der Helfenden sichtbar.

4. Zusammenfassung

In den ausführlichen Exkursen zu Wolfgang Heubner und zur Firma Schering tritt eine Vielzahl von Aspekten auf, die eng mit den Themenbereichen dieser Arbeit verknüpft sind. Zusammenfassend, und gewissermaßen stellvertretend für viele der erwähnten Einzelaktionen, fällt der Blick abschließend noch einmal auf das spezielle Klima hier wie dort, das als Grundbedingung für alle weiteren Handlungen anzusehen ist.

Da ist zum einen der bereits etablierte Ordinarius, der im Jahr 1933 seine Vorbehalte den Nationalsozialisten gegenüber (zumindest partiell) in bemerkenswerter Weise, auch offen, äußert und gar sein Amt zur Disposition stellt. Bei genauerem Hinsehen treten hierfür weniger universell-humanistische Motive hervor als vielmehr Differenzen über die Ausrichtung der Hochschulpolitik – hierunter fiel aus Heubners Sicht wohl auch der Umgang mit jüdischen Kollegen, Forschern und Studenten. Und dennoch: mit dieser frühen Konfrontation, die durchaus mit einem Ausloten der Grenzen seiner Handlungsspielräume einherging, verschaffte sich Heubner eine verhältnismäßig stabile Basis für seinen weiteren Wirkungskreis. Viele andere Professoren strebten eine solche Stabilität ebenfalls an, wählten hierfür jedoch überwiegend den opportunistischen Weg der Anbiederung und Indienststellung.

An Heubners Beispiel lässt sich exemplarisch darlegen, wie unter einem repressiven Regime Schutz- und Freiräume entstehen können, die seltene Möglichkeiten der Entfaltung mit sich bringen. Heubners frühzeitiges Ausloten der eigenen Handlungsspielräume stellt dabei nur den ersten Schritt dar. Dabei fällt auf: Um Außenstehenden eine Einschätzung der persönlichen Haltung und des „Betriebsklimas“ zu ermöglichen, muss nicht übermäßig explizit über Politik gesprochen werden. Gewisse Aktionen, wie der frühe Einsatz für Otto Krayer und die späteren öffentlichen Positionierungen Heubners – ob verdeckt oder offener –, blieben nicht unbemerkt und wirkten zweifellos nach außen. Wer in diesem (hier: medizinisch-akademischen) Umfeld Schutzräume benötigte oder schlichtweg eine liberalere Arbeitsumgebung suchte, wandte sich an diejenigen, die sich schon einmal durch kleinere oder größere Gesten und Aktionen entsprechend positioniert hatten. Die von Heubner selbst erarbeiteten Freiräume bildeten gleichsam den Rahmen für die potentielle Entfaltung seiner Mitarbeiter. Diesen Rahmenbedingungen, die sich als „Politisches Betriebsklima“ bezeichnen lassen, kam eine elementare Funktion zu. Dort, wo Institutsleiter, Firmenchefs oder sonstige Vorgesetzte sich

klar im Sinne einer Indienststellung für den Nationalsozialismus positioniert hatten ebenso wie dort, wo man jegliche Positionierung vermied, blieb das Betriebsklima repressiv bis indifferent und von Vorsicht oder gar Angst geprägt. Bei Wolfgang Heubners Institut jedoch lag die Sache von außen besehen, zumindest für Suchende, sehr viel klarer: von einem gewissen Maß an möglichem individuellen Freiraum konnte ausgegangen werden. Bei Marten Düring findet sich formuliert: „Hilfsnetzwerke hatten ihre Wurzeln in Vertrauensbeziehungen, die in Nischen überleben konnten."[708]

Die Regel, dass die Art und Weise der Führung eines Unternehmens, jeder kleinen Firma oder eines Instituts das vielzitierte Betriebsklima wesentlich definiert, gilt heute wie damals. Das Politische Betriebsklima ist die Brücke, die im Kontext dieser Arbeit Heubners Institut mit der Firma Schering verbindet. Denn es findet sich analog eine Reihe von Hinweisen, dass sich auch Schering auffallend mit einem liberalen Betriebsklima exponierte. Dazu zählte das Festhalten an jüdischen Vorständen und Aufsichtsräten bis zum letztmöglichen Moment ebenso wie die (interne) Untersagung des Hitlergrußes sowie einige kleine und größere Signale mehr. All dies wurde selbstverständlich von der Umwelt wahrgenommen. Was die Konzern- oder Abteilungsleitung nach außen hin vorgab, konnte als Indiz für die Art des Politischen Betriebsklimas interpretiert werden. Bei aller, wie bereits einschränkend bemerkt, gebotener Vorsicht vor allzu pauschalen Aussagen über den damaligen Großkonzern, dessen Handeln im Nationalsozialismus längst nicht umfassend aufgearbeitet worden ist, lässt sich zumindest für einige Teilbereiche und Abteilungen doch am Bild eines besonderen Arbeitgebers in der NS-Zeit festhalten. Von damals angestellten Zeitzeugen wie Walter Seitz als „Insel" bezeichnet, stellte gerade seine Abteilung Menschen mit dem Wissen um deren „Webfehler" oder eindeutig antinationalsozialistische Grundeinstellungen ein und schaffte so wiederum ungewöhnliche Spielräume für deren weitergehendes Handeln. Gerade in größeren Organisationen bedurfte es Einzelner, die als Impulsgeber für dieses Betriebsklima standen und es in die Praxis umsetzten. Bei Schering war dies neben anderen Walter Schoeller, der mit einigen „Schutzanstellungen" Fakten schaffte und damit letztlich zur weiteren Verstetigung eines liberalen Klimas in der medizinisch-wissenschaftlichen Abteilung sorgte.

Sowohl für Heubners Pharmakologisches Institut wie für die Firma Schering gilt hierbei allerdings: sie als Hort des Widerstandes zu bezeichnen, würde der Komplexität nicht gerecht. Die hier dargestellte Offenheit im Betriebsklima schloss beispielsweise auch die notwendige Integration von überzeugten Nationalsozialisten mit ein – von ihrem Selbstverständnis her ebenso wie allein aus der Notwendigkeit heraus, nicht zu stark ins Visier der Machthaber zu

[708] Düring, Netzwerke, (Klappentext).

geraten. Zudem war es im marktwirtschaftlichen wie wissenschaftlichen Wettbewerb um kluge Köpfe durchaus weitsichtig, auch unangepassten Persönlichkeiten eine Perspektive zu bieten.

Vor diesen Hintergründen lassen sich auch die zahlreichen personellen Querverbindungen erklären, die bei der Recherche zutage traten. Als theoretische Grundlage ließe sich hierbei der Milieubegriff anwenden, der als Teil einer Regional- und Alltagsgeschichte persönliche Handlungs- und Bezugsräume abgrenzt. Auch wenn es keine belegte direkte Zusammenarbeit der Firma Schering mit Wolfgang Heubner gegeben hat, so sind doch beide im pharmazeutischen Spektrum (forschend und produzierend) zu verorten, das wiederum einem medizinisch-naturwissenschaftlichen Umfeld untergeordnet ist. Es kann davon ausgegangen werden, dass zumindest in diesem akademischen Umfeld Schering und Heubner als über der NS-Ideologie stehende, zumindest aber als vergleichsweise liberale Arbeitgeber bekannt waren und sich dieses Wissen im Verlauf der NS-Herrschaft weiter verfestigte. Auf diese Weise lässt sich die Zahl der „Vorbelasteten", die bei Schering Aufnahme fanden, ebenso erklären wie der Ruf Wolfgang Heubners als der eines integren Vermittlers und Helfers, an den man sich im Vertrauen wenden konnte. Die Aktionen von Walter Seitz und seinen Gleichgesinnten sind in genau diesem Kontext zu verorten. Die folgende Abbildung zeigt noch einmal in komprimierter Form die zahlreichen Querverbindungen sowie Hilfs- und Unterstützungsleistungen auf (Abb. 7). Und letztlich schließt sich hier auch der Kreis zu Arthur Nicolaier: Am Ende waren es die Bemühungen der Firma Schering und von Wolfgang Heubner, in die er alle Hoffnungen legte. Wie sich zeigt, stand dahinter viel mehr als nur eine Person und eine Institution.

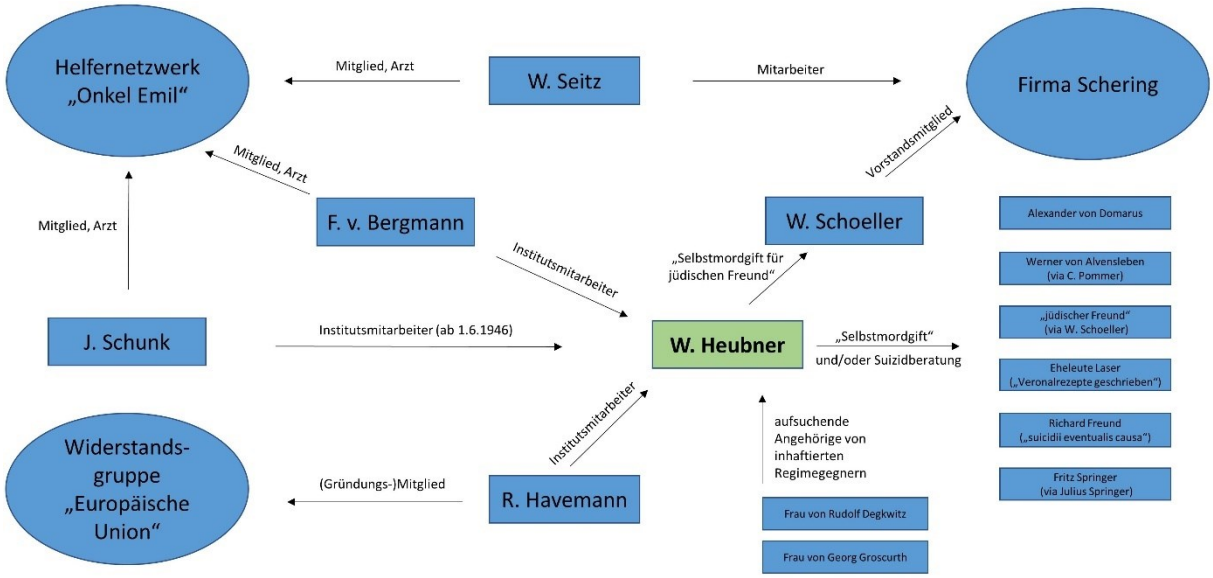


Abbildung 7: Hilfsnetzwerke mit Verbindungen zu Wolfgang Heubner

IV. Das Lebensende Arthur Nicolaiers

Nach der kurzen Vorstellung von Arthur Nicolaier zu Beginn dieser Arbeit folgten die inhaltlichen Ausführungen zum Phänomen der Verfolgungssuizide, zur ärztlichen Mitwirkung, zur Einordnung in die Widerstandsdiskussion und die Thematik der Helfernetzwerke. Abschließend kehrt nun der Blick auf Arthur Nicolaier, und damit den „Einzelfall" im großen Ganzen zurück: Wie lebte er seit der Machtübernahme in Berlin? Welche Einschränkungen brachte der stetig zunehmende Verfolgungsdruck für ihn mit sich? Vor allem aber: Wann reifte der Entschluss für einen Suizid im Fall der Fälle? Gab es überhaupt einen solchen Entschluss? Und was tat Arthur Nicolaier darüber hinaus, um den Anordnungen der NS-Behörden Folge zu leisten oder aber, sich zu widersetzen? Dies sind nur einige wenige ausformulierte Fragen an die Rekonstruktion seiner letzten Lebensjahre mittels der überlieferten Briefe und anderer Quellen. Alle Überlegungen endeten mit dem Suizid im August 1942 – und viele der Aspekte, die im Vorfeld für Arthur Nicolaier relevant werden, spielen sich vor der zuvor beschriebenen großen Folie ab. Sie zeigen hier nun am Einzelbeispiel ihre Konsequenzen für den Alltag des Verfolgten auf.

Der 30. Januar 1933 und die mit diesem Datum verbundene Machtübernahme der Nationalsozialisten bedeutete auch für Arthur Nicolaier eine tiefgreifende Zäsur. Obwohl keine privaten Zeugnisse aus diesem Jahr überliefert sind, die Hinweise auf die subjektiven Eindrücke und Empfindungen geben könnten, sprechen die überlieferten Dokumente der Folgezeit eine deutliche Sprache. Für die Einordnung dieser Zäsur kommt der Lebensphase Arthur Nicolaiers, genauer: seinem fortgeschrittenen Alter, eine besondere Bedeutung zu. Im Unterschied zu Verfolgten im Kindheits- oder Jugendalter, wo durch die nachfolgenden Ereignisse ganze Lebenswege determiniert wurden, im Unterschied zur großen Spanne des „mittleren Alters", in der komplette Neuorientierungen und -anfänge erzwungen wurden, erfolgte der Bruch in Nicolaiers Biografie gegen Ende eines „gelebten Lebens", mit über 70 Jahren.

Die Wahrnehmung der ab 1933 einsetzenden Repressionen – die individuelle „Verfolgungserfahrung" – ist ebenso wie die daraus abgeleiteten Konsequenzen untrennbar mit der jeweiligen Lebensphase verbunden: genommene Entwicklungschancen für Kinder und Jugendliche, Berufsverbote und Existenzbedrohung oder eben nachträgliche Diskreditierung und Zerstörung ganzer Lebensläufe. Gerade letztgenannte Auswirkungen – die Konfrontation mit einer Abwertung der Lebensleistungen – waren typisch für diejenigen Menschen, die am Ende ihres Berufslebens standen oder bereits darauf zurückblicken konnten. Die existentielle Frage nach einer möglichen Emigration war ebenfalls eng verknüpft mit der jeweiligen

Lebensphase. Wie realistisch waren, nach dem Verlassen des Heimatlands, die Chancen für einen Neuanfang in einem anderen Land, zumeist auf einem fremden Kontinent? Nichts deutet darauf hin, dass Arthur Nicolaier diese Option ins Auge gefasst hätte. Auch in dieser Frage steht sein Fall exemplarisch für die Gruppe derjenigen Verfolgten, für die, ganz abgesehen von den körperlichen Strapazen aufgrund des Alters und den notwendigen finanziellen Voraussetzungen, noch andere Faktoren für einen Verbleib im Land entscheidend waren, wie zum Beispiel eine tiefe Verwurzelung und Verbundenheit mit der Heimat.[709]

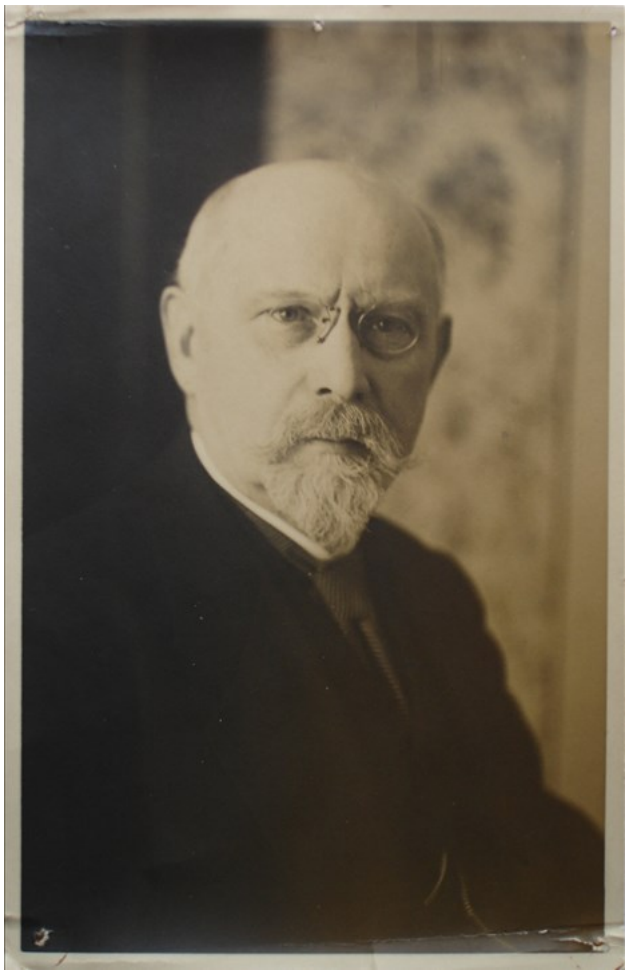


Abbildung 8: Arthur Nicolaier, Weihnachten 1921.[710]

[709] Zu den Emigrationen vgl. weiterführend zum Beispiel Bergmann, Katharina, Jüdische Emigration aus München: Entscheidungsfindung und Auswanderungswege (1933-1941), Berlin, Boston 2022, sowie mit Blick auf die ärztliche Berufsgruppe Villiez, Anna von, Emigration jüdischer Ärzte im Nationalsozialismus, in: Beddies/Doetz/Kopke (Hrsg.), Jüdische Ärztinnen und Ärzte im Nationalsozialismus, S.190-202.

[710] Portraitaufnahme aus Familienalbum, Privatbesitz Familie Blumenthal.

Nach einer Heranführung an die „Wende“ 1933 – die Beobachtungen anlässlich seines 70. Geburtstages im Jahr 1932 lassen den Bruch im folgenden Jahr noch deutlicher erscheinen – soll anschließend dargestellt werden, wie sich die zunehmende Verfolgung und Entrechtung auf das Leben Arthur Nicolaiers in Berlin ausgewirkt hat. Abgesehen von der Zäsur 1933, erfolgte später ein noch existentiellerer Einschnitt: Im Mai 1941 wurde dem 79-Jährigen die Wohnung gekündigt, es wurden ihm nur zwei Wochen Zeit eingeräumt, eine neue Bleibe zu finden und umzuziehen. An diesem Punkt sowie der nachfolgenden Untermiete in einem einzigen Zimmer manifestiert sich die über Jahre schleichend zunehmende Einengung des Lebensraums und spätestens mit dieser neuen Situation – bereits im Zuge der Pogrome 1938 war es zu zahlreichen körperlichen Übergriffen und Morden gekommen – erreichte auch die physische Bedrohung eine neue Dimension. Die im Oktober 1941 einsetzenden Deportationen aus Berlin verschärften die Lage extrem, und aus diesen Gründen rücken hier Nicolaiers letzte Lebensmonate zwischen Mai 1941 und August 1942 in den Fokus. Es werden sowohl der erzwungene Umzug wie auch das neue Umfeld der Untermiete bei der protestantischen Familie des als „jüdischer Krankenbehandler“ bezeichneten Dr. Richard Jacobson rekonstruiert, daneben die zunehmenden Repressionen für Arthur Nicolaier und seine engsten Verwandten, die Familie Blumenthal im niederländischen Exil, thematisiert.

Als Quellengrundlage hierfür wurden zum einen behördliche Anordnungen und für Berlin belegte Maßnahmen herangezogen, die auf Nicolaiers Situation übertragbar sind.[711] Zum anderen erfolgt die Auswertung der erhaltenen Briefe aus der Zeit, die den Blick auf die individuelle Lage ermöglichen. Dies sind in erster Linie Briefe an Carola Ebstein sowie an Otto und Mali Blumenthal,[712] darüber hinaus die Korrespondenz mit der Jüdischen Gemeinde Berlin sowie zahlreiche Notizen. Regelmäßig werden in den Briefwechseln mit der Nichte Carola Ebstein zum Beispiel Vermögensfragen thematisiert, beziehungsweise die Versuche zur Absicherung von Nicolaiers Vermögen vor fremdem Zugriff besprochen, wofür dieser ein erhebliches Maß an Energie aufgewendet haben muss. Begleitend werden die Briefe in Auszügen präsentiert und dabei unter anderem nach der Thematisierung des Suizids als Option des letzten Auswegs gefragt: Wie explizit wird dies ausgedrückt, und lässt sich eine eindeutige Einstellung Arthur Nicolaiers zu dieser Frage erkennen? Daneben sollen die Erkenntnisse vorgestellt werden, die im Zusammenhang mit Rettungsversuchen Dritter stehen. Was hat Nicolaier selbst noch unternehmen wollen und können, um der Deportation möglicherweise zu

[711] Hierzu eignet sich vor allem Wolf Gruners chronologische Sammlung zur Judenverfolgung in Berlin: Gruner, Judenverfolgung in Berlin 1933-1945.

[712] Einige Briefe aus der Korrespondenz mit Mali und Otto Blumenthal wurden bereits in Felsch, Otto Blumenthals Tagebücher, publiziert.

entgehen, und: Wer setzte sich aus welchen Gründen für ihn ein? Hier werden die aus diesem Grund zuvor ausführlich beschriebenen Akteure – der Pharmakologe Wolfgang Heubner sowie die Firma Schering – relevant. Es folgen der Suizid Nicolaiers am 29. August 1942, die Umstände am Tag selbst sowie die Auswirkungen auf die Behandlung seines Vermögens über den Tod hinaus. Die Rezeption des Forschers Arthur Nicolaier und seiner wissenschaftlichen Leistungen nach 1945 bilden den Abschluss des Kapitels.

1. Die Zäsur 1933 und die Folgen

1.1 „Dem Tetanus-Entdecker" – 70. Geburtstag und 50 Jahre Entdeckung 1932-1934

Am 4. Februar 1932 beging Arthur Nicolaier seinen 70. Geburtstag. Im Blumenthal'schen Besitz befindet sich noch ein Brief an Otto und Mali, in dem er recht ausführlich über diesen Tag berichtet und darüber hinaus eine, wenn auch kurz gehaltene, „Rückschau" auf sein Leben vornimmt – eine seltene Passage persönlicher Reflexion:

Berlin W62 12. Februar 1932

Lieber Otto, liebe Mali

Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich erst heute meinen Dankesbrief schreibe, aber ich hatte einige Briefe dieser Art zu erledigen die mir nicht recht gelegen haben und die ich erst hinter mir haben wollte, ehe ich die mir sympathischen Briefe schreibe. Also vor allem meinen herzlichen Dank für Eure guten Wünsche zu meinem 70. Geburtstage. Jeder der dieses Alter erreicht wird wohl, wenn er dazu noch imstande ist, an diesem Tage einen Rückblick auf seine lange Lebenszeit werfen und Abrechnung halten. Wenn ich das tue, so kann ich nur sagen, daß ich ganz zufrieden sein kann. Mir ist es immer gesundheitlich und auch materiell gutgegangen, und wenn sich jetzt auch die Altersbeschwerden melden, so sind sie doch bei regelmäßiger und häuslicher Lebensweise, die notwendige Voraussetzung ist, (…?) noch erträglich. Besonders erfreulich ist für mich, daß ich mich noch beschäftigen kann und infolge dessen keine Langeweile habe. Wenn ich auch in meiner akademischen Laufbahn auf der unteren Stufe stehen geblieben bin, was wohl nicht ganz meine Schuld ist, so habe ich doch die Genugtuung, daß ich [sic] unter dem wenigen, was ich geleistet habe, doch Arbeiten sind, die einen dauernden Wert haben und deren Ergebnisse vielen Millionen Menschen zugute gekommen sind: dabei denke ich nicht nur an das Urotropin, sondern

auch über [sic] die Arbeiten über Atophan und den Tetanusbacillus. Denn auf sie gründet sich die Behandlung der Gicht und des Rheumatismus u.s.w. mit Atophan und die Serumtherapie des Tetanus. Wenn auch diese bei ausgebrochnem Wundstarrkrampf meist zu wünschen übrig läßt, so ist doch die prophylaktische Behandlung mit dem Serum wirksam und auf Grund der ausgedehnten Erfahrungen im Weltkriege als Vorbeugungsmittel allgemein anerkannt, sodaß Gerichte Aerzte, die bei Verunreinigung der Wunde mit Erde oder der Möglichkeit dieser, eine prophylaktische Behandlung mit Serum unterlassen haben, verurteilen, wenn bei ihr[en] Patienten der Tetanus zum Ausbruch gekommen ist[.][713]

Aus dieser Rückschau tritt zum einen deutlich zutage, dass auch Arthur Nicolaier selbst die wiederholt genannte Entdeckung des Tetanus-Erregers sowie die Entwicklungen von Urotropin und Atophan offensichtlich als seine „Lebensleistungen" ansah, was ihn mit „Genugtuung" erfüllte und sowohl in zeitgenössischer Betrachtung als auch vom heutigen Standpunkt aus gestützt werden kann. Besonders interessant erscheint davon abgesehen die Bemerkung, im Bereich der akademischen Karriere „auf der unteren Stufe stehen geblieben" zu sein, wobei sich hieraus nicht ableiten lässt, ob – und in welchem Maße – er damit Bitterkeit verband. Mehr noch aber lässt der Zusatz („was wohl nicht ganz meine Schuld ist") aufhorchen. Fest steht: Nicolaier betrat als jüdischer Privatdozent in der Medizin das akademische Terrain Berlins zu einer Zeit, für die heute eine systematische konfessionelle Benachteiligung belegt ist.[714] Erst im Jahr 1921, kurz vor seinem 60. Geburtstag, durfte er sich offiziell „außerordentlicher Professor" nennen – wenige Monate nach seinem Austritt aus der Jüdischen Gemeinde. Ein Ordinariat blieb ihm demgegenüber zeitlebens verwehrt.

Nach dem Rückblick berichtet Nicolaier weiter von seinem Geburtstag, von Geschenken – so erwähnt er beispielsweise 50 Tulpen von seinem Wirt und dessen Vater, die er unentgeltlich behandelt hatte – sowie Glückwünschen und lässt dabei durchblicken, dass er den Tag nicht zu Hause verbracht hatte, um einem möglichen Geburtstagstrubel zu entfliehen. Offenbar kam es hierzu ohnehin nicht, seine Berichte über den Umfang an Gratulationen oder Geschenken lassen offen, ob es sich eher um Understatement oder Enttäuschung handelt. Zumindest ergibt sich ein ambivalentes Bild, wenn er schreibt: *„[S]chriftliche bzw. telegraphische Wünsche waren auch nicht reichlich, darüber wunderte ich mich nicht, denn ich*

[713] Auszug aus dem Brief an Otto und Mali Blumenthal vom 12. Februar 1932, Privatbesitz Familie Blumenthal.

[714] Vgl. hierzu weiterführend zum Beispiel die Untersuchung zu jüdischen Hochschullehrern von Ebert, Andreas, Jüdische Hochschullehrer an preußischen Universitäten (1870-1924). Eine quantitative Untersuchung mit biografischen Skizzen, Frankfurt/M., 2008.

kümmere mich ja auch nicht um die Menschen, es war mir auch so ganz recht.", um schließlich zu resümieren: *„Also mein 70. Geburtstag ist, so wie ich es mir gewünscht habe, still verlaufen."* An Gratulanten werden weiterhin genannt die Berliner Ärztekammer, der Vorstand von Schering-Kahlbaum und auch Max Dohrn, *„mit dem ich 20 Jahre verkracht war."* So unspektakulär Glückwünsche zum Geburtstag scheinen mögen, auch sie können wertvolle Hinweise liefern – besonders in diesem Fall, wo doch kaum Quellen aus den Berliner Jahren bis 1933 existieren. Demnach bestand im Jahr 1932 also noch eine Verbindung sowohl zu Schering als auch zum ehemaligen Atophan-Mitstreiter Max Dohrn – bei Letzterem ist Nicolaiers Bemerkung zufolge von einer etwa 20-jährigen „Funkstille" auszugehen, was nicht ohne Belang ist, wird doch Max Dohrn einer der wenigen Menschen sein, die sich zehn Jahre später zu Nicolaiers Bestattung einfinden. Auch der Hinweis auf den einzigen Besuch am Abend („Alexanders"), als Nicolaier von seinem Ausflug zurückgekehrt war, erscheint aufschlussreich: Den Berliner Adressbüchern zufolge handelte es sich mit großer Wahrscheinlichkeit um den Zahnarzt Dr. Alfred Alexander und dessen Frau Emmy. Fünf Jahre lang hatten Nicolaier und Alfred Alexander im selben Haus (Rankestraße 26) gewohnt und praktiziert.[715] Da Nicolaier bereits 1918 in die Lutherstraße umgezogen war, ist von einer engeren Bekanntschaft auszugehen.[716] Ebenso verhält es sich mit „Frau Schoenfliess", deren Besuch erwähnt wird und bei der es sich um Emma Schoenflies (1868-1939) handeln dürfte, der Witwe des Mathematikers Arthur Schoenflies (1853-1928). Die Verbindung könnte noch aus Nicolaiers Göttinger Zeit herrühren, von 1891 bis 1899 war Schoenflies dort Lehrstuhlinhaber für Angewandte Mathematik und am Ende seiner wissenschaftlichen Laufbahn (1922) Rektor der Universität Frankfurt.[717] Durch den Mathematiker Blumenthal hatte Nicolaier zumindest indirekt Verbindungen zu diesen Kreisen. Ein Foto aus dem Jahr 1922, aufgenommen am 60. Geburtstag von David Hilbert (1862-1943), der als einer der bedeutendsten Mathematiker seiner Zeit angesehen wird und ebenfalls in den 1890er Jahren nach Göttingen gekommen war, stützt die Vermutung dieser Verbindung. Hierauf sind unter

[715] Die Adressbücher verzeichnen den Zahnarzt Alfred Alexander zum ersten Mal 1913 in der Rankestraße 26, später dann auch Emmy Alexander als Eigentümerin. Beide werden durchgängig bis 1938 erwähnt, danach verliert sich die Spur. Weitere Informationen zu den Personen konnten nicht in Erfahrung gebracht werden. Die Digitalisate der Adressbücher können für fast alle Jahrgänge zwischen 1799 und 1970 online eingesehen werden, allgemeine Zitation: Berliner Adreßbuch für das Jahr…. Unter Benutzung amtlicher Quellen, Berlin 19…, https://digital.zlb.de/viewer/berliner-adressbuecher/ [20.09.2023].

[716] Zusätzlich zu dem Besuch der Alexanders am Abend erwähnt Nicolaier auch ein üppiges Geschenk: einen „Korb mit 2 Schneehühnern, Äpfeln, Ananas, Rotwein und Sekt".

[717] Biografie A. Schoenflies

anderen Emma Schoenflies, Otto Blumenthal – der Hilberts erster Doktorand gewesen war[718] – sowie Nicolaiers Neffe Erich Ebstein und vermutlich Wolfgang Heubner zu erkennen.[719]
Für die engen Verbindungen spricht weiterhin, dass Otto Blumenthal zu David Hilbert, der nur wenige Tage älter als Nicolaier war, eine lebenslange intensive Freundschafts- und Arbeitsbeziehung pflegte – unter anderem gaben die beiden gemeinsam die „Mathematischen Annalen“ heraus.[720]Auch der Pharmakologe Wolfgang Heubner war am 23. Januar 1922 auf dem „sehr schöne[n] Fest im Hilbertschen Hause“ zugegen, wie aus seinem Tagebuch hervorgeht.[721] Demnach besuchte er Hilbert persönlich anlässlich seines Geburtstages noch öfter, 1929 erwähnt er auch Otto Blumenthal und dessen Schwester Anna Storm und berichtet ebenso vom 70. Geburtstag im Januar 1932.[722] In Heubners Tagebüchern findet sich darüber hinaus der Eintrag über einen Besuch in Aachen, wo er bei Blumenthals zu Gast war. Am 9. April 1926 notiert er:

> *„Nach Tisch in der Stadt, das herrliche Rathaus und Dom von aussen besichtigt. Später zu Prof. Blumenthal und Frau Mali (gebor. Ebstein), wo ich sehr nett aufgenommen wurde, auch v. Karman traf, ebenso Sanitätsrat Dr. Kirsch, der die - nebenan liegende - alte Frau Ebstein behandelte und Vater einer Göttinger Schülerin von mir war. Abends mit Blumenthals zum Theater gefahren: […].“*[723]

Auch wenn sich aus den Tagebucheinträgen keine tiefere Verbindung ableiten lässt: Volkmar Felsch schreibt, dass Wolfgang Heubner durch seine Göttinger Jahre (1908-1929) mit der Familie Ebstein bekannt war. Auch im Nachlass Ebstein findet sich ein Hinweis hierauf. Wilhelm Ebstein formuliert in einem Brief an seinen Sohn Erich aus dem Jahr 1908: „Heubner ist verheiratet, anscheinend pauper. Vielleicht ist er da weniger frech.“[724]

Trotz aller Beteuerungen, kein Aufhebens um seinen Geburtstag haben zu wollen, beobachtete Nicolaier also genau, wer ihn in welcher Form bedachte. So erwähnte er auch eine kurze Mitteilung in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“, die jedoch lediglich in einer Form erschien, wie sie auch bei praktischen Ärzten üblich war,[725] was er knapp

---

[718] Vgl. Felsch, Otto Blumenthals Tagebücher, S. 19.
[719] Das Foto entstand anlässlich des 60. Geburtstages David Hilberts 1922 in Göttingen. Es darf aufgrund der ungeklärten Urheberschaft hier nicht veröffentlicht werden, ist aber online einsehbar: Oberwolfach Photo Collection, Photo ID: 12584.
[720] Mehr zur Verbindung Blumenthals mit David Hilbert bei Felsch, Otto Blumenthals Tagebücher.
[721] TB Heubner, 23. Januar 1922.
[722] TB Heubner, 23. Januar 1932.
[723] TB Heubner, 9. April 1926.
[724] NL Ebstein, K 22, „Briefe an seinen Sohn Erich 1908-1909“, Bl. 18, Brief vom 17.7.1908.
[725] Dort heißt es schlicht: „a.o. Prof. Artur [sic!] Nicolaier (Innere Medizin) feierte am 4. II. seinen 70. Geburtstag.“ Deutsche Medizinische Wochenschrift, 7, 58 (1932) S. 268.

kommentierte: *„Von ihr [der Zeitschrift, d. V.] hätte ich mehr erwartet."* Außerdem beauftragte er im Stile eines heutigen Pressespiegels ein Zeitungsbüro damit, Ausschnitte zu sammeln, in denen sich sein 70. Geburtstag niederschlug. Diese Ausschnitte hatte Nicolaier Otto und Mali Blumenthal ebenfalls zukommen lassen, sie sind gemeinsam mit dem Brief erhalten geblieben und zeugen durchaus von einer verbreiteten Würdigung. In zahlreichen größeren Städten des deutschsprachigen Raums erschienen in den Zeitungen Meldungen anlässlich seines Ehrentages – den erhaltenen Ausschnitten zufolge in Berlin, München, Breslau, Münster, Leipzig, Hamburg, Frankfurt am Main und Wien –,[726] wobei sowohl kurze wie auch ausführlichere Mitteilungen abgedruckt worden waren. Während es manche Blätter wie das Neue Wiener Journal bei einer bloßen Notiz beließen *(„Der Berliner Internist, Universitätsprofessor Dr. Arthur Nicolaier, feierte gestern den 70. Geburtstag."*[727]), befassten sich andere in ganzen Abschnitten mit den wissenschaftlichen Leistungen und seiner Laufbahn. Die Vossische Zeitung zum Beispiel übertitelte einen solchen mit „Der Entdecker des Tetanus-Bazillus" und ging sowohl auf die Entdeckung selbst als auch auf die darauf aufbauende Serumentwicklung durch Emil von Behring und Shibasaburo Kitasato ein, die die Wundstarrkrampf-Prophylaxe ermöglicht hatte. Des Weiteren wurden die Arbeiten über Harnsteine und harnlösende Mittel, die „Einführung des Urotropins und später des Atophans in die Therapie"[728] sowie die Ernennung zum außerordentlichen Professor 1921 erwähnt.[729] Dieser und weitere Artikel markieren einmal mehr, analog zu Nicolaiers eigener Einschätzung, die „Meilensteine" seines Wirkens. Diese finden sich entlang der Linie Tetanus – Urotropin – Atophan und bestätigen damit in gewisser Weise die danach entstandene „Lücke", was das wissenschaftliche Wirken angeht und die auch die Recherchen nicht zu füllen vermochten. In diesem Zusammenhang ist weiterhin erwähnenswert, dass Anfang 1932 eine neue, eigenständige Publikation erschien, die Nicolaier als Arbeit, die „bereits gedruckt" sei, ebenfalls in besagtem Brief erwähnt. Dieser umfangreiche Beitrag von 45 Seiten über Konkrementbildung weist den 70-Jährigen als produktiven und weiter wissenschaftlich tätigen, forschenden Geist aus. [730]

---

[726] Erhaltene Ausschnitte folgender Blätter liegen vor (alle 1932): Vossische Zeitung (Berlin) vom 3. Februar, Berliner Tageblatt vom 3. Februar, Münchener Neueste Nachrichten vom 7. Februar, Schlesische Volkszeitung (Breslau) vom 4. Februar, Münsterischer Anzeiger vom 7. Februar, Leipziger Neueste Nachrichten vom 4. Februar, Hamburger Fremdenblatt vom 3. Februar, Frankfurter Zeitung und Handelsblatt vom 3. Februar, Neues Wiener Journal vom 5. Februar sowie als Fachblätter die Deutsche Medizinische Wochenschrift vom 12. Februar und die Medizinische Wochenschrift vom 13. Februar.

[727] Neues Wiener Journal vom 5. Februar 1932.

[728] Vossische Zeitung, Berlin. Abendausgabe vom 3. Februar 1932.

[729] Vgl. ebd.

[730] Vgl. Nicolaier, Arthur: Untersuchungen über Konkrementbildung, Zeitschrift für die gesamte experimentelle Medizin einschließlich der experimentellen Chirurgie, 81, 1, (1932), S. 435-480.

Die nächsten beiden erhaltenen Briefe, die an Mali Blumenthal gerichtet waren, stammen aus dem Jahr 1934 und umrahmen somit gemeinsam mit dem oben genannten Schreiben einen Zeitraum von mehr als zwei Jahren, der mit gravierenden politischen und gesellschaftlichen Veränderungen und ersten unmittelbaren Auswirkungen auf Nicolaiers Lebenssituation einherging. Die beiden Briefe haben jeweils spezielle Ereignisse zum Anlass und bieten einen hohen Informationsgehalt: im ersten Brief aus dem Mai 1934 bringt Arthur Nicolaier seine Freude über den Besuch des damals 20-jährigen Blumenthal-Sohnes Ernst bei ihm in Berlin zum Ausdruck und befasst sich mit dem Charakter des jungen Mannes; der zweite Brief vom 18. Dezember gibt wiederum mehr Einblicke in seinen Alltag. Darin berichtet er unter anderem über den Stand der Vorbereitungen für seinen Umzug, der im folgenden Frühjahr stattfinden und ihn in die Prager Straße Nr. 2 (im Stadtteil Wilmersdorf) führen würde. Nicolaier geht fest davon aus, dass er nach dem dort abgeschlossenen Umbau seine Möbel sämtlich mitnehmen kann, was darauf schließen lässt, dass sich seine Wohnsituation und die Größe der Wohnung zu diesem Zeitpunkt nicht, zumindest nicht wesentlich verschlechtert haben dürften. In den Unterlagen findet sich eine Skizze der neuen Wohnung (ohne Datum): demnach hatte Nicolaier 6 ½ Zimmer zur Verfügung und es existierte ein eigenes Zimmer für seine Haushälterin Jenny Holst, die somit weiterhin an seiner Seite blieb. Auch die „Nürnberger Gesetze“ vom 15. September 1935 änderten daran zunächst aus Altersgründen nichts.[731] Der Hintergrund für den Auszug im Frühjahr 1935 aus der Lutherstraße Nr. 9, wo die beiden seit 1918 gewohnt hatten, ist nicht bekannt.

Des Weiteren schreibt Nicolaier an Mali Blumenthal, dass sich in jenen Tagen die Publikation seiner Tetanus-Erkenntnisse zum 50. Mal jährt, und er berichtet über auswärtiges Interesse im Zusammenhang mit diesem Anlass:[732]

> *Am 25 d/lM sind seit meiner Veröffentlichung meiner Tetanusarbeit 50 Jahre vergangen. Ein mir bis dahin unbekannter Medizinhistoriker, der eigentlich Chemiker ist und viel über physiolog. Chemie gearbeitet hat, hat wie für andre Infektionskrankheiten, so auch für den Tetanus, geschichtliche Aufsätze über ihre Aetiologie geschrieben. Ein Sonderabdruck der Arbeit über Tet.[anus] folgt anbei. Du kannst ihn behalten. Der Untertitel fehlt in der Wochenschrift, die Arbeit sollte nach Absicht des Verfassers erst etwas später mit diesem Untertitel erscheinen, aber die Redaktion hat anders beschlossen.[733] Etwa gleichzeitig mit*

[731] Dem dortigen §3 zufolge wurde es Juden untersagt, nicht-jüdische Frauen unter 45 Jahren als Haushaltshilfe zu beschäftigen. Jenny Holst, geboren 1868, und Arthur Nicolaier wurden somit aus Altersgründen von diesem Verbot (vorerst) nicht berührt.

[732] Auszug aus dem Brief vom 18. Dezember 1934 an Mali Blumenthal.

[733] Beitrag von E. Darmstaedter (?) in der MMW „Die Erforschung der Tetanus-Aetiologie“ → abklären

dem Erscheinen dieses Artikels bat mich für einen schwedischen Arzt, der die größte medizinische Autographensammlung haben soll,[734] *ein Heidelberger Chirurg,*[735] *der auch eine derartige große Sammlung hat und der Erich [Ebstein] diese für die 2te Auflage der Aerztebriefe zur Verfügung stellen wollte, um ein Autogramm von mir. Den Dankesbrief füge ich bei. Du kannst ihn behalten. In den abgelaufenen 50 Jahren bin ich nun nicht durch „sg[?]Anerkennungen" verwöhnt worden. Nur von der New Yorker Staatsbibliothek (ich glaube so hieß sie) bin ich vor einer Reihe von Jahren um eine[n] Sonderdruck meiner Arbeit und dann von Darmstädter – Berlin um ein Autogramm für seine Sammlung bei der Preuß. Staatsbibliothek gebeten worden.*[736]

Bei dem erwähnten schwedischen Arzt handelte es sich um Erik Waller (1875-1955), dessen Dankesschreiben aus Lidköping erhalten und auf den 14. November 1934 datiert ist:

Sehr geehrter Herr Professor!

Durch Prof. G.B. Schmidt in Heidelberg habe ich die grosse Freude gehabt für meine Sammlung von Autographen berühmter Ärzte Ihr [sic] eigenhändige [sic] Bericht über Ihre grosse Entdeckung zu erhalten.

Es ist mir eine angenehme Pflicht Ihnen, verehrtester Herr Professor, für Ihre grosse Liebenswürdigkeit meinen tiefempfundenen herzlichen Dank zu sagen.

Sie können versichert sein, dass das Dokument von mir – und ich hoffe auch nach mir – mit aller Pietet [sic] bewahrt werden soll. […].

In vorzüglicher Hochachtung

Ihr immer dankbarer

Erik Waller.

Ausgehend von dieser durch die Briefe dokumentierten Verbindung konnten weitere Schriftstücke ausfindig gemacht werden, die heute in Schweden archiviert sind. Die nach jenem Erik Waller benannte „Bibliotheca Walleriana" an der Universität Uppsala, eine der weltweit größten Sammlungen medizinhistorischer Werke, beherbergt nach eigenen Angaben etwa 20.000 Titel und 38.000 Autographen und Handschriften.[737] Über die frei zugängliche

[734] Waller Collection, benannt nach dem schwedischen Arzt und Sammler Erik Waller (1875-1955) aus Lidköping.
[735] Georg Benno Schmidt (1860-1935)
[736] Die „Sammlung Darmstaedter" in der Berliner Staatsbibliothek geht zurück auf den Chemiker und Wissenschaftshistoriker Ludwig Darmstaedter (1846-1927).
[737] https://www.alvin-portal.org/alvin/home.jsf?dswid=-1027 [02.03.2024].

Datenbank lässt sich in der Handschriftensammlung Nicolaiers eigenhändiger Bericht über die Entdeckung des Tetanus-Erregers finden, abgefasst auf einer Seite in akkurater Schönschrift, datiert auf den 23. Oktober 1934.[738] Darüber hinaus ist die Korrespondenz zwischen Waller und dem Heidelberger Chirurgen Georg Benno Schmidt (1860-1935) einsehbar, bei dem sich Waller nach einer Adresse erkundigte, um mit Nicolaier Kontakt aufnehmen zu können.[739]

Nicolaier wiederum äußert sich zwar in dem Brief an Mali Blumenthal nicht explizit darüber, welche Bedeutung er dem von außen zugetragenen Interesse persönlich beimaß. Doch abgesehen von der Bemerkung, er sei diesbezüglich in den vorangegangenen fünf Dekaden „nicht […] verwöhnt worden" – bei dem Wort „Anerkennungen" verwendet er im Übrigen zum ersten und einzigen Mal in allen erhaltenen Briefen Anführungszeichen – kann sicher von einer gewissen Genugtuung ausgegangen werden. Vor allem mit Blick auf den zeitlichen Kontext drängt sich diese Einschätzung auf, war Nicolaier doch erst ein gutes Jahr vorher von der Berliner Universität „entfernt" worden. Neben der diskriminierenden Entlassung aufgrund einer „nicht arischen" Abstammung implizierte der entwürdigende Vorgang zugleich eine Nichtanerkennung wissenschaftlicher Leistungen, gar die Negation eines ganzen Forscherlebens. In welcher Ausprägung Arthur Nicolaier diese Bedrohung Ende des Jahres 1934 wahrnahm, wird nicht mehr im Detail zu ergründen sein. In der Waller-Sammlung befinden sich neben dem erbetenen Autograph zur Tetanus-Entdeckung vier Sonderdrucke Nicolaiers, darunter seine wichtigsten medizinischen Veröffentlichungen. Abgesehen von einer Festschrift anlässlich des 25-jährigen Professoren-Jubiläums von Wilhelm Ebstein – und einem darin enthaltenen Beitrag über Urotropin – sind die (anderen) Sonderdrucke mit persönlicher Widmung versehen.[740] Bemühte sich hier der Wissenschaftler Nicolaier aktiv darum, das Andenken an seine Arbeit zu bewahren, sein Lebenswerk zu sichern in einer Situation, in der er dieses zunehmend als bedroht empfand? Oder war das Überlassen der Arbeiten „nur" ein freundlicher Austausch unter Kollegen aus beidseitigem Interesse? Fest steht lediglich, dass die Sonderdrucke nicht vor 1935 an Wallers Sammlung gegangen sein können, da es sich bei der Korrespondenz von Ende 1934 um den ersten Kontakt gehandelt hatte.

[738] Memorandum, 23.10.1934, https://www.alvin-portal.org/alvin/view.jsf?pid=alvin-record:49459 [02.03.2024].

[739] Schmidt wusste offenbar um die enge Verbindung zu Wilhelm Ebstein und verwies ihn daraufhin an Carola Ebstein. Die erwähnten Schriftstücke sind im oben erwähnten Alvin-Portal als Scans abrufbar.

[740] So vermerkt und katalogisiert in der Aufstellung „Erik Waller's Collection of Off-Prints", Nr. 2592-2595, http://uu.diva-portal.org/smash/record.jsf?pid=diva2%3A480841&dswid=-1720 [02.03.2024]. Bei den Sonderdrucken handelt es sich außer dem erwähnten Urotropin-Beitrag um den Aufsatz zur Entdeckung des Tetanus von 1884, um den Beitrag „Tetanus, Starrkrampf" in Ebsteins „Handbuch der praktischen Medicin" sowie um seinen Aufsatz über den Kopftetanus.

1.2 Entzug der Lehrbefugnis

Ein Jahr zuvor war das Ende des Forscherlebens, das Arthur Nicolaier noch an seinem 70. Geburtstag hatte Revue passieren lassen und zur gleichen Zeit mit einer neuen Publikation fortsetzte, von außen eingeleitet worden. Da keine Selbstzeugnisse aus dem Jahr 1933 überliefert sind und damit zugleich Äußerungen Nicolaiers zur Machtübernahme der NSDAP wie auch zu etwaigen ersten persönlichen Auswirkungen fehlen, werden im weiteren Verlauf diejenigen Verwaltungsdokumente oder Behördenmaßnahmen näher vorgestellt, die den Beginn von aggressiver Repression und Ausgrenzung markieren und Einfluss auf sein weiteres Leben nahmen.

Der Blick auf den April 1933 lässt vermuten, wie plötzlich und brutal die Maßnahmen der neuen Regierung auf das Leben des 71-Jährigen einwirkten. Die Boykotte jüdischer Geschäfte, Anwaltskanzleien und Arztpraxen am 1. April verdeutlichten, wie ernst es die Nationalsozialisten mit ihrem Angriff auf das jüdische Leben in Deutschland nahmen, teils auch mit physischen Übergriffen. Auf den Boykott folgte drei Wochen später die „Verordnung über die Zulassung von Ärzten zur Tätigkeit bei den Krankenkassen“, die den Entzug der Kassenzulassung für „nichtarische“ Ärzte zur Folge hatte. Auch wenn Arthur Nicolaier hiervon nicht direkt betroffen wurde, da er unter eine Ausnahmeregel fiel (ärztliche Tätigkeit bereits vor 1914), musste er seine ärztliche Existenz bedroht sehen. Noch gravierender traf ihn das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April, das seine Entlassung von der Universität zur Folge hatte und abrupt ein Ende seines „offiziellen“ Forscherdaseins markierte.

Arthur Nicolaier befand sich 1933 im 32. Jahr als Mitglied des Lehrkörpers der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität. Davon war er 20 Jahre lang als Privatdozent tätig, seit 1921 als nichtbeamteter Extraordinarius. Die jeweiligen Vorlesungsverzeichnisse weisen für diesen Zeitraum, wie beschrieben, ohne Unterbrechungen seine Lehrveranstaltungen aus.[741] Im Sommersemester 1933 hielt Nicolaier demnach wie gewohnt seine wöchentliche Vorlesung über Nierenkrankheiten, auch für das folgende Wintersemester ist diese für donnerstags, 18-19 Uhr verzeichnet, was wohl allein der Drucklegung des Vorlesungsverzeichnisses geschuldet war. Denn spätestens nach dem Ende des Sommersemesters 1933 kehrte er nicht mehr in den Hörsaal zurück, die Lehre wurde ihm per Gesetz untersagt, das betreffende Schriftstück vom 14. September 1933 hat Nicolaier aufbewahrt[742]:

[741] Zu Nicolaiers Lehrveranstaltungen in Berlin ab 1901 siehe Verzeichnis der Vorlesungen, Königliche Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin Universitätsbibliothek der HU Berlin, Medizinische Fakultät, 1901-1935, Sign. MiZ 444; mittlerweile auch online einsehbar unter https://digi-alt.ub.hu-berlin.de/ [24.03.2023].

[742] Entzug der Lehrbefugnis vom 14.9.1933, Privatbesitz EW.

„Auf Grund von § 3 des Gesetzes zur Widerherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 entziehe ich Ihnen hiermit die Lehrbefugnis an der Universität Berlin."

Wie für hunderte seiner akademischen Kollegen in Deutschland besiegelte auch hier ein Satz das Ende seiner universitären Laufbahn. Die Vorgänge an den deutschen Universitäten wurden ab den 1980er Jahren verstärkt aufgearbeitet, so auch in Berlin für die Medizin.[743] Über 40 % der Hochschullehrer an der Medizinischen Fakultät, 135 von 331, wurden 1933 und in der Folge entlassen.[744] Michael Grüttner und Sven Kinas konnten im Jahr 2007 darüber hinaus erstmals den reichsweiten Exodus deutscher Wissenschaftler mithilfe einer Bilanzierung zahlreicher Einzelstudien und auf der Basis eigener Recherchen dokumentieren. Sie ermöglicht den Vergleich zwischen verschiedenen deutschen Universitäten, vertieft die Entlassungsgründe und kategorisiert die Schicksale von 901 Wissenschaftlern, von denen 36 Suizid begingen.[745] Wie die anderen zumeist männlichen Kollegen, denen ebenfalls die Entlassung drohte, hatte auch Arthur Nicolaier zuvor einen Fragebogen zu familiärer Abstammung, politischer Zugehörigkeit und anderen Dingen beantworten müssen. Bei seiner Antwort auf die Frage nach Mitgliedschaften in politischen Parteien ist eine Besonderheit festzustellen. Nicolaier verneint die Frage, gibt dann jedoch Auskunft über sein Wahlverhalten: „Gewählt habe ich anfangs für die Deutsche Volkspartei, später für die Deutsche Staatspartei."[746] Hier stellt sich die Frage nach den Gründen dieser (nicht geforderten) freiwilligen Angabe seines Wahlverhaltens. Stellte sie einen Versuch dar, Staatstreue oder Patriotismus auszudrücken, in der Hoffnung, dies würde ihm positiv ausgelegt? Weder eine Reaktion noch ein Vermerk der Verwaltung sind überliefert, Arthur Nicolaier wurde aufgrund seiner jüdischen Abstammung entlassen.

Für die folgenden Jahre fehlen Zeugnisse, die Aufschluss darüber geben könnten, wie Arthur Nicolaier die ersten Phasen der NS-Diktatur erlebte. Wie er die direkten Auswirkungen von Einschränkungen auf ihn wahrnahm, die antijüdischen Repressionen, die nun per jure auch ihn betrafen, wie er die politische Entwicklung verfolgte, die letztlich in den Kriegsbeginn mündete – all das bleibt unbeantwortet. Auszugehen ist hingegen davon, dass sich der älter werdende und ohnehin kaum auf Gesellschaft Wert legende Nicolaier noch mehr in den Schutz

---

[743] Vgl. u.a. Schneck, Peter: Über den Exodus medizinischer Hochschullehrer der Berliner Universität während des deutschen Faschismus (1933-1945), in: Die Charité in der Geschichte der Berliner Medizin (1710-1987). Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, Mathematisch-Naturwissenschaftliche Reihe 36 (Heft 1/2,1987), S. 120-122; Gerstengarbe, Sybille: Die erste Entlassungswelle von Hochschullehrern deutscher Hochschulen aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.1933, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 17 (1994), S. 17-39; Schleiermacher, Sabine und Schagen, Udo (Hrsg.), Die Charité im Dritten Reich. Die Indienstnahme medizinischer Wissenschaft im Nationalsozialismus, Paderborn 2008.

[744] Vgl. Schagen, Wer wurde vertrieben?, S. 64.

[745] Grüttner und Kinas, Die Vertreibung von Wissenschaftlern.

[746] GStA PK, I. HA Rep. 76 (Kultusministerium), Sekt. 2, Tit. IV, Nr. 46, Beih. C, Band 1, Bl. 243. Dank an Sven Kinas für den Hinweis auf die Besonderheit der Auskunft zum Wahlverhalten.

seiner geräumigen Wohnung zurückzog, die er nach wie vor mit seiner Haushälterin Jenny Holst bewohnte.

2. Verlust der Wohnung 1941: erzwungener Umzug

Im Laufe des Jahres 1941 erlangten die Repressalien und Einschränkungen, denen Arthur Nicolaier unmittelbar ausgesetzt war, eine neue Qualität. Für alle Juden und die aufgrund ihrer jüdischen Abstammung Verfolgten setzte in Berlin mit der Zeichnung durch den „Judenstern" im September, dem Ausreiseverbot und schließlich den ersten Deportationen im Oktober eine neue Dimension der Eskalation ein. Arthur Nicolaier bekam diese elementare Bedrohung bereits im Mai zu spüren: im Rahmen der Berliner Wohnungsmarktpolitik unter der Leitung des Generalbauinspekteurs für die Reichshauptstadt (GBI), Albert Speer, wurde er gezwungen, innerhalb kürzester Zeit seine Wohnung zu räumen und von da an alleine zu leben, im Haus der Familie des als „Krankenbehandler" tätigen Arztes Richard Jacobson, in einem Zimmer zur Untermiete. Auch seine Haushälterin musste ihn zu dieser Zeit verlassen.

Die folgenden Abschnitte widmen sich zunächst dem erzwungenen Auszug ab Mai 1941, wobei neben dem institutionellen Rahmen der Vorgang anhand der überlieferten Korrespondenz Nicolaiers mit der Wohnungsberatungsstelle der Jüdischen Kultusvereinigung rekonstruiert werden soll. Nach diesem einschneidenden Erlebnis machte sich Nicolaier, wie gezeigt werden wird, keine Illusionen mehr über die noch kommenden Zeiten und beschäftigte sich intensiv mit der Regelung seines Nachlasses und dem Schutz desselben vor fremdem Zugriff. Neben einer Vielzahl von Stellen aus den erhaltenen Briefen des letzten Lebensjahres, in denen Nicolaier auch erstmals den Suizid als möglichen Ausweg erwähnt, soll auf weitere Aspekte seines Umfeldes eingegangen werden, um dem alltagsgeschichtlichen Ansatz weiter Raum zu geben. Insbesondere die Familie Jacobson, Nicolaiers Vermieter, eröffnen als „protestantische Dissidenten" eine weitere Perspektive auf die Verfolgung und Selbsthilfebemühungen der unterschiedlichen, jüdischen wie christlichen, Gemeinden. So arbeitete die Tochter Ingeborg Jacobson als Sekretärin für das „Büro Pfarrer Grüber", das erst noch legal, später im Verborgenen, die Auswanderung und Flucht „rassisch Verfolgter" unterstützte. Sie wurde später, wie auch ihre Eltern und ihre Schwester, ermordet. In ihrer Gemeinde wurde intensiv über Selbsttötungen als Form der Entziehung diskutiert, hier findet sich ein weiterer Ansatzpunkt für die Kontextualisierung von Arthur Nicolaiers Lebensende im nächsten Kapitel.

2.1 Wohnungsmarktpolitik und Beratungsstelle für die Betroffenen

Zwischen Mai und Juli 1941 wurden in Berlin 1.000 von Juden bewohnte Wohnungen zwangsgeräumt, wovon auch Arthur Nicolaier betroffen war. Die erste Umsiedlungsaktion solchen Ausmaßes war Teil der Wohnungsmarktpolitik für den Berliner Hauptstadtbau unter der Leitung Albert Speers, dem seit 1937 als Generalbauinspekteur für die Reichshauptstadt (GBI) eine gleichnamige Behörde unterstand.[747] Die hausintern „II. Aktion" genannten Räumungen im Mai 1941 waren von der Wohnungsabteilung des GBI auf der Grundlage eigener Karteien und Verzeichnisse verfügt worden, die eigentliche Durchführung – Kündigung der betreffenden Mieter, Hilfe bei der Umquartierung – hatte die Wohnungsberatungsstelle der Jüdischen Kultusvereinigung zu bewerkstelligen.[748] Schon zwei Jahre zuvor hatte das „Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden" einschneidende Konsequenzen: Der Mieterschutz für Juden wurde de facto aufgehoben, Juden durften nur noch bei Juden zur Untermiete wohnen und jüdische Vermieter wurden verpflichtet, nach Anweisung der Behörden andere Juden aufzunehmen.[749] Per Verordnung wurden in Berlin und München, „für die der Führer und Reichskanzler städtebauliche Maßnahmen (…) angeordnet" hatte, etwas später auch die jüdischen Mietverhältnisse bei jüdischen Eigentümern behördlichen Anordnungen unterworfen.[750]

Speers Behörde war zu jenem Zeitpunkt im Jahr 1941 schon länger darum bemüht, Ausgleichswohnraum für diejenigen Berliner zur Verfügung zu stellen, deren Häusern im Rahmen der Neugestaltungspläne für die Reichshauptstadt über kurz oder lang der Abriss bevorstand. Tausende Berliner Juden aus Stadtvierteln, die nicht unter die Neugestaltungspläne fielen, wurden in diesem Zusammenhang aus ihren Wohnungen gedrängt. Spätestens Susanne Willems Arbeit „Der entsiedelte Jude" hat die enge Verzahnung von Speers „Stadtplanung" und der Organisation der ersten Deportationen aus Berlin ab dem 18. Oktober 1941 nachgewiesen. Während die Betroffenen der „II. Aktion" noch in Ersatzquartieren zur Untermiete bei anderen Juden einquartiert worden waren, wurden die gekündigten Mieter aus 5.000 Wohnungen im Rahmen der anschließenden „III. Aktion" sämtlich auf die ersten Deportationszüge verteilt. Dabei waren die Wohnungsräumaktionen aus eigenem Interesse des GBI heraus erfolgt und nicht etwa zur Verschleierung der anstehenden Deportationen

[747] Für die Umsetzung der Wohnungsmarktpolitik Berlins wurde hier die detailreiche Studie von Susanne Willems herangezogen. Vgl. Willems, Der entsiedelte Jude.
[748] Vgl. hierzu und zu allen anderen Angaben die „II. Aktion" betreffend ebd., S. 258ff.
[749] Vgl. „Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden" vom 30. April 1939, RGBl. 1939 I, S. 864
[750] „Verordnung zur Änderung und Ergänzung über Mietverhältnisse mit Juden" vom 10. September 1940, RGBl I, S. 1235, hier zit. §1 Abs. 2

vorgesehen. Ebenso wenig waren von der Gestapo vorbereitete Transportlisten Grundlage für die Räumung dieser 5.000 Wohnungen.[751] Dennoch bereiteten diese Kündigungen das Feld für die weitere Verwaltung der Deportationen durch die Gestapo: „Weil der GBI die Erfassung zur Deportation mit seiner ‚III. Aktion' der Wohnungsräumungen eingeleitet hatte, wurde die Wohnung zur ordnenden Größe und zum maßgebenden Kriterium der Auswahl der zuerst deportierten Berliner Juden"[752], so Willems. Einmal mehr zeigt sich auch hier in der Summe die fatale Effizienz von Verwaltungsmaßnahmen, die ursprünglich nur wenige offensichtliche Verbindungslinien aufwiesen.

In diese Zeit fällt Arthur Nicolaiers erster belegter Kontakt mit der eigens geschaffenen Wohnungsberatungsstelle der Berliner „Jüdischen Kultusvereinigung". Diese war Teil der im Sommer 1939 neu gegründeten „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland"[753], die dem Reichssicherheitshauptamt und in Berlin der Gestapo als unmittelbarer Aufsichtsbehörde unterstand.[754] Bis zum Herbst 1941 kümmerten sich die sogenannten Kultusvereinigungen vor Ort vornehmlich um Unterstützung bei Auswanderungs-Angelegenheiten, die Organisation der jüdischen Wohlfahrtspflege und des Schulwesens.

Prekär wurde die Rolle der Reichsvereinigung ab Oktober 1941, als führenden Repräsentanten der Gemeinde in Berlin im Vorfeld die Pläne für die beginnenden „Evakuierungen" mitgeteilt wurden und man sich dazu entschied, auch weiterhin mit den Verfolgungsbehörden zusammenzuarbeiten. Martha Mosse, die Leiterin der Wohnungsberatungsstelle und eine der damals Anwesenden, äußerte sich nach dem Krieg dazu folgendermaßen:

> *„Es war im Jahre 1941 – soweit ich mich erinnere am 1. oder 2. Oktober – daß 2 Vorstandsmitglieder und ich als Leiterin der Wohnungsberatungsstelle telefonisch zur Gestapo in der Burgstraße beordert wurden. Dort eröffnete uns Kriminalsekretär Prüfer zu Protokoll, daß wir sofort in ein Konzentrationslager verbracht werden würden, wenn wir über das, was er uns mitzuteilen habe, mit Dritten sprechen würden. […] Herr Prüfer teilte*

[751] Vgl. Willems, Der entsiedelte Jude, S. 280.
[752] Ebd., S. 284.
[753] 1933-1935: „Reichsvertretung der Deutschen Juden", 1935-1938: „Reichsvertretung der Juden in Deutschland"
[754] Zu Geschichte und Entwicklung der zentralen Vereinigung ab 1933 vgl. u.a. Hildesheimer, Esriel, Jüdische Selbstverwaltung unter dem NS-Regime, Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, 50, 1994; Gruner, Wolf, Armut und Verfolgung: Die Reichsvereinigung, die jüdische Bevölkerung und die antijüdische Politik im NS-Staat 1939 bis 1945, in: Jersch-Wenzel, Stefi (Hrsg.) in Verbindung mit Guesnet François, Pickhan, Gertrud, Reinke, Andreas und Schwara, Desanka, Juden und Armut in Mittel- und Osteuropa, Köln u.a. 2000, S. 405-433; Gruner, Judenverfolgung in Berlin 1933-1945. Eine tiefergehende Studie über die Protagonisten der RV und ihre Handlungsspielräume bietet Meyer, Beate: Tödliche Gratwanderung. Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zwischen Hoffnung, Zwang, Selbstbehauptung und Verstrickung, Göttingen 2011.

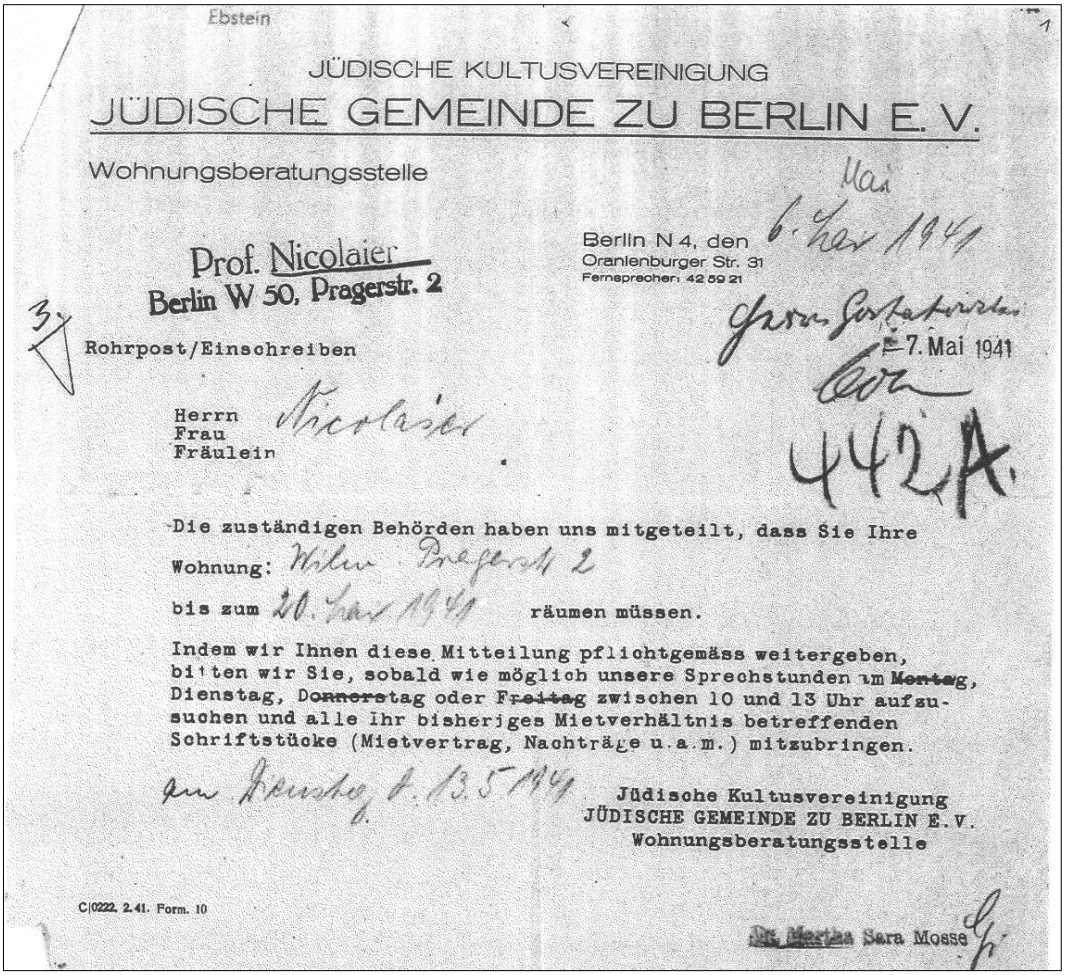
uns dann mit, daß nunmehr die ‚Umsiedlung' der Berliner Juden beginne, und daß die Jüd. Gemeinde mitwirken müsse, denn andernfalls würde sie durch SA und SS durchgeführt werden und ‚man weiß ja, wie das dann werden würde'." [755]

Daraufhin wurden anfangs die Deportations-Benachrichtigungen von der Reichsvereinigung verschickt, ebenso die auszufüllenden Vermögenserklärungen; die Menschen wurden teilweise von Mitarbeitern der Reichsvereinigung zuhause abgeholt, man half ihnen beim Packen der Koffer und auch die Betreuung in den Sammellagern wurde von Mitarbeitern und Helfern übernommen und koordiniert. Die involvierten Gemeindehelfer, deren Wirken als abfederndes Instrument gegenüber einem brutal-bürokratischen Vorgehen der Verfolgungsbehörden gedacht war, wurden faktisch „zum effektiven Werkzeug der Gestapo",[756] wenn man den Ablauf von Erfassung, Benachrichtigung, Abholung und Deportation insgesamt betrachtet. Nach dem Krieg gab es teils starke Kritik an der Rolle der Reichsvereinigung, bis heute entzieht sich deren Handeln im Zusammenhang mit der Deportation der Berliner Juden einer vorschnellen Bewertung.[757] Beate Meyer, die sich intensiv mit der Reichsvereinigung und den Handlungsspielräumen ihrer Repräsentanten befasst hat,[758] resümiert, das „unausweichliche Dilemma" der Reichsvereinigung habe darin bestanden, „daß es nicht möglich war, sowohl die Vorgaben der Gestapo zu erfüllen als auch die Interessen der Mitglieder zu wahren, die Organisation zu erhalten und der jüdischen Gemeinschaft zu dienen."[759]

2.2 Vertreibung aus der Wohnung im Mai 1941

Am 6. Mai 1941 erhielt Arthur Nicolaier, dessen Mietwohnung in der Prager Straße 2 (Wilmersdorf) im Rahmen der „II. Aktion" zwangsgeräumt werden sollte – eine Wohnung unter 1.000 weiteren –, ein Schreiben der Wohnungsberatungsstelle (Abb. 9).[760]

[755] Zit. nach Hildesheimer, Esriel: Jüdische Selbstverwaltung, S. 216. (Original: LAB, Signatur?!)
[756] Meyer, Beate, Das unausweichliche Dilemma: Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Deportationen und die untergetauchten Juden., in: Kosmala, Beate/Schoppmann, Claudia (Hrsg.): Überleben im Untergrund. Berlin 2002, S. 273-296, hier: S. 283.
[757] Zur frühen Kritik vgl. beispielsweise Arendt, Hannah, Eichmann in Jerusalem, München 1964, S. 161f.
[758] Vgl. Meyer, Beate, Handlungsspielräume regionaler jüdischer Repräsentanten (1941-1945). Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und die Deportationen, in: Die Deportation der Juden aus Deutschland, Göttingen 2004.
[759] Vgl. Meyer, Das unausweichliche Dilemma, S. 296.
[760] NL Ebstein, K 24, Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin, Bl. 1, Schreiben der Wohnungsberatungsstelle vom 6. Mai 1941.



Ebstein

JÜDISCHE KULTUSVEREINIGUNG

JÜDISCHE GEMEINDE ZU BERLIN E. V.

Wohnungsberatungsstelle

Berlin N 4, den 6. Mai 1941
Oranienburger Str. 31
Fernsprecher: 42 59 21

Prof. Nicolaier
Berlin W 50, Pragerstr. 2

Rohrpost/Einschreiben

7. Mai 1941

Herrn Nicolaier
Frau
Fräulein

442 A.

Die zuständigen Behörden haben uns mitgeteilt, dass Sie Ihre Wohnung: Berlin Prager Str. 2 bis zum 20. Mai 1941 räumen müssen.

Indem wir Ihnen diese Mitteilung pflichtgemäss weitergeben, bitten wir Sie, sobald wie möglich unsere Sprechstunden im ~~Montag~~, Dienstag, ~~Donnerstag~~ oder ~~Freitag~~ zwischen 10 und 13 Uhr aufzusuchen und alle Ihr bisherjges Mietverhältnis betreffenden Schriftstücke (Mietvertrag, Nachträge u.a.m.) mitzubringen.

Berlin, d. 13.5.1941

Jüdische Kultusvereinigung
JÜDISCHE GEMEINDE ZU BERLIN E.V.
Wohnungsberatungsstelle

C|0222. 2.41. Form. 10

Dr. Martha Sara Mosse

Abbildung 9: Schreiben der Wohnungsberatungsstelle vom 6. Mai 1941

Demnach blieben dem 79-Jährigen 14 Tage, um die Wohnung zu räumen und eine neue Bleibe zu finden. So scharf und kurzfristig diese Anordnung formuliert war, so wenig dürfte ihn der Umstand an sich überrascht haben. Nicolaier war immer gut informiert, sammelte und verschickte auch aktuelle Ankündigungen von Verordnungen und hatte ein knappes Jahr zuvor offenbar schon einmal befürchtet, seine Wohnung verlassen zu müssen.[761]

Zu unmittelbaren Reaktionen Arthur Nicolaiers auf diese nun ultimative Ankündigung können keine Aussagen mehr getroffen werden. Das nächste überlieferte Schriftstück der Wohnungsberatungsstelle datiert vom 21. Mai, es handelt sich um die Zustimmung der Abgabe eines Raumes von „Frau Friedl Sara Salomon, Lichterfelde, Grabenstraße 1“ an Arthur Nicolaier. Eine vorherige Verbindung zwischen den beiden konnte nicht ermittelt werden,[762]

[761] Otto Blumenthal notierte am 15. Juli 1940: „Brief von Onkel, der wahrscheinlich wird ausziehen müssen.“ Felsch, Otto Blumenthals Tagebücher, S. 215.

[762] Den Berliner Adressbüchern ist zu entnehmen, dass Friedel Salomon bis 1941 in der Lorenzstraße 12 wohnte. In der nahen Grabenstraße 1 wohnte der jüdische Eigentümer H. Beermann mit seiner Frau bis 1940, für 1941 ist unter der Adresse nur noch die Witwe angegeben. Es ist daher zu vermuten, dass die Wohnung 1941 zur „Judenwohnung“ für mehrere Ausquartierte umfunktioniert wurde.

der Umzug sollte nun zum 1. Juni erfolgen. Doch diese Mitteilung war schon überholt, wie ein am selben Tag von Nicolaier verfasstes Einschreiben belegt.[763] Denn der Umzug in das erwähnte Ausweichquartier hatte sich zerschlagen, Nicolaier bittet darum, in seiner Wohnung bleiben zu dürfen:

Ich, der, wie ich schon dem Herrn Dezernenten für Wilmersdorf bereits am 13d[es]M[onats] zu Protokoll gegeben habe, im achtzigsten Lebensjahre (geb. 4.2.1862) stehende und unter ander[m] auch der Entdecker des Wundstarrkrampfbacillus und seiner großen Verbreitung im Erdboden, bitte erwirken zu wollen, daß ich in meiner Wohnung Berlin W50 Pragerstraße 2 II noch weiter wohnen bleiben darf. Ich begründe diese meine Bitte damit, daß mir bisher von der Wohnungsberatungsstelle nicht wie mir in Aussicht gestellt wurde, Wohnräume zugewiesen worden sind und daß das Zimmer, das ich mir selbst gesucht habe und das mir Frau Sara Salomon, Lichterfelde Ost, Grabenstraße 1, wie aus ihrer der Wohnungsberatungsstelle mit dem bisher noch nicht beantworteten Einschreibebrief zugesandten Erklärung hervorgeht, am 1. Juni vermieten wollte, wie ich heute erfahre, am 1. Juni 1941 nicht frei geworden [ist].

Prof Nicolaier

Arthur Israel

JKennKarte

A 452011

Mehrere wichtige Informationen lassen sich hieraus ablesen: Nicolaier hatte den bei der Räumungsankündigung übermittelten Sprechstundentermin wahrgenommen und persönlich bei der Wohnungsberatungsstelle vorgesprochen, er hatte sich selbständig auf die Suche nach einer neuen Bleibe begeben und diese zum 1. Juni organisiert sowie zu diesem Zwecke eine Fristverlängerung bezüglich der Räumung seiner Wohnung erwirkt. Die Hinweise auf sein hohes Alter und die bekannteste wissenschaftliche Leistung – ebenso mündlich vorgebracht – zeugen zudem von der verzweifelten Hoffnung, doch noch von einem Zwangsauszug verschont zu werden. Hier ist die Analogie zu Tausenden von Verfolgten festzustellen, die oftmals mit patriotischem Stolz ihre Weltkriegsteilnahme betonten und zumindest in der ersten Zeit nach 1933 noch auf Ausnahmeregelungen hoffen konnten. Nicolaier fehlte diese Teilnahme am Weltkrieg, doch deutete er seine Entdeckung, die dank der folgenden Impfstoffentwicklung

[763] Der handschriftliche Entwurf des Einschreibens vom 21. Mai 1941 ist erhalten, NL Ebstein, K 24, Jüdische Kultusvereinigung.

unzähligen Soldaten das Leben rettete, durchaus als einen patriotischen Akt, der dem Fronteinsatz in nichts nachstand, wie weitere Äußerungen zeigen werden. Die Antwort auf seine dringliche Eingabe erfolgte schnell:[764]

Sehr geehrter Herr Professor!

Nachdem Sie uns mitgeteilt hatten, dass Sie Ihre Wohnung fristgemäss aufgeben werden, ist es uns leider nicht mehr möglich, eine weitere Verlängerungsfrist der Räumung zu gewähren. Wir werden bei Frau Salomon in Lichterfelde morgen feststellen lassen, aus welchem Grunde Ihr Zuzug zum 1. Juni nicht erfolgen kann. Da Frau Salomon Ihnen das Zimmer zu diesem Termin vermietet hat, muss sie es auch für Sie frei machen.

Hochachtungsvoll

Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e.V.

(Unterschrift unleserlich)

Inmitten dieser von größter Unsicherheit geprägten Tage muss Nicolaier Otto und Mali Blumenthal von seiner Lage berichtet haben; Otto Blumenthal notierte am 26. Mai in seinem Tagebuch: „Trauriger Brief von Onkel, der aus seiner Wohnung muss."[765]

Am selben Tag setzte in Berlin die Wohnungsberatungsstelle ein weiteres Schreiben auf, in dem Nicolaier gebeten wurde, sich selbst noch einmal mit Frau Salomon in Lichterfelde wegen des Umzugs in Verbindung zu setzen. Es verblieben zu dem Zeitpunkt nur noch wenige Tage, und offenbar glaubte man selbst nicht mehr an einen „geordneten" Aus- und Umzug, denn zusätzlich wurden ihm zwei Adressen von Pensionen nahe der Prager Straße genannt. Er wurde aufgefordert, sich für eine der beiden zu entscheiden und diese dann der Beratungsstelle mitzuteilen.[766]

Doch die Entwicklungen überschlugen sich, und nur ansatzweise lässt sich die nervliche Belastung dieser Tage erahnen. Arthur Nicolaier blieb, zumindest was den Kontakt mit der Wohnungsberatungsstelle betrifft, durchaus aktiv, trat bestimmt auf und verhandelte auf Augenhöhe – in dem Maße, wie es die Rahmenbedingungen zuließen. Am 31. Mai, einem Samstag, informierte er die Wohnungsberatungsstelle zunächst telefonisch, dann schriftlich über die Übereinkunft mit Dr. Richard Jacobson betreffend die Anmietung eines Zimmers:[767]

---

[764] NL Ebstein, K 24, Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin, Schreiben der Wohnungsberatungsstelle vom 23. Mai 1941.

[765] TB Blumenthal, 26. Mai 1941, Felsch, Otto Blumenthals Tagebücher, S. 286.

[766] NL Ebstein, K 24, Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin, Schreiben der Wohnungsberatungsstelle vom 26. Mai 1941, mit Vermerk: „erhalten am 27.5."

[767] NL Ebstein, K 24, Bl. 10, Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin, Entwurf vom 31. Mai 1941.

Ich habe heute mit Herrn Dr. Richard Israel Jacobson Berlin W62 Kurfürstenstraße 99 auf Ihre Veranlassung wegen Vermietung des von Ihnen mir bezeichneten rückwärtigen Zimmers verhandelt, und wir sind zu folgendem Ergebnis gekommen, das ich Ihnen heute bereits telephonisch mitgeteilt habe.

Herr Dr. Jacobson vermietet mir dieses Zimmer vom 1. Juni 1941 zu einem Preise, über den wir uns in Übereinstimmung befinden, jedoch nur unter folgenden beiden Bedingungen

1) *daß der andere Bewerber um dieses Zimmer Herr Dr. Cohn in Babelsberg seine Bewerbung bis zum 31. Mai 1/2 8 Uhr abends zurückzieht oder sie bis dahin nicht wieder von neuem geltend macht.*
2) *daß die Vermietung dieses Zimmers an mich durch die jüdische Gemeinde auf der Verpflichtung [?] verwirklicht wird, daß dieses Zimmer nur von einer Person bezogen wird und nicht eine zweite Person nachträglich in ein andres Zimmer als [?] Ersatz dafür eingewiesen wird.*

Hochachtungsvoll
Prof Nicolaier
Arthur Israel

Trotz seiner eigenen Bemühungen und auch der der Wohnungsberatungsstelle – zumindest was den zügigen Schriftverkehr anbelangt – war Arthur Nicolaier am Samstag, den 31. Mai 1941, einen Tag vor dem ihm mitgeteilten Auszugstermin, noch ohne neue Bleibe. Vermutlich am gleichen Abend oder am Sonntag wurde die Sache konkret, weitere Notizen zeugen von der Hektik und Anspannung dieser Tage. So bat Nicolaier seinen Ansprechpartner bei der Wohnungsberatungsstelle noch darum, ihm zu bestätigen, dass er das gemietete Zimmer für sich „allein benutzen“ dürfe und schrieb weiter:[768]

Die jüdische Gemeinde würde meine Angelegenheit sehr fördern und sehr beschleunigen, wenn sie umgehend Dr. J.[acobsons, d. V.] Wünsche und die meinen erfüllt, umso mehr als die Wohnung bis 4. Juni 1941 12 Uhr mittags geräumt sein muß, da sich für diese Zeit die Komission zur Abschätzung der Schönheitsreparaturen angemeldet hat.

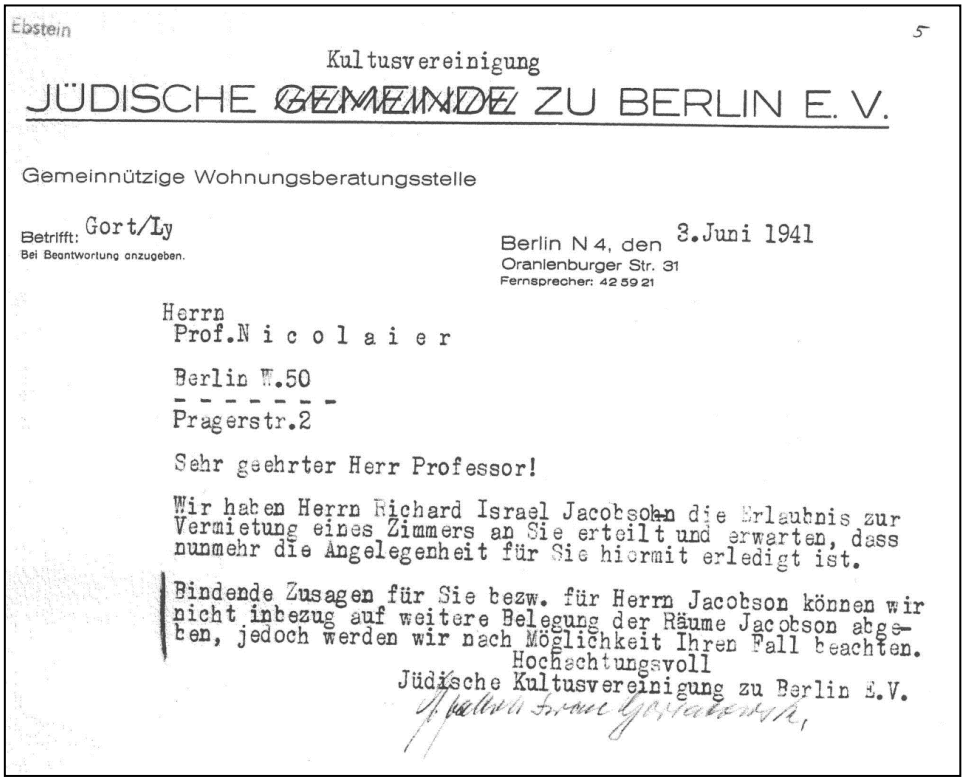
[768] NL Ebstein, K 24, Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin, Entwurf o.D.

Ein weiterer erhaltener Entwurf thematisiert die notwendigen Papiere zur Vorlage bei anderen Stellen:[769]

Sehr geehrter Herr Jacobsthal

Ich sende Ihnen heute die von Ihnen als sehr dringlich bezeichnete Erklärung des Herrn Dr. Jacobson mit der Bitte mir die ein[e] Genehmigung zu dieser umgehend zurückzusenden, in einer Form die wie mir Herr Dr. Jacobsohn [sic] sagte, als Bescheinigung gegenüber dem Polizeirevier bei der Anmeldung dort gültig sein muß.

Am 3. Juni schließlich erhielt Arthur Nicolaier die Bestätigung und „Erlaubnis" zum Zwangsumzug (Abb. 10).[770]



Ebstein 5

Kultusvereinigung

JÜDISCHE ~~GEMEINDE~~ ZU BERLIN E. V.

Gemeinnützige Wohnungsberatungsstelle

Betrifft: Gort/Ly
Bei Beantwortung anzugeben.

Berlin N 4, den 3. Juni 1941
Oranienburger Str. 31
Fernsprecher: 42 59 21

Herrn
Prof. N i c o l a i e r

Berlin W.50
- - - - - - -
Pragerstr.2

Sehr geehrter Herr Professor!

Wir haben Herrn Richard Israel Jacobsohn die Erlaubnis zur Vermietung eines Zimmers an Sie erteilt und erwarten, dass nunmehr die Angelegenheit für Sie hiermit erledigt ist.

Bindende Zusagen für Sie bezw. für Herrn Jacobson können wir nicht inbezug auf weitere Belegung der Räume Jacobson abgeben, jedoch werden wir nach Möglichkeit Ihren Fall beachten.

Hochachtungsvoll
Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin E.V.

Abbildung 10: Schreiben der Wohnungsberatungsstelle vom 2. Juni 1941

769 NL Ebstein, K 24, Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin, Bl. 11, Entwurf o.D., Unterstreichung im Original. Hier schreibt Nicolaier weiter, die Wohnung müsse bis zum „3. Juni abends" geräumt sein wegen des Besuchs der Kommission am folgenden Tag.

770 NL Ebstein, K 24, Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin, Bl. 5. In einem Brief vom 13. Juli des Folgejahres schreibt Nicolaier jedoch, erst am 7. Juni in der Kurfürstenstraße 99 eingezogen zu sein. Ob er noch einmal die Auszugsfrist hinauszögern konnte oder für drei Nächte eine andere Unterkunft beziehen musste, konnte nicht geklärt werden.

Die Formulierung „Wir […] erwarten, dass nunmehr die Angelegenheit für Sie hiermit erledigt ist“ muss aus der Perspektive eines Betroffenen geradezu zynisch klingen – für die Wohnungsberatungsstelle jedenfalls galt an diesem Tag ein weiterer „Fall“ als abgeschlossen. Für Arthur Nicolaier indes manifestierte sich mit diesem Tag die stetige Einschränkung seines Lebensraumes auch materiell: nach Jahren in einer geräumigen 6-Zimmer-Wohnung wurde nun ein gemietetes Zimmer zur letzten Unterkunft vor seinem Lebensende.

An diesem Punkt endete zwangsweise auch das Zusammenleben mit seiner langjährigen Haushälterin Jenny Holst. Noch zum 1. Februar des Jahres hatten Blumenthals ihr zum 25-jährigen Dienstjubiläum gratuliert. Vor dem Hintergrund dieser langen gemeinsamen Zeit muss davon ausgegangen werden, dass ein enges Vertrauensverhältnis und Miteinander bestanden hatte. Jenny Holst verließ Berlin in Richtung ihrer alten Heimat Flensburg, hielt aber wohl weiter den Kontakt aufrecht.[771]

Der Erwartung eines deprimierten und nach diesen Strapazen erschöpften alten Menschen in fremder Umgebung steht die Notiz Otto Blumenthals vom 1.7.1941 entgegen: „Ganz vergnügter Brief von Onkel.“[772], dem am 19.7. noch ein „erfreulicher Geburtstagsbrief“ folgte. Arthur Nicolaier agierte weiterhin mit viel Energie, wie zu zeigen sein wird.

Von Juni 1941 an lebte Arthur Nicolaier also zur Untermiete bei der Familie Jacobson in der Kurfürstenstraße 99. Wahrscheinlich ist, dass diese Konstellation zumindest durch Mithilfe der Wohnungsberatungsstelle zustande gekommen war. Martha Mosses Aussage nach dem Krieg zufolge wurden die neuen Mietkonstellationen nach Möglichkeit passend zusammengestellt, so wurde sich also zum Beispiel am Beruf orientiert.[773] Richard Jacobson war Arzt und „Krankenbehandler“.

3. Kurfürstenstraße 99

3.1 Die Vermieter: Familie Jacobson

Einige Probleme bei den Versuchen der Rekonstruktion des sozialen Umfelds in den letzten Lebensmonaten Arthur Nicolaiers wurden bereits genannt, vornehmlich die fragmentarisch überlieferten Quellen. Der Kreis an Personen, die Artur Nicolaier bis zuletzt umgaben, spielt selbstredend eine wichtige Rolle. Vorweg sei bemerkt: Während der enge Kontakt zu seiner

[771] Erhalten ist allerdings nur eine Postkarte eines Päckchens von Anfang 1942. Weitere Recherchen zu Jenny Holst in Flensburg blieben ohne Ergebnis.
[772] Felsch, Otto Blumenthals Tagebücher, S. 295.
[773] Kwiet 1993, Nach dem Pogrom, S. 545-659.

Verwandtschaft (Carola Ebstein, auch deren Schwester in Berlin Mia Wolff, die Haushälterin Jenny Holst sowie die Familie Blumenthal) offen zutage tritt, genauso wie die überlieferten formal-geschäftlichen Beziehungen (v.a. mit Rechtsanwalt Walter Döhring und Notar Ernst Ostberg), lässt sich über die Intensität der Bekanntschaft und Beziehungen zu seinen neuen Vermietern nach dem Zwangsauszug, der Familie Jacobson, keine belastbare Aussage treffen.

Dass Nicolaier den Familienvater Richard Jacobson – Jahrgang 1876, Arzt wie er und seine Wohnung nur zehn Gehminuten von der Prager Straße entfernt – zumindest dem Namen nach kannte, ist anzunehmen. Dass es untereinander Kontakt gab, der über die Mietzahlungen und andere organisatorische Dinge hinausgeht, bezeugt nur eine Bemerkung in einem Brief Nicolaiers, derzufolge er Details über Theresienstadt von seinen Vermietern erfahren hatte, wie später näher ausgeführt wird. Als weiteres Indiz kann die Anwesenheit Richard Jacobsons bei Nicolaiers Bestattung im sehr kleinen Kreis gesehen werden.[774] Wie intensiv aber die Beziehung tatsächlich war und wie sich das tägliche Miteinander gestaltete – ob es nur aus sporadischen Kontakten bestand oder man aber vor dem Eindruck einer gemeinsamen existentiellen Bedrohungslage näher zusammenrückte – muss offen bleiben.

Warum dann darüber schreiben? Im Kern sollte die Frage nach der Relevanz für den „Fall" Arthur Nicolaier ausschlaggebend sein. Eine Geschichtsschreibung mit dem Anspruch der Annäherung an eine komplexe Alltagsumwelt sollte nicht Halt machen an der, hier buchstäblichen, Türschwelle eines historischen Subjekts. Dies geschieht oft und unfreiwillig auf Grund der bekannten Schwierigkeiten. In diesem Fall überwogen die Argumente für eine Miteinbeziehung der letzten Vermieter im Sinne einer möglichst integrierenden Verfolgtengeschichtsschreibung. Die Unkenntnis über die persönliche Beziehung der Menschen untereinander sollte nicht als Ausschlusskriterium weiterer Aufarbeitungsversuche gelten, wenn, wie hier, Lebensumwelt erfasst werden kann.

Über die Eheleute Richard und Käthe Jacobson ist wenig bekannt. Dr. med. Richard W. Jacobson, geboren am 2.4.1876 in Berlin, war praktischer Arzt, in den Berliner Adressbüchern sind die Zusätze Wundarzt und Geburtshelfer zu finden. Er war 1920 aus dem Judentum ausgetreten und evangelischer Konfession. Von 1939 bis zur Deportation Ende 1942 war Richard Jacobson als „Krankenbehandler" gemeldet.[775] Das Ehepaar hatte zwei Töchter, Ingeborg (geb. 19.03.1915) und Dagmar (geb. 14.06.1918). Dagmar hatte geheiratet und lebte mit ihrem Mann in Prag. Die beiden wurden am 30.11.1941 von Prag aus nach Theresienstadt

[774] Brief Carola Ebstein an Mali Blumenthal vom 25.11.1942
[775] Angaben nach Schwoch, Berliner jüdische Kassenärzte, S. 343.

und von dort am 09.01.1942 weiter nach Riga deportiert und ermordet.[776] Ingeborg, genannt Inge, war bereits in Großbritannien und somit in Sicherheit vor den NS-Repressalien gewesen, kehrte jedoch zurück nach Berlin, weil sie ihre Eltern nicht zurücklassen wollte.[777] Drei Monate nach dem Suizid ihres Untermieters Arthur Nicolaier wurden Richard und Käthe Jacobson am 29.11.1942 nach Auschwitz deportiert. Tochter Inge war einem Bericht zufolge eine Nacht mit ihren Eltern in der Sammelstelle, als sie von ihrer Arbeitsstelle „reklamiert" und somit vorerst vom Transport zurückgestellt wurde.[778] Sie folgte ihren Eltern nach Auschwitz nur Tage später mit dem nächsten großen Osttransport am 9.12.42.

Die erhaltenen Akten der Vermögensverwertungsstelle geben wie in anderen Fällen Einblick in die effiziente Maschinerie der behördlichen Beraubungsprozesse. Fast 70 erhaltene Seiten von der Vermögenserklärung[779] der Jacobsons über die Schätzung der Wohnungseinrichtung per Gutachter, die Abwicklung aller Konten und Restvermögen bis zu Forderungen ausstehender Zahlungen diverser Stellen und vieles mehr dokumentieren die restlose Auslöschung und Beraubung der Familie. Den Abschluss bildet eine Zahlungsanweisung des Oberfinanzpräsidiums vom 10.3.1944 über 2,69 Reichsmark an die Berliner Gaswerke, die mit eigenen Vordrucken für Deportierte arbeiteten.[780]

Ein erhalten gebliebener Lebenslauf von Inge Jacobson, entstanden rund um ihr Abitur Anfang 1934 an der Staatlichen Augusta-Schule in Schöneberg, gibt einige Einblicke in das Familienleben und ihre Erziehung.[781] Demnach war ihr Vater Richard 1917 als Bataillonsarzt im Fronteinsatz und ab Januar 1918 Lazarettarzt in Berlin. Die 1915 geborene Ingeborg hatte die weiteren Vornamen Viktoria und Cecilie erhalten, „als Ausdruck der Siegeshoffnung und (…) nach der Kronprinzessin". Sie wurde in siebter Generation in Berlin geboren und erhielt eine ausgeprägte humanistische Bildung durch ihr Elternhaus, wobei die Mutter für Geschichte

---

[776] Angaben laut Opferdatenbank auf der Website https://www.holocaust.cz/de/opferdatenbank/opfer/97023-dagmar-kalfusova/ [14.06.2023]; Über das Geburtsdatum konnte Dagmar hier mit ihrem neuem Namen ermittelt werden: Dagmar Kalfuss (Kalfus, Kalfusova) mit Ehemann Jindrich (Heinrich).

[777] Angaben aus einem Informationsblatt zum „Zeichen der Erinnerung" für Ingeborg Jacobson, verantwortlich: Dr. Hartmut Ludwig.

[778] Aus dem „Brief einer jungen Protestantin jüdischer Abstammung" vom 14.12.1942, abgedruckt in Schweizerisches Evangelisches Hilfswerk für die Bekennende Kirche in Deutschland (Hrsg.), Judennot und Christenglaube, Zollikon 1943, S. 63 f.

[779] Die Vermögenserklärung ist nicht unterschrieben, sie wurde vermutlich von Mitarbeitern im Sammellager Große Hamburger Straße ausgefüllt. Die Verfügung zur Vermögenseinziehung wurde zum 1.10. erstellt, die Zustellungsurkunde datiert vom 27.11.42. Als Untermieterin (unentgeltlich, 1 möbliertes Zimmer) ist Erna Sara Gutschein eingetragen. Vermutlich hat sie das nach der Versiegelung freigewordene Zimmer von Arthur Nicolaier bezogen. Erna Gutschein wurde am 26.10.1925 in Berlin geboren und am 29.1.1943 ebenfalls nach Auschwitz deportiert (Angaben aus Recherche in Online-Gedenkbuch).

[780] BLHA Rep. 36A II, OFP-Vermögensverwertungsstelle; Einzelfallakte Richard Jacobson, Aktennummer 37/20603, Bl. 66

[781] Folgende Angaben aus: Abschrift des handschriftl. Lebenslaufes von Ingeborg Jacobson, Staatl. Augusta-Schule Schöneberg 1934(?), aus dem Archiv zur Geschichte von Tempelhof und Schöneberg. Mein Dank gilt Hartmut Ludwig für die freundliche Überlassung der Abschrift.

und Kunst, der Vater für Musik zuständig waren. Von ihm habe sie „die Liebe zur Musik, in bescheidenem Maße auch Stimme und Gehör geerbt“, mit neun Jahren besuchte sie mit ihm zum ersten Mal die Oper. Eine große Bedeutung schreibt sie auch ihrem Konfirmandenunterricht zu: „Erst allmählich konnte ich ermessen, wie mich dieser Unterricht veränderte, und wie viel Anregungen es mir gab.“ Der Glaube und die Einbindung in die Gemeinde sollten später noch eine wichtige Rolle spielen – Ingeborg Jacobson wurde Chefsekretärin des „Büro Pfarrer Grüber“, einer kirchlichen Hilfsstelle für rassisch Verfolgte.[782] Bis zu ihrer eigenen Deportation unterstützte sie andere Verfolgte und war dabei oftmals auch mit dem Thema der Selbsttötung als Entziehungsoption innerhalb der Gemeinde, wie bereits gezeigt, in Berührung.

Für Arthur Nicolaier galt es, sich zurechtzufinden in der neuen Situation: nach Jahren in komfortablen Wohnverhältnissen zurückgeworfen zu sein auf ein Zimmer in einer „Pension“. Eine Aufstellung seines Hausrats verzeichnet nur die nötigsten Dinge.[783] Den Unterlagen zufolge wurde Arthur Nicolaier von Jacobsons verpflegt, an die er 203 RM im Monat für Kost und Miete überwies. Aussagen darüber, wie sich der Alltag in der Kurfürstenstraße 99 ab dem Juni 1941 konkret gestaltete, sind vor dem Hintergrund der Überlieferungen schwerlich zu treffen. Dennoch ist es möglich, mittels der heutigen alltagsgeschichtlichen Wissensbestände über jene Monate sowie anhand der vorhandenen Quellen einen Rahmen zu skizzieren, innerhalb dessen sich das Leben des 79-jährigen abspielte.

3.2 Testament und Nachlass: Anweisungen und Vorkehrungen 1941

Aus den überlieferten Quellen geht hervor, dass Arthur Nicolaier in der Zeit nach seinem erzwungenen Umzug die Regelung seines Nachlasses forcierte. Selten können einzelne überlieferte Schriftstücke Aufschluss über die tatsächliche geistige und zeitliche Beschäftigung der Menschen mit bestimmten Themen geben, doch hier verhält es sich anders: die detaillierten Anweisungen an Carola Ebstein, die Abstimmungen mit Rechtsanwalt Döhring und Notar Ostberg und darüber hinaus die dazu notwendige ständige Beschäftigung mit aktuellen Erlassen, Gesetzesänderungen und relevanten Verordnungen legen nahe, dass diese Themen einen großen Teil der Zeit und Ressourcen Nicolaiers in Anspruch genommen haben müssen.
Am 15. Juli 1941 – es war jetzt etwas mehr als ein Monat nach dem Verlust seiner Wohnung vergangen – schrieb Arthur Nicolaier „zum Zwecke der Ordnung meines Nachlasses“ einige

[782] Siehe hierzu bereits Kapitel I. 3.6.2.
[783] Auf einem Notizzettel von Carola Ebstein ist der verbliebene Hausrat verzeichnet: Bett, Kleider- und Wäscheschrank, Wasch- und Nachttisch, Schränkchen, ein Sessel sowie drei einfache Ölbilder.

Anweisungen nieder, an die sich Carola Ebstein nach seinem Tod halten sollte. Unter anderem verfügte er:

> *„Ich bitte alle die Steuern und die Banken betreffenden Schriftstücke, wenn sie insbesondere zum Gebrauch für die Erbschaftsregulierung nicht mehr notwendig sind, ferner, soweit noch vorhanden meine Versuchsprotokolle und alle auf meine wissenschaftlichen Arbeiten bezug nehmenden Aufzeichnungen und sonstigen wertlos gewordenen Schriftstücke, […], zu verbrennen. Die Verbrennung soll aber nur von Dir selbst ausgeführt werden.“*[784]

Die Vernichtung von Geld- und Vermögensfragen betreffenden Schriftstücken könnte ein Bestandteil der jahrelangen Strategie gewesen sein, das Vermögen bestmöglich vor dem Zugriff der NS-Behörden zu bewahren und dabei keine Spuren zu hinterlassen, die ein vorsätzliches Handeln hätten offenlegen können. Nicolaiers Auftrag, auch die Belege aus seinem Forscherleben zu verbrennen, wirft hingegen weiterführende Fragen zur Motivation auf: War die Sorge vor einem möglichen geistigen Diebstahl, davor, dass sich Dritte bestimmter Einzelheiten seiner Forschungen bemächtigen könnten hier die treibende Kraft? Oder könnte auch Trotz, vor dem Hintergrund einer Nicht-Würdigung, ja, aus seiner Sicht Negierung der wissenschaftlichen Leistungen, eine Rolle gespielt haben? Einiges spricht dafür, dass Arthur Nicolaier nach den jahrelangen Erfahrungen der Entrechtung von staatlicher Seite und (auch) Nichtbeachtung seiner Leistungen ebendiesem Staat keine Aufzeichnungen aus seinen Forschungen im Sinne eines wissenschaftlichen Erbes hinterlassen wollte.

Wie strikt sich Carola Ebstein an diese Anweisungen gehalten hat, zumindest was die Unterlagen zu Vermögensfragen angeht, die heute eine recht weitreichende Rekonstruktion erlauben, muss offenbleiben. Mit Nicolaiers Tod jedenfalls, und das ist hier von hohem Stellenwert für die Überlieferung und relevant im Sinne einer Quellenkritik, gingen die Auswahl und Deutungshoheit über den Wert bestimmter Schriftstücke auf Carola Ebstein über.

Des Weiteren erwähnte Nicolaier in dem oben genannten Schreiben den Aufbewahrungsort einiger Silberlöffel, die er nicht hatte abgeben müssen, ebenso seine „jetzt stark reduzierte Bibliothek“. Er vermachte Ernst Blumenthal die Bücher von Wilhelm Ebstein, sein altes Mikroskop sowie einen Polarisationsapparat und damit die wenigen noch erhaltenen Gegenstände seines Forscherlebens. Carola Ebstein trug er auf, dass Mali Blumenthal eine rote Häkeldecke zurückerhalten solle. Ein weiterer Punkt betraf seine langjährige Haushälterin Jenny Holst und bezeugt, dass zumindest nicht das komplette Inventar aus seiner Wohnung zuvor abgeholt beziehungsweise geplündert worden war: *„Sie hat bei der Auflösung meines*

[784] Brief Arthur Nicolaier an Carola Ebstein vom 15. Juli 1941, Privatbesitz EW, Hervorhebung im Original.

Haushaltes von mir Möbel und andre Einrichtungsgegenstände, die sie sich wünschte und selbst ausgewählt hat, geschenkt erhalten. Von einem Vermächtnis für sie habe ich abgesehen. Solltest Du erfahren, daß sie in Not ist, dann würde ich empfehlen, sie zu unterstützen.“[785] Auch wenn Nicolaier hier schreibt, von einer Berücksichtigung hinsichtlich des Erbes abzusehen, zeigt sich doch, dass Jenny Holst mit den Schenkungen durchaus von ihm bedacht worden war und somit dem kleinen, familiären Kreis der Erben hinzugerechnet werden kann.

Vom 21. August 1941 datiert eine notariell beglaubigte Generalvollmacht, die es Nicolaiers Anwalt, Dr. Ernst Ostberg (1880-1943), ermöglichen sollte, für die Erfüllung des Testaments zu sorgen. Der Wert der Vollmacht wird darin auf 320.000 RM beziffert. Dies macht deutlich, um welch beträchtliche Vermögenswerte es sich handelte, für deren Erhalt Arthur Nicolaier kämpfte. In einem Brief an Carola Ebstein von Ende September äußerte sich Nicolaier etwas verärgert über diese Entscheidung und die damit verbundenen Kosten, da Ostberg ihn nur 14 Tage später davon in Kenntnis gesetzt hatte, dass er plane, im folgenden Jahr auszuwandern.[786] Ernst Ostberg war wie Nicolaier Verfolgter und den NS-Repressalien ausgesetzt. Der Rechtsanwalt trug ebenso den Zwangsvornamen und durfte sich – ähnlich der Bestimmungen für die wenigen noch tätigen jüdischen Ärzte – nur noch als „Konsulent“ bezeichnen. Wie radikal und elementar sich in diesen Wochen Chancen und Lebensperspektiven der verfolgten Daheimgebliebenen änderten und zerstört wurden, zeigte sich analog zu Nicolaiers Zwangsauszug auch bei Ernst Ostbergs Plänen, 1942 auszuwandern: War es im September 1941 schon äußerst schwierig, das Land noch zu verlassen beziehungsweise im Ausland Zuflucht zu finden, so wurde dies einen Monat später auf legalem Wege unmöglich. Am 23. Oktober wurde ein generelles Ausreiseverbot für Juden erlassen,[787] eine Woche nach Abfahrt des ersten Deportationszuges aus Berlin – die systematische Vernichtung auch der deutschen Juden hatte begonnen. Der 1880 geborene Ostberg und seine acht Jahre jüngere Frau Elsa wurden am 3. Oktober 1942 nach Theresienstadt deportiert. Ostberg verstarb dort am 22. Januar 1943, seine Frau wurde im Mai 1944 weiter nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.[788]

[785] Brief Arthur Nicolaier an Carola Ebstein vom 15. Juli 1941, Privatbesitz EW.
[786] Brief Arthur Nicolaier an Carola Ebstein vom 23. September 1941, NL Ebstein K. 27.
[787] Walk, Das Sonderrecht, S. 353.
[788] Angaben nach Opferdatenbank Theresienstadt, online abrufbar unter www.holocaust.cz [23.05.2024]; Ernst Ostbergs Totenschein (Ursache: „Enteritis“) ist dort digitalisiert abrufbar. Für das Ehepaar Ostberg sind Stolpersteine in Berlin, Klopstockstr. 9, verlegt.

Nicolaiers offizielles Testament ist auf den 5. September 1941 datiert, er hatte darin Carola Ebstein als Alleinerbin festgelegt.[789] Auch nach der Generalvollmacht für Ostberg hatte sich nichts an dem Umstand geändert, dass de facto ausschließlich Carola Ebstein („gemäß der Dir gegebenen Sondervollmacht vom Mai 1938") über die Geld- und Depotkonten hätte verfügen dürfen – dies hatte Nicolaier so bei Ostberg bestimmt und auch schriftlich niedergelegt.[790] Dass spätestens seit dem Frühjahr 1938 eine solche Vollmacht bestand, stützt die Interpretation, dass Arthur Nicolaier frühzeitig Versuche unternommen hatte, sein Vermögen vor fremdem Zugriff zu schützen. Dennoch hatte ihn die sogenannte Vermögensabgabe Ende 1938 getroffen:

> *„Ich will nur wünschen, daß mir nicht vor meinem Tode mein Vermögen genommen wird. Vorläufig müssen alle Juden ihre Aktien […] dem Reichswirtschaftsminister zum Kauf anbieten. Ich habe keine mehr, mir sind sie schon 1938 bei der Vermögensabgabe zu ganz niedrigem Kurse abgenommen worden."*[791]

Auch aus dem Umstand, dass Nicolaier noch eine zweite Urschrift seines Testaments bei Rechtsanwalt Ostberg hinterlegt hatte *„für den Fall, daß meine erste bei den Akten nach meinem Tode befindliche, in Verlust geraten sollte"*,[792] gehen sein bedachtes und weitsichtiges Vorgehen sowie ein (mittlerweile) völliges Misstrauen den Behörden gegenüber hervor.

Das umfangreiche Schreiben, das hauptsächlich detailreiche Anweisungen an Carola Ebstein und Vorkehrungen betreffend der Vermögenswerte zum Gegenstand hat, endet mit einem Absatz, in dem er kurz seine aktuelle Situation schildert:

> *„Daß die Juden jetzt 2 Tage vor ihrem Neujahrsfest durch einen Stern mit Aufschrift JUDE in hebräischen Buchstaben gezeichnet sind und aus ihrem Bezirk nicht heraus dürfen, wirst Du wohl in der Zeitung gelesen haben. Ich gehe jetzt nur für ganz dringliche Besorgungen aus, mit den Tiergarten-Spaziergängen ist es nun auch vorbei.*[793] *Ich entbehre das sehr und bedaure es, weil ich mich nicht mehr warm laufen kann, was mir bei meiner kalten Bude (jetzt 12 C.) recht fühlbar ist, diese niedrige Temperatur, die bei mir schon 14 Tage besteht, ist vorzeitig herbeigeführt worden […]."*

Ein Bombentreffer der ersten, noch vereinzelten Luftangriffe, in der Nähe hatte dazu geführt, dass sämtliche Fenster der Hausfront zerbrochen waren, auch im Haus in den Türen zum

---

789 Testament Arthur Nicolaier vom 5. September 1941, eröffnet am 25. September 1942 (Amtsgericht Charlottenburg), Privatbesitz EW.
790 Brief Arthur Nicolaier an Carola Ebstein vom 23. September 1941, NL Ebstein K. 27.
791 Ebd.
792 Ebd.
793 Neben den zentral erlassenen Anordnungen, existierte eine Vielzahl weiterer Verbote auf kommunaler oder städtischer Ebene, vgl. für Berlin Gruner, Judenverfolgung in Berlin 1933-1945.

Korridor, nicht aber in Nicolaiers Zimmer. Neben der Aufzählung von Schäden in der Umgebung merkt Nicolaier an, dass er nicht im Luftschutzkeller war. Er schließt den Brief: *„Infolge der Zeichnung gehe ich auch nicht mehr zu Wolffs, um ihnen keine Unannehmlichkeiten zu machen.“* Aus diesen wenigen Bemerkungen zur aktuellen Situation gehen die soziale Isolation, aber auch die ganz handfesten Beschränkungen des Bewegungsradius hervor, denen Arthur Nicolaier bereits im September 1941 ausgesetzt war: Per Anordnung verpflichtet, den Stern zu tragen, waren spätestens jetzt Spaziergänge im Tiergarten, ja schon das Betreten bestimmter Flächen und Straßen untersagt, genauso wie das Aufsuchen eines Luftschutzraumes im Falle von Fliegeralarmen. Die nun eingestellten Besuche bei Carola Ebsteins Nichte Mia Wolff und deren Mann aus demselben Grund ließen einen weiteren Zufluchtsort und die damit verbundene Möglichkeit sozialer Interaktion wegfallen.

3.3 Exkurs: Unterstützung der Familie Blumenthal

Abbildung 11: Familienbild 1915 mit Elfriede Ebstein, geb. Nicolaier[794]

[794] Abgebildete Personen, von links: Carola und Erich Ebstein, Elfriede Ebstein, Otto und Mali Blumenthal, geb. Ebstein, mit den Kindern Ernst und Margrete, Privatbesitz Familie Blumenthal.

Ein Teil von Arthur Nicolaiers taktischen Schachzügen zur Rettung seines Vermögens war von dem Wunsch getrieben, seine Nichte Mali und ihren Ehemann Otto Blumenthal, die im Juli 1939 von Aachen aus in die Niederlande emigriert und erwerbslos waren, finanziell zu unterstützen. Spätestens ab diesem Zeitpunkt bedachte er die beiden gezielt mit regelmäßigen Zuwendungen. Bis dahin hatte er über acht Jahre hinweg 100 RM monatlich an Hans Ebstein überwiesen, vom Tode seines Vaters Erich an bis zum 1. September 1939. Mit den zunehmenden Restriktionen und somit Einschränkungen der eigenständigen Vermögensverwaltung wuchsen die Schwierigkeiten, die Zahlungen an Blumenthals zu gewährleisten. Zahlreiche Bemerkungen aus den Briefen Nicolaiers, aber auch Stellen aus Otto Blumenthals Tagebuch stützen den Eindruck, dass Nicolaier sich akribisch bis in die letzten juristischen Winkelzüge der repressiven Finanzverordnungen eingearbeitet hatte und, wenn nötig, juristische Beratung hierzu in Anspruch nahm. Ende 1939 zum Beispiel beklagte Blumenthal einen Briefwechsel mit der Dresdner Bank *„wegen angeblicher 5. Rate der Judenvermögensabgabe“* und schrieb deswegen umgehend an „Onkel“.[795] Umgekehrt unterstützten auch Blumenthals Arthur Nicolaier, wo es möglich war. So zum Beispiel Ende 1940 und im Februar 1941 mit Besuchen „wegen Onkels Testamentsfrage“ bei dem ehemaligen Landgerichtsrat Siegfried Bodenheimer (1868-1945), der auch in die Nähe von Utrecht emigriert war, später ebenfalls deportiert wurde und in Theresienstadt starb.[796] Insgesamt legen die Tagebucheinträge nahe, dass die jeweiligen Testamentsfragen einen wichtigen Teil der Korrespondenz ausgemacht haben dürften. Zumindest werden sie ab und zu explizit erwähnt – in der überwiegenden Mehrzahl der Einträge nennt Otto Blumenthal, der seine täglichen Notizen allerdings durchgehend kurz hält, keine weiteren Details. Aus einem Eintrag Blumenthals vom 4. April 1941 gehen weitere Unterstützungsversuche hervor: *„Brief von Onkel, der in meiner Pensionssache auf dem Ministerium nichts tun kann.“*[797]

Auch wenn sich wenig Konkretes zur Lage Nicolaiers aus Blumenthals Tagebucheinträgen ablesen lässt – der Kontext seiner Notizen sowie die zeitliche als auch inhaltliche Verbindung zu den überlieferten Briefen Nicolaiers halten durchaus einige Informationen bereit, die das Bild von Nicolaier selbst und das Handeln in seiner Situation präzisieren können. Zwei Jahre zuvor, am 3. Februar 1939, hatte Otto Blumenthal ihn über die Pläne zur Auswanderung informiert: *„Nachmittags Geburtstagsbrief an Onkel mit Geständnis der Auswanderungs-*

[795] TB Blumenthal, 10. November 1939, Felsch, Otto Blumenthals Tagebücher, S. 154.
[796] TB Blumenthal, 22. November 1940, ebd., S. 242, dort auch Anmerkungen zu den Eheleuten Bodenheimer.
[797] TB Blumenthal, 4. April 1941, ebd., S. 272. Aus früheren Einträgen geht hervor, dass Otto Blumenthal Ende März 1941 eine Eingabe an das Kultusministerium betreffend seiner Pension gerichtet hatte. Siehe ebd., S. 269.

pläne.“[798] Die Mitteilung der Pläne als ein Geständnis zu bezeichnen, legt nahe, dass ihm diese Information nicht leicht gefallen sein dürfte. Und just in der Zeit nach diesem „Geständnis“ sind auch die einzigen atmosphärisch negativen Bewertungen in Bezug auf Nicolaiers Briefe zu verzeichnen. Ist fünf Tage später noch von einem „rührenden“ Brief als erste Reaktion die Rede und kurz darauf von einem „freundlichen“ über Geld, ist für den 7. März ein „unerfreulicher Brief“ und den 6. April gar ein *„[h]ässlicher Brief von Onkel, der uns nicht besuchen will“* erwähnt.[799] Hinzu kommen in der Folgezeit zwei Anmerkungen über Briefe jeweils von Carola Ebstein und Nicolaier, die seiner Frau Mali offenbar stark zusetzten.[800] Wie sehr die geplante Auswanderung Nicolaier getroffen hatte, geht aus einem kurz nach dieser Nachricht verfassten Brief an Ernst Blumenthal zu dessen 25. Geburtstag hervor:

> *„Ich danke Dir herzlichst für Deine guten Wünsche für mein 78. Lebensjahr. Wie ich schon Deinen Eltern schrieb, stelle ich für es keine gute Prognose. Es geht mir zwar körperlich ganz leidlich, aber ich bin, wie dies ja auch bei vielen andern der Fall ist, von Sorgen gedrückt. Besonders schwer belastet mich psychisch der Entschluss Deiner Eltern auszuwandern, von dem ich zuerst an meinem Geburtstag erfuhr. Es ist keine Lust, jetzt noch zu leben. All das wirkt auf mich so, daß ich wissenschaftliche Arbeit nicht mehr mache.“*[801]

Gerade die letzte Bemerkung macht deutlich, dass die wissenschaftliche Beschäftigung offensichtlich immer noch wie selbstverständlich zu seinem Alltag gehört hatte und illustriert zugleich die Tiefe der Krise, die ihn antriebslos und deprimiert zurückließ. Auch der Rest des Briefes ist von dieser Stimmung geprägt – er informiert Ernst über die Dinge, die er von ihm erben soll (*„Da über kurz oder lang die Auflösung meines Haushalts und damit auch meiner Bibliothek bevorsteht, …“*) und unterrichtet ihn über eine „Abfindung“: er habe den Eltern eine größere Summe gezahlt, die dem fünffachen der üblichen Summen zu Geburtstagen und zu Weihnachten für alle Mitglieder der Familie entspreche. So wenig er also die Entscheidung der Auswanderung gutheißen konnte, so treu blieb er doch auch in dieser Phase der Enttäuschung dem Grundsatz, die Familie zu unterstützen. Auch wenn er die Zahlung hier, offenkundig persönlich verletzt, als „Abfindung“ bezeichnete – sie wird Blumenthals in ihrer Situation sehr geholfen haben, hatten sie doch ihren Umzug vorzubereiten und zusätzlich ihre beiden nach Großbritannien verbrachten Kinder zu unterstützen. Spätestens mit dem Beginn des Jahres 1940

[798] TB Blumenthal, 3. Februar 1939, ebd., S. 70.
[799] TB Blumenthal, 6. April 1939, ebd., S. 84.
[800] Otto Blumenthal notierte oftmals auch die Tagesform seiner Frau Mali.
[801] Brief Arthur Nicolaier an Ernst Blumenthal vom 18. Februar 1939, Privatbesitz Familie Blumenthal.

scheint diese Phase der Verstimmung ausgestanden, jedenfalls wenden sich die Anmerkungen Otto Blumenthals zu den Briefwechseln wieder ins Positive.

Alleine von Februar 1939 bis zu seinem Tod lassen sich auf Basis des Tagebuchs 129 vor allem Briefe, aber auch Pakete und Karten, von und an Arthur Nicolaier belegen – und damit der enge, ständige und ununterbrochene Austausch mit Otto und Mali Blumenthal. Letztere mussten in den Niederlanden von Juli 1939 an zehn Mal ihre Wohnung beziehungsweise Unterkunft wechseln, bis sie schließlich am 22. April 1943 in das Konzentrationslager Vught deportiert wurden. Von dort aus wurden die beiden 18 Tage später in das Lager Westerbork verbracht, wo Mali Blumenthal elf Tage nach der Ankunft, am 21. Mai 1943 den psychischen und physischen Strapazen erlag. Otto Blumenthal wurde im Januar 1944 von Westerbork nach Theresienstadt gebracht; er starb dort am 13. November 1944.[802]

In der Testamentsfrage machte Nicolaier vor allem die Tatsache zu schaffen, dass es keinen Weg gab, die nach Holland emigrierten und weiterhin verfolgten Eheleute als Erben zu berücksichtigen. Im Zuge der Niederlegung seines letzten Willens im September 1941 schrieb er seinem Notar Ernst Ostberg eigens in dieser Sache: [803]

Sehr geehrter Herr Doktor,

Sie kennen ja meine Testamentsnöte d.h. Sie wissen, daß ich meinen Blumenthal'schen Verwandten leider gar nichts hinterlassen kann. Gleichwohl möchte ich Ihnen aber ans Herz legen, doch nach meinem Tode meinen Erben bzw. Nacherben gegenüber dafür einzutreten, daß diese, wenn sie auch in keiner Weise hierzu rechtlich verpflichtet sind, doch alles tun möchten, damit meine in Not geratenen Verwandten Blumenthal von den eingesetzten Erben bzw. Nacherben laufend angemessen unterstützt werden. Tun Sie doch bitte in dieser Beziehung Ihr Bestes!

Mit freundlichem Gruß

Ihr sehr ergebener

Nicolaier

[802] Die Wohnungswechsel und jeweiligen Adressen sind bei Felsch, Otto Blumenthals Tagebücher, S. 511-513. aufgelistet. Im Buch sind unter anderem auch weiterführend die Zeit in den Lagern sowie, auf der Basis von Zeitzeugenberichten, die jeweiligen Todesumstände beschrieben.

[803] Brief (Abschrift/Entwurf) an Notar Ernst Ostberg vom 14. September 1941, Privatbesitz EW.

Ob es Anlass dafür gab, der eingesetzten (Allein-)Erbin Carola Ebstein in dieser Angelegenheit nicht vollends zu vertrauen, sei dahingestellt – seine Bitte, übrigens im gleichen Wortlaut am 20. Februar 1942 auch an Rechtsanwalt Döhring gerichtet, zeigt jedenfalls, wie wichtig Nicolaier dieses Anliegen war. Vielleicht mehr als eine Randnotiz in diesem Schreiben: Der Brief an Ostberg ist mit einem Stempel versehen, den Nicolaier nach seinem Zwangsauszug neu angefertigt haben lassen muss. Er trägt die neue Adresse (Kurfürstenstraße 99) und den Namen „Prof. Nicolaier“. Mit dem Auslassen des Vornamens vermeidet er einerseits den verpflichtenden Zusatz „Israel“, zum anderen aber zeigt sich der Umstand, dass er einen neuen Stempel hatte anfertigen lassen, als ein weiteres Indiz dafür, dass er trotz aller Erniedrigungen und der Strapazen durch den Auszug noch nicht resigniert hatte. Arthur Nicolaier hatte, ganz im Gegenteil, noch einige Dinge zu ordnen und vorzubereiten, wie sich weiter zeigen wird.

Die ständig zunehmenden Restriktionen machten auch das aktive Handeln in Vermögensfragen von Monat zu Monat komplizierter – Ende des Jahres 1941 ist es Nicolaier kaum noch möglich, über sein Geld zu verfügen. Am 15. Dezember notiert Otto Blumenthal: *„Brief von Onkel, der die Unterstützung nicht weiter zahlen kann: ernste Lage.“*[804] Nicolaier indes setzte sich in diesen Tagen mit den zuständigen Stellen auseinander, um zum einen an Bargeld zu gelangen, vor allem aber Blumenthals weiter unterstützen zu können, die hierauf angewiesen waren. Vom 13. Dezember 1941 ist die Abschrift einer Eingabe bei der Staatspolizeistelle erhalten, die er gewohnt akribisch vorbereitet hatte, wie mehrere Entwürfe und Notizzettel bezeugen. Der letzte erhaltene Entwurf soll im Folgenden komplett wiedergegeben werden, da er Nicolaiers Anstrengungen offenlegt, innerhalb des aktuell gültigen Gesetzesrahmens auf seine Rechte zu pochen, und gleichzeitig Details zu seiner Situation beinhaltet. Er bittet um die Erlaubnis monatlicher Abhebungen in Höhe von 700 Reichsmark von seinen Konten – 400 RM für den eigenen Gebrauch sowie 300 RM für Mali und Otto Blumenthal – und unterfüttert dies mit einer Aufstellung seiner Ausgaben seit dem 15.10.1941. Die folgende Begründung fügt er als Anlage hinzu:[805]

> *Ich stehe kurz vor der Vollendung des 80. Lebensjahres (geb. 4.2.1862) und bin auf sorgfältige Verpflegung angewiesen, um meinen Gesundheitszustand aufrecht zu erhalten, deshalb zahle ich für meine monatliche Pension und Miete RM 203. Ich bin früherer Universitätsprofessor in Berlin und habe außer den auf mein <u>nicht</u> gesichertes Bankkonto gezahlten Zinsen aus Kapitalvermögen noch ebenfalls auf dasselbe gehende Zahlungen infolge meiner wissenschaftlichen Leistungen. Ich bin im Jahre 1940 vom zuständigen Finanzamt zu einem Einkommen von RM 30000 veranlagt worden und meine Einkünfte werden im Jahre 1941 nur etwas geringer sein, aber ich habe in diesem Jahre an (?)*

[804] TB Blumenthal, 15. Dezember 1941, Felsch, Otto Blumenthals Tagebücher, S. 330.
[805] NL Ebstein, K 27.

Vorauszahlungen für Steuern und Beträge für die Reichsvereinigung der Juden einen Betrag von 32.318 Reichsmark zu leisten, so daß mir von meinen Einkünften im Jahre 1941 tatsächlich nichts übrig bleibt. Anderes Einkommen habe ich anhand des ganzen Jahres nicht gehabt und habe es auch jetzt nicht.

Mit dem mir also monatlich nur zur Verfügung stehenden Freibetrag von RM 150 kann ich am 1.1. nicht einmal die Pension und Miete für den Monat bezahlen und muß darauf gefaßt sein, daß meine Wirtsleute mir deshalb den Miet[vertrag?] kündigen. Daher wollte ich darum bitten, meine[n] Antrag noch vor dem 1. Januar 1942 erledigen zu wollen.

zu b) Ich unterstütze seit einiger Zeit laufend eine meiner Nichten, die in Utrecht (Holland) lebt, Frau Mali Sara Blumenthal und deren Ehemann Professor Otto Israel Blumenthal. Diese beiden Verwandten sind völlig erwerbslos und leben von Unterstützungen Dritter. Ich habe frühere geringer[e] Beträge an meine Verwandten geschickt. Im letzten Monat aber mußte ich schon wegen der allgemeinen Verteuerung des Lebens in Holland RM 289 senden.

Ich bemerke hierzu noch folgendes: die Eheleute Blumenthal, früher deutsche Staatsangehörige, sind seit Anfang des Jahres 1941 ausgebürgert. Sie wohnen aber in Holland. Mir ist nicht bekannt, ob Holland im Sinne des § 3 der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 als „Ausland" gilt. Wenn dies nicht der Fall sein würde glaube ich, daß gegen diese Unterstützungen kein Einwand zu erheben ist. Da ich mich aber keinenfalls einer unerlaubten Handlung schuldig machen will schuldig machen möchte [sic], bitte ich die zuständige Stelle selbst über die Zulässigkeit des Gesuches zu befinden.

Berlin W 62, 13. Dezember 1941 *Prof Nicolaier*

Kurfürstenstr 99 *Arthur Israel*

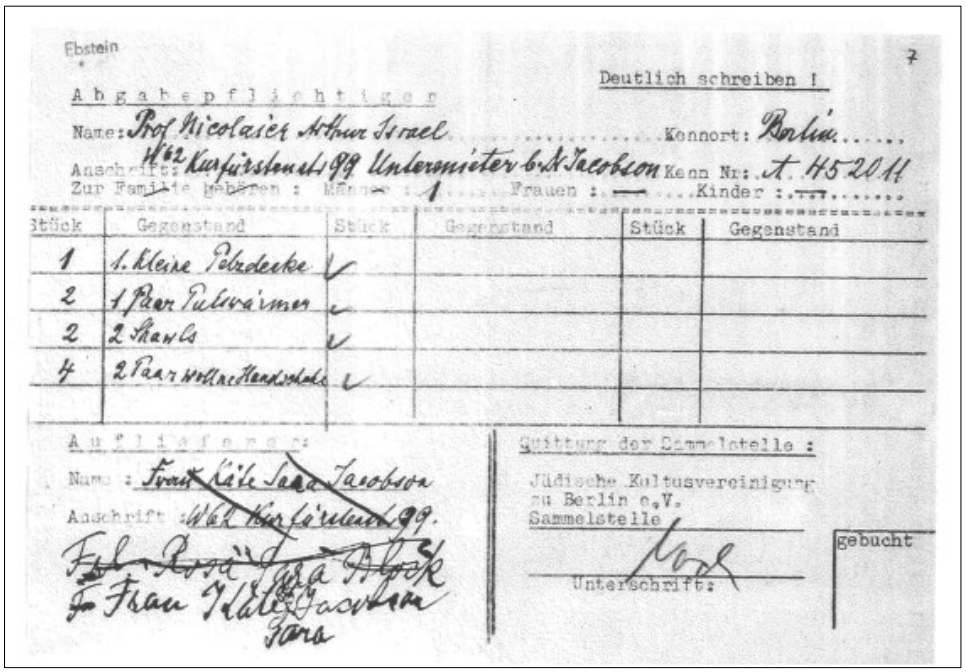
In dieser Eingabe argumentiert er klug und offensichtlich gut vorbereitet. Er zitiert die zentrale Verordnung des Reichsbürgergesetzes und stellt die Auslandsdefinition infrage, um Blumenthals weiter unterstützen zu können. Damit hat er schließlich Erfolg: auf der Abschrift finden sich die Vermerke „geprüft und befürwortet" sowie „Erlaubnis wird erteilt".

Aus der kombinierten chronologischen Betrachtung der von Volkmar Felsch herausgegebenen Blumenthal-Tagebücher und den Briefen Nicolaiers an Mali und Otto Blumenthal sowie an Carola Ebstein ergibt sich das Bild enger familiärer Bande, die in der Not fortbestanden haben und die von Schilderungen des Alltags sowie Versuchen der gegenseitigen Unterstützung geprägt sind. Letzteres muss hervorgehoben werden, denn auch Mali und Otto Blumenthal halfen „Onkel Arthur", wo es möglich war. Dabei waren die beiden in der niederländischen Emigration in ihren Handlungsspielräumen mutmaßlich noch stärker eingeschränkt – allein durch die zahlreichen Wohnungswechsel, Mali Blumenthals schlechten Gesundheitszustand und die prekäre finanzielle Lage, die Arthur Nicolaier aus der Ferne mit

allen Mitteln zu bessern versuchte. Während es Nicolaier zum Jahresende 1941 also (vorerst) gelungen war, seine Bargeldabhebungen sowie die laufenden Zahlungen für Mali und Otto Blumenthal zu sichern, musste er sich in Berlin weiter mit den Schikanen der NS-Erlasse auseinandersetzen.

3.4 Testament und Nachlass: Anweisungen und Vorkehrungen 1942

Die nächste repressive Maßnahme, die konkret aus den Quellen hervortritt, ist die Zwangsabgabe von wärmender Kleidung im erwähnten Winter. Am 13. Januar 1942 erging eine durch die Jüdische Kultusvereinigung übermittelte Anweisung, sämtliche Wintersachen, auch von Kindern unter sechs Jahren,[806] abzuliefern. Bis ins Detail war geregelt, welche Sachen wann, wo und in welchem Zustand abgegeben werden mussten, so unter anderem „nach Entfernung aller Hinweise auf den bisherigen Besitzer“[807] – hier hatte sich schon niemand mehr die Mühe einer auch nur vorgeschobenen Verschleierung gemacht. Auch Arthur Nicolaier kam dieser Verpflichtung nach und ließ Käte Jacobson in seinem Namen eine kleine Pelzdecke, Pulswärmer, zwei Paar Handschuhe und zwei Schals abliefern, wie aus der Quittung einer Sammelstelle der Jüdischen Kultusvereinigung hervorgeht.[808]


Ebstein

Deutlich schreiben !

Abgabepflichtiger

Name: Prof. Nicolaier Arthur Israel Konnort: Berlin

Anschrift: W 62 Kurfürstenstr. 99 Untermieter b. Jacobson Kenn Nr: A. 45 211

Zur Familie gehören: Männer: 1 Frauen: — Kinder: —

Stück	Gegenstand	Stück	Gegenstand	Stück	Gegenstand
1	1 kleine Pelzdecke				
2	1 Paar Pulswärmer				
2	2 Shawls				
4	2 Paar Wollhandschuhe				

Auflieferer:

Name: Frau Käte Sara Jacobson

Anschrift: W 62 Kurfürstenstr. 99.

Für Frau Käte Sara Jacobson

Sara

Quittung der Sammelstelle:

Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e.V.

Sammelstelle

Unterschrift:

gebucht

Abbildung 12: Zwangsabgabe Winterbekleidung, Januar 1942

[806] Die Gruppe der Kleinkinder wurde hier explizit erwähnt, weil sie zuvor von der „Sternpflicht“ ausgenommen war.
[807] Anweisung erhalten in NL Ebstein K 24, Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin, Bl. 8.
[808] NL Ebstein, K 24: Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin, Bl. 7.

Für die folgenden Monate sind weder Briefe erhalten geblieben noch finden sich weitere Quellen. Einzig das Blumenthal'sche Tagebuch bestätigt weiter zuverlässig den bestehenden Kontakt, ohne besondere Ereignisse zu erwähnen. In dieser Zeit liegt auch Nicolaiers 80. Geburtstag. Wie er diesen verbracht hat, bleibt im Dunkeln, doch legen die weiter oben vorgestellten Berichte und Reflexionen zum 70. Geburtstag nahe, dass ein „runder" Geburtstag durchaus große Bedeutung für ihn hatte und zumindest Anlass war, ein Resümee zu ziehen – so hatte er es auch 1932 im Brief an Ernst Blumenthal bewusst getan. Eine Dekade später nun, neun Jahre davon unter der Herrschaft der Nationalsozialisten, notiert Otto Blumenthal schon mehr als zwei Wochen vor diesem Tag: *„Abends Karte von Onkel, der sich Geburtstagshuldigungen verbittet."*[809] Am Geburtstag selbst schreibt er: *Onkel Arthur 80 Jahre, vergrämt u verbittert."*[810] Es folgen ein *„trauriger"* Brief zwei Wochen später und dann eine längere Pause bis zum 10. April, als Blumenthal wieder einen *„zufriedene[n] Brief von Onkel"* registriert.[811]

Ab Juni des Jahres 1942 verschärfte sich die Situation für Arthur Nicolaier und viele andere, vor allem ältere Menschen, noch einmal drastisch. Am 2. Juni 1942 startete der erste sogenannte Alterstransport nach Theresienstadt. In 123 derartigen Transporten wurden alleine aus Berlin in der Folge 14.102 Menschen in das „Altersghetto" deportiert.[812] Für Nicolaier bedeutete dies, von jetzt an täglich mit dem Abtransport beziehungsweise der vorherigen Aufnahme der Personalien rechnen zu müssen.

Aus dieser Zeit stammt der nächste heute noch erhaltene Brief. Anders als die über Jahre vereinzelt überlieferten Briefe, die jeweils nur punktuell Einblicke in die Lebenssituation Nicolaiers preisgeben können, sind alleine aus den letzten zwei Monaten im Leben von Arthur Nicolaier sechs Briefe erhalten geblieben. Aus ihnen gehen der ständig steigende Druck, die Klarheit über die noch zu regelnden Dinge, die Unsicherheit über das, was kommen mag, die möglichen Auswege wie auch ein Schwanken angesichts der letzten Optionen und finalen Entscheidung deutlich hervor. All das tritt sowohl explizit aus dem geschriebenen Wort wie auch aus der Form und dem Stil der Briefe hervor. Gerade im Vergleich mit den vorhergehenden Briefen sind hier Unruhe und Aufgewühltheit förmlich greifbar, Veränderungen im Schriftbild und die Häufung von Fehlern und Streichungen unterstützen diesen Eindruck. Der Klarheit seiner Gedanken und Pläne tat dies kaum einen Abbruch, und

[809] TB Blumenthal, 19. Januar 1942, Felsch, Otto Blumenthals Tagebücher, S. 340.
[810] TB Blumenthal, 4. Februar 1942, ebd., S. 344.
[811] TB Blumenthal, 18. Februar und 10. April 1942, ebd., S. 349 und 359.
[812] Summe der Personen aus dem Bereich der Bezirksstelle Berlin. Alle Transporte samt Transportlisten sind öffentlich abrufbar unter https://www.statistik-des-holocaust.de/list_ger_ber.html [17.03.2023].

dennoch: nun wurde auch die alle Briefe zuvor durchziehende Akkuratesse, gleichsam Ausdruck der Persönlichkeit des Wissenschaftlers Nicolaier, unzweifelhaft erschüttert.

Die Inhalte dieser sechs letzten Briefe lassen sich aufteilen in drei übergeordnete Bereiche: 1. Information über die aktuelle Lage, 2. Laufende oder geplante Versuche zur Verhinderung einer Deportation, 3. Regelungen betreffend die Finanzen und Vorbereitungen für den „Tag X". Der letzte Punkt mit den detaillierten Anweisungen an Carola Ebstein macht hierbei zu Beginn den weitaus größten Umfang aus, und einige Auszüge daraus werden hier präsentiert, bevor die anderen Themen im nächsten Kapitel im Vordergrund stehen. Soweit möglich, werden die Briefe jedoch zusammenhängend dargestellt, um den jeweiligen Entstehungszusammenhang und Textkörper zu bewahren.

Hier eine Übersicht der im Folgenden näher dargestellten Briefe Arthur Nicolaiers aus Berlin:

- 26. Juni 1942 (Brief 1)
- 13. Juli 1942 (Brief 2)
- 16. Juli 1942 (Brief 3)
- 9. August 1942 (Brief 4)
- 24. August 1942 (Brief 5)
- 28. August 1942 (Brief 6)

26. Juni 1942 (Brief 1)

Der erste dieser sechs Briefe von Arthur Nicolaier stammt von Ende Juni 1942. Wie so oft zuvor dominieren Finanz-, Erbschafts- und Steuerfragen im nüchternen Ton den Inhalt. Nicolaier beantwortet Fragen zur Schenkungssteuer, es geht um teils mehr als zehn Jahre zurückliegende Zuwendungen an Carola und ihren Sohn Hans. Dies zeigt, wie weit fortgeschritten die Erörterungen über die Vermögensfragen zu diesem Zeitpunkt gediehen waren, war man doch schon bei Detailfragen wie kleineren Zuwendungen und Verjährungsfristen angekommen. Aus diesem Brief geht hervor, dass sich Nicolaiers Vermögen seit dem 31.12.1939 um 48.222 RM verringert hatte. Er erwähnt außerdem Kosten von 800 RM für einen notariellen Akt bei Rechtsanwalt Döhring und 1000 RM Vorschuss an denselben. Anschließend fährt er fort: *„Anbei RM 1,20 für den Tabak für Hans, ich will ihn weiter bezahlen. Vorläufig habe ich noch, ich rauche nur wenig und jedes Mal kleine Mengen."*[813] Details wie dieses über 1,20 RM verdeutlichen angesichts der großen Summen, um die es

[813] Dieses und die folgenden Zitate stammen aus dem Brief an Carola Ebstein vom 26. Juni 1942, NL Ebstein K. 27.

letztlich ging, an vielen Stellen den korrekten, teilweise auch peniblen Charakterzug Nicolaiers. In seinem Verhalten den Behörden gegenüber, soweit aus den Quellen rekonstruierbar, geht diese Korrektheit immer wieder hervor; sie ist Teil seines Verhaltens, erfüllt in seiner Rolle als Verfolgter aber auch eine Art Schutzfunktion. Hier zum Beispiel ermahnt er Carola Ebstein:

> *„Schreibe den Brief (an das Finanzamt Leipzig, T.O.) sofort und erledige die Sache legal und fristgemäß, schon mit Rücksicht auf die schweren Folgen, die eine mangelhafte Erledigung dieser Sache unter den jetzigen Verhältnissen für mich haben würde."*

Daraus spricht deutlich die (berechtigte) Sorge – Nicolaier hatte nun fast zehn Jahre Erfahrungen mit nationalsozialistischer Schikane –, den NS-Behörden auch nur den kleinsten Vorwand zu liefern, ihm „staatsfeindliche" Handlungen oder ähnliche Scheingründe für ein repressives Vorgehen zu unterstellen. Seit dem Beginn der Deportationen und nun auch der „Alterstransporte" nach Theresienstadt war dahingehend eine existentielle Bedrohungslage entstanden. Dass dies eine spürbare Verschärfung seiner Lage darstellte, geht erstmals auch aus einem Brief hervor, indem er abschließend mahnt: *„Schiebe wichtige Mitteilungen an mich nicht auf, es könnte sonst zu spät werden."*[814]

13. Juli 1942 (Brief 2)

Auch der nächste Brief an Carola Ebstein, mit sechs eng beschriebenen Seiten das umfangreichste noch erhaltene Schreiben, behandelt in erster Linie Geld- und Vermögensfragen für die Zeit nach seinem Tod. Zu Beginn verweist Arthur Nicolaier wieder auf die Dringlichkeit der Lage:

> *„Inzwischen wirst Du wohl erfahren haben, was hier Ende Mai mit J. passiert ist und ich muß bei der heutigen Lage täglich auf alles gefaßt und vorbereitet sein. Deshalb ist es gut die von Dir bezeichneten Sachen, die doch mal erledigt werden müssen, jetzt zu erörtern."*

Wie anfangs erwähnt, kürzte Nicolaier das Wort „Juden" oft mit dem ersten Buchstaben ab. In diesem Kontext ist es wahrscheinlich, dass er auf eine Massenexekution anspielte: Am 28. und 29. Mai wurden 250 Juden, 154 davon zuvor in Berlin verhaftet, im Konzentrationslager Sachsenhausen erschossen – als „Sühneaktion" für den Brandanschlag der Widerstandsgruppe um Herbert Baum auf die Propagandaausstellung „Das Sowjetparadies" und im Zusammenhang mit dem Attentat auf Reinhard Heydrich in Prag einen Tag zuvor.[815]

[814] Brief Arthur Nicolaier an Carola Ebstein vom 26. Juni 1942, NL Ebstein K. 27.
[815] Die Aktion wurde bereits ausführlicher in Kapitel II beschrieben.

Neben aller Besorgnis und Aufregung, die zum Teil aus den Briefen spricht, steht eine unveränderte Akribie, was die Vorkehrungen für die Zeit nach seinem Tod angeht:[816]

„Die Veranlagungsbescheide des Finanzamts liegen in der schwarzen Ledertuchmappe in der linken Schublade des Schreibtische[s], die Depotscheine in dem blauen Umschlage in der mittleren Schublade. Deine Schwester hat auch einen zu den 3 Schreibtischschubladen passenden Schlüssel. An meinem Schlüsselbund ist der passende Schlüssel durch einen rotgelblichen Ring gezeichnet."

Neben weiteren Details zu Konten, Fristen, Gebühren etc. erklärt er im Folgenden Carola Ebstein sein Vorgehen bei den Festgeldkonten:

„Ich nehme das Geld dann auf das laufende Konto zunächst von dem monatlichen fälligen, fülle das monatliche wenn es nicht groß genug ist an den Fälligkeitsterminen des Vierteljahr bzw. am 28/3. bzw. 7/1. usw. wieder aus dem betreffenden fälligen Festgeldkonto auf. Man muß 8 Tage vorher der Bank davon Kenntnis geben. Es heißt also aufpassen. Versäumt man das, was jedoch streng vermieden werden soll, so könnte man sich bei der Bank zu höheren Zinsen Geld für die betreffende Zeit borgen, doch ist das ein Risiko, ob man es erhält. Ich habe es nie getan, denn ich habe, wie es sich gehört, immer aufgepaßt."

Insgesamt beziffert Nicolaier in diesem Brief den aktuellen Wert des Nachlasses auf 294.000 RM, 110.000 RM werden als verpfändete Summe erwähnt. Carola Ebstein hat hier nachträglich an den Rand des Briefes notiert: „Fluchtsteuer, später freigegeben".
Allgemein stellt er noch einmal fest:

„Im Falle meines Todes so oder so erhältst Du das Erbe, wie auch Döhring meint, sonst müßtest Du Dir es erstreiten. […] ich rechne mit der Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit, daß das Vermögen sich an Wert vermindert oder wertlos wird. Du mußt Dich nachher an Döhring sowohl wie an Ostberg, falls er noch da ist, halten. Der letztere ist ja mein Generalbevollmächtigter über den Tod hinaus und wird Dir in manchen Sachen helfen können […]."

Wie an anderer Stelle angedeutet, rechnet Nicolaier mit einem erheblichen Wertverlust seines Vermögens in Folge des Krieges, basierend auf seinen Erfahrungen nach dem Ersten Weltkrieg und legt Carola Ebstein wiederholt nahe, bei Ernst Ostberg Rat zu suchen – den er wiederum

[816] Diese und alle folgenden zitierten Stellen aus: Brief Arthur Nicolaier an Carola Ebstein vom 13. Juli 1942, Privatbesitz EW.

zuvor, wie schon beschrieben, instruiert hatte, auf eine Unterstützung der Blumenthals aus Mitteln seines Vermögens zu achten. Er schließt diesen Brief mit einer weiteren Erinnerung:

> *„Ich erinnere noch an meine frühere Bestimmung alle nicht bezeichneten und nicht etikettierten Medikamente und Präparate in meinem Besitz zu vernichten. Tabletten zu verbrennen, Pulver ins Klosett zu schütten, auch die in der schwarzen Glanzleinwandtasche und im Nachttisch (Cigarrenkiste). Die Nitrolingualgelatinekapseln, als solche bezeichnet weil Nitroglycerin (explosibel) enthaltend, im Garten tiefer zu vergraben, nicht verbrennen! Beim Anfassen sind sie ungefährlich. In der schwarzen Glanzleinwandtasche liegen noch eine Anzahl wichtiger Papiere für Dich und zurzeit RM 60 und der Schlüssel zu Deinem Handkoffer.“*

Die hier vorgestellten Auszüge, insbesondere auch zunächst belanglos erscheinende Detailanweisungen zu bestimmten Konten, zeugen davon, dass es sich bei Arthur Nicolaier in diesen Tagen des **Juni und Juli 1942** um einen geistig wachen, kämpferischen 80-Jährigen handelte. Die große Komplexität der auf vielen Ebenen zu bedenkenden Regelungen, die Nicolaier noch aktiv gestalten wollte, trotz des stetig steigenden Drucks, zuletzt durch die drohende Deportation, erforderte ein Höchstmaß an Konzentration, die er weiter aufbrachte.

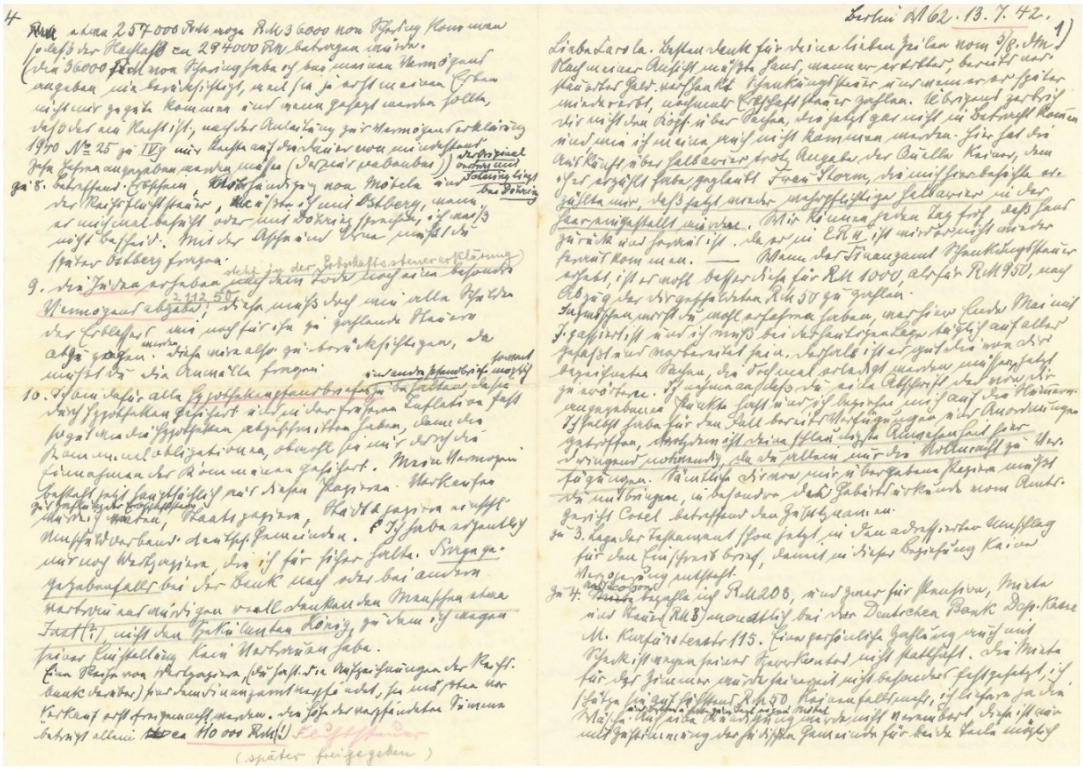


Abbildung 13: Brief von Arthur Nicolaier an Carola Ebstein vom 13.7.42 (Auszug)[817]

[817] Hier abgebildet S. 1 und S. 4 des Briefs, Hervorh. durch Arthur Nicolaier und nachträglich Carola Ebstein, samt Anmerkungen, Privatbesitz EW.

4. Gehen oder Bleiben?

Im Sommer des Jahres 1942 befand sich Arthur Nicolaier nun also in einer Situation, in der er, wie er selbst konstatierte, *„täglich auf alles gefaßt und vorbereitet sein“* musste. Seit vielen Monaten schon waren, mit kleineren Unterbrechungen, die Deportationen „nach dem Osten“ in vollem Gange, seit Juni war der regelmäßige Abtransport vor allem älterer Menschen nach Theresienstadt noch hinzugekommen. Wie zuvor gezeigt, lassen sich umfangreiche und zeitintensive Bemühungen Nicolaiers rekonstruieren, auf allen nur möglichen Wegen sein Vermögen vor dem Zugriff der Nationalsozialisten zu schützen sowie zugleich seine hilfsbedürftigen Verwandten zu unterstützen. Gemessen an seinem eigenen Anspruch, vorbereitet zu sein, lässt sich resümieren: Arthur Nicolaier *war* vorbereitet.

Doch worauf? Wie lässt sich die weitere Situation Nicolaiers aus heutiger Sicht vorstellen? Ohne Zweifel nicht als die eines alten Mannes, der, nachdem alle letzten Dinge geregelt waren, in seinem Zimmer saß und auf die Deportation wartete. Seine Briefe helfen zumindest teilweise dabei, den Mutmaßungen, die oftmals ein maßgeblicher Bestandteil der Erinnerungen an die Opfer der NS-Verfolgung bleiben, zu entkommen. Bei allen Limitationen helfen sie dabei, einzelne Situationen und Momente besser auszuleuchten. Auf der Grundlage eingehender Analysen der Quellen, mittels Querverbindungen und anderer Rückschlüsse, lassen sich doch zumindest einige Antworten auf drängende Fragen geben: Was genau bedeutete es im Falle Arthur Nicolaiers, „vorbereitet“ zu sein? Welche Hinweise finden sich auf einen geplanten Suizid? Wie agierte er weiter in seinem Umfeld und mit den ihm nahestehenden Personen? Was ist bekannt über die parallelen Handlungen und Geschehnisse, die seine engsten Bezugspersonen betrafen – hier am Schicksal der Familie Blumenthal dargestellt – und was wusste man über die jeweilige Situation der anderen? Gibt es Hinweise auf Versuche, der Deportation zu entkommen? Und nicht zuletzt: Inwieweit lassen sich der letzte Schritt und die Umstände seiner Selbsttötung in der Nacht zum 29. August 1942 rekonstruieren?

4.1 Thematisierung und Vorbereitung des Suizids

Zentrale Vorbedingungen dafür, den Suizid überhaupt als eine Option in Betracht zu ziehen, stellten zum einen die jeweiligen Wissensbestände zu den Deportationen und zum anderen die Erwartungen dar, die mit Chiffren wie „Abwanderung nach dem Osten“ verbunden wurden. Arthur Nicolaier, das lässt sich eindeutig sagen, machte sich hier keine falschen Hoffnungen. Sowohl aus seinen eigenen Aussagen als auch aus späteren von Carola Ebstein geht klar hervor: Offensichtlich hatte Arthur Nicolaier zu keinem Zeitpunkt ernsthaft erwogen, in seinem Alter

noch einmal sein Heimatland zu verlassen. Darüber hinaus ahnte er, dass die Verhältnisse in Theresienstadt für ihn definitiv schlechter sein würden als in Berlin, und mehr noch: er wusste es. Eine Passage aus einem Brief von Mitte Juli 1942 belegt, dass er aus seinem direkten Umfeld Informationen über Theresienstadt bezogen hatte; spärliche nur, doch aussagekräftig genug, um seinen Entschluss zu bestätigen. Am 13. Juli schreibt er Carola Ebstein:

13. Juli 1942 (Brief 2)

„Ich käme voraussichtlich nicht nach Polen sondern nach Theresienstadt bei Leitmeritz nahe der deutschen Grenze, es wird als Bevorzugung (!!) angesehen. Es sind dort gute Kasernen aber wie man hört recht mangelhafte Ernährung, so daß die Leute über Hunger klagen, sie bekommen natürlich weniger als hier. Man weiß auch gar nicht, ob man dort bleibt. Die Tochter meiner Wirtin ist von Prag aus mit ihrem Mann dorthin gekommen im November 1941. In einer Karte, die sich [sic] am Anfang von dort noch schreiben konnte, teilte sie mit, die Geschlechter seien getrennt und sie erhielten für den Tag 125 gr Brot, etwa so viel wie ich zum Frühstück esse, um bis Mittag durchzuhalten. Seitdem haben meine Wirtsleute keine Nachricht von ihnen. Sie vermuten, daß sie nach Polen gekommen sind. Ob sie überhaupt noch leben?“[818]

Mit seiner dunklen Vorahnung lag Nicolaier richtig: schon im Januar 1942 waren, wie oben bereits erwähnt, Dagmar Jacobson und ihr Mann von Theresienstadt weiter nach Riga deportiert und dort ermordet worden. Aus den Theresienstädter Studien und Dokumenten geht zudem hervor, dass von den Deportierten in Nicolaiers Altersgruppe nur 2% das Kriegsende erlebten.[819]

Diese Briefpassage ist ein weiterer Beleg dafür, dass relativ früh zumindest vereinzelte Nachrichten aus Lagern existierten, die der Zensur vor Ort entgangen waren – und dass solche Nachrichten auch über den „Mundfunk“ weitergetragen wurden. Offenbar war die hier erwähnte Postkarte innerhalb eines kleinen Zeitfensters abgeschickt worden, in dem in Theresienstadt noch keine funktionierende Zensur aufgebaut war, oder war auf anderen Wegen nach Berlin gelangt.

Allein Nicolaiers Kommentar in der Quelle zur überlieferten Tagesration an Brot von 125 Gramm (*„etwa so viel wie ich zum Frühstück esse, um bis Mittag durchzuhalten“)* verdeutlicht, dass spätestens ab diesem Zeitpunkt die Option, mit „herauszugehen“, keine ernsthafte

[818] Alle hier folgenden Zitate aus: Brief Arthur Nicolaier an Carola Ebstein, 13. Juli 1942, Privatbesitz EW.
[819] Geburtsjahrgänge 1856-1865, Tabelle bei Meyhöfer, Berliner Juden und Theresienstadt, S. 44.

Alternative mehr sein konnte. Zumal Nicolaier im selben Brief mitteilt, körperlich abgebaut zu haben: *„Hoffentlich geht es bei Euch gut und werdet ihr satt, ich werde es so ziemlich mit meiner modifizierten; bestehe aber nur aus Haut und Knochen, habe ca. 40 Pf. abgenommen.“* Hinsichtlich seines Entschlusses für den Tag X ist die „verbriefte“ Information aus Theresienstadt daher als zentral anzusehen. Ob Nicolaier davon schon Ende 1941 Kenntnis erhielt, als die Familie Jacobson den Brief ihrer Tochter und Schwester erhalten hatte, oder ob er erst im Juni 1942 – als Theresienstadt in aller Munde war – von seinen Vermietern darüber informiert wurde, kann dabei nicht mehr geklärt werden.[820] Zwei Sätze, die im Brief jener Theresienstadt-Passage vorausgehen, zeigen unabhängig davon zum einen den quälenden Zustand der Ungewissheit, zum anderen den feststehenden und Carola Ebstein auch schon mitgeteilten Entschluss:

„Wie schon gesagt, ist heute für uns Bereitschaft alles, denn ich muß damit täglich rechnen, dass ich die Nachricht von einer bevorstehenden Evakuation erhalte, dann muß ich mich sofort entschließen. Wie ich Dir schon gesagt habe, habe ich nicht die Absicht herauszugehen und draußen allmählich seelisch und körperlich im Ghetto zu Grunde zu gehen oder durch andre das Leben zu verlieren.“

An dieser Stelle klingt Nicolaier sehr entschieden und klar, einer möglichen Aufforderung zum Transport nicht nachzukommen. Auch ohne die Detailinformation aus Theresienstadt oder weiteres Wissen: die Perspektiven eines Zugrundegehens – die seelische Komponente dabei wohlgemerkt zuerst genannt – oder „durch andre das Leben zu verlieren“, waren für ihn unannehmbar. Welche Konsequenz daraus wiederum erwuchs, schwingt, zumindest in diesem Brief, nur im Subtext mit („Bereitschaft“ – „entschließen“ – nicht ins „Ghetto“).

Weitere Sätze und Passagen aus diesem Brief legen zumindest implizit nahe, dass es eine Zeit außerhalb Berlins für Arthur Nicolaier nicht mehr geben würde:

„Im Fall des Todes hört, wie ich annehme, das Mietverhältnis von nächsten Monat an auf. Die noch nicht abgegessene Pension müßte zurückgezahlt werden. Ich würde raten, den Vermieter, besonders wenn es sich um eine größere Summe (Tag 5 RM) handelt daraufhin anzusprechen. Denn nach meiner Erfahrung sind sie nicht blöde, so haben sie für den ersten Monat trotzdem ich erst am 7. des Monats eingezogen bin, mir nichts von der vollen Pension abgezogen, wie ich erwartet habe. Ich hielt das damals nicht für anständig.“

[820] In der Forschung wird mittlerweile davon ausgegangen, dass ab dem Sommer 1942, vor allem aufgrund ausbleibender Nachrichten von Bekannten und Verwandten, viele Juden die wahre Absicht der Deportation ahnten. Vgl. zum Beispiel Kosmala, Beate: Stille Helden, in APuZ 15-15 2007, S. 29-34, hier S. 30.

Zwei Dinge treten hier hervor: es zeigt sich einmal mehr beispielhaft die erwähnte, penible Vorbereitung vielfältigster Eventualitäten – in diesem Fall sein Rat an Carola Ebstein, nach seinem Tod die zu viel gezahlte Pension tagesgenau von Jacobsons zurückzuverlangen. Gleichsam wird offenkundig, dass Nicolaier, trotz aller Alarmiertheit und „Bereitschaft", den Tag X nicht annähernd absehen konnte. Etwas später im Brief, als er Carola über Details seiner verschiedenen Konten aufklärt, bemerkt er bezüglich der jährlichen Kontogebühren: *„Wenn ich noch am Ende des Jahres da sein sollte (ich will die bezahlten Kosten ausnützen) […]"*, und verknüpft damit fast trotzig den verbleibenden Sinn seines Daseins mit dem Ausreizen bereits bezahlter Gebühren. Dies ist zugleich eine der seltenen Stellen, in denen Arthur Nicolaier überhaupt einmal den nüchternen, korrekten, immer zielgerichteten Ton seines Schreibstils verlässt. So auch an anderer Stelle, wieder ist eine sarkastische Bemerkung in Klammern angefügt: *„Die Lebensmittelkarten hat meine Wirtin, sprich mit ihr, daß sie die Sache erledigt. Der Tod muß, soweit ich weiß, zunächst bei der Polizei angemeldet werden (das ist gleichzeitig die Abmeldung für immer), erst mit dieser geht es zum Standesamt […], das muß Dir alles Mendel oder Frau Dr. Jacobson sagen können."* Die Anmeldung bei der Polizei als Abmeldung für immer… – offensichtlich erwächst dieser dunkle Spott fast unweigerlich der ausführlichen und detaillierten Beschäftigung mit sämtlichen Schritten rund um das abzusehende, baldige Lebensende. Wie groß die Ungewissheit über den Zeitpunkt war, zeigt sich auch in der Bemerkung über das möglicherweise noch zu erlebende Jahresende. Dem gegenüber stehen die ständigen Ermahnungen an Carola, keine Zeit vergehen zu lassen. Sie offenbaren den Druck und die Angst, jederzeit „an der Reihe" sein zu können:

„Wenn Du über diese etwas komplizierte Sache noch etwas zu fragen hast, dann schreibe unverzüglich. Bei der jetzigen Sachlage muss alles Zug um Zug geschehen, sonst könnte es zu spät werden." […] *„Ich will, falls ich dazu noch komme,…"* […] *„Ich wiederhole, schreibe bald, ehe es zu spät ist."* Die aktuellen Geschehnisse verstärken diesen Druck kontinuierlich: *„Jetzt ist hier auch das Spaziergehen der J in den Straßen verboten. Man muß zum Aufenthalt dort einen Zweck haben (Einkaufen, Besuche), der nachzuweisen ist. Auch das Tragen von Spazierstöcken ist verboten!"*

Unmittelbar zuvor berichtet er beiläufig von der Lektüre einer wissenschaftlichen Arbeit: „*In diesen Tagen laß [sic] ich eine Arbeit v. Leopold v. Brunn aus dem Tuberkulosesanator. in Agra (Südschweiz), das ist wohl der Sohn der Leipziger."* Deutlich tritt hier eine Gleichzeitigkeit zutage zwischen einer permanenten, spürbar zunehmenden Einengung des Lebensraums auf der einen Seite sowie der Beibehaltung einer gewissen Ruhe und erprobter Alltagsroutinen auf der anderen.

16. Juli 1942 (Brief 3)

Drei Tage später verfasst Nicolaier einen Geburtstagsbrief an Otto Blumenthal,[821] dessen Verspätung er zu Beginn damit entschuldigt, dass er einen *„umfangreichen vorzugsweise geschäftlichen Brief"* an Carola zu schreiben hatte und außerdem noch durch *„zeitbedingte Hindernisse"* abgehalten worden war. Es folgt eine Gratulation, die den schweren Zeiten Rechnung trägt: *„Also herzlichste Glückwünsche für das neue Lebensjahr, insbesondere für gute Gesundheit für Dich und Deine Familie und für das viele andre, das es leider heute zu wünschen gibt. […] Hoffentlich ist Dein Geburtstag ohne jede Störung gut verlaufen."*
Einblicke in seine Situation gibt Nicolaier in diesem Brief nur indirekt:
„Wenn ich aber einen Brief von Euch erhalte, der das bestätigt (dass alles in Ordnung ist, T.O.), dann bin ich wenigstens eine Sorge los, von den vielen, die mich in dieser Zeit drücken."
Aus dem Zusammenhang ergibt sich zudem, dass er Besuch von Anna Storm, Otto Blumenthals Schwester, [822] hatte: *„Sie wird ja Euch über mich berichten. Sie kann gut reden und schreiben. Ich habe sie gewarnt, bei diesem Bericht nicht zu optimistisch zu sein. Dazu liegt bei mir gar kein Grund vor und das drückt natürlich recht auf die Stimmung."*

Hier zeigt sich eine Ambivalenz dahingehend, dass Arthur Nicolaier vor einem „geschönten" Bericht über seine Situation warnt, zugleich aber die Blumenthals in dieser Zeit vor deprimierenden Details in der Art, wie er sie Carola Ebstein mitteilt, verschont. Ein Grund hierfür dürfte die Rücksichtnahme auf die vulnerable Verfassung seiner Nichte Mali Blumenthal gewesen sein, ein anderer die ganz pragmatische Vorsicht vor dem Hintergrund der wohl beiden Seiten bekannten Gefahr einer Überwachung des Briefverkehrs zwischen Berlin und den besetzten Niederlanden.

Dass sich in dieser Zeit für die Verfolgten über Nacht alles ändern konnte, wie es Arthur Nicolaier selbst mehrfach angedeutet hatte und wovor er sich zugleich fürchtete, zeigt auch der Blick auf die Situation von Otto und Mali Blumenthal zur gleichen Zeit.

[821] Alle hier folgenden Zitate aus: Brief Arthur Nicolaier an Otto Blumenthal, 16. Juli 1942, Privatbesitz Familie Blumenthal.

[822] Otto Blumenthal notiert am 25.6.: „Karte meiner Schwester, die nach Berlin fährt" und grenzt damit den Zeitpunkt ihres Besuches bei Nicolaier näher ein. TB Blumenthal, 25. Juni 1942. Felsch, Otto Blumenthals Tagebücher, S. 376.

4.2 Exkurs: Verschärfung der Situation der Blumenthals

Im Sommer 1942 verschärfte sich auch die Situation von Mali und Otto Blumenthal in Utrecht in mehrfacher Hinsicht. Hiobsbotschaften im Wochentakt lassen nur erahnen, welchem Stress die Betroffenen ausgesetzt waren und geben Hinweise auf eine Zeit maximaler Unberechenbarkeit. Ende Juni erreichte Blumenthals der Abschiedsbrief von Anna Amberg, einer Bekannten aus Aachen, vor ihrer Deportation in die Ostgebiete. Darin berichtet sie vom gemeinschaftlichen Suizid des Aachener Arztes Paul Maas (1873-1942) und seiner Frau Ida (1876-1942), die mit Blumenthals befreundet waren: *„Abschiedsbrief von Frau Amberg vor Deportation aus Aachen. Maas und Frau haben den Tod der Deportation vorgezogen. Trauriges Schicksal, mutige Menschen. Wir beide sehr ergriffen.“*[823] Nur eine Woche später, am 30. Juni, erfuhren die beiden abends aus der Zeitung von neuen Erlassen und Verboten, die bereits ab dem folgenden Tag wirksam wurden: Besuche bei Nichtjuden, die Nutzung sämtlicher Verkehrsmittel und öffentlicher Telefone sowie das Verlassen der Wohnung nach acht Uhr abends wurden verboten. Außerdem waren Einkäufe nur noch zwischen drei und fünf Uhr nachmittags gestattet. Somit wurden viele der massiven Einschränkungen im öffentlichen Leben, wie sie in Nicolaiers Heimat Berlin sukzessive verfügt worden waren, in den Niederlanden über Nacht „angeglichen“. Doch den Eheleuten Blumenthal blieb keine Zeit, sich auf die massiven Beschränkungen der Alltagsgestaltung einzustellen. Eine Woche später folgte der nächste Schock: *„Beim Abendessen Donnerschlag: Wir müssen bis Ende des Monats infolge der neuen Verordnungen das Haus verlassen. Sehr kalter Brief des Hauswirts.“*[824]

Einmal mehr waren die Eheleute Blumenthal plötzlich damit konfrontiert, sich um eine neue Bleibe kümmern zu müssen. Das Tagebuch lässt die nachfolgenden Strapazen erahnen: mehr als 30 Wohnungsbesichtigungen in Utrecht binnen zwei Wochen, dazu zahlreiche Treffen mit Bekannten zum Zwecke des Austauschs von Mietmöglichkeiten, bis am 22. Juli endlich eine neue Unterkunft gefunden war. Doch drei Tage später erreichte die beiden die nächste Hiobsbotschaft: *„Nach Abendbrot Donnernachricht: meine arme Schwester am 20. Juli nach Theresienstadt deportiert.“*[825] Diese Nachricht von Anna Storm, die kurz zuvor noch Arthur Nicolaier besucht hatte, ist erhalten geblieben und wurde von Volkmar Felsch veröffentlicht:

> *„Liebste Mali, mein lieber Otto! Nun hat auch mich das Geschick ereilt. Am 20. Juli muß ich mich einem „Alterstransport“ nach Theresienstadt im Protektorat anschließen. Die*

[823] TB Blumenthal, 22. Juni 1942, ebd., S. 375. Felsch erklärt dazu, dass der Suizid am 13. Juni stattgefunden habe und Anna Amberg am 15. Juni deportiert worden sei. Der Brief sei das einzige Dokument überhaupt, das von ihrer Deportation zeuge. Vgl. ebd., S. 375, FN 548.
[824] TB Blumenthal, 6. Juli 1942, ebd., S. 379.
[825] TB Blumenthal, 25. Juli 1942, ebd., S. 386.

Weisung kam völlig überraschend, auf Grund einer neuen Verfügung, die ausschließlich Personen meiner besonderen Gesamtlage erfasst, der Soldatentod unseres Jungen kommt als Milderungsgrund nicht in Frage. […] Alles Äußerliche wird leicht erledigt. Springer wird von mir benachrichtigt. Leider sind meine guten Freunde, auch die beiden Pastoren, in Urlaub, dennoch werde ich verwöhnt, beschenkt und, glaube ich, betrauert. B.'s sind viel bei mir. – Ich hoffe und vertraue mit Gottes Beistand auf meine gesunde, zähe und bedürfnisarme Natur und will meinen ganzen Willen einsetzen, um mich dem neuen Leben anzupassen. – Anna, Frieda und Theo habe ich geschrieben. – Sobald es mir möglich ist, gebe ich die neue Anschrift an. – Gott befohlen! Vielleicht sehen wir uns bald wieder. – Tausend treue Grüße! Eure alte Anna."[826]

Nachträglich fügte Otto Blumenthal seinem Tagebuch unter dem 20. Juli (seinem Geburtstag) diese „Abreise" hinzu und benannte sie in drei Worten als das Verbrechen, das es war: *„Meine Schwester verschleppt."*[827] Am Tag nach dieser schlimmen Nachricht notierte Blumenthal *„Beruhigende Mitteilungen über Theresienstadt"*,[828] und der stabilisierende Faktor auch nur kleinster (vermeintlich) positiver Nachrichten in dieser Zeit sollte, vor allem in Hinblick auf das weitere Funktionieren in der Ausnahmesituation, nicht unterschätzt werden. Dass Otto Blumenthal sich in dieser Situation bezüglich Theresienstadt und der Sorgen um seine Schwester etwas beruhigte, lässt nebenbei vermuten, dass Arthur Nicolaier seine Kenntnisse über die miserable Ernährungssituation nicht weitergegeben hatte. Die Nachricht von Anna Storms Deportation hatte Nicolaier schnell erreicht, am 9. August teilte er es Carola Ebstein mit:

„Sie schreiben auch, daß Frau Storm bereits nach Theresienstadt abtransportiert ist trotz des Heldentodes ihres Sohnes. Vor einem Monat war sie noch bei mir. Dahin werden wohl auch Mali u[nd] Otto mal kommen."[829] Der letzte Satz stützt, anknüpfend an das vorangegangene Kapitel, in der Art seiner Formulierung zusätzlich die Interpretation, dass Nicolaiers Entschluss, das Land nicht zu verlassen, zu diesem Zeitpunkt feststand.

Die Belastungen für Otto und Mali Blumenthal nahmen nach dieser Nachricht nicht ab: es musste zusammengepackt werden, am 31. Juli folgte der Umzugstag. Dieser wiederum wurde

[826] Dieser Brief ist wiedergegeben bei Felsch, S. 386f. Anna Storm überlebte Theresienstadt nicht. Sie starb dort am 13. Juni 1943. Angabe nach ebd., S. 499.
[827] TB Blumenthal, 20. Juli 1942, ebd., S. 385.
[828] TB Blumenthal, 26. Juli 1942, ebd., S. 387.
[829] Brief Arthur Nicolaier an Carola Ebstein vom 9. August 1942, Privatbesitz EW.

begleitet von *„der traurigen Nachricht, dass der Joodsche Raad mitgeteilt hat, dass die Utrechter Juden 16-50 Jahr sich zum Abtransport bereit machen sollen.“*[830]

Und keine drei Wochen nach Bezug der neuen Bleibe gerieten auch Mali und Otto Blumenthal in die Mühle der massenhaften Deportationen und Ermordungen. Am 19. August erfuhren sie, dass sie sechs Tage später „evakuiert“ werden sollten. Tags darauf informierte sich Otto Blumenthal beim „Joodsche Raad“ über Möglichkeiten der Rückstellung mit dem Ergebnis: *„Einzige Chance für Befreiung ein unmögliches ärztliches Attest.“*[831] Noch am selben Tag stellte ihm sein Arzt ein solches Attest aus. Der Inhalt ist unbekannt, doch die helfende Absicht des Arztes Hendrik van der Hoeven[832] offensichtlich: Das Attest ist, wie Felsch angibt, auf den 18. August ausgestellt – es wurde somit auf den Tag vor der Deportations-Mitteilung vordatiert. Nach dem „Joodsche Raad“ fragte Blumenthal auch in seinem Bibelkreis um Rat, es wurde ihm ein Gesuch bei der Amsterdamer SS empfohlen,[833] das er ebenfalls sofort auf den Weg brachte. Und weiter überschlugen sich die Ereignisse. Einen Tag vor Abfahrt des Zuges änderte sich das Ziel (Lager Westerbork statt Amsterdam), was den Schock noch vergrößerte. Während der Fahrt mit dem Zug, nachdem Blumenthals *„die ganze Nacht durch“* gepackt hatten,[834] dann eine plötzliche, unverhoffte Wendung: In Amersfort, schon auf der Strecke nach Westerbork, wurden die Eheleute Blumenthal aus dem Zug gerufen und durften anschließend nach Utrecht zurückfahren. Den Aufzeichnungen Blumenthals zufolge hatten sie diese Rettung dem Pastor Gerrit Duyvendak (1895-?) zu verdanken, Einzelheiten dazu sind jedoch nicht bekannt.[835] Am Abend des Tages ihrer Deportation öffneten die Blumenthals somit wieder die versiegelte Tür ihrer ausgeräumten Wohnung.

Die Rekonstruktion dieser Ereignisse zwischen Ende Juni und Ende August, die Dank der lückenlosen Tagebuchaufzeichnungen und ihrer Veröffentlichung durch Volkmar Felsch möglich ist, wirft die Frage auf, wie die beiden über 65-Jährigen, beide gesundheitlich angegriffen, diese Strapazen aushielten. Auffallend ist, dass Otto Blumenthal auch in dieser Zeit das wissenschaftliche Arbeiten nie aufgab, sondern sich sowohl privat mit Berechnungen auseinandersetzte als auch – dank guter Einbindung in ein örtliches Gelehrtennetzwerk – regelmäßig an wissenschaftlichen Kolloquien teilnahm und diese vorbereitete. Die stabilisierende Wirkung der beruflichen und fachlichen Tätigkeiten wird häufig beschrieben,

[830] TB Blumenthal, 31. Juli 1942, Felsch, Otto Blumenthals Tagebücher, S. 388.
[831] TB Blumenthal, 20. August 1942, ebd., S. 393f.
[832] Mit dem Nervenarzt entwickelte sich eine gute Beziehung, Mali Blumenthal suchte ihn am 23.6.42 zum ersten Mal auf. Vgl. ebd., S. 375f.
[833] Zum Stichwort „Christenjood“, weitere Inhalte sind unbekannt. Vgl. ebd., S. 393.
[834] Zitat und nachfolgende Ereignisse: TB Blumenthal, 25. August 1942, ebd., S. 395f.
[835] Zu dem Helfer schreibt Felsch in einer Fußnote: „Dominee G. J. Duyvendak war Pastor der Lutherischen Kirche in Utrecht. Er engagierte sich auch später mehrmals für die Blumenthals.“ Ebd., S. 396, FN 570.

bekannt sind die selbstorganisierten Kreise und Veranstaltungen in den Lagern, so auch in Theresienstadt, wo Blumenthal später auch noch lange mathematisch aktiv war. Daneben pflegten Mali und Otto Blumenthal zahlreiche private Kontakte und nahmen regelmäßig an einem Bibelkreis teil. Wie sehr all dies den beiden geholfen haben mag, sich in dem hier nur ausschnittweise dargestellten Wahnsinn nicht zu verlieren, ist unklar. Dass die genannten Aktivitäten aber etwas mehr Halt, Struktur oder auch Trost in das Leben im Ausnahmezustand bringen konnten, scheint unzweifelhaft.

Der Versuch, von der Deportation verschont beziehungsweise zurückgestellt zu werden, wie er auch aus den geschilderten Ereignissen hervorgeht, soll hier noch einmal thematisiert werden. Anfang Juli 1942 hatte Otto Blumenthal ein bereits seit längerer Zeit vorbereitetes Hilfsgesuch an den Luftwaffengeneral Friedrich Christiansen, damals Wehrmachtbefehlshaber in den besetzten Niederlanden, gesandt. Anlass war die ständige Angst vor einer möglichen „Evakuierung" – in den Niederlanden wie in Berlin, im gesamten Reichsgebiet oder in anderen besetzten Ländern zu dieser Zeit die übergeordnete und existentiellste aller Sorgen. Das Gesuch ist erhalten geblieben und von Volkmar Felsch veröffentlicht worden.[836] Es soll auch hier im Ganzen wiedergegeben werden, liefert es doch wichtige Einblicke in die Strategien und Versuche vieler Verfolgter, der Deportation zu entkommen. Insbesondere die Art und Weise der Argumentationsmuster sind von Interesse, auch im Vergleich mit Arthur Nicolaiers Situation, auf die anschließend weiter einzugehen sein wird.

Professor (Israel) Otto Blumenthal. Utrecht, 2.7.1942.

An den Herrn Wehrmachtsbefehlshaber in den Niederlanden

General der Flieger Christiansen, Hilversum.

Herr General!

Ich wende mich an Sie in Not mit einer Bitte um Hilfe.

Ich war 1905-1933 ordentlicher Professor der Mathematik an der Technischen Hochschule Aachen und habe den Weltkrieg als Frontkämpfer mitgemacht. Da meine Frau und ich zwar evangelischer Konfession, aber jüdischer Abstammung sind, haben wir uns im Juli 1939 entschliessen müssen, Deutschland zu verlassen. Wir sind nach Holland ausgewandert – mit der Absicht späterer Weiterwanderung nach entfernteren Ländern – und haben uns zuerst in Delft niedergelassen, wo ich durch Hülfe der mir befreundeten Professoren der Technischen Hochschule wissenschaftliche und Unterrichtstätigkeit finden wollte und auch einen hoffnungsvollen Anfang damit machte. Die Hoffnung zerschlug sich aber, als wir am 8. September 1940 aus Delft ausgewiesen wurden. Seitdem leben wir in Utrecht, wo ich anregenden wissenschaftlichen Umgang mit den hiesigen Universitätsprofessoren und auch etwas wissenschaftliche Arbeit habe. Meine Bitte ist deshalb folgende: Da damit gerechnet

[836] Nachstehend zit. nach Felsch, Otto Blumenthals Tagebücher, S. 380f.

werden muss, dass wir auch wieder aus Utrecht ausgewiesen und bei unserem vorgerückten Alter (wir sind beide über 65 Jahre alt) nach Amsterdam verschickt werden, bitte ich Sie, Herr General, um Ihren Beistand, dass wir von dieser Massregel verschont bleiben können. Ich lege folgende Beweisstücke bei:

1. Anlage 1 Photokopie des um die deutsche Luftfahrt und das deutsche Flugwesen hochverdienten Leiters des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Strömungsforschung in Göttingen, Professor L. Prandtl, aus dessen letztem, rot angestrichenem und auch noch in Abschrift angeheftetem Absatz hervorgeht, dass meine Verdienste als Hochschullehrer von diesem kompetenten Beurteiler anerkannt werden.

2. Anlage 2 Photokopie meiner Militärdienstbescheinigung. Ich habe den Weltkrieg 3 Jahre als Frontkämpfer mitgemacht und zwar die meiste Zeit als Leiter einer Feld- (Armee-) Wetterwarte, besitze EK II und Frontkämpfer- Ehrenkreuz. 1918 war ich im Flugzeugwerk der Siemens-Schuckertwerke Berlin-Siemensstadt mit der Durchrechnung von Flugzeugen beschäftigt und habe auch in den „Technischen Berichten der Flugzeugmeisterei Adlershof" eine Arbeit über den Einfluss der Drahtvorspannungen auf die Festigkeit eines Flugzeugtyps veröffentlicht.

3. Anlagen 3 und 4 Photokopien und Übersetzungen von 2 ärztlichen Attesten, dass meine Frau an einer ausgedehnten alten Tuberkulose leidet und deshalb nicht in dicht besiedelten Quartieren wohnen darf, und dass zweitens wegen einer psychischen Krankheit eine Ausweisung für sie gefährliche Folgen haben könnte.

Auf Grund dieser Dokumente bitte ich Sie, Herr General, meinen Fall wohlwollend prüfen und mir den erbetenen Schutz gewähren zu wollen. Es wäre hart für uns, insbesondere für meine leidende Frau, wenn wir zwangsweise Utrecht verlassen müssten, wo wir in einem sog. rusthuis (Altersheim) eine unserer geschwächten Gesundheit entsprechende Unterkunft gefunden haben.

Israel Otto Blumenthal.

Otto Blumenthal wählt in diesem Gesuch eine stark adressatenzentrierte Argumentation, offenkundig mit dem Ziel, die Erfolgsaussichten zu erhöhen. Im Schreiben an den General erwähnt er im ersten Satz gleich nach der Professur seinen Frontkämpfer-Status mit dem Effekt, ihm weniger als Hochschullehrer denn als Soldat entgegenzutreten. Die Absicht, später in weiter entfernte Länder auszuwandern, signalisiert, dass eine Rückkehr ins Reichsgebiet oder ein Verbleiben im besetzten Holland ohnehin nicht angestrebt sei, man in der Hinsicht keine „Probleme" bereiten würde. Der Hinweis auf die Einbindung in Utrecht und die wissenschaftliche Arbeit wiederum stellt heraus, dass er vor Ort in der Lage ist, selbst für seinen Unterhalt zu sorgen. Zentrale Argumente sind jedoch die früheren Arbeiten und Verbindungen zum Flugzeugbau, welche Blumenthal zugeschnitten auf den General der Luftwaffe herausstellt und zusätzlich eine Referenz anfügt, die diesem bekannt sein muss. Vielleicht würde seine Fachkenntnis ja sogar noch einmal gebraucht…? Schließlich führt er mittels Attesten die

gesundheitliche Lage seiner Frau ins Feld, lässt diese aber nicht für sich stehen, sondern argumentiert darüber hinaus mit einer potentiellen Gefährdung anderer, sollte Mali Blumenthals Tuberkulose in dichter besiedelten Verhältnissen wieder aufbrechen. Über eine Reaktion des Generals oder seiner Geschäftsstelle ist nichts bekannt.

Einen ähnlichen Versuch leitete ein paar Wochen später auch Arthur Nicolaier in die Wege, als seine Deportation näher rückte und der Druck weiter zunahm.

4.3 Eigene und fremde Versuche zur Rettung

Eine Zäsur markiert der nächste Brief Arthur Nicolaiers an Carola Ebstein vom **9. August 1942 (Brief 4)** dahingehend, dass kurz zuvor seine Personalien für die baldige Deportation aufgenommen worden waren. Damit begann die Phase der akuten Gefährdungslage, und nun ging es darum, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um vielleicht doch noch verschont zu werden. In diesem Brief bittet er Carola Ebstein, wenn auch zurückhaltend, darum, für ihn eine Eingabe bei Hermann Göring zu machen – und schickt einen Entwurf für ein solches Schreiben gleich mit. Wie einen Monat zuvor bei Otto Blumenthals Eingabe ist die Intention auch hier, auf der Grundlage wissenschaftlicher Lebensleistungen von den Deportationen zurückgestellt zu werden:[837]

> *Der 80jährige Professor Arthur Israel Nicolaier, Berlin W62 Kurfürstenstr. 99 (geb. 4.2.1862) bestand 1885 die medizinische Doktor- und die medizinische Staatsprüfung, war 1885-1900 Assistenzarzt und später Oberarzt an der medizinischen Universitätsklinik in Göttingen, seit 1890 Privatdozent und später Titularprofessor in der medizinischen Fakultät zu Göttingen. Seit 1900 in der medizinischen Fakultät zur [sic] Berlin dort von 1923 [sic, 1921] bis 1933 (nicht beamteter) außerordentlicher Professor.*
>
> *Im Jahre 1884 entdeckte er den Erreger des Wundstarrkrampfes, den Tetanusbacillus, wies außerdem auf die große Verbreitung der Keime des selben in den oberflächlichen Schichten des Erdbodens hin und machte schon damals auf die Gefahr der Verunreinigung von Wunden mit Erde und Staub aufmerksam.*
>
> *8 Jahre nach dieser Entdeckung wurde mithilfe der Wundstarrkrampfbacillen das Serum zur Behandlung des Wundstarrkrampfes dargestellt, dessen Einspritzung sich jetzt besonders zur Verhütung des Wundstarrkrampfes als wirksam erwiesen hat, so daß diese nunmehr bei der deutschen Wehrmacht bei durch Erde und Staub verschmutzten Wunden vorgeschrieben ist.*
>
> *Nach den Mitteilungen der Feldchirurgen in den medizinischen Zeitschriften (siehe zB. Hellner, Hans, Die chirurgischen Wundinfektionskrankheiten und ihre Bekämpfung,*

[837] Entwurf ohne Datum, zum Brief vom 9. August als Beilage gehörend. Von Carola Ebstein mit „Lebenslauf" überschrieben, Privatbesitz EW.

D.m.W. No. 3. 1942. S. 317) ist infolgedessen der Wundstarrkrampf in der deutschen Wehrmacht gegen früher nur eine seltene Krankheit geworden.

An diesem großen Erfolg muß Nicolaier jedenfalls ein Anteil zugeschrieben werden, denn wenn Nicolaier nicht den Wundstarrkrampfbacillus entdeckt hätte, hätte das Wundstarrkrampfserum nicht dargestellt werden können.

Ferner hat Nicolaier 1895 das Urotropin in den Arzneischatz eingeführt, das sich besonders bei der Behandlung von Blasenkrankheiten bewährt und, wie sehr zahlreiche Arbeiten aus allen Ländern der Welt beweisen, unzähligen Menschen geholfen hat und auch heute noch sehr viel mit Erfolg angewendet wird.

Endlich hat Nicolaier 1908 zusammen mit Dr. Dohrn die wissenschaftlichen Grundlagen für ein sehr viel gebrauchtes Heilmittel, das Atophan geschaffen, das sich bei Rheumatismus und Gicht besonders wirksam erwiesen hat und sich auch heute noch einer großen Wertschätzung in allen Ländern erfreut.

So hat Nicolaier im Laufe der Jahre Millionen Menschen in der Welt durch seine wissenschaftlichen Leistungen geholfen und hilft ihnen auch heute noch.

Der für Carola vorbereitete Entwurf ist gleich in mehrfacher Hinsicht von Interesse. Nicolaier führt darin diejenigen Leistungen seines Lebens auf, die aus einer von ihm angenommenen Adressatenperspektive Anlass für eine Rückstellung von der Deportation geben könnten. Um sicherzustellen, dass die Relevanz der Tetanus-Entdeckung unmittelbar erkannt wird, verknüpft er diese mit der Impfstoffentwicklung und damit dem aktuellen Impfschutz der Soldaten der Wehrmacht. Tatsächlich hatte der erste massenhafte Einsatz des Antitoxins im Ersten Weltkrieg zu einem schlagartigen Rückgang der Tetanusfälle geführt und somit mehrere Tausend Tetanus-Tote verhindert.[838] Auch eine wissenschaftliche Unterfütterung als Argumentationsstütze fügt er mit einem aktuellen Beitrag aus der Deutschen Medizinischen Wochenschrift hinzu.[839] Dadurch wird nebenbei noch einmal bestätigt, dass Nicolaier bis zum Schluss wissenschaftliche Arbeiten studierte, was ihm immer mehr erschwert und letztlich auch verboten worden war.[840] Aus einem Hinweis an anderer Stelle geht hervor, dass ihn sein Arzt

[838] Laut der Sanitätsberichte hatte es allein an der Westfront im ersten Kriegsjahr 2.006 Fälle von Wundstarrkrampf mit einer angenommenen Letalität von 75 % gegeben. Gleich nach dem Auftreten der vielen Fälle wurde ab September 1914 nach und nach ein Serum vorbeugend gegeben, ab März 1915 war die Vollversorgung des Heeres erreicht. Im anschließenden Zeitraum gingen die Fälle um etwa 90 % zurück. Vgl. Sanitätsbericht über das Deutsche Heer (Deutsches Feld- und Besatzungsheer) im Weltkriege 1914/1918, Bd. 3, Berlin 1934, S. 77-85.

[839] In dem Beitrag heißt es an der von Nicolaier erwähnten Stelle: „Der Wundstarrkrampf ist praktisch durch die obligate Tetanusserumverabreichung heute fast ausgerottet. Tetanusfälle in der deutschen Wehrmacht halten sich in diesem Kriege praktisch in unglaublich niedrigen Grenzen." Hellner, Hans, Die chirurgischen Wundinfektionskrankheiten und ihre Bekämpfung, in: Deutsche Medizinische Wochenschrift 3 (1942), S. 317.

[840] Am 17. Februar 1942 wurde durch Anordnung des RSHA der Bezug von Zeitungen und Zeitschriften komplett verboten: „Juden sind von der Belieferung von Zeitungen, Zeitschriften, Gesetz- und Verordnungsblättern durch die Post, durch Verlage oder Straßenhändler ausgeschlossen." Walk, Das Sonderrecht, IV 310, S. 364.

Kurt Mendel (1874-1946)[841] – der als „Krankenbehandler“ von diesem Verbot zunächst noch ausgenommen war – offenbar weiter mit Fachliteratur versorgte.[842] Trotz seiner Notlage verfällt Nicolaier in diesem Entwurf nicht ins Anbiedernde, im Gegenteil: er bezieht die medizinischen Fortschritte der Tetanusentdeckung und seiner weiteren Entwicklungen universell auf alle Länder und „Millionen Menschen in der Welt“, denen er damit geholfen habe.

In dem begleitenden Brief an Carola Ebstein – nachfolgend ungekürzt dargestellt – wird neben dieser Bitte die akute Gefährdungssituation greifbar:

Berlin W 62, 9.8.42

Liebe Carola, bei mir sind am 7. dM die Personalien für die Abwanderung nach Theresienstadt aufgenommen worden, so daß ich über sehr kurz oder länger den Abtransport zu erwarten habe. Auf Rat des aufnehmenden Frl. Dr. habe ich sofort eine Eingabe an die jüd Gemeinde gemacht mich [sic] mit Rücksicht auf meine hiesige Tätigkeit, Urotropin und die Tetanussache (Atophan habe ich weggelassen), da die Eingabe möglichst kurz (und groß geschrieben) sein sollte, sie sagte, wenn überhaupt, könnten nur sofortige Schritte etwas helfen, was mir auch von andern bestätigt ist.

Am folgenden [durchgestrichen] demselben Tage Dö [Döhring, T.O.] persönlich beim Oberkommando der Wehrmacht bei dem Vertreter des leider bis 17/8 abwesenden Generaloberstarzt einem Oberstabsarzt verwendet, jedoch ohne Erfolg. Ferner bemüht sich Mendel noch bei dem Vorstand der jüd Gemeinde, und ich will am Dienstag noch selbst etwas tun auf Rat J.M. Teiser(?). Diese sagte mir auch gesprächsweise, man sollte sich an Göring wenden als Vertreter der Kultur und Industrie, wobei ich hinzufüge, daß ich gehört habe, daß G. jetzt etwas im Hintergrunde stehen soll, was ja aber kein Hinderungsgrund wäre. Bei diesem Rat habe ich mich erinnert, daß Du früher einmal an G. für mich um eine Wohnung bzw. Zimmer bitten und die Berechtigung dazu aus dem Heldentod Deines Bruders als Flieger im Weltkriege herleiten wolltest. Es soll dies aber kein Wink mit dem Zaunpfahl sein, umso mehr als ich mir davon nichts verspreche. Frl. P(?) sagte mir noch, daß ein solches laufendes Gesuch eine aufschiebende Wirkung auf den Abtransport haben würde.

Mit allen den Gesuchen kann ja nur ein Hinausschieben erreicht werden. Es ist eine Galgenfrist und es [sic] mir wünschenswert, wenn die Tragoedie bald ihr Ende hätte.

Ich wollte Dir wenigstens das geschrieben haben, es soll keine Aufforderung [sein] das zu tun, sondern überlasse Dir ganz was Du tun willst und füge noch hinzu, wenn Du es unterläßt, das [sic] ich Dir das nicht übel denken würde. Für den Fall aber, daß Du das

[841] Vgl. zu Dr. Kurt Mendel den biografischen Eintrag bei Schwoch, Berliner jüdische Kassenärzte, S. 594f. Kurt Mendel war demnach bis 1933 mehr als 20 Jahre lang Schriftführer der Gesellschaft deutscher Nervenärzte und eine Instanz auf dem Gebiet, nach ihm ist der Mendel-Bechterew-Reflex benannt. Vermutlich bestand die Verbindung zu Nicolaier schon lange, durch die Nachbarschaft in der Prager Straße. Auf welche Weise und wo Kurt Mendel den Krieg überlebte, ist noch nicht bekannt.

[842] Brief Arthur Nicolaier an Otto Blumenthal vom 24.8.1942, Privatbesitz Familie Blumenthal. Offenbar wurde das Abonnement auf Kurt Mendel umgeleitet, der die Zeitschrift wiederum weitergab an Nicolaier.

Gesuch machen willst, habe ich Dir einen Entwurf dazu gemacht, an den Du selbstverständlich nicht gebunden bist. Wenn Du die Sache machen willst, muß sie unverzüglich gemacht werden. Sie ist groß auf einen großen Bogen zu schreiben; er liegt bei.

Hier gehen die Sachen rapide weiter. Ich darf jetzt keine Zeitung und Zeitschriften halten, lese die Zeitung seit Mitte Juli nicht. Auch spazieren darf man nicht, das schrieb ich wohl schon.

Das neueste ist die Juden dürfen keine Titel führen, das wäre noch das wenigste.

Mali beklagt sich, daß sie schon lange keine Nachrichten von Dir hat, sie selbst schreibt wegen ihrer jetzigen Lage auch nur selten an mich. Du weißt wahrscheinlich noch nicht, daß sie jetzt seit 1/8 Schroeder van den Kolkstr. 17 bei Hamburger wohnen.

Dort geht jetzt die Sache wie hier vor sich. Sie mußten zu Juden ziehen, tragen den Stern, dürfen nur v. 3-5 einkaufen und Arier nicht besuchen. Sie sind zu bedauern und die Finanzen sind knapp.

Sie schreiben auch, daß Frau Storm bereits nach Theresienstadt abtransportiert ist trotz des Heldentodes ihres Sohnes. Vor einem Monat war sie noch bei mir. Dahin werden wohl auch Mali u[nd] Otto mal kommen.

Herzliche Grüße an Dich und Hans

Tabak habe ich noch knapp ½ Paket, wenn H. noch Tabak hat mag er ihn schicken [durchgestrichen] zunächst zurückhalten, ich weiß ja nicht, ob ich ihn noch brauchen werde. Ich werde, wenn er zu Ende geht schreiben.[843]

Schlaglichtartig ergeben sich hier Einblicke in Nicolaiers Situation kurz nach der Aufnahme seiner Personalien für Theresienstadt. Offenbar hatte ihm die Mitarbeiterin der Jüdischen Gemeinde zu einer schriftlichen Eingabe geraten, was Nicolaier sofort erledigte. Schon am folgenden Tag sprach sein Rechtsanwalt Walter Döhring beim OKW vor, sein Arzt Kurt Mendel suchte den Vorstand der Jüdischen Gemeinde auf und Nicolaier selbst war auch weiter aktiv und wollte nichts unversucht lassen. Zusammen mit der Bitte an Carola Ebstein um eine schriftliche Eingabe sind allein dies fünf parallel laufende Aktionen bei unterschiedlichen Stellen. Hier zeigt sich: Sein Umfeld setzte sich für ihn ein, und Nicolaier selbst kämpfte aktiv um sein Verbleiben in Berlin.

In dieser Momentaufnahme findet sich keine Spur eines Entschlusses, seinem Leben ein Ende zu setzen oder einer wie auch immer gearteten „Lebensmüdigkeit“. Im Gegenteil, deutlich

[843] Außerdem bittet er Carola Ebstein noch, persönliche Dokumente bereit zu legen, um sie ihm bei Bedarf schicken zu können. Daraus lässt sich schließen, dass er die heute noch erhaltenen Urkunden (u.a. Abiturzeugnis und Stabsarztpatent) zu der Zeit – wohl im Zuge der Vermögensfragen – bei Carola Ebstein in Leipzig für sicherer aufgehoben ansah.

geht hieraus hervor, was Arthur Nicolaier vor allem nicht wollte: unter Zwang nach Theresienstadt deportiert werden. Mit allen Mitteln versuchte er nun, dies zu verhindern. Da er sich bewusst darüber war, dass ein Scheitern dieser Versuche den schon lange feststehenden Schritt – aus dem Leben zu gehen – nach sich ziehen würde, kämpfte er in dieser Phase buchstäblich um sein Überleben. Somit liegt in dem geäußerten Wunsch vom Ende der „Tragödie“ kein Widerspruch. Vielmehr steht die Aussage für die Situation, wie sie von ihm wahrgenommen wurde: als eine Galgenfrist.

24. August 1942 (Brief 5)

Erst zwei Wochen später teilt Arthur Nicolaier die Veränderung seiner Lage Otto Blumenthal mit. Auch dieser letzte umfangreiche Brief soll vollständig wiedergegeben und muss ausführlicher analysiert werden.[844] Aus zahlreichen Stellen, teils chiffriert, gehen hier weitere Bemühungen um eine Verschonung von der Deportation en détail hervor.

Für einen besseren Überblick werden im Folgenden einzelne Passagen nacheinander vorgestellt und jeweils mit Erklärungen und Interpretationen versehen.

„Berlin W 62, 24.8.1941[sic][845]

Lieber Otto. Ich bestätige den Empfang Deines Briefes vom 27/7 / 7/8 und von Malis Briefen vom 15/22/7 und vom 10. d M. Ich habe mir aus diesen eine Anzahl von Sachen notiert, über die ich Euch, falls es mir möglich sein sollte, noch schreiben werde. Heute wollte ich nur über zwei mir wichtig erscheinende Mitteilung machen.

Die Abwanderung Deiner Schwester, der ich noch bei ihrem letzten Besuche bei mir in den ersten Tagen des Juli sagte, wie gut sie es mir gegenüber hätte, hat mich sehr überrascht, umso mehr als ich sie durch den Heldentod ihres Sohnes für doppelt gesichert hielt, und es tut mir aufrichtig leid, daß sie [sic] zu alledem, was sie bereits durchgemacht hat, auch noch dieses schwere hinzu kommt, aber sie kann noch froh sein, daß sie bei ihrem Alter nicht nach dem Osten gekommen ist. Es wird zwar allen, die es betrifft gesagt, daß es dort in Th besser ist, wie im Osten, woran nicht zu zweifeln ist, aber Nachrichten von dort

[844] Brief Arthur Nicolaier an Otto Blumenthal vom 24. August 1942. Der Brief aus dem Familienarchiv der Blumenthals in Großbritannien wurde in wesentlichen Auszügen auch von Felsch wiedergegeben. Felsch, Otto Blumenthals Tagebücher, S. 507f.

[845] Die zunehmenden Flüchtigkeitsfehler in den Briefen, teils wohl auch aus Aufregung, führten hier dazu, dass Nicolaier sich im Jahr vertan hatte.

kommen nicht, da sie verboten sind und so weiß man nicht sicheres. Ich halte es für sehr gut möglich, daß Ihr Euch dort über kurz oder lang dort [sic] wiedersehen werdet, allerdings ist, wie ich ganz kürzlich hörte, das Mindestalter für Th jetzt auf 70 Jahre heraufgesetzt und nur bei Kriegsbeschädigten werden Ausnahmen gemacht vielleicht auch Kriegsteilnehmern??

In Zusammenhang damit wollte ich anregen, daß dem Lungenbefunde von Mali von dem sie jetzt behandelnden Arzt größere Aufmerksamkeit geschenkt wird, und daß er sie deshalb gegebenfalls in Behandlung nimmt, damit der Arzt wenn nötig ein Gutachten abzugeben in der Lage ist, durch das der Abwanderung vorgebeugt bzw sie herausgeschoben wird. – Zufällig erfuhr ich vorgestern von Carolas Max auf den ich noch weiter unten zurückkommen werde, daß Dein guter Bekannter und Freund, der Jurist K. früher beim Gerichtshof in Haag, jetzt auch dort noch einen gewissen Einfluß hat, da er dort noch für die dortige höchste Behörde arbeitet. M. kennt ihn, hat mit ihm verkehrt und als ich sagte, daß er, wie ich wüßte, jetzt noch Pension erhält, antwortete er mir, daß er sie für ihn bei der zuständigen Stelle für ihn erwirkt habe, nannte mir auch die Höhe, die nicht groß ist, die ich Dir aber wünschte. Ich schreibe Dir das alles, damit Du Dich gegebenfalls an ihn wendest."[846]

Arthur Nicolaier beginnt diesen Brief mit der Ankündigung, zu einigen der Inhalte noch einmal ausführlich schreiben zu wollen – mit der inzwischen bekannten Einschränkung „falls es mir [noch] möglich sein sollte." Nicolaier bekundet Mitleid bezogen auf die Deportation von Anna Storm, Otto Blumenthals Schwester, nach Theresienstadt und hofft mit den beiden, dass ihr es dort besser ergehen würde als „im Osten". Seine Kenntnis über die dortige Ernährungssituation verschweigt er auch hier und erspart den beiden so vermutlich zusätzlichen Kummer. Auch trägt seine Äußerung, dass sie ihre Schwester dort wiedertreffen könnten, tröstende Züge – wie schon zuvor schließt er sich selbst allerdings von solch einer Möglichkeit aus. Anschließend wendet er sich dem möglichen Ausweg durch ein ärztliches Attest zu, auf das die beiden wegen Mali Blumenthals Gesundheitszustand drängen sollten. Zusätzlich informiert er Otto Blumenthal noch über Neuigkeiten in der Pensions-Angelegenheit – die von immenser Bedeutung für eine potentielle Absicherung der Blumenthals und Gegenstand jahrelanger Bemühungen war – mit Verweis auf das Beispiel des Juristen Erich Kaufmann. Kaufmann

[846] Brief Arthur Nicolaier an Otto Blumenthal vom 24. August 1942. Vgl. auch Felsch, Otto Blumenthals Tagebücher, S. 507f.

(1880-1972) war ein bedeutender Staatsrechtler der Weimarer Zeit und später in der Bundesrepublik. Er überlebte die Verfolgung in den Niederlanden.[847]

Deutlich geht hieraus hervor, dass Nicolaier sich trotz seiner eigenen Sorgen eingehend wie zuvor mit der Blumenthal'schen Situation befasste und darum bemüht war, an Informationen zu gelangen, die ihnen in ihrer Lage möglicherweise helfen konnten. Er ist im Vergleich zu den Briefwechseln mit Carola Ebstein hier noch vorsichtiger, was die Nennung von Namen angeht. So verfährt er auch im weiteren Teil des Briefes, in dem er auf seine Situation zu sprechen kommt und dabei auch Unterstützer und Helfer nennt:

„Nun wollte ich Dir allerdings recht ungern folgendes mitteilen und gebe Dir anheim, davon Mali in der richtig erscheinenden Weise & schonend Kenntnis zu geben. Am 7 d M. sind meine Personalien für den Abtransport nach Th aufgenommen worden. Ich habe dagegen sofort, was ich für nützlich und notwendig [hielt] bei der für mich zuständigen und vermittelnden Behörde getan und setze bei dieser meine Bemühungen fort. Daneben beginnt jetzt eine Aktion der Fabrik Sch zu laufen, die eigentlich nicht von mir ausgegangen ist, da ich gar nicht auf sie gerechnet habe und auch der dazu notwendige persönliche Verkehr mit dem Vorstande derselben jetzt gar nicht möglich ist, da ich die große Strecke Zoo - Wedding hin und zurück zu Fuß, wie es ja nur mir möglich wäre, nicht zurücklegen kann. Der Spiritus rector der Aktion ist Max, den ich als meinen Wohltäter bezeichnen kann, ein vornehm denkender vorurteilsfreier Mann mit den besten Beziehungen nach oben, stets zu helfen gern bereit, ohne jedes materielles Interesse er ist zu mir wie ein Vater zum Sohn. Ein glücklicher Zufall hat gefügt, daß er einen guten Helfer, auf den ich ihn hingewiesen habe, gefunden hat und zwar in H, den Mali in meiner Wohnungsangelegenheit interessiert hat, von dem ich fälschlich annahm, daß er mit ihm in einem Hause wohnte, was sich nicht bestätigte, sie wohnen vielmehr einander gegenüber. Max hat sofort die Hilfe von H, zu dem er Corpsstudentische Beziehungen hat, erfolgreich aufgenommen. Der Vorgang hat zum Verkehr beider Familien geführt und H reitet im Tiergarten mit Max bis zu seinem Urlaub auf einem der beiden Pferde von Max. H hat gute Beziehungen zum Vorstande v Sch. Also auf der einen Seite besteht Wohlwollen, ob diese [sic] auf der andern Seite, die entscheidet, besteht, ist fraglich und auch Sch scheint in dieser Beziehung nicht ganz frei von Skepsis zu sein. Was die Sache erschwert und ungewiß macht, ist ist[sic] daß die Aktion durch Besprechungen, Abwesenheit von Mittelpersonen, die beurlaubt sind usw. Zeit braucht und

[847] Die Kenntnis der Tatsache, dass es sich bei „K." um Erich Kaufmann, den früheren Berliner Professor für Staats- und Völkerrecht handelte, ist Volkmar Felschs Recherchen zu verdanken. Vgl. Felsch., Otto Blumenthals Tagebücher, S. 465.

die Bemühungen durch meine vorzeitig verfügte Abwanderung trotz meines Gesuches, sie vorläufig zurückzustellen, vereitelt werden kann, was ich bei der rapiden Entwicklung der Sache für möglich halte. Daß ich selbst alles mir nützlich erscheinende in dieser Angelegenheit tue, ist selbstverständlich."

Im Zuge der Recherchen konnten die hier ohne Verwendung von Klarnamen erwähnten Unterstützer („Max", „H" und „Sch") ermittelt werden. Dass es sich bei der Aktion der „Firma Sch" um Schering handelte, lag aufgrund der langjährigen beruflichen Verbindung auf der Hand. Es finden sich hierzu keine Hinweise im dortigen Firmenarchiv – dass derartige Angelegenheiten Eingang in Akten gefunden hätten, darf ohnehin stark bezweifelt werden. So wenig wie Nicolaier die Namen der Helfer im Brief nennt, so informell und diskret dürften auch die Kontaktaufnahmen und Überlegungen der beteiligten Personen gewesen sein, Nicolaier in seiner Situation zu helfen.

Die Identifikation der als „Carolas Max" bezeichneten Person gestaltete sich komplizierter, letztlich aber konnte Nicolaiers Rechtsanwalt Walter Döhring als die dahinterstehende Person ausgemacht werden. Dies gelang zunächst über die Digitalisate der Berliner Adressbücher, aus denen hervorgeht, dass Heubner und Döhring „einander gegenüber" wohnten, wie es im Brief heißt.[848] Nach der Durchsicht der Tagebücher von Wolfgang Heubner konnte diese Verbindung bestätigt werden; denn dort taucht der Name Döhring zum ersten Mal am 11. August 1942 auf: *„Abends Besuch von Rechtsanwalt Döhring, von ‚vis à vis'."*[849] Am 20. August notierte er: *„Morgens mit Rechtsanwalt Döhring auf einem seiner Pferde geritten."*[850] Und auch die von Nicolaier angedeutete Aktion findet hier einen Tag später Bestätigung: *„Seit Wochen häufig Telephongespräche und Korrespondenzen wegen verfolgter jüdischer Kollegen, vor Allem der Berater der Firma Schering (+ Oss): Nikolaier [sic], Starkenstein, Laqueur."*[851] Weitere Einzelheiten bleiben im Dunkeln, doch gerade die klare Verbindung zu Schering und Einbindung des Pharmakologen Heubner lässt die Vermutung plausibel erscheinen, dass man versuchen wollte, eine Rückstellung Nicolaiers von der Deportation zu erwirken – möglicherweise mittels einer vermeintlich kriegswichtigen Berater- oder Forschungstätigkeit. Dass Schering hierzu durchaus Möglichkeiten hatte, wurde bereits gezeigt.

[848] Die Häuser In den Zelten mit den Nummern 11 (Heubner) und 23 (Döhring) lagen genau gegenüber, wie einer Darstellung im Straßenverzeichnis 1942 zu entnehmen ist. Die Hausnummern wurden zuvor über das Namensverzeichnis recherchiert. Vgl. Berliner Adreßbuch für das Jahr 1942. Unter Benutzung amtlicher Quellen, Berlin 1942, Teil I (Namensverzeichnis), S. 500 und S. 1129 sowie Teil IV (Straßenverzeichnis), S. 996, online: https://digital.zlb.de/viewer/image/34115495_1942/1/LOG_0003/ [20.09.2023].

[849] TB Heubner, 11.8.1942.

[850] TB Heubner, 20.8.1942.

[851] TB Heubner, 21.8.1942.

Möglicherweise wurde Wolfgang Heubner aufgrund seiner guten persönlichen Kontakte zum Vorstand nochmals – nach seinem Versuch bei de Crinis – als Fürsprecher eingebunden, um die Chancen eines solchen Versuches zu erhöhen. In Volkmar Felschs Blumenthal-Tagebuchtranskription ist ein Briefwechsel zwischen Heubner und Mali Blumenthal vermerkt.[852] Felsch schreibt dazu in der Fußnote: „Mali Blumenthal kannte den Pharmakologen Wolfgang Heubner über ihren Vater Wilhelm Ebstein von Göttingen her, wo Heubner von 1908 bis 1929 als Professor gearbeitet hatte.“[853] In Heubners Tagebüchern wiederum findet sich nichts zu diesen Briefen – aus einem Eintrag von 1926 geht allerdings hervor, dass Heubner anlässlich eines Kongresses Otto und Mali Blumenthal in Aachen besucht hatte, sie also persönlich kannte.[854] Weitere Erwähnungen von Treffen finden sich ein Jahr später wie auch anlässlich einiger Geburtstagsfeiern des Göttinger Mathematikers David Hilbert. Und nach dem Tode Erich Ebsteins hatte Heubner 1931 Mali Blumenthal und der Witwe Carola Ebstein kondoliert.[855] Es ist somit plausibel, dass Mali Blumenthal im Brief von Ende Oktober 1941 an Wolfgang Heubner auf der Grundlage dieser Bekanntschaft darum bat, sich für Arthur Nicolaier einzusetzen. Denn nur kurz darauf, am 22. November, hatte Heubner wie bereits erwähnt, persönlich Max de Crinis angesprochen.

Die Einbindung Wolfgang Heubners erschließt sich logisch dahingehend, dass es bei allen Bemühungen um eine Rettung oder Rückstellung darum ging, sich an Personen mit Einfluss – vermeintlichem oder tatsächlichem – zu wenden. So ist das Schreiben Otto Blumenthals an den Befehlshaber in den besetzten Niederlanden zu werten, ebenso Walter Döhrings persönliche Vorsprache beim Oberkommando der Wehrmacht. Wolfgang Heubners Rolle hierbei glich der eines „Türöffners“, nur durch ihn und seine Position war es möglich, Nicolaiers Bitten um Hilfe direkt beim Schering-Vorstand oder gar persönlich bei Max de Crinis (1889-1945) zu adressieren. Letztlich aber blieben alle Versuche ohne Wirkung.

Nicolaier beschließt den Brief vom 24. August 1942 mit einigen Angaben zu seinem Zustand:

> *„Es bleibt mir nichts anderes übrig, als abzuwarten, was ich mit Ruhe tue. Tritt die Frage der Abwanderung an mich heran, dann werde ich entscheiden, ob ich, wozu ich bis jetzt keine Neigung habe, herausgehe oder nicht. Dazu besteht ja die Möglichkeit und das wirkt*

[852] Briefe von Mali Blumenthal: 23.10.1941, 16.11.1941 und 3.2.1942; Antwort Heubner: 3.11.1941.
[853] Felsch, Otto Blumenthals Tagebücher, S. 320, FN 482.
[854] „Später zu Prof. Blumenthal und Frau Mali (gebor. Ebstein), wo ich sehr nett aufgenommen wurde, auch v. Karman traf, ebenso Sanitätsrat Dr. Kirsch, der die - nebenan liegende - alte Frau Ebstein behandelte und Vater einer Göttinger Schülerin von mir war.“ TB Heubner, 9.4.1926
[855] Kondolenzschreiben W. Heubner an Carola Ebstein und Mali Blumenthal, April 1931, NL Ebstein, K. 23.

beruhigend auf mich. Ich schlafe mit 1 Tabl Abasin[856] um ½ 3 morgens nachts verhältnismäßig gut. Körperlich geht es mir gut und die Erledigung aller in dieser Sache an mich herantretenden Angelegenheiten, die ich persönlich (zu Fuß) erledigen muß, da ich das Telefon meines Wirtes dazu nicht gebrauchen kann, hat mir gezeigt, über wieviel potentielle Energie ich noch verfüge, trotzdem ich nur noch aus Haut und Knochen bestehe, ich habe 1/5 meines Körpergewichtes eingebüßt, bin aber immer satt geworden, auch jetzt noch.

Zeitungsausschnitte werde ich Dir nicht mehr senden können, seit 1 ½ Monaten darf ich Zeitungen nicht mehr halten und kaufen, auch medizinische seit 1/X. nicht mehr, erhalte sie aber von Dr M[endel], […]

Herzlichste Grüße an Euch beide

Arthur.“

Ob es sich hier um die erste, vorsichtige Ankündigung einer möglichen Verweigerung und damit eines Suizids gegenüber Otto und Mali Blumenthal handelte, ist nicht mehr zu klären, aber denkbar. Die Art und Weise der Formulierung ist positiv gehalten, indem er von einer Beruhigung spricht, die mit der Möglichkeit einhergehe, nicht mit herauszugehen, sich also nicht abtransportieren zu lassen.[857] Dies mag einmal mehr der Behutsamkeit vor allem Mali Blumenthal gegenüber geschuldet sein, sicher jedoch auch der Weitsicht, dass eine offene Ankündigung in Zeiten der Briefzensur üble Konsequenzen für ihn selbst hätte bedeuten können. Auch mit der Vorsicht bei Nennung von Klarnamen im Brief in die besetzten Niederlande lag Arthur Nicolaier richtig, durchliefen doch Briefe ins Ausland häufig Zensurstellen. Mindestens einer der Briefe wurde geöffnet.[858] Weiter tritt aus den Worten deutlich die Limitierung seines Aktionsradius hervor: das Verbot der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel, die untersagte Benutzung von Telefonen sowie die Ausgrenzung von Zeitungs- und Fachlektürenbezug. Letztgenanntes Verbot ließ sich dank der Hilfe seines Arztes Kurt Mendel umgehen, wie bereits erwähnt.

[856] Als Schlafmittel eingesetztes Sedativum.

[857] Entgegen einer früheren Interpretation hat sich nach Auswertung aller Quellen gezeigt, dass Arthur Nicolaier mit „Herausgehen“ nicht die mögliche Selbsttötung meinte, sondern immer das erzwungene Verlassen des Landes mit einem der Transporte.

[858] Zeugnis hierfür geben die offiziellen Stempel („Geöffnet – Oberkommando der Wehrmacht“) auf dem erhalten gebliebenen Briefumschlag vom 28. August 1942.

Zusammenfassung

Die Schilderungen aus dem umfangreichen Brief vom 24. August 1942 tragen trotz der prekären Lage einen positiven Grundton. Nicolaier wirkt hoffnungsvoll, geradezu voller Energie und zieht seine Erwartungen vor allem aus den Bemühungen einiger, vielleicht auch überraschender, Unterstützer. Vorsicht vor eindeutigen Rückschlüssen auf seine Gemütslage ist hierbei dennoch geboten, war er doch sehr besorgt über Mali Blumenthals Zustand und ließ daher vermutlich einige Dinge aus, um sie nicht zusätzlich zu beunruhigen. Warum Otto Blumenthal in seinem Tagebuch nach dem Erhalt des Schreibens notierte „schöner Brief von Onkel, dem auch Th[eresienstadt] droht“,[859] bleibt dennoch einigermaßen rätselhaft. Vielleicht war es seine Hoffnung auf ein Wiedersehen, in all dem Elend zumindest mit der Schwester und „Onkel Arthur“ wieder vereint zu sein, vielleicht war es auch nur der positive und kämpferische Grundton Nicolaiers in diesem Brief, den er als ermutigend empfunden haben mag. Letztlich überdeckte dieser aber nur, in welch akuter Gefahr sich Arthur Nicolaier befand, waren doch zu diesem Zeitpunkt seine Personalien schon mehr als zwei Wochen zuvor aufgenommen worden.

5. Invictus – Entscheidung zum Suizid

5.1 Letzter Akt der Selbstbestimmung

Auf die Hoffnungsschimmer im Brief vom 24. August 1942 folgte sehr schnell Ernüchterung. Alle Chancen auf einen Ausweg hatten sich zerschlagen, als Arthur Nicolaier am 28. August ein Schreiben der „Jüdischen Kultusvereinigung“ zur Abgabe der Vermögenserklärung erreichte. Den Betreff des Schreibens bildete ausschließlich eine Transportnummer, die Sammelstelle Große Hamburgerstraße wurde erwähnt – der entscheidende Schritt seiner Deportation, die Etappe des Abtransports, war damit in die Wege geleitet (Abb. 14+15).

[859] TB Blumenthal, 27. August 1942, Felsch, Otto Blumenthals Tagebücher, S. 396f.

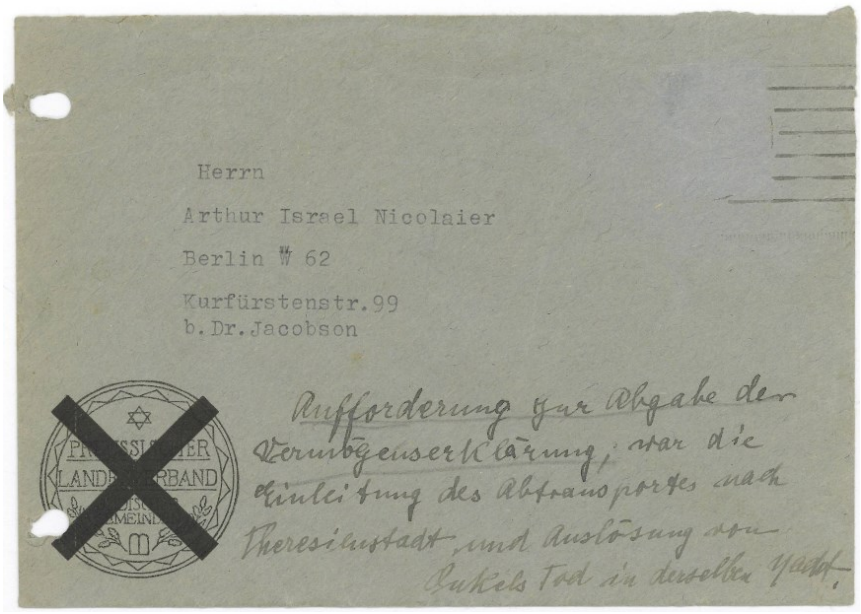
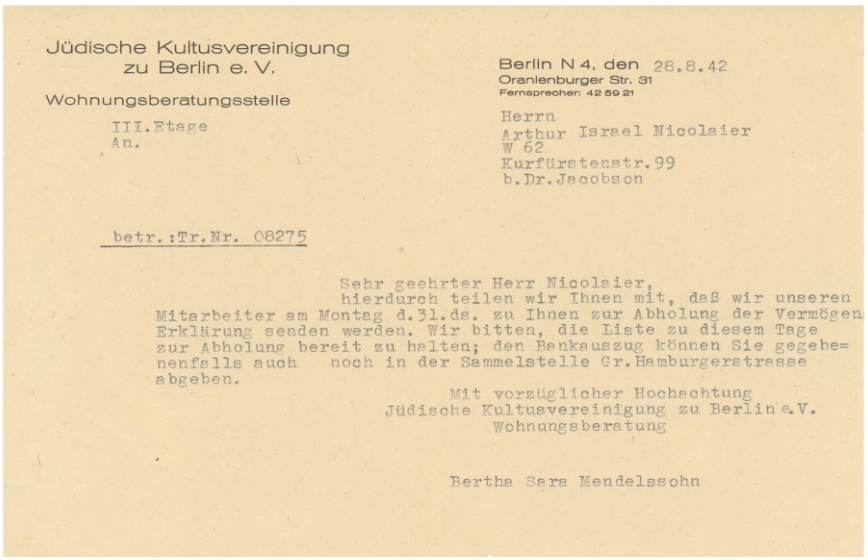

Herrn
Arthur Israel Nicolaier
Berlin W 62
Kurfürstenstr.99
b.Dr.Jacobson
Aufforderung zur Abgabe der Vermögenserklärung; war die Einleitung des Abtransportes nach Theresienstadt und Auslösung von Onkels Tod in derselben Nacht.

Abbildung 14: Umschlag des Briefs der „Jüdischen Kultusvereinigung“ zur Abgabe der Vermögenserklärung[860]


Jüdische Kultusvereinigung
zu Berlin e. V.
Wohnungsberatungsstelle
III. Etage
An.

Berlin N 4, den 28.8.42
Oranienburger Str. 31
Fernsprecher: 42 59 21

Herrn
Arthur Israel Nicolaier
W 62
Kurfürstenstr.99
b.Dr.Jacobson

betr.:Tr.Nr. 08275

Sehr geehrter Herr Nicolaier,
hierdurch teilen wir Ihnen mit, daß wir unseren Mitarbeiter am Montag d.31.ds. zu Ihnen zur Abholung der Vermögen Erklärung senden werden. Wir bitten, die Liste zu diesem Tage zur Abholung bereit zu halten; den Bankauszug können Sie gegebenenfalls auch noch in der Sammelstelle Gr.Hamburgerstrasse abgeben.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e.V.
Wohnungsberatung

Bertha Sara Mendelssohn

Abbildung 15: Schreiben der „Jüdischen Kultusvereinigung“ zur Abgabe der Vermögenserklärung, 28.8.1942

Wie reagierte Arthur Nicolaier auf diese Hiobsbotschaft? Wie verbrachte er die folgenden Stunden? Er richtete unter anderem einen letzten Brief an Mali Blumenthal, der erhalten geblieben ist: [861]

[860] Brief der „Jüdischen Kultusvereinigung“ zur Abgabe der Vermögenserklärung vom 28. August 1942, Privatbesitz EW. Carola Ebstein notierte nachträglich auf den Briefumschlag: „Aufforderung zur Abgabe der Vermögenserklärung; war die Einleitung des Abtransportes nach Theresienstadt und Auslösung von Onkels Tod in derselben Nacht.“

[861] Brief Arthur Nicolaier an Mali Blumenthal vom 28.8.1942. Privatbesitz Familie Blumenthal. Abgedruckt auch bei Felsch, Otto Blumenthals Tagebücher, S.509.

28. August 1942 (Brief 6)

Liebe Mali Gestern erhielt ich Deine Sendung vom 18 d M mit den vielen schönen Gaben für die ich Dir herzlich danke. Ich bin jetzt recht im Druck. Die Sache mit Sch ist aussichtlos geworden. Der Betreffende, der die Sache machen wollte, hat mit der betreffenden Stelle keine telephon. Verbindung erhalten, aus Prestigerücksichten wiederholt er es nicht, geht persönlich auch nicht hin, zum Teil wohl aus Angst. Ich soll am 31/8 zu den andern kommen und am 2/9 dem Todestag Deiner Mutter nach Th. verreisen. Bis dahin hätte ich noch viel zu erledigen. Ich bin nur augenblicklich über die Sache noch nicht ganz klar.

Herzliche Grüße an Euch und beste Wünsche für Euer und Eurer Kinder Wohlergehen.

Dein Arthur

Meinen[sic] eingeschriebenen Brief vom 24 dM an Otto wird inzwischen angekommen sein.

Die veränderte Tonlage im Vergleich zum vorhergehenden Brief fällt sogleich auf. Hast und Unruhe werden buchstäblich greifbar und die Verabschiedung am Ende erfolgt ausführlicher als in den Briefen zuvor. Dennoch: von einem verzweifelten (oder abgeklärten) Ton im Zeichen eines Abschiedsbriefs lässt sich hierbei sicher nicht sprechen. Aus anderen Zeitzeugnissen geht hervor, dass die Nachricht des definitiven Abtransports ein furchtbarer und schockierender Moment gewesen sein muss – unabhängig davon, dass die Empfänger oftmals bereits wochen- oder monatelang mit dem Ereignis gerechnet hatten. An diesem Tag X zerbarsten tausendfach letzte Hoffnungen auf eine Rettung oder Verschonung. So auch bei Arthur Nicolaier, der nun erkennen musste, dass sämtliche Bemühungen keinen Erfolg mehr haben würden, der sich selbst als unter Druck stehend beschreibt und sich „noch nicht ganz klar“ über die Konsequenz in diesem Moment des Ausnahmezustands ist. Lange allerdings kann dieser Zeitraum der Unklarheit nicht angehalten haben: Aus den überlieferten Dokumenten lässt sich ermitteln, dass Arthur Nicolaier noch am selben Tag, es war ein Freitag, eine Überweisung an Rechtsanwalt Döhring über 3.000 Reichsmark für die Abwicklung seines Nachlasses tätigte. Der angegebene Zweck und auch die Höhe dieses Vorschusses legen nahe, dass er zu diesem Zeitpunkt des Tages seinen Entschluss unwiderruflich gefasst hatte.

Den nächsten Morgen erlebte Arthur Nicolaier nicht mehr. In der Nacht hatte er sich mit einer Überdosis Morphium das Leben genommen.

Wie genau sich die letzten Stunden Nicolaiers weiter gestaltet hatten, ob er noch letzte Besuche machte oder jemanden empfing, ob er sich alleine zurückzog und letztlich auch, ob er sich die Morphiumspritze selbst verabreichte, lässt sich nicht mehr rekonstruieren.

Es sind wiederholt Hinweise und Erwähnungen in Briefen aus seinem Umfeld, die für die Erhellung der weiteren Umstände des Suizids wertvoll sind. Aus diesen ergibt sich, dass am Morgen des 29. August sein Arzt Kurt Mendel – der vermutlich von Käthe Jacobson informiert worden war – Nicolaiers Tod und die Ursache („10ccm Morphiumspritze") dokumentiert sowie den Todeszeitpunkt auf sechs Uhr in der Frühe festgesetzt hatte. Carola Ebstein wurde von ihrer in Berlin wohnhaften Schwester Mia Wolff per Telegramm und Postkarte darüber informiert und reiste von Leipzig nach Berlin. Der zusätzlich zum Telegramm von Mia Wolff verfassten Postkarte zufolge war keine Eile nötig, da das Zimmer nach dem Eintreffen der Kriminalpolizei versiegelt und alles beschlagnahmt worden war.[862] Es ist daher anzunehmen, dass die zuvor anwesenden Personen (Käthe Jacobson oder Kurt Mendel) wichtige persönliche Unterlagen, inklusive des Abschiedsbriefs, vor dem Eintreffen der Polizei gesichert und später Carola Ebstein übergeben hatten.

Ebstein richtete in den folgenden Tagen und noch Jahre später einige Briefe an die Verwandtschaft, in denen sie immer wieder auch auf die Umstände des Lebensendes von Arthur Nicolaier einging.[863] Den Brief an Mali und Otto Blumenthal mit der Nachricht über den Tod verschickte Carola Ebstein erst eine Woche später am 6. September, aus Rücksicht auf Mali Blumenthals zwischenzeitlichen Geburtstag. Darin umschreibt sie den Suizid noch mit den Worten: „Er ist auf seine Art in die Ewigkeit abgewandert."[864] Ende November folgte dann ein ausführlicherer Brief, in dem sie weiter präzisierte:

> *„Onkel hat die Dinge genommen, wie sie waren, durchaus nicht immer ruhig, aber doch in abgeklärter Altersweisheit sah er den vernünftigsten Weg, es gab immer nur einen für ihn. So übertrug er mir seine Obliegenheiten, so wollte er seinem Alter keine Strapazen zumuten, so ging er den Weg des Arztes, der weiß, daß die natürliche Auflösung so oder so ein Ziel setzt. Er sagte selbst, daß ihm das Akute dann lieber sei als das Chronische. Mediziner sehen die Dinge eben auf ihre Art. Die konzentrierteste Leistung war wohl der Entschluß, den größten Kräfteverbrauch aber bringt längere Unruhe und Ungewißheit, da stand er nicht allein und tauschte sich auch aus."*[865]

Weiter finden sich auch Angaben zu Nicolaiers gesundheitlichem Zustand am Lebensende:

---

[862] Siehe Telegramm und Postkarte von Mia Wolff an Carola Ebstein vom 29.8.1942. Die weiteren Informationen gehen aus Notizen von Carola Ebstein hervor, aus: Privatbesitz EW.

[863] Grundlage sind hier Briefe vom 6.9.42, 25.11.42, 11.6.46 sowie 24.4.1955, die Carola Ebstein an die Eheleute Blumenthal, deren Kinder oder ihren Sohn gerichtet hatte.

[864] Brief Carola Ebstein an Mali und Otto Blumenthal vom 6.9.1942, Privatbesitz Familie Blumenthal.

[865] Brief Carola Ebstein an Mali und Otto Blumenthal vom 25.11.1942, Privatbesitz Familie Blumenthal.

„Lieber Otto, Onkel war körperlich zuletzt abgemagert, wie andere Menschen auch, und er betonte auch ein starkes Fettbedürfnis zur Sättigung, geistig war er ganz unverändert, wenn er auch manchmal etwas müder war oder einen Namen vergaß. Für sein Alter hatte er in jeder Weise noch eine große Leistungsfähigkeit und hätte wohl das Alter seiner Mutter erreichen können.“[866]

Ein Jahr nach Kriegsende beschrieb Carola Ebstein die letzte Phase Nicolaiers in einem Brief an die Blumenthal-Kinder, die ihre Eltern 1943 (Mali) und 1944 (Otto) verloren hatten, wie folgt:

„Er hatte mich ja zwei Mal nach Berlin kommen lassen und alles mit mir besprochen, mir auch alle Vollmachten gegeben und mit einem Notar einen Vertrag zur Verwaltung seines Vermögens nach seinem Tode geschlossen. Er sagte mir, er wisse, dass er in Theresienstadt körperlich und seelisch zugrunde ginge, sein Leben sei mit 80 Jahren abgeschlossen und er werde bei einer Aufforderung, nach Theresienstadt zu kommen, freiwillig aus dem Leben scheiden [Randbemerkung: durch Morphiumspritze], denn das könne er daheim bequemer haben und brauche seinem Alter nicht noch erst Strapazen zuzumuten. Er hatte natürlich recht, trotzdem könnt Ihr Euch denken, wie schwer mir solche Gespräche mit Onkel waren, an dem ich doch hing und unter welchem Druck man immer stand. Onkel sagte noch: man ist ein zum Tode Verurteilter, der auf die Exekution wartet und er ermahnte mich noch alles zu fragen, ehe es dann zu spät sei.“[867]

Carola Ebstein hatte nach ihrer Ankunft in Berlin Ende August 1942 eine Urne aus Muschelkalk besorgt, verziert mit einem Wappen unter einem Lorbeerzweig, darin enthalten die Äskulapschlange. Zum Anfertigen einer Vorlage hatte sie Paul Diepgens Institut für Geschichte der Medizin aufgesucht.[868] Nachdem sie aus Leipzig gekommen war, hatte sie von Arthur Nicolaier, der bereits im Schauhaus aufgebahrt lag, Abschied genommen und dort zahlreiche Asternsträuße zum Schmuck hinterlegt. Da alle Selbsttötungen offiziell von der Kriminalpolizei aufgenommen werden mussten, war Nicolaiers Leiche zuerst in die Gerichtsmedizin verbracht worden.[869]

---

[866] Ebd. Seine Mutter, Henriette Nicolaier, geb. Dessauer, war 89 Jahre alt geworden (1825-1915).

[867] Brief Carola Ebstein an Margrete und Ernst Blumenthal, 11.6.1946, Privatbesitz Familie Blumenthal.

[868] Wie eng die Verbindung zu Paul Diepgen war, bleibt dabei ungeklärt. Vgl. zu Diepgen auch den folgenden Punkt.

[869] Das Eingangsbuch dokumentiert diesen Vorgang in einer Spalte mit allen persönlichen Angaben, der Kontaktadresse („Nichte Frau Dr. Ebstein“) sowie der Todesursache („Selbstmord“, „Vergiftung“). Weitere Verfolgungssuizide aus der Zeit und auch generell lassen sich anhand der Zwangsvornamen identifizieren. Separate Aufstellungen über die chronologischen Einzeleinträge hinaus, wie zum Beispiel in der Berliner Polizeistatistik, existieren hingegen nicht. Institut für Gerichtsmedizin Berlin, Eingangsbuch 1942/2, Nr. 2871 (Eintrag Nicolaier), HU Archiv. Dank an Frau Dr. Pawliczek und Herrn Dr. Hartwig.

Nicolaier hatte sich nicht nur um die bestmögliche Vorbereitung der Vermögensfragen nach seinem Tod gekümmert, sondern unter anderem auch um die Umstände seiner Bestattung. Er hatte in Erfahrung gebracht, dass das Krematorium in Wilmersdorf über einen Urnenraum verfügte, der „für diese Fälle bestimmt“ war und seine Asche aufnehmen würde.[870] Ursprünglich hatte er den Wunsch geäußert, im Familiengrab der Familie Ebstein in Leipzig bestattet zu werden, doch war dies zu der Zeit nicht mehr möglich. Seit Anfang 1938 durften Juden nicht mehr im allgemeinen Friedhofsbereich bestattet werden, Ausnahmen stellten lediglich eigens hergerichtete Gräberfelder dar.[871] Mehrere kleine Zettel sind erhalten, auf denen Nicolaier Details zur Bestattung, immer mit kleinen Abweichungen, verfügte.

Den Briefen Carola Ebsteins lässt sich außerdem entnehmen, dass er unter diesen Umständen keine Trauerfeier wünschte. Trotzdem nahmen Menschen Anteil an seinem Tod und fanden sich zur Aufstellung der Urne auf dem Friedhof Wilmersdorf ein. Der Kreis der Versammelten deckt sich größtenteils mit dem zuvor näher beschriebenen engsten Umfeld: Neben Carola Ebstein und ihrer Schwester Mia Wolff hatten sich sein Anwalt Walter Döhring, sein Arzt Kurt Mendel, sein Vermieter Richard Jacobson und „sein alter Mitarbeiter am Atophan“, Max Dohrn, dort eingefunden. Mit Letzterem bestand der Quellenlage zufolge kein enger Kontakt mehr, doch hatten die beiden schon Jahre zuvor einen 20 Jahre währenden Dissenz ausgeräumt.[872] Zudem könnte es sein, dass Max Dohrn im Namen der Firma Schering an der Urnenaufstellung teilnahm. Der Besuch von Beerdigungen verfolgter Menschen war zu dieser Zeit keine Selbstverständlichkeit mehr, es war bekannt, dass Spitzel und Gestapo-Leute gezielt Beerdigungen aufsuchten, die Namen der Teilnehmer notierten und beobachteten.

So erwies letztlich ein Kreis an Personen Arthur Nicolaier die letzte Ehre, der gewissermaßen ein Abbild der Zeit und seines letzten Umfelds darstellte: Personen aus der „arischen“ und damit nicht von Verfolgung betroffenen Verwandtschaft, zwei jüdische, zu „Krankenbehandlern“ degradierte Ärzte, die weiter eingeschränkt wirkten und von denen einer kurz darauf in Auschwitz ermordet wurde, ein helfender und in Teilen wohl auch offen systemkritischer Anwalt, der zwei Jahre später offenbar als „politisch unzuverlässig“ mit einem

[870] Brief Carola Ebstein an Mali und Otto Blumenthal vom 6.9.1942, Privatbesitz Familie Blumenthal. Der Urnenplatz in Raum 12 wurde für 20 Jahre bezahlt. Nach Recherchen der Friedhofsverwaltung Wilmersdorf wurde der Platz nicht verlängert, die Urne anschließend mutmaßlich der dortigen Gepflogenheit entsprechend bei einer fremden Erdbeisetzung mit beigesetzt. Dank an Frau Jannasch für die Information.

[871] Vgl. Dt. Gemeindetag: Bestattungsordnung von Juden, 11.3.1938, in: Walk, Das Sonderrecht, II 434, S. 218.

[872] Vgl. Brief Arthur Nicolaier an Otto und Mali Blumenthal nach dem 70. Geburtstag vom 12. Februar 1932, wiedergegeben in Punkt IV.1, aus: Privatbesitz Familie Blumenthal.

Berufsverbot belegt wurde,[873] sowie mit Max Dohrn ein über Jahrzehnte hinweg erfolgreicher Forscherkollege bei Schering, dem 1943 von Hitler eine Professur verliehen wurde.[874]

5.2 Botschaft über den Tod hinaus

Arthur Nicolaier hatte einen Abschiedsbrief hinterlassen, einen Zettel nur, auf den er lediglich einen Satz notiert hatte: *„Ich scheide freiwillig aus dem Leben.“*

Es lässt sich bei Abschiedsbriefen von einer eigenen Quellengattung sprechen und gleiches gilt für das vorliegende Dokument, ganz unabhängig vom Umfang des Inhalts. Udo Grashoff bemerkt in einem Aufsatz zu Abschiedsbriefen als historischen Quellen, dass das Verfassen des Abschiedsbriefs „(…) als Teil der suizidalen Handlung angesehen werden kann, und zugleich als Versuch, auf die Zeit nach dem eigenen Tod Einfluss zu nehmen. Die letzten Worte richten sich in der Regel an Lebenspartner, Verwandte oder andere nahestehende Personen, sind allerdings oft auch in dem Wissen darum geschrieben, dass Amtspersonen wie Gerichtsmediziner, Kriminalpolizisten oder Anwälte Einsicht nehmen könnten. Das Briefschreiben ist somit Teil eines halböffentlichen kommunikativen Aktes.“[875] Bezogen auf das Phänomen der Verfolgungssuizide stellt auch Christian Goeschel zu den Verfasserinnen und Verfassern der Abschiedsbriefe fest: „Sie gingen davon aus, daß die Polizei und andere Behörden ihre Abschiedsbriefe lesen würden, und lagen mit dieser Annahme richtig.“[876] Grashoff beschreibt zudem die damit verbundenen Herausforderungen für Historikerinnen und Historiker, den Entstehungskontext dieser oftmals fragmentarischen Quelle zu rekonstruieren und nicht selten liege der Schlüssel zum Verständnis in dem, was nicht gesagt werde.[877]

Selten ist ein einzelnes Dokument in der Lage, exemplarisch zu stehen für zentrale Fragestellungen der inhaltlichen Auseinandersetzung mit einem Thema, hier scheint das der Fall. Und das nicht allein dadurch, dass Arthur Nicolaier eine versteckte Botschaft unterbrachte, die diese Quelle außergewöhnlich macht.[878]

---

[873] Brief Walther Döhring an Carola Ebstein v. 8. Dezember 1944, Privatbesitz EW. Döhring berichtet darin vom Verlust seiner Wohnung und Büros durch Bombentreffer, zeitweiser Arbeitsunfähigkeit aufgrund eines Nervenleidens und schreibt: „Zum 1. November 1944 wurde ich ausserdem, als politisch nicht sehr beliebt, in den Ruhestand versetzt, (…)“.

[874] Vgl. Diedrich, S., Nachruf auf Prof. Dr. Max Dohrn, in: Schering-Blätter, IV, 5, September/Oktober 1943, S. 57-58.

[875] Grashoff, Udo: Abschiedsbriefe. Letzte Zeilen vor dem Suizid als historische Quellen, in: Depkat, Volker und Pyta, Wolfram (Hrsg.), Briefe und Tagebücher zwischen Text und Quelle, Berlin 2021, S. 227-249, S. 227.

[876] Goeschel, Selbstmord im Dritten Reich, S. 173.

[877] Vgl. Grashoff, Abschiedsbriefe, S. 246.

[878] Der Quellenfund wurde bereits in zwei früheren Publikationen erwähnt, ohne allerdings näher auf die Umstände einzugehen. Vgl. Ohnhäuser, Invictus und Ders., Verfolgung, Suizid und jüdische Ärzte.

Zunächst fällt auf, dass der Abschiedsbrief an keine Person adressiert ist (Abb. 16).[879] Ohne Anrede erfüllt er die Funktion eines reinen Statements nach außen, gerichtet an alle Personen, die ihn auffinden und sich in der Folge mit seinem Tod befassen würden. Nicolaier wusste genau, dass sich die Verfolgungsbehörden von Amts wegen mit seiner Selbsttötung beschäftigen würden. Zum anderen sticht inhaltlich die Betonung der Freiwilligkeit hervor. Wie alle anderen Selbsttötungen in ähnlicher Situation, war auch dieser Suizid ein von den Umständen erzwungener. Insofern mag es aus heutiger Sicht schwer fallen, ihn als freiwillige Tat einzuordnen. Dennoch ist das Wort, eingebettet in diesen Kontext, für die von Arthur Nicolaier gewählte Aussage zentral. Die Betonung des freien Willens war im Sinne einer Selbstbehauptung und aktiven Tat überaus bedeutsam – sie steht im Kontrast dazu, unter Zwang aus der Heimat verschleppt zu werden, und ergänzt dazu schlüssig die versteckte Botschaft.

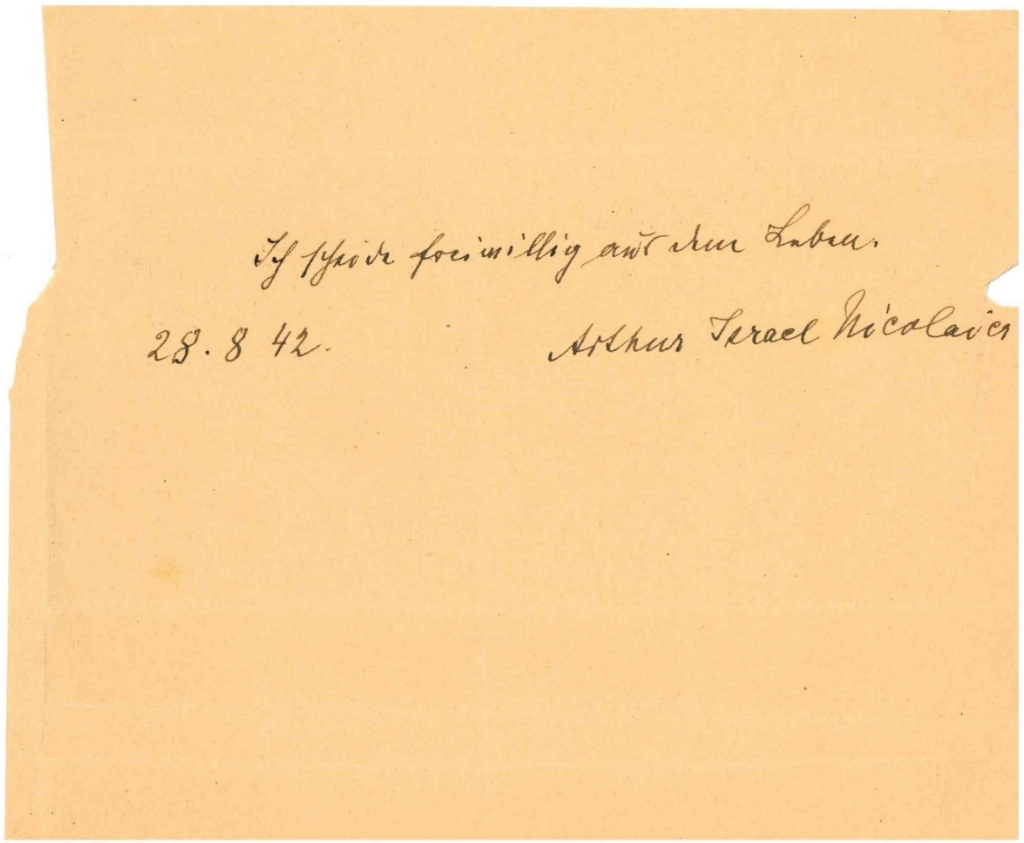


Abbildung 16: Abschiedsbrief Arthur Nicolaier, 28.8.1942

[879] Abschiedsbrief Arthur Nicolaier, 28.8.1942, Privatbesitz EW.

Zum anderen fällt die Verwendung des Zwangsvornamens „Israel“ auf, steht sie doch auf den ersten Blick im Widerspruch zu den genannten Aspekten. Warum, so die Frage, verwendet Arthur Nicolaier ihn auf einem Dokument, das doch allein den freien Willen hervorhebt, auf dem letzten Dokument, bevor er aus dem Leben geht? Ein Aspekt mag sein, dass die „Behördengläubigkeit“ der Zeit nicht unterschätzt werden sollte. Arthur Nicolaier, in Preußen und dem Kaiserreich sozialisiert, war zu diesem Zeitpunkt schon seit fast vier Jahren unter Androhung von Konsequenzen dazu gezwungen, den Namenszusatz im öffentlichen Schriftverkehr zu verwenden. So hebt Christine Hartig in ihrer Auswertung von 20 Abschiedsbriefen hervor, dass kein einziger mit dem Zwangsvornamen unterschrieben wurde – wohl aber die beiliegenden Testamente.[880] Es liegt nahe, dass in diesen Fällen von offiziellen Dokumenten die Vorgaben befolgt wurden, um keine Ungültigkeit des Testaments zu riskieren. Wenn Arthur Nicolaier diese letzte Nachricht – und vieles spricht dafür – als ein öffentliches Statement ansah, so erscheint es nur konsequent, dass er dies gleichsam offiziell unterschrieb, um die Gültigkeit der Aussage hervorzuheben.[881]

Der Interpretation Erika Wagners zufolge wählte Arthur Nicolaier den Zwangsvornamen hier aus dem Grund, weil er untrennbar mit seinem Sterben verbunden war. Ohne diesen, der ihn wie kaum eine andere Schikane nach außen und offiziell als Verfolgten kennzeichnete, hätte er weiterleben dürfen. Auch diese Lesart, ebenso wie ein eventuell über die Jahre entwickelter gewisser Stolz sind hier denkbar. Nicolaiers Protest war es also nicht, auf den Namenszusatz „Israel“ zu verzichten, wie es einige taten, den Protest äußerte er vielmehr in der Betonung der Freiwilligkeit seines Schrittes sowie – und das noch sehr viel deutlicher – in einer versteckten Botschaft an die Nachwelt.

In dem von ihn verwendeten Papier verbirgt sich eine Besonderheit. Bei ausreichendem Gegenlicht wird ein Wasserzeichen sichtbar, das genau ein Wort enthält: INVICTUS.

[880] Vgl. Hartig, Letzte Zuflucht, S. 20

[881] Ein Beispiel für diese Interpretation liefert auch Inge Jacobson in zwei erhaltenen Briefen bzw. Notizen an Carola Ebstein. Während sie im Rahmen einer nachrichtlichen persönlichen Mitteilung (8.11.42) mit „I. Jacobson“ unterschreibt, verwendet sie für die Bestätigung der letzten Mietzahlung (1.10.42) die offizielle Variante: „300 RM von Frau Prof. Ebstein dankend erhalten. Ingeborg Sara Jacobson.“

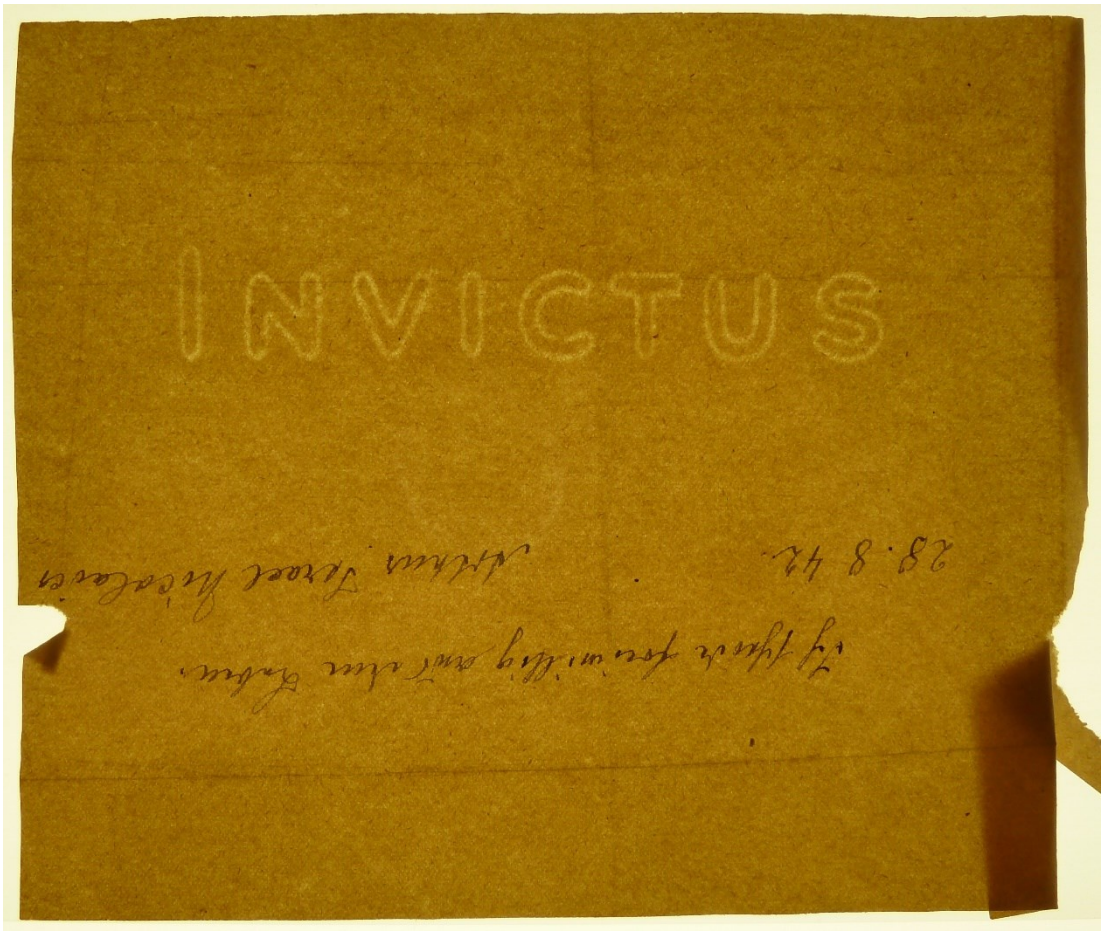


Abbildung 17: Abschiedsbrief Arthur Nicolaier, 28.8.1942, im Gegenlicht mit Wasserzeichen

Die wissenschaftliche Integrität gebietet es, in diesem Fall nicht kategorisch auszuschließen, dass das Invictus-Briefpapier und Nicolaiers Abschiedsbotschaft zufällig zueinanderfanden. Nach eingehender Prüfung kann dies jedoch nahezu ausgeschlossen werden. Das Wort „Invictus“ hatte Nicolaier zwar nicht selbst in das Papier eingebracht, es ist Bestandteil eines industriell hergestellten Brief- und Dokumentenpapiers. Das Wasserzeichen, vollständig „invictus bond“, befand sich in Schreibmaschinenseiten oder Briefpapier der Eichberger Papierfabrik.[882] Aufgrund der geschilderten Akribie Arthur Nicolaiers in den Vorbereitungen liegt es jedoch nahe, dass er diesen speziellen Zettel bereits bewusst ausgewählt hatte. Der Abschiedsbrief wurde zurechtgeschnitten, sodass das Wort „Invictus“ dieses Stück Papier dominiert. Zöge man eine Mittelachse, so befände sich dieses Wort mittig auf der einen Seite, der geschriebene Abschiedssatz auf der anderen.

[882] Buscher, Rolf, Vom Wasserzeichen zum Markenpapier. Die Papiermarkierung als Mittel der Absatzpolitik im 20. Jahrhundert, Diss. rer. pol., Universität Trier 2007. Hier: Skizze von Eichberger, Invictus Bond, S. 168. Das Wasserzeichen gehörte somit zur Eichberger Papierfabrik aus Eichberg (Riesengebirge), vgl. hierzu auch die Wasserzeichendatenbank memoryofpaper.eu, die maßgeblich zur Herkunftsklärung beitrug.

In starkem Kontrast zu der erwähnten Intimität der Tat steht dieses letzte Zeichen: INVICTUS ist ein wirkmächtiges Statement; eines, das über den Moment des Abschieds hinausgeht und über diesen Moment hinauswirken *sollte*. Mit diesem Statement ist es Arthur Nicolaier selbst, der den entscheidenden Ton setzt für die Erzählung seines Lebensendes, und damit nicht zuletzt eine Legitimation zur Aufarbeitung seines Schicksals erteilt. „Unbesiegt" bildet zudem, in einem bisweilen heterogenen Fundus an Quellen, einen zentralen Referenzrahmen für die Beschäftigung mit seinem Suizid und dessen nachträglicher Beurteilung.

5.3 Der Kampf um das Vermögen geht weiter

Als Arthur Nicolaiers Leben endete, waren alle Dinge geregelt, die noch in seiner Macht gestanden hatten. Frühzeitig hatte er Gegenstände aus seinem Besitz an Ernst Blumenthal vermacht, bis zum letztmöglichen Zeitpunkt dessen Eltern Otto und Mali in den Niederlanden finanziell unterstützt sowie Mobiliar im Zuge des Zwangsumzuges an seine langjährige Haushälterin Jenny Holst verschenkt. Er hatte sich schon 1941 über die aktuellen Bestattungsregeln erkundigt und auf dieser Grundlage seine künftige Beisetzung geplant. Seine Asche sollte unbedingt oberirdisch, in einem für „Nichtarier" vorgesehenen Raum auf dem Friedhof Wilmersdorf aufbewahrt werden, da die gewünschte Beisetzung im Leipziger Familiengrab der Familie Ebstein ihm aufgrund ebendieser Bezeichnung bereits verwehrt war. Von einer Trauerfeier und Kränzen sollte abgesehen und nur wenige Leute über seinen Tod informiert werden (der Notar Dr. Ostberg, sein Arzt Dr. Mendel, Mia Wolff und Carola Ebstein). Schon lange im Voraus hatte er detailliert verfügt, welche Gegenstände vernichtet, verbrannt oder vergraben werden sollten, er hatte darüber informiert, wo sich alle wichtigen Dokumente befanden und einiges mehr. Vor allem Carola Ebstein erhielt immer wieder neue Anweisungen. Gemeinsam mit ihr und dem Rechtsanwalt Walther Döhring kümmerte sich Arthur Nicolaier bis zuletzt um sein Vermögen und um den zu erwartenden Nachlass. Das Vermögen in Form von Wertpapieren beziehungsweise Pfandbriefen war beträchtlich, es wurde im Jahr 1942 auf ca. 320.000 Reichsmark taxiert. Seit 1926 erhielt Nicolaier allein von der Firma Schering jährliche Tantiemen für seine Entwicklungen in Höhe von 18.000 RM.[883] Die Bewahrung zum einen und die möglichst verlustfreie Weitergabe dieses Vermögens zum anderen waren zweifelsohne anspruchsvolle und zeitraubende Aufgaben, hatte Nicolaier doch

[883] Schering-Archiv (SchA) B13 – 833/4. Als Vergleichsgröße: Das durchschnittliche Jahresentgelt für 1942 lag bei 2.310 RM. Zugrunde liegen hier die im Sozialgesetzbuch IV ermittelten Durchschnittsentgelte der Rentenversicherung. Vgl. https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_6/anlage_1.html [21.04.2023].

schon Jahre der finanziellen Repressionen hinter sich und erfolgten ständig neue gesetzliche Regelungen, die alle letztlich auf eine komplette Enteignung der Verfolgten zielten. Aufgrund der erhaltenen Dokumente und Nicolaiers Akribie in diesen Dingen kann davon ausgegangen werden, dass auch die vermögensrechtlichen Auswirkungen eines möglichen Suizids im engen Kreis besprochen wurden. Nach der Einsetzung der „arischen" Carola Ebstein als Generalbevollmächtigten und ersten Person in der Erbfolge mussten zahlreiche weitere Punkte bedacht werden. Kurz nach Beginn der Deportationen war im November 1941 die 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz erlassen worden, die vorsah, dass das Vermögen von Juden, die ihren Wohnsitz ins Ausland verlegten (und damit waren zynischerweise die Konzentrationslager gemeint), komplett an das Deutsche Reich verfiel. Dies konnte nur mit einem Verbleib im Inland – somit auch durch einen Suizid – verhindert werden. Die 13. Verordnung zum oben genannten Gesetz vom 1. Juli 1943 kann (auch) als eine Reaktion auf diese „Lücken" in der staatlich legitimierten Beraubung angesehen werden. Von da an verfiel das Vermögen pauschal nach dem Tod an das Reich, unabhängig vom Sterbeort.[884]

Nach Nicolaiers Tod musste zunächst die Sperre für eine mögliche Reichsfluchtsteuer aufgehoben werden, was im Dezember 1942 geschah. Rechtsanwalt Döhring und Carola Ebstein waren sich der Schwierigkeiten bewusst, die nun jederzeit rund um das Vermögen entstehen konnten. Döhring war am 1. Dezember 1942 dahingehend recht optimistisch gestimmt, warnte aber davor, dass noch ein Sperrvermerk des Sicherheitsdienstes (SD) bestehen oder erfolgen könne:

> *„Doch wird es der Staatspolizei nun nicht mehr leicht werden, noch eine Beschlagnahme aufrecht zu erhalten, nachdem das Finanzamt sich auf den Standpunkt gestellt hat, dass infolge des im Inlande erfolgten Todes des Herrn Professor Nicolaier eine Auswanderung nicht vorliegt."*[885]

Im Frühjahr 1943 dann war die Höhe der fälligen Erbschaftssteuer fixiert worden: Nach Zahlung von 109.000 Reichsmark sollten noch Pfandbriefe im Wert von 217.000 Reichsmark übrig bleiben. Walther Döhring riet zu einer schnellen Zahlung, um Fakten zu schaffen, da es „erneut bedenkliche Erscheinungen" in der Praxis der Beschlagnahmebehörden gebe, insbesondere beim SD:

> *„In wiederholten Fällen sind Vermögen von Nichtarieren, die – um die Evakuierung zu vermeiden – in den Freitod gegangen sind, noch den arischen Erben entrissen worden mit*

[884] Siehe ausführlich zu den Beraubungsaspekten im Zusammenhang mit dieser Arbeit das Kapitel II.2.
[885] Brief Walter Döhring an Carola Ebstein vom 1.12.1942, Privatbesitz EW.

der Begründung, es erfolge Beschlagnahme wegen staatsfeindlicher Gesinnung des Verstorbenen. Die staatsfeindliche Gesinnung wird (...) darin gefunden, dass der Betreffende sich durch Selbstmord der Evakuierung entzogen, damit gegen das Gebot des Reiches verstoßen und staatsfeindliche Gesinnung an den Tag gelegt habe. Die Begründung ist frivol.“[886]

Hier zeigt sich im Falle Arthur Nicolaiers exemplarisch die reale Bedrohung für das Vermögen durch die Vielzahl pseudolegalistischer Kniffe, denen das Bild vom Suizid als staatsfeindlichem Akt zugrunde lag. Dass es zu einem solchen Verfahren nicht mehr kam, ist wohl auch einem Zufall geschuldet. So schreibt Döhring weiter: *„Bei Herrn Prof. Nicolaier ist glücklicherweise in der Sterbeurkunde vom Selbstmord nichts erwähnt, so dass man auf diesen Fall vielleicht nicht zurückgreifen wird.“* Dennoch riet Walther Döhring Carola Ebstein davon ab, Nachfragen bei den Behörden zu stellen – zum Beispiel zum enteigneten Mobiliar aus der Kurfürstenstraße – um somit unnötige neue Blicke auf die Nachlasssache zu vermeiden. [887] Schließlich war der Suizid offenkundig gewesen und nicht zuletzt in der Gerichtsmedizin offiziell als solcher klassifiziert worden.[888]

Dass es dennoch nie zu einem geregelten Erbe kommen konnte, ist einer Vielzahl weiterer Hürden geschuldet. Die Kriegswirren und -zerstörungen von Unterlagen, der Tod Walther Döhrings im Jahr 1946, der Wertverlust durch Kriegsende und Währungsreform 1948, erhebliche Zugriffslimitationen aufgrund der verschiedenen Besatzungszonen und durch Gründung der DDR (Carola Ebstein wohnte weiter in Leipzig, die Bank hatte ihren Sitz in Westberlin) – all diese Faktoren trugen dazu bei, dass es nie zu einer Erbschaft des ehemals großen Vermögens kam. Die Korrespondenzen in der Sache reichen bis in das Jahr 1962 hinein. Dennoch: Arthur Nicolaier hatte mit seinen umfangreichen Vorbereitungen und Maßnahmen am Ende dahingehend Erfolg, dass mit dem Tod sein Vermögen, abgesehen von der Erbschaftssteuer, nicht an den NS-Staat gefallen war.

[886] Brief Walter Döhring an Carola Ebstein vom 11.3.1943, Privatbesitz EW.
[887] Inge Jacobson hatte am 8.11.1942 per Brief berichtet, dass ein Gerichtsvollzieher am 2.11. das Mobiliar aufgenommen hatte. Brief Ingeborg Jacobson an Carola Ebstein vom 8. November 1942, Privatbesitz EW.
[888] siehe oben, Institut für Gerichtsmedizin Berlin, Eingangsbuch 1942/2, Nr. 2871 (Eintrag Nicolaier), HU Archiv.

6. Der vergessene Entdecker – Rezeption nach 1945

„Durch ihre Geschichtsschreibung stellt eine Gesellschaft dar, wie sie geworden ist, was sie ist, welche Ereignisse, Gruppen und Personen für sie prägend waren. In der Auswahl, der Art der Abhandlung und der Darstellung der bearbeiteten Themen spiegeln sich immer auch die gegenwärtigen Interessen und Machtverhältnisse."[889]

6.1 Der „zweite Tod" Nicolaiers und die Rolle der Historiografie

Über die Tabuisierung des Nationalsozialismus nach dessen Zusammenbruch 1945 und die Konsolidierung dieses Schweigens in der bundesdeutschen Gesellschaft bis weit in die 1960er Jahre hinein, begleitet und befördert durch institutionelle Kontinuitäten und die strukturellen Weichenstellungen der Adenauer-Zeit, sind bis heute vielfältige Analysen erschienen. Unter dem Schlagwort der Vergangenheitsaufarbeitung lassen sich schon die frühen Bemühungen einer historiografischen Darstellung des NS-Systems und der zahlreichen Verbrechenskomplexe fassen, ebenso wie Arbeiten aus anderen Bereichen, die die sozialpsychologischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der NS-Zeit auf die Nachkriegsgesellschaft thematisierten. Spätere Arbeiten wie die von Norbert Frei zur Vergangenheits*politik* verbinden strukturelle Analysen von Entnazifizierungs-, Amnestie- und Integrationspolitik in der frühen Bundesrepublik mit der Darstellung des Zeitgeistes und beschreiben so das Verschweigen und Verdrängen – Hauptmerkmale der Aufbau- und sogenannten Wirtschaftswunderzeit – anschaulicher, als dies in früheren historiografischen Arbeiten der Fall war.[890] Daneben haben auch Analysen wie zum Beispiel „Die Unfähigkeit zu trauern" von Alexander und Margarete Mitscherlich ihren festen Platz in der Reihe der Versuche, die Nachkriegszeit als Verdrängungszeit zu beschreiben und die zugrundeliegenden Mechanismen freizulegen. Auf der Basis eines tiefenpsychologischen Ansatzes, gleichsam als eine Art Volkspsychologie auf die Masse angewendet, attestierten die Mitscherlichs der deutschen Gesellschaft 1967 eine Traumatisierung, die dazu geführt habe, dass die Bevölkerung zu einer realistischen Betrachtung und Reflexion der Jahre 1933 bis 1945 nicht in der Lage sei. Auslöser für das Trauma waren nach Mitscherlich allerdings nicht die Schrecken oder gar Verbrechen der NS-

[889] Keller, Barbara, Rekonstruktion von Vergangenheit. Vom Umgang der „Kriegsgeneration" mit Lebenserinnerungen, Opladen 1996, S. 56.

[890] Vgl. Frei, Norbert, Vergangenheitspolitik. Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 2012.

Zeit, sondern vielmehr das Scheitern ihres „Führers“ und der „Volksgemeinschaft“ – und somit das Scheitern der eigenen Konzeptionen.[891] Trotz steter Kritik an der Methodik und einer Reihe von Pauschalisierungen konnten Mitscherlichs Thesen schon damals verfangen und gelten bis heute neben zahlreichen historisch-faktischen Analysen als ein wichtiger Ansatz zum Verständnis der über lange Zeit nicht existierenden Bereitschaft zur Aufarbeitung der Zeit von 1933 bis 1945.

Ralph Giordanos Diktum einer „zweiten Schuld“ von 1987 stößt in eine Lücke zwischen analytischen Kategorien wie Freis Vergangenheitspolitik und Mitscherlichs früher Diagnose einer zu Trauer und Aufarbeitung unfähigen Bevölkerung. Mit der Argumentation, nach den Verbrechen des Nationalsozialismus mache sich die deutsche Gesellschaft durch das Verschweigen und Verdrängen dieser Taten ein zweites Mal schuldig, rief Giordano zu einer aktiven Erinnerungskultur auf. [892] Sein Appell verlangte auch ein konsequenteres Vorgehen im Bereich der Entschädigungszahlungen für NS-Opfer – ein Kapitel, das, ähnlich wie die Restitution von Kulturgütern, im Gegensatz zu vielen anderen Bemühungen der Aufarbeitung bis heute keinen Vorzeigecharakter aufweist.

Bleibt man bei der „zweiten Schuld“, so stellt sich die Frage nach Versäumnissen in der Erinnerung auch an diejenigen Opfer, die – sei es aufgrund fehlender Nachkommen, ausgelöschter Familien oder davon unabhängig aus anderen Gründen – plötzlich verschwunden waren aus ihren Wohnungen, ihren Häusern und zugleich aus dem Gedächtnis ihrer Mitmenschen und die ohne jegliche Erinnerungs-„Lobby“ nach 1945 auch verschwunden blieben. Auch auf viele gerade der älteren Suizid-Opfer trifft dies zu, und bezogen auf Arthur Nicolaier soll diesen Versäumnissen hier exemplarisch nachgegangen werden. Dass Nicolaier durch sein wissenschaftliches Wirken exponiert war, ist hierfür ohne Frage hilfreich. Doch tritt dadurch zugleich auch eine Asymmetrie in der Erinnerung zutage: Ähnliche Versuche einer Rekonstruktion des Vergessenwerdens der überwältigenden Mehrzahl der weniger bekannten Verfolgten sind fast zwangsläufig zum Scheitern verurteilt.

Mit der Verlegung eines Stolpersteins im Frühjahr 2014 vor Arthur Nicolaiers letzter frei gewählter Wohnung[893] in Berlin war ein weiterer Schritt getan auf dem Weg zu einem – dauerhaften – öffentlichen Gedenken an seine Person. Die Jahrzehnte nach seinem Suizid 1942 sind gekennzeichnet von kontinuierlichem Vergessen und (Ver-)Schweigen und bedingen einen erinnerungs- und rezeptionsgeschichtlichen „zweiten Tod“, auf den näher eingegangen werden

[891] Vgl. Mitscherlich, Alexander und Margarete, Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, München 1967.
[892] Vgl. Giordano, Die zweite Schuld.
[893] Charlottenburg/Wilmersdorf, Prager Straße 2 (heute: Grainauer Str. 2).

soll. Nach einer medizinischen Dissertation aus dem Jahr 1946 sollten annähernd 30 Jahre vergehen, bis die mit Nicolaier untrennbar verbundene Entdeckung des Tetanus-Erregers das nächste Mal in der Fachliteratur beschrieben wurde. Doch zog auch dies keine direkte weitere Beschäftigung mit seiner Person nach sich; erst in den 1980er Jahren kam es zu einem langsamen Wandel. Die nahezu ausgebliebene Würdigung über viele Jahrzehnte ist freilich kein Sonderfall, und sicher hatten darauf externe Faktoren wie der lange Zeitraum seit der Tetanus-Entdeckung im Jahr 1884, die Tatsache, dass Nicolaier ohne Familie und Nachkommen geblieben war und, auch damit verknüpft, die schwierige Quellenlage entscheidenden Einfluss. Hinzu kommen die strukturellen Mechanismen des ausbleibenden Gedenkens nach 1945, natürlich auch der Erinnerung an verfolgte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in allen Bereichen. Abgesehen von diesen externen und strukturellen Faktoren soll im Folgenden jedoch der Blick auf (fach)interne Prozesse gerichtet und am konkreten Einzelfall untersucht werden, in welcher Form Arthur Nicolaier in Deutschland erinnert wurde. Wie häufig und in welchen Zusammenhängen taucht sein Name in der Literatur auf? Wie werden seine wissenschaftlichen Leistungen in medizinischen Lexika und Lehrbüchern rezipiert? Welche Hinweise auf die NS-Verfolgung und seinen Tod lassen sich hierin finden? Kurzum: Welche konkreten Defizite in der medizingeschichtlichen Rezeption sind dabei letztlich zu erkennen?[894] Die Analyse gliedert sich in drei Phasen: in den Zeitraum einer Generation nach Kriegsende (1945-1975), die darauf folgenden 30 Jahre bis 2005 sowie die jüngeren Entwicklungen in der Rezeption bis zum heutigen Tag.

6.2 1945 – 1975: 30 Jahre Schweigen

Die medizinische Dissertation „Arthur Nicolaier – ein Bild seines Wirkens“,[895] verfasst kurz nach dem Ende des Krieges, ist in mehrfacher Hinsicht erwähnenswert. Auf den ersten Blick bietet sie keinerlei Überraschungen, erwartete man hier etwa Aussagen zur gerade überwundenen NS-Zeit. Während Nicolaiers Ausbildungsstationen und in erster Linie seine Forschungen ausführlich dargestellt werden, enden die Anmerkungen zu seiner Biografie mit dem Jahre 1933. Sein Lebensende und die vorangegangene jahrelange Leidenszeit werden nur

[894] Eine erste Auswahl zur Nicolaier-Rezeption nach 1945 findet sich schon in einem ersten Buchbeitrag von 2011, hier wird diese nun vertiefend dargestellt und kommt zu teils anderen Bewertungen, die sich im Laufe der Recherchen ergeben haben. Siehe Ohnhäuser, Tim, Der Arzt und Hochschullehrer Arthur Nicolaier (1862-1942). Eine Annäherung an die Suizide der als „nicht arisch“ verfolgten Ärzte in Deutschland, in: Kühl, Richard/Ohnhäuser, Tim/Schäfer, Gereon (Hrsg.), Verfolger und Verfolgte. „Bilder“ ärztlichen Handelns im Nationalsozialismus, Münster 2011 (= Medizin und Nationalsozialismus, 2), S. 15-38, hier vor allem S. 31-33.

[895] Bley, Cäcilie, Arthur Nicolaier – ein Bild seines Wirkens, Med. Diss., Göttingen 1946.

in einem Satz vage angedeutet: *„Am 28. August 1942 schied Arthur Nicolaier unter dem Druck äusserer Umstände in Berlin aus dem Leben, […]“.*[896] Daran gemessen, erscheint diese Dissertation als ein typisches Beispiel auf der langen Liste von Arbeiten, die eine Auseinandersetzung mit den zurückliegenden Jahren vermieden. Auf den zweiten Blick jedoch kommen einige interessante Facetten hinzu, die Einfluss auf die retrospektive Bewertung dieser Arbeit haben. Die Dissertation von Cäcilie Bley entstand an der Göttinger Medizinischen Fakultät, der langjährigen Wirkungsstätte Nicolaiers, bei Georg Benno Gruber (1884-1977), Professor für Pathologie und einer der frühen Medizinethiker, der das dortige Ordinariat von 1928-1946 innehatte.[897] Überliefert ist eine Kontaktaufnahme der Doktorandin zu Nicolaiers Nichte Carola Ebstein, aus welcher Gruber als der Impulsgeber für die Dissertation hervorgeht: *„Von Prof. Gruber erhielt ich die Aufgabe, in Form einer Dissertation ein Bild des Wirkens von Prof. Nicolaier zu entwerfen“,* schreibt Bley und bittet außerdem um *„Auskunft über den Verbleib von Prof. N.“*[898] Diese Anfrage datiert vom 11. Januar 1947, während die Dissertation laut Deckblatt bereits im Herbst 1946 vorgelegt wurde, was bedeuten würde, dass der erwähnte Satz erst nachträglich Eingang in die Arbeit fand. Die Annahme wird dadurch unterstützt, dass das Todesjahr in der vorgelegten Version offengelassen wurde. Genauer: Bley hatte im Titel die Lebensdaten mit der Schreibmaschine *„1862-193_“* angegeben, die letzten zwei Ziffern des Sterbejahrs wurden nachträglich mit Bleistift korrigiert beziehungsweise hinzugefügt. Bley dankt zudem Carola Ebstein in einem weiteren Brief für einen ausführlichen Bericht und fügt hinzu: *„Meine Vermutungen gingen dahin, dass Porf. [sic] Nicolaier schon 1938 den Schwierigkeiten bei seinem hohen Alter erlegen sei, […].“*[899] Dass der Referent der Dissertation, Georg Gruber, bekannt war mit der Familie Ebstein, erschließt sich aus den durch Bley übermittelten Grüßen, zudem findet sich im Nachlass Ebstein ein Kondolenzschreiben Grubers an Carola Ebstein nach dem Tod ihres Mannes Erich im Jahr 1931.[900] Den Angaben Martin Mattulats zufolge lernten sich Gruber und Erich Ebstein spätestens während dessen Assistentenzeit in München (1906-1908) kennen.[901] Über diese Verbindung könnte ein Bezug zu Arthur Nicolaier bestanden haben; ob die beiden sich persönlich kannten, konnte jedoch

[896] Ebd. S. 10.
[897] Vgl. ausführlich zu Gruber und auch dessen Rolle während der NS-Zeit Mattulat, Martin, Medizinethik in historischer Perspektive. Zum Wandel ärztlicher Moralkonzepte im Werk von Georg Benno Gruber (1884-1977), Stuttgart 2007.
[898] Brief Cäcilie Bley an Carola Ebstein, 11. Januar 1947, Privatbesitz EW. Demnach hatte sich Bley bei der Recherche schon „vergeblich an einen jüdischen Informationsdienst in Berlin“ gewendet.
[899] Weitere Begründungen für diese Vermutung nennt sie jedoch nicht. Brief Cäcilie Bley an Carola Ebstein, 22. Februar 1947, Privatbesitz EW.
[900] Kondolenzschreiben Georg Gruber an Carola Ebstein vom 20. April 1931, NL Ebstein, K. 23, Auszüge zit. auch bei Mattulat, Medizinethik in historischer Perspektive, S. 15.
[901] Vgl. Mattulat, Medizinethik in historischer Perspektive, S. 15.

nicht geklärt werden. Es ergeben sich also durch den genaueren Blick auf das Zustandekommen von Bleys Dissertation Hinweise darauf, dass allein durch die Vergabe des Themas eine sehr frühe, posthume Würdigung – oder eine Geste der Rehabilitierung? – Nicolaiers intendiert gewesen sein könnte.

Bemerkenswert an Bleys Dissertation ist in jedem Falle die akribische und sorgfältige Darstellung von Nicolaiers Versuchen und Forschungen über fast 70 Seiten hinweg, die auch heute lesenswert ist, wollte man die Entdeckungsgeschichte des Clostridium tetani rekonstruieren. Trotz der erwähnten Auslassungen kann durchaus von einer ausführlichen Würdigung der wissenschaftlichen Leistungen Nicolaiers gesprochen werden, die Cäcilie Bley durch das erstmalige Zusammentragen seiner Forschungen erreicht. Dass der Verbreitungsgrad und die Rezeption der medizinischen Dissertation aus vielerlei Gründen zu dieser Zeit äußerst überschaubar gewesen sein dürften, steht auf einem anderen Blatt. Doch selbst vor Ort in Göttingen wurde auf die Arbeit offensichtlich nicht zurückgegriffen: Im Dozentenverzeichnis des „Catalogus Professorum Gottingensium 1734-1962“ findet sich bei Arthur Nicolaier der Hinweis: „seit 1945 verschollen“.[902] Bearbeitet und herausgegeben wurde der Katalog von Wilhelm Ebel (1908-1980), Professor für Rechtsgeschichte und ehemals unter anderem ein für den SD tätiger SS-Hauptsturmführer im Rasse- und Siedlungshauptamt, der 1954 als ordentlicher Professor wieder eingesetzt wurde und nach seiner Emeritierung 1965 noch bis 1978 das Universitätsarchiv leitete.[903] Dies sollte, auch wenn hier keine Hinweise auf eine bewusste Verschleierung vorliegen, nicht unerwähnt bleiben, ist es doch als ein klassisches Beispiel struktureller und personeller Nachkriegs-Kontinuitäten von Relevanz für die Fragestellung, wo, wie und von wem der Forscher Arthur Nicolaier erinnert wurde. Bleys Dissertation blieb auch über Göttingen hinaus lange Zeit weitgehend unbemerkt oder unberücksichtigt. Die Suche nach Erwähnungen Nicolaiers in der Fachliteratur und Enzyklopädien bis weit in die 1970er Jahre hinein bestätigt dies.

Für die ersten Nachkriegsjahre mag die verbreitete Unkenntnis über Nicolaiers „Verbleib“, verstärkt durch das Argument der Wirren von Zusammenbruch und Neuanfang, plausibel sein. Zumindest ist dies *ein* möglicher Erklärungsansatz für die Leerstellen, die in der frühen Fachliteratur nach 1945 existieren. In Verbindung vor allem mit Tetanus wird der Name Nicolaier sehr wohl weiterhin erwähnt; Lebensdaten, erst recht weitere Ausführungen, fehlen jedoch. Die Frage, wie bekannt das Lebensende Nicolaiers im kollegialen und informellen

[902] Ebel, Wilhelm, Catalogus Professorum Gottingensium 1734-1962, Göttingen 1962, S. 94.
[903] Biografische Angaben siehe Klee, Ernst, Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt/M. 2007, S. 123.

Rahmen war, lässt sich nicht allgemeingültig beantworten. Das Ordinariat Grubers in Göttingen, dessen Wissen um Nicolaiers Schicksal spätestens also mit dem Schreiben von Carola Ebstein an seine Doktorandin Anfang des Jahres 1947 vorausgesetzt werden kann, endete zwar 1946, nicht aber der fachliche und private Austausch mit weiterhin tätigen Kollegen. Vor allem den Wissenschaftlern an der Berliner Universität dürften zudem die Namen derjenigen Kollegen, zumindest aus dem eigenen Fach, bekannt gewesen sein, denen man 1933 die Lehrbefugnis entzogen hatte. Freilich müssen hierbei der zeitliche Abstand und ebenso die personellen Veränderungen bedacht werden, die der Lehrkörper der Universität seitdem erfahren hatte. Ein existierendes, wenn auch vielleicht vages Wissen um die verschwundenen Kollegen muss jedoch ebenso vorausgesetzt werden, und es äußert sich unter anderem in den hier thematisierten Leerstellen. Paul Diepgen (1878-1966) beispielsweise, Professor für Medizingeschichte in Berlin von 1929 bis 1944 und später in Mainz (1947-1966), umgeht in seiner „Geschichte der Medizin" von 1955 eine Problematisierung folgendermaßen: *„Arthur Nicolaier (geb. 1862), Internist in Göttingen und Berlin, zeigte als cand. med. […]".*[904] Wie auch in anderen Nachschlagewerken der Zeit zu beobachten, beschränkt sich Diepgen bei Nicolaiers Lebensdaten auf die Angabe des Geburtsjahres. Wie viel der in Berlin bestens vernetzte Medizinhistoriker über Arthur Nicolaier und dessen Lebensende wusste, ist ungewiss. Eine Spur hierzu findet sich in den Unterlagen Carola Ebsteins: Im Zusammenhang mit Nicolaiers Urnenbestattung 1942 findet sich neben diversen Quittungen auch eine Notiz darüber, dass sie als Motiv für die Urne einen Aeskulapstab gewählt habe und zum Zwecke der Anfertigung einer Skizze „in Diepgens Institut"[905] gewesen sei. Die Selbstverständlichkeit, die aus diesem Memo hervorgeht, legt eine Bekanntschaft mit Diepgen nahe. Im Zuge weiterer Recherchen ließen sich Erich Ebstein und seine Frau Carola mit ihrer Leipziger Anschrift in Paul Diepgens Adressbuch finden.[906] Das verwundert nicht weiter, war doch der 1931 verstorbene Erich Ebstein als „Arzt-Schriftsteller" gleichermaßen historisch interessiert wie bewandert. Zudem findet sich ein weiterer Hinweis auf eine Bekanntschaft in einem Brief Carola Ebsteins an Blumenthals von 1938, demzufolge sie die Beerdigung Karl Sudhoffs (1853-1938) besucht und dort auch mit Diepgen gesprochen hatte.[907] Ob sich Carola Ebstein

[904] Diepgen, Paul, Geschichte der Medizin. Die historische Entwicklung der Heilkunde und des ärztlichen Lebens, Berlin 1955, S. 127.

[905] Eigenhändige Notiz Carola Ebstein, Privatbesitz EW. Auch im Brief an die Blumenthals erwähnt sie den dortigen Besuch: „[…] war deshalb im Institut für gesch. d. med. und habe mir eine Pause gemacht, die als Vorlage dienen kann." Brief Carola Ebstein an Otto und Mali Blumenthal vom 6.9.42, Privatbesitz Familie Blumenthal.

[906] Institut für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin, Universitätsmedizin Mainz, Nachlass Paul Diepgen, IV/01 Adressbuch aus der Berliner Zeit (o.J.). Ein Eintrag zu Arthur Nicolaier existiert nicht. Dank an Dagmar Loch (Institutsbibliothek) für ihre Unterstützung der Recherche.

[907] „Kürzlich ist Sudhoff gestorben. Ich war zum Begräbnis draußen. Brunn [Walter von] sprach recht gut. Ich sprach dann Diepgen und Bockemann [?], wir sprachen auch von Erich. So lange ich lebe, ist er doch auch immer mal

und Paul Diepgen an diesem Tag im September 1942 in seinem Institut getroffen hatten oder darüber hinaus in Kontakt standen und Diepgen somit Kenntnis von Arthur Nicolaiers Situation und letztlich auch seinem Suizid hatte, muss hingegen offen bleiben.

Fest steht, dass Diepgen das Sterbejahr Nicolaiers nie erwähnt. Als eine Ausweichstrategie mag die Angabe lediglich des Geburtsjahres noch 1955 – Nicolaier wäre dann 93 Jahre alt gewesen – ein gangbarer Weg gewesen sein, in der zweiten Auflage zehn Jahre später war sie das sicher nicht mehr.[908] Ebenso verhält es sich 1960 in der von Diepgen mitbearbeiteten Neuauflage eines Kompendiums.[909] Das „selektive Schweigen" Diepgens in der Nachkriegszeit, wie Andreas Frewer es bezeichnet,[910] vermag diese Leerstellen nicht zu erklären, jedoch besser einordnen zu können. Ebenso aufschlussreich ist der Aufsatz von Werner F. Kümmel, der Diepgens Verhalten nach 1945 als „ganz auf Verdrängen und Vergessen ausgerichtet" beschreibt.[911] Frewer führt weiter Stellen aus Diepgens Autobiografie von 1966 an, in der dieser vom „unglückliche[n] Ausgang des Zweiten Weltkrieges" spricht und seine zahlreichen Verbindungen zu hohen Funktionsträgern des NS-Staates, unter anderem zu Karl Brandt, verleugnet.[912]

So jedenfalls kommt es eben nicht zufällig dazu, dass auch 30 Jahre später, in der 1992 von Axel H. Murken überarbeiteten Auflage des Standardwerks von Ackerknecht,[913] genau die identische Art der Nennung erscheint. Dass zu jenem Zeitpunkt allerdings längst neue Wissensbestände zur Verfügung gestanden hatten, wie weiter gezeigt wird, verdeutlicht einmal mehr die Problematik, die in der bloßen Fortschreibung vermeintlich nachrangiger Lebensdaten liegt.

Neben den hier angeführten und noch weiteren Kurznennungen seines Namens im Tetanus-Kontext erscheint über einen Zeitraum von 30 Jahren keine Zeile, die auch nur Mutmaßungen über Nicolaiers Schicksal anstellt. Mehr noch: Es scheint, als hätten das Wissen oder die Ahnungen der Nicht-wissen-Wollenden über die Zusammenhänge von NS-Verfolgung und einem gewaltsamen Tod ihren Anteil daran, dass überhaupt nicht mehr explizit über

---

wieder mit dabei. Diepgen ist weiß geworden, sieht aber gut aus." Brief Carola Ebstein an Mali und Otto Blumenthal vom 11. November 1938, Privatbesitz Familie Blumenthal.

908 Siehe hierzu Diepgen, Geschichte der Medizin, 1. Auflage (1955) und 2. Auflage (1965).

909 Vgl. Aschoff, Ludwig/Diepgen, Paul/Goerke, Heinz, Kurze Übersichtstabelle zur Geschichte der Medizin, 7. neubearbeitete Auflage von Paul Diepgen und Heinz Goerke, Berlin 1960, S. 48.

910 Frewer, Andreas, Medizingeschichte und „Neue Ethik" in Berlin: Fachpolitik, NS-Disziplin und SS-Moral (1939-1945), in: Schleiermacher, Sabine und Schagen, Udo (Hrsg.), Die Charité im Dritten Reich. Zur Dienstbarkeit medizinischer Wissenschaft im Nationalsozialismus, Paderborn 2008, S. 85-104, hier S. 103.

911 Kümmel, Werner F., Paul Diepgen als „Senior" seines Faches nach 1945, in: Medizinhistorisches Journal 49 (2014), S.10-44, hier S. 42.

912 Vgl. ebd.

913 Vgl. Ackerknecht, Erwin H., Geschichte der Medizin, Stuttgart 1992, 7. überarbeitete und ergänzte Auflage von Axel H. Murken, Stuttgart 1992.

Nicolaier und seine Forschungen berichtet wurde. Diese publikatorische Passivität erschien offenbar als die sicherste aller Handlungsoptionen, um das dünne Eis der unguten Ahnungen zu meiden.

Erst Hans Schadewaldt brach 1975 die Stille um Nicolaier in seinem Artikel „Die Entdeckung der Tetanusbazillen“,[914] publiziert in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift. Veröffentlicht in derselben Zeitschrift wie Nicolaiers Originalartikel von 1884, war dem Aufsatz eine gewisse Verbreitung sicher. Offenbar war die Serie „100 Jahre im Spiegel der DMW“ der Anlass gewesen, bedeutende Arbeiten aus diesem Zeitraum zu erinnern. Schadewaldt publizierte unter dieser Rubrik in besagtem Jahrgang insgesamt 14 Beiträge, von Tetanus über Tuberkulose bis zur Entdeckung der Sulfonamide.[915] Im Tetanus-Artikel nimmt Schadewaldt einen historischen Abriss vor und beschreibt dann ausführlich die Nicolaierschen Versuche als den Startpunkt der weiteren Impfstoffentwicklung. Hierzu schreibt er:

> *„Der damalige erste Schriftleiter der ‚Deutschen Medicinischen Wochenschrift‘ Paul Börner (1829-1885) hatte offensichtlich ein besonderes Gespür für die Bedeutung dieser von einem jungen Medizinstudenten vorgelegten Abhandlung, wenn er die Arbeit eines Kandidaten der Medizin aufnahm, was auch in jener Zeit, als man als höhersemestriger Medizinstudent sogar schon in Arztpraxen vertreten konnte, dennoch etwas Ungewöhnliches war.“*[916]

Am Ende des Beitrags erfolgte dann die öffentliche Erwähnung von NS-Verfolgung und Suizid: *„Als Nichtarier sah sich Nicolaier im Dritten Reich der Judenverfolgung ausgesetzt, so daß er in Berlin am 28. August 1942 aus Verzweiflung Selbstmord verübte.“*[917] Der Beitrag enthält keine Literaturangaben, sodass offenbleiben muss, ob Schadewaldt die Information über den Suizid der Dissertation von Bley entnommen oder auf anderem Wege darüber Kenntnis erlangt hatte. Das 30-jährige Schweigen wurde damit erstmals durchbrochen, besser jedoch: unterbrochen – denn daran anknüpfende, vertiefende Nachforschungen zu Nicolaiers Schicksal blieben, zumindest in der Bundesrepublik, weitgehend aus, wie die weitere Untersuchung zeigt.

---

[914] Schadewaldt, Hans, Die Entdeckung der Tetanusbazillen, in: Deutsche Medizinische Wochenschrift 100 (1975), 43, S. 2230-2232.

[915] Vgl. hierzu die Dokumentation der Arbeiten von Hans Schadewaldt bei Labisch, Alfons (Hrsg.), In memoriam Prof. Dr. Hans Schadewaldt (1923-2009). Verzeichnis Düsseldorfer Arbeiten zur Geschichte der Medizin, unter Mitarbeit von Ulrich Koppitz, Düsseldorf 2010.

[916] Schadewaldt, Die Entdeckung der Tetanusbazillen, S. 2231.

[917] Ebd., S. 2232.

6.3 1975 – 2005: Punktuelle Erwähnungen

Auch nach Schadewaldts Beitrag 1975 sind Nachforschungen westdeutscher Wissenschaftler, wie erwähnt, nicht zu verzeichnen. Für die weitere Rekonstruktion von Hinweisen auf Nicolaier und seine Verfolgung richtet sich der Blick auf die DDR. Hier waren es die Mikrobiologen Werner Köhler (Jena) und Hanspeter Mochmann (Berlin), die wie zuvor schon Schadewaldt im Rahmen eines „Jubiläumsbeitrags" über Arthur Nicolaier schrieben.[918] Zum ersten Mal entstanden hieraus intensivere Recherche-Bemühungen: aus dem Archiv der Humboldt-Universität wurden Dokumente zu Nicolaiers Umhabilitierung nach Berlin, zu seiner Antrittsvorlesung sowie zum Entzug der Lehrbefugnis zutage gefördert. Die Autoren notieren, dass sie keine Artikel über Nicolaier finden konnten, erwähnen aber den West-Kollegen Schadewaldt und auch dessen Information über den Suizid. Sie schließen:

> *„So verliert sich die Spur des Mannes, der bereits als Doktorand und Kandidat der Medizin eine wichtige bakteriologische Entdeckung gemacht hat und der, wie allein schon seine hier zitierten Arbeiten aus den Jahren 1884-1901 belegen, ein bedeutender Kliniker wurde, im Dunkel der Vergangenheit. Auch er gehört zu den zahllosen Opfern des Faschismus."*[919]

Im Beitrag von Mochmann und Köhler lassen sich die ersten ernstzunehmenden Versuche erkennen, Licht ins Dunkel zu bringen. Vier Jahre später erschien das Buch „Meilensteine der Bakteriologie", in dem sie ihren früheren Beitrag noch einmal, unter demselben Titel aber in erweiterter Form, veröffentlichten. Dort fügen sie hinzu: *„Über Arthur Nicolaier gibt es keine literarischen Quellen, die seiner wissenschaftlichen Bedeutung gerecht werden."*[920] Die einzig neue Erkenntnis im Vergleich zu 1980 ging hierin auf den Ost-Berliner Schriftsteller Heinz Knobloch (1926-2003) zurück. Dieser hatte 1982 in seiner Wochenpost-Reihe „Berliner Grabsteine" einen der Artikel Arthur Nicolaier gewidmet.[921] Knobloch war bei Archivrecherchen auf eine Karteikarte der Gestapo mit falsch geschriebenem Namen (Nikoleier) gestoßen, aus der die letzte Adresse und der Zielort der Deportation (Theresienstadt)

---

[918] Mochmann, Hanspeter und Köhler, Werner, 100 Jahre Bakteriologie. Der Beweis der infektiösen Natur des Tetanus durch Arthur Nicolaier im Jahre 1884 und die Reinzüchtung des Tetanusbazillus durch Shibasaburo Kitasato im Jahre 1889, in: Medicamentum 21 (1980), S. 314-319.

[919] Ebd., S. 318.

[920] Mochmann, Hanspeter und Köhler, Werner, Der Beweis der infektiösen Natur des Tetanus durch Arthur Nicolaier im Jahre 1884 und die Reinzüchtung des Tetanusbazillus durch Shibasaburo Kitasato im Jahre 1889, in: dies. (Hrsg.), Meilensteine der Bakteriologie. Von Entdeckungen und Entdeckern aus den Gründerjahren der Medizinischen Mikrobiologie, Mönchengladbach 1984, S. 223-236.

[921] Knobloch, Heinz, Berliner Grabstein: Arthur Nicolaier, in: Wochenpost 48, Berlin (Ost), 1982. Der Artikel wurde auch noch einmal leicht bearbeitet in der später erschienenen Sammlung veröffentlicht: Ders., Berliner Grabsteine. Spaziergänge wider die Vergessenheit, Berlin (Ost) 1987.

hervorgingen.[922] Während die genannten Autoren also die Recherchen zu Nicolaiers NS-Verfolgung vorantrieben, heißt es zur gleichen Zeit in der 1984 in Salzburg erschienenen „Illustrierte(n) Geschichte der Medizin“ im Eintrag zu Nicolaier unkommentiert: *„Die größte Leistung Nicolaiers, der durch Selbstmord aus dem Leben schied, war die Entdeckung des Clostridium tetani, des Tetanusbazillus, im Jahre 1894.“*[923] Neben der falsch datierten Entdeckung irritiert hier der lapidare Einschub zum Suizid, der ohne jede Erläuterung bleibt.

Nach den Artikeln von Mochmann und Köhler sowie Knobloch erscheint 1989 aus dem Umfeld der HU Berlin noch ein weiterer Beitrag über Arthur Nicolaier, der, allerdings ohne Hinweis darauf im Titel,[924] das aktuelle Wissen auf drei Seiten zusammenfasste. Die Autorin Ilse Jahn beklagt ebenso das Missverhältnis von wissenschaftlicher Leistung und dem fachinternen wie öffentlichen Erinnern und schließt ihren Beitrag mit dem Appell: *„Arthur Nicolaier […] sollte nicht der Vergessenheit anheim fallen. Ein sein Leben und Wirken ausführlich würdigender Nachruf steht noch aus.“*[925] Ebenfalls 1989 erscheint noch eine Publikation in Westdeutschland. In „Ärzte und Ärztliches. Essayistische Anregungen“ schreibt Heinz Saueressig einen sechsseitigen Beitrag, der sich an Bleys Dissertation von 1946 und an Knobloch orientiert und mit der Thematisierung des Suizids schließt: *„Arthur Nicolaier hatte sich verweigert. […] Ein großer deutscher Arzt und Forscher bewahrte seine Würde. Name und Grab sind verlorengegangen.“*[926]

Die Erwähnungen Nicolaiers nehmen also in den 1980er Jahren sukzessive zu, ebenso die Wissensbestände. Eine Entwicklung, die augenscheinlich parallel zu der auf breiterer Front beginnenden Aufarbeitung von NS-Unrecht verläuft. Eine Handvoll Personen sind im Falle Nicolaiers die Taktgeber, teils aus privater Initiative heraus, während aus dem Fach der Medizingeschichte noch keine nennenswerten Impulse zu verzeichnen sind. Die Nicolaier-Rezeption ist durchweg charakterisiert durch Ungleichzeitigkeiten: während eine medizinische Dissertation von 1990 über das Göttinger Hygiene-Institut, an dem Nicolaier seine Entdeckung machte, auf letztere ebenso eingeht wie auf sein Lebensende – unter Bezugnahme auf Mochmann und Köhler (1984) – und somit zeigt, dass ein Wissenstransfer durchaus möglich

[922] Ob das Kürzel „Sm.“ auf der Karteikarte tatsächlich für Selbstmord steht, wie von Knobloch beschrieben, wurde auf Grundlage der Recherche im BLHA, in Kap. II diskutiert und kann voraussichtlich bejaht werden.

[923] Breitenecker, Maria Theresia, „Nicolaier, Arthur“, in: Sournia, Jean-Charles/Poulet, Jacques/Martiny, Marcel (Hrsg.), Illustrierte Geschichte der Medizin, Bd. 9, Salzburg 1984, S. 3386.

[924] Jahn, Ilse, Zum Gedenken an jüdische Biologen der Berliner Universität, in: Die Humboldt-Universität und ihre Geschichte. Aus der Arbeit der universitätshistorischen Kolloquien 1987-1989, Beiträge zur Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin 23, Berlin 1989, S. 86-89.

[925] Ebd., S. 89.

[926] Saueressig, Heinz, Ausgelöscht. Leben und Ende des Dr. Arthur Nicolaier, in: Ders. (Hrsg.), Ärzte und Ärztliches. Essayistische Anregungen, Sigmaringendorf 1989, S. 49-55. Hier S. 55.

war,[927] erschien zwei Jahre später die bereits erwähnte überarbeitete Auflage von Ackerknechts „Geschichte der Medizin“ mit dem fehlenden Todesjahr. Hinzu kommt hier noch eine durchaus auffällige Leerstelle: in einem tabellarischen Überblick der wichtigsten Infektionskrankheiten und ihrer Entdecker sticht Nicolaier unter den 23 mit Lebensdaten aufgeführten Forschern dadurch hervor, dass sich allein hinter seinem Namen ausschließlich das Geburtsdatum findet.[928] Was der erwähnten medizinischen Doktorandin zuvor noch bei der Recherche gelungen war, ließ nun ausgerechnet ein Überblickswerk aus der institutionalisierten Medizingeschichte vermissen. Dies wiederum weist auf einen Mangel im Fluss von historischer Information und deren Verbreitung im Forschungsfeld hin.

Die Inkonsistenz in der Rezeption setzte sich auch in den folgenden zehn Jahren fort: in dem von Wolfgang U. Eckart und Christoph Gradmann 1995 herausgegebenen Ärztelexikon wurde Arthur Nicolaier mit einem Eintrag bedacht, die Wissensbestände der Zeit wurden hier von Michael Hubenstorf kurz und bündig zusammengefasst, und der letzte Satz ließ mit der Formulierung *„entzog sich der Deportation durch Selbstmord“* keinen Spielraum für Mutmaßungen.[929] Ganz anders zeigt sich dies in der Biographischen Enzyklopädie deutschsprachiger Mediziner von 2002: Nicolaiers Sterbedatum ist hier zwar korrekt angegeben, doch endet der Eintrag unvermittelt mit dem Satz *„N. beging Selbstmord“* – ohne zuvor die Verfolgung im Nationalsozialismus auch nur erwähnt zu haben. Die offensichtlich unterbliebene weitergehende Recherche, die schnell die entscheidende Zusatzinformation geliefert hätte, mag hier als nachlässig bezeichnet werden. Als Ergebnis dieser Versäumnisse steht jedoch der unbefriedigende Zustand, dass eine aktuelle Enzyklopädie hinter zuvor erarbeitete Wissensbestände zurückfiel und diese damit unterminierte.

Es lassen sich also in dieser Chronologie der Aufarbeitung neben den erwähnten Fortschritten seit den 1980er Jahren ebenso Rückschritte konstatieren, sodass die Erkenntnisse insgesamt nicht dazu führen konnten, dass der Name Arthur Nicolaier zu Beginn des 21. Jahrhunderts einer größeren deutschen (Fach-)Öffentlichkeit bekannt gewesen wäre. So wunderten sich im Jahr 2001 in Frankreich die Bakteriologen Willy Hansen und Jean Freney in einem umfangreichen Artikel zur Geschichte des Tetanus – übrigens mit der Bezeichnung *Bacille de Nicolaier* im Titel[930] – über die schwierigen Recherchen in Museen und Archiven

[927] Rieberer, Gabriela, Das Institut für klinische Chemie und Hygiene der Universität Göttingen von der Gründung 1883 bis 1955, Diss. med., Göttingen 1990.
[928] Vgl. Ackerknecht, Geschichte der Medizin, S. 128.
[929] Hubenstorf, Michael, Nicolaier, Arthur, in: Eckart, Wolfgang U. und Gradmann, Christoph (Hrsg.), Ärztelexikon. Von der Antike bis zum 20. Jahrhundert, München 1995, S. 265-266.
[930] Hansen, Willy et Freney, Jean, Le Tétanos: Histoire d’une maladie redoutée et celle du bacille de Nicolaier, in: Lyon Pharmaceutique 52 (2001), S. 34-81.

jenseits des Rheins sowie darüber hinaus über die Leerstellen zu Arthur Nicolaiers NS-Verfolgung und Lebensende in deutschen Nachschlagewerken: *„Curieusement, la plupart des dictionnaires encyclopédiques allemands évite d'évoquer la fin tragique de Nicolaier […]."*[931] Auch wurde hier ein Portrait von Arthur Nicolaier veröffentlicht, das die beiden nach erfolglosen Anfragen in Deutschland in der Bildersammlung der Pariser Académie de Médicine aufgetan hatten.[932] Ein Jahr später gingen die beiden Autoren noch einen Schritt weiter und überschrieben einen kleinen Absatz zu Nicolaier mit *„Arthur Nicolaier (1862-1942), un savant ‚volontairement' oublié"*.[933] Für Hansen und Freney ließ sich die Stille in Deutschland rund um Arthur Nicolaier ohne einen dahinterstehenden Vorsatz nicht erklären – ein Vorwurf, der noch im selben Jahr durch den fahrlässig verkürzten Eintrag in erwähnter Enzyklopädie unfreiwillig Bestätigung erfuhr.

6.4 2005 – heute: Etappen des öffentlichen Erinnerns

Im Sommer 2013 waren im Rahmen des Berliner Themenjahres „Zerstörte Vielfalt" neben anderen Aktionen mehr als 200 Litfasssäulen im gesamten Stadtgebiet aufgestellt worden, die großformatig und weithin sichtbar die Portraits und Kurzbiografien von Persönlichkeiten präsentierten, die einst in Berlin ihre Heimat und Wirkungsstätte hatten und Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung geworden waren. Ein Ziel dieser flächendeckenden Präsenz war der Versuch, auf den enormen Aderlass für das geistige und kulturelle Leben Berlins nach Machtantritt der Nationalsozialisten hinzuweisen. Unter den hunderten präsentierten Biografien von Künstlerinnen, Wissenschaftlern, aber auch Anwälten und Lehrerinnen fand auch Arthur Nicolaier einen Platz. Die Charité hatte sich nach einigen Bemühungen dazu entschieden, ebenfalls zwei solcher Säulen auf dem Campus-Gelände aufstellen zu lassen. Neben neuesten Erkenntnissen zur Vertreibung von Ärztinnen und Ärzten der Berliner Medizinischen Fakultät wurden durch Udo Schagen und andere einige ausgewählte Biografien vorgestellt, die monatelang einen Blickfang für Passanten, hier zumeist Medizinstudierende, darstellten und viele Leute angezogen haben dürften. Ein Jahr später dann erfolgte die zu Beginn des Kapitels

[931] Ebd., S. 41.
[932] Ebd., S. 56. Die Portraitaufnahme war zuvor erstmalig in einem Schweizer Beitrag erschienen, der jedoch nicht weiter auf Nicolaier einging. Vgl. Kobel, T. et Marti, M. C., 100 ans après. Découverte du bacille du tétanos (1884), in: Revue médicale de la Suisse romande 105 (1985), 547-556.
[933] Hansen, Willy et Freney, Jean, Des bactéries et des hommes. Histoire des grandes maladies infectieuses et de leur diagnostic, Toulouse 2002, hier: S. 106.

erwähnte Verlegung des Stolpersteins.[934] Seit 2017 ist in der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie (Campus Charité) die Dauerausstellung „Charité im Nationalsozialismus und die Gefährdungen der modernen Medizin“ untergebracht. Arthur Nicolaier wird hier mit seiner Kurzbiografie, einem Portrait und dem Abschiedbrief langfristig gedacht.

Bereits in den Jahren vor diesen Initiativen hat es eine Vielzahl von positiven Entwicklungen im Sinne der Nicolaier-Rezeption gegeben, vor allem im Hinblick auf mehr Öffentlichkeit. So kann es durchaus als Ausdruck einer veränderten Einstellung gesehen werden, dass die „Deutsche Medizinische Wochenschrift“, als sie sich zum Jubiläum 2005 ihrer „Meilensteine“ in der 130jährigen Geschichte besann, neben Robert Koch, Friedrich Loeffler, Albert Neisser, Paul Ehrlich und anderen – deren Namen alle Zeiten überdauerten – auch Arthur Nicolaier und seinen Tetanus-Beitrag nannte.[935] Damit war ein Schritt getan, seinen Namen zurückzuführen in das kollektive Gedächtnis der Medizin und von Teilen der deutschen Öffentlichkeit.

Bezüglich der Bemühungen, neben den wissenschaftlichen Leistungen Nicolaiers auch etwas mehr über die Person auszusagen, kam es erst etwas später zu einem qualitativen Umschwung. Ursprung hierfür waren die Recherchen von Volkmar Felsch zu Otto Blumenthal.[936] Felsch war in Großbritannien im Familienarchiv der Blumenthal-Nachkommen auf einige Briefwechsel mit Arthur Nicolaier gestoßen und dadurch auf den Mediziner aufmerksam geworden. Die offensichtliche Diskrepanz zwischen Nicolaiers Tetanus-Entdeckung und seinem Bekanntheitsgrad veranlassten den Aachener Felsch, sich 2007 an den Leiter des dortigen Instituts für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin zu wenden.[937] Felsch übergab seine zusammengetragenen Informationen sowie Kopien einzelner Briefe, und damit war der Grundstein für ein durch Dominik Groß initiiertes Promotionsprojekt und somit letztlich für diese Arbeit gelegt worden. Etwa zur gleichen Zeit hatte Volkmar Felsch schon eine Anfrage des spanischen Veterinärmediziners Galán unterstützt, der während seiner Beschäftigung mit dem Wundstarrkrampf bei Tieren auf Arthur Nicolaier gestoßen war sowie auf den Umstand, dass kaum etwas über ihn bekannt war. Einige der Informationen von Felsch konnte Galán verwenden und 2009 sein Buch publizieren.[938] Wenn es auch nur im Spanischen erschien und kaum in die Tiefe gehen konnte, so handelt es sich hierbei doch um die erste

[934] Die Initiatoren vor Ort in Berlin waren für die Medizinische Fakultät Dr. Udo Schagen (Medizingschichte, Charité) und für den Stolperstein Luke Niederer (Anwohner in Verbindung mit der Stolperstein-Initiative Charlottenburg-Wilmersdorf).

[935] Deutsche Medizinische Wochenschrift (DMW), Jubiläumsheft, 130 (37) 2005.

[936] Felsch, Otto Blumenthals Tagebücher.

[937] Dokumentiert in: Groß, Dominik, Das Institut für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin an der RWTH Aachen, Jahresbericht 2007, Aachen 2008, S. 108.

[938] Galán Torres, Juan Alberto, Arthur Nicolaier (1862-1942): Descubridor del bacilo del tétanos, Madrid 2009.

veröffentlichte Arbeit, die versuchte, neben den wissenschaftlichen Leistungen auch den Menschen Arthur Nicolaier in den Blick zu nehmen. Nach dem Anstoß durch Volkmar Felsch zu weiteren Nachforschungen ergab sich einige Zeit später ein Kontakt zu Erika Wagner, der einen wahren Glücksfall darstellte: Wagner, durch familiäre Beziehungen mit der Ebstein-Linie verbunden und Verfasserin eines Buches über Wilhelm Ebstein,[939] war im Besitz einer Fülle von Originalquellen zu Arthur Nicolaier – von seinem Abiturzeugnis bis zum Abschiedsbrief – sowie diverser Briefe und Notizen.[940] Nach einem persönlichen Treffen und gemeinsamer Durchsicht der Unterlagen stellte sie diese ohne Einschränkungen für die weitere Dauer der Arbeit zur Verfügung. Die freundschaftliche Zusammenarbeit und die erhaltenen persönlichen Zeitzeugnisse sind eine ganz wesentliche Basis der vorliegenden Arbeit. Ergebnisse der Recherchen mündeten zunächst 2011 in eine Projektskizze[941] sowie einen ersten Aufsatz über Suizide im Kontext der Deportationen 2014.[942] In Bezug auf die öffentliche Wahrnehmung Nicolaiers zog ein Artikel im Deutschen Ärzteblatt 2013 eine Vielzahl an Zuschriften von Leserinnen und Lesern nach sich.[943] Darüber hinaus war im Jahr 2012 ein Kontakt in die Geburtsstadt Nicolaiers (Cosel) entstanden, vor Ort in Kędzierzyn-Koźle hatte die deutschsprachige Minderheit zum 70. Todestag eine Gedenktafel für den „Sohn der Stadt" initiiert. Der Text der Inschrift wurde durch den Verfasser mit abgestimmt, die Tafel schließlich am Kreiskrankenhaus angebracht und in einer kleinen Feierstunde enthüllt.[944] Die zunehmende öffentliche Verfügbarkeit von Informationen über Arthur Nicolaier, auch im Internet, führte 2015 zu einer privaten Abhandlung im Selbstverlag, die vor allem die Beschreibung des wissenschaftlichen Kontextes in Nicolaiers Zeit und Umfeld zum Thema hat.[945] So führten also gerade die Schritte aus dem rein akademischen Kontext hinaus beispielsweise zur ausführlichen Präsentation von Nicolaiers Biografie im erwähnten Gedenkprojekt der Charité – die später in die Dauerausstellung in der Psychiatrie auf dem Charité-Gelände überführt wurde – und zur Verlegung des Stolpersteins. Damit wurde der lange vernachlässigten innerfachlichen Rezeption eine Komponente hinzugefügt, die bis dahin fast vollständig gefehlt hatte: eine Erinnerungskultur, die sich einem würdigen Andenken der Person verschreibt.

---

939 Wagner, Erika, Wilhelm Ebstein. Ein Leben für die Medizin. Memoiren, herausgegeben und erläutert von Erika Wagner, Kampehl 2006.

940 Zur detaillierteren Darstellung des Quellenmaterials vgl. die Einleitung.

941 Ohnhäuser, Der Arzt und Hochschullehrer, S. 15-38.

942 Ohnhäuser, Verfolgung, Suizid und jüdische Ärzte, S. 265-289.

943 Ohnhäuser, Tim, Invictus – Unbesiegt...? Der Tetanusentdecker Arthur Nicolaier und sein Suizid vor 70 Jahren, in: Deutsches Ärzteblatt 110 (2013), 7, A 266-268.

944 In der finalen Realisation der Gedenktafel (auf Polnisch und Deutsch) wurde sodann auf den zentralen Hinweis der NS-Verfolgung verzichtet – die Gründe hierfür blieben ungeklärt. Dank an dieser Stelle an Dr. Matthias Lempart für seine Initiativen vor Ort sowie den freundlichen Kontakt.

945 Wolff, Horst-Peter, Arthur Nicolaier (1862-1942), Illustrierte biographische Skizze, Liebenwalde 2015.

6.5 Zusammenfassung

Die hier vorgestellte Nicolaier-Rezeption nach 1945 lässt sich in drei Phasen gliedern: die ersten 30 Jahre des Schweigens, den folgenden Zeitraum über 30 Jahre, der sich am ehesten als Verdrängungsphase mit punktueller Aufarbeitung charakterisieren lässt sowie die Jahre ab 2005, die bis zum heutigen Tage von einer quantitativen Zunahme der Wissensbestände gekennzeichnet sind und darüber hinaus erstmals mit Schritten eines öffentlichen Erinnerns einhergingen.

Ein fachinternes oder gar öffentliches Erinnern an Arthur Nicolaier und seine Forschungsleistungen hat es, abgesehen von zaghaften Ausnahmen, nach 1945 nicht gegeben. Jene Ausnahmen sind durchweg bruchstückhaft und durch ihr bisweilen zufälliges Zustandekommen gekennzeichnet. Nach der frühen Vergabe (1946) einer medizinischen Doktorarbeit herrschte weitgehende Stille über den Zeitraum einer ganzen Generation, ehe Jubiläen wie „100 Jahre Bakteriologie“ und ähnliche Anlässe den Namen Nicolaier aufgrund seiner Verbindung mit dem Tetanus-Erreger eher beiläufig wieder zutage förderten. Dabei fällt eines auf: während die Wissensbestände zur Tetanus-Entdeckung, zum zeitlichen Umfeld, zur Art der Versuche etc. die Jahrzehnte überdauerten, wurden Angaben zu Nicolaiers Person und seinem Schicksal nur äußerst fragmentarisch überliefert oder dargestellt. Die Dualität von „Leben und Werk“ existierte, im Gegensatz zu anderen Entdeckern seiner Zeit, bei Nicolaier nach 1945 nicht. Während das Werk blieb, blieb das Leben, insbesondere das Lebensende, verhüllt. Bei allen hier offengelegten Versäumnissen zeigt sich in der Betrachtung der Rezeption dennoch bereits ein bestimmtes Bewertungsspektrum, innerhalb dessen Nicolaiers Suizid verortet wird. Hatte er sich „aus Verzweiflung“ (Schadewaldt, 1975) das Leben genommen? Hatte er „sich verweigert“ und dabei „Würde bewahrt“ (Saueressig, 1989), oder schlicht und einfach der Deportation „entzogen“ (Hubenstorf, 1995)? Die unterschiedlichen Bewertungen des Suizids, auch im speziellen Kontext der NS-Verfolgung, stellen ein prägendes Charakteristikum der Auseinandersetzung mit dem Thema dar.

Die Entwicklungen in der Rezeption Arthur Nicolaiers zeigen, dass die landläufige Zuschreibung, „in Vergessenheit geraten“ zu sein, nichts zu erklären vermag, sondern im Gegenteil eine exkulpierende Funktion aufweist. Zumindest die Fachvertreter haben zu wenig getan, um frühzeitig ein breites Vergessen, wie es im Falle Arthur Nicolaier geschehen ist, zu verhindern. Vergessen beinhaltet immer auch eine aktive Signatur, wie sie in einigen der hier erwähnten Beispiele eines Fortschreibens von Versäumnissen deutlich wird. Eine Person *wird* vergessen: von den ehemaligen Kollegen, von nachfolgenden Forschern aus dem eigenen Fachbereich, von Medizinhistorikerinnen und Medizinhistorikern. Die fehlende Auseinander-

setzung ist somit zwangsläufige Konsequenz der Kaskade aus Schweigen, Verdrängung und Nicht-Erwähnen. Medizinhistorikerinnen wie Dorothee Roer oder Margret Hamm haben den häufig verwendeten Begriff „vergessene Opfer“ als Euphemismus bezeichnet: die jeweiligen Gruppen und Menschen seien nicht zufällig vergessen, sondern bewusst ausgegrenzt worden.[946]

Der Vorsitzende des Bundesverbands Jüdischer Ärzte bemerkte 2008 anlässlich einer Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag des Approbationsentzuges:

> *„Unter den verbliebenen nichtjüdischen Kollegen verbreitete sich ein großes Schweigen – ein geschäftiges, fleißiges. Große Namen in der Medizin Deutschlands hatten sich unbemerkt der Leistungen bemächtigt, die ihnen nicht zustanden. Mit diesen Leistungen verschwanden Karteien, Dateien – ein weiteres Nachkriegsverbrechen nach diesem großen Zivilisationsbruch.“*[947]

Vor diesem Hintergrund ist auch die Rezeption Arthur Nicolaiers als „zweiter Tod“ zu lesen. Das Schweigen der Nachwelt führte zu einer Tilgung aus dem kollektiven, hier: dem wissenschaftlich-akademischen, Gedächtnis. Die Praxis des Erinnerns an Arthur Nicolaier bietet die Möglichkeit zur konkreten exemplarischen Veranschaulichung systemischer Defizite – in diesem Fall die offenkundige Disparität von Wissensbeständen im Fachbereich der deutschen Medizingeschichte. Dadurch, dass 1.) Paul Diepgen seine mutmaßlich aus Unkenntnis entstandene Entscheidung, im Zusammenhang mit Arthur Nicolaier nur dessen Geburtsdatum zu nennen, mehr als 20 Jahre lang in seinen Werken beibehielt, dass 2.) dies noch 1992 von Murken unverändert und unkommentiert übernommen wurde und 3.) in Dietrich von Engelhardts Enzyklopädie 2002 sehr wohl der Suizid, nicht aber die hierfür ursächliche NS-Verfolgung erwähnt wurde, haben alle drei, ob als Autor oder Herausgeber, an verschiedenen Stellen Interesse an einer Aufarbeitung, zumindest aber eine wissenschaftliche Sorgfaltspflicht vermissen lassen.

Ein weiterer Befund im Erinnern an Arthur Nicolaier nach 1945 ist augenfällig: Beginnend mit Knobloch in der DDR und vorangetrieben von weiteren DDR-Forscherinnen und Forschern in den 1980er Jahren, über die Franzosen Hansen und Freney bis hin zum Spanier Galán 2009 erfolgten über 60 Jahre lang die Bemühungen, sich mit der wissenschaftlichen Leistung Nicolaiers und gleichermaßen mit seiner Person auseinanderzusetzen allesamt außerhalb der Bundesrepublik. Dass es die französischen Mikrobiologen Freney und Hansen sowie der

[946] Vgl. Hamm, Margret, Nicht „vergessen“ sondern ausgegrenzt. Die Opfer von „Euthanasie“ und Zwangssterilisation, in: Dachauer Hefte 25 (2009), S. 214-222.

[947] Skoblo, Roman, zit. nach Schulze, Sigurd, Zum Beispiel Dr. med. Else Weil, Ossietzky – Zweiwochenschrift für Politik/Kultur/Wirtschaft 24 (2009), o.S.; https://archiv.ossietzky.net/24-2009&textfile=829 [12.11.2023].

spanische Veterinärmediziner Galán waren, die in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts die ausführlichsten Beiträge zu Nicolaiers Leben und Werk vorlegten, ist ein beredtes Zeugnis sowohl für die jeweilige Fachgeschichtsschreibung als auch für die (bundes)deutsche Medizinhistoriografie.

Diese Beobachtung deckt sich mit der jahrzehntelangen systematischen Ausblendung verfolgter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich in manchen Fällen – nicht nur in der Medizin – zu einer regelrechten Damnatio memoriae (Peter Voswinckel) auswuchs.[948] Dass die Bereitschaft zu einem unbequemen Erinnern bei denjenigen Protagonisten der Nachkriegszeit, die selbst die NS-Zeit erlebt hatten – und erst recht bei direkten Nachfolgern der vertriebenen Wissenschaftler – nicht sonderlich ausgeprägt war, verwundert kaum. Die ausgebliebene Aufarbeitung und damit Reaktivierung des kollektiven Gedächtnisses der deutschen Medizin bis in die 1990er Jahre hinein geht jedoch darüber hinaus: Durch ein überkommenes Hierarchieverständnis, falsch verstandene Loyalitäten akademischer Schüler zu ihren Lehrern sowie ein stark ausgeprägtes Standesbewusstsein bis hin zu partiellem Korpsgeist, der sich innerprofessionell vor allem in den 1980er Jahren durch regelmäßige Gegenwehr gegenüber Versuchen der Aufarbeitung äußerte,[949] bildete die organisierte bundesdeutsche Ärzteschaft prototypisch das Umfeld für die Art und Weise des Nicht-Erinnerns, die Ralph Giordano „die zweite Schuld“ genannt hatte.

Seitdem, unterstützt durch einen zweiten Generationswechsel, hat es zahlreiche Fortschritte gegeben. Die Aufarbeitung der NS-Zeit im Bereich der Medizin wird heute durch Förderprogramme und Forschungspreise, ausgeschrieben von Fachgesellschaften, Ärztekammern, Krankenkassen und Ministerien auf breiter Basis öffentlich unterstützt, was indes wiederum zu mancher Klage einer vermeintlichen Überrepräsentation von Arbeiten zur NS-Zeit führte.[950] Die Vielzahl der Arbeiten ist dabei jedoch nur die Konsequenz und unmittelbare Folge der jahrzehntelangen Unterlassungen, des „absichtlichen Vergessens“, wie es Hansen und Freney nannten. Vielmehr hat eine Aussage zeitlose Gültigkeit, die an die Verantwortung

[948] Hierzu sei auf die Arbeiten Peter Voswinckels von 1999 und 2004 verwiesen. Vgl. Ders, Das Vermächtnis Isidor Fischers sowie Ders,, Damnatio memoriae.

[949] Siehe hierzu paradigmatisch ein Interview von 1987 mit Karsten Vilmar, seinerzeit Präsident der Bundesärztekammer: Vilmar, Karsten, Die „Vergangenheitsbewältigung“ darf nicht kollektiv die Ärzte diffamieren, in: Deutsches Ärzteblatt 1987 (84), S. A-1185–A-1188, A-1194–A-1197.

[950] Das Gefühl einer Überrepräsentation der NS-Aufarbeitung und Schlussstrich-Mentalitäten sind immer (noch) gesamtgesellschaftliche Phänomene. Doch auch in der Ärzteschaft ist ein kollektive Erinnerungskultur längst keine Selbstverständlichkeit. So fand der Antrag aus Mecklenburg-Vorpommern für eine materielle und ideelle Unterstützung einer Gedenk- und Bildungsstätte auf dem Areal der ehemaligen „Führerschule der Deutschen Ärzteschaft“ in Alt Rehse auf dem Ärztetag 2015 keine Mehrheit, um ein Beispiel aus 2015 zu nennen. Siehe hierzu Gerst, Thomas, Randnotiz: Zurück! Besinnen!, in: Deutsches Ärzteblatt 2015; 112 (23), A-1019.

gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus – somit auch gegenüber Arthur Nicolaier erinnert: „Das Vergessen der Vernichtung ist Teil der Vernichtung selbst“.[951]

V. Schlussbetrachtung

Die Verfolgungssuizide in Deutschland zwischen 1933 und 1945 lassen sich als ein distinktes historisches Phänomen beschreiben, das definiert wird durch die nationalsozialistische Repression und Judenverfolgung, die im Laufe der Jahre in eine Vernichtungspolitik überging. Selbsttötungen von jüdischen Deutschen, die allesamt in diesem Verfolgungskontext stattfanden, hat es im gesamten Zeitraum der NS-Herrschaft gegeben, wobei ein Anstieg der Fälle immer dann zu beobachten war, wenn traumatische Erlebnisse oder Zäsuren individuell wirksam wurden. So verliefen diese Anstiege zumeist parallel zu den Eskalationsstufen der Verfolgung.

Für die genauere Betrachtung erweist es sich als hilfreich, den Zeitraum der national-sozialistischen Herrschaft noch einmal zu unterteilen. Dies mag kleinteilig geschehen, die Phasen können sich aber zum Beispiel auch an den dominierenden Bedrohungslagen orientieren, wie in dieser Untersuchung geschehen. Hier wurde in erster Linie auf die Phase der dominant-existentiellen Bedrohung geblickt, die im Herbst 1941 begann. Innerhalb weniger Wochen war es mit der Kennzeichnungspflicht durch den gelben Stern, dem absoluten Auswanderungsverbot, vor allem aber durch den Beginn der reichsweiten Deportationen zu einer massiven Verschärfung der Bedrohungssituation für die Verfolgten gekommen. Die bis dahin Daheimgebliebenen befanden sich in einer zunehmend aussichtslosen Lage und sahen einem zu diesem Zeitpunkt noch weitgehend ungewissen Schicksal entgegen. Von nun an änderte sich der Kontext, in dem Suizide verübt wurden radikal, und zugleich auch die Motivlagen. Während in den Jahren zuvor Suizide aus Protest, vor allem aber nach Schikanen wie Berufsverbot, Verleumdung, Haft, Folter und der zunehmenden sozialen Ausgrenzung verübt wurden, waren von nun an die drohenden Deportationen ausschlaggebend für die Entscheidungen, das Leben selbst zu beenden. Neben den Bedrohungsphasen können die erwähnten Suizidkontexte zu einer systematischen Beschreibung des Gesamtphänomens

[951] Das Zitat des französischen Philosophen Jean Baudrillard wurde als Titel eines Buchs zur NS-Euthanasie verwendet und wird insbesondere in diesem Kontext häufiger zitiert. Vgl. Fuchs, Petra u.a. (Hrsg.), „Das Vergessen der Vernichtung ist Teil der Vernichtung selbst“. Lebensgeschichten von Opfern der nationalsozialistischen „Euthanasie“, Göttingen 2007.

beitragen. Auch Suizide im Konzentrationslager oder Ghetto sowie Selbsttötungen in der Emigration bilden distinkte Kontexte, die eigener Untersuchungen bedürfen.

Die hier vorgenommene Betrachtung der Verfolgungssuizide, insbesondere in der Zeit der Deportationen in Berlin, führt zu Erkenntnissen, die vorangegangene Forschungsarbeiten zum einen bestätigen und zum anderen um einige neue Aspekte erweitern. Die Ermittlung einer Gesamtzahl erweist sich dabei weiterhin als schwierig. Einzig die Bestattungen auf dem Jüdischen Friedhof Weißensee erlauben für alle Jahre ab 1933 eine verlässliche Dokumentation. Nicht abgebildet sind damit die Bestattungen auf anderen jüdischen Friedhöfen Berlins, vor allem aber fehlen Zahlen zu den Menschen, die als Juden verfolgt wurden, aber anderen Konfessionen angehörten oder konfessionslos waren. Die fast 2.000 Menschen, die in Weißensee nach einem Suizid bestattet worden sind, bilden somit für Berlin nur den nachweisbaren Teil der Verfolgungssuizide ab. Bedeutender als eine Gesamtzahl erscheint jedoch eine genauere Betrachtung der Prävalenz im erwähnten Deportationszeitraum, genauer: der klare Zusammenhang von Suizidhäufigkeit mit den Abfahrtstagen der Deportationszüge.

Durch das Aufnahmebuch des Jüdischen Krankenhauses und die dort dokumentierten Einlieferungen nach Suizidversuchen konnte die tagesgenaue Dynamik belegt werden. Die Bestattungszahlen und die Polizeistatistik wiederum erlauben gemeinsam die monatliche Rekonstruktion, die ebenso nachweist, dass in den Monaten mit den meisten Deportationen aus Berlin zugleich die Höchstzahlen an Suiziden verzeichnet wurden. Im August 1942, als auch Arthur Nicolaier deportiert werden sollte und sein Leben zuvor selbst beendete, wurden 59 % aller Suizide in Berlin von verfolgten Jüdinnen und Juden verübt – bei einem Bevölkerungsanteil von nur noch rund einem Prozent. So verwundert es nicht, dass in den zahlreichen Erinnerungen vor allem das „Höllenjahr“ 1942 genannt wird, wobei sich der Suizid als Massenphänomen vor allem in den Monaten mit den meisten Deportationen zeigte.

Die Menschen in Berlin hatten ab dem Start der Deportationen nur noch zwei Möglichkeiten, sich der Deportation zu entziehen: die Flucht in den Untergrund oder die Flucht in den Suizid. Für beide Optionen war es essentiell, vorbereitet zu sein. Hier wie da bedurfte es Helferinnen und Helfern, zugleich auch der Geheimhaltung, sollte der Gang in das erste Versteck oder analog die Einnahme tödlicher Mittel erfolgreich – im Sinne der Entziehung – sein. Vorbereitet zu sein, bedeutete für viele der Verfolgten, sich entsprechende Substanzen zu beschaffen. Die Überlebende Ursula Simson hatte dies als „ersten Akt des Selbstmords“ bezeichnet. Die vielfach beschriebene beruhigende Wirkung, im Besitz einer potentiell tödlichen Dosis zu sein, lässt sich mit der Rückeroberung von Handlungsspielraum erklären, der zu diesem Zeitpunkt de facto nicht mehr vorhanden war. Der Besitz von Schlafmitteln war

somit ein letztes Refugium der Selbstbehauptung. Und dies galt für alle, die es besaßen, unabhängig davon, ob sie den letzten Schritt gingen oder nicht. Falls ja, so wurde das Mittel der Wahl auch zumeist eingesetzt. Die zeitgenössische Statistik offenbart große Unterschiede, was die Art der Tötungen angeht. Während Vergiftungen unter den Berliner Suiziden bei „Nichtjuden“ nur eine untergeordnete Rolle spielten, war die Überdosierung von Schlafmitteln, zumeist Veronal, das Mittel der Wahl unter den Verfolgten. Die Abwesenheit von Gewaltanwendungen gegen den eigenen Körper hebt sich ab und spricht für den vielfach geäußerten Wunsch des Einschlafens im äußersten Fall. Ähnlich wie die Fluchtforschung mit Blick auf das Untertauchen sehr gegensätzliche Verhaltensweise der Helfenden herausgearbeitet hat – von altruistischer Unterstützung bis hin zu geforderten Gegenleistungen – zeigt sich dies bei der Beschaffung von Veronal. Durch die mit Deportationsbeginn abrupt gestiegene Nachfrage nach Veronal entstand ein Schwarzmarkt, der zu Wucherpreisen und Bereicherung auf Kosten der Verfolgten führte. Aber auch hier gab es Ausnahmen: einfache Bürgerinnen und Bürger oder auch Apotheker, die angesichts der Notlage der Betroffenen Schlafmittel unentgeltlich abgaben.

Ärztinnen und Ärzten fiel im gesamten Themenkomplex eine zentrale Rolle zu. Zum einen konnten sie bereits ab 1933 durch langjährige Arzt-Patienten-Beziehungen oder auch nur durch das Arztgeheimnis letzte Vertrauenspersonen in Zeiten der zunehmenden Ausgrenzung sein. Später waren ärztliche Atteste für viele die einzige Möglichkeit, von einer Deportation zunächst noch einmal zurückgestellt zu werden. Gleiches galt für Eingriffe wie Schein-Operationen, die nachweislich durchgeführt wurden. Spätestens jetzt, als die reibungslose Durchführung der Deportationen oberste Priorität für die NS-Verfolger besaß, wurde das ärztliche Handeln überwacht und teils überprüft, was nun auch für die Ärzte selbst schwerwiegende Folgen haben konnte. Menschen, die einen Suizidversuch überlebten, wurden per Anordnung auf eine eigene Station des Jüdischen Krankenhauses verlegt und von dort aus im Sinne einer Bestrafung direkt deportiert. Ärztinnen und Ärzte wurden nun zunehmend mit den massenhaften Suiziden und Suizidversuchen konfrontiert, zu denen sie sich zwangsläufig positionieren mussten. Die Spannungsfelder zwischen Lebensrettung und Verhinderung weiteren Leids sowie zwischen Hilfe und Beihilfe verdichteten sich zusehends. Zumindest für das Jüdische Krankenhaus in Berlin fiel eine Entscheidung pro Verhinderung des Leidens, wie gezeigt werden konnte. Von einem auf den anderen Monat sank der Anteil der Menschen, die nach einem Suizidversuch im Krankenhaus überlebten, auf unter zehn Prozent ab, nachdem er zuvor noch bei etwa 40 % gelegen hatten. Diese passive ärztliche Hilfe war einfacher – und gefahrloser – umzusetzen als aktive Hilfsleistungen wie gefälschte Atteste oder Schein-OPs. Dass es auch andere

Sichtweisen auf unterstützendes Verhalten bei Suizidwünschen und -versuchen gab, zeigen die Beispiele von Viktor Frankl in Wien und die Diskussionen im christlichen Berliner Hilfsnetzwerk „Büro Pfarrer Grüber“.

Der genauere Blick auf die Reaktionen der NS-Verfolger auf die zunehmenden Suizide hat gezeigt, dass diese nach Möglichkeit verhindert werden sollten. Hintergrund ist zum einen der mit den Deportationen einhergehende vollumfängliche Verfügungsanspruch über Leib und Leben. Entscheidender für die alltägliche Verfolgungsarbeit war jedoch die störungsfreie Durchführung der Deportationen. Diese waren zu jeder Zeit gewährleistet und konnten auch durch die Menschen, die sich kurzfristig den Transporten entzogen hatten, nicht aufgehalten werden. Nicht zuletzt, weil man mittels „menschlicher Puffer“ in den Sammelstellen dafür gesorgt hatte, dass die fehlenden Plätze aufgefüllt und damit die Sollzahlen der jeweiligen Transporte fast immer erfüllt werden konnten. Dennoch sollten die Entziehungen verhindert werden, weil sie vor allem eines bedeuteten: Mehraufwand. Wie am Einzelfall aus der Provinz gezeigt, war dieser Mehraufwand ungleich höher, wenn zum Beispiel aus einer Kleinstadt nur ein Abfahrtstag zur nächstgrößeren Sammelstelle organisiert wurde. Ida Freudenberg hatte die Planung mit ihrem Suizidversuch durchkreuzt und wurde anschließend bestraft, ähnlich wie die Überlebenden im Jüdischen Krankenhaus.

Ungleich größere Probleme stellten die Entziehungen jedoch für den Verwaltungskomplex dar, der nach erfolgter Deportation die Enteignung und Beraubung der Menschen umsetzte. Diese war im Detail geplant und die Untersuchung hat gezeigt, dass hier die Entziehungen durch Suizid und Untertauchen bedeutende Störfaktoren darstellten. So fehlte anfangs eine juristische Grundlage, die es den Ämtern ermöglichte, auch die Vermögen dieser Menschen einzuziehen. Es mussten in der Folge immense Anstrengungen unternommen werden, die rechtlichen Grundlagen zu erschaffen und damit auch hier eine Scheinlegalität herstellen zu können. Hierfür sorgte erst die 13. Verordnung des Reichsbürgergesetzes ab Mitte 1943, die, wie gezeigt wurde, auch als eine Reaktion auf die massenhaften Suizide gesehen werden kann. Zuvor hatte man sich juristischer Hilfskonstruktionen bedienen müssen. So wurden die Entziehungen durch Suizid und Untertauchen nachträglich als „volks- und staatsfeindlich“ deklariert, um überhaupt eine Beraubungsgrundlage zu haben. Dieser Umweg führte zu erheblichem Mehraufwand, vor allem aber zu großen Verzögerungen im Beraubungsprozess. Während also die Menschen, die sich entzogen hatten, den Lauf der Deportationen nicht beeinflussten, sabotierten sie mit ihren Handlungen unbewusst den vorgesehenen Beraubungsprozess und wurden zu Störenfrieden der Enteignung.

Die Rezeption der Suizide im Verfolgungskontext nach 1945 zeigt zweierlei: Zum einen setzte die Forschung in den 1980er Jahren mit einem Standardwerk überhaupt erst ein, wurde in der Folge aber nicht vertiefend weitergeführt. Weitere maßgebliche Arbeiten kamen um das Jahr 2010 hinzu, ließen jedoch zum anderen eine Verknüpfung ihrer Erkenntnisse mit der bestehenden Widerstands- und Fluchtforschung weitgehend aus, obwohl etwa für Berlin bereits ein beispielhafter Forschungsschwerpunkt zur Flucht in den Untergrund existierte.

Diese Untersuchung plädiert aus mehreren Gründen für die verstärkte Gleichbehandlung von Untertauchen und Suizid in der historiografischen Forschung. Denn: Verweigerung und Entziehung sind die zwei wesentlichen Elemente von Resistenz und Selbstbehauptung. Es sollte dahinter als zweitrangig angesehen werden, ob die Flucht ins Versteck oder die Flucht in den Tod die konkrete Form der Verweigerung darstellte. Für beides waren Vorbereitungen notwendig, beide Aktionen bedurften Mitwisser und zugleich der Geheimhaltung. So war es zum Beispiel nach einem Suizidversuch zentral, dass die Personen nicht zu früh aufgefunden wurden, um die erfolgreiche Durchführung sicherzustellen.

Zurecht wird der Mut der Untergetauchten in den entsprechenden Arbeiten hervorgehoben. Doch brauchte es ebenso Mut, sein Leben selbst zu beenden. Neben der gemeinsamen Schnittmenge an ähnlichen Fragen und Aufgaben, die sich für diejenigen Verfolgten stellten, die eine Entziehung planten, erscheint eine integrierende Betrachtung der verschiedenen Entziehungsformen auch aus einem anderen Grund zielführend. Wie für Berlin gezeigt wurde, steigt durch eine Hinzunahme der Suizide und Suizidversuche zu den dokumentierten Fällen des Untertauchens der Anteil der Entziehungen auf 12-15 %. Dies stellt mit Blick auf die Deportationsverweigerung eine gänzlich andere Dimension dar, als es die fragmentierten Binnenuntersuchungen oftmals erscheinen lassen.

Im Sinne dieser Argumentation sollten konsequenterweise die Hilfs- und Unterstützungsleistungen im Kontext der Verfolgungssuizide ebenso in die Forschungen zu Helferinnen, Helfern und Hilfsnetzwerken integriert werden. Dies könnte unter anderem zu einer Enttabuisierung führen, die nicht zuletzt wegen des Umgangs mit vermeintlich strafbewehrten Taten wie „Beihilfe zum Suizid“ notwendig ist. Dass möglicherweise noch heute ein Unbehagen mit dem Thema Suizid im Verfolgungskontext verbunden wird, ist unabhängig davon nachvollziehbar. Ein Plädoyer für die gemeinsame Betrachtung mit anderen Formen der Entziehung negiert jedoch weder die unzähligen Verzweiflungsakte noch die Intimität dieser letzten Tat im Leben. Selbstverständlich sind nicht alle Verfolgungssuizide Ausdruck eines selbstbestimmten – im Sinne von selbstbewussten – Handelns. Viele furchtbare Szenen spielten sich ab, die keinen Platz für positive Signaturen lassen. Es waren „erzwungene Freitode“ – der

von Anna Fischer geprägte Begriff vereint die Widersprüchlichkeiten wohl am besten. Ein erzwungener Tod kann niemals aus freiem Willen geschehen, zugleich lässt der Freitod-Begriff Raum für mögliche positive Signaturen. Gleiches gilt auch für die Flucht in den Untergrund. Auch hier kam es zu vielen ungeplanten Fällen des Untertauchens, das nicht selten aus purer Verzweiflung spontan auf der Straße begann. Die Beschäftigung mit dem Untertauchen erfährt ihre tendenziell positive Zuschreibung auch durch den hier offenkundigen Überlebenswillen. Doch bildet der Wille zum Überleben keine adäquate Kategorie für weiterführende Forschungen zu Flucht und Verweigerung, wenn diese inklusiv sein soll. Es ist nicht das Ziel der Aktion, sondern die Handlung an sich, die eine integrierende Forschung zu Entziehungen vor der Deportation ermöglicht.

Die letzten Lebensjahre des Tetanus-Entdeckers Arthur Nicolaier verliefen vor dieser Folie. Viele der zuvor herausgearbeiteten Aspekte finden sich im vertiefenden Blick auf den Einzelfall wieder. Auch Arthur Nicolaier hatte Vorbereitungen für einen am Ende erfolgreich vollzogenen Suizid getroffen: Als Arzt entfiel dabei für ihn die oftmals mühsame Beschaffung von Veronal, er hatte Morphium zur Verfügung. Der Zeitpunkt war über Nacht so gewählt, dass das Risiko minimiert war, vorzeitig aufgefunden zu werden. Zudem war es sein behandelnder Arzt Kurt Mendel, der morgens den Tod feststellte – und bei etwaigen Lebenszeichen keine Überweisung ins Krankenhaus veranlasst hätte. Viel umfangreicher als diese letzten eher technischen Vorbereitungen waren jedoch die von Nicolaier ergriffenen Maßnahmen, die sein Vermögen und letztes Hab und Gut umfassten. Aus den Briefen geht hervor, dass sich dies über viele Jahre hinzog und er im Sinne einer Nachlassregelung sämtliche Fragen und Verwandte bei seinen Entscheidungen bedachte. Vor allem die Versuche, sein Vermögen vor dem Zugriff des NS-Staats zu schützen, benötigten eine Menge Energie und Fachwissen. Letztlich waren sie erfolgreich, und auch sein Suizid hatte daran – ob gewollt oder nicht – einen Anteil.

Dabei war es selbst in seinem hohen Alter und bei den auf vielen Ebenen beengten Lebensumständen für Arthur Nicolaier keinesfalls selbstverständlich, sein Leben selbst zu beenden. Auch wenn er dies laut Aussagen seiner Nichte nach dem Krieg wohl lange geplant und alles darauf ausgerichtet hatte: Bis zum letzten Tag geht aus den Briefen eine Unentschlossenheit hervor, die eng verbunden ist mit letzten Hoffnungen, doch noch von der Deportation verschont zu werden.

Seine Hoffnungen setzte er unter anderem in die Firma Schering und in Wolfgang Heubner, wie rekonstruiert werden konnte. Zwar bleiben die konkreten Pläne unbekannt, doch wurde hiervon ausgehend der Blick auf diese beiden Protagonisten gerichtet. Dabei zeigte sich: Sowohl Wolfgang Heubner als auch die betreffenden Abteilungen bei Schering waren geprägt

von einem liberalen Politischen Betriebsklima, das vielen Wissenschaftlern Schutz bot, die dem NS-Regime ablehnend gegenüberstanden oder sogar schon mit diesem in Konflikt geraten waren. Für das Betriebsklima mit seinen Freiräumen waren einerseits Wolfgang Heubner und bei Schering zum Beispiel Walter Schoeller als Leitungspersonen verantwortlich. Heubner hatte sich bereits 1933 mit einem Protest exponiert und zudem für den sanktionierten Pharmakologen Otto Krayer eingesetzt. Damit hatte er sich schon früh ein gewisses anti-opportunistisches Standing erarbeitet, das vor allem in der Fachwelt nicht unbemerkt blieb und noch Jahre später Leute dazu bewog, von ihm Unterstützung zu erhoffen. Ähnliches ist für die Firma Schering zu beobachten, und mehr noch: Es existierten einige personelle Querverbindungen, die nicht nur durch die fachliche pharmazeutisch-wissenschaftliche Nähe begründet waren, sondern vor allem durch eine regimekritische Haltung. Unter den Hilfen konnten für Wolfgang Heubner auch einzelne konkrete Suizid-Unterstützungsleistungen – Expertise und Beschaffung der Mittel – nachgewiesen werden.

Für Arthur Nicolaier konnten weder Wolfgang Heubner noch die Firma Schering etwas erreichen. Die intensive Betrachtung des Einzelfalls verdeutlicht jedoch, dass Verfolgte wie er, wenn auch vor dem Hintergrund massiver Einschränkungen, bis zum letzten Tag aktiv Handelnde blieben. Erst mit dem Deportationsbescheid endeten die letzten Hoffnungen für die Betroffenen. Die Abschiebung in die Ungewissheit war damit unumkehrbar und erst jetzt setzten zahllose Verfolgte die Mittel ein, die sie sich zuvor als Rettungsanker beschafft hatten. Gleiches gilt für Arthur Nicolaier, der mit dem Invictus-Schriftzug in seinem Abschiedsbrief darüber hinaus ein besonderes Zeichen setzte. Die bewusste Nachricht für alle, die das Dokument in Händen halten würden, lautete: Ich gehe von eigener Hand, aber unbesiegt.

Otto Blumenthal notierte in sein Tagebuch, als er die Nachricht vom Tod Nicolaiers erhielt: „Der Mann ist gestorben als stiller Held.“[952] Was schon in der Zeit der Verfolgung keine allgemeingültige Meinung war, ist es bis heute nicht. Denn eines gilt über die Zeiten hinweg: Der Suizid ist nicht konsensfähig. Dies zeigt sich in den zeitgenössischen Handlungen und Reaktionen auf die Suizide ebenso wie in der retrospektiven Betrachtung. Und hier nicht zuletzt im Rahmen der Forschung, die – im Gegensatz zu anderen Formen der Nonkonformität und Verweigerung – zur Flucht in den Tod keine einheitliche Position aufweist.

In der Erinnerung an Arthur Nicolaier nach 1945 vereinen sich gewissermaßen die erwähnten grundsätzlichen Berührungsängste bezogen auf die Selbsttötungen im Nationalsozialismus mit der verbreiteten Verdrängungskultur. Dies äußert sich in einer 30 Jahre währenden Phase der

[952] TB Blumenthal, 21.9.1942, Felsch, Otto Blumenthals Tagebücher, S. 404.

Stille nach dem Krieg, die in eine ebenso lange Phase der punktuellen Erwähnungen überging. Letztere war durch das Unbehagen gekennzeichnet, wie mit dem Suizid umzugehen ist. Erst seit den 2000er Jahren ist ein transparentes öffentliches Erinnern an Arthur Nicolaier und seine Entdeckung möglich, das den Suizid im Vorfeld der Deportation ganz selbstverständlich mit umfasst.

Dabei war es Arthur Nicolaier selbst, der mit dem Invictus-Zeichen am Lebensende in gewisser Weise, nicht zuletzt für diese Untersuchung, den Auftrag erteilte, sein Schicksal näher zu betrachten. Es sind solche Signaturen, die ähnlich auch in vielen anderen Biografien von NS-Verfolgten zu beobachten sind und zu weiteren Forschungen motivieren können. Wenngleich Heroisierungen in diesem Umfeld größter Not und Verzweiflung nicht angebracht sind, ist das aktive Handeln und Entscheiden, sind Formen der Selbstbestimmung und Selbstbehauptung im Zusammenhang mit den hier betrachteten Verfolgungssuiziden noch nicht auserzählt.

VI. Anhang

1. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Bestattungen insgesamt und Bestattungen nach Suizid auf dem Jüdischen Friedhof Weißensee 61
Tabelle 2: Dokumentierte Verfolgungssuizide in ausgewählten Großstädten 66
Tabelle 3: Gestorbene im Jüdischen Krankenhaus Berlin insgesamt und nach Suizid, 1935-1945 ... 69
Tabelle 4: Suizide von Juden laut Polizeistatistik und Einlieferungen nach Suizidversuch im Jüdischen Krankenhaus Berlin im Jahresverlauf 1942 70
Tabelle 5: Auswertung von Regionalstudien zur Verfolgung jüdischer Ärztinnen und Ärzte 94
Tabelle 6: Auswertung fachbezogener Studien zur Verfolgung jüdischer Ärztinnen und Ärzte 97
Tabelle 7: Übersicht der gesetzlichen Grundlagen zur Beraubung von Verfolgten 131

2. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Der Suizid als Massenphänomen im Zeitraum der Deportationen 62
Abbildung 2: Suizide verfolgter Juden in Berlin und im Reichsgebiet im 2-Jahresverlauf 65
Abbildung 3: Suizide in Berlin 1942 laut Polizeistatistik 68
Abbildung 4: Prozentuale Verteilung der Verfolgungssuizide im Jahr 1942 70
Abbildung 5: Verteilung der häufigsten Selbsttötungsarten, 3. Quartal 1942 72
Abbildung 6: Überlebende von Suizidversuchen (in Prozent) nach Aufnahme im Jüdischen Krankenhaus Berlin im Jahresverlauf 1942 84
Abbildung 7: Hilfsnetzwerke mit Verbindungen zu Wolfgang Heubner 211
Abbildung 8: Arthur Nicolaier, Weihnachten 1921 213
Abbildung 9: Schreiben der Wohnungsberatungsstelle vom 6. Mai 1941 229
Abbildung 10: Schreiben der Wohnungsberatungsstelle vom 2. Juni 1941 233
Abbildung 11: Familienbild 1915 mit Elfriede Ebstein, geb. Nicolaier 241
Abbildung 12: Zwangsabgabe Winterbekleidung, Januar 1942 247
Abbildung 13: Brief von Arthur Nicolaier an Carola Ebstein vom 13.7.42 (Auszug) 252
Abbildung 14: Umschlag des Briefs der „Jüdischen Kultusvereinigung“ zur Abgabe der Vermögenserklärung 274
Abbildung 15: Schreiben der „Jüdischen Kultusvereinigung“ zur Abgabe der Vermögenserklärung, 28.8.1942 274
Abbildung 16: Abschiedsbrief Arthur Nicolaier, 28.8.1942 280
Abbildung 17: Abschiedsbrief Arthur Nicolaier, 28.8.1942, im Gegenlicht mit Wasserzeichen 282

3. Quellen

Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA), Potsdam
BLHA Rep. 092 Landesfinanzamt/Oberfinanzpräsidium Berlin, Nr. 55265.
BLHA Rep. 36 A Oberfinanzpräsident Berlin-Brandenburg (II), Nr. 56001.
BLHA Rep. 36 A Oberfinanzpräsident Berlin-Brandenburg (II), Nr. 56004.
BLHA Rep. 36 A Oberfinanzpräsident Berlin-Brandenburg (II), Vermögensverwertungsstelle
BLHA Rep. 8 Strausberg, Nr. 917.

Centrum Judaicum Archiv (CJA), Berlin
2 A 1 K, Nr. 38/1, #28, Jüdische Gemeinde zu Berlin, Jüdisches Krankenhaus.

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK), Berlin-Dahlem
GStA PK, I HA Rep 76 (Kultusministerium), Sekt 2 Tit IV Nr. 46.

Hochschularchiv der Medizinischen Hochschule Hannover
ArchMHH, Dep. 13, Archiv der Deutschen Gesellschaft für experimentelle und klinische Pharmakologie und Toxikologie (DGPT), Tagebücher Wolfgang Heubner, 1917-1956.

Jüdisches Museum Berlin (JM), Berlin
Sammlung Adolf Wolffsky, Konvolut/290; 2014/48/32.

Landesarchiv Berlin (LAB), Berlin
A Pr Br Tit 198B Rep 030-03, Nr. 1624.

Leo Baeck Institute (LBI) Jerusalem
Leo Baeck Institute Archives, LBI Jerusalem Collection 207. Kahan, Hilda: Chronik deutscher Juden 1939-1945 (im juedischen Krankenhaus, Berlin), Manuskript 1980.

Leo Baeck Institute (LBI), New York
Leo Baeck Institute Archives, LBI Memoir Collection, ME 502. Pineas, Hermann O.: Unsere Schicksale seit dem 30.1.1933, Manuskript 1945.

Philipps-Universität Marburg, Behring-Archiv
Nachlass Else von Behring und Familie

Privatbesitz Familie Blumenthal

Privatbesitz Erika Wagner

Staatsbibliothek zu Berlin
Handschriftenabteilung, Nachlass Erich Ebstein

Stadtarchiv Worms
013-Polizeidirektion, 10, 0924 (Suizid der Eheleute Fritz und Rosa Gernsheim).

United States Holocaust Memorial Museum (USHMM), Washington D. C.
Guttentag family papers, Accession Number: 2001.42 | RG Number: RG-10.216.

Universitätsarchiv der Humboldt-Universität, Berlin
Medizinische Fakultät, Vorlesungsverzeichnisse 1901-1935, Sign. MiZ 444
Institut für Gerichtsmedizin, Eingangsbuch 1942/2.

Universitätsmedizin Mainz
Institut für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin: Nachlass Paul Diepgen, IV/01 Adressbuch aus der Berliner Zeit (o.J.).

Uppsala Universitet
Waller's Autograph Collection

Schering-Archiv (Bayer AG)
Schering-Archiv (SchA) B13 – 833/4, Tantiemenvertrag Arthur Nicolaier 1926.

Yad Vashem Archives (YVA), Jerusalem
O.1, Ball-Kaduri Collection, No. 247
Wolff, Edith, Lebensbild – Untergrundarbeit in Berlin bis 1943, Eigenbericht.

O.2, Wiener Library Collection, No. 1148.
Schnellbrief der Stapoleitstelle Düsseldorf vom 11.6.1943.

O. 33, Testimonies, Diaries and Memoirs Collection, No. 2321.
Vogel, Susanne, Die letzten Lebensjahre meines Vaters Prof. Ernst Neisser

Zentrum für Antisemitismusforschung (ZfA), Berlin
Lebensgeschichtliche Sammlung: Blumfeld, Charlotte, darin enthalten: Briefe des Bruders Hermann Samter.

Briefe von Zeitzeugen
Brief Inge Deutschkron an den Verfasser vom 26. November 2011.
Brief Walter Geismar an den Verfasser vom 16.10.2011.

Onlineressourcen

ALVIN, Platform for digital collections and digitized cultural heritage
(u.a. Waller's Autograph Collection, Biblioteca Walleriana)
www.alvin-portal.org/

Bundesarchiv ‑ Gedenkbuch für die Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945
www.bundesarchiv.de/gedenkbuch

Digitale Landesbibliothek Berlin, Berliner Adressbücher, 1799-1970
https://digital.zlb.de/viewer/berliner-adressbuecher/

Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Personenverzeichnis
www.gdw-berlin.de

Statistik und Deportation der jüdischen Bevölkerung aus dem Deutschen Reich
www.statistik-des-holocaust.de

4. Literaturverzeichnis

Ackerknecht, Erwin H., Geschichte der Medizin, Stuttgart 1992, 7., überarbeitete und ergänzte Auflage von Axel H. Murken, Stuttgart 1992.

Adelsberger, Lucie, Auschwitz. Ein Tatsachenbericht, Berlin 1956.

Adler, Hans G., Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland, Tübingen 1974.

Aly, Götz, Hitlers Volksstaat, Frankfurt/M. 2005.

Améry, Jean, Hand an sich legen. Diskurs über den Freitod, Stuttgart 1976.

Anders, Ruth, Veronal. Geschichte eines Schlafmittels, in: Pharmazeutische Zeitung 47 (2003).

Andreas-Friedrich, Ruth, Der Schattenmann. Tagebuchaufzeichnungen 1938-1945, Neudruck, Frankfurt/M. 1983.

Angetter, Daniela und Kanzler, Christine, „… sofort alles zu veranlassen, damit der Jude als Arzt verschwindet". Jüdische Ärztinnen und Ärzte in Wien 1938-1945, in: Czech, Herwig und Weindling, Paul (Hrsg.), Österreichische Ärzte und Ärztinnen im Nationalsozialismus, Wien 2017, S. 47-66.

Anonym, Geglückte Flucht aus dem Reich: 200 Mark für einen Judenstern. 1000 Mark für eine Dosis Veronal, in: Aufbau 8 (1942), 31 vom 31.7.1942, S. 1.

Arbeitskreis „Schicksale jüdischer Ärzte in Hannover" (Hrsg.), Jüdische Ärzte in Hannover. Erinnerung und Gedenken, Hannover 2008.

Asaria, Zvi, Die Juden in Köln. Von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart.

Aschoff, Ludwig/Diepgen, Paul/Goerke, Heinz, Kurze Übersichtstabelle zur Geschichte der Medizin, 7., neubearbeitete Auflage von Paul Diepgen und Heinz Goerke, Berlin 1960.

Baader, Gerhard, Keine Kollegen? – Diskriminierung, Vertreibung und Verfolgung jüdischer Ärzte in Deutschland, in: Bayerisches Ärzteblatt 44 (1989), S. 157-171.

Baader, Gerhard, Menschenversuche im Konzentrationslager, in: Deutsches Ärzteblatt 86 (1989), 13, S. 861-865.

Baader, Gerhard, Medizin im Nationalsozialismus: Richtigstellung, in: Deutsches Ärzteblatt 86 (1989), 40, S. 2816.

Baeyer, Walter Ritter/Häfner, Heinz/Kisker, Karl Peter, Psychiatrie der Verfolgten. Psychopathologische und gutachtliche Erfahrungen an Opfern der national-sozialistischen Verfolgung und vergleichbarer Extrembelastungen, Berlin 1964.

Barak, Yoram et al., Increased risk of attempted suicide among aging holocaust survivors, in: American Journal of Geriatric Psychiatry 8 (2005), 701-704.

Barthel, Hans-Georg, „Geheim! – Reflexionsmessgerät zur Messung der Lichtreflexion der menschlichen Haut“, in: Florath, Bernd (Hrsg.), Annäherungen an Robert Havemann, Biographische Studien und Dokumente, Göttingen 2016, S. 57-71.

Batthyány, Alexander, Viktor E. Frankl. Leben und Werk, in: Frankl, Viktor E. und Lapide, Pinchas (Hrsg.), Gottsuche und Sinnfrage. Ein Gespräch, Gütersloh 2005, 3. Auflage, 2007, S. 9-22.

Batthyány, Alexander, Viktor Frankl and the Shoah. Advancing the debate, Cham 2021.

Batz, Michael: „Bitte nicht wecken!“ Holocaust in Hamburg. Zehn szenische Lesungen, Hamburg 2008.

Baumann, Timo, Die Deutsche Gesellschaft für Kreislaufforschung im Nationalsozialismus 1933-1945, Berlin 2017.

Baumann, Ursula, Suizid im „Dritten Reich“ – Facetten eines Themas, in: Grüttner, Michael/Hachtmann, Rüdiger/Haupt, Heinz-Gerhard (Hrsg.), Geschichte und Emanzipation. Festschrift für Reinhard Rürup, Frankfurt/New York 1999, S. 482-516.

Baumann, Ursula, Vom Recht auf den eigenen Tod. Die Geschichte des Suizids vom 18. bis zum 20. Jahrhundert, Weimar 2001.

Beer, Susanne und Düring, Marten, Hilfe für jüdische Verfolgte im Nationalsozialismus. Biographische und sozialstrukturelle Zugänge am Beispiel der Berliner Helferin Ruth Andreas-Friedrich, in: Medaon – Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung 5 (2011), 9, S. 1-17.

Beer, Susanne, Die Banalität des Guten. Hilfeleistungen für jüdische Verfolgte 1941-1945, Berlin 2018.

Behrbohm, Hans und Briedigkeit, Walter, Jacques Joseph (1865-1934). Ein Pionier der plastischen Gesichtschirurgie, Berlin 2007.

Bellmann, Julia, Lebenswege der jüdischen Urologen während der Zeit des Nationalsozialismus, in: Krischel, Matthis u.a. (Hrsg.), Urologen im Nationalsozialismus, Band 1: Zwischen Anpassung und Vertreibung, Berlin 2011, S. 41-48.

Bendt, Vera, „Ich war eine Geltungsjüdin im Dritten Reich“. Der Lebensweg von Ursula Simson (1905-1996) im Nationalsozialismus, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart, Jahrbuch des Landesarchivs Berlin, Berlin 2009, S. 311-348.

Benz, Wolfgang (Hrsg.), Das Tagebuch der Hertha Nathorff. Berlin – New York. Aufzeichnungen 1933 bis 1945, Frankfurt/M. 1988.

Benz, Wolfgang, Die Rettung des Ehepaares Pineas, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.), Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1993, S. 675-684.

Benz, Wolfgang, Der Holocaust, München 1995.

Benz, Wolfgang (Hrsg.), Überleben im Dritten Reich. Juden im Untergrund und ihre Helfer, München 2003.

Benz, Wolfgang, Juden im Untergrund und ihre Helfer, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.), Überleben im Dritten Reich. Juden im Untergrund und ihre Helfer, München 2003, S. 11-50.

Benz, Wolfgang, Protest und Menschlichkeit. Die Widerstandsgruppe „Onkel Emil“ im Nationalsozialismus, Stuttgart 2020.

Bergmann, Katharina, Jüdische Emigration aus München: Entscheidungsfindung und Auswanderungswege (1933-1941), (= Studien zur Jüdischen Geschichte und Kultur in Bayern, 13), Berlin, Boston 2022.

Berliner Geschichtswerkstatt (Hrsg.), Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte. Zur Theorie und Praxis von Alltagsgeschichte, Münster 1994.

Biermanns, Nico und Groß, Dominik, Pathologen als Verfolgte des Nationalsozialismus. 100 Portraits, Stuttgart 2022.

Bley, Cäcilie, Arthur Nicolaier – ein Bild seines Wirkens, Diss. med., Göttingen 1946.

Bonavita, Petra, Mit falschem Pass und Zyankali. Retter und Gerettete aus Frankfurt am Main in der NS-Zeit, Stuttgart 2009.

Branas, Charles et al., The impact of economic austerity and prosperity events on suicide in Greece: a 30-year interrupted time-series analysis, in: BMJ Open 5 (2015).

Braund, James and Sutton, Douglas G., The Case of Heinrich Wilhelm Poll (1877-1939): A German-Jewish Geneticist, Eugenicist, Twin Researcher, and Victim of the Nazis, in: Journal of the History of Biology 41 (2008), 1-35.

Breitenecker, Maria Theresia, Nicolaier, Arthur, in: Sournia, Jean-Charles/Poulet, Jacques/Martiny, Marcel (Hrsg.), Illustrierte Geschichte der Medizin, Bd. 9, Salzburg 1984, S. 3386.

Bundesarchiv (Hrsg.), Gedenkbuch – Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945, 2., wesentlich erweiterte Auflage, Koblenz 2006.

Buscher, Rolf, Vom Wasserzeichen zum Markenpapier. Die Papiermarkierung als Mittel der Absatzpolitik im 20. Jahrhundert, Diss. rer. pol., Universität Trier 2007.

Cuerda-Galindo, Esther, López-Muñoz, Francisco, Krischel Matthis and Ley, Astrid, Study of deaths by suicide of homosexual prisoners in Nazi Sachsenhausen concentration camp, in: PLOS ONE 12 (2017).

Davidowicz, Lucy S., Der Krieg gegen die Juden 1933-1945, München 1975.

Dettmer, Klaus, Die Deportationen aus Berlin, in: Scheffler, Wolfgang und Schulle, Diana (Bearb.), Buch der Erinnerung. Die ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden, Band 1, München 2003, S. 191-197.

Deutsches Reich (Hrsg.), Sanitätsbericht über das Deutsche Heer (Deutsches Feld- und Besatzungsheer) im Weltkriege 1914/1918, Bd. 3., Die Krankenbewegung bei dem Deutschen Feld- und Besatzungsheer im Weltkriege 1914/1918, Berlin 1934.

Diedrich, S., Nachruf auf Prof. Dr. Max Dohrn, in: Schering-Blätter, IV, 5, September/Oktober 1943, S. 57-58.

Diekmann, Irene, Juden in Berlin. Bilder, Dokumente, Selbstzeugnisse, Leipzig 2009.

Diepgen, Paul, Geschichte der Medizin. Die historische Entwicklung der Heilkunde und des ärztlichen Lebens, Berlin 1955.

Dietz, Edith, Den Nazis entronnen. Die Flucht eines jüdischen Mädchens in die Schweiz, Frankfurt/M. 2002.

Dörner, Bernward, Die Deutschen und der Holocaust, Was niemand wissen wollte, aber jeder wissen konnte, Berlin 2007.

Drecoll, Axel, Der Fiskus als Verfolger. Die steuerliche Diskriminierung der Juden in Bayern, München 2008.

Drexler-Gormann, Birgit, Jüdische Ärzte in Frankfurt am Main 1933-1945: Isolation, Vertreibung, Ermordung, Frankfurt/M. 2008.

Driever, Rainer (Redaktion), Beitrag zu Heinrich Düker, in: Projekt „Widerstand in Göttingen" des Göttinger Stadtarchivs, http://www.stadtarchiv.goettingen.de/widerstand/texte/isk-personal-dueker-heinrich.html#sdfootnote15sym [2.11.2023].

Dross, Fritz u.a., „Ausführer und Vollstrecker des Gesetzeswillens" – die Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie im Nationalsozialismus: Supplement, in: Geburtshilfe und Frauenheilkunde 76 (2016), S. 1-158.

Drummer, Heike und Zwilling, Jutta, Freitod als letzter Ausweg: Juden vor der Deportation, Website des Frankfurter Instituts für Stadtgeschichte, Beiträge zu „Frankfurt am Main 193-1945", 2011, https://www.frankfurt1933-1945.de/beitraege/deportationen/beitrag/freitod-als-letzter-ausweg-juden-vor-der-deportation [21.04.2023].

Duckwitz, Theresa Marie and Groß, Dominik, Searching for motives: Suicides of doctors and dentists in the Third Reich and the postwar period, 1933–1949, in: Endeavour 45 (2021), 4.

Düring, Marten, Verdeckte soziale Netzwerke im Nationalsozialismus. Die Entstehung und Arbeitsweise von Berliner Hilfsnetzwerken für verfolgte Juden, Berlin 2015.

Durkheim, Émile, Der Selbstmord, Berlin 1983. Originalausgabe: Durkheim, Émile, Le suicide. Étude de sociologie, Paris 1897.

Ebel, Wilhelm, Catalogus Professorum Gottingensium 1734-1962, Göttingen 1962.

Ebert, Andreas, Jüdische Hochschullehrer an preußischen Universitäten (1870-1924). Eine quantitative Untersuchung mit biografischen Skizzen, Frankfurt/M., 2008.

Elkin, Rivka, „Das Jüdische Krankenhaus muß erhalten bleiben!". Das Jüdische Krankenhaus in Berlin zwischen 1938 und 1945, Berlin 1993.

Eppinger, Sven, Das Schicksal der jüdischen Dermatologen Deutschlands in der Zeit des Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 2001.

Felber, Werner, „Immer fand ich den Namen falsch, den man uns gab: Emigranten." Erinnerungen an Suizide von Flüchtlingen vor dem Nazi-Terror, in: Bundesarbeitsgruppe „Suizidprävention im Justizvollzug" (Hrsg.), „So wollte ich

eigentlich nicht sterben.“ Suizide und Suizidalität von Flüchtlingen und Gefangenen, Kongressreferate Dresden, 9.-11. November 2016, Leipzig 2019, S. 18-40.

Felber, Werner, Erinnerungen an Suizide von Flüchtlingen vor dem Nazi-Terror, in: Suizidprophylaxe 47 (2020), S. 5-8.

Felsch, Volkmar, Otto Blumenthals Tagebücher. Ein Aachener Mathematikprofessor erleidet die NS-Diktatur in Deutschland, den Niederlanden und Theresienstadt, Konstanz 2011.

Fleermann, Bastian/Genger, Gerd/Jakobs, Hildegard/Schatzschneider, Immo, Gedenkbuch für die Toten des Pogroms 1938 auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Nordrhein Westfalen, Düsseldorf 2019.

Fliedner, Hans-Joachim, Die Judenverfolgung in Mannheim 1933-1945, Stuttgart 1971.

Fischer, Anna, Erzwungener Freitod. Spuren und Zeugnisse in den Freitod getriebener Juden der Jahre 1938-1945 in Berlin, Berlin 2007.

Forsbach, Ralf und Hofer, Hans-Georg, Internisten in Diktatur und junger Demokratie. Die Deutsche Gesellschaft für Innere Medizin 1933-1970, hrsg. von Sieber, Cornel/Fölsch, Ulrich R./Broglie, Maximilian G., Berlin 2018.

Frankl, Viktor E., Pervitin Intrazisternal, in: Ars medici 1 (1942), S. 58-60.

Frei, Norbert, Vergangenheitspolitik. Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 2012.

Frewer, Andreas, Medizin und Moral in Weimarer Republik und Nationalsozialismus. Die Zeitschrift „Ethik“ unter Emil Abderhalden, Frankfurt/M. 2000.

Frewer, Andreas, Medizingeschichte und „Neue Ethik“ in Berlin: Fachpolitik, NS-Disziplin und SS-Moral (1939-1945), in: Schleiermacher, Sabine und Schagen, Udo (Hrsg.), Die Charité im Dritten Reich. Zur Dienstbarkeit medizinischer Wissenschaft im Nationalsozialismus, Paderborn 2008, S. 85-104.

Friedenberger, Martin, Fiskalische Ausplünderung. Die Berliner Steuer- und Finanzverwaltung und die jüdische Bevölkerung 1933 - 1945, Berlin 2008.

Friedländer, Margot, „Versuche, Dein Leben zu machen“. Als Jüdin versteckt in Berlin, Berlin 2008.

Friedländer, Saul, Das Dritte Reich und die Juden, Band 1: Die Jahre der Verfolgung 1933-1939, München 1998 und Band 2: Die Jahre der Vernichtung 1939-1945, München 2006.

Friedrich, Karin, „Er ist gemein zu unseren Freunden…“. Das Retternetz der Gruppe „Onkel Emil“, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.), Überleben im Dritten Reich. Juden im Untergrund und ihre Helfer, München 2003, S. 97-109.

Fritsche, Maria, Entziehungen. Österreichische Deserteure und Selbstverstümmler in der Deutschen Wehrmacht, Wien 2004.

Fuchs, Petra u.a. (Hrsg.), „Das Vergessen der Vernichtung ist Teil der Vernichtung selbst“. Lebensgeschichten von Opfern der nationalsozialistischen „Euthanasie“, Göttingen 2007.

Galán Torres, Juan Alberto, Arthur Nicolaier (1862-1942): Descubridor del bacilo del tétanos, Madrid 2009.

Gassenheimer, Ida, Mein Untergrund Leben in Berlin 1938–1945. Bearbeitet und mit einem Nachwort versehen von König, York-Egbert, in: Eschweger Geschichtsblätter 30 (2019), S. 142-163.

Gerst, Thomas, Randnotiz: Zurück! Besinnen!, in: Deutsches Ärzteblatt 112 (2015), A 1019.

Gerste, Ronald D., Jacques Joseph. Das Schicksal des großen plastischen Chirurgen und die Geschichte der Rhinoplastik, Kaden, Heidelberg 2015.

Gerstengarbe, Sybille: Die erste Entlassungswelle von Hochschullehrern deutscher Hochschulen aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.1933, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 17 (1994), S. 17-39.

Gilbert, Martin, The Holocaust. The jewish tragedy, London 1986.

Giordano, Ralph, Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein, Hamburg 1987.

Glaser, Marlis, Neue Arbeiten 2008-2012, Bilder über Menschen und Bücher, Bäume und Früchte, Biberach 2012.

Goeschel, Christian, Suicides of German Jews in the Third Reich, in: German History 25 (2007), 1, pp. 22-45.

Goeschel, Christian, Suicide in Nazi Germany, Oxford 2009.

Goeschel, Christian, Suicide in Nazi Concentration Camps, 1933-9, in: Journal of Contemporary History 3 (2010), pp. 628-648.

Goeschel, Christian, Selbstmord im Dritten Reich, aus dem Englischen von Klaus Binder, Berlin 2011.

Götz, Irene/Löffler, Klara/Speckle, Birgit, Briefe als Medium der Alltagskommunikation – Eine Skizze zu ihrer kontextorientierten Auswertung, in: Schweizerisches Archiv für Volkskunde 89 (1993), 2, 165-183.

Gottwaldt, Alfred und Schulle, Diana, Die „Judendeportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941-1945. Eine kommentierte Chronologie, Wiesbaden 2005.

Grashoff, Udo, Abschiedsbriefe. Letzte Zeilen vor dem Suizid als historische Quellen, in: Depkat, Volker und Pyta, Wolfram (Hrsg.), Briefe und Tagebücher zwischen Text und Quelle (= Geschichts- und Literaturwissenschaft im Gespräch, 2), Berlin 2021, S. 227-249.

Grau, Günter, Lexikon zur Homosexuellenverfolgung 1933-1945. Institutionen – Kompetenzen – Betätigungsfelder, Berlin 2011.

Grau, Günter, Rudolf Klimmer, in: Sigusch, Volkmar und Grau, Günter (Hrsg.), Personenlexikon der Sexualforschung, Frankfurt/New York 2009, S. 360-366.

Grieser, Thomas, Jüdische Ärzte in Thüringen während des Nationalsozialismus 1933-1945, Diss. med., Jena 2003.

Grodin, Michael A., Jewish Medical Resistance in the Holocaust, New York 2014.

Groß, Dominik, Das Institut für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin an der RWTH Aachen, Jahresbericht 2007, Aachen 2008.

Gruner, Wolf, Die Reichshauptstadt und die Verfolgung der Berliner Juden 1933-1945, in: Rürup, Reinhard (Hrsg.), Jüdische Geschichte in Berlin, Bd. 2: Essays und Studien, Berlin 1995, S. 229-266.

Gruner, Wolf, Judenverfolgung in Berlin 1933-1945: Eine Chronologie der Behördenmaßnahmen, Berlin 1996.

Gruner, Wolf (Bearb.), Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945 (VEJ), Band 1, Deutsches Reich 1933-1937, München 2008.

Gruner, Wolf, Die Verfolgung der Juden und die Reaktionen der Berliner, in: Wildt, Michael und Kreutzmüller, Christoph (Hrsg.), Berlin 1933-1945, München 2013, S. 311-323.

Gruner, Wolf, Verweigerung, Opposition und Protest. Vergessene jüdische Reaktionen auf die NS-Verfolgung in Deutschland, in: Bothe, Alina und Schüler-Springorum, Stefanie (Hrsg.), Shoah: Ereignis und Erinnerung, 3. Jahrbuch Selma Stern Zentrum für Jüdische Studien Berlin-Brandenburg, Leipzig 2019, S. 11-30.

Grüttner, Michael und Kinas, Sven, Die Vertreibung von Wissenschaftlern aus den deutschen Universitäten 1933–1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 55 (2007), 1, S. 123-186.

Hahn, Susanne und Schröder, Christina, Suizidalität im Nationalsozialismus, in: Psychologie und Gesellschaftskritik 16 (1992), 62, S. 81-102.

Hamm, Margret, Nicht „vergessen“ sondern ausgegrenzt. Die Opfer von „Euthanasie“ und Zwangssterilisation, in: Dachauer Hefte 25 (2009), S. 214-222.

Hannemann, Simone, Robert Havemann und die Widerstandsgruppe „Europäische Union“. Eine Darstellung der Ereignisse und deren Interpretation nach 1945, Berlin 2001.

Hansen, Willy et Freney, Jean, Le Tétanos: Histoire d’une maladie redoutée et celle du bacille de Nicolaier, in: Lyon Pharmaceutique 52 (2001), S. 34-81.

Hansen, Willy et Freney, Jean, Des bactéries et des hommes. Histoire des grandes maladies infectieuses et de leur diagnostic, Toulouse 2002.

Hartig, Christine, “Conversations About Taking Our Own Lives – Oh, A Poor Expression For A Forced Deed In Hopeless Circumstances!” Suicide Among German Jews 1933-1943, in: The Leo Baeck Institute Year Book, 52 (2007), 1, pp. 247-265.

Hartig, Christine, Die letzte Zuflucht. Jüdische Selbsttötungen im „Dritten Reich“ im Spiegel von Selbstzeugnissen, unveröffentl. Magisterarbeit, Göttingen 2003.

Hartig, Christine, Selbsttötungen deutscher Juden – Pressestimmen des Jahres 1933, in: Nagel, Michael und Zimmermann, Moshe (Hrsg.), Judenfeindschaft und Antisemitismus in der deutschen Presse über fünf Jahrhunderte, Bremen 2013, S. 691-714.

Hartung-von Doetinchem, Dagmar und Winau, Rolf (Hrsg.), Zerstörte Fortschritte. Das Jüdische Krankenhaus in Berlin. 1756 – 1861 – 1914 – 1989, Berlin 1989.

Havemann, Robert, „Sie sind entlassen, Genosse“, in: Der Spiegel 40 (1970), online abrufbar: http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-44418142.html [20.03.2023].

Heidel, Caris-Petra, Ärzte und Zahnärzte in Sachsen 1933-1945. Eine Dokumentation von Verfolgung, Vertreibung, Ermordung, Frankfurt/M. 2005.

Heim, Susanne/Sachse, Carola/Walker, Mark, „Whitewash-Culture“: How the Kaiser Wilhelm/Max Planck Society dealt with the Nazi Past 373-399, in: The Kaiser Wilhelm Society under National Socialism, Cambridge 2009, pp. 373-399.

Hellner, Hans, Die chirurgischen Wundinfektionskrankheiten und ihre Bekämpfung, in: Deutsche Medizinische Wochenschrift 3 (1942), S. 317.

Henschel, Hildegard, Aus der Arbeit der Jüdischen Gemeinde Berlin während der Jahre 1941-1943: Gemeindearbeit und Evakuierung von Berlin, 16. Oktober 1941-16. Juni 1943, in: Zeitschrift für die Geschichte der Juden 9 (1972), S. 33-52.

Hepp, Michael (Hrsg.), Die Ausbürgerung deutscher Staatsangehöriger 1933-1945 nach den im Reichsanzeiger veröffentlichten Listen, Band 1: Listen in chronologischer Reihenfolge, München 1985.

Herken, Hans, Die Berliner Pharmakologie in der Nachkriegszeit. Erinnerungen an ein Stück bewegter Universitätsgeschichte der Jahre 1945-1960, Berlin 1999.

Heubner, Wolfgang, Eröffnungsansprache, in: Naunyn-Schmiedebergs Archiv für experimentelle Pathologie und Pharmakologie 190 (1938), S. 25-29.

Heubner, Wolfgang, Albert Fraenkel, in: Maas, Hermann/Radbruch, Gustav/Schneider, Lambert (Hrsg.), Den Unvergessenen. Opfern des Wahns 1933 bis 1945, 1952, S. 48-60.

Hilberg, Raul, Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933-1945, Frankfurt/M. 1992.

Hintermayr, Michaela Maria, Suizid und Geschlecht in der Moderne. Wissenschaft, Medien und Individuum (Österreich 1870–1970), Oldenburg 2022.

Hoche, Alfred, Vom Sterben. Kriegsvortrag, gehalten in der Universität am 6. November 1918, Freiburg 1919.

Höffken, Bernd, Schicksale jüdischer Ärzte aus Nürnberg nach 1933, Berlin 2013.

Hubenstorf, Michael, Nicolaier, Arthur, in: Eckart, Wolfgang U. und Gradmann, Christoph (Hrsg.), Ärztelexikon. Von der Antike bis zum 20. Jahrhundert, München 1995, S. 265-266.

Huber, Florian: Kind, versprich mir, dass du dich erschießt. Der Untergang der kleinen Leute 1945, Berlin 2015.

Jäckle, Renate, Schicksale jüdischer und „staatsfeindlicher“ Ärztinnen und Ärzte nach 1933 in München, München 1988.

Jacobs, Helene, „…als wenn nichts geschehen wäre“, in: Weckerling, Rudolf (Hrsg.), Durchkreuzter Hass. Vom Abenteuer des Friedens. Berichte und Selbstdarstellungen, Berlin 1961, S. 61-68.

Jah, Akim, Die Deportation der Juden aus Berlin. Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik und das Sammellager Große Hamburger Straße, Berlin 2013.

Jahn, Ilse, Zum Gedenken an jüdische Biologen der Berliner Universität, in: Die Humboldt-Universität und ihre Geschichte. Aus der Arbeit der universitätshistorischen Kolloquien 1987-1989, Beiträge zur Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin 23, Berlin 1989, S. 86-89.

Jenss, Harro, Die Deutsche Gesellschaft für Gastroenterologie, Verdauungs- und Stoffwechselkrankheiten 1933-1945, in: Krischel, Matthis/Schmidt, Mathias/Groß, Dominik (Hrsg.), Medizinische Fachgesellschaften im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven, Berlin 2016, S. 209-218.

Jenss, Harro, In Erinnerung an Prof. Dr. med. Ernst Neisser, in: Zeitschrift für Gastroenterologie 60, 2, (2022), S. 162-164.

Kaplan, Marion, Der Mut zum Überleben. Jüdische Frauen und ihre Familien in Nazideutschland, Berlin 2001. (Original: Kaplan, Marion, Between Dignity and Despair: Jewish Life in Nazi Germany, New York 1998.)

Kaplan, Marion, Macht Glück glücklich? Jüdische Frauen im Untergrund 1942-1945, in: L'homme: Zeitschrift für feministische Geschichtswissenschaft, Bd. 10, (1999), 2, S. 214-236.

Karenberg, Axel/Martin, Michael/Fangerau, Heiner, Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung deutschsprachiger Neurologinnen und Neurologen während der NS-Zeit: Versuch einer Bewertung, in: Nervenarzt 93 (2022), S. 138-159.

Keller, Barbara, Rekonstruktion von Vergangenheit. Vom Umgang der „Kriegsgeneration“ mit Lebenserinnerungen, Opladen 1996.

Kessel, Nils, Biographie als Disziplinentradition. Von der Idealisierung des Pharmakologen Wolfgang Heubner (1877-1957), in: Medizin, Gesellschaft, Geschichte 27 (2008), S. 133-160.

Kinas, Sven, Massenentlassungen und Emigration, in: Tenorth, Heinz-Elmar und Grüttner, Michael (Hrsg.), Geschichte der Universität Unter den Linden, Band 2: Die Berliner Universität zwischen den Weltkriegen 1918-1945, Berlin 2012, S. 325-403.

Kissenkötter, Udo, Gregor Straßer und die NSDAP, Stuttgart 1978.

Klee, Ernst, Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, 2. Auflage, Frankfurt/M. 2007.

Klemperer, Victor, Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933-1945, 11. Auflage, Berlin 1999.

Klepper, Jochen, Unter dem Schatten Deiner Flügel. Aus den Tagebüchern der Jahre 1932-1942, hrsg. von Hildegard Klepper, Stuttgart 1956.

Klimpe, Volker, Ärzte-Tode: Unnatürliches und gewaltsames Ableben in neun Kapiteln und einem biographischen Anhang, 2005.

Kneer, Johanna, Wolfgang Heubner (1877-1957). Leben und Werk, Diss. med., Tübingen 1989.

Knobloch, Heinz, Berliner Grabstein: Arthur Nicolaier, in: Wochenpost 48, Berlin (Ost), 1982.

Knobloch, Heinz, Berliner Grabsteine. Spaziergänge wider die Vergessenheit, Berlin (Ost) 1987.

Kobel, T. et Marti, M. C., 100 ans après. Découverte du bacille du tétanos (1884), in: Revue Médicale de la Suisse Romande 105 (1985), 547-556.

Kobrak, Christopher, National Cultures and International Competition. The Experience of Schering AG, 1851-1950, Cambridge 2002.

Kobrak, Christopher, Julius Weltzien and the Interwar Transatlantic Business Dilemma: Nationalism and Internationalism Corrupted, in: Immigrant Entrepreneurship [online], 2012, http://www.immigrantentrepreneurship.org/entry.php?rec=131 [30.10.2023].

Kohl, Ulrike, Die Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Max Planck, Carl Bosch und Albert Vögler zwischen Wissenschaft und Macht, Stuttgart 2002.

Köhler, Jochen, Klettern in der Großstadt. Volkstümliche Geschichten vom Überleben in Berlin 1933-1945, Berlin 1979.

Kosmala, Beate und Schoppmann, Claudia (Hrsg.), Überleben im Untergrund: Hilfe und Rettung für Juden in Deutschland 1941-1945, *Reihe Solidarität und Hilfe für Juden während der NS-Zeit aus dem Zentrum für Antisemitismusforschung*, Berlin 2002.

Kosmala, Beate, Zwischen Ahnen und Wissen. Flucht vor der Deportation (1941-1943), in: Kundrus, Birte und Meyer, Beate (Hrsg.), Die Deportation der Juden aus Deutschland: Pläne – Praxis – Reaktionen 1938-1945, Göttingen 2004, S. 135-159.

Kosmala, Beate, Stille Helden, in: APuZ 14-15 (2007). S. 29-34.

Kosmala, Beate, Stille Helden, in: Lustiger, Arno (Hrsg.), Rettungswiderstand. Das Buch von den Judenrettern im Nationalsozialismus, Berlin 2011, S. 34-48.

Kosmala, Beate, Überlebensstrategien jüdischer Frauen in Berlin, in: Löw, Andrea/Bergen, Doris L./Hájková, Anna (Hrsg.), Alltag im Holocaust. Jüdisches Leben im Großdeutschen Reich 1941-1945, München 2013, S. 29-47.

Kosmala, Beate, Die Deportationen aus Berlin 1941 bis 1945. Flucht in den Untergrund und Hilfe beim Überleben, in: Hamann, Christoph und Kosmala, Beate, flitzen – verstecken – überleben? Hilfe für jüdische Verfolgte 1941–1945. Geschichten, Quellen, Kontroverse, 2., überarbeitete Auflage, Berlin/Ludwigsfelde 2018, S. 13-17.

Krampen, Günther, Heinrich Düker, in: Wolfradt, Uwe/Billmann-Mahecha, Elfriede/Stock, Armin (Hrsg.), Deutschsprachige Psychologinnen und Psychologen 1933-1945, Wiesbaden 2015, S. 89-91.

Krohn, Claus-Dieter/Mühlen, Patrik von/Paul, Gerhard/Winckler, Lutz (Hrsg.), Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933-1945, 2., unveränderte Auflage, Darmstadt 2008.

Kuckhoff, Greta, Vom Rosenkranz zur Roten Kapelle. Ein Lebensbericht, Frankfurt/M. 1974.

Kudlien, Fridolf (Hrsg.), Ärzte im Nationalsozialismus, Köln 1985.

Kuller, Christiane, Bürokratie und Verbrechen. Antisemitische Finanzpolitik und Verwaltungspraxis im nationalsozialistischen Deutschland, München 2013.

Kuller, Christiane, Finanzverwaltung und Judenverfolgung: die Entziehung jüdischen Vermögens in Bayern während der NS-Zeit, München 2009.

Kümmel, Werner Friedrich, Die Ausschaltung rassisch und politisch missliebiger Ärzte, in: Kudlien, Fridolf (Hrsg.), Ärzte im Nationalsozialismus, Köln 1985, S. 56-81.

Kümmel, Werner Friedrich, Jüdische Ärzte in Deutschland zwischen Emanzipation und „Ausschaltung", in: Preiser, Gert (Hrsg.), Richard Koch und die ärztliche Diagnose, Hildesheim 1988, S. 15-47.

Kümmel, Werner Friedrich, Paul Diepgen als „Senior" seines Faches nach 1945, in: Medizinhistorisches Journal 49 (2014), S.10-44.

Kumnig, Martin, Cremerius, Johannes in: Stumm, Gerhard u.a. (Hrsg.), Personenlexikon der Psychotherapie, Wien/New York 2005, S. 96.

Kwiet, Konrad, The Ultimate Refuge, Suicide in the Jewish Community under the Nazis, in: Leo Baeck Institute Yearbook 29 (1984), pp. 135-167.

Kwiet, Konrad und Eschwege, Helmut, Selbstbehauptung und Widerstand – deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde 1933-1945 (= Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 19), Hamburg 1984.

Kwiet, Konrad, Gehen oder bleiben? Die deutschen Juden am Wendepunkt, in: Pehle, Walter H. (Hrsg.), Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht" zum Völkermord, Frankfurt/M. 1988, S. 133-145.

Kwiet, Konrad, Nach dem Pogrom. Stufen der Ausgrenzung, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.), Die Juden in Deutschland 1933-1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1988, S. 545-659.

Labisch, Alfons (Hrsg.), In memoriam Prof. Dr. Hans Schadewaldt (1923-2009). Verzeichnis Düsseldorfer Arbeiten zur Geschichte der Medizin, unter Mitarbeit von Ulrich Koppitz, Düsseldorf 2010.

Lehmann, Hans Georg, Acht und Ächtung politischer Gegner im Dritten Reich. Die Ausbürgerung deutscher Emigranten 1933-1945, in: Hepp, Michael (Hrsg.), Die Ausbürgerung deutscher Staatsangehöriger 1933-1945 nach den im Reichsanzeiger veröffentlichten Listen, Band 1, 1985, S. IX-XXIII.

Lehndorff, Hans Graf von, Ostpreußisches Tagebuch. Aufzeichnungen eines Arztes aus den Jahren 1945 bis 1947, 21. Auflage, München 2006.

Leibfried, Stephan, Stationen der Abwehr. Berufsverbote für Ärzte im Deutschen Reich 1933-1938 und die Zerstörung des sozialen Asyls durch die organisierten Ärzteschaften des Auslands, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts (62) 1982, S. 3-39.

Lepsius, Bernhard, 50 Jahre Chemische Fabrik auf Actien (vorm. E. Schering), Berlin 1921.

Levav, Itzhak und Klomek, Anat Brunstein, A review of epidemiologic studies on suicide before, during, and after the Holocaust, in: Psychiatry Research 261 (2018), pp. 35-39.

Lewin Sime, Ruth, Otto Hahn und die Max-Planck-Gesellschaft. Zwischen Vergangenheit und Erinnerung. Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, Berlin 2004.

Lindner, Stefan H., Hoechst. Ein I.G. Farben Werk im Dritten Reich, 2005.

Loddenkemper, Robert/Konietzko, Nikolaus/Seehausen, Vera (Hrsg., unter Mitarbeit von Florian Bruns und Astrid Ley), Die Lungenheilkunde im Nationalsozialismus, Berlin 2018.

Longerich, Peter, Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München, Zürich 1998.

Loose, Ingo, Von der Entrechtung zur Deportation: Die Berliner Juden 1933–1941, in: Stiftung Topographie des Terrors (Hrsg.), Berliner Juden im Getto Litzmannstadt 1941–1944. Ein Gedenkbuch, Berlin 2009, S. 20-31.

Ludwig, Helmut, „An der Seite der Entrechteten und Schwachen“ – Zur Geschichte des „Büro Pfarrer Grüber“ (1938 bis 1940) und der Ev. Hilfsstelle für ehemals Rasseverfolgte nach 1945, Berlin 2009.

Lustiger, Arno, Zum Kampf auf Leben und Tod! Das Buch vom Widerstand der Juden 1933-1945, Köln 2003.

Macho, Thomas, Das Leben nehmen. Suizid in der Moderne, Berlin 2017.

Mack, Cécile, Die badische Ärzteschaft im Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 2001.

Marner, Franz-Josef und Waffenschmidt, Sabine, Nachruf auf Lothar Jaenicke (1923-2015), in: Biospektrum 22 (2016), S. 220-221.

Martin, Bernd, Die Entlassung der jüdischen Lehrkräfte an der Freiburger Universität und die Bemühungen um ihre Wiedereingliederung nach 1945, in: Schicksale: jüdische Gelehrte

an der Universität Freiburg in der NS-Zeit (= Freiburger Universitätsblätter, 129, 1995), S. 7-46.

Marzolff, Renate, Die Enkelin des Philosophen. Zur Familien- und Lebensgeschichte der Heidelberger Ärztin Marie Clauss (1882–1963), in: Heidelberger Geschichtsverein e. V (Hrsg.), Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt 14 (2010), S. 47-73.

Mattulat, Martin, Medizinethik in historischer Perspektive. Zum Wandel ärztlicher Moralkonzepte im Werk von Georg Benno Gruber (1884-1977), Stuttgart 2007.

Meier, Annerose, Lebensschicksal und wissenschaftliches Werk des Gynäkologen Felix Skutsch (1861-1951), Diss. med., Leipzig 1995.

Meßner, Jonas, Austritte aus der NSDAP 1925 bis 1945, in: Falter, Jürgen W. (Hrsg.), Junge Kämpfer, Alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919-1945, Frankfurt/M. 2016, S. 271-296.

Meyer, Beate, Das unausweichliche Dilemma: Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, die Deportationen und die untergetauchten Juden, in: Kosmala, Beate und Schoppmann, Claudia (Hrsg.), Überleben im Untergrund. Hilfe und Rettung für Juden in Deutschland 1941-1945, Berlin 2002, S. 273-298.

Meyer, Beate, Die Deportationen der Hamburger Juden 1941-1945, in: Meyer, Beate (Hrsg.), Die Verfolgung und Ermordung der Hamburger Juden 1933-1945. Geschichte, Zeugnis, Erinnerung, Hamburg, Göttingen 2006, S. 42-78.

Meyer, Winfried, Sechs Minuten, in: Der Freitag, Nr. 29 vom 19. Juli 2012, S. 1.

Meyhöfer, Rita, Berliner Juden und Theresienstadt, in: Theresienstädter Studien und Dokumente, 3, 1996, S. 31-51.

Mitscherlich, Alexander und Margarete, Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, München 1967.

Mitscherlich, Alexander und Mielke, Fred, Medizin ohne Menschlichkeit. Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses, 21. Auflage, Frankfurt/M. 1989.

Mochmann, Hanspeter und Köhler, Werner, 100 Jahre Bakteriologie. Der Beweis der infektiösen Natur des Tetanus durch Arthur Nicolaier im Jahre 1884 und die Reinzüchtung des Tetanusbazillus durch Shibasaburo Kitasato im Jahre 1889, in: medicamentum 21 (1980), S. 314-319.

Mochmann, Hanspeter und Köhler, Werner, Der Beweis der infektiösen Natur des Tetanus durch Arthur Nicolaier im Jahre 1884 und die Reinzüchtung des Tetanusbazillus durch Shibasaburo Kitasato im Jahre 1889, in: Mochmann, Hanspeter und Köhler, Werner (Hrsg.), Meilensteine der Bakteriologie. Von Entdeckungen und Entdeckern aus den Gründerjahren der Medizinischen Mikrobiologie, Mönchengladbach 1984, S. 223-236.

Morsch, Günther, Die Ermordung der jüdischen Geiseln im Mai 1942 im KZ Sachsenhausen, Rede zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, 27. Januar 2012, http://guenter-morsch.de/rede-die-ermordung-der-juedischen-geiseln-im-mai-1942-im-kz-sachsenhausen-27-januar-2012/ [12.06.2023]

Moser, Gabriele, Vor 75 Jahren entzog der NS-Gesetzgeber Ärztinnen und Ärzten die staatliche Berufszulassung, in: Fortschr Röntgenstr 185 (2013), S. 930-935.

Moser, Jonny, Österreichische Juden und Jüdinnen im Widerstand gegen das NS-Regime, in: Karner, Stefan und Duffek, Karl (Hrsg.), Widerstand in Österreich 1938-1945. Die Beiträge der Parlaments-Enquete 2005, Graz, Wien 2007, S. 125-132.

Münzel, Martin, Die jüdischen Mitglieder der deutschen Wirtschaftselite 1927-1955. Verdrängung – Emigration – Rückkehr, Paderborn 2004.

Nakath, Monika (Hrsg.), Aktenkundig: „Jude!“ Nationalsozialistische Judenverfolgung in Brandenburg 1933-1945. Vertreibung – Ermordung – Erinnerung, Berlin 2010.

Neander, Joachim, Das Staatsangehörigkeitsrecht des „Dritten Reiches“ und seine Auswirkungen auf das Verfolgungsschicksal deutscher Staatsangehöriger, in: theologie.geschichte – Zeitschrift für Theologie und Kulturgeschichte 3 (2008), S. 11-47.

Neugebauer, Wolfgang, Viktor Frankl – eine Kontroverse. Anmerkungen zu Timothy Pytells und Alexander Batthyánys Publikationen, in: DÖW Mitteilungen 249 (2021), S. 7-9.

Neuman, Ralph, Erinnerungen an meine Jugendjahre in Deutschland 1926 – 1946, Berlin 2005.

Oechsle, Susanne, Leben und Werk des jüdischen Kinderarztes und Wissenschaftlers Erich Benjamin, Diss. med., München 2004.

Ohnhäuser, Tim, „Brutstätten des Verbrechens“ und „Nester von Asozialen“. Zur Symbiose von rassenhygienischer Forschung und Kriminalpolizei im Nationalsozialismus, in: Westermann, Stefanie/Kühl, Richard/Groß, Dominik (Hrsg.), Medizin im Dienst der

„Erbgesundheit“. Beiträge zur Geschichte der Eugenik und „Rassenhygiene“ (= Medizin und Nationalsozialismus, 1), Münster 2009, S. 141-163.

Ohnhäuser, Tim, Der Arzt und Hochschullehrer Arthur Nicolaier (1862-1942). Eine Annäherung an die Suizide der als „nicht arisch“ verfolgten Ärzte in Deutschland, in: Kühl, Richard/Ohnhäuser, Tim/Schäfer, Gereon (Hrsg.), Verfolger und Verfolgte. „Bilder“ ärztlichen Handelns im Nationalsozialismus (= Medizin und Nationalsozialismus, 2), Münster 2011, S. 15-38.

Ohnhäuser, Tim, Invictus – Unbesiegt...? Der Tetanusentdecker Arthur Nicolaier und sein Suizid vor 70 Jahren, in: Deutsches Ärzteblatt 110 (2013), 7, A 266-268.

Ohnhäuser, Tim, Verfolgung, Suizid und jüdische Ärzte. Annäherung an ein wenig erforschtes Thema, in: Beddies, Thomas/Doetz, Susanne/Kopke, Christoph (Hrsg.), Jüdische Ärztinnen und Ärzte im Nationalsozialismus. Entrechtung, Vertreibung, Ermordung (= Europäisch-jüdische Studien, Beiträge, 12), Berlin 2014, S. 265-289.

Opitz, Norfried, Untersuchung über die Todesursachen der Verstorbenen aus dem Jüdischen Krankenhaus zu Berlin für die Jahre von 1935 bis 1945, Diss., Berlin 1997.

Ostrowski, Siegfried, Vom Schicksal jüdischer Ärzte im Dritten Reich. Ein Augenzeugenbericht aus den Jahren 1933-1939, in: Leo Baeck Institute Bulletin (1963), S. 331-351.

Paucker, Arnold, Deutsche Juden im Widerstand 1933 – 1945. Tatsachen und Probleme, 2., erweiterte und verbesserte Auflage, Berlin 2003.

Paul, Gerhard, „Betr. Evakuierung von Juden“. Die Gestapo als regionale Zentralinstitution der Judenverfolgung, in: Paul, Gerhard und Gillis-Carlebach, Miriam (Hrsg,), Menora und Hakenkreuz. Zur Geschichte der Juden in und aus Schleswig-Holstein, Lübeck und Altona 1918-1998, Neumünster 1998, S. 491-520.

Peiffer, Jürgen, Die Vertreibung deutscher Neuropathologen 1933 – 1939, in: Der Nervenarzt 2 (1998), S. 99-109.

Peter, Jürgen, Der Nürnberger Ärzteprozess im Spiegel seiner Aufarbeitung anhand der drei Dokumentensammlungen von Alexander Mitscherlich und Fred Mielke, Münster 1998, 3., überarb. Aufl. 2013.

Peuckert, Sylvia, Hedwig Fechheimer und die ägyptische Kunst. Leben und Werk einer jüdischen Kunstwissenschaftlerin in Deutschland, Berlin 2014.

Pommer, Charlotte, Aerogramm an Lexi im Elysium, bearbeitet und abgedruckt in: Orth, Barbara (Hrsg.), Gestapo im OP. Bericht der Krankenhausärztin Charlotte Pommer, Berlin 2013, S. 22-119.

Präsidium der Deutschen Akademie der Naturforscher (Hrsg.), Gedenken an die Leopoldina-Mitglieder, die in Konzentrationslagern des nationalsozialistischen Regimes zu Tode kamen, Halle (Saale) 2010.

Prahm, Heyo (Hrsg.), Hermine Heusler-Edenhuizen: Die erste deutsche Frauenärztin. Lebenserinnerungen im Kampf um den ärztlichen Beruf der Frau, Opladen 1997.

Proctor, Robert N., Adolf Butenandt (1903-1995). Nobelpreisträger, Nationalsozialist und MPG-Präsident. Ein erster Blick in den Nachlass, Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“.

Pross, Christian, Das Krankenhaus Moabit, 1920, 1933, 1945, in: Pross, Christian und Winau, Rolf (Hrsg.), Nicht misshandeln – Das Krankenhaus Moabit, 1920-1933. Ein Zentrum jüdischer Ärzte in Berlin, 1933-1945: Verfolgung, Widerstand, Zerstörung, Berlin 1984, S. 109-261.

Pytell, Timothy, Viktor Frankl – Ende eines Mythos? Innsbruck 2005.

Pytell, Timothy, Viktor Frankl's Search for Meaning. An Emblematic 20th-Century Life, New York 2015.

Rasch, Anne, Else von Behring (1876-1936), in: Magistrat der Universitätsstadt Marburg (Hrsg.), Berühmte und vergessene Frauen in Marburg, Marburg 2013, S. 21-23.

Rewald, Ilse, Berliner, die uns halfen, die Hitlerdiktatur zu überleben, Vortrag in der Gedenk- und Bildungsstätte Stauffenbergstraße am 14. März 1975, hrsg, von Gedenkstätte Deutscher Widerstand (= Beiträge zum Widerstand 1933-1945, 6), 4. Auflage, Berlin 1985.

Richarz, Monika, Jüdisches Leben in Deutschland, Band 3: Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte, 1918-1945, Stuttgart 1982.

Rieberer, Gabriela, Das Institut für klinische Chemie und Hygiene der Universität Göttingen von der Gründung 1883 bis 1955, Diss. med., Göttingen 1990.

Riesenburger, Martin, Das Licht verlöschte nicht. Ein Zeugnis aus der Nacht des Faschismus, herausgegeben und mit Beiträgen zur Erinnerung an ein Berliner Rabbinerleben von Andreas Nachama und Hermann Simon, Teetz 2003.

Rohrbach, Jens Martin, Jüdische Augenärzte im Nationalsozialismus – eine Gedenkliste, in: Klinische Monatsblätter für Augenheilkunde 228 (2011), S. 70-83.

Rohrbach, Jens Martin, 70 Jahre nach dem Ende des 2.Weltkriegs und der NS-Diktatur – die letzten Namen der „Gedenkliste jüdische Augenärzte“, in: Klinische Monatsblätter Augenheilkunde 232 (2015), S. 691-696.

Rückerl, Adalbert (Hrsg.), NS-Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse, München 1978.

Rudolph, Kathrin, Hilfe beim Sprung ins Nichts. Franz Kaufmann und die Rettung von Juden und „nichtarischen“ Christen, 2005.

Rueß, Susanne, Stuttgarter jüdische Ärzte während des Nationalsozialismus, Würzburg 2009.

Ryn, Zdzislaw, Suicides in the Nazi concentration camps, in: Suicide and Life-Threatening Behavior 16 (1986), 4, pp. 419-433.

Sachse, Carola, Adolf Butenandt und Otmar von Verschuer. Eine Freundschaft unter Wissenschaftlern (1942-1969), in: Schieder, Wolfgang und Trunk, Achim (Hrsg.), Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Politik und Industrie im „Dritten Reich“, Göttingen 2004, S. 286-319.

Samter, Hermann, „Worte können das ja kaum verständlich machen“, Briefe 1939-1943, hrsg. von Daniel Fraenkel im Auftrag der Gedenkstätte Yad Vashem, Jerusalem, Göttingen 2009.

Sandvoß, Hans-Rainer, Widerstand in Steglitz und Zehlendorf, Berlin 1986.

Sauer, Paul, Die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs während der national-sozialistischen Verfolgungszeit 1933-1945, Stuttgart 1969.

Saueressig, Heinz, Ausgelöscht. Leben und Ende des Dr. Arthur Nicolaier, in: Saueressig, Heinz (Hrsg.), Ärzte und Ärztliches. Essayistische Anregungen, Sigmaringendorf 1989.

Schadewaldt, Hans, Die Entdeckung der Tetanusbazillen, in: Deutsche Medizinische Wochenschrift 100 (1975), 43, S. 2230-2232.

Schäberle-Koenigs, Gerhard: Und sie waren täglich einmütig beieinander. Der Weg der Bekennenden Gemeinde Berlin/Dahlem 1937-1943 mit Helmut Gollwitzer, Gütersloh 1998.

Schagen, Udo, Widerständiges Verhalten im Meer von Begeisterung, Opportunismus und Antisemitismus. Der Pharmakologe Otto Krayer (1899-1982), Professor der Berliner Universität 1933, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte, 10 (2007), Stuttgart 2007, S. 223-247.

Schagen, Udo, Von der Freiheit – und den Spielräumen – der Wissenschaft(ler) im Nationalsozialismus: Wolfgang Heubner und die Pharmakologen der Charité 1933 bis 1945, in: Schleiermacher, Sabine und Schagen, Udo (Hrsg.), Die Charité im Dritten Reich. Zur Dienstbarkeit medizinischer Wissenschaft im Nationalsozialismus, Paderborn 2008, S. 207-227.

Schagen, Udo, Wer wurde vertrieben? Wie wenig wissen wir? Die Vertreibungen aus der Berliner Medizinischen Fakultät 1933, in: Schleiermacher, Sabine und Schagen, Udo (Hrsg.), Die Charité im Dritten Reich. Die Indienstnahme medizinischer Wissenschaft im Nationalsozialismus, Paderborn 2008, S. 51-56.

Schellenbacher, Wolfgang, Das Gesundheitswesen im Ghetto Theresienstadt 1941-1945, Diplomarbeit, Wien 2010.

Schellenbacher, Wofgang, From Exclusion, Deprivation and Persecution to Suicide: Analyzing Data on Suicides of Jews in Vienna, 1938-1945, in: S:I.M.O.N. – Shoah: Intervention. Methods. Documentation, 9 (2022), 1. pp. 94-108.

Schleiermacher, Sabine und Schagen, Udo (Hrsg.), Die Charité im Dritten Reich. Die Indienstnahme medizinischer Wissenschaft im Nationalsozialismus, Paderborn 2008.

Schmid, Hans-Dieter, „Finanztod“ – Die Zusammenarbeit von Gestapo und Finanzverwaltung bei der Ausplünderung der Juden in Deutschland, in: Paul, Gerhard und Mallmann, Klaus-Michael (Hrsg.), Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg, Darmstadt 2000, S. 141-154.

Schmid, Hans-Dieter, „... wie Judensachen zu behandeln“. Die Behandlung der Sinti und Roma durch die Finanzverwaltung, in: zeitenblicke 3 (2004), 2, http://www.zeitenblicke.historicum.net/2004/02/schmid/index.html [20.09.2023].

Schmitt-Buxbaum, Wolfgang und Bröcker, Eva-Bettina, Von Dr. Abel bis Dr. Zwirn. Das schwierige Gedenken an jüdische Ärzte und Ärztinnen im Nationalsozialismus, Berlin 2022.

Schneck, Peter: Über den Exodus medizinischer Hochschullehrer der Berliner Universität während des deutschen Faschismus (1933-1945), in: Die Charité in der Geschichte der Berliner Medizin (1710-1987). Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, Mathematisch-Naturwissenschaftliche Reihe 36 (Heft 1/2,1987), S. 120-122.

Scholz, Albrecht, Der Suizid von Dermatologen in Abhängigkeit von politischen Veränderungen, in: Der Hautarzt 12/97, 48, S. 929-935.

Schrafstetter, Susanna, Flucht und Versteck. Untergetauchte Juden in München – Verfolgungserfahrung und Nachkriegsalltag, Göttingen 2015.

Schulze, Sigurd, Zum Beispiel Dr. med. Else Weil, Ossietzky, in: Zweiwochenschrift für Politik/Kultur/Wirtschaft 24 (2009), o.S.

Schwanewede, Heinrich von, Hans Moral (1885-1933) – Leben, Wirken und Schicksal eines bedeutenden Vertreters der Zahnheilkunde, in: Boeck, Gisela und Lammel, Hans-Uwe (Hrsg.), Die Universität Rostock in den Jahren 1933-1945, Referate der interdisziplinären Ringvorlesung des Arbeitskreises „Rostocker Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte“ im Sommersemester 2011 (= Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte, 21), Rostock 2012, S. 25-44.

Schweizerisches Evangelisches Hilfswerk für die Bekennende Kirche in Deutschland (Hrsg.), Judennot und Christenglaube, Zollikon 1943.

Schwoch, Rebecca, Die Rolle der Berliner KV bei der Ausschaltung der jüdischen Kollegen. Aufklärung über Ärzteverfolgung in der NS-Zeit soll mit Forschungsprojekt unterstützt werden, in: KV-Blatt Berlin 05 (2004), S. 25.

Schwoch, Rebecca, Jüdische Kassenärzte rund um die Neue Synagoge, Berlin 2006.

Schwoch, Rebecca, „Bestallung erloschen.“, in: Deutsches Ärzteblatt 105 (2008), 39, A 2043 - A 2045.

Schwoch, Rebecca (Hrsg.), Berliner jüdische Kassenärzte und ihr Schicksal im Nationalsozialismus. Ein Gedenkbuch, Berlin, Teetz 2009.

Schwoch, Rebecca, Deutsche Gesellschaft für Chirurgie 1933-1945, Band 2: Die Verfolgten, hrsg. von Bauer, Hartwig/Kraas, Ernst/Steinau, Hans-Ulrich im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie, Heidelberg 2017.

Schwoch, Rebecca, Jüdische Ärzte als Krankenbehandler in Berlin zwischen 1938 und 1945, Frankfurt/M. 2018.

Schwoch, Rebecca, Jüdische Ärzte aus Hamburg auf der Flucht ins Exil, in den Untergrund oder in den Tod, 1933-1945, in: Fahnenbruck, Nele Maya und Meyer-Lenz, Johanna (Hrsg.), Fluchtpunkt Hamburg. Zur Geschichte von Flucht und Migration in Hamburg von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart, Bielefeld 2018, S. 215-227.

Seidler, Eduard, Kinderärzte 1933–1945. Entrechtet – geflohen – ermordet. Erw. Neuauflage, Basel 2007.

Silver, David B., Überleben in der Hölle. Das Berliner Jüdische Krankenhaus im „Dritten Reich“, Berlin 2006.

Simon, Hermann, Die Berliner Juden unter dem Nationalsozialismus, in: Verein für die Geschichte Berlins (Hrsg.), Der Bär von Berlin, Jahrbuch 1995 für die Geschichte Berlins, Berlin 1996, S. 137-150.

Sonneck, Gernot/Hirnsperger, Hans/Mundschütz, Rainer, Suizid und Suizidprävention 1938-1945 in Wien, in: Neuropsychiatr 26 (2012), S. 111-120.

Strempel, Rüdiger, Lux – Gegen den Nationalsozialismus und die Lethargie der Welt, Hamburg 2020.

Strnad, Maximilian, Zwischenstation „Judensiedlung“. Verfolgung und Deportation der jüdischen Münchner 1941-1945, München 2009.

Strnad, Maximilian, Privileg Mischehe? Handlungsräume „jüdisch versippter“ Familien 1933-1949, Göttingen 2021.

Sziranyi et al., Disfranchisement, expulsion and persecution of pathologists in the Third Reich – A sociodemographic study, in: Pathology – Research and Practice 215 (2019), 152514.

Tuchel, Johannes und Albert, Julia, Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Informationen zur politischen Bildung, Nr. 330, 2, 2016.

Uhlendahl et al., Success or failure? Pathologists persecuted under National Socialism and their careers after emigrating to the United States, in: Pathology – Research and Practice 218 (2021), 153315.

Vierhaus, Rudolf (Hrsg.), Deutsche Biographische Enzyklopädie (DBE), Band 9, 2., überarbeitete und erweiterte Ausgabe, München 2008.

Villiez, Anna von, Die Vertreibung der jüdischen Ärzte Hamburgs aus dem Berufsleben 1933-1945, in: HÄB 3 (2004), S. 110-113.

Villiez, Anna von, Mit aller Kraft verdrängt. Entrechtung und Verfolgung „nicht arischer" Ärzte in Hamburg 1933 bis 1945, Hamburg 2009.

Villiez, Anna, Emigration jüdischer Ärzte im Nationalsozialismus, in: Beddies, Thomas/ Doetz, Susanne/Kopke, Christoph (Hrsg.), Jüdische Ärztinnen und Ärzte im Nationalsozialismus. Entrechtung, Vertreibung, Ermordung (= Europäisch-jüdische Studien, Beiträge, 12), Berlin 2014, S.190-202.

Vilmar, Karsten, Die „Vergangenheitsbewältigung" darf nicht kollektiv die Ärzte diffamieren, in: Deutsches Ärzteblatt 84 (1987), A 1185 - A 1188, A 1194 - A 1197.

Vossen, Johannes, Willfährige Wissenschaft, in: Schleiermacher, Sabine und Schagen, Udo (Hrsg.), Die Charité im Dritten Reich. Zur Dienstbarkeit medizinischer Wissenschaft im Nationalsozialismus, Paderborn 2008, S. 23-36.

Voswinckel, Peter, Das Vermächtnis Isidor Fischers. Chancen und Dilemma der aktuellen Medizin-Biographik, in: Bröer, Ralf (Hrsg.), Eine Wissenschaft emanzipiert sich. Die Medizinhistoriographie von der Aufklärung bis zur Postmoderne, Pfaffenweiler 1999, S. 121-137.

Voswinckel, Peter, Damnatio memoriae. Kanonisierung, Willkür und Fälschung in der ärztlichen Biographik, in: Bayer, Karen u.a. (Hrsg.), Universitäten und Hochschulen im Nationalsozialismus und in der frühen Nachkriegszeit, Stuttgart 2004, S. 249-270.

Wagner, Erika, Wilhelm Ebstein. Ein Leben für die Medizin. Memoiren, herausgegeben und erläutert von Erika Wagner, Kampehl 2006.

Walk, Joseph (Hrsg.), Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung, 2., unveränderte Auflage, Heidelberg 2013.

Weindling, Paul, „Unser eigener ‚österreichischer Weg'": Die Meerwasser-Trinkversuche in Dachau 1944, in: Czech, Herwig und Weindling, Paul (Hrsg.), Österreichische Ärzte und Ärztinnen im Nationalsozialismus, Wien 2017, S. 133-177.

Weiss, Sheila Faith, After the Fall. Political Whitewashing, Professional Posturing, and Personal Refashioning in the Postwar Career of Otmar Freiherr von Verschuer, in: Isis 101 (2010), 4, pp. 722-758.

Weiß, Edda, Die nationalsozialistische Judenverfolgung in der Provinz Brandenburg 1933-1945, Berlin 2003.

Weltlinger, Siegmund, Hast Du es schon vergessen? Erlebnisbericht aus der Zeit der Verfolgung, Vortrag anläßlich des Tages der nationalsozialistischen Machtergreifung in der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit am 28. Januar 1954 im Amerikahaus, Berlin, Frankfurt/M. 1954.

Welzer, Harald, Die Deutschen und ihr „Drittes Reich", in: APuZ 14-15 (2007), S. 21-28.

Wieninger, Karl, In München erlebte Geschichte, München 1985.

Willems, Susanne, Der entsiedelte Jude. Albert Speers Wohnungsmarktpolitik für den Berliner Hauptstadtbau, Berlin 2002.

Winkelmann, Ruth, Plötzlich hieß ich Sara. Erinnerungen einer jüdischen Berlinerin 1933-1945, Berlin 2011.

Wirsching Andreas, Jüdische Friedhöfe in Deutschland 1933-1957, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 50, (2002), 1, S. 1-40.

Wlasich, Gert, Die Schering AG in der Zeit des Nationalsozialismus. Beiträge zur Unternehmenskultur in einem Berliner Konzern, Berlin 2011.

Woelk, Wolfgang, Jüdische Ärzte in der Stadt und an der Medizinischen Akademie Düsseldorf im Nationalsozialismus (1933–1938), in: Esch, Michael G. u.a. (Hrsg.), Die Medizinische Akademie Düsseldorf im Nationalsozialismus, Essen 1997, S. 55-85.

Wolff, Horst-Peter, Arthur Nicolaier (1862-1942), Illustrierte biographische Skizze, ersch. im Selbstverlag, Liebenwalde, 2015.

Danksagung

Zwischen den ersten Ideen und der Veröffentlichung dieser Dissertation liegen 15 Jahre – eine Zeitspanne, die von unterschiedlichsten Recherche- und Schreibphasen und auch einigen Unterbrechungen geprägt war. Dass es dennoch gelungen ist, die Arbeit zu einem Abschluss zu bringen, habe ich einer Vielzahl an Unterstützerinnen und Unterstützern zu verdanken. Der lange Zeitraum macht es gleichwohl unmöglich, alle beteiligten Personen namentlich aufzuführen. Dennoch möchte ich mich an dieser Stelle bei einigen Menschen bedanken, die mit ihren Beiträgen für das Fundament der Arbeit gesorgt haben.

Besonderer Dank gilt meinem Erstgutachter Dominik Groß in Aachen: Zum einen für die Förderung des Themas als Dissertationsprojekt, die inhaltliche Begleitung und die Geduld, zum anderen dafür, auch nach meinem Fachwechsel die Tür zum Abschluss immer offengehalten zu haben. Auch dem Zweitgutachter Benjamin Möckel möchte ich sehr herzlich für die Übernahme des Gutachtens danken; ebenso Stephan Braese für die Betreuung zuvor.

Das „Thema“ Arthur Nicolaier und sein Lebensende ist überhaupt nur aufgetaucht durch die Recherchen von Volkmar Felsch zu Otto Blumenthal und Quellenfunde in diesem Rahmen. Gerade zu Beginn waren seine Kenntnisse, unter anderem der familiären Beziehungen, äußerst wertvoll und es hat sich darüber hinaus ein freundschaftliches Verhältnis entwickelt, das Volkmar und Waltraud Felsch auch zur Verlegung eines Stolpersteins für Arthur Nicolaier nach Berlin führte. Es war ein schöner Moment, dort auch wieder mit Erika Wagner, die noch familiäre Verbindungen zu Arthur Nicolaier aufweist, zusammenzukommen. Nach unserem persönlichen Kennenlernen einige Jahre zuvor hatte ich alle Materialien aus ihrem Privatbesitz, darunter Arthur Nicolaiers Briefe, für die Dauer der Arbeit an mich nehmen und nutzen dürfen. Dies habe ich immer als großen Vertrauensbeweis angesehen und dafür danke ich ihr ganz besonders – vor allem für das entgegengebrachte Vertrauen über so viele Jahre hinweg. Wir sind nun gemeinsam sehr froh darüber, dass Arthur Nicolaier auf diese Weise erinnert wird.

Fachlich und ideell haben mich eine Reihe von Menschen begleitet und mich immer wieder durch den Austausch und Diskussionen weitergebracht. Hier sei den Historiker*innen aus den Jahren am Aachener Institut, Stephanie Westermann, Ylva Söderfeldt, Richard Kühl, Jürgen Schreiber und Enno Schwanke, besonders gedankt. Mein Dank gilt ebenso Dagmar Schmitz, der Bibliothekarin Michaela Thal, Helena Küttner für das Korrekturlesen, Elena Shebotinova für die Hilfe bei der Literaturverwaltung sowie die Unterstützung durch viele Personen in zahlreichen Archiven.

Außerdem möchte ich mich ausdrücklich für die Förderung des Themas durch ein Promotionsstipendium der Studienstiftung des deutschen Volkes bedanken. Erst dadurch war es möglich, sich dem Thema vertiefend zu widmen.

Gedankt sei abschließend noch einmal all den Menschen, die mich in dieser Zeit fachlich und privat unterstützt haben. Letzteres gilt natürlich vor allem für meine Familie, die das Thema und mich über all die Jahre begleitet und ausgehalten hat. Ganz besonders möchte ich mich hier bei Steffi für ihren Support auf allen Ebenen bedanken – außer mir selbst hat sie vermutlich als Einzige nie an der Fertigstellung dieser Arbeit gezweifelt.

Aachen, im Dezember 2024
Tim Ohnhäuser